Nr. 137
09. Januar 2004

N û c e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf von YEK-KOM zur Beobachtung der Newroz-Feierlichkeiten am 21.3. und der Kommunalwahlen am 28.3.2004

Newrozdelegationen 2004

Sehr geehrte Damen und Herren, wie auch Ihnen bekannt ist, feiern die Völker des Mittleren Ostens am 21. März das Newroz- Fest. Für das kurdische Volk, eines der ältesten Völker dieser Region, hat Newroz jedoch eine besonders tief greifende Bedeutung. Es geht zurück auf die Legende, nach der der kurdische Schmied Kawa den Tyrannen Dehak besiegte und dem kurdischen Volk die lang ersehnte Freiheit brachte.
In der jüngsten Geschichte des kurdischen Volkes spielt dieser Tag eine sehr große Rolle im Bestreben um eine friedliche, politisch- demokratische Lösung der kurdischen Frage. Denn Newroz bedeutet "Neuer Tag" und ist der Beginn des neuen Jahres und des Frühlings. Für die Kurden ist dieser Tag verbunden mit der Hoffnung auf Frieden und Anerkennung der kurdischen Identität, Kultur und Sprache.
Jedoch wurden die Newrozfeierlichkeiten in der Türkei in der Vergangenheit regelmäßig durch polizeiliche und militärische Angriffe überschattet, bei denen zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden. Auch wenn sich die Lage mit der Einleitung der Friedensphase durch die kurdische Seite in den vergangenen vier Jahren etwas beruhigt hat, kommt es immer noch zu Verboten von Newroz- Veranstaltungen und zu polizeilichen Übergriffen. So werden z.B. Feierlichkeiten untersagt, mit der banalen Begründung, dass im Wort "Newroz" der Buchstabe "W" vorkomme, der im türkischen Alphabet nicht existiere. Schon Anfang der 90er Jahre hat sich gezeigt, dass die Anwesenheit von Delegationen Repressionen vermindern konnte.
Im diesem Jahr finden eine Woche nach dem Newrozfest Kommunalwahlen in der Türkei statt. Da die türkische Regierung nach dem Verbot der prokurdischen Partei HADEP jetzt auch nach Möglichkeiten einer Schließung ihrer Nachfolgepartei DEHAP sucht, ist eine Wahlbeobachtung, besonders in den kurdischen Provinzen von großer Wichtigkeit.
Gerade in einer Zeit, in der die Türkei mehr denn je auf eine Zusage für die EU-Beitrittsverhandlungen drängt, sollten Politiker und Politikerinnen, sich vor Ort über die aktuelle Situation in der Türkei informieren. Auf Grund der bei den früheren Wahlen immer wieder aufgetretenen Unregelmäßigkeiten wie verschwundene Stimmzettel, Repressalien gegen Kandidaten und Wähler, sollte das Augenmerk am 28. März 2004 besonders auf diese Region gerichtet werden.
Dem Aufruf der DEHAP (Demokratischen Volkspartei) und des Menschenrechtsvereins, IHD, folgend, bitten wir Sie um Ihre Teilnahme an einer Delegation zur Wahlbeobachtung und/oder zu Newroz. Neben dem Besuch historischer Stätten gibt es die Möglichkeit, sich im Gespräch mit Vertretern der dortigen Menschenrechtsvereine, Parteien und Organisationen vor Ort ein Bild über die Situation in der Türkei/Kurdistan und den dortigen Demokratisierungsprozess zu verschaffen. Wir möchten Sie dazu aufrufen, einen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei und in Kurdistan zu leisten und an einer Delegation teilzunehmen. Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen über Termine, Städte und Gesprächsmöglichkeiten vor Ort zu.
Telefonisch sind wir täglich unter der Rufnummer 0211-1711543 zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

YEK-KOM
Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland e.V. Graf- Adolf- Str. 70 a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211/ 17 11 451
Fax: 0211 / 17 11 453
E-mail: newroz2004@hotmail.com

Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Abdullah Öcalan

Seit nunmehr fünf Jahren wird der kurdische Volksführer Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali von der Außenwelt isoliert gefangen gehalten. Er ist dort der einzige Gefangene. Das Gefängnis wird auf der Grundlage von Sondergesetzen von einem Krisenstab verwaltet. Seit einem Jahr werden die wöchentlichen Anwalts- und Familienbesuche von Abdullah Öcalan willkürlich verhindert.
Zuletzt erhielt er am 31.12.2003 Besuch von seinem Bruder und seinen Anwälten. Ihnen teilte Abdullah Öcalan mit, dass die verschärften Isolationshaftbedingungen seine Gesundheit ernsthaft bedrohen. Demnach leidet Abdullah Öcalan besonders an ernsthaften Atembeschwerden. Das feuchte Klima auf Imrali ist seiner Gesundheit abträglich. Seine Isolationszelle wird nicht mit ausreichender Frischluft versorgt. Außerdem wird seine Haftsituation zusätzlich von mangelhaften hygienischen Bedingungen erschwert. Die seit fünf Jahren fortbestehende Isolation hat sein Immunsystem maßgeblich geschwächt, was sich insgesamt in seiner schlechten körperlichen Verfassung widerspiegelt.
Die auf Imrali exerzierte Isolationspolitik wird gegenwärtig auf die gesamten Gefängnisse in der Türkei ausgeweitet. So wurden in den letzten Wochen viele Gefangene in die neu gebauten Isolationszellen überführt. Ein Anstieg der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ist zu befürchten.
Weder nehmen die Verantwortlichen der türkischen Republik die Menschenrechte ernst, noch halten sie sich an die eigenen Gesetze. Selbst die minimalsten gesetzlich garantierten Rechte werden Abdullah Öcalan vorenthalten. Die wöchentlichen Anwalts- und Familienbesuche , die auf eine Stunde begrenzt sind, werden willkürlich verhindert. Mit dieser Vorgehensweise wird sein Recht auf angemessene Verteidigung permanent verletzt. Letztendlich soll so seine politische Persönlichkeit eliminiert werden. Dies stellt für die Kurden eine große Provokation dar. Gleichzeitig wird so das derzeitige friedliche politische Klima sabotiert.
Deshalb erwarten wir von den Verantwortlichen der Türkei, dass sie von dieser provokativen Politik Abstand nehmen und Schritte zur Beruhigung der Lage einleiten.
In diesem Zusammenhang rufen wir die kurdische Bevölkerung zu vermehrter Wachsamkeit und zu verstärktem Engagement für die Freiheit von Abdullah Öcalan auf.
Die zuständigen internationalen Institutionen sind dazu aufgerufen, gegen diese rechtswidrige Politik der Hinrichtung auf Raten zu intervenieren, um weiteren Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und um eine Sabotage des friedlichen politischen Klimas in der Türkei zu verhindern.
KONGRA-GEL Freiheitskommitte für Abdullah Öcalan 7. Januar 2004 Quelle: DIHA / MHA; Übersetzung: Internationale Initiative

Meldungen

Besuch bei Öcalan erneut verhindert
Die Verteidiger(inn)en von Abdullah Öcalan, konnten wegen angeblichen schlechten Wetters erneut keinen Besuch bei ihrem Mandanten durchführen. Die Verteidiger(inn)en Öcalans Bekîr Kaya, Asya Ulker und Okan Yildiz waren morgens zur Militärkaserne Gemlik gekommen, wo sie abgewiesen wurde, weil die Fahrt nach Imrali angeblich nicht möglich sei. *(DIHA, 7.1., ISKU)*

IHD: Folterer darf kein Kandidat bei Gemeindewahlen werden
Das Büro Istanbul des Menschenrechtsvereins (IHD) forderte in einem Appell, dass bei den Gemeindewahlen im März der Kandidat Süleyman Ulusoy nicht antrete. Er soll unter dem Namen Hortum Süleyman für die AK-Partei im Kreis Horosan-Erzurum kandidieren. Er ist in politischen Parteien bekannt als Folterer. Seine Kandidatur wurde auch von der Insanca Yasam Platform verurteilt; er hatte Transvestiten und Transsexuelle misshandelt und war danach von seinem Posten als Polizeiverantwortlicher zurückgetreten. *(DIHA, 06.01., ISKU)*

Frauenvertreterinnen wollen Rechte
In Sanliurfa - bekannt wegen feudaler Verhältnisse - haben Vertreterinnen von politischen Parteien Listenplätze für Frauen bei den Gemeindewahlen gefordert. Von den zentralen Vorständen der politischen Parteien sollten Kandidatinnen unterstützt werden. *(DIHA, 6.1., ISKU)*

Eintragung in die Wählerlisten mit Schwierigkeiten
Die Frist zur Eintragung in die Wählerlisten endete am 5. Januar. In Van wurde nach Ende der Dienstzeiten der Wahlbehörde für die Provinz Van von abgewiesenen Wartenden eine Protestaktion durchgeführt. Bei einem Polizeieinsatz gegen die Protestierenden wurden zahlreiche Personen festgenommen. *(DIHA, 5.1., ISKU)*

Aufruf zu Protesten gegen den NATO-Gipfel
Verschiedene nichtstaatliche Organisationen, Gewerkschaften, Intellektuelle und Künstler haben zu Organisierung von Protestaktionen gegen den NATO-Gipfel in Istanbul im Jahr 2004 und zu einem alternativen internationalen Gipfel aufgerufen. *(DIHA, 5.1., ISKU)*

Murat Karayilan vom Leitungsrat des KONGRA-GEL:

Bewertung zum neuen Jahr

Murat Karayilan, Mitglied der Leitungsrates des KONGRA-GEL sagte, dass die HPG Guerilla (Volksverteidigungskräfte) im Rahmen der Selbstverteidigung für das Jahr 2004 bereit seien; die HPG werde sich entsprechend der Situation des Vertreters des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan bewegen.
Karayilan bewertete das Jahr 2003 gegenüber der Nachrichtenagentur Mesopotamya als Jahr von Angriffen und Operationen und erklärte: "Gegen einen umfangreichen Krieg habe sich die HPG mit dem Festhalten an der Selbstverteidigungsposition richtig angenähert. Die HPG hat lediglich auf Angriffe mit Aktionen geantwortet. Dass es nicht zu einem umfangreichen Krieg kam sei der Verdienst der HPG."
Laut Murat Karayilan habe es im Jahr 2003 111 Operationen gegen die Kräfte der HPG gegeben. Davon führten 101 Operationen die türkische Armee, die anderen 10 Operationen die iranische Armee gegen die HPG durch. Dagegen habe die HPG 25 Aktionen als Antwort auf diese Operationen durchgeführt. Insgesamt 78 Guerillas sind im letzten Jahr gefallen, fünf sind in Gefangenschaft geraten. Laut Informationen von Karayilan kamen 168 Soldaten der türkischen Armee ums Leben.
2003 habe die HPG ihre Pläne erfolgreich umgesetzt und ihren Platz sowohl im Süden als auch im Norden eingenommen und ihre Selbstverteidigung gestärkt.
Karayilan erklärte, dass die Unernsthaftigkeit der türkischen Regierung es notwendig mache, die Entscheidungen vom ersten September neu zu bewerten, er sagte, der Selbstverteidigungskampf muss noch mehr in den Rahmen der Roadmap für einen zweiseitigen Waffenstillstand umgesetzt werden.
Über das Jahr 2004 sagte Karayilan, dass man darauf vorbereitet sei, die Aufgaben, die der Befreiungskampf Kurdistans gestellt habe noch besser zu erfüllen. Man sei bereit für die Entwicklung einer demokratischen Zukunft und werde sich nach der Situation des Vertreters des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan bewegen. Der KONGRA-GEL werde jetzt und in Zukunft bestimmen, wie sich die HPG bewegen werde. Am Ende seiner Bewertung rief Murat Karayilan das Volk Kurdistans auf, die Guerilla zu unterstützen.

(KONGRA-GEL, ISKU)

Zum Neuen Jahr viele Aktionen für Öcalan

Amed/Diyarbakir: In Amed wurde das neue Jahr mit Aktionen gegen die Isolation begonnen. Etwa 100 Jugendliche kam in der Sakaryastraße gegen die Isolation Abdullah Öcalan zusammen. Sie riefen viele Parolen und zündeten Feuer auf der Sakaryaya Baglar Strasse an und blokkierten dabei den Verkehr. Auch als die Polizei eintraf verteilte sich die Menge nicht. Fackeln wurden entzündet und die Jugendlichen begannen eine Demonstration.
Als die Demonstration an der Yavuz Selîm Schule im Stadtteil Hasirliya Surîçî eintraf versammelte sie sich dort erneut, um Feuer zu entzünden. Die Fahnen der PJA und des KONGRA-GEL wurden hervorgeholt, Parolen gerufen und nach Widerstandsliedern getanzt. Dann griff die Polizei mit Schlagstöcken an und die Menge verteilte sich im Stadtteil. Verschiedene Gruppen gaben Erklärungen für die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalan ab. Sie warfen Molotowcocktails auf die Strasse, stoppten den Verkehr und riefen Parolen für Öcalan und gegen das D-Typ Gefängnis.
Culemerg:/Hakkari: Jugendliche entrollten auf der Straße von Gever nach Semzînan Transparente mit der Aufschrift "Schluss mit der Isolation Öcalans" "Nein zum D-Typ und F-Typ". Die Gruppe, die sich ‚Revolutionäre Jugend von Zagros' nennt rief auch Parolen.
Mêrdin/Mardin: - In der Region Sirnex Cizîrê, kamen im Stadtteil Cûdî /Cizîrê etwa 50 Jugendliche zusammen und stoppten den Verkehr nach Nusaybin. Sie zündeten Feuer an und entrollten die Fahne des KONGRA GEL und ein Transparent mit der Aufschrift 'Tausend Grüsse nach Imrali'.
Qers: Die Jugendorganisation der DEHAP Qers gab eine Presseerklärung am Gebäude der DEHAP ab. Der Jugendvertreter der DEHAP, Cevdet Vargun verlas eine Erklärung, in der er sagte, das kommende Jahr sei sehr wichtig für den Mittleren Osten. "Für den Mittleren Osten und die Türkei war das vergangene Jahr sehr ereignisreich. Mit der Verhaftung von Saddam begann im Irak eine neue Epoche. Die AKP konnte für die Probleme und Wünsche des Volkes keine Antwort sein. Die Wirtschaftspolitik des IWF hat tausende Arbeiter(inn)en in die Armut gestürzt.
Die politischen Reformen wurden nicht in die Praxis umgesetzt, die Hindernisse für die kurdische Sprache und die Demokratisierung wurden auf allen Ebenen fortgeführt.
Vargun sagte, die Kurden seien in der Frage um Öcalan sehr sensibel, aber die Türkei wolle das nicht verstehen: "Die Aufhebung der Isolation der Führungspersönlichkeit des KONGRA-GEL Abdullah Öcalan wird bei jedem Tag der vergeht dringender. Die Regierung antwortete auf die Forderungen des KONGRA-GEL mit Operationen. So ist ein Jahr vergangen. Unser Wunsch ist, dass das neue Jahr ein Jahr der Demokratie und des Friedens wird."
Mersin: Im Stadtteil Yenimahale, die zur Gemeinde Akdeniz/Mersin gehört, wurde eine Kundgebung für Abdullah Öcalan durchgeführt. Es wurde Feuer auf der Straße angezündet, ein Transparent mit der Aufschrift ‚der Vorsitzende Apo und die Gefangenen sind unsere Würde' gehalten und Parolen gerufen. Als die Polizei eingriff verteilten sich die Menge.

(DIHA, 2.-6.1., ISKU)

Widerstand gegen neue Isolationsgefängnisse

In einer Verfügung des Justizministeriums in Ankara wurden in zahlreichen Gefängnissen der Türkei ein Teil der Inhaftierten gegen ihren Willen in sogenannte F- und D-Typ Gefängnisse in anderen Orten verlegt. Bei den D-Typ-Gefängnissen handelt sich um eine nochmals verschärfte Form der mit dem F-Typ begonnen Isolationsfolter der Gefangenen.
Die Gefangenen der PJA und PRD (Partiya Rizgariya Demokratik) im geschlossenen M-Typ Gefängnis von Elih gaben durch ihre Familien eine Erklärung ab, in der es hieß die Verlegung in die F und D-Typ Gefängnisse seien eine zweite Operation des 19. Dezember.(*)
Über ihre Familien gaben die Gefangenen eine schriftliche Erklärung an die Presse. Die Erklärung wurde von Suat Ates, Aydin Çubukçu und Lales Çetîner im Namen der Gefangenen abgegeben. Die Gefangenen warnten vor der Lage Abdullah Öcalans und sagten, dass in den fünf Jahren Öcalan sehr viel für den Frieden getan habe, ihm eine schwere Isolation auferlegt werde: "Gegenüber Imrali und allen Kurden und demokratischen Organisationen wurde eine große Unbeweglichkeit und Starrsinn gezeigt:" Die Gefangenen sagten, dass diese Art auch gegen die Gefangen der PRD und PJA angewandt werde.

*(Am 19. Dezember 2000 wurden über 20 Gefängnisse gewaltsam von Sicherheitskräften gestürmt um die politischen Gefangenen in die neuen Isolationsgefängnisse "F-Typ" zu verlegen. Bei der Operation wurden 32 Menschen getötet.)

(DIHA, 5.1., ISKU)

Bingöl: Rechtsverletzungen mehr als verdoppelt im Jahr 2003
Nach einer veröffentlichten Bilanz des Menschenrechtsvereins Bingöl (IHD) für das Jahr 2003 haben die Rechtsverletzungen gegenüber 2002 sich um 261% erhöht; gegenüber dem Jahr 2001 steigerte sich die Zahl um 457%. *(DIHA, 5.1., ISKU)*

Solidaritätsbrief aus dem Bundestag für Leyla Zana
Insgesamt 355 Abgeordnete des Deutschen Bundestags haben einen Solidaritätsbrief für die Freilassung der inhaftierten früheren DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak an den türkischen Regierungschef T. Erdogan unterzeichnet. Zu den UnterzeichnerInnen gehören u.a. Peter Struck und Heidemarie Wieczorek-Zeull...
(DIHA, 23.12., ISKU)

Waffen gegen Wasser
Israel hat mit der Türkei laut einem Zeitungsbericht einen Vertrag zur langfristigen Lieferung von Wasser aus Anatolien abgeschlossen. Im Gegenzug werde Israel das Nato-Land mit Panzern und Luftwaffentechnologie ausstatten, berichtete die britische Tageszeitung Guardian gestern. Dies sehe ein Abkommen vor, das Israels Regierungschef Ariel Scharon und der türkische Energieminister Zeki Cakan am Montag in Jerusalem unterzeichnet hätten. Die Türkei wird demnach eine Flotte von Riesentankern aufstellen, mit denen über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich 50 Millionen Kubikmeter Wasser über das Mittelmeer nach Israel transportiert werden sollen. Die Türkei ist Israels Hauptverbündeter in der Region. Trotz der Proteste arabischer Nationen unterzeichneten beide Länder 1996 ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit.
(taz, 7.1., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur

Nûce

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 138
16. Januar 2004

Nûce



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Cemîl Bayik:

Es ist notwendig, dass jede/r für eine demokratische Föderation aufsteht

Der Vorsitzende des Komitees für Bildung und Kunst des KONGRA-GEL, Cemîl Bayik rief alle Kurd(inn)en dazu auf, sich für eine demokratische Föderation [in Südkurdistan] einzusetzen. Bayik forderte, dass die Kurden ihr Anliegen mit Demonstrationen und Protesten zur Sprache bringen: "Der Status im Süden, wie er sich auch immer entwickelt, besonders, wenn die Föderation festgeschrieben wird, bedeutet die Bankrotterklärung der Politik der Verleugnung und Vernichtung. Diese Politik wird im Süden vollständig zugrunde gehen. Das wird Einfluss auf die anderen Teile haben. (...)"
Bayik, der im Medya TV sprach sagte, dass die USA sich vor der Intervention in den Irak mit den Kräften, die den Status Quo verteidigten im Austausch befanden. Er erklärte, dass mit der Intervention die Politik der Unterdrücker des kurdischen Volkes zu Ende gehe. Die Machthaber können nicht wie vorher die kurdische Frage angehen. Sie können ihre Politik der Verleugnung und Vernichtung nicht weiterführen. Sie müssen eine Lösung für das Problem finden.

"Die Kurden müssen für eine demokratische Föderation aufstehen"
Bayik sagte über die kurdische Frage im Irak, dass es notwendig sei, die Frage des Südens mit einer demokratischen Föderation zu lösen und rief das gesamte kurdische Volk dazu auf gegen diejenigen zu kämpfen, die den Status Quo erhalten wollen. "Die Anerkennung der Föderation im Nordirak bedeutet das Ende der Vernichtungs- und Verleugungspolitik. Daher muss das kurdische Volk mit Demonstrationen und Kundgebungen seine Forderungen zum Ausdruck bringen. Jetzt sind die Bedingungen und Vorraussetzungen anders als zuvor. Für die Kurden sieht es jetzt sehr viel besser aus."

Die Türkei ist in Provokationen verwickelt
Cemîl Bayik, warnte vor der Einflussnahme der Türkei und sagte, dass die Türkei in der Vergangenheit provokative Spiele gespielt hat. Bayik sagte, die Provokationen in den letzten Tagen in Kerkuk und Mossul seien im Zusammenhang mit den Provokationen der Türkei zu sehen: "Kerkuk ist ein Teil von Südkurdistan. Es ist wichtig, dass die Kurden daran festhalten. Sollte Kerkuk außerhalb de Grenze von Kurdistan bleiben, ist dies eine große Gefahr". Um Provokationen entgegenzutreten, sollte das Volk aufstehen und eine Volksbewegung aufstellen. Es ist von der Türkei nicht gewollt, dass Kerkuk innerhalb der Grenzen von Kurdistan ist. Daher richten sie sich sowohl gegen die Kurden, als auch gegen die USA. Die Türkei will die Ereignisse zurückdrehen. Sie sehen die Frage von Südkurdistan und auch von Kerkuk immer noch als ihr Problem an. Es ist wichtig, dass die Kurden nicht nachgeben und dass ihre Stimme sehr bewusst und sehr politisch erhoben weird. Die Stimmen aus dem Süden sind uneins. Alle Stimmen müssen vereinigt werden. Es ist notwendig, dass sich das Volk informiert und eine Bewegung gründet. Alle Kurden müssen sich gegenseitig unterstützen.

Besuch von Assad
Bayik sagte, die Türkei, der Iran und Syrien hätten ein Bündnis gegen die Kurden gebildet und versuchten den Status der Kurden zu schwächen. Bayik sagte, der Besuch Assad müsse in diesem Rahmen bewertet werden.

Die USA haben ihre Politik gegenüber den Kurden geändert
Bayik erklärte, dass Amerika seine Politik gegenüber den Kurden geändert habe, die Politik der vorherigen Epoche ist beendet. "Was die kurdische Frage betrifft, war die Initiative vorher in den Händen der herrschenden regionalen Kräfte. Aber mit den Intervention der USA fiel ihr auch die Initiative zu. Das Ende der alten Politik ist gekommen, und es ist nicht möglich sie fortzusetzen. Ihre Politik gegen die kurdische Politik und die USA bleibt ohne Ergebnis. Die USA haben ihre Politik gegenüber den Kurden und Kurdistan geändert. Vorher war die Politik der USA eine gemeinsame Politik mit den Kräften, die den Status Quo in der Region erhalten wollen. Jetzt wurde das Problem erkannt und ebenso, dass es gelöst werden muss. Die Staaten müssen die Zukunft neu verstehen und in der kurdischen Frage Schritte unternehmen. Ob die Regierungen überleben werden ist mit der Lösung der kurdischen Frage verbunden. Der vorherige Status Quo ist in Auflösung. Je mehr sich die herrschenden Staaten gegen die Kurden wenden, desto mehr wird es ihre eigene Zukunft bedrohen."

(DIHA, 10.1., ISKU)

Türkei abermals verurteilt

Die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verurteilten die Türkei abermals wegen Folter, Misshandlung und Vertreibung von Kurden sowie der Zerstörung kurdischer Häuser. Die Straßburger Richter stellten am Donnerstag zudem Verstöße gegen die Grundrechte auf Schutz von Familienleben und Eigentum sowie auf angemessene Gerichtsverfahren fest. Der erste Fall betraf zwei 35 und 40 Jahre alte Männer, die 1995 wegen mutmaßlicher Zugehörigkeit zur verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Südosten des Landes festgenommen worden waren. Sie wurden sechs Tage lang in Polizeihaft mit Schlägen, Fußtritten und Elektroschocks misshandelt und an den Armen aufgehängt. Nach ihrer Entlassung stellten Ärzte Blutergüsse am ganzen Körper und Wunden an den Geschlechtsteilen fest, die offenbar von Elektroschocks verursacht wurden.Ein dritter Kurde warf der türkischen Polizei ebenfalls schwere Misshandlungen vor, konnte dies jedoch nicht durch ein ärztliches Attest untermauern. In diesem Fall rügten die Richter, dass die türkische Justiz den Vorwürfen des Mannes nicht nachging. Sie wiesen die Regierung in Ankara an, den Männern Schmerzensgeld von jeweils 12.000 beziehungsweise 5000 Euro zu zahlen.Fünf anderen kurdischstämmigen Klägern muss die Türkei Entschädigungen von insgesamt 185.000 Euro zahlen, weil türkische Soldaten ihre Häuser in Brand gesetzt hatten. Dies geschah im Oktober 1993 bei einem Militäreinsatz gegen mutmaßliche PKK-Sympathisanten nahe der osttürkischen Stadt Diyarbakir. Die heute zwischen 64 und 41 Jahre alten Kurden wurden aus ihrem Dorf vertrieben, sie verloren ihr Hab und Gut. Diese Aktion habe die Familien in Not und Verzweiflung getrieben und sei somit als "unmenschliche Behandlung" zu werten, stellte der Gerichtshof fest. *(rpo, 8.1., ISKU)*

Meldungen

Anonyme Drohbriefe in Hozat
Im Kreis Hozat/Dersim wurden an ca. 150 Kleinbetriebe anonyme Briefe verschickt, in denen Kleinunternehmer mit angeblichen "Verbindungen zur PKK" aufgeführt werden. Der Bruder eines der Betroffenen sagte, dass derartige Briefe zum 3. Mal auftauchen. Die Menschen sind in Angst, sagte er. *(DIHA, 8.1., ISKU)*

Morddrohung gegen Zeitungsausträger
Gegen einen Zeitungsausträger der Wochenzeitung Azadiya Welat erfolgten im Kreis Cinar/Diyarbakir Morddrohungen von Personen die Ihm als Polizisten bekannt sind.
In Diyarbakir beschloss ein Gericht, einen bewaffneten Angriff gegen einen Austräger der Tageszeitung Özgür Gündem nicht gerichtlich zu verfolgen. Gegen den Beschluss wurde beim Staatssicherheitsgericht, DGM Diyarbakir Klage eingereicht. *(DIHA, 8.1., ISKU)*

Zusammenarbeit in Adana
In Adana beschlossen 7 linke Parteien, darunter auch die DEHAP und die SHP, für die Gemeindewahlen Ende März ihre Kräfte zu bündeln. *(DIHA, 8.1., ISKU)*

Rechtsrahmen des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrates veröffentlicht.
Nachdem durch das 7. EU-Anpassungspaket der Aufgabenzuschnitt des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrates grundlegend neu bestimmt wurde und es alle Vollzugsaufgaben eingebüßt hat, wurde durch eine im Dezember zusätzlich vorgenommene Gesetzesänderung festgelegt, dass auch die zugehörige Ausführungsvorschrift nicht mehr der Geheimhaltung unterliegt. Mit der Veröffentlichung der Ausführungsvorschrift im Staatsanzeiger treten die vorgesehenen Änderungen in Kraft. Zu ihnen gehört u.a. die Einrichtung einer Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. *(Aksam, 9.1., ISKU)*

Strafen für die Türkei beim Europ. Gerichtshof für Menschenrechte
Der Vorsitzende der Behörde für Menschenrechte, mit ihren Dienststellen in allen Provinzen und Kreisen der Türkei, forderte seine Mitarbeiter zu mehr Aktivität. Die Türkei habe bisher insgesamt 28 Trillionen TL an Strafe wegen Verstöße gegen die Menschenrechte an den Europäischen Gerichtshof zahlen müssen. *(DIHA, 12.1., ISKU)*

KONGRA GEL:

Aufruf zum Wahlboykott im Iran

Der Vorsitzende des Kongra-Gel, Zubeyîr Aydar, rief in einer Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Mezopotamya zum Boykott der Wahlen, die am 20 Februar im Iran stattfinden sollen, auf. Aydar nannte die Regionalwahlen im Iran antidemokratisch und sagte, die Kurd(inn)en sollten nicht zum Spielball antidemokratischer Wahlen werden. Das Wächterrat im Iran lehnte die Kandidatur von 80 Parlamentariern von insgesamt 290, die Reformen gefordert haben, ab.
Aydar kritisierte das antidemokratische und theokratische System im Iran, und bewertete die Wahlen als eine reine Formsache. (...) Die Entscheidung zum Boykott der Regionalwahlen im Iran sei von der Partei des Freien Lebens in Kurdistan, PJAK getroffen worden, die Mitglied im KONGRA-GEL sei. "Eine Wahl in einem derartigen System kann nicht den Willen des Volkes ausdrücken," erklärte Aydar.

Zu den Regionalwahlen in der Türkei am 28. März betonte Aydar die Wichtigkeit der Übereinstimmung unter den demokratischen Kräften. "Wie der KONGA-GEL suchen die demokratischen Kräfte als Alternative die Zusammenarbeit gegen die herrschenden Kräfte." Die Kandidat(inn)en für die Gemeindevertreter(inn)en müssen durch das Volk und den regionalen Initiativen bestimmt werden. Aydar betonte, dass in vielen Orten Frauen für die Gemeindevertretungen kandidieren würden: "Das Vortreten der Frauen bringt den Freiheitskampf voran." In der Entwicklung einer Gesellschaft werden die Frauen als ein Beispiel gesehen und die kurdische Gesellschaft müsse diesbezüglich als ein Beispiel für die Region sein.

Den Staatsbesuch von Besar Assad in Ankara bewertete Zubeyîr Aydar als Bemühung den Status Quo in der Region zu verteidigen.
Der Vertrag von Adana habe den Niedergang des Kampfes des kurdischen Volkes zum Ziel und der internationale Komplott gegen den Vorsitzenden des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan sei in diesem Rahmen umgesetzt worden. Die Türkei, Syrien und der Iran stimmen in der anti-kurdischen Haltung überein, eine Föderation im Irak wollen sie verhindern. Auch der Besuch des Aussenministers Abdullah Gul im Iran sei in diesem Rahmen zu bewerten. Alle Treffen und Besuche haben zum Ziel den Freiheitskampf Kurdistans zu behindern, aber das können sie nicht. Aydar rief die Vertreter Syriens, der Türkei und des Iran auf, die feindliche Haltung gegen den Kurden aufzugeben und ihnen mit Freundschaft entgegen zu treten.
Die Kurden und Kurdinnen rief er dazu auf, ihre Einheit gegen die Bemühungen der Türkei, des Iran und Syriens zu festigen und den Freiheitskampf zu stärken.

(MHA, 12.1., ISKU)

IHD Diyarbakir veröffentlicht Jahresbericht 2003

Der Vorsitzende des IHD Diyarbakir hat den Jahresbericht für das Jahr 2003 über Rechtsverletzungen im Osten und Südosten veröffentlicht. Der Bericht stellt eine starke Zunahme an Rechtsverletzungen fest. Im Jahr wurden insgesamt 7.100 Rechtsverletzungen festgestellt; in der Zweigstelle haben 1.677 Menschen einen Antrag auf Hilfe gestellt. "Ich hoffe, dass der Generalstaatsanwalt die notwendigen Schritte einleitet, dass diese Rechtsverletzungen nicht noch einmal auftreten" sagte Demirtas, Vorsitzender des örtlichen IHD. (...)

Bilanz der Menschenrechtsverletzungen im Osten und Südosten der Türkei 2003

Verletzungen gegen das Leben

Tote bei militärischen Gefechten: 105 Tote, 31 Verletzte
Tod durch "Morde unbekannte Täter" und extralegale Hinrichtungen: 84 Tote 22 Verletzte
Minenopfer und Opfer von Explosionsmaterialien: 24 Tote und 41 Verletzte (6 Schafe getötet)

Verletzungen der individuellen Rechte

Festnahmen: 3014
Vorwurf von Folter und Misshandlung: 502
a) durch Gendarmeriepersonal 109
b) durch Sicherheitskräfte: 357
c) durch Dorfschützer: 8
d) durch Vollstreckungsbeamte 9
Vorwurf des Verschwindenlassens: 7
Verhaftungen: 574

Eingriff in gesellschaftliche Ereignisse
a) Anzahl der Ereignisse: 90
b) Festnahmen: 1000
c) Verletzte: 160

Verletzungen des Eigentumsrecht 3096

Verletzungen des Arbeitslebens
Verbannung: 34
Einleitung eines Verfahrens und Strafen: 418

Verletzung der Gedanken- und Meinungsfreiheit
Eingeleitete Verfahren und Verurteilungen: 880
Schließung von Radio und TV: 1
Schließung von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen: 2
Verbote von Aktivitäten (Theater, Kino u.a.): 36
Eingesammelte/Verbotene Publikationen (Zeitung, Buch u.a.): 42

Folter - Misshandlungen im Gefängnis: 26
Suizid und Suizidversuche: 151

Anzahl der Verletzungen die dem IHD Diyarbakir gemeldet wurden: 1677

Anzahl der Gesamten Verletzungen: 7100

Die obigen Fakten wurden zusammengestellt aus den IHD-Filialen aus den Regionen im Osten und Südosten der Türkei – aus den Anträgen die beim IHD eingegangen sind, sowie aus den Zeitungsberichten.

(DIHA, 9.1., ISKU)

Türkei will jedes zweite Gefängnis schließen

In der Türkei soll die Zahl der Gefängnisse halbiert werden. Man wolle nicht mehr in jeder Stadt "Gefängnisse eröffnen wie Tankstellen", sagte Justizminister Cemil Cicek. Statt 505 Haftanstalten sollte es künftig nur noch 250 geben. Neue Anstalten sollten vor allem außerhalb der Großstädte errichtet werden. Zu den Anstalten, die zur Auflösung anstehen, gehört auch das berüchtigte Gefängnis Bayrampasa in Istanbul, das durch zahlreiche Häftlingsrevolten bekannt geworden ist.
Cicek nannte keinen Zeitraum für die Verwirklichung der Reformpläne. Viele türkische Gefängnisse entsprechen nicht europäischem Standard. Als die Türkei vor einiger Zeit neue Hochsicherheitstrakte einführte, gab es monatelange Hungerstreiks von Häftlingen linksgerichteter Gruppen mit vielen Todesopfern. Die "Todesfaster" hatten sich dagegen gewandt, die alten Großzellen mit Dutzenden von Insassen aufzulösen. Der Direktor der Gefängnisverwaltung im Justizministerium, Kenan Ipek, sagte der Zeitung Yeni Safak, bei den Reformen wolle man sich an Kanada orientieren, dessen Justizvollzug als fortschrittlich gelte. Häftlinge sollten verstärkt die Möglichkeit zu einer Ausbildung hinter Gittern erhalten. Cicek versprach auch "bessere Gerichtsgebäude" für die Türkei. Gerichte in Europa sähen aus "wie Paläste". Dies strebe man für die Türkei zwar nicht an, meinte Cicek. Aber die Qualität der Justiz sollte sich auch in den Bauten ausdrücken.

(SZ, 13.1., ISKU)

Tod eines 17-Jährigen in Haft
In Mardin wurde zwei Tage nach seiner Verhaftung der 17-Jährige R. S. tot in einer Einzelzelle aufgefunden. *(DIHA, 12.1., ISKU)*

Prozess in Damaskus: "Wir wurden gefoltert"
Seit letztem Juni sind in Syrien 8 kurdische Jugendliche in Haft; ihnen wird Separatismus vorgeworfen und Mitglied einer Geheimorganisation zu sein. Der Prozess wird vor dem Staatssicherheitsgericht geführt. Während ihrer Haft in Damaskus seien sie gefoltert worden, erklärten sie. Sie weisen die gegen sie gerichteten Beschuldigung zurück und fordern ihre Freilassung.
(DIHA, 12.1., ISKU)

Militäroperation in Mardin gestartet
Im Kreis Savur/Mardin wurde von Militäreinheiten der Türkei eine Operation begonnen.
(DIHA, 13.1., ISKU)

Prozess gegen Angreifer auf Tatlises
Im Prozess gegen 5 Personen, die auf den Sänger Tatlises einen Angriff vorbereiten wollten, forderte der Staatsanwalt Strafen zwischen 22 und 31 Jahren erschwerte Haft... *(DIHA, 13.1., ISKU)*

Strafen für Folterer verschärfen
Die Türkei will ihre Gesetze zur Bekämpfung der Folter weiter verschärfen. Ein Unterausschuss im Parlament von Ankara beschloss einen Gesetzentwurf, der lebenslange Haft für Folter mit Todesfolge vorsieht. Wenn das Opfer die Misshandlungen überlebt, drohen den Folterern demnach künftig fünf bis 15 Jahre Gefängnis. EU-Kommissionspräsident Romani Prodi wollte sich am Donnerstag bei seinem ersten Besuch in dem Land über den Stand der Reformbemühungen informieren.
(afp, 15.1., ISKU)

Quellen:

SZ	Süddeutsche Zeitung
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur

Nûce
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 139
23. Januar 2004

Nûce



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan:

Gebt Eure Stimme den demokratischen Kräften

Die Führungspersönlichkeit des KONGRA-GEL, Abdullah Öcalan rief das kurdische Volk auf, allen Hindernisse zum Trotz bei den Regionalwahlen, die am 28. März stattfinden, die Stimme nicht der AKP zu geben: "Setzt eure Stimme ein und gebt sie den demokratischen Kräften, die ein Wahlbündnis bilden."

Die Anwälte Mahmut Sakar, Bekîr Kaya, Okan Yildiz und Aydin Oruç waren am Mittwoch bei ihrem wöchentlichen Besuch in Imrali. Nach dem Treffen, das beinahe eine Stunde dauerte, gab der Anwalt Mahmut Sakar DIHA eiInformationen. Er erklärte, gesundheitlich ginge es Öcalan gut.

Sakar erklärte, dass Öcalan bei dem Treffen auch die Lage im Süden bewertet habe: die Türkei sei durch die Entwicklungen im Süden in eine gefahrvolle Situation geraten. Die Erklärungen einiger Führer der Türkei sowie Barzanis haben zum Ziel, den Nationalismus anzuheizen. In einer solchen Situation kann es dazu kommen, dass in der Türkei die Kurden und im Irak die Turkmenen angegriffen werden. Eine solche Situation wollen sie in der Türkei schaffen. In einer solchen Lage ist es wichtig, Lösungen anzubieten. Seit 1990 bis jetzt hatten die Auseinandersetzungen in dieser Richtung aufgehört.

"In der Türkei müssen alle demokratischen Kräfte den Ernst dieser Gefahr verstehen." so Öcalan. "Ich sehe die bisherige Arbeit für das Bündnis und die Einheit sehr positiv. Diese Arbeit sollte nicht nur für die Regionalwahlen geleistet werden, sondern für eine Strategie der Demokratisierung der gesamten Türkei. Alle demokratischen und linken Kräfte der Türkei sollten sich im Rahmen eines Programms ‚demokratische Türkei' zusammentun und vereinigen. Es gibt einen Aufruf meinerseits an die Kurden. Ihr solltet bei dieser Wahl keine einzige Stimme der AKP geben und eure Stimmen nicht verteilen. Die Kurden sollen ihre Stimmen den demokratischen Kräften, die sich zu einem Bündnis vereinigt haben geben. Das ist eine Frage des Lebens, jede Stimme für die AKP stärkt die Kräfte, die gegen uns sind. Alle müssen das sehr ernsthaft angehen, sie sollen nicht vergessen, dass es für die Kurden um das Überleben geht."

(DIHA, 21.1., ISKU)

Öcalananwälte Mark Müller und Tim Otty im Gespräch mit der Nachrichtenagentur DICLE:

Prüfstein für Europa

Nach langer Zeit konnten Sie ihren Mandanten zum ersten Male wieder besuchen. Welchen Eindruck hatten Sie von Abdullah Öcalan? Haben Sie einen Unterschied zu Ihrem letzten Besuch festgestellt?

Mark Müller: Nach anderthalb Jahren konnten wir zum ersten Mal wieder mit unserem Mandanten zusammentreffen. Der jetzige Besuch kam zu einer Zeit, die sowohl für die Türkei und Herrn Öcalan als auch für Europa kritisch ist. Wir trafen einen Menschen an, der voller Leben ist, obwohl er seit langem auf der Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten wird. Während seine Verwandten sich um seinen Gesundheitszustand sorgen, kämpft er gegen die außerordentlich schweren Haftbedingungen an. Bei unserem Besuch haben wir über das weiterhin vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängige Verfahren und über die aktuelle politische Entwicklung gesprochen. Die Haftbedingungen und der schlechte Gesundheitszustand unseres Mandanten waren weitere Gesprächsthemen.

Welchen Unterschied sehen Sie zwischen den Haftbedingungen Öcalans und den europäischen Standards im allgemeinen Strafvollzug? Welche Anstrengungen haben Sie zu einer Verbesserung der Haftbedingungen unternommen? Was sind Ihre diesbezüglichen Forderungen?

MM: Vor allem gilt der Gleichheitsgrundsatz. Die gegen Öcalan angewandte Isolationshaft steht im eklatanten Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Auch bei den Haftbedingungen gibt es Mindeststandards, die von den Vereinten Nationen und von der Europäischen Menschenrechtskonvention definiert wurden. Öcalan fordert von der Türkei nur die Einhaltung dieser Standards. Die Menschenrechtskonvention gesteht einem Gefangenen das Recht auf Familienbesuch, Zugang zu den Medien, auf einen angemessenen Freigang und anwaltliche Betreuung zu. Deshalb fordern wir, dass Öcalan dieselben Grundrechte wahrnehmen kann, die auch anderen Gefangenen zugestanden werden.

Tim Otty: Ich gehöre ebenfalls zu den Anwälten, die Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertreten. Wie Sie wissen, haben wir beim Gerichtshof Widerspruch gegen das am 12. März 2003 ergangene Urteil eingelegt. Mit aller Wahrscheinlichkeit werden wir gegen Ende dieses Jahres eine Antwort erhalten. Unsere Eingaben im Gerichtsverfahren konzentrieren sich auf die Umstände der Entführung Öcalans in Nairobi und seine Verbringung in die Türkei.

Hat Ihnen Öcalan eine spezielle Botschaft mitgegeben?

Mark Müller: In den letzten fünf Jahren gab Abdullah Öcalan ausschließlich ausgewogene Statements ab. Sie bezogen sich allesamt auf den Frieden, auf eine Einigung und auf eine demokratische Lösung. Mir sagte er, dass Europa die kulturellen Grundrechte der Kurden anerkennen muss. Abgesehen davon gab es im Verfahren des letzten Jahres einige Unstimmigkeiten, die so nicht hingenommen werden können. Deshalb fordert Abdullah eine gerechtere Vorgehensweise des Gerichtes und die Möglichkeit einer persönlichen Darlegung der an den Kurden begangenen systematischen Menschenrechtsverletzungen. Im Rahmen dieser Forderung hat die Türkei nichts von Öcalan zu befürchten.

Was erwartet Abdullah Öcalan von Ihrer Tätigkeit?

Mark Müller: Er erwartet, dass wir seine Rechte als Mensch ebenso wie die Menschenrechte im Allgemeinen innerhalb der vom Recht bestimmten Grenzen verteidigen. Dies tun wir bereits. Im europäischen Kontext muss man das Öcalanverfahren genauso wie das Verfahren von Leyla Zana betrachten. Für die europäischen Verantwortlichen gilt das Verfahren von Leyla Zana als ein Test für die Türkei in Fragen der Menschenrechte, Gefangenenrechte und bürgerlichen Freiheiten. Gleichzeitig ist dies auch ein Test für die Europäische Union. An diesem Verfahren lässt sich erkennen, ob die Türkei schon den Stand für eine Aufnahme in die EU erreicht hat. Wir unsererseits wollen aber auch, dass sich die Türkei an ihre eigenen Gesetze hält und die beschlossenen Reformen tatsächlich umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang fordern wir die Verlegung Abdullah Öcalans in ein anderes Gefängnis, wo er mit anderen Gefangenen kommunizieren kann. Ich glaube, dass dies innerhalb der nächsten zwei Jahre möglich sein wird. In dieser Frage bin ich optimistisch.

(DIHA, 16.1., II, ISKU)

Meldungen

Festnahme dreier Journalisten in Izmir

Bei einer Durchsuchung des Büros der Zeitung "Yeniden Özgür Gündem" in Izmir durch die Antiterrorabteilung Bozyaka/Izmir wurden die Mitarbeiter der Nachrichtenagentur DIHA sowie 3 weitere Personen festgenommen. *(DIHA, 20.1., ISKU)*

Kinder werden beim Staatssicherheitsgericht angeklagt

21 Festgenommene der Besetzungsaktion des Justizgebäudes in Istanbul, um gegen die Haftbedingungen Abdullah Öcalans zu protestieren, werden jetzt angeklagt. Unter den Angeklagten sind auch 4 Kinder, die auf Beschluss des "Kindergerichts" jetzt doch beim Staatssicherheitsgericht zusammen mit den anderen Festgenommenen angeklagt werden. Weil die Festgenommen nicht nach der Verhandlung wieder freigelassen wurden, führten deren Familienangehörige eine Protestdemonstration durch.

(DIHA, 20.01., ISKU)

Proteste der Frauen im Irak

Unter dem Dach "Irak Frauennetzwerk" haben sich 55 Frauenorganisationen zusammengeschlossen. Gegen den Beschluss des provisorischen Regierungsrat, das Familienrecht entsprechend den Vorschriften der islamischen Scharia zu gestalten, haben die Organisationen eine Demonstration durchgeführt...

(DIHA, 20.1., ISKU)

Minenräumung entlang 825 km Grenze

Im Verlauf des Staatsbesuchs des syrischen Staatspräsidenten Assad in Ankara kam die Räumung der Minen an der 825 km langen Grenze auf die Tagesordnung. Arbeitgeber in Diyarbakir begrüßten einen solchen Schritt. "Die ärmsten Provinzen in der Türkei seien die Grenzprovinzen. Anstatt mit unseren Nachbarländern Handel zu treiben, verminen wir die Gebiete" sagte der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer, K. Arzu, in Diyarbakir. *(DIHA, 17.1., ISKU)*

Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an Beisetzung

Von der Oberstaatsanwaltschaft in Gevas/Van wurde gegen F.D. Ergül, Mitglied des DEHAP Zentralen Komitees ein Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an der Beisetzung des HPG-Mitglieds Ö. Ciftci (Guerillakräfte der kurdischen Befreiungsbewegung) eingeleitet.

(DIHA, 17.1., ISKU)

Aktionen gegen Verschärfung der Isolationshaft dauern an

In Viransehir Demonstration gegen Isolation
In der Region Riha gingen 500 Personen für die Aufhebung der Isolation und gegen die Verlegung in die D- und F- Typ Gefängnisse auf die Straße. Die Demonstration ging vom Gesundheitszentrum Mehmet Gol bis zur Alten Straße von Riha. Die Bevölkerung und Geschäftsinhaber unterstützten die Demonstration. Parolen für die Geschwisterlichkeit der Völker und für Demokratisierung wurden gerufen. Die Teilnehmer(inn)en klatschten und trillerten, die Menge verteilte sich ohne Zwischenfälle.

Frauen in Sirnak machen Aktion für Öcalan
Am 20. Januar hat eine Gruppe von 50 Frauen im Stadtteil Gazîpasa eine Aktion gegen die Isolation Abdullah Öcalans gemacht. Die Frauen versammelten sich und riefen Parolen.

Student(inn)en der Universität Çukurova begannen Hungerstreik
Eine sechsköpfige Gruppe von Student(inn)en hat in der Kantine der Bildungsfakultät der Universität Çukurova einen Hungerstreik begonnen. Zu Beginn des Hungerstreiks lass der Student Ozcan Hir eine Presseerklärung im Namen der Student(inn)en mit den Forderungen vor.
"Der Rektor der Universität hat auf die demokratischen Forderungen der Student(inn)en mit Strafen reagiert. Gegen diese Methoden beginnen wir einen Hungerstreik." Hin erklärte, man die Isolation der Isolation werde auch an den Universitäten angewandt. Das System ignoriert die Forderungen nach Schließung der D und F- Typ Gefängnisse und des Gefängnisses Imrali und will sie alleine lassen. Auch an der Universität will der Rektor dieses durchsetzen. Die Student(inn)en, die anders denken und ihre Forderungen auf demokratische Weise zum Ausdruck bringen werden bestraft... Wir werden unsere demokratischen Aktionen fortsetzen und uns durch Strafen nicht abhalten lassen." Die Student(inn)en hingen Transparente mit der Aufschrift: "Schluss mit den Strafen"

Polizei greift Aktion von Student(inn)en an
In Malatya hat eine Gruppe von Mitgliedern der Unabhängigen Jugendorganisation (BAGEH) und Studentinnen der Înonu Universität von Meletî sich versammelt. Sie protestierten für die Interessen der Studentinnen und gegen die Isolation in den Gefängnissen. Die Polizei, unter der Führung der Sicherheitskräfte von Meletî griff mit Schlagstöcken an. Studenten mit den Namen Hasan Bozkurt, Îdrîs Benek, Salîh Kesîn, Mehmet Ozer, Savas Turan und Burhan Nasuhbeyoglu wurden festgenommen. Ein Student wurde verletzt

Auch in Sert und Elih Aktionen
In Êlih (Batman) fanden Kundgebungen für Öcalan in den Stadtteilen Aydinlikevler und Kismet statt. In Sêrt kamen Jugendliche in den Stadtteilen Alan und Ulus zusammen entrollten die Fahne des KONGRA-GEL und demonstrierten für die Verlegung Öcalans. Sie riefen Parolen für Öcalan. Die Bewohner der Stadtteile unterstützten die Aktionen.
(DIHA, 21./22.1., ISKU)

Mahabat gefeiert

Die Partei des Freien Lebens Kurdistans, Partiya Jiyana Azad a Kurdistan - PJAK begrüßte den 58 Jahrestag der Republik Mahabat.
Die Vertretung der PJAK in Dänemark gab eine Erklärung ab, in der sie zu einer Kundgebung zum Jahrestag des Republik Mahabat und um gegen die Unterdrückung der regionalen Staaten gegen die Kurden zu protestieren, aufrief. In der Erklärung wurde der 58. Jahrestag der Gründung der Republik Mahabat begrüßt. Die PJAK sagte in ihrer Erklärung, die geschichtliche Mission der Gründung von Mahabat sei epochal: "In der letzten Zeit haben der Iran, die Türkei und Syrien die Unterdrückung gegen die Kurden verstärkt, um dies zu verurteilen, rufen wir zu einer Kundgebung vor der iranischen Botschaft in Kopenhagen am 21. Januar auf."
Die PJAK ruft alle Kurdinnen und ihre Freundinnen auf an der Kundgebung teilzunehmen und das theokratische Regime im Iran zu verurteilen. In der Erklärung wurde die Hinrichtung von zwei Mitgliedern der PDK und die Verhaftung von zwei Mitgliedern der PJAK sowie die Verhaftung des kurdischen Künstlers Îsmaîl Serdestî verurteilt. Am 4. Dezember 2003 war das Mitglied der PDK, Jalil Zewaim in Mahabat und am 6. Dezember 2003 Ramîn Sarîfî in Saqiz hingerichtet worden.
Die Republik Mahabat war am 22. Januar 1946 von Qazî Muhamed gegründet worden. Nach nur 330 Tagen wurde sie von der iranischen Armee zerstört, Muhabed wurde am 31 3 1947 auf dem Çarçiraoplatz hingerichtet. *(KG, 19.1., ISKU)*

Polizei zieht Bilanz

Auf Grundlage der Verfahrensstatistik des vergangenen Jahres kommt die Generaldirektion der Polizei zu dem Schluß, dass Mißhandlungen und Folter zurückgegangen sind. Im vergangenen Jahr wurden 218 Strafanträge wegen schlechter Behandlung und 21 Anträge wegen Folter gestellt. 88 Verfahren dauern noch an, in 16 Fällen erfolgte ein Freispruch, in drei Fällen eine Verurteilung und in 129 Fällen eine Einstellung des Verfahrens. Es habe 313.297 polizeiliche Vorfälle gegeben (ohne Straßenverkehr) und 241.418 Verhaftungen. 5.737 Demonstrationen und Kundgebungen wurden durchgeführt, an denen insgesamt rund zwei Millionen Menschen teilnahmen. Dabei kam es zu 3.990 Festnahmen. Es seien 970 Terrorvorfälle regristriert worden, von denen 500 der PKK/KADEK , 411 linken Gruppen und 39 rechten Gruppen zugeordnet werden.
(Zaman, 17.01.04)

Leyla Zana bleibt in Haft

Gericht verweigert Freilassung der kurdischen Politikerin. EU lädt Zana zu Verleihung des Sacharow-Preises ein
Ein türkisches Gericht hat am Freitag die Freilassung der seit 1994 inhaftierten kurdischen Politikerin Leyla Zana abgelehnt. Zuvor hatte das Europaparlament der ehemalige Abgeordnete der prokurdischen Partei DEP zur Verleihung des Sacharowpreises für Meinungsfreiheit nach Brüssel eingeladen. Das EU-Parlament hoffte, damit die türkischen Behörden zur Freilassung Zanas bewegen zu können. Zana wurde der Preis 1995 zugesprochen, sie konnte ihn aber nie entgegennehmen, weil sie seit 1994 inhaftiert ist. Derzeit läuft in der Türkei eine Neuauflage des Prozesses gegen Zana und drei weitere ehemalige kurdische Abgeordnete. Das Gericht vertagte sich jedoch auf den 24. Februar. Zana war 1994 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. *(taz, 17.1., ISKU)*

Verfahren wegen kurdischer Namen in Revision

Nachdem das Verbot kurdischer Namen aufgehoben wurde, haben Nedim Bicer (Kreisvorsitzender der DEHAP), Nimet Sayar, Mehmet Ilhan Dogan, Abdüllhalim Ciftci, Mehmet Tahir Karakoc und Misbah Bozucu beim Zivilgericht Bismil bei Amed die Änderung ihrer Namen in kurdische Namen beantragt: Bicer in "Welat Bawer", Sayar in "Xemgin Jehat", Dogan in "Xebat Xwes", Ciftci in "Xemgin Cotkar", Karakoc in "Xeyri Amedi" und Bozuncu in "Welat Asiti". Das Gericht hat jedoch am 17. Dezember die Anträge abgelehnt, weil die Buchstaben "X", "W" und "Q" im türkischen Alphabet nicht existierten und diese Namen nicht bekannt seien.
Daraufhin haben Bicer und weitere fünf DEHAPler sich beim Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir beschwert. Nach einer Prüfung hat dieser beim Zivilgericht Bismil einen Revisionsantrag gestellt.
(ÖP, 10.1., ISKU)

Treffen von Europäischer Kommission mit Vertretern von Menschenrechtsgruppen
Eine 4-köpfige Delegation der Europäischen Kommission traf sich in Diyarbakir mit Vertretern des IHD, der Anwaltskammer, der Ärztekammer und Flüchtlingsorganisation Göc-Der, um die Umsetzung der Angleichungsgesetze im Gebiet zu untersuchen. *(DIHA, 19.1., ISKU)*

Zeitungsausträger festgenommen
In Siirt wurde ein Zeitungsausträger der Zeitung Yeniden Özgür Gündem von Polizisten der Sicherheitsdirektion festgenommen. *(DIHA, 19.1., ISKU)*

Leiter der DEHAP Sirnak festgenommen
Der Leiter der DEHAP Sirnak Adem Ozcan wurde am Morgen in seiner Wohnung festgenommen. *(DIHA, 21.1., ISKU)*

Haft für kurdische Cassette
Aufgrund einer kurdischen Wahlcassette, die während des Wahlkampfs zur Wahl am 3. November 2002 überall in der Türkei gespielt worden war, wurde gegen den ehemaligen DEHAP-Kreisvorsitzenden Cahit Göktas in Bitlis ein Verfahren eingeleitet. Beim 4. Verhandlungstermin hat das Gericht Göktas zu 6 Monaten Haft und 186 Mio. TL Geldstrafe verurteilt, mit der Begründung, er habe gegen das Gesetz 2820 zu politischen Parteien verstoßen, nach dem Wahlpropaganda ausschließlich nur in türkischer Sprache erlaubt sei.
Gegen den ehemaligen Bezirksvorsitzenden, den Kassenwart und weiteren Vorstandsmitgliedern der DEHAP Bitlis wurde wegen eines Konzertes des kurdischen Sängers Reso beim 1. Bezirkskongress der DEHAP Bitlis ein Verfahren eingeleitet.
(ÖP, 15.1., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative
KG	KONGRA-GEL online

Nûce

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 140
30. Januar 2004

Nûce


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Cemil Bayik: Der Kongra-Gel ist das Projekt von Abdullah Öcalan

Der Vorsitzende der Kommission für Bildung und Kunst des Kongra-Gel, Cemîl Bayik forderte, dass die Kampagne für die Regionalwahlen in der nächsten Zeit zu einer Kampagne ‚Freiheit für Öcalan' werden soll. Bayik gab gegenüber der Nachrichtenagentur Mezopotamya eine Erklärung über die Diskussion um die Föderation und die Organisierung des Kongra-Gel ab.

Bayik mahnte zur Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte und der Linken und sagte, wenn die demokratischen Kräfte und die Linke in einem breiten Bündnis an den Regionalwahlen teilnehmen, wären sie für die kurdische Frage und die vielen Probleme der Türkei eine Lösung.

Bayik sprach über den Erfolg der AKP bei den Wahlen von 2002: Die AKP habe sich den politischen Themen der Türkei und den Interessen des Volkes gut angepasst. Sie sei mit demokratischen Versprechungen und Veränderungen bei der Wahl aufgetreten. Die AKP wurde als Organisiererin der linken Kräfte gesehen. Themen, die die Linke nicht füllen konnte, habe sie gefüllt und sich der Gesellschaft als eine Alternative präsentiert. So konnte sie aus den Wahlen als stärkste Kraft hervorgehen.

Bayik fuhr fort: "Es ist notwendig, dass mit den Wahlen am 28. März eine neue Phase in der Türkei beginnt. Die demokratischen und linken Kräfte treten als eine Alternative und eine Hoffnung vor das Volk. Das ist eine historische Aufgabe. Falls die demokratischen und linken Kräfte sich nicht vereinigen, laden sie sich eine sehr große Schuld gegenüber der Türkei auf. Sie verlieren jedes Jahr 10 Jahre für die Türkei. Es soll nicht jede Partei auf ihrer Kandidat(in) beharren. Die Basis muss der Sieg der demokratischen Kräfte sein. Die größtmögliche Übereinstimmung muss gefunden und zur Wahl gestellt werden."

Sollte sich die DEHAP auch dem Bündnis anschließen, werden die BürgermeisterInnenposten in vielen Regionen der Türkei in die Hände der Demokraten fallen. Zum Beispiel die Regionen Çukurova, Ege und Marmara wären dann in den Händen der demokratischen Kräfte. Diese Regionen hätten auch Einfluss auf die Politik der gesamten Türkei. Der Erfolg bei den Regionalwahlen werde die gesamte gemeinsame Politik bestätigen.

Bayik wandte sich auch an die Intellektuellen und sagte: "Diejenigen, die kein demokratisches Bündnis mit den KurdInnen eingehen, werden in einer demokratischen Bewegung nicht vorne stehen." Zu den KandidatInnen sagte Bayik, diejenigen, die sich einsetzen, ehrlich sind, Führungsqualitäten haben und den Freiheitskampf unterstützen, sollten gewählt werden.

Bayik forderte, dass bei den Wahlen jede/r die Freiheit Abdullah Öcalans fordern soll: "Diejenigen, die nicht für die Freiheit Öcalans arbeiten, können den Befreiungskampf und die Demokratie vorantreiben. Aber der Weg der Lösung der kurdischen Frage geht nur über Apo. Darum ist es notwendig, die Kampagne für die Wahl in der verbleibenden Zeit mit einer Kampagne für Öcalans Freiheit zu verbinden."

Zur Diskussion über eine Föderation, die in Südkurdistan geführt wird, sagte Bayik: "Im Irak ist die beste Lösung eine Föderation fernab von Nationalismus." Die Politik der Verleugnung habe ihren Zenit überschritten und die Nichtlösung der kurdischen Frage belaste die Völker der Region. Solange sie nicht gelöst sei, werde es keine Ruhe in der Region geben. Das hätte die Geschichte gezeigt. Solange die Länder der Region sich nicht demokratisierten, dem Nationalismus abschwören und keine geistige Revolution durchführten, werde die Korruption in der Region bleiben. Daher rief er das kurdische Volk, die türkischen, arabischen und persischen Völker auf, sich dieser Aufgaben anzunehmen. "Wenn wir die Bedingungen der Geschichte und die heutigen bewerten, sind wir der Meinung, dass die beste Lösung für den Irak eine Föderation fernab von Nationalismus ist." Bayik betonte, dass ein demokratischer Irak, eine demokratische Föderation, ein Model sei, das die Einheit stärkt. Er rief das Volk Kurdistans auf, gute Beziehungen zu den Völkern des Irak und zu den Nachbarvölkern zu pflegen, die Forderung nach einer Föderation nicht gegen die regionalen Völker zu stellen. "In der kommenden Zeit müssen auch die anderen Länder Achtung vor den Bestrebungen der Kurden haben. Die Nachbarn, die gegen eine Föderation im Irak auftreten, bringen die Kurden gegen sich auf."

Bayik betonte, dass bei der Lösung der kurdischen Frage vieles in den Händen der Türkei läge: "Wenn die Türkei unseren Vorschlag für die Lösung akzeptiert und Schritte unternimmt, beendet sie ihre falsche Politik. Wenn die Türkei sich demokratisiert, kann sie sich von der Angst der Auflösung befreien, was eine Dynamik der Stärkung der Türkei zur Folge hätte.

Zu den jüngsten Diskussionen um den Status von Kirkuk erklärte Bayik: "Die Kurden sollten sehr aufmerksam sein, die richtige Politik verfolgen und sich nicht provozieren lassen. Besonders mit den Turkmenen, Arabern und Assyrern gute Beziehungen pflegen, ihnen mit Achtung vor ihrer Sprache, Identität und Kultur begegnen. Kirkuk ist ein Teil von Kurdistan und eine kurdische Stadt. Aber natürlich leben dort auch Turkmenen, Assyrer und Araber. Wenn sich mit der richtigen Politik und intelligenten Lösungen dem Problem angenähert wird, dann wird Kirkuk eine Stadt, in der die kurdische Föderation ihre Beziehungen mit den anderen Völkern entfalten kann."

Bayik fuhr fort, der Kongra-Gel sei das Projekt und Model des Vorsitzenden des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan. Er rief das kurdische Volk auf seinen Platz im Kongra-Gel einzunehmen und den Kampf zu verstärken. Er legte dar, dass die vorherigen Organisationsmodelle nicht die Antwort auf die aktuellen Bedingungen gegeben hätten: "Die vorherigen Modelle waren eine Eingrenzung gegenüber dem Willen und der Kraft des Volkes. Diese vorherigen Modelle haben das Volk zu einer Kraft gemacht, konnten aber die Entscheidungskraft und den Wille des Volkes nicht zum Ausdruck bringen. Deshalb ist das Fällen von Entscheidungen und die Willensbildung schwach geblieben. Die Organisierung des Kongra-Gel hat diese Hindernisse beiseite geräumt so das die Menschen ihren Willen äußern und selbst entscheiden.

Bayik erklärte, dass die ideologische Grundlage der Politik des Kongra-Gel Abdullah Öcalan gelegt habe. Daher sehen sich alle Mitglieder des Kongra-Gel und des Volkes als ein Projekt des Vorsitzenden Apo und setzten sich dementsprechend ein. Der Kongra-Gel werde im demokratischen Volkaufstand voranschreiten. Freiheit und Demokratie werden mit dem Volksaufstand Farbe annehmen. Das Volk solle sich in diesem Rahmen organisieren und sich für den Freiheitskampf einzusetzen.

(KG, 26.1., ISKU)

Meldungen

Öcalan will telefonisch vor Straßburger Gericht aussagen
PKK-Chef Abdullah Öcalan will einem Zeitungsbericht zufolge telefonisch vor dem Europäischen Menschenrechtsgericht in Straßburg aussagen. Öcalans Anwälte wollten einen entsprechenden Antrag stellen. Das Straßburger Gericht verhandelt am 5. Mai im Fall Öcalan. *(afp 27.1., ISKU)*

Proteste gegen Treffen von Bush und Erdogan
Eine Protestdemonstration in Istanbul gegen das Treffen des Ministerpräsidenten der Türkei Recep Erdogan und dem Präsidenten der USA George W. Bush wurde von der Polizei mit Pfeffergas angegriffen. 30 Personen wurden festgenommen. Die Demonstrant(inn)en riefen Parolen wie: "Mörder Amerika, Knecht AKP", "Krämer AKP, für wieviel hast du unser Land verkauft?", "Schluss mit dem Verkauf unseres Landes".
(DIHA, 28.1., ISKU)

Skandalöse Zustände im D-Typ
Die Familien der Gefangenen im D-Typ Gefängnis vom Amed, des F-Typ Gefängnisses in Enqere-Sîncan und des E-Typ Gefängnisses haben eine Erklärung abgegeben, sie sagte, bei den Besuchen werden Mund und Nase nach Papier durchsucht. Die Familien erklärten, bei einem Besuch wären die Männer von zwei Familien vor aller Augen ausgezogen worden und auch ein Mädchen wollten sie entkleiden. Der Anwalt A.Kadîr Guleç erklärte, dass die Zustände in den Gefängnissen außerhalb der Europäischen Menschenrechtscharta liege.
Nach der Verlegung der Gefangenen in die F- und D-Typ Gefängnisse sind die Zustände der Rechtlosigkeit und Menschenrechtsverletzungen gesteigert worden.
(DIHA, 29.1., ISKU)

Verbot von farbiger Bekleidung
Das Vorstandsmitglied des Solidaritätsverbandes in Adana für Familien Inhaftierter und Verurteilter gab in einer Stellungnahme bekannt, dass im F-Typ-Gefängnis Sincan/Ankara für Inhaftierte verboten sei, Kleidungsstücke in den Farben rot-gelb-grün sowie in blau und dunkelblau zu tragen.
(DIHA, 22.1., ISKU)

Dorfbewohner bedroht
Die Bewohner von Yedikardes, in der Region Mardin meldeten beim örtlichen IHD, dass sie von den Soldaten der Militärkaserne des Ortes bedroht und wieder dazu gezwungen werden sollen Dorfschützer zu werden.

Kurdisches Föderalismuskonzept für Irak

Die Regierung in Washington soll den Kurden im Nordirak Autonomie in einem föderalistischen Staat zugesichert haben. Jetzt sei von den Zusagen nicht mehr viel übrig geblieben, beklagen kurdische Politiker. Unzufriedenheit und Angst werden weiter angeschürt von den aktuellen Gesprächen im Weißen Haus, bei denen der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die territoriale Integrität Iraks fordert und kurdischer Autonomie eine Absage erteilt.

Von einer weit reichenden Autonomie sei die Rede gewesen, erklären Kurden. In Washington heißt es hingegen, solche Garantien habe es nie gegeben. Zwar ziehen die USA bei der Machtübergabe an die Iraker ein föderalistisches System in Betracht, allerdings nach geographischen Kriterien, nicht nach ethnischen.

In Erbil, Suleimanijah und Dohuk errichteten die Kurden nach dem Golfkrieg 1991 eine halbautonome Region. Dort lebt ein Großteil der irakischen Kurden, die insgesamt knapp 20 Prozent der 25 Millionen Einwohner des Landes stellen. Ihr Ziel ist es, den autonomen Status zu festigen und ihr Einflussgebiet auf die einst kurdische Stadt Kirkuk auszudehnen.

Keine Partei habe nun das Recht, einem nicht föderalistisch organisierten Staat zuzustimmen, sagt Barzani, der Neffe des Chefs der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Eine andere Lösung würde auch die Bevölkerung nicht akzeptieren, ist er sich sicher.

Das kurdische Parlament in Erbil hat dem Regierungsrat in Bagdad und US-Zivilverwalter Paul Bremer einen Vorschlag für ein föderalistisches System vorgelegt. Seit einigen Tagen sammeln die Kurden außerdem Unterschriften in der Bevölkerung für ein Referendum über eine föderalistische Lösung. «Die Petition soll den Druck auf die Koalition, den Regierungsrat und Menschenrechtsorganisationen erhöhen, die Wünsche des kurdischen Volkes wahrzunehmen», erklärt Havel Abu Bakr von der Universität Suleimanijah.

(ap, 28.1., ISKU)

Bush und Erdogan: Drohungen statt Dialog

US-Präsident George W. Bush hat der Türkei versichert, dass die USA keine Ausweitung der kurdischen Autonomie in Irak unterstützen. Bei einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Weißen Haus sagte Bush, Ziel Washingtons sei ein friedliches und demokratisches Irak, «das territorial intakt ist». Damit erteilte er kurdischen Bestrebungen nach einer Ausweitung der bisherigen Selbstverwaltung eine Absage. Ankara befürchtet, eine kurdische Kontrolle über das ölreiche Gebiet in Nordirak könnte zu einem unabhängigen Staat führen, der auch kurdische Gebiete in der Türkei umfassen wolle. Erdogan reagierte befriedigt auf Bushs Zusagen. «Wir teilen dieselben Ansichten hinsichtlich unserer strategischen Partnerschaft beim Wiederaufbau Iraks», sagte er.

Parallel dazu betonte der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, dass "die Schonzeit für Angehörige des Kurdischen Freiheits- und Demokratiekongresses" abgelaufen sei. Bremer betonte am Mittwoch, dass die frühere PKK und verwandte Organisationen nach US-Gesetzen als terroristische Vereinigungen gelten. US-Präsident George W. Bush sei entschlossen, "die Nutzung Iraks als terroristischem Zufluchtsort zu beenden".

Vor zwei Wochen war der neugegründete KONGRA-GEL trotz zahlreiche Proteste in die "Liste terroristischer Organisationen" der USA aufgenommen worden.

Auch Bundesinnenminister Schily schloß sich indirekt der antikurdischen Drohkulisse an. Anläßlich der Verabschiedung einer Gesetzesvorlage zur "Kooperation bei der Verbrechensbekämpfung" zwichen der Türkei und der BRD erklärte er: "Für eine erfolgreiche europäische Sicherheitspolitik ist die enge Kooperation mit der Türkei beim Kampf gegen den Terrorismus und die Organisierte Kriminalität sehr wichtig".

(afp, 28.1., ap, FR, 29.1., ISKU)

US-Bundesrichterin erklärt Teile des "Patriot Act" für verfassungswidrig

Beratungen für PKK und LTTE sind legal

Weil sich fünf Organisationen und zwei US-Bürger für legale und friedliche Aktivitäten der inzwischen aufgelösten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der "Befreiungstiger von Tamil Eelam" (LTTE) einsetzen wollten, haben sie gegen den als "Heimatschutzgesetz" der USA bekannten "Patriot Act" geklagt. Erstmals hat nun eine US-Bundesrichterin Teile dieses Gesetzes als "verfassungswidrig" erklärt. Audrey Collins stellt in ihrem am 26. Januar veröffentlichten Urteil fest, dass das Verbot, Gruppen, die z.B. für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in der Türkei eintreten und als "internationale Terrororganisation" eingestuft sind, Hilfe und Beratung anzubieten, das Recht auf Meinungsfreiheit einschränke. Durch den "Patriot Act" drohten den Klägern in der Vergangenheit hierfür bis zu 15 Jahren Haft. Das US-Justizministerium erklärte, das Urteil prüfen zu wollen. Bürgerrechtskreise werteten die Entscheidung der Bundesrichterin als Erfolg der demokratischen Bewegung gegen die repressive US-Politik.

(Azadi/jW, 28.1., ISKU))

Rückkehr aus Maxmur?

Etwa 12.000 Kurdinnen und Kurden, die in den 90er Jahren aus der Türkei fliehen mussten und seitdem im Lager Maxmur im Nordirak leben, können bald in die Türkei zurückkehren. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Türkei und Irak soll nach Angaben aus Regierungskreisen in den nächsten Tagen unterzeichnet werden. In die Verhandlungen waren Diplomaten der USA und das Flüchtlingshilfswerk UNHCR eingeschaltet.

In der neuen Vereinbarung verpflichtet sich Irak, dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge nur freiwillig zurückkehren sollen. Die türkische Regierung hat im Gegenzug versichert, dass die Betroffenen in ihre Dörfer oder jeden Ort ihrer Wahl zurückkehren dürfen. Außerdem sollen sie vorher über möglicherweise gegen sie in ihrer Abwesenheit eingeleitete Strafermittlungen informiert werden. Die Türkei hat außerdem versprochen, dass die Kurden in den ersten sechs Monaten nach ihrer Rückkehr nicht zum Militärdienst eingezogen werden. Im Irak geborene kurdische Kinder sollen demnächst die türkische Staatsbürgerschaft erhalten. Von März an sollen pro Monat etwa 250 Flüchtlinge zurückkehren.

(FR, taz, 24.1., ISKU)

Menschenrechte in Istanbul 2003

Die Zweigstelle Istanbul des Menschenrechtsverein (IHD) hat seinen Jahresbericht 2003 veröffentlicht. Demnach wurden im ganzen Jahr 6.552 Personen festgenommen und davon 291 verhaftet. 283 Personen haben beim IHD einen Antrag wegen erlittener Folter gestellt, davon waren 34 Kinder und 92 Frauen. 59 Menschen haben durch Angriffe "unbekannter Täter" und 64 durch Bombenanschläge ihr Leben verloren. 26 Personen wurden 2003 als "verschwunden gelassen" gemeldet. Es wurde 132 Jahre und 4 Monate Haftstrafen wegen "Gedankenschuld" gefordert und 62 Jahre 10 Monate verhängt. 138 Ausgaben von Zeitungen und Zeitschriften wurden beschlagnahmt. Es sind innerhalb eines Jahres 58 Anschläge auf Arbeitsstätten und 5 auf Parteigebäude verübt worden.

(DIHA, 27.1., ISKU)

Sie waren schon einmal im Jahr 1993 durch die Bedrohung des Militär gezwungen gewesen ihr Dorf zu räumen. 2000 bekamen sie die Erlaubnis zur Rückkehr in ihr Dorf.

Einer der Einwohner sagte, die Verantwortlichen der Kaserne kamen und verlangten, dass alle Dorfschützer werden. "Sie haben uns gesagt, ‚Entweder werdet ihr Dorfschützer oder wir werden euch wieder zur Flucht zwingen.' Einige, die nicht schon wieder fliehen wollten hätten dem zugestimmt. Aber ich und drei weitere Familien verweigerten das. Auch diejenigen, die zugestimmt haben, wollten es wieder rückgängig machen." Daraufhin nahm der Druck des Militärs zu. Die Verantwortlichen der Kaserne riefen ihn und seine Söhne und behielten ihre Ausweise.

(DIHA, 29.1., ISKU)

Gebühr für Fahrt zum Prozess

Ein Gefangener im Gefängnis Silopi sollte zum Staatssicherheitssgericht (DGM) nach Adana zu einer Verhandlung gebracht werden. Die Behörden verlangten für den Transport eine Gebühr von etwa 90,- Euro. Da er den Betrag nicht aufbrachte, konnte er an der Verhandlung nicht teilnehmen.

(DIHA, 21.1., ISKU)

Seit 3 Jahren Verschwundene

Trotz aller Bemühungen der letzten drei Jahre (seit 25.1.20001) bleiben Serdar Tanis und Ebubekir Deniz aus Silopi verschwunden. Vor exakt drei Jahren wurden sie auf die Jandarma-Kommandantur bestellt, seit dem sind sie nicht mehr aufgetaucht.

(DIHA, 23.1., ISKU)

Nach Klage gegen Folter

Im Kreis Cizre hatte L. Hezar gegen Polizisten der Sicherheitsdirektion geklagt, die ihn während einer Festnahme gefoltert hätten. Jetzt wurde er mit Haftbefehl festgenommen. *(DIHA, 23.1., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
FR	Frankfurter Rundschau
KG	KONGRA-GEL online

Nûce

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.nadir.org/isku

Nr. 141
6. Februar 2004

Nûce


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Organisationen verurteilen einhellig die Angriffe auf KDP- und PUK-Büros in Hewler (Erbil)

Terroranschlag in Südkurdistan

In Hewler/Erbil im kurdischen Nordirak kam es am vergangenen Sonntag zu verheerenden Terroranschlägen gegen die Büros der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) sowie der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Die Anschläge die zeitgleich von Selbstmordattentätern ausgeführt wurden, forderten nach bisherigem Stand 109 Todesoper. Unter Ihnen befinden sich zahlreiche ranghohe Funktionäre von KDP und PUK.
Die Anschläge waren wärend des traditionellen Empfangs anlässlich des islamischen Opferfestes ausgeführt worden.

Der Vorsitzende des KONGRA-GEL Zubeyîr Aydar bewertete die Anschläge von Hewler als Teil einer Kampagne gegen die Kurden.
Aydar beteiligte sich Dienstag Abend telefonisch an einer Sendung von Medya TV und bewertete die Anschläge in Hewler (Erbil) als "Teil einer Kampagne gegen die Kurden durch die Kräfte, die den Status Quo verteidigen".
Aydar beurteilte den Besuch von Besar Assad in Ankara und das Treffen des Außenministers der Türkei Abdullah Gul im Iran in diesem Rahmen und verwies auf die Worte des Oberbefehlshabers der türkischen Armee, der gesagt hatte: "Wenn die Kurden eine Föderation gründen, wird Blut fließen." Aydar sagte, die Identität der Täter sei nicht von Bedeutung, wichtig sei, wer die Freiheit der Kurden ablehne: "Hinter den Anschlägen stehen diese Kräfte."
Aydar erklärte, dass die AKP, weil sie keine Schritte für die Lösung der kurdischen Frage unternehme, sich selbst auf ihr Ende vorbereite. Er sagte, der Angriff von Hewler habe alle Kurden zum Ziel. Er rief zur Einheit auf, um diese Kampagne ins Leere laufen zu lassen.
Er sagte, dass man um diese schmutzige Politik gegen die Kurden ins Leere laufen zu lassen ein Treffen mit der PUK und der KDP plane.
Aydar erklärte, wenn im Süden keine sichere Lösung gefunden würde, auch die Situation in den anderen Teilen immer in Gefahr sei. Damit die früheren Fehler sich nicht wiederholten, sei ein Dialog und die Einheit wichtig.
Aydar kritisierte dass die Türkei den KONGRA-GEL gegenüber Amerika als terroristisch angezeigt habe und nannte vielmehr das Massaker in Hewler terroristisch: "Die Führung in Washington nähert sich mit einem Doppelstandart ‚Gute Kurden, schlechte Kurden' an." In diesem Zusammenhang kritisierte er, dass Amerika den KONGRA-GEL auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt habe. Aydar sagte, man unterstütze den Plan Amerikas für den Aufbau eines demokratischen Irak: "Aber wir wollen nicht nur im Irak, sondern auch in der Türkei, in Syrien und im Iran demokratische Staaten."

Der Vorsitzende des Kongra-Gel sandte ein Beileidsschreiben an den Vorsitzenden der KDP, Mesut Barzanî und den Vorsitzenden der PUK, Celal Talabanî.
Aydar wies in dem Schreiben auf den Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der gleichzeitig stattfindenden Diskussion über die Rechte der Kurden im Süden Kurdistans hin, er äußerte sich dahingehend, dass die Angriffe nicht als Zufall zu bewerten seien und diejenigen, die den Anschlag verübt haben, erneut gezeigt hätten, dass sie die Freiheit des kurdischen Volkes ablehnten. Aydar sagte, es sei eine entscheidende Zeit für Kurdistan und den Mittleren Osten. In dem Brief hieß es weiter: "Als Kongra-Gel stehen wir an der Seite des Volkes im Süden. Wir wollen, dass Südkurdistan eine Zukunft in Freiheit und Demokratie entwickelt. Diese dunklen Kräfte können das kurdische Volk nicht von seinem rechtmäßigen Kampf abbringen, diesen Angreifern werden wir keine Möglichkeit zum Erfolg geben."

Erklärung von PUK und KDP
Mesut Barzanî erklärte, die Anschläge hätten die Zukunft der Kurden zum Ziel, Celal Talabanî bewertete die Anschläge als Angriffe gegen die Einigkeit der Führung in der Region. Barzanî liess in einer schriftlichen Erklärung verlauten, die Kurden des Irak sollen in eine dunkle Zukunft gezogen werden. Er erklärte, viele fürchteten noch immer die Einheit der Kurden und daher wären solche Anschläge ein Versuch, die Entwicklung der Freiheit, des Friedens und der Demokratie zu beantworten.

Delegation in Hewler
Am Mittwoch traf eine Abordnung verschiedener kurdischer Organistaionen aus der Türkei in Hewler ein, um den Vertretern von PUK und KDP ihr Beileid auszusprechen und Unterstützung zuzusagen. Unter ihnen waren der Rechtsbeistand der DEHAP, Hamit Geylani, der Gemeindevorstandvorsitzende von Diyarbakir, Feridun Celik, der Vorsitzender des kurdischen Institutes Sefik Beyaz, der Rechtsanwalt des Ehrenvorsitzenden des Kongra-Gel Abdullah Öcalan, Irfan Dündar, der Vorsitzende des Mezopotamischen Kulturzentrums Zübeyir Perihan, der GÖC-DER Vositzender Sefika Gürbüz, Asiye Turhalli von der Friedensmütterinitiative, der YAKAY-DER-Vorsitzender Pervin Buldan, der Gemeindevorstand der DEHAP in Istanbul und als Vertreter der Zeitung Özgür Gündem Hüssein Aykol. Nach Trauerminuten um die Toten bei den Anschlägen betonten alle Organisationen, dass Sie zu jeder Hilfe für den Aufbau sowie zu finanzieller Unterstützung bereit wären.

Massenproteste gegen die Anschläge
In Nordwestkurdistan organsierte die Demokratische Volkspartei (DEHAP) zahlreiche Protestaktionen gegen die Anschläge. Dabei wurde immer wieder auf den Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der antikurdischen Politik der türkischen AKP-Regierung hingewiesen.
In Tetwan/Tatvan erklärte der regionale DEHAP-Vorsitzende Sahîn Çoban vor 300 DemonstrantInnen: "Das kurdische und arabische Volk gehören der gleichen Geographie an. Die rückständigen Kräfte, die gegen eine Demokratisierung des Irak sind, sind verantwortlich für diesen Anschlag. Die Beziehung zwischen dem arabischen und dem kurdischen Volk verlangen eine demokratische Lösung für den Irak. Keine Kraft kann sich dagegenstellen."
Weitere Demonstrationen und Protestaktionen mit jeweils mehreren hundert TeilnehmerInnen fanden in Erxenî/Ücyol, Pîran /Dicle, Çinar, Lice, Bismil, Riha Suruc/Sanliurfa, Serêkani (Ceylanpinar), Sêrt (Siirt) und Misirc (Kurtalan) statt. In Amed (Diyarbakir), wo mehrere Tausend Menschen gegen die Anschläge und gegen die Politik der AKP-Regierung demonstrierten, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. *(KG, DIHA,.-5.2., ISKU)*

Meldungen

Aktionen für Öcalan
In Gaziantep/Dîlok im Stadtteil Karacaoglan fand am 4.2. eine Kundgebung zur Unterstützung von Abdullah Ocalan statt. Eine Gruppe von etwa 100 Jugendlichen entrollte eine Fahne der Volksverteidigungskräfte HPG und demonstrierte durch den Stadtteil. Schnell wuchs die Menge auf 500 Personen an. Parolen für die Freiheit Öcalans wurden gerufen. Die Polizei versuchte die Menge wiederholt ohne Erfolg auseinanderzubringen.
Auch in Sirnax/Sirnak demonstrierten überwiegend Frauen für die Aufhebung der Isolation gegen Abdullah Öcalan. *(DIHA, 4.2., ISKU)*

Beginn der Kampagne ‚Freiheit für den Vorsitzenden' in Wan
Im Rahmen der Kampagne ‚Freiheit für den Vorsitzenden' kam am Abend des 3.2. eine Gruppe Jugendlicher in Wan/Van zusammen, um Plakate zum Jahrestag des 15. Februar zu kleben. Auf den Plakaten stand "Nieder mit dem 15. Februar, nein zur Isolation". Die Aktion konnte ohne Zwischenfälle abgeschlossen werden.
Am 15. Februar 1999 war Abdullah Öcalan in die Türkei entführt worden. *(DIHA, 4.2., ISKU)*

Besuchsverbot im F-Typ-Gefängnis Adana-Kürkcüler
80 PRD (früher PKK) Gefangene im F-Typ Gefängnis Kürkcüler in Adana erhielten an den Opferfest-Feiertagen keine Erlaubnis Besucher zu empfangen, als Disziplinarstrafe für die Durchführung eines Hungerstreiks. *(DIHA, 31.1.,I SKU)*

Rückgang der Klagen gegen die Türkei vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof
Die Verfahrensstatistik des Gerichtshofes zeigt einen Rückgang der im vergangenen Jahr eingereichten Klagen. Außerdem zeigt sich eine Strukturveränderung: Der Anteil der Verurteilungen wegen Folter oder Verletzung des Rechts auf Leben nimmt ab, während jetzt Verstöße gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren in den Vordergrund treten. Bei der Zahl der Verurteilungen liegt die Türkei hinter Italien, zusammen mit Frankreich auf Platz 2 bzw. 3. *(IP, 28.1., ISKU)*

Verfahren gegen das Plakat "Jeder ist anders, jeder ist gleich"
Aufgrund einer Plakataktion des IHD-Sêrt/Siirt 'E asti bi serkeve`(kurdisch) (Der Frieden wird sie-

Neue Skandale im D-Typ Gefängnis

Die Familien der Gefangenen im D-Typ Gefängnis vom Amed, des F-Typ Gefängnisses in Enqere-Sîncan und des E-Typ Gefängnisses haben eine Erklärung abgegeben. Bei den Besuchen würden Mund und Nase nach Papier durchsucht. Die Männer von zwei Familien wären vor aller Augen ausgezogen worden und auch ein Mädchen hätten sie entkleiden wollen. Der Anwalt A.Kadîr Guleç erklärte, dass die Zustände in den Gefängnissen ausserhalb der Europäischen Menschenrechtscharta liege.
Nach der Verlegung der Gefangenen in die F- und D-Typ Gefängnisse hätten sich die Zustände der Rechtlosigkeit und Menschenrechtsverletzungen gesteigert.
Mehiyet Pîrînç (44), deren Sohn sich am 20. Januar im D-Typ Gefängnis von Amed selbst verbrannt hat, erklärte, dass sich Ihr Sohn wegen der Isolation der Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalans verbrannt habe und: "Mein Sohn hat mir beim Besuch gesagt, dass er sich im Gefängnis aus Protest gegen die Unterdrückung und die harten Bedingungen verbrannt hat. Wo mein Sohn auch ist, ich werde da sein. Er war vorher schon krank und erhielt keine Behandlung. Auch jetzt wird er nicht behandelt und kann deshalb nicht aufstehen."

Zwei Männer vor den Augen von Frauen entkleidet
Pirînç erklärte, bevor sie zum Besuch gehen konnte wurden bei Kontrollen zwei Männern die Hosen ausgezogen. Auch ihrer Tochter hätte man die Hosen ausziehen wollen, was sie jedoch nicht zugelassen habe. "Vor dem Besuch sollten wir beim Gefängnis anrufen und sagen, welche Kleidung wir tragen. Wir wurden an sechs verschiedenen Punkten kontrolliert. Die Soldaten haben mit uns wie mit Spielzeug gespielt und uns wie eine Viehherde vor sich hergetrieben. Rezepte haben sie uns aus den Händen genommen. Bevor die Gefangenen zum Besuch gebracht werden, wurden ihre Münder und Nasen nach Papier durchsucht."
Sie werden krank von dem Essen Nîdaî Tezer dessen Bruder Turan Tezer (27) seit neun Jahren im Gefängnis ist, berichtet das sein Bruder vor einem Monat in das F-Typ Gefängnis Enqere-Sîncan gebracht worden sei. Ihnen sei nicht erlaubt worden, ihre Kleidung und ihr Geld mitzunehmen. Tezer erklärte, dass sein Bruder unter Schlägen in das Gefängnis gebracht wurde: "Die Gefangenen durften nur schwarze und braune Kleidung anziehen. Da sie ihr Geld und ihre Sachen nicht mitnehmen durften, haben sie seit 15-20 Tagen keinen Tee getrunken. Sie verlangen von ihnen, dass sie sich zum Zählappell in einer Reihe aufstellen. Die Heizungen sind nicht aufgedreht und während des Besuchs war es sehr kalt. Mein Bruder hat mir gesagt, dass das Essen verunreinigt und sehr ungesund ist. Die Medikamente, die ich mitgebracht habe wurden nicht ausgehändigt."
Tezer erklärte, da der Hof der Gefangenen sehr klein sei könnten sie ihre Spaziergänge dort nicht machen, Sie bekämen zu wenig Sauerstoff und haben daher Kopfschmerzen. Den Gefangenen ist es verboten, sich gegenseitig zu begrüßen. Für den Besuch seien 75 Minuten vorgesehen, aber 30 Minuten verliere man allein durch die Kontrollen. Wenn Gefangene eingeschlossen werden, trampeln die Wächter und Soldaten mit ihren Schuhsohlen auf der Erde und singen Lieder, um so die Psyche der Gefangenen zu zerstören."



Anlässlich des fünften Jahrestages der Verschleppung von Abdullah Öcalan findet in Strasbourg am 14. Februar eine europaweite Demonstration statt. Aus allen größeren Städten fahren Busse zur Demonstration - Kontakt kann über die jeweiligen kurdischen Vereine vor Ort hergestellt werden.

Vergewaltigung und Banküberfall werden nicht so hart bestraft
Der Anwalt A. Kadîr Guleç, verdeutlichte, dass die D- und F- Typ Gefängnisse während der Koalition von MHP und DSP gebaut wurden, doch die Verlegung unter der AKP Regierung umgesetzt wurde. Laut Guleç beruht die Verurteilung der Gefangenen auf dem Antiterrorparagraphen 16. Laut türkischen Strafgesetzbuch gibt es die Absätze 125, 146, 168 und 169, die sogenannten Gefahrenparagraphen. Aufgrund dieser Verurteilung können in eine Zelle ein bis drei Personen gesperrt werden und die Gefangenen werden im F-Typ und D-Typ isoliert. Die Strafen für Mord, Banküberfall oder Vergewaltigung sind nicht so hart. In allen Gefängnissen der Türkei gibt es etwa 70-80 tausend Gefangene. Sechs bis siebentausend sind im F- und D- Typ. Das ist ein Widerspruch der AKP Regierung. Den Kommissionen, die aus Europa kommen werden diese Gefängnisse als die Gefängnisse eines neuen Zeitabschnitts vorgestellt.

Isolation ist das ‚kleine Koma'
Guleç erklärte, dass die Europäische Menschenrechtskommission am 22. Mai 2000 gekommen ist und ein Treffen mit dem Justizministerium über das F und D- Typ Gefängnis hatte. Bei diesem Treffen wurde dem Ministerium übermittelt, dass es sich bei der Isolationshaft, die gegen Personen, die aufgrund der Terrorparagraphen alleine gefangen sind um Isolationshaft, das ‚kleine Koma' handele.

Sie wollen die Misere noch vergrößern
Guleç fuhr fort: "In einigen Gefängnissen sind Gefangene der PRD und der Hîzbûllah zusammen in einer Zelle. So wollen sie die Misere noch vergrößern. Das Entkleiden der Familien der Gefangenen widerspricht der Europäischen Menschenrechtscharta. Laut Absatz drei der Europäischen Menschenrechtscharta heißt es: "Niemand soll gefoltert werden, die Würde des Menschen ist unantastbar." In den Gefängnissen ist die Toilette, das Waschbecken, der Ess- und Schlafplatz alles in einem Raum.

Reform für die fünf Absätze
Guleç forderte: "Die fünf Antiterrorabsätze müssen geändert werden. Man sollte sich nach dem Standart der Vereinten Nationen für Kriegsgefangene richten. Es ist notwendig, die Straf- und Verurteilungspolitik noch einmal zu überarbeiten. Für eine Reform ist es wichtig, die Gefangenen aus den F- und D- Typ Gefängnissen zu entlassen.
(DIHA, 29.1., ISKU)

gen) und 'Herkes farkli, herkes esit' (türkisch) (Jeder ist anders, jeder ist gleich),ist gegen den Vorsitzenden Vetha Aydin ein Klage mit Forderung einer 2jährigen Gefängnisstrafe eröffnet wurden.
(ÖP, 18.1., ISKU)

480 Jahre Haft für 'Nein zum Hochschulrat YÖK' verlangt
Gegen 96 Personen, darunter auch Mitglieder von Parteien, Vereinen und Gewerkschaften wurde ein Verfahren wegen Verstoss gegen das Versammlungs und Demonstrationsrecht eröffnet, weil sie am 6. November 2003 in Ankara dem Jahrestag der Gründung des Hochschulrates YÖK protestiert haben. Im Rahmen des Prozesses wurden 480 Jahre Haft gegen sie beantragt. *(ÖP, 29.1., ISKU)*

Trinkwasser verseucht
In der Stadt Eruh, die von der AKP verwaltet wird, kam es zu Krankheiten wie Typhus, Ruhr und Cholera. Abwässer aus der Kanalisation vermischten sich mit dem Trinkwasser. Viele Bewohner, die das Stadtwasser aus dem Wasserhahn benutzt haben kamen zur Behandlung ins Krankenhaus.
(ÖP, 16.1., ISKU)

Nur 2 Ärzte für Semdinli mit 18.000 Einwohnern
Im Staatskrankenhaus von Semdinli bei Culemêrg/Hakkari arbeiten nur 2 pratizierende Ärzte. In der 18.000 Einwohner grossen Stadt, sind die Ärzte überfordert und aufgrund der Grippeinfektion der letzten Tage sind sie gezwungen am Tag mindestens 250 Patiente zu behandeln.
(ÖP, 17.1., ISKU)

254 PKKler nahmen Amnestie-Angebot in Anspruch
Seit Inkrafttreten eines Amnestiegesetzes für kurdische Rebellen im vergangenen August haben sich nach Polizeiangaben bislang nur 254 PKK-Kämpfer den türkischen Behörden gestellt. Innenminister Abdülkadir Aksu äußerte sich in der Zeitung "Cumhüriyet" enttäuscht über die geringe Zahl.
(afp, 30.1., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
IP	Istanbul Post
KG	KONGRA-GEL online
ÖP	Özgür Politika

N û c e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 142
13. Februar 2004

Nûce

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

15.Februar: Zahlreiche Protestaktionen anläßlich des Jahrestags der Entführung Abdullah Öcalans aus Kenia in die Türkei

Der 15. Februar gilt für einen großen Teil der Kurden als schwarzer Tag. Genau an diesem Tag vor fünf Jahren wurde Abdullah Öcalan in einer Nacht und Nebelaktion von Kenia in die Türkei verschleppt. Für kurze Zeit schien es, dass der türkisch-kurdische Konflikt eskalieren würde. Selbst die Protagonisten der geheimdienstlichen Ranküne waren von dem Ausmaß der weltweit heftigen kurdischen Proteste überrascht. Vorausgegangen war eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen, Rom und Amsterdam - krimineller Schlusspunkt unter einem völkerrechtswidrigen Piratenakt, unter maßgeblicher Beteiligung des CIA, MIT und Mossad - klägliches Scheitern einer ominösen europäischen Rechtskultur.
Der 15. Februar 1999 war aber auch der Beginn eines neuen Kapitels im türkisch-kurdischen Konflikt. Die Hoffnungen, dass der kurdische Aufstand durch einen fulminanten Enthauptungsschlag zusammenbrechen möge, stellten sich schon nach kurzer Zeit als nichtig heraus. Noch während alle Anzeichen auf eine Eskalation hindeuteten unternahm Abdullah Öcalan den bis dahin für unmöglich gehaltenen Schritt. Trotz der drohenden Hinrichtung bot er seine Hand zum Frieden und rief die kurdischen Rebellen zur einseitigen Beendigung des blutigen Krieges auf. Gleichzeitig verband er dies mit der Forderung nach Anerkennung von kulturellen und sprachlichen Rechten für die Kurden und einer tiefgreifenden Demokratisierung der Türkei. Erst dieses Friedensangebot eröffnete der Türkei die europäische Perspektive, die mit der Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus zur Europäischen Union verbunden ist.
In der politischen Praxis der demokratischen Bewegung der Türkei, die zu wesentlichen Teilen von der kurdischen Bevölkerung getragen wird, ist der 15. Februar zu einem bedeutenden Datum geworden. Der Widerstand gegen eine staatliche Politik, in deren Mittelpunkt wieder verstärkt Eskalation und antidemokratische Verschwörungen rücken, kommt in zahlreichen Aktionen um den 15. Februar herum zum Ausdruck.

Demonstration in Wan
Am Abend des 9. Februars kamen in den Stadtteilen Suphan, Sabaniye, Karsiyaka und Yenimahalle in Wan (Van) Jugendliche zusammen, um gegen die verschwörung des 15. Februar und die Isolationshaft von Abdullah Öcalan zu protestieren.
In Karsiyaka kamen ca. 100 Personen zusammen, um eine Kundgebung abzuhalten. Die Menschen hielt den Verkehr an und führte anschließend eine Demonstration durch, der sich viele weitere Personen anschlossen. Fünf Jugendliche wurden von der Polizei festgenommen, am Ende der Aktionen aber wieder freigelassen.
Im Stadtteil Sabaniye kam eine Gruppe Jugendliche zusammen und trug ein Transparent mit der Aufschrift "Bijî Serok Apo", "Bijî KONGRA-GEL" und "Nieder mit dem 15. Februar". Im Stadtteil Suphan trugen Jugendliche ein ähnliches Transparent.
Eine weiter Gruppe Jugendlicher machte eine Aktion an der städtischen Sporthalle zur Unterstützung Gefangenen. Die Jugendlichen riefen Parolen. Als die Polizei kam, zündeten sie ein Militärfahrzeug an, das am Ort des Geschehen niederbrannte.

Aufstand in Gever
In zwei Stadtteilen von Gever (Yüksekova) fanden Kundgebungen aus Protest gegen den 15. Februar und gegen die Isolationshaft Öcalans statt. Nach den Aktionen wurden die Stadtteile von Panzern und Spezialteams umstellt. Die Aktionen fanden ebenfalls am Abend des 9.2. in den Stadtteilen Cumhuriyet und Orman statt. Die Teilnehmer/innen riefen Parolen. Nach dem Angriff der Polizei versammelte sich die Menge im Stadtteil Orman erneut und demonstrierte in den Straßen. Die Bewohner/innen des Viertels unterstützten sie mit Klatschen und Trillern. Beide Stadtteile blieben bis morgens unter der Blockade der Polizei.
Auch in zahlreichen anderen Orten kam es im Laufe der Woche zu zahlreichen Protestaktionen anläßlich des 15. Februar.

Unveränderte Haftsituation
Die Vielzahl von Protestaktionen anläßlich des 15. Februar ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Haftsituation, der sich Abdullah Öcalan als Ergebnis des 15. Februar 1999 ausgesetzt sieht, nach wie vor untragbar ist und jeder internationalen Rechtsnorm zuwider läuft. Die seit 5 Jahren andauernde Totalisolation des einzigen Gefangenen auf der Insel Imrali wird nur von seltenen Besuchen seiner Familienangehörigen und AnwältInnen unterbrochen - wenn überhaupt. Zu den verschärften Haftbedingungen, die über Jahre schwere gesundheitliche Schäden hervorgerufen haben, gehört auch, dass aus nichtigen Anlässen - meist wird hierzu das angeblich schlechte Wetter herangezogen - den BesucherInnen Öcalans schon die Überfahrt auf die Gefängnisinsel verweigert wird. Auch der letzte geplante Besuch am Mittwoch endete bereits an der Anlegestelle Gemlik. Nach Angaben der Anwältin Aysel Tugluk ist es das dritte mal in Folge, dass "schlechtes Wetter" den Besuch ihres Mandanten verhinderte. Im vergangenen Jahr dauerte die Besuchsverweigerung der Behörden bis zu 2 Monaten an.
(II, 12.2., DIHA, 9.-11.2., ISKU)

PJA Aktion im Gefängnis von Elih zum 15. Februar

20 Gefangene der Partiya Jina Azad (PJA), die im M- Typ Gefängnis von Elih (Batman) gefangen sind, haben in einem Brief an die Zentrale des IHD erklärt, dass sie anlässlich des Jahrestages des 15. Februar Komplotts in den Hungerstreik treten.
In der Erklärung forderten sie die Aufhebung der Isolation im Gefängnis Imrali, im F- Typ und allen anderen Gefängnissen sowie die Verbesserung der Haftbedingungen im Sinne der Demokratie und Menschenrechte: Stop der Verlegungen in die F- und D- Typ Gefängnisse - Beginn der Arbeit für die Amnestierung aller politischen Gefangenen - Herstellung von Bedingungen zur Zusammenlegung der Gefangenen - Rückgabe von Büchern und Zeitschriften, die beschlagnahmt wurden - Aufhebung der Besuchsbeschränkungen für Familien und Anwälte.
In dem Brief der PJA Gefangenen heißt es weiter: "Wir protestieren gegen das Komplott vom 15. Februar und erklären, dass wir heute in den Hungerstreik treten".
(DIHA, 10.2., ISKU)

Meldungen

Verfahren wegen 'kurdischer Musik'
Die Staatsanwaltschaft von Elazig hat ein Verfahren gegen den Kreisvorsitzenden der Özgür Parti (Freie Partei) Aktas und deren Kreisvorstandsmitglieder M. Ali Övün, Hadi Konar, Mehmet Atik Okuyucu, Kadim Özdemir, Hüseyin Ali Vural, Abdullah Çiçek, Hasan Uzun und Zübeyde Tunçel eröffnet, weil auf ihrem 1. Kreisparteitag am 31. August 2003 das Lied "Axa Evine" vom kurdischen Sänger Kawa gespielt wurde. Hiermit hätten sie gegen § 2820 des Parteiengesetzes verstoßen: "Politische Parteien dürfen ihre Tätigkeit außer in türkischer Sprache in keiner anderen Sprache ausüben."
(ÖP, 31.1., ISKU)

Parlamentarische Menschenrechtskommission sammelt Beschwerden zu Hochsicherheitsgefängnissen.
Die Anhörung der Gefangenen und Wärter des Hochsicherheitsgefängnisses von Bolu (F-Typ) ergab eine Vielzahl von Beschwerden. Während sich die Gefangenen vor allem über schlechte Behandlung, Willkür und unzureichende soziale Aktivitätsmöglichkeiten beklagten, beschwerten sich die Wärter vor allem über Arbeitszeit, das Verhalten der Häftlinge sowie ihr niedriges Gehalt.
(IP, 6.2., ISKU)

Die Partei der demokratischen Lösung Kurdistans PÇDK verwirklichte ihren zweiten Kongress
Der Kongress fand am 28. und 29 Januar in der Hauptstadt des Iraks in Bagdad statt. An dem Kongress nahmen 224 Delegierte teil. Der Parteirat, bestehend aus 30 Personen wurde gewählt, davon 10 Frauen. Als Vorsitzender wurde der einzige Kandidat, Doktor Faîk Ahmet Golbî gewählt. Doktor Faîk hielt eine Pressekonferenz im Hotel Palestine ab und berichtete über die Ergebnisse des Kongresses. Er erklärte, dass auf dem Kongress ein besonderes Projekt vorbereitet wurde für die Lösung der kurdischen Frage im Irak und Südkurdistan. Er sprach davon, dass im Irak eine neue Epoche begonnen habe und das kurdische Volk um seine Rechte zu erlangen eine große Möglichkeit in die Hände bekommen habe: "Damit niemand die Kurden für seine Interessen ausnutzt, müssen wir einen speziellen Plan aufzeigen. Denn noch immer wollen die Staaten der Region die Kurden unterdrücken." Er rief zu Einheit und Geschlossenheit des kurdischen Volkes auf. *(RDM, 01.02, ISKU)*

Linker Wahlblock gegründet

Zur türkischen Kommunalwahl am 28. März werden sechs linke Parteien in einem Wahlbündnis antreten. Mit dabei sind die prokurdische Demokratische Volkspartei DEHAP, die maoistische Partei der Arbeit EMEP, die Partei der Freiheit und Solidarität ÖDP, die prokurdische Freie Partei, die Sozialdemokratische Volkspartei und die Sozialistische Demokratische Partei.
Das linke Bündnis will gegen Korruption und Arbeitslosigkeit kämpfen, Privatisierungen und Sozialabbau stoppen und sich für eine Demokratisierung des Landes einsetzen. Die islamische Regierungspartei AKP und die kemalistische Opposition verfolgten mit ihrer von Weltbank und Weltwährungsfonds diktierten Sparpolitik eine volksfeindliche Linie, kritisierte ein Sprecher des Wahlbündnisses. »Wir sind die wahre Opposition, die Opposition des Volkes. Wir setzen darauf, daß die Kommunalwahlen vom Volk dazu genutzt werden, die volksfeindliche Politik der islamischen AKP-Regierung und der Republikanischen Volkspartei abzusetzen.« Die Kandidaten sollen nicht wie bisher in der Türkei üblich von den Parteiführungen bestimmt, sondern direkt in den Kommunen von Basisversammlungen gewählt werden.
Als Nachfolgepartei der vor einem Jahr verbotenen HADEP ist die DEHAP stärkste Kraft in den kurdischen Landesteilen. Seit der letzten Kommunalwahl stellt sie dort mehrere Dutzend Bürgermeister. Bei der Parlamentswahl im November 2003 scheiterte die DEHAP landesweit mit 6,3 Prozent an der Zehnprozenthürde. In der Westtürkei hat die Partei lediglich unter kurdischen Flüchtlingen in den Slums rund um die Großstädte einige Unterstützung.
Die kleineren türkischen Linksparteien können zwar prominente Mitglieder wie den Menschenrechtsaktivisten Akin Birdal aufbieten. Doch außerhalb intellektueller und linker Kreise dürften sie auch bei dieser Wahl auf keine große Resonanz stoßen. Wichtig ist das Linksbündnis für die türkisch-kurdische Linke selbst, die damit ihr langjähriges Sektierertum zu überwinden sucht. »Erstmals kümmern wir uns nicht darum, unter welchem Parteidach wir arbeiten oder wer der Vorsitzende der vereinigten Linksparteien sein wird. Wir sind bereit, jede Partei einzuschließen, egal was sie in der Vergangenheit gemacht hat«, erklärte der Vorsitzende der Sozialistischen Volkspartei, Murat Karaylacin.

(jW, 6.2., ISKU)

Das DEHAP-Syndrom

Die AKP-Regierung hat sich gegen die DEHAP, die zuvor vom CHP-Vorsitzenden Deniz Baykal beschuldigt wurde, eine "ethnische Politik" zu betreiben, in Bewegung gesetzt. Das Innenministerium hat gegen die DEHAP 'psychologische Kriegsführung' angewiesen und die Gouverneure über die Maßnahmen informiert. Die DEHAP ist vor allem in den kurdischen Städten die stärkste Konkurrentin.
In der Anweisung an 13 Gouverneure heißt es zur Begründung, der KONGRA-GEL unterstütze die Kandidat(inn)en der DEHAP. Bei den betreffenden Orten handelt es sich in erster Linie um Amed (Diyarbakir) und andere Städte, in denen die DEHAP stark ist. Weiter wurden auch Istanbul, Ankara, Izmir, Adana und Mersin genannt.

Anschlag auf DEHAP-Büro
Am vorletzten Sonntag ist erneut das DEHAP-Kreisbüro Çigli von Unbekannten mit Molotow-Cocktails beworfen worden. Bei dem Angriff wurde das Fenster zerstört und der Vorstandsraum brannte vollständig aus. Am 28. November war erstmals ein ähnlicher Angriff auf das Büro verübt worden.

Embargo gegen Stadtteile...
Die Bewohner/innen des Stadtteils Kurtulus der Kreisstadt Birecik bei Urfa geben an, dass durch den MHP-Bürgermeister Mahmut Mirkelam keine Dienste geleistet werden, mit der Begründung, dass sie die DEHAP gewählt hätten. Die Straßen seien beschädigt und das Wasser würde in bestimmten Abschnitten unterbrochen, so die Einwohner/innen. Als sie die Mängel dem Bürgermeister mitteilten, hätten sie zur Antwort bekommen: "Euer Stadtteil ist nicht in das Projekt aufgenommen. Daher können keine Dienste geleistet werden."

Festnahme und Café-Schließung in Elih
In der Gemeinde Balpinar/Elih (Batman) wurde ein Café von der Gendarmerie geschlossen, nachdem der örtliche Kandidat der DEHAP Naif Aynaz sich dort der Öffentlichkeit vorgestellt hatte. Naif Aynaz wurde nach einer Hausdurchsuchung von der Gendarmerie; mit der Beschuldigung "Terrorist" festgenommen.

(ÖP, 3.2., DIHA, 9.2., ISKU)

Amed: Schüsse auf Anti-Terror-Demonstration

Die DEHAP Amed (Diyarbakir) hat auf dem Istasyon-Platz eine öffentliche Pressekonferenz abgehalten, um gegen die Angriffe in Hewlêr (Erbil) zu protestieren. Daran nahmen über 3000 Menschen teil, darunter die Demokratische Plattform, die Friedensmütterinitiative, die BürgermeisterInnen und die BürgermeisterInnenkandidaten. Nach der Presseerklärung führte die Polizei die Menge in drei Gruppen vom Platz. Eine größere Gruppe ging die Ofis-Straße entlang zum DEHAP-Büro. Eine andere Gruppe, die sich vor dem Gesundheitszentrum Baglar versammelte, geriet in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese hatte sichtliche Schwierigkeiten damit, die Gruppe auseinander zu treiben, und gab einen Warnschuss ab.

Tränengaseinsatz in Istanbul
Gegen eine Gruppe, die auf der Istiklal-Straße gegen die terroristischen Anschläge auf die Parteibüros der KDP und PUK demonstrierte, ging die Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken vor. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen und dem Demonstranten Isa Yigit der Arm gebrochen.
(ÖP, 4./5.2., ISKU)

Keine Nachricht aus Kindergefängnis Aydin

Gegen einige Häftlinge der Kinderzelle des Gefängnisses Aydin, in der Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren festgehalten werden, hält das Brief- und Besuchsverbot weiterhin an. Ihnen wird vorgeworfen, Streit angefangen und einen Aufstand initiiert zu haben. Familienangehörige, die um Gesundheit und Leben ihrer Kinder fürchten, sind zudem besorgt, weil sie gehört haben, dass die Kinderzelle aufgelöst und die Jugendlichen in Erwachsenenzellen verlegt worden sein sollen.
Herdem F. (45) erzählt, dass sie ihren Sohn, der seit drei Monaten im Gefängnis ist, seit 2 Monaten wegen des Besuchsverbots nicht gesehen habe. "Die Kinder waren wegen der Repressionen auf das Dach geklettert. Mein Sohn war auch unter ihnen. Ab diesem Tag hat mein Sohn für drei Monate Besuchsverbot erhalten. Seit Monaten bekomme ich keine Nachricht von ihm. Nicht einmal zu den Feiertagen durfte ich ihn sehen. Was ist das für eine Gerechtigkeit?"
Ayfer R., die Mutter eines 15jährigen, erklärt: "Seit Monaten habe ich keine Nachricht von meinem Sohn. Ein erst kürzlich entlassener Mithäftling erzählte uns, dass sie die Kinder auf die Zellen von Erwachsenen verteilt haben. Am 25. Dezember soll er krank geworden sein. Die Wächter haben es ihm nicht geglaubt. Nachdem sich sein Zustand verschlechtert hat, wurde er ins Staatskrankenhaus eingeliefert. Der Arzt soll einen Blinddarmdurchbruch festgestellt haben." *(ÖP, 2.2., ISKU)*

Reuegesetz ausgelaufen
Man hatte sich viel von dem Gesetz versprochen, das heimkehrwilligen und kooperationsbereiten Militanten von illegalen politischen Organisationen Strafnachlässe zusicherte. Insbesondere hatte man auf eine nachhaltige Schwächung der PKK im Nord-Irak gesetzt. Die Daten, nachdem das auf ein halbes Jahr beschränkte Gesetz ausgelaufen ist, zeigen jedoch, dass es nur wenig Wirkung gehabt hat. Insgesamt wurden 3.412 Anträge gestellt, davon 2.640 durch Inhaftierte bzw. Verurteilte. Niemand hat vom Ausland aus Gebrauch von dem Gesetz gemacht. Einen Tag zuvor hatte die Radikal gemeldet, dass sich unter den Antragstellern 1.518 Aktivisten der PKK und 1.008 der Hizbullah befänden. 663 Inhaftierte der PKK-Kadek und 691 der Hizbullah wurden freigelassen.
(Radikal, 7.2., ISKU)

Bericht des Mazlum-Der für 2003
In seinem Bericht "Rechtsverletzungen" für das Jahr 2003 listet der Verein Mazlum-Der [islamischer Menschenrechtsverein] für eröffnete Verfahren Strafanträge wegen Meinungsäusserungen in Höhe von 1634 Jahren 9 Monate in der Türkei auf. Urteile wurden ausgesprochen in Höhe von 235 Jahren 4 Monate Haftstrafen und 242 Mrd. 646 Mio.888000 TL Geldstrafen.
(DIHA, 11.2., ISKU)

In Wan (Van) weitere Festnahmen
In Wan begann die Polizei nach einer Protestaktion zum 15. Februar mit einer Festnahmeoperation. Die Polizei nahm 10 Personen fest. Beim DEHAP Gebäude stellte die Polizei Personalien fest und nahm den Leiter der Freiheitspartei (ÖP) Servet Arslan grundlos fest, als er aus dem DEHAP Gebäude kam. Er soll zur Polizeikaserne von Wan gebracht worden sein.
(DIHA,12.2., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative
IP	Istanbulpost
ÖP	Özgür Politika
RDM	Radio Dengê Mezopotamya

Nûce

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 143
20. Februar 2004

Nûce

....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Freiheits- und Friedensstimme 'Medya TV' zum Schweigen gebracht

Erneut Kurdisches Fernsehen geschlossen

Der Sendelizenzantrag des kurdischen Fernsehens Medya TV, das seit 30 Juli 1999 seine Sendung aufgenommen hat, wurde vom CSA(Französische Lizenzrat), mit der Begründung, Nachfolgersender für Med TV zu sein, abgelehnt. Die Anwälte des Fernsehens gingen gegen den Beschluss der CSA in Revision. Das französische Revisionsgericht hat am 12.2. den Beschluss der CSA bestätigt. Das Urteil wurde am gleichen Tag dem Pariser Büro von Medya TV übermittelt.
Parallel zu der Urteilsverkündung ging ein Schreiben des Revisionsgerichtes an die Firma ABSAT mit der Aufforderung, die Sendungen sofort einzustellen. Daraufhin wurde ohne die Möglichkeit den Zuschauern eine Erklärung machen zu können, der Sender zum Schweigen gebracht.
Alle Einrichtungen und Institute von Kurden müssen mit Verboten rechnen, denn die Entwicklung solcher Einrichtungen scheint die Interessen bestimmter Kreise zu stören. Während in der Türkei legale politische Parteien wie die HEP, DEP, HADEP, sowie Printmedien und zivilgesellschaftliche Organisationen ständig geschlossen werden, wird auch durch europäische Gerichte zum zweiten Mal kurdisches Fernsehen zum Schweigen gebracht. Erst vor kurzem wurde auf die Bitte der Türkei hin der Kurdische Volkskongress (KONGRA-GEL) von den USA in die Liste der "terroristischen Organisationen" aufgenommen. Seit 5 Jahren wird der kurdische Volksführer Abdullah Öcalan - mit aktiver Hilfe aus dem Westen - auf der Gefängnisinsel festgehalten. Zwar ist die Todesstrafe aufgehoben, aber vor den Augen der Weltöffentlichkeit wir eine Hinrichtung auf Raten vollzogen.
Diese kurze Liste reicht aus, um die internationale Dimension der Repressionen aufzuzeigen, denen Kurdinnen und Kurden ausgesetzt sind.
Dass das Schließungsurteil zum einen kurz vor dem Jahrestag des internationalen Komplottes gegen den kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan (dem 15. Februar), sowie vor den Kommunalwahlen am 28. März in der Türkei und vor dem Hintergrund der Lösungsbemühungen der Zypernfrage vollzogen wurde, lässt unangenehme Fragen aufkommen. Der begründete Verdacht, dass dieses Urteil keine juristischen, sondern politische Ursachen hat, kommt auf.
Wie glaubhaft können die angeblichen Lösungsansätze für Südkurdistan sein, wenn gegenüber dem türkischen Teil Kurdistan, dem Teil mit dem größten kurdischen Bevölkerungsanteil, jede Bemühung um demokratische Öffnung und Institutionalisierung mit solchen unfairen Urteilen im Keim erstickt werden. Seit Jahren wurden die elementaren Rechte von Kurdinnen und Kurden durch den Westen für wirtschaftliche und politische Interessen geopfert und heute stehen wir erneut vor dieser nackten Realität. Diese Urteile gegen Kurdinnen und Kurden sind eine Beihilfe zur Verleugnung des kurdischen Volkes.
Medya TV hatte in 77 Ländern gesendet und war aufgrund seines Selbstverständnisses die Stimme des kurdische Volkes und aller anderen Völker des Mittleren Ostens. Neben den drei kurdischen Hauptdialekten wurden Programme in Türkisch, Soranisch und Arabisch ausgestrahlt. Ausser in dem kurdischen Volk genossen die kulturellen, sozialen und politischen Sendungen auch die Zustimmung des türkischen und des arabischen Volkes.
Wir schließen uns der Erklärung des Vorstandes des Senders an, dass die Schließung von Medya TV neben der Einschränkung der Sendefreiheit auch den Menschenrechten widerspricht.
Daher rufen wir alle demokratisch gesinnten Menschen dazu auf, gegen dieses Urteil zu protestieren. Mit politischen Beschlüssen können die Stimmen für Freiheit, Frieden und Demokratie nicht zum Schweigen gebracht werden. *(KCHR, 12.2., ISKU)*

Fünfter Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans

Zehntausende demonstrierten

Rund 50.000 Kurden haben anläßlich des fünften Jahrestages der Gefangennahme Abdullah Öcalans am Sonnabend im französischen Strasbourg demonstriert. Auf Transparenten forderten die mit Bussen aus Deutschland, Frankreich und den Beneluxländern angereisten Demonstranten »Frieden für Kurdistan - Freiheit für Öcalan«. In Redebeiträgen wurde auch der Opfer der Bombenanschläge auf kurdische Parteibüros im Nordirak vor zwei Wochen gedacht. Dutzende Menschen waren bei den Selbstmordanschlägen umgekommen. Für den Irak forderten die Demonstranten eine föderative Lösung mit weitgehender Autonomie der kurdischen Gebiete.
Auch in mehreren kurdischen Städten der Türkei kam es in den vergangenen Tagen zu Protestaktionen anläßlich des Jahrestages der Öcalan-Verschleppung. So trugen Jugendliche in Van ein Transparent mit der Losung »Nieder mit dem 15. Februar«. Als die Polizei eingriff, setzten sie ein Militärfahrzeug in Brand. Im Gefängnis von Batman sind 20 Gefangene aus der Partei der Freien Frau, PJA, in einen Hungerstreik getreten. Sie forderten ein Ende der Isolation Öcalans und der Gefangenen in den F-Typ-Gefängnissen sowie verbesserte Haftbedingungen.
In Istanbul hat die Bereitschaftspolizei einige Stadtteile in ein Sperrgebiet verwandelt, weil Protestdemonstrationen wegen der Entführung Abdullah Öcalans vor 5 Jahren erwartet wurden. Ausweiskontrollen wurden durchgeführt. Anschließend kam es wie auch anderenorts zu Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Jugendlichen und der Polizei.
Im Stadtteil Yenipazar der Gemeinde Akdeniz in Mersin hat Polizei gegen eine Demonstration Schüsse in die Luft abgegeben; eine Person wurde verletzt. In weiteren Gemeinden kam es ebenfalls zu Warnschüssen der Polizei und Ausweiskontrollen in Stadtteilen.
Auch in Ömerli Köyü, dem Geburtsort Abdullah Öcalans, kam es - wie in weiteren Gemeinden Sanliurfas- zu Protestdemonstrationen.

Auch in Diyarbakir, Batman, Van, Agri, Hakkari und Siirt wurden Demonstrationen aus Anlass des 5. Jahrestag der Entführung Öcalans in durchgeführt. In Hakkari wurde gefordert, den 15. Februar als Tag unter dem Motto "Nein zum Krieg" weltweit zu begehen. Weitere Aktionen gab es auch in Mardin und Adana.
(jW, 16.2., DIHA, 14.2., ISKU)

Meldungen

Freitag neuer DEP-Gerichtstermin
Am Freitag den 20. Februar findet der 11. Verhandlungstag für die ehemaligen DEP-Abgeordneten statt. An der Verhandlung wird der Grünen-EU-Abgeordnete J. Lagendick (Holland) teilnehmen; einen Tag vorher wird er mit Justizminister C. Cicek und Ministerpräsident Erdogan zusammentreffen.
(DIHA, 17.2., ISKU)

Untersuchungsakten "Unbekannter Täter" werden erneut geöffnet
Der Hilfsverein für Familien, die Angehörige durch sogenannte "unbekannte Täter" verloren haben, YAKAY-DER, stellte erneut einen Antrag zur Wiederaufnahme der Verfahren beim Innenministerium. Die Oberstaatsanwaltschaft entschied daraufhin für Diyarbakir, Kulp und Siirt die Untersuchungen von 10 Fällen "unbekannter Täter" erneut aufzunehmen.
(DIHA, 16.2., ISKU)

Erneut Erscheinungsverbot für "Yeniden Özgür Gündem"
Der Staatssicherheitsgerichthof (DGM) Istanbul hat erneut gegen die Zeitung Yeniden Özgür Gündem ein Erscheinungsverbot verhängt, diesmal für 2 Tage; in Verbindung damit wurden gegen 2 Leitende Mitarbeiter eine Geldstrafe von insgesamt 5 Mrd. 240 Mio.TL verhängt. (1 Mio. TL entspricht ca. 1,7 Euro)
(DIHA, 13.2., ISKU)

TAYAD-Mitglieder festgenommen
Bei der Polizeiaktion gegen Mitglieder des Familien-Hilfsverein Festgenommener und Verhafteter TAYAD sind 35 Personen festgenommen worden. 3 Festgenommene unter 18 Jahren wurden in die zuständige Kinderabteilung der Sicherheitsdirektion gebracht, 2 Personen wurden mit gebrochener Nase ins Krankenhaus gebracht.
(DIHA, 16.2., ISKU)

Ausnahmezustand in Dersim hält weiterhin an
Obwohl der Ausnahmezustand (OHAL) inzwischen offiziell seit zwei Jahren aufgehoben ist, werden weiterhin Passkontrollen durchgeführt. Auf der Strecke Dersim-Ovacik werden an zwei Kontrollposten die Reisenden aus den Autos und Bussen zum Aussteigen aufgefordert und kontrolliert. Dadurch wird die Reisezeit von zwei auf drei Stunden verzögert. Von der Brücke Mazgirt aus

Sturm der Veränderung fegt über Syrien

Die Unterstützung für die Unterschriftenkampagne mit der Forderung nach ökonomischen und politischen Reformen in Syrien nimmt weiter zu. Annähernd 600.000 Menschen haben den Antrag des Menschenrechts- und Verteidigungskomitees der demokratischen Freiheiten unterschrieben, bis März werden eine Million Unterschriften erwartet.

Am 5. Februar haben über 1000 Intellektuelle einen Aufruf an den syrischen Staatspräsidenten Besar Esad mit der Aufforderung, politische Reformen umzusetzen, unterzeichnet. MenschenrechtlerInnen, die den Aufruf unterzeichnet haben, sind der Meinung, dass die Regierung in Damaskus mit ernsten Problemen konfrontiert sein wird, wenn sie keine Reformen vollzieht und keiner nationalen Übereinkunft zustimmt.

Mit ihren Unterschriften, die am 8. März dem Staatspräsidenten übergeben werden sollen, fordern die Unterzeichner/innen die Aufhebung des seit 1963 geltenden Kriegsrechts, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Rückkehrmöglichkeit für die im Exil Lebenden.

Die syrische Regierung hat bislang die Forderungen der Intellektuellen und vor allem der KurdInnen nicht beachtet. Aber die gegenwärtig durchgeführte Unterschriftenkampagne werde die Damaskus-Regierung in Bedrängnis bringen, so die Meinung.

In diesem Staat, in dem die Gründung zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht zugelassen wird, leben annähernd 200.000 Kurdinnen und Kurden ohne zugestandene Identität und die SunnitInnen, die Mehrheit der Bevölkerung, haben kein politisches Mitspracherecht. Die Betätigung von Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Institutionen ist verboten, die Medien unterstehen staatlichem Monopol und Privatfernsehen ist nicht zugelassen.

Letztes Jahr wurden einige arabische Intellektuelle nach einem Schauprozess verhaftet, weil sie die Regierung kritisiert hatten. Am 25. Juni, dem Internationalen Kindertag, haben etwa 200 kurdische Kinder eine Demonstration für Bildung in kurdischer Sprache durchgeführt. Anschließend wurden von der syrischen Polizei 8 Kinder festgenommen, die bis heute gefangen gehalten werden. In Syrien haben die Gefangenen nicht das Recht, einen Anwalt einzuschalten. Nie ist vorher klar, wann ein Gefangener vor Gericht tritt. Es ist fast unmöglich, dass Familienmitglieder ihre Angehörigen besuchen dürfen.

Ali Muhammed, Vorstandsmitglied der Demokratischen Einheitspartei, die vor allem bei den in Syrien lebenden KurdInnen Zustimmung findet, betonte, dass die Voraussetzung für eine Demokratisierung die Beseitigung der Hindernisse für die freie Meinungsäußerung sei. Ali, der eine Diskussionsplattform für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit vorschlug, erklärte, dass diese Plattform alle Berufe umfassen und sich aus VertreterInnen aller ethnischen und Glaubensgemeinschaften und Intellektuellen aus Syrien zusammensetzen müsse. *(MHA, 6.2., ISKU)*

Repression begleitet den Wahlkampf

Die Polizei hat die Personalien aller Jugendlichen auf einem DEHAP-Fest in der Kreisstadt Ercis bei Van einzeln kontrolliert und sie anschließend einzeln abgefilmt. Nach dem Rundschreiben des Innenministeriums an 13 Provinzgouverneure zum "psychologischen Vorgehen gegen die gesellschaftliche Opposition" nimmt die Repression gegen Parteien und demokratische Massenorganisationen mit jedem Tag zu. An einem Fest der DEHAP-Jugendgruppe Ercis in den Räumen des Serhat-Kulturzentrums aus Anlass des Opferfestes, dass wegen der Attentate in Hewler zuvor verschoben worden war, nahmen annähernd 500 Personen teil. Einheiten der Polizei umzingelten das Kulturzentrum, während andere, darunter auch Mitglieder der JITEM und TEM, das Fest in den Räumlichkeiten beobachteten. Die Personalien der Teilnehmer/innen wurden kontrolliert und diese anschließend gezwungen, vor laufender Kamera ihre Personalieneintragungen vorzulesen. Weiter wurden die Veranstalter/innen darauf hingewiesen, dass während des Festes keine Reden und Lieder in Kurdisch gehalten bzw. gesungen werden dürften.

Verhaftung nach Presseerklärung

In Van wurden am 14. Februar 16 DEHAP-Mitglieder nach einer Presseerklärung der Frauen-Friedensinitiative festgenommen. Gegen 8 von ihnen wurde ein Haftbefehl ausgestellt.

Brandanschlag gegen DEHAP-Kreisbüro

In Cigli wurde das Kreisbüro der DEHAP zum 3. Mal mit Molotowcocktails angegriffen. Die Kreisvorsitzende hatte den Anschlag bemerkt und die Polizei verständigt.

Festnahme Unbeteiligter nach Hausdurchsuchung

Im Kreis Eregli/Konya durchsuchte die Gendarmerie die Wohnung eines DEHAP-Vorstandes. In der Wohnung wurden Namen von weiteren 10 DEHAP-Mitglieder gefunden. Die Betreffenden wurden daraufhin aufgesucht und festgenommen. *(DIHA, 11./16./17.2., ISKU)*

Polizei greift hungerstreikende Studierende an

Studierende der Universität Çukurova, die seit 28 Tagen im IHD Adana im Hungerstreik für ihre Interessen sind, fordern, dass die Strafen, die über sie verhängt wurden aufgehoben werden und, dass sie ihren Hungerstreik in der Universität fortsetzen können. Sie wollten ein Zelt bei der Kantine R-1 der Bildungsfakultät aufschlagen.

Die Studierenden fordern: "Wir wollen keine F-Typ Universität" und erklärten, dass falls ihnen irgend etwas geschehen sollte, der Rektor der Universität, Prof. Dr. Yalçin Kekeç verantwortlich gemacht werde. "Wir werden solange weitermachen, bis unsere Forderungen erfüllt werden und die Strafen gegen uns aufgehoben werden. Solange werden wir in diesem Zelt bleiben." Später kam die Polizei und verlangte den Abbau des Zeltes. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die Polizei riss das Zelt nieder griff die StudentInnen mit Schlagstöcken an und nahm fünf von ihnen fest. Die StudentInnen wehrten sich mit Steinen. *(DIHA, 17.2., ISKU)*

Verlegungen aus Malatya haben begonnen

Die kurdischen politischen Gefangenen im E-Typ-Gefängnis von Malatya haben bekannt gegeben, dass mit ihrer Verlegung in das D-Typ-Gefängnis begonnen wurde.

Die Gefangenen im geschlossenen E-Typ-Gefängnis von Maras haben die Öffentlichkeit zu größerer Aufmerksamkeit gegenüber den Repressionen in den Gefängnissen aufgerufen.

Die Gefangenen von Maras erklärten schriftlich, dass die Isolationspolitik, in erster Linie gegen Abdullah Öcalan, und die Verlegungen in F- und D-Typ-Gefängnisse weiter anhalten. "Die politische Identität der Gefangenen wird verleugnet, es wird darauf abgezielt, dass die Organisation zerfällt und die Gefangenen sich von ihren Werten lösen. Mit der neuen Staatsanwaltschaft hat die Repression in allen Bereichen zugenommen. Die Gefangenen dürfen von sportlichen, kulturellen und sozialen Angeboten keinen Gebrauch machen."

IHD Riha: Imrali und die D- und F-Typ schließen!

Ungefähr 200 Personen versammelten sich beim Arbeitszentrum Ahmet Bahçivan und verlangten in einer Presseerklärung, dass Imrali und die F- und D-Typ-Gefängnisse geschlossen werden. Das Mitglied der IHD-Leitung von Riha (Sanliurfa), Cemal Babaoglu, verlas eine Erklärung, in der es hieß, die Bevölkerung wolle Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. *(ÖP, DIHA, 9./10.2., ISKU)*

werden in Pülümür und Nazimiye und bei Elazig in Hozat, Pertek und Çemisgezek bei der Einfahrt in die Kreisstädte und bei der Ausfahrt die Personalien der Passagiere registriert, in Pertek und Hozat daneben auch die Autokennzeichen. Während der langen Wartezeit bei den Passkontrollen werden die Reisenden auch nach ihrer Arbeit und ihrem Fahrtziel befragt. *(DIHA, 8.2., ISKU)*

Weltbank mahnt Reformen an

Nach Einschätzung des Türkei-Direktors der Weltbank Andrew Vorkink habe die Regierung im vergangenen Jahr ihren Schwerpunkt ganz auf die Außenpolitik gelegt, dabei aber die Fortsetzung der wirtschaftlichen Strukturreformen vernachlässigt. Vorkink betonte, dass die Zeit für diese Reformen nun gekommen sei, da ihre Verwirklichung sonst immer schwieriger werde. Im Hinblick auf die Privatisierung der Halk-Bank erklärte Vorkink, dass diese für die Kreditierung der kleinen und mittelständischen Betriebe in der Türkei alternativlos sei und dementsprechend auch nach der Privatisierung die Zusammenarbeit mit der Weltbank und der Vereinigung der türkischen Börsen und Kammern fortgesetzt werden müsse. *(IP, Milliyer, 12.2., ISKU)*

Investitionsförderung nützt westlichen Provinzen

Die Investitionsförderung für Provinzen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.500 Dollar, hat, wie seine Vorgänger auch, dazu geführt, dass bisher ausschließlich Förderungsanträge in den westlichen Provinzen wie Düzce und Usak gestellt wurden - nicht aber in den östlichen und südöstlichen Provinzen. Während für die beiden genannten Provinzen bereits 200 Anträge eingegangen seien, liegt für die östlichen Provinzen noch keiner vor. *(IP, Zaman, 15.2., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
KCHR	Kurdish Centre for Human Rights
IP	Istanbulpost
jW	junge Welt

N û c e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 144
27. Februar 2004

Nûce

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf von Cenî zur Teilnahme an einer Delegation zum 8. März

8. März - Auf nach Kurdistan

Seit geraumer Zeit wird in der Türkei systematisch gegen Frauen vorgegangen, die sich für eine gesellschaftliche und politische Veränderung in der Türkei einsetzen. Frauen, die kämpfen, sind eine Gefahr für das System. Dies ist die Auffassung des türkischen Staates und deshalb schlägt es mit voller Kraft zurück. Gemeint ist die aktive Beteiligung von Frauen am Demokratisierungsprozess in der Türkei. Durch die zahlreichen Aktionen von Frauen in den letzten 5 Jahren, verspürt der Staat deutliche Angst vor einem möglichen Erfolg der Frauen. Mit verschiedenen Methoden wird versucht - allen voran durch den Angriff auf den "Ehrenkodex" -, die dynamischste Kraft der Gesellschaft, die Frauen, zum Schweigen zu bringen. Verhindert werden soll der Einstieg der Frauen in die Politik.
Einige Beispiele: Der erste Vorfall ereignete sich am 14. Juni 2003 in Istanbul. Gülbahar Gündüz ist Kurdin und Vorstandsmitglied der DEHAP (Demokratische Volkspartei)-Frauenfraktion. Sie wurde auf offener Straße entführt, anschließend 8 Stunden gefoltert und vergewaltigt. Mann hat ihr gesagt: "Warum führt ihr Frauen diese Kampagne für eine Generalamnestie an? Ihr glaubt wohl, weil ihr Frauen seid, rühren wir euch auf der Straße nicht an. Das hier soll euch Frauen ein Beispiel sein. Wenn ihr nicht wollt, dass euch Gleiches widerfährt, dann bleibt zuhause. Richtet Eure Blicke auf den Boden und schweigt. Ihr seid schwach, Ihr könnt euch nicht wehren, wir können alles mit euch machen." Dies wurde ihr als Botschaft für alle Frauen mitgegeben.
Am 9.12.2003 wurde Afife Mintas, ebenfalls Kurdin und Mitglied der DEHAP-Frauenfraktion, von 2 "Unbekannten" in ein weißes Auto gezerrt und entführt. "Du wirst uns nicht entkommen, du kennst uns, wir werden die DEHAP zu eurem Grab machen" wurde ihr gedroht. Während ihrer Entführung war sie massiver sexueller Belästigung ausgesetzt, ihr Hals wurde mehrfach mit einem Messer verletzt.
Im Abschnitt des Zivilrechtes des türkischen Grundrechtes, ist die Vergewaltigung in- und außerhalb der Familie immer noch nicht als Strafe angesehen. Diese Regelung legitimiert jegliche Gewalt und menschenverachtende Handlungen gegenüber den Frauen. Das ist der Grund, warum die Zahl der Gewalt gegen Frauen nicht sinkt. Im Gegenteil: Sie steigt rapide an (s. Bericht des Menschenrechtsvereins IHD vom Dezember 2003).
Des weiteren verfolgt der türkische Staat das Ziel, die erreichte Emanzipation des kurdischen Volkes durch Methoden wie Einführungen ins Rotlichtmilieus zu brechen. Die Frau, die erst seit einigen Jahrzehnten in der Lage ist, sich auszudrücken und ihre Erfahrungen im Bereich der Politik sammelt, soll von diesen Bestrebungen abgebracht werden. In den Augen der Gesellschaft sollen Frauen den Wert einer Ware haben und minderwertig sein. Die Entstehung zahlreicher Bordelle in den letzten 4 Jahren in Diyarbakir, im Herzen Kurdistans, legen Zeugnis ab von dieser menschenverachtenden Haltung und Entwicklung.
In der Türkei laufen seit Mai massive Operationen gegen Frauendemonstrationen, Kundgebungen und verschiedene Aktionen. Friedliche Kundgebungen werden mit grober Gewalt angegriffen und Polizeihunde auf unbewaffnete Frauen gehetzt. Die Nachrichtenagentur DIHA berichtete im Juni, dass im Anschluss an einen Protest der Befehl gegeben worden sei, zuerst die Frauen anzugreifen. Daraufhin sind anschließend Hunderte von Frauen geschlagen, verprügelt und festgenommen worden.
Aufgrund dieser Ereignisse sind wir und Frauen in der Türkei äußerst besorgt. Der 8. März steht vor der Tür. Frauenorganisationen wollen den 8. März im Rahmen einer Aktionswoche begehen. Der internationale Weltfrauentag steht als Symbol für Frauenwiderstand, gegen Ausbeutung, Unterdrükkung und gegen imperialistische Kriege. Folglich werden Frauen an diesem Tag mutig auf die Straßen gehen und mit ihrer Kraft und Überzeugung gegen die herrschenden Verhältnisse demonstrieren.
Es wird der Tag sein, an dem Kurdinnen und Türkinnen gemeinsam auf die Straßen gehen und gegen die antidemokratische, sexistische, diskriminierende und menschenverachtende Politik der Türkischen Regierung sowie gegen die Globalisierung, die ausschlaggebend für die Ungerechtigkeit auf der Welt ist, protestieren. Ebenfalls werden sie ihren Widerstand gegen die Angriffe Frauen gegenüber deklarieren.
Wir möchten sie dabei unterstützen und uns mit ihnen solidarisieren. Lassen wir sie an diesem bedeutenden Tag nicht alleine.
Unser Aufruf richtet sich an alle Frauen, die bestehende Zustände innerhalb eines patriarchalen Systems ablehnen und bereit dazu sind, ihren aktiven Beitrag an einer neuen Welt zu leisten. Die Angriffe auf Frauen in der Türkei/Nordkurdistan richten sich gegen den Kampf für solch eine neue Welt. Sie richten sich gegen unsere Hoffnung einer Zukunft ohne Kriege, Gewalt, Unterdrükkung und Ausbeutung. Zeigen auch Sie, dass der Kampf der Frauen universellen Charakters ist! Anlässlich des 8. März wird Cenî, das Kurdische Frauenbüro für Frieden e.V, eine Delegation nach Diyarbakir mobilisieren. Frauen aus Europa sollen diese Aktionen beobachten und begleiten. Die Delegation soll vom 06.-09. März in Diyarbakir verschiedene Ereignisse zum 8. März und die zentrale Kundgebung, zu der 15.000 Frauen erwartet werden, beobachten. Für nähere Auskünfte und das genauere Programm zum 8. März in Diyarbakir, steht das Büro von Cenî unter der Telefonnummer **+49 (0)211 - 17 11 080** und der email-Adresse **ceni_frauen@gmx.de** gerne zur Verfügung. *(Cenî, 20.2., ISKU)*

Vorbereitungen zum 8. März

Vor dem 8. März gehen die Vorbereitungen für die Aktionen weiter: Die Plattform der Frauen von Amed (Diyarbakir) bereitet Aktionen zwischen dem 1. und dem 8. März vor. Das Mitglied der Plattform und des Kulturzentrums Roj, Fatma Küçükbiltekin sprach mit DÎHA; "Dieser Tag ist für die Frauen ein historischer Tag. Daher müssen wir uns dafür einsetzen. Wie wir den 21. März mit einer großen Freude feiern, so müssen wir auch den Frauentag mit einer starken und freudigen Teilnahme feiern." Küçükbiltekin erklärte, die Vorbereitungen für eine Feier, eine Veranstaltung und eine Kundgebung werde als Programm für den Frauentag vorbereitet. Am 6. sei eine Veranstaltung, am 7. März eine Kundgebung und am 8. März eine große Kundgebung mit Filmvorführung geplant.
In der BRD werden am 6. März Frauendemonstrationen in Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg stattfinden. Beginn ist jeweils um 13.00 Uhr an den Hauptbahnhöfen der genannten Städte.
(DIHA, 25.2., ISKU)

Meldungen

Protest gegen Isolationshaft in Sûrûc
Der Leiter der Jugendabteilung der DEHAP von Sûrûc, Îbrahîm Bulbul, hielt vor dem Gebäude der DEHAP eine Pressekonferenz ab. Er sagte, die Verlegung in die D-Typ Gefängnisse sei antidemokratisch: "Wir sind der Überzeugung, dass die Freilassung Öcalans und der politischen Gefangenen diesem Land Frieden bringen würde." Er verlangte die Verbesserung der Bedingungen für Öcalan und die Aufhebung der Isolation. Ca. 200 Personen nahmen an der Pressekonferenz teil und riefen Parolen gegen die AKP und für Öcalan. *(DIHA, 24.2., ISKU)*

Aktion für Öcalan in Culemêrg
In den Stadtteilen Daxgul und Kayacan in Culemêrg (Hakkari) versammelten sich Frauen, um gegen das Komplott vom 15. Februar 1999 zu protestieren. Sie plakatierten Bilder von Öcalan, riefen Parolen und formierten sich zu einer Demonstration.
(DIHA, 24.2., ISKU)

Wieder Festnahmen im Wahlkampf
Bei der Vorstellung des Bürgermeisterkandidaten (SHP) auf der Liste der DEHAP in Van wurden 34 Personen festgenommen; 4 Personen wurden freigelassen. Die festgehaltenen 30 Personen dürfen in der Sicherheitsdirektion Van keinen Anwaltsbesuch erhalten.
(DIHA, 20.2., ISKU)

Prozess auf Prozess gegen Zeitung in Mus
Gegen die örtliche Zeitung in Mus, die seit 18 Monaten besteht, wurden 10 Verfahren eingeleitet. Im ersten abgeschlossenen Prozess erhielten der Redaktionsleiter und der Verlagsleiter jeweils 1 Jahr Haftstrafe.
(DIHA, 20.2., ISKU)

Erneut keine Freilassung der DEP-Angeklagten
Auch am der 11. Verhandlungstag wurden die ehemaligen DEP-Abgeordneten, unter ihnen Leyla Zana, nicht freigelassen. Als nächster Verhandlungstermin wurde der 11.3. festgelegt.
(DIHA, 20.2., ISKU)

In Meletiyê werden die Räumarbeiten fortgeführt
In Meletiyê (Malatya) sind noch immer 248 Dörfer durch Schnee von der Außenwelt abgeschnitten. Sie gehören zu den Regionen Akçadag, Arapgîr, Arguvan, Doganşehîr, Kuluncak und Yazîxanê. Die Räumungsarbeiten werden fortgesetzt. *(DIHA, 24.2., ISKU)*

Demokratisches Wahlbündnis erhält Unterstützung aus den Gefängnissen und von zivilen Organisationen

Aufrufe zu den Regionalwahlen

Die Gefangenen von PJA und PRD im M-Typ Gefängnis von Êlih (Batman) gaben über ihre Verwandten eine schriftliche Presseerklärung heraus. Die Gefangenen protestierten gegen die Schließung von Medya Tv, die Politik der AKP und die Isolation in den Gefängnissen. Die Gefangenen forderten die Bevölkerung auf ihre Stimme dem Demokratischen Wahlbündnis zu geben.

Die Gefangenen sagten in ihrer Erklärung, dass die Türkei einer kritischen Zukunft entgegensieht: "Diejenigen, die in der Vergangenheit den Frieden und die Demokratie am meisten gefährdet haben, versuchen immer noch die Türkei durcheinander zubringen. Dies machen sie mit einer traditionellen und rückwärtsgerichteten Politik. Die Basis der Republik wird verleugnet. Gegen Abdullah Öcalan wird eine harte Isolation angewandt. Die demokratischen Kräfte werden behindert."

Die Gefangenen der PJA und PRD erklärten, dass die Schließung von Medya-TV auf den Einfluss internationaler reaktionärer Kräfte zurückgeht: "Europa will sich demokratisch zeigen, aber auf der einen Seite unterstützen sie scheinbar die DEPler, auf der anderen Seite tun sie nichts für die Lösung der kurdischen Frage. Das Mitglied der ersten Friedensgruppe Alî Sapan befindet sich im F-Typ Gefängnis und wurde isoliert. Um diese Spiele zu beenden, rufen wir alle Demokraten auf, das Demokratische Wahlbündnis zu unterstützen, damit der Frühling zu uns kommt. Im ‚Frühling des Volkes' sollte jeder sich erheben und am Serhildan (Volksaufstand) teilnehmen.

Unterstützung von 31 Zivilorganisationen in Amed

Die Demokratische Plattform Amed, die aus 31 zivilen Organisationen besteht gab eine Presseerklärung heraus. In der Erklärung heißt es, dass sie das demokratische Wahlbündnis für die Regionalwahlen unterstützen werden.: "Es ist wichtig, dass die Regionalwahlen als eine regionale Teilnahme an der Politik verstanden werden. Wir unterstützen die Parteien wie DEHAP, Partiya Azad (ÖP), EMEP, ODP und SDP, weil sie die Absicht haben, die Einheit, den Widerstand und die demokratische Kultur zu stärken.

(DIHA, 25.2., RO, 26.2., ISKU)

Europarat rügt Haftbedingungen Öcalans

Das Anti-Folter-Komitee des Europarats hat erneut eine Lockerung der Isolationshaft für Abdullah Öcalan gefordert.

Die türkischen Behörden seien offenbar nicht bemüht, Angehörigen und Anwälten des Inhaftierten regelmässige Besuche zu ermöglichen, kritisieren die Experten in einem am Mittwoch in Strassburg veröffentlichten Bericht. Öcalan, der einzige Häftling auf der Gefängnisinsel Imrali östlich von Istanbul, bleibe somit oft wochenlang isoliert, monierte das Komitee. Damit werde auch seine Verteidigung erschwert. Der Anspruch auf einen Besuch pro Woche müsse eingehalten werden.

Eine Delegation des Komitees hatte Öcalan im Februar 2003 besucht, nachdem drei Monate lang alle anderen Visiten abgesagt worden waren. Als Grund dafür wurde den Gesandten des Europarats der schlechte Zustand des für Besucher vorgesehenen Schiffes genannt. Nach Angaben der türkischen Behörden ist das fragliche Schiff bereits ab Windstärke 4 nicht mehr seetauglich. Dem Bericht zufolge werden regelmässig Besuche wegen schlechten Wetters annulliert.

(BaZ, 25.2., ISKU)

Aus Angst vor Abschiebung in Brand gesetzt

Ümit Abay aus Dersim hat sich am 19. Februar gegen 23.00 Uhr aus Protest in Köln Mülheim vor der Moschee "Yunus Emre" in Brand gesetzt und hierbei Parolen gegen die deutsche Asylpolitik gerufen. 95% seiner Haut sollen dabei verbrannt worden sein. Warum er für seine Aktion diesen Ort gewählt hat, ist bisher unklar. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen.

Ümit Abay hat im Oktober 2003 in Braunschweig einen Asylantrag gestellt und wurde in eine Stadt in Ostdeutschland verteilt. Dort lebte er in einer alten russischen Militärkaserne, die heute als Asylheim genutzt wird. Aus Furcht vor einer Abschiebung in die Türkei und wegen der Lebensumstände in der Asylunterkunft hat er diesen Ort verlassen und ist zu seinen Verwandten nach Köln gegangen.

Yusuf Dinc, der Onkel des Jugendlichen, erklärte, dass dieser das Asylheim wie ein halb offenes Gefängnis empfunden hatte. Deswegen sei er dort psychisch krank geworden. Immer wieder habe er sich die Frage gestellt: "Was mache ich, wenn mein Asylantrag abgelehnt wird und ich in die Türkei abgeschoben werde?"

Die Mutter von Ümit Abay, Geyik Abay sagte, ihr Sohn befinde sich in der Hand des deutschen Staates, der von ihr Tausende Dollar für die Behandlung verlange. Geyik Abay sagte, ihr Sohn stehe dem Tode nahe, aber weder die Türkei noch Deutschland würde irgendetwas unternehmen. Sie sagte: "Mein Sohn hat sich aus Protest gegen die Bedingungen im Flüchtlingscamp am 19. Februar verbrannt, von seinem Haut sind 95% verbrannt. Aber die Sprecher des Krankenhauses verlangen dreitausend Dollar von mir. Schon für die erste Behandlung verlangen sie von seinem Onkel 450 Dollar. Das ist soviel für uns, wir können das nicht bezahlen. Geyik Abay erklärte, sie habe wederGeld für die Behandlung, noch könne sie ihren Sohn aus der Hand des Staates abholen. Sie protestiere gegen den deutschen Staat und verlangte Unterstützung von den Verantwortlichen.

Ümit Abay, 1981 in Dersim-Pertek geboren, war in der Türkei wegen seiner politischen Aktivitäten für die Organisation TIKB seit 1996 mehrere Male festgenommen worden. Das Staatssicherheitsgericht hatte ihn zu 4 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Als seine Strafe vom Kassationsgericht bestätigt wurde, ist er nach Deutschland geflüchtet. Über seinen Asylantrag ist bislang noch nicht entschieden

(AZ/ÖP, 24.2., DIHA 25.2., ISKU)

Anschlag auf Ibrahim Tartlises in Hamburg

Am vergangenen Samstag verübten bislang unbekannte Täter einen Anschlag auf ein Konzert des bekannten kurdischen Sängers Ibrahim Tartlises (Ibo) im Audimax der Universität Hamburg.

Während des mit 1.500 BesucherInnen ausverkauften Konzertes warfen die Täter einen Sprengsatz, nach Polizeiangaben vermutlich eine Handgranate, in einen Kellereingang auf der Rückseite des Konzertsaales. Bei der Explosion wurde ein Wachmann durch Splitter verletzt, ein weiterer erlitt ein Kanlltrauma. KonzertbesucherInnen und Musiker wurden nicht verletzt.

Auch wenn die Polizei davon spricht, dass ein Motiv für die Tat nicht bekannt sei, ist ein faschistischer Hintergrund des Anschlags naheliegend. Ibrahim Tartlises war schon mehrfach in Visier türkischer Faschisten geraten. 1998 war er in Istanbul nur knapp einem Anschlag entkommen, nachdem er im Fernsehen den Einsatz der türkischen Armee in Kurdistan kritisiert hatte.

Im Dezember 2003 bedrohten türkische Nationalisten erneut Tartlises und andere Prominente wie den Sänger Ferhat Tunc und den Fernsehjournalisten M. Ali Birand wegen der Aufführung kurdischer Musik. *(ISKU)*

Verfahren gegen IHD-Vertreter wegen Verweigerung der Nationalhymne

Die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes hat gegen das IHD-Vorstandsmitglied Ahmet Dagli, den Vorsitzenden der IHD-Filiale Izmir, Mustafa Rollas, den Filialsekretär Mihriban Karakaya und den ESP-Vertreter Selahattin Ilgaz mit der Begründung "Propaganda für eine illegale Organisation" und "Provokation gegen die Nationalhymne" ein Verfahren eröffnet. Am 8. Oktober 2003 hatten die Angeklagten vor der Konak Eski Sümerbank eine Sitzprotestaktion mit der Forderung nach einer Lösung für die kurdische Frage und als Protest gegen die Isolationshaftbedingungen in den Gefängnissen durchgeführt. Sie seien nicht aufgestanden, als Mitglieder der Gewerkschaft "Türk Kamu-Sen" die Nationalhymne aufgesagt hätten. *(ÖP, 18.2., ISKU)*

Verfahren wegen Artikel auf Zazaki

Gegen den Vorsitzenden der Anwaltskammer Dersim (Tunceli), Hüseyin Aygün, wurde ein Verfahren nach Art. 312 ("Separatismus") des Strafgesetzes eröffnet, weil er in der vierten Ausgabe der Wochenzeitung Tunceli'de Munzur Haber zum ersten Mal einen Artikel im kurdischen Dialekt Zazaki veröffentlicht hat.

(ÖP, 17.2., ISKU)

Untersuchungsakten zu "unbekannten Tätern" werden erneut geöffnet

Der Hilfsverein für Familien, die Angehörige durch so genannte "Morde unbekannter Täter" verloren haben, YAKAY-DER, hatte beim Innenministerium die Wiederaufnahme der Verfahren von 800 Personen beantragt. Die Oberstaatsanwaltschaft entschied daraufhin, für Diyarbakir, Kulp und Siirt die Untersuchungen zu 10 Fällen "unbekannter Täter" erneut aufzunehmen.

(ÖP, 17.2., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RO	Rojev
ÖP	Özgür Politika
AZ	Azadi e.V.
Cenî	Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
BaZ	Basler Zeitung

N û c e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 145
5. März 2004

Nûce



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Medien beschwören wiedereinmal das Ende der kurdischen Bewegung

Kongra Gel dementiert Spaltung

Am letzten Wochenende setzten sich insgesamt 18 Personen, darunter der stellvertretende Kongra-Gel-Vorsitzende Osman Öcalan, die Exekutivkomiteemitglieder Nizamettin Tas und Hidir Sarikaya und der ehemalige PKK-Europasprecher Kani Yilmaz aus dem zentralen Lager des Kongra-Gel im türkisch-irakischen Grenzgebiet ab. Sie sollen sich in der kurdischen Stadt Mossul aufhalten. Ein Kongra-Gel-Sprecher dementierte jedoch Meldungen der türkischen Presse über eine Spaltung der Organisation. Der Kongra-Gel sei eine pluralistische Vereinigung. Trotz der Meinungsverschiedenheiten hoffe man auf eine Rückkehr der Gruppe.
Die Gruppe ist nach verschiedenen Berichten Ausdruck einer Minderheitenposition im Kongra-Gel, die eine enge Anbindung an die USA und die südkurdischen nationalistischen Parteien KDP und PUK sucht. Gerüchte, nach denen die Gruppe um Osman Öcalan zusammen mit hundert weiteren KONGRA-GEL-Mitgliedern zu den US-Besatzungstruppen im Irak übergelaufen sei, wurden jedoch zwischenzeitlich von verschiedenen Seiten dementiert. Auch der US-Botschafter in Ankara erklärte gegenüber Journalisten, von solchen Vorfällen nur aus der Presse erfahren zu haben.
Die Gruppe um Öcalan soll Feridun Celik, der bei der letzten Wahl zum Bürgermeister gewählt wurde, unterstützt haben. Celik wurde aufgrund seiner Passivität von der DEHAP jedoch nicht wieder nominiert. Er wollte bei den Regionalwahlen gegen seine eigene Partei als unabhängiger Kandidat antreten.
Abdullah Öcalan soll bereits Ende Januar die Gruppe um seinen Bruder Osman kritisiert haben Anführer einer »gefährlichen rechten, nationalistischen Linie« zu sein, die sich mit den südkurdischen Parteiführern Talabani und Barzani verbünden könnte. »Wir werden das stoppen. Wir werden den Nationalismus stoppen«, ließ Abdullah Öcalan demnach über seine Anwälte verlauten. *(jW, 4.3., ISKU)*

Frauendemonstrationen im Rahmen des 8. März

Die Partei der Freien Frau PJA rief die Frauen zum internationalen Frauenkampftag dem 8. März auf, sich zu organisieren und zu einer Kraft zu formieren. Sie sollten sich an allen Aktivitäten zum 8. März beteiligen. In der Erklärung der PJA heißt es, die kurdischen Frauen sollten Beziehungen zu den Frauen anderer Nationen aufnehmen und zu einer Quelle der Lösung der demokratischen und ökologischen Probleme im Mittleren Osten machen.
Die PJA erklärte, die Frauen sollten ihre Kraft und Organisierung und ihren Kampf gegen die Rückständigkeit stärken. PJA forderte die Frauen auf, sich gegen die Haftbedingungen des Vorsitzenden des kurdischen Volkes Abdullah Öcalans einzusetzen: "Öcalan hat die Ideologie der Befreiung der Frau vorangebracht:" Alle Frauen sollen sich für Öcalan einsetzen und sich an der Kampagne ‚Freiheit für Öcalan' beteiligen. Die PJA rief dazu auf gegen rückständige Haltungen und die Unterdrückung der Männer zu kämpfen.
In ihrer Erklärung wandte sie sich gegen die sexistische Unterdrückung, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung und sagte, diese könnte man nur mit der Organisierung der Frauen überwinden. Die PJA rief die Frauen dazu auf, ihren Kampf nicht nur auf den 8. März begrenzt zu sehen, sich aber an den 8. März Aktionen zu beteiligen und sich mit der selben Haltung auch an den Kundgebungen zu Newroz und an der Wahl zu beteiligen.

Demonstrationen im Rahmen des 8. März
Die Frauenorganisation der DEHAP Sêrt (Siirt) warfen im Rahmen des 8. März mit der Parole "Wir wollen unsere Blume" (gemeint ist Apo) Nelken in den Fluss Botan. Bei der Aktion schritten Soldaten, die zur Militärstation im Zentrum von Sêrt gehören, ein. Das Mitglied des Parteirates der DEHAP, Ayse Gokhan wurde mit der Erklärung ‚sie wird gesucht' festgenommen. Ca. 50 Frauen fuhren in einem Konvoi aus der Stadt zum Fluss Botan. Auf der Straße wurden sie von 11 Militärfahrzeugen und drei Panzern angehalten und umstellt. Zwischen den Frauen und Soldaten kam es zu einer Auseinandersetzung. Die Soldaten erklärten, bei den Frauen befänden sich verbotene Druckerzeugnisse und Dokumente und nahmen dies als Begründung die Frauen zu durchsuchen. Nach einiger Zeit jedoch ließen die Soldaten zu, dass die Frauen ihre Nelken in das Wasser des Botan warfen. Die Soldaten verboten den Frauen Parolen zu rufen und drohten ihnen: "Wenn ihr Parolen ruft, werden wir angreifen." Daher trillerten die Frauen und hielten Schilder mit den Parolen: "Imrali soll geschlossen werden", "Wir wollen keine Isolation", "Schluss mit Folter, Massakern und Unmenschlichkeit" und warfen die Blumen in den Fluss.
Die Vorsitzende der Frauenorganisation der DEHAP Emîne Oguz erklärte der Presse: "Der 8. März ist der Tag der kämpfenden Frauen. Frauen wollen ein Ende des Leides; sie wollen Frieden. Damit ein bleibender Frieden aufgebaut werden kann, muss Imrali geschlossen werden." Frau Oguz protestierte auch gegen das Eingreifen des Militärs. Nach der Erklärung kehrten die Frauen mit Trillern zu ihren Fahrzeugen zurück. Dabei wurde Ayse Gokhan festgenommen und nach Culemerg (Hakkari) verbracht. Ihr wird vorgeworfen, eine terroristische Organisation zu unterstützen und daher werde sie gesucht.
Auch die Presse wurde behindert, ihre Personalien wurden festgestellt. Die Soldaten ließen nicht zu, dass die Journalisten aus ihren Fahrzeugen ausstiegen. Daher kam es zum Streit, eine Kamera eines Reporters von DIHA wurde zerbrochen.

Kurdische Frauen machen Europa am 6. März bunt
Kurdische Frauen feiern den Internationalen Kampftag der Frauen der Welt am 6. März in den deutschen Städten Mannheim, Düsseldorf, Hamburg und in der holländischen Stadt Den Haag. Das kurdische Frauenbüro für Frieden organisiert die Demonstrationen und Kundgebungen. Bei den Kundgebungen werden verschiedene kurdische KünstlerInnen auftreten.
Die Demonstrationen beginnen in allen Städten um 12.00 Uhr. Der Auftaktort in Mannheim ist die Universität, in Düsseldorf und Hamburg der Hauptbahnhof.
(DIHA, 1.3., KGO, 3.3., ISKU)

Meldungen

Wöchentliches Treffen mit Öcalan wurde verhindert
Die Anwälte von Öcalan Firat Aydinkaya, Aysel Tugluk, Bekîr Kaya sowie Öcalans Bruder Mehmet machten sich am Mittwoch nach der Kontrolle in der Kaserne von Gemlik auf den Weg nach Imrali.
Erneut wurden sie mit der Begründung des schlechten Wetters zurückgeschickt.
Aysel Tugluk: "Wir waren schon kurz vor der Insel, als uns gesagt wurde, nachmittags werden die Wellen höher sein und wir umkehren mussten".
(DIHA, 3.3., ISKU)

Jugendliche in Êlîh protestieren gegen Isolation
In den Stadtteilen Yavûz Selîm und Petrol in Êlîh (Batman) kamen 100 Personen zusammen, um Feuer zu entzünden und mit Bildern von Öcalan zu demonstrieren. Die Jugendlichen riefen Parolen gegen die Isolation Öcalans und gegen die Politik, die gegen den KONGRA-GEL und das kurdische Volk gemacht wird. *(DIHA, 3.3., ISKU)*

In Sirnex Demonstration für Ocalan
In den Stadtteilen Yenîsehîr und Nuh Silopî in Sirnex (Sirnak) fand eine Demonstration von Frauen und Jugendlichen für Öcalan statt. Viele Parolen, wie etwa: "AKP mach keinen Fehler, wir gehen auf die Berge" wurden gerufen. Die Demonstration konnte ohne Zwischenfälle beendet werden.
(DIHA, 4.3., ISKU)

Polizei greift Büro der Zeitung Ülkede Özgur Gündem an
Die Antiterroreinheit der Sicherheitsbehörde der Region Qoser Mêrdîn (Mardin) stürmte am Mittwoch Morgen die Wohnung des Journalisten der neugegründeten Tageszeitung Ülkede Özgur Gündem Ali Fidan und nahm ihn fest. Im Anschluss stürmten sie das Büro der Zeitung und beschlagnahmten Bücher sowie das Archiv der Zeitung. Die "Ülkede Özgur Gündem" war am 1. März zum ersten Mal erschienen, nachdem die "Yeniden Özgür Gündem" auf Grund von 315 gegen sie eröffneten Gerichtsverfahren am 28. Februar ihr Erscheinen eingestellt hatte. Darüberhinaus wird nach Angaben des Redaktionsleiters der kurdischsprachigen Wochenzeitung "Azadiya Welat" derzeit an der Infrastruktur für die Herausgabe einer Tageszeitung in kurdischer Sprache gearbeitet. *(DIHA, 3.3., ISKU)*

11 DEHAP-Frauen verurteilt

Weil sie eine Sitzprotest vor dem TBMM (Türkisches Parlament) durchgeführt haben um auf die Haftsituation und die Gesundheitsprobleme von Abdullah Öcalan aufmerksam zu machen, wurden 11 Frauen zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten wegen Widerstand gegen die Polizei und Verletzung des Demonstrationsrecht verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Der Prozess wurde gegen eine Gruppe von 20 Mitgliedern der DEHAP Frauenkommission Ankara einschließlich der Vorsitzenden Istek Tas geführt.
Istek Tas erklärte DIHA gegenüber, dass vor dem TBMM jeden Tag Demonstrationen durchgeführt werden. Das diese Aktion angegriffen und sie zu so hohen Strafen verurteilt wurden sieht sie als ein Angriff gegen die Frauen und Ihren Friedensbemühungen. Der Kampf der Frauen für Frieden lasse sich aber durch so ein Urteil nicht stoppen. Sie würden gegen das Urteil in Revision gehen.
Die Frauen hatten sich am 24. Oktober 2003 mit weißen Tüchern als Symbol des Friedens vor dem TBMM gesetzt mit der Forderung, das Gefängnis Imrali zu schließen und auf den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans aufmerksam zu machen, als sie von der Polizei angegriffen und festgenommen wurden.
(DIHA, 27.2., ISKU)

Nach Verbot von Medya-TV gibt es wieder kurdisches Fernsehen

ROJ-TV beginnt mit Liveprogramm

Das kurdische Fernsehen Roj-TV begann am 1. März um 19.00 Uhr live zu senden. In der letzten Woche war ein Testprogamm mit dem Slogan "Warten auf uns" gesendet worden.
Der Verantwortliche für Roj-TV, Tahsilî Zanoozî sagte, der Sender werde in seinem Programm allen kurdischen Dialekten und der türkischen, arabischen uns assyrischen Sprache einen Platz bieten. Laut Zanoozî wird Roj-TV von dem Satelliten Hordbord von Europa bis in die Länder des Mittleren Ostens ausgestrahlt. Roj-TV wird sich für die Lösung der kurdischen Frage einsetzen und dieses in erster Linie als Basis sehe. Unter den Zielen von Roj-TV nehme die Entfaltung der demokratischen Kultur im Mittleren Osten einen breiten Platz und man werde Roj-TV zur Stimme des Friedens machen. Roj-TV wird zwischen 14.00 Uhr und 24.00 Uhr senden. Das Programm beinhaltet Sendungen über Kultur, Frauen, Kinder und Jugendliche; Politik wird einen festen Platz einnehmen und jeden Tag werden Nachrichten in Kurmanci, Sorani und Türkisch gesendet.
ROJ-TV sendet auf dem Satelliten Hotbird 6 (13° Ost) innerhalb des GlobeCast Pakets auf 11.585 GHz vertikal mit einer Symbolrate von 27.500 und einer FEC von 3/4.
(DIHA, 1.3., ISKU)

OVG Münster entscheidet gegen VS

Das Revisionsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht (OLG) Münster ist für Anja Flach erfolgreich zu Ende gegangen. Das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (VS NRW) hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Klägerin hatte sich 1995 der kurdischen Frauenarmee angeschlossen und in verschiedenen Gebieten Kurdistans am Befreiungskampf der Kurdinnen und Kurden teilgenommen. Ende 1997 ist sie mit anderen deutschen Internationalist(inn)en nach Deutschland zurückgekehrt. Die Bundesanwaltschaft hatte während dessen gegen alle ein Ermittlungsverfahren mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a Strafgesetzbuch) eingeleitet. Im Zuge der Ermittlungen wurde u. a. auch die Wohnung von Anja Flach von Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) durchsucht und hierbei zahlreiche persönliche Aufzeichnungen sowie zwei Tagebücher beschlagnahmt. Offensichtlich hat das BKA diese Materialien an den Verfassungsschutz NRW weitergereicht. Denn in der Zeit vom 11. Februar bis zum 8. März 2000 stellte die Behörde eine Broschüre mit dem Titel "Von den Bergen in die Metropole - Motive, Denkstrukturen und Ziele deutscher Kurdistanbrigadisten" auf ihre Internetseite. Diese enthielt auch ein vollständiges persönliches Tagebuch von Anja Flach. Weil sie sich hierdurch in ihren Persönlichkeitsrechten schwerwiegend verletzt gesehen hatte, erstattete sie Strafanzeige gegen das Land NRW. Auch die NRW-Datenschutzbeauftragte kam zu dem Schluss, dass die nicht genehmigte Veröffentlichung unrechtmäßig sei. Der VS hingegen erklärte, er wolle sich vorbehalten, auch weiterhin die Aufzeichnungen zu veröffentlichen.

In der Verhandlung am 9. Mai 2003 vor dem Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf erklärte der VS seinen Verzicht auf eine weitere Veröffentlichung wegen "des zeitlichen Ablaufs": sie habe ihren Zweck erfüllt. Die Klage wurde zurückgewiesen. Gegen diese Entscheidung hat Anja Flach Revision eingelegt.

Das OVG Münster erklärte im Revisionsprozess vom 3. März 2004 die Veröffentlichung der persönlichen Aufzeichnungen nun für rechtswidrig; die Nennung des Codenamens (Pelda) sowie des Geburtsdatums der Klägerin seien nicht notwendig gewesen. Der VS sagte auf Antrag des Verteidigers zu, die Vernichtung des dort immer noch vorrätig gehaltenen Tagebuches "wohlwollend zu prüfen" und die Klägerin innerhalb von drei Monaten über das Ergebnis zu informieren. Im übrigen: Die Ermittlungen nach § 129a wurden am 26. März 2001 "mangels hinreichenden Tatverdachts" eingestellt.

Anja Flach hat ihre Erinnerungen in einem Buch veröffentlicht, das im vergangenen Jahr unter dem Titel "Jiyanekê din - ein anderes Leben" erschienen und im Buchhandel erhältlich ist. Es kann auch direkt bei der ISKU bestellt werden. *(AZ, 4.3., ISKU)*

Ein neues Opfer der deutschen Asylpolitik

Ümit Abay, der sich am 18. Februar aus Furcht vor einer Abschiebung in die Türkei und aus Protest gegen die deutsche Asylpolitik selbst in Brand gesetzt hatte (siehe Nuce Nr. 144), ist am 28. Februar seinen Verletzungen erlegen. Der 23jährige verstarb trotz der Bemühungen der Ärzte in einem Kölner Krankenhaus an Nieren- und Lungenversagen.
Ümit Abay hatte im Oktober 2003 in Braunschweig einen Asylantrag gestellt und wurde danach in eine Stadt in Ostdeutschland verteilt. Dort lebte er in einer alten russischen Militärkaserne, die heute als Asylheim genutzt wird. Aus Angst vor einer Abschiebung in die Türkei und wegen der unmenschlichen Lebensumstände in der Asylunterkunft, hat er diesen Ort verlassen. In der Türkei war er schon als Jugendlicher mehrfach festgenommen und misshandelt worden.
Der türkische Menschenrechtverein IHD protestierte in einem Brief an das deutsche Innen- und Außenministerium scharf gegen die deutsche Flüchtlingspolitik und forderte, dass die Verantwortlichen für den Tod von Ümit Abay vor Gericht gestellt werden. Auch Ümits Familie forderte die Öffentlichkeit auf, gegen die herrschende „unmenschliche und erniedrigende Politik“ zu demonstrieren. Es müsse verhindert werden, dass „noch viele wie Ümit sterben“.
(AZ, 1.3., DIHA, 2.3., ISKU)

Beerdigung des Guerillas Kemal Yîgît
Bei einer Auseinandersetzung mit der türkischen Armee in der Gegend von Stîlîl bei Nisêbîn (Nusaybin) in der Nähe der Dörfer Erdolu und Çalê war am 29 Februar das Mitglied der Volksverteidigungskräfte Kemal Yigit (Hogir) gefallen. Der Körper Yigits wurde von seiner Familie im Staatskrankenhaus von Nisêbîn abgeholt. Er wurde mit einem Konvoi in sein Dorf Dêrê (Akagir)/Nisêbîn gebracht und beerdigt. An der Beerdigung Yigits nahmen der Gemeindevorsitzende von Nisêbîn, der Bürgermeister von Stîlîl, Sukru Degîrmen, die Leitung der DEHAP von Nisêbîn und ca. 1000 weitere Personen teil.
(DIHA, 2.3., ISKU)

Folter an erster Stelle der Rechtsverletzungen
In seiner Bilanz der Rechtsverletzungen im Jahr 2003 stellte die Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD die Zahlen für 2003 den Zahlen von 1999 gegenüber. Die Gesetzänderungen im Rahmen der EU-Mitgliedschafts-Bewerbung haben sich positiv ausgewirkt; einige Änderungen sind noch nicht Praxis geworden.
Laut der Zusammenstellung für 2003 gibt es immer noch Folter - entgegen anderslautender Bekundungen. Im letzten Jahr kamen 2 Personen als Folge der Folter ums Leben. Laut dem Bericht gab es in den letzten 5 Jahren die meisten Fälle von Folter im Lauf des Jahres 2003; dabei wurden die Methoden des Folterns geändert.
(DIHA, 26.2., ISKU)

Kandidatinnen der demokratischen Einheit
Die demokratische Einheit, gebildet aus 6 Parteien, hat für die Regionalwahlen in 10 Provinzen, 21 Kreisen und 15 Gemeinden Frauen als Gemeindeleiterin bzw. Bürgermeisterin nominiert.
(DIHA, 2.3., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AZ	Azadi e.V.
jW	junge Welt

N û c e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 146
12. März 2004

N û c e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Internationaler Frauentag in Kurdistan

Zehntausende Frauen feierten

Zu der 8. März Kundgebung zum 'Tag der werktätigen Frauen der Welt' kamen in der Region Qosera Mêrdîn (Mardin) 20.000 Menschen. Die Gruppe Agirê Jiyan gab ein Konzert.
Die Teilnehmerinnen der Kundgebung trugen traditionelle Kleider, auch die Bürgermeisterin von Qoserê, Cihan Sincar und die Bürgermeisterin von Dêrîk, Ayse Karadag waren zu der Kundgebung gekommen. Nach dem Auftritt von Koma Arjin sprach die Vorsitzende der Frauensektion der DEHAP Hülya Karaçelik. Karaçelik sprach über das Unrecht gegenüber Frauen: "2003 war ein schlechtes Jahr für Frauen, viele Frauenrechte wurden in diesem Jahr gebrochen. Aber wir sind hier auf diesem Platz um unsere Rechte einzufordern. Wir Frauen wurden Opfer von Männern. Aber heute wird diese Politik, die gegen Frauen eingesetzt wurde, für bankrott erklärt."
Karaçelîk erklärte, dass es fünf Jahre sind, in denen der Ehrenvorsitzende des Kongra Gel und die politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen isoliert werden: "Diese Isolation gegen den Vorsitzenden hat in der Türkei im Volk Wut hervorgebracht. Das Problem der Türkei wird nicht mit Verleugnung und Vernichtung gelöst. Die kurdische Frage muss auf eine demokratische Weise gelöst werden."

Amed feierte mit den Farben und Stimmen der Frauen
In Amed fand eine Kundgebung zum 8. März auf dem Bahnhofsplatz statt. Ca. 8000 Menschen kamen. Schon morgens versammelten sich die Frauen am Hala Kevn und riefen zu Def und Zurne (Trommel und Flöte) Parolen wie ‚Die Frau ist das freie Leben' und ‚Kein Leben ohne den Vorsitzenden' und demonstrierten zum Kundgebungsort. Die Frauen trugen traditionelle Kleider und bunte Tücher. Die kurdische Hymne 'Hernepês' wurde gesungen. Nach dem Beginn der Kundgebung kamen Mitglieder der SHP von Amed auf den Platz und verteilten Blumen und gratulierten zum Frauentag.
Nach der Vorsitzenden der Frauensektion von Amed, Yasemin Andan sprach die Leiterin der Beratungsstelle des Frauenzentrums SELÎS, Hacer Özdemir in Kurdisch. Sie sagte, dass Semsê Allakm von Reaktionären ermordet worden sei: "Nach diesen Morden, die im Namen der Ehre begangen wurden, wurde unsere Parole ‚Schluss mit den Morden an Frauen' Aber leider gingen die Morde mit Kadriye, Guldunya und vielen weiteren Frauen, deren Namen wir nicht wissen weiter. Wir sagen nochmals: ‚Schluss mit den Morden' Die ganze Welt soll dagegen aufstehen und der Widerstand geht weiter". Weitere Reden zum 8. März wurden gehalten und dieser besondere Tag mit Gedichten und Reden gewürdigt.

Polizei begann Auseinandersetzung
Während der Reden begann die Polizei in der Menge zu filmen, worauf die Menge protestierte und eine Auseinandersetzung begann. Polizeihunde wurden geholt. Die Polizei umstellte den Platz mit Panzern. Die Frauen riefen Parolen und warfen Steine auf die Polizei. Die Polizei wurde vom Platz gedrängt und die Kundgebung ging weiter. Nach dem Auftritt einer Kinderfolkloregruppe wurde die Veranstaltung beendet. Bei der Kundgebung wurde eine Frau festgenommen.

Tausende feierten in Nisêbîn, Serhad, Wan, Sirnex...
Im Zentrum von Nisêbîn (Nusaybin) kamen 8.000 Menschen zusammen, bunte Taschentücher wurden hochgehalten und Parolen für Öcalan gerufen. In Varto organisierte die Frauenkommission der Lehrergewerkschaft Egîtim-Sen ein Fest mit Musik und Essen. 300 Frauen nahmen teil. Die Verantwortliche der Frauenkommission von der Gewerkschaft Egitîm-Sen, Serap Çatak hielt eine Rede: "Es ist wichtig, dass Frauen für die Freiheit auf dem Weg des Freiheitskampfes gehen." Nach dem Essen gab es Frauenlieder und Tanz.
In der Region Wan (Van) / Ercîs organisierte die Frauensektion der DEHAP im Gebäude des Wahlbüros der SHP eine Feier. Ca. 1000 Personen nahmen teil.
An einem von der Frauensektion der DEHAP in der Region Agiri /Diyadîn organisierten Fest nahmen ca. 2000 Personen teil. Die Politik der AKP wurde verurteilt und die Lösung der kurdischen Frage gefordert.
In Sirnex (Sirnak) gingen zum 8. März 600 Frauen zu einer öffentlichen Presseerklärung, die von der Frauenabteilung der DEHAP von Sirnex organisiert worden war, auf die Straße. Die Leiterin der Frauensektion, Fidan Güler, verlas eine Presseerklärung, in der sie die Menschenrechtsverletzung gegen Frauen und die Isolationshaft verurteilte.
Auch in Silopî / Sirnex kamen 750 Frauen zu einer Veranstaltung der DEHAP. Die Vorsitzende der DEHAP Frauensektion, Özlem Güven, hielt eine Rede. Nach der Presseerklärung hielten die Frauen den Verkehr mit einer Sitzaktion an.

(DIHA, 7./8.3., ISKU)

Nach Wochen wieder Besuch bei Öcalan

Aufruf für das Wahlbündnis

‚Der Vorsitzende des kurdischen Volkes', Abdullah Öcalan kam das erste Mal seit Wochen mit seinen Anwälten zusammen. Die Verteidiger Irfan Dündar, Firat Aydinkaya, Mahmut Sakar und Bekir Kaya fuhren am 10.2. auf die Insel. Irfan Dündar sagte der Nachrichtenagentur DÎHA, Öcalan gehe es sowohl physisch als auch psychisch gut. Dundar erklärte, Öcalan bereite sich auf seine Prozesserklärung vor dem Europäischen Menschengerichtshof vor.
Dündar äußerte sich zur Haltung Öcalans gegenüber dem Demokratischen Wahlbündniss: "Öcalan sagte uns: 'Es ist wichtig, dass das Demokratische Wahlbündnis bei den Wahlen am 28. März Unterstützung bekommt. Ich nenne dieses Projekt ‚Olivenblüte mit sieben Farben'. Alle sollen diese Vereinigung unterstützen. Die AKP Regierung hat keine starken Aufruf gemacht. Ihnen fehlt eine solche Tradition. Daher besteht ein gewisses Vakuum. Dieses Vakuum kann das Demokratische Wahlbündnis füllen."
Die AKP sei eine veraltete politische Organisation. Die CHP sei ebenfalls sehr reaktionär. Daher sei die alternative Kraft das Demokratische Wahlbündnis. "Es ist notwendig, das jeder es unterstützt. Wird dies nicht umgesetzt, werden die ‚Bomben und Hizbullah Organisationen' zurückkehren. Das ist meine Meinung zu dem Thema".
Öcalan sagte, zu den unabhängigen Kandidaten: "Es gab einige Spannungen, aber auch die wurden gelöst. Das wichtigste ist die Einigkeit und der Zusammenhalt unter den Kurden:"

(DIHA, 10.3., ISKU)

Meldungen

Feridun Celik zieht seine Bewerbung zurück
Feridun Celik, der für den Oberbürgermeisterposten in Amed (Diyarbakir) als unabhängiger Kandidat antreten wollte, zog seine Kandidatur zurück. Mit seiner Kandidatur hat er vor allem in Amed den Protest der demokratischen Öffentlichkeit auf sich gezogen. (DIHA, 5.3., ISKU)

Verbot gegen Bezeichnung "Kürt"-Pen zurückgezogen
Den Antrag auf Erlaubnis der Gründung eines "Kurdischen Schriftsteller-Verbandes" hatten die Sicherheitsbehörden zuerst wegen der Verwendung des Wortes "Kurdisch" im Vereinsnamen verboten. Nach Protesten und der Ankündigung, auch bis zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu gehen, erfolgte die Zustimmung zur Vereinsgründung unter dem Namen "Kürt Pen Yazalar Dernegi".
(DIHA, 5.3., ISKU)

Leyla Zana auf der Bewerberliste für Friedensnobelpreis
Das Nobel-Komitee setzte in seiner ersten Sitzung zur Bewerbung für den nächsten Friedensnobelpreis auch Leyla Zana auf die Bewerbungsliste. Neben ihr stehen auch G. Bush und T. Blair. Von ursprünglich 194 Bewerbern sind auf der Liste noch 30 Bewerber/innen.
(DIHA, 3.3., ISKU)

Im Irak wird Kurdisch zweite Amtssprache
In der Provisorischen Verfassung des Irak wird Kurdisch als 2. Amtssprache akzeptiert; in Pässen, Banknoten, Briefmarken und wichtigen amtlichen Dokumenten wird Kurdisch ebenfalls verwendet. *(DIHA, 4.3., ISKU)*

In Kars keine Erlaubnis für Wahlbüro
In Kars erhielt das Demokratische Bündnis keine Genehmigung zur Eröffnung eines Wahlkampfbüros. In Malatya, Sehitkamil/Gaziantep, Elbistan und Nurhak/Maras konnten Büros eröffnet werden.
In Van konnten sieben Büros eröffnet werden.
Bei einer Wahlkampfaktion des Vorsitzenden des Wahlbündnis Bakirhan in Cizre kamen ca. 30.000 Personen zur Kundgebung.
(DIHA, 8.3., ISKU)

Auch 2003: Folter in 29 Provinzen
Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD betonte in

Militäroperation in Mêrdîn

Am 12. Februar kam es zwischen Kräften der türkischen Armee und Guerillas der Volksverteidigungskräfte, HPG in dem Dorf Xerabêba (Kurukoy), das zur Gemeinde Stilîlê (Akarsu), Region Nisêbîn/ Mêrdîn (Nusaybin/Mardin) zu einer Auseinandersetzung. Bei diesem Gefecht verlor das Mitglied der HPG, Sîraç Kilinç sein Leben. Ein weiteres HPG-Mitglied konnte verletzt fliehen. Am 4. März fand die türkische Armee bei einer Operation dessen Leiche und brachte sie ins Staatskrankenhaus von Nisêbîn. Am 8. März wurde seine Identität bekannt gegeben. Es handelt sich um das Mitglied der HPG Dogan Aydin (Çekdar).
Ein Konvoi mit 50 Fahrzeugen holte die Leiche Dogan Aydins aus dem Militärkrankenhaus in Nisêbîn ab. Nach den religiösen Zeremonien in der Moschee von Akpinar wurde Aydin von hunderten Menschen zum Friedhof von Bismil /Amed (Diyarbakir) gebracht. Dort wurde er mit Parolen wie ‚Die Gefallenen sind unsterblich', und ‚Unser Genosse ist nicht gestorben' beerdigt. Der Vater von Dogan Aydin, der 13 Jahre bei der Guerilla war, Hulusî Aydin sprach bei der Beerdigung: "Mein Sohn hat sein Leben im Kampf für unser Land verloren, wir werden diesen Kampf fortsetzen."
Spezialkräfte hatten bei der Beerdigung starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die Menge verteilte sich nach der Beerdigung Dogan Aydins ohne Zwischenfälle.

Vergeltungsschlag der HPG
Die Volksverteidigungskräfte (HPG) gaben bekannt, dass sie in der Region Kercewsa (Gercus) Êlih (Batman) einen Vergeltungsschlag verübt haben. Dabei wurde ein Militärfahrzeug zerstört, zwei Offiziere und ein Soldat getötet, vier Soldaten wurden verletzt. Die HPG erklärte, dass zwischen dem 15. und 29. Februar zwei Guerillas mit Namen Bagok und Tolhildan bei einer Operation in der Region Mardin ihr Leben verloren haben. Die HPG erklärte, dass der Vergeltungsschlag zur Erinnerung an diese beiden Guerillas verübt worden sei. Die HPG äußerte sich dahingehend, dass man Angriffe auf die Guerilla und das Volk nicht unbeantwortet lassen wird. *(DIHA, 9.3., ISKU)*

Gefängnisse: Hungerstreik für Öcalan

Die Gefangenen der Partiya Rizgariya Demokratîk (PRD) und Partiya Jina Azad (PJA) erklärten, dass sie mit einem Hungerstreik im Rahmen der Kampagne "Freiheit für den Vorsitzenden" begonnen haben. Die Gefangenen protestierten mit ihrer Erklärung gegen die Isolation Abdullah Öcalans: "Die AKP Regierung versucht mit dieser Praxis den Vorsitzenden Apo vergessen zu machen, sie wollen die Zukunft unseres Volkes einen schmutzigen Tod gegenüberstellen, aber das werden wir niemals zulassen."
Die Gefangenen verurteilten die Politik der AKP: "Die AKP versucht mit dieser Politik ihr Leben zu verlängern und aus der Gefangenschaft Öcalans Profit zu ziehen. Die PJA und PRD Gefangenen aller Gefängnisse in der Türkei riefen das kurdische Volk und alle Demokraten dazu auf, gegen die Politik der AKP eine Politik des demokratischen Rechtes zu setzen. Sie erklärten, dass sie im Rahmen der Kampagne "Freiheit für den Vorsitzenden einen zweitägig rotierenden Hungerstreik begonnen haben, der bis zum 1. Mai fortgesetzt wird. *(DIHA, 9.3., ISKU)*

Die 'anderen Methoden' der USA

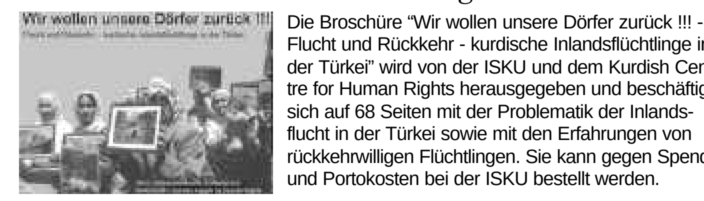
Nach verschiedenen Erklärungen von Kongra-Gel-Vorstandsmitgliedern werden die Hintergründe der Unstimmigkeiten innerhalb des Kongra-Gel deutlicher. Streitpunkt ist dabei unter anderem die Haltung zu den USA.
Die Gruppe um Osman Öcalan, Nizamettin Tas und Hidir Yalçin hat offenbar einer Absprache mit den USA zugestimmt, nach der sie und andere mit Billigung der USA nach Norwegen ins Exil gehen könnten. Als "Gegenleistung" sei eine faktische Auflösung der Volksverteidigungskräfte (HPG) angeboten worden. Außerdem sei durch die öffentliche Unterstützung der Gruppe von Kandidaten für die Kommunalwahl am 28.3. in der Türkei entgegen der Beschlusslage gehandelt worden. Insofern sei vom Exekutivausschuss des Kongra-Gel ein Disziplinarverfahren gegen die betreffenden Personen eingeleitet worden, was aber keineswegs eine Spaltung oder den Ausschluss aus der Organisation bedeute. Presseberichte über ein Überlaufen zu US-Truppen waren bereits früher dementiert worden. Vertreter des Kongra-Gel wiesen darauf hin, dass sowohl die USA als auch die Türkei letztlich die Ausschaltung der Befreiungsbewegung beabsichtigen. Differenzen bestünden lediglich in der Art der Methoden, die dabei angewandt werden sollen. Während die Türkei auf direkte Gewalt setze, haben die USA betont, das sei nur mit ‚anderen Methoden' möglich. "Dies sind eben die anderen Methoden," bemerkte Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivausschusses des Kongra-Gel.
(ISKU, 11.3.)

Religionsamt verurteilt 'Ehrenmorde'

Das türkische Religionsamt hat die so genannten «Ehrenmorde» an Frauen als Verbrechen «im Angesicht Gottes» verurteilt. Die nach wie vor verbreitete Ermordung von Frauen zur Wahrung der Familienehre entspreche keineswegs dem Islam.
Dies erklärte Religionsamts-Chef Ali Bardakoglu in einer Botschaft zum Internationalen Frauentag am Montag. Insbesondere in der von starken Traditionen geprägten türkischen Provinz werden Frauen immer wieder von der eigenen Familie verstoßen und getötet. Begründet werden die Taten mit angeblichen oder tatsächlichen außereheliche Beziehungen - welche die Familienehre beschmutzt haben sollen. Bardakoglu betonte, die Gewalt gegen Frauen sei nicht mit dem Islam zu vereinbaren.

Auch dürften sich die Familien nicht das Recht anmaßen, über Frauen zu richten. «Sitten sind keine Gesetze», erklärte der Chef des Religionsamtes.
Nach Angaben von türkischen Frauenverbänden werden in der Türkei 73 Prozent der Frauen mit Universitätsabschluss in den ersten drei Jahren ihrer Ehe Opfer von Gewalt; bei Frauen aus unteren Bevölkerungsschichten liegt der Anteil bei 90 Prozent.
Fast jeder zweite türkische Mann glaube, er habe das Recht, seine Frau bei «Ungehorsamkeit» zu schlagen. Fast ein Viertel der türkischen Männer vergewaltigen ihre Frauen. *(BaZ, 9.3. ISKU)*

Neuerscheinung: Broschüre zur Lage der kurdischen Inlandsflüchtlinge in der Türkei



Die Broschüre "Wir wollen unsere Dörfer zurück !!! - Flucht und Rückkehr - kurdische Inlandsflüchtlinge in der Türkei" wird von der ISKU und dem Kurdish Centre for Human Rights herausgegeben und beschäftigt sich auf 68 Seiten mit der Problematik der Inlandsflucht in der Türkei sowie mit den Erfahrungen von rückkehrwilligen Flüchtlingen. Sie kann gegen Spende und Portokosten bei der ISKU bestellt werden.

einer Erklärung, im Jahr 2003 sei Folter im Osten und Südosten in 16 Provinzen angewendet worden; in den anderen Gebieten in 13 Provinzen: "Das zeigt die verbreitete Anwendung von Folter". Kein einziger der wegen Folter angeklagten Staatsbediensteten im Jahr 2003 sei bis zur Beendigung der Gerichtsverfahren suspendiert worden, sagte er.
(DIHA, 5.3., ISKU)

TAYAD: Zwei Gefallene im Februar
TAYAD gab einer Erklärung für den Monat Februar über die Situation der Menschenrechte in den Gefängnissen in ihrem Gebäude in Marmara ab. Die Erklärung wurde von Naîme Kara im Namen von TAYAD (Verein zur Unterstützung und Solidarität mit den Familien der Gefangenen abgegeben. Kara erklärte, in den letzten zwei Wochen haben erneut zwei Menschen im Todesfasten gegen die F- Typ Gefängnisse ihr Leben verloren, die Zahl der im Todesfasten Gefallenen erhöhe sich damit auf 109.
(DIHA, 9.3., ISKU)

Staatliche Auszeichnung für Baumeister von F-Typ-Gefängnissen
Der frühere Generaldirektor der Haftanstalten als Auftraggeber der F-Typ-Gefängnisse wird mit der staatlichen "Medaille für besondere Verdienste" ausgezeichnet. Angehörige von Teilnehmern des Todesfastens gegen die Verlegung in die F-Typ-Gefängnisse protestierten gegen die Verleihung der Auszeichnung durch den Justizminister.
(DIHA, 9.3., ISKU)

Operation in den Gabarbergen
Die türkische Armee hat gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) im Norden der Gabarberge bei Sirnex (Sirnak) eine breitangelegte Operation begonnen. Zwei Armeehubschrauber sollen in der Nacht zum Donnerstag Soldaten in die Gabarberge verbracht haben. *(DIHA, 11.3., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
BaZ	Basler Zeitung

N û c e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 147
19. März 2004

Nûce



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Syrische Regierung schürt nationalistische Ausschreitungen

Antikurdische Pogrome in Syrien

Seit dem vergangenen Freitag wird Syrien von schweren Übergriffen auf die dortige kurdische Bevölkerung erschüttert.
Auslöser der Unruhen waren Übergriffe bewaffneter arabischer Nationalisten nach einem Fußballspiel in der südwestkurdischen Stadt Quamislo, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Die meisten starben dabei durch Schüsse der syrischen Armee, die mit Panzern in die Auseinandersetzungen eingriff und diese weiter anheizte. Örtliche Quellen sprechen von bis zu 70 Toten, hunderten Verletzten und ca. 1500 Festgenommenen. Die Festgenommenen wurde alle durch syrische Sicherheitskräfte nach Damaskus verbracht.
An den folgenden Tagen breiteten sich die antikurdischen Übergriffe auf das ganze Land aus. Arabische Nationaliste griffen kurdische Wohnungen und Geschäfte an. Empörte Kurden reagierten stellenweise mit Angriffen auf öffentliche Gebäude. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Mesopotamien (MHA) setzten sich die Unruhen auch in anderen Städte wie Haseke, Amude, Derik und Derbespi im Norden Syriens fort. Vier der bei den Angriffen in Qamishlo getöteten Kurden wurden am Samstag nach einem Gottesdienst in der Moschee in Qamishlo unter der Beteiligung von mehr als hunderttausend Menschen beigesetzt. Die Menge protestierte in der Kleinstadt gegen die Angriffe. Seit dem frühen Morgen strömten KurdInnen aus den umliegenden Städtennach Qamishlo um gegen die Angriffe zu protestieren. Bei Angriffen des Militärs auf die Menschenmenge wurden Hunderte Menschen verletzt. Ein Augenzeuge berichtete gegenüber der MHA aus Qamishlo: "Sie griffen mit Panzern an. Darauf hin setzte die Menge ein Zollgebäude in Brand." Ein im Krankenhaus in Qamishlo tätiger Arzt bestätigte gegenüber MHA den Tod von 10 Kurden.
In den syrischen Städten Efrîn (Afrin) und Heleb (Aleppo) haben bei bewaffneten Angriffen durch die syrische Armee auf eine Gedenkkundgebung für Halabja sieben Menschen ihr Leben verloren. Zehntausende waren in Qamislo, Efrîn, Heleb, Entari, Cuma, Hilêri und Damaskus auf die Straßen gegangen. Augenzeugen berichteten, dass syrische Soldaten an drei Orten angegriffen hätten, das Feuer auf die Menge eröffnet haben und in Heleb drei, in Efrîn vier Menschen getötet hätten. Es sollen auch sehr viele Menschen verletzt worden sein. Wie durch Augenzeugen berichtet wurde, zieht die syrische Armee ihre Kräfte in den kurdischen Gebieten zusammen.
In Istanbul kam es bei der Verlesung einer Protesterklärung gegen die Angriffe in Syrien zu heftigen Polizeiangriffen auf die Kundgebung mit Tränengas- und Schlagstockeinsatz. Es gab zahlreiche Verletzte, 3 Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert und zahlreiche Personen wurden festgenommen.
Der Vorsitzende des Kongra Gel, Zubeyîr Aydar, rief alle Kurden auf, auf Provokationen nicht zu reagieren und sich mit demokratischen Mitteln für ihre Rechte einzusetzen. Abdullah Öcalan forderte während des Besuchs seiner AnwältInnen am Mittwoch breite Unterstützung der syrischen KurdInnen. Der Generalstab der Volksverteidigungskräfte (HPG) veruteilte in einer schriftlichen Erklärung die Massaker in Syrien. Das kurdische Volk wird zur Besonnenheit aufgefordert. Die syrische Regierung wird gewarnt: "Falls diese Angriffe weitergehen sollten, soll jeder wissen, dass wir dazu nicht schweigen werden."

(DIHA/MHA, 13.-17.3., ISKU)

Armee beginnt Frühjahrsoperation

Die türkische Armee hat mit dem Beginn des Frühlings in Kurdistan erneut mit Militäroperationen begonnen. Zuletzt haben sie zwei Bereiche des Mederverteidigungsgebietes, in dem sich die Volksverteidigungskräfte (HPG) aufhalten, angegriffen. Ebenso begann die türkische Armee zwischen dem 10. und 12. März eine Militäroperation in den Cûdîbergen. Während der Operation kam es zu keinen Auseinandersetzungen und die Armee zog sich ergebnislos zurück. Am 11. und 12. März fand ebenfalls eine Militäroperation in den Gegenden Çirav un Mîsar in den Gabarbergen statt. Augenzeugen der Guerillakräfte sagten, dass die türkische Armee seit Februar in den Regionen Mêrdîn und Botan, wo sich Guerillakräfte aufhalten, Operationen durchführe, die bis jetzt andauern. Die Guerilla werde ihre Verteidigungspositionen weiter ausbauen und die Operationen ins Leere laufen lassen. *(DIHA, 16.3., ISKU)*

Vorbereitungen auf Newroz

In der Region Serhed wurden die Arbeiten für das Newrozfest begonnen. In Wan (Van) hat das Newroz-Vorbereitungskommitee einen Antrag beim Gouverneur gestellt. Das Programm für die Feiern in Wan ist sehr reichhaltig. Die kurdischen Künstler Brader und Edîp Akbayram werden ein Konzert geben. Tanzgruppen aus Karadeniz werden dem Fest Farbe geben. Die Vorsitzende der Frauenorganisation der DEHAP von Wan, Semîre Varli sprach mit DIHA: "Die Kommission für die Vorbereitung geht durch die Stadtviertel und informiert die Bevölkerung. Wir werden Newroz dieses Jahr auch die Farben der Frau geben und Newroz in unserem Sinne feiern."
In Culemêrg (Hakkari) wird der Künstler Seher Dîlovan ein Konzert geben. Künstler und Sänger der Gegend werden das Programm bereichern. Der Vertreter des Vorsitzenden von Culemêrg, Musa Çîftçî, erklärte, man habe einen Antrag beim Gouverneur gestellt. "Wir werden Newroz in einer Atmosphäre der Freundlichkeit feiern. In elf Stadtteilen wurden Kommissionen zur Vorbereitung für Newroz aufgestellt, wir warten nur noch auf die Genehmigung."
In der Region Tetwan (Tatvan) wird Newroz jedes Jahr in Bilîs gefeiert. Die DEHAP von Tetwan wandte sich daher an den Gouverneur von Tetwan. Diese verweigerte die Erlaubnis mit der Begründung der Wahlvorbereitungen. Der Vorsitzende der DEHAP von Tetwan, Sabahattin Ozer sagte, man werde sich an den Gouverneur von Bilîs wenden. In Agirî werden die Musikgruppe Grup Munzur und regionale KünsterInnen zu Newroz ein Konzert geben.
Die DEHAP von Sirnex hatte vor einigen Tagen die Genehmigung für die Newrozveranstaltung beim Gouverneur beantragt. Jetzt kam die schriftliche Erlaubnis. Newroz wird dort auf dem Cumhuriyetplatz gefeiert.

(DIHA, 16./17.3., ISKU)

Meldungen

Disziplinrstrafe wegen kurdischer Sprache
Im F-Typ-Gefängnis in Kandira wurde gegen den Verhafteten C. A. eine Disziplinarstrafe verhängt, weil er mit seiner Mutter beim Besuch Kurdisch redete. Er erhält jetzt keine Post ausgehändigt und darf keinerlei Besuch empfangen. *(DIHA, 13.3., ISKU)*

1.733.550.000 Lira Strafe für Lieder auf Kurdisch
In Karakocan/Elazig fand eine Feier der DEHAP mit Liedern und Ansprachen in Kurdisch sowie der Parole "Biji DEHAP" (Es lebe die DEHAP) statt. Gegen 7 Personen aus dem Veranstaltungskomitee wurde aus diesem Grund eine Geldstrafe in Höhe von 1 Mrd. 733 Mio. 550.000 TL (ca. 1068 Euro) verhängt. *(DIHA, 14.3., ISKU)*

Proteste der Studierenden in Ankara
Bei Protestaktionen von StudentInnen aus der ganzen Türkei gegen das Gesetz des Hochschulrats kam es in Ankara zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei setzte Tränengas gegen die Studierenden ein, als sie versuchten, eine Kundgebung durchzuführen. Die Sicherheitskräfte nahmen zahlreiche StudentInnen fest. *(DIHA, 13.3., ISKU)*

Angeklagte boykotieren "DEP-Prozess"
Y. Alatas, Verteidiger der früheren DEP-Abgeordneten, teilte mit, dass die Angeklagten nicht mehr an der Verhandlung vor dem DGM-Ankara [Staatssicherheitsgericht] teilnehmen werden. Das Urteil stehe nach ihrer Auffassung schon lange fest; aus Protest dagegen würden sie nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen. *(DIHA, 12.3., ISKU)*

Kurden verlangen Änderung des Oostlander-Berichts
Der Kurdische Nationalkongress (KNK) kritisierte den neuen Türkei-Bericht des Europaparlaments und verlangte eine Neufassung. Im Bericht werde der kurdischen Frage nicht ausreichend Bedeutung beigemessen; auch nicht den innertürkischen Problemen, kritisierte G. Dere, Mitglied der aussenpolitischen Kommission des KNK. Der Türkei-Bericht, erstellt von A. Oostlander, soll Ende März in der Vollversammlung des Europaparlaments eingebracht werden. Von verschiedenen Abgeordneten auch aus anderen nationalen Parlamenten wurden Punkte wie muttersprachlicher Unterricht, der Prozess gegen

Am Jahrestag des Massakers: Für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage!

Halabja, ein Jahrhundertverbrechen

Anlässlich des 16. Jahrestages des Massakers in der irakisch-kurdischen Stadt Halabja, bei dem die Armee Saddam Husseins mehr als 5.000 Kurdinnen und Kurden mit Giftgas aus deutscher Produktion ermordete, dokumentieren wir an dieser Stelle eine Erklärung der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Einheit (PYD):

Am 16. März 1988 wurde die Luft über der Stadt Halabja (Kurdistan/Irak), die sich auf das Newrozfest vorbereitete, schwarz, giftig und tödlich. Wie ein Erdbeben kam das Giftgas über Kinder, Frauen und alte Menschen. Halabja wurde zu einem der größten Giftgasmassaker aller Zeiten, eine Schande für die Menschheit, an die man sich nur mit Grausen zurückerinnern kann. Kurz vor Frühlingsanfang, als die Natur sich anschickte, ihr buntestes Kleid anzuziehen, musste sich das kurdische Volk in schwarze Trauergewänder hüllen. Alle Farben des Lebens und des Frühlings verloschen, das Lachen der Kinder erstarb. Selbst die Natur schrie ihren Schmerz in die Welt hinaus, aber sie bekam keine Antwort. Das Gewissen der Menschheit wurde nicht aufgerüttelt. Man sah nichts, man hörte nichts, man redete nicht über Halabja...

Am 16. Jahrestag des Massakers von Halabja, bei dem 5.000 Menschen den Tod fanden, gedenken wir der unschuldigen Opfer und protestieren gegen die Brutalität Saddams und aller, die dazu geschwiegen haben. Auch sie tragen Schuld, sie haben unser Volk den Schlächtern ausgeliefert. Heute versuchen sie wieder, die Kurden zu ihrem Spielball zu machen und sie auf regionaler und internationaler Ebene als Trumpfkarte einzusetzen. So wollen sie gegen die Völker des Mittleren Ostens auf andere Weise ein zweites Halabja vorbereiten.

Heute ist die Kurdenpolitik eine Säule der Mittelostpolitik. Daher will jede Macht das Spiel nach ihren Regeln spielen. Das gilt für die Staaten der Region, die Kurdinnen und Kurden direkt unterdrükken, genauso wie für die auf der Weltbühne einflussreichen Staaten. Die Staaten, die heute noch über Kurdistan herrschen, setzen ihre Politik von Verleugnung und Vernichtung fort und wollen keine demokratische Veränderung. Das kann zu weiteren Interventionen im Mittleren Osten führen, was wiederum den Völkern der Region Schaden zuführen kann. Daher müssen alle Systeme, die heute noch über Kurdistan herrschen, die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln zu lösen, im Sinne der Per-spektive einer "Demokratischen Zivilisation". Denn die kurdische Frage ist ein Schlüssel für die Stabilität der Staaten der Region.

Halabja wurde Opfer der Konflikte unter den Großmächten und zwischen den Staaten der Region.

Das Massaker von Halabja war gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker gerichtet, ebenso wie die Massaker von Hewlêr (Erbil) und Kerbela in den letzten Wochen. Gestern in Halabja, heute in Hewlêr und Kerbela wurden das Volk von Kurdistan und alle anderen Völker der Region zur Zielscheibe. Es darf kein neues Halabja, kein neues Erbil, kein neues Kerbela und kein neues Qamishlo geben! Darum müssen sich Kurden, Araber, Türken, Perser, Assyer und alle Völker der Region zusammentun und sich gegenseitig unterstützen. Gemeinsam müssen wir den Aufbau der Demokratie vorantreiben und gemeinsam die Fahne der Geschwisterlichkeit hissen.

Der Schmerz, den wir alle über solche Massaker wie in Halabja empfinden, muss uns eine Lehre sein, muss zu einer Brücke für die Geschwisterlichkeit der Völker werden. Wir, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) rufen alle demokratischen Kräfte, Menschenrechtsinstitutionen und das kurdische Volk in Syrien auf, auf die Straße zu gehen und am 16. März für fünf Minuten schweigend Gedenken und Protest gegen dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit auszudrücken. Wir versprechen den Opfern von Halabja einmal mehr, dass wir sie nicht vergessen werden. *(PYD, 16.4.)*

KurdInnen gedenken der Opfer des Massakers von Halabja

Die DEHAP von Wan (Van) hielt in Kuçeya Hunerê eine öffentliche Presseerklärung zum Gedenken an das Massaker von Helepçe und aus Protest gegen die Angriffe auf Kurden in Syrien ab. Ein Vertreter des Demokratischen Wahlbündnisses von Wan Mesut Ozturk und ca. 1000 Personen demokratischer und ziviler Organisationen kamen zusammen. Hasan Özgünes von der DEHAP der Stadt Wan sagte, der 16. Jahrestag von Halabja erinnere an einen schwarzen Tag für die Kurden und Kurdinnen. Auch kritisierte er die syrische Regierung scharf und verurteilte die Haltung der syrischen Regierung gegenüber den KurdInnen.

Auch in Mus, Semzînan, Meletî (Malatya), Mêrdîn (Mardin), Amed (Diyarbakir), Dîlok, Sêrt (Siirt), Wêransara (Viransehir), Riha, Êlih (Batman), Istanbul und Tetwan (Tatvan) fanden ähnliche Veranstaltungen statt. In Adana organisierte die DEHAP-Jugend eine Ausstellung mit Bildern der Getöteten. Auch in zahlreichen europäischen Städten wurden Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen abgehalten. *(DIHA, 13./16.3., ISKU)*

IHD: Neue Tote in den Gefängnissen

Der Vorsitzende des IHD Ankara, Suleyman Turan erklärte, dass Gefangene, die unter der Wernîkke-Korsakof Krankheit leiden erneut verhaftet worden sind. Turan sagte, es werde neue Tote geben.

Turan äußerte sich in einer schriftlichen Erklärung über die Situation der Gefangenen, die unter der Wernîcke-Korsakof Krankheit leiden (Sie tritt als Folge des langanhaltenden Hungerstreikes auf. Die Betroffenen haben Seh- und Hörprobleme, verlieren ihr Gedächtnis). Turan sagte, 351 Personen wurden erneut verhaftet. Er erklärte, die Verantwortlichen wüssten sehr wohl um den Zustand der Betroffenen und schicken sie dennoch erneut ins Gefängnis.

Turan berichtete über einen der Betroffenen, Ömer Ünal, der ebenfalls krank im Gefängnis sei, nach seiner Entlassung habe er eine Wohnung in Istanbul gefunden und dort gelebt. Turan erklärte, dass Ünal nun mit der Begründung, er habe seinen Militärdienst nicht abgeleistet festgenommen und von der Militärabteilung verhaftet worden sei. Außerdem seiem im F-Typ Gefängnis Tekîrdag Erol Zavar, Huseyîn Yildirim, im Frauengefängnis Kurkçuler Sermîn Dorak, im Gefängnis Kirsehîrê Sevînç Sahîngöz und viele weitere Gefangene mit der Wernîcke-Konsakof Krankheit im Gefängnis und dem Tode nahe. "Die Folter geht weiter. Die Herzen sind so hart geworden, wie die Wände des Justizministeriums, die Ohren wurden verschlossen, die Stifte seien ausgetrocknet, der Eid des Hippokrates wurde aufgegeben, es wird eine Zeit zu vieler Toter. In den Gefängnissen geht das Sterben jeden Tag weiter. Das Todesfasten dauert an. Die Familien der Gefangenen, die gegen das Sterben Widerstand leisten, werden alleine gelassen:"

Turan kritisierte in seiner weiteren Erklärung die Umsetzung der L-Typ Gefängnisse. Es wird neue Verlegungen geben. "Die Umsetzung von Anordnungen, wie die Einheitskleidung, Arbeitshäuser, in denen die Gefangenen wie Sklaven arbeiten sollen stehen an. Unsere Organisation fordert medizinische Untersuchungen, aber wir haben keine Genehmigung bekommen. Mit dieser Methode wollen sie die Realität der Gefängnisse vor der Öffentlichkeit verschleiern." *(AW, 17.3., ISKU)*

Leyla Zana und andere und die Angleichung unterschiedlicher wirtschaftliche Situationen angesprochen. *(MHA, 10.3., ISKU)*

Newrozfeuer in Sêrt
Am Montagabend gingen im Stadtteil Firat in der Region Misirc/ Sêrt (Siirt) Frauen, Kinder und Jugendliche auf die Straße um Feuer zu entzünden und das Newrozfest zu begrüßen. Die Menge lief durch den Stadtteil und rief Parolen gegen die Isolation und das Massaker in Helepçe. Die Aktion verlief ohne Zwischenfälle. *(DIHA, 16.3., ISKU)*

Kundgebung der „Einheit" in Amed (Diyarbakir)
An einer Kundgebung des wahlbündniss´ „Demokratische Einheit", das sich aus 6 Parteien zusammensetzt, nahmen in Amed etwa 100.000 Menschen teil. *(DIHA, 15.3., ISKU)*

Klage der „Samstagsmütter" abgelehnt
Ein Klageantrag der „Samstagsmütter" beim Europ. Menschenrechtsgerichtshof wegen ständiger Festnahmen, Folter und Misshandlungen auf Grund der Proteste gegen das Verschwindenlassen von Personen wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ohne Begründung abgelehnt. *(DIHA, 14.3., ISKU)*

Trotz Beteuerungen wird weiter gefoltert
Mit der Begründung an einer „ungenehmigten Demonstration" teilgenommen zu haben wurden aus Sêrt (Siirt) 5 Kinder von der Gendarmerie ins E-Typ Gefängnis eingeliefert. Sie wurden nackt ausgezogen und mit Wasser bespritzt. Ausserdem wurden sie gezwungen, Zigaretten zu rauchen, zu Spitzeltätigkeiten gedrängt und mit Ermordung bedroht. Der örtliche Vorsitzende des IHD Sêrt berichtete, dass in den letzten 2 Monaten 15 Kinder gefoltert wurden. Ministerpräsident Erdogan dagegen behauptet, dass Folter in der Türkei nicht mehr existiert. *(DIHA, 11.3., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat

Nûce
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 148
26. März 2004

Nûce


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Millionen KurdInnen machten Newroz zum Volksaufstand

Bijî Newroz, Bijî Serhildan

In allen Teilen Kurdistans und im Exil feierten Millionen Kurdinnen und Kurden das Newrozfest und machten es zu einer beeindruckenden Demonstration für Demokratie und Frieden. Die türkisch-kurdische Partiya Rizgariya Demokratîk (PRD - Partei der demokratischen Befreiung) bezeichnete den verlauf der Feierlichkeiten in einer Erklärung als "die beste Antwort des kurdischen Volkes auf die jetzige Zeit."
Allein in Amed (Diyarbakir) kamen eine halbe Millionen Menschen zusammen und feierten auf dem Fuarplatz gemeinsam mit internationalen Gästen das Newroz-Fest. Hunderte Poster von Abdullah Öcalan, die auf der Titelseite der neugegründeten Zeitung Ülkede Özgür Gündem veröffentlicht worden waren, wurden von den Menschen gezeigt. In Reden und mit Parolen wie "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker", "Bijî Serok Apo", "Die Gesellschaft befreit sich mit Öcalan" und "Es lebe der Volksaufstand von Quamislo" drückten die Menschen ihre Verbundenheit mit der kurdischen Freiheitsbewegung und ihren Willen zur demokratischen Umgestaltung.der Gesellschaft aus.


80.000 Menschen demonstrierten in Istanbul (Foto: DIHA)

In nahezu allen kurdischen und zahlreichen türkischen Städten bot sich am 21. März ein ähnliches Bild: Zehntausende strömten auf den zentralen Plätzen zusammen, hielten Kundgebungen ab und entzündeten Newrozfeuer. In Êlih (Batman) und in Riha (Urfa) beteiligten sich jeweils 100.000 Menschen an den Feiern, in Wan (Van) waren es 200.000. Auch in Sêrt (Siirt), Adana, Mêrdîn (Mardin), Sirnex (Sirnak), Istanbul und zahlreichen weiteren Städten kamen mehrere zehntausend Menschen zusammen.
In Heleb (Aleppo) in Syrien, wo die antikurdischen Pogrome z.T. noch immer andauern, beteiligten sich 50.000 Menschen an der von der PYD (Partei der demokratischen Einheit) organisierten Veranstaltung. Die Menschen protestierten gegen die Pogrome in Syrien und gedachten der Opfer.
Auch in Europa wurde Newroz gefeiert. In Paris, Stockholm, Basel, Hannover und weiteren Städten beteiligten sich zehntausende an Newroz-Demonstrationen. *(DIHA, 20.-23.3., ISKU)*

Kampf um die Einheit der Linken

Abdullah Öcalan sagte bei seinem planmäßigen Anwaltsgespräch am Mittwoch, nach den Wahlen müssten die Anstrengungen für eine Einheit der Linken fortgesetzt werden.
Der kurdische politische Führer Abdullah Öcalan, der sich zur Zeit auf der Insel Imrali in Isolationshaft befindet, konnte am Mittwoch das planmäßige Gespräch mit seinen Anwälten Dogan Erbas, Aysel Tugluk, Okan Yildiz und seiner Schwester Fatma Öcalan durchführen. Wie Dogan Erbas der Nachrichtenagentur DIHA mitteilte, wurde über die anstehenden Kommunalwahlen in der Türkei gesprochen. Er erklärte, Öcalan habe gefordert, sofort nach den Wahlen Anstrengungen für eine Einheit der Linken von Neuem aufzunehmen, schon jetzt müsse man sich darauf vorbereiten. Öcalan habe auch die Türkei auf drohende Gefahren hingewiesen. "Wenn sich in der Türkei bis Ende Mai Anfang Juni nichts ändert, kommt sie in eine gefährliche Phase. Die Türkei setzt darauf, dass die USA eine Operation gegen die Guerilla machen werden. Aber das wäre gefährlich. Wenn die Türkei sich so verhält, könnten auch Entwicklungen eintreten, mit denen sie nicht rechnet. Statt dessen muss man eine friedliche Lösung anstreben," sagte Öcalan. *(DIHA, 24.3., ISKU)*

Kurdischer Jugendlicher in Damaskus zu Tode gefoltert

Unruhen in Syrien dauern an

Nach einem Bericht im arabischen Kanal des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV ist ein weiterer kurdischer Jugendlicher mit Namen Xeyrî Berces Cindo am Sonntag seinen schweren Verletzungen in Damaskus erlegen. Xeyrî war diesen Monat von Hasakê nach Quteyfê in der Nähe von Damaskus gegangen, um seinen Militärdienst abzuleisten. Am Sonntag sei er von dem Offizier Ahid Himud mit vier weiteren kurdischen Jugendlichen gerufen worden. Himûd habe alle fünf mit Stöcken und Schlägen gefoltert, bis sie voller Blut waren. Xeyrî Berces Cindo, der Sohn eines Yesidischen Scheichs, wurde ins Krankenhaus gebracht. Als sein Vater ihn im Krankenhaus besuchte, sagte er ihm, der Offizier habe ihn so zugerichtet. Sonntag starb er an seinen Verletzungen.
Nach dem Ausbruch der antikurdischen Pogrome in Syrien vor zwei Wochen hat sich nun Amnesty International mit einer Eilaktion eingeschaltet. In Briefen an den syrischen Präsidenten Bashat al Assad soll auf eine humanitäre Behandlung der zahlreichen Verhafteten KurdInnen gedrängt werden. Nach Angaben von AI wurden während der Auseinandersetzungen 25 syrische Kurden getötet. Von zahlreichen Verhafteten, die meisten von ihnen StudentInnen der Universität Damaskus, gibt es bislang keinen Hinweis auf ihren Verbleib. Es wird befürchtet, dass sie in Haft gefoltert werden. *(DIHA, 24.3., QU, 25.3., ISKU)*

Meldungen

Wahlprognose für 3 Großstädte
In einer Wahlprognose nach einer repräsentativen Umfrage in den Städten Ankara, Izmir und Istanbul kommt die AKP auf ca. 60 % in Istanbul und Ankara, in Izmir wird sich die CHP klar durchsetzen mit über 50% der Stimmen. In Ankara werden dem Parteienbündnis ca 11% prognostiziert, in Istanbul um die 5 %; in Izmir wohl weniger. *(ÜÖG, 20.3., ISKU)*

Polizei missachtet Weisungen der Staatanwaltschaft
Die Kundgebung zum Gedenktag des Giftgasangriff auf Halepce am 16. März wurde von der Polizei mit Schlagstöcken und Pfeffergas angegriffen. Es kam zu zahlreichen Verletzten, die bis zu 25 Tagen arbeitsunfähig geschrieben werden mussten.
Als jetzt die Oberstaatsanwaltschaft, Klägerin gegen den Polizeieinsatz, schriftlich die Zustimmung gab, sich in der Kaserne der Bereitschaftspolizei zwecks Identifizierung beschuldigter Polizisten mit Anwälten zu erkundigen, wurde von der Verwaltung der Kaserne mit erneuter Festnahme gedroht. Auch beim zweiten Versuch - diesmal nach Anruf der Staatsanwaltschaft - erhielten sie keine Möglichkeit zur Identifizierung. *(ÜÖG, 20.3., ISKU)*

Freilassung nach 7 mal lebenslänglich
Haluk Kirci, der wegen der Ermordung von 7 Studenten bei einem Bombenanschlag in Ankara 1978, zur Todesstrafe - umgewandelt in 7mal lebenslänglich - verurteilt wurde, ist jetzt "aus Gesundheitsgründen" vom Militärdienst freigestellt, und in Freiheit entlassen worden. *(ÜÖG, 20.3., ISKU)*

Prozess gegen MED TV vertagt
Der Prozess in Belgien gegen den Fernsehsender MED TV, der derzeit geschlossen ist, wurde auf den 17. September vertagt. Gestern kam das fragwürdige Vorgehen der belgischen Polizei vor der Anklage zur Sprache; Es soll für Informationen Geld gezahlt worden sein. *(ÜÖG, 19.3., ISKU)*

Beritanî: Wir sind nicht der AKP beigetreten
Der Vorsitzende der Vertretung des kurdischen Stammes der Beritani, Fazil Yazici sagte gegenüber der regionalen Presse in Çewlik (Bingöl) in einer schriftlichen Erklärung, die Behauptung, der Beritan Stamm hätte sich der AKP angeschlossen sei eine Lüge. Yazici gab bekannt, am 9. März habe eine Versammlung mit Vertretern

Murat Karayilan zur Entwicklung der kurdischen Bewegung

Die PKK wird neu aufgebaut

Der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Kongra Gel, Murat Karayilan erklärte, dass ein Komitee mit dem Aufbau einer neuen Partei ihre Arbeit aufgenommen habe. Außerdem erklärte Karayilan, dass Osman Öcalan und andere Mitglieder des Kongra-Gel, die sich einige Zeit außerhalb des Meder-Verteidigungsgebietes aufgehalten hätten, zurückgekommen wären.

Nach Murat Karayilan hat sich ein Komitee gebildet, das eine neue PKK auf der Grundlage und der Perspektiven Abdullah Öcalans aufbaut, seine Arbeit aufgenommen habe. "Die neue PKK wird voll und ganz nach demokratischen Maßstäben organisiert." Karayilan bewertete die Diskussionen über den Neuaufbau der PKK gegenüber der Nachrichtenagentur Mesopatamiya: "Die neue PKK wird zu Beginn die Verteidigungskräfte und die Bewegung der Freien Frau zur Grundlage haben und dann in der folgenden Zeit den Rahmen erweitern."

Karayilan sagte über das Verfahren des Neuaufbaus der PKK, diese könne nicht auf der Basis der alten Paradigmen aufgebaut werden: "Sie wird nicht wie vorher alles an sich binden. Es werden demokratische Maßstäbe zur Grundlage genommen. Der Ideologie wird eine große Bedeutung beigemessen werden, so dass sie als eine ideologisch, philosophische Bewegung angesehen werden kann. Ihren Platz kann sie sowohl im Kongra-Gel als auch außerhalb finden. Sie wird in Kurdistan und der Türkei, die ideologische Arbeit der APOCÎs [Apoisten] und die Philosophie vorantreiben und was Kunst, Kultur und Literatur betrifft wegweisend sein."

Karayilan sagte, man werde sich mit dem Aufbau Zeit lassen und sie Schritt für Schritt entwickeln. Im Moment sei man mit den Vorbereitungen beschäftigt. Als erstes werden wir ihr Programm vorbereiten und dieses in der Diskussionen weiterentwickeln. Zunächst wird die Arbeit von den Verteidigungskräften und der Bewegung der Freien Frau durchgeführt, später dann wird der Rahmen erweitert. Die Arbeit wird auf der Grundlage und der Perspektive Abdullah Öcalans durchgeführt werden."

Über die Spekulationen zur Spaltung der Bewegung sagte Karayilan: "Ich habe vorher schon gesagt, die Bewegung der APOCÎs lässt sich nicht spalten. Während des Aufbaus des Kongra-Gel und auch dannach gab es viele Diskussionen. In diesem Rahmen wurden die Aufgaben einiger FreundInnen eingefroren.

Von einigen Seiten insbesondere von der Seite des Spezialkrieges wurde dies als eine Spaltung auf die Tagesordnung gebracht. Wir sind eine demokratische Bewegung. Bei uns gibt es Diskussionen. Aber diese führen nicht zur Spaltung."

Über die Spekulationen um Osman Öcalan sagte er: "In der letzten Zeit wurden einige unserer Freunde Thema von Spekulationen, eine Zeitlang betraf das auch den Genossen Ferhat [Osman Öcalan], der sich mit einigen anderen außerhalb des Meder-Verteidigungsgebietes aufgehalten hat. Diese Freunde sind jetzt in das Gebiet, dass sich unter der Kontrolle der Guerilla befindet, zurückgekehrt. In diesem Zusammenhang haben wir bei dem Neuaufbau der PKK auch mit den Arbeiten für die Lösung der inneren Probleme begonnen."

Der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Kongra-Gels, Murat Karayilan erklärte, dass sie die inneren Probleme mit Kritik und Selbstkritik lösen werden: "Die Bewegung des APOCÎs wird ihre inneren Fragen lösen. Wir werden untereinander diskutieren. Aber natürlich wird es keine Spaltung der Bewegung geben. Wir werden mit der Praxis von Kritik und Selbstkritik die APOCÎs noch stärker machen."

Karayilan:`Der 28 März wird ein neues Kapitel für die Türkei eröffnen'

Die Wahlen am 28. März in der Türkei werden nach Karayilan ein neues Kapitel eröffnen. Die AKP Regierung wolle die Türkei unter ihre Kontrolle bringen und bringen sie dadurch in große Gefahr.

Karayilan rief das kurdische Volk auf, ihren Ärger beiseite zu lassen und seine Stimmen dem demokratischen Wahlbündnis zu geben. "Sicher ist für die Wahlen die Kandidatur wichtig, besonders bei den Regionalwahlen. Bei der Auswahl der KandidatInnen wurden Fehler gemacht. Doch dürfen Fehler nicht mit Fehlern angegangen werden. Da gibt es noch viel Unprofessionalität. Man muss jedoch wissen, dass die Stimmen, die an die anderen Parteien vergeben werden, wie Bomben und Geschosse auf die KurdInnen und die DemokratInnen zurückkehren werden."

Karayilan erinnerte die Intellektuellen und KünstlerInnen ihrer Verantwortung bei den Wahlen: "Wenn die Künstler und Intellektuellen sich verantwortlich an die Wahlen annähern, werden sie die AKP in große Gefahr bringen. Daher wollen wir, dass alle Intellektuellen, KünstlerInnen und UnterstützerInnen der Demokratie, des Friedens und der Freiheit die Realität sehen. Die AKP hält am Krieg fest. Wir wollen keinen Krieg. Wenn sie uns angreifen werden, werden wir uns im Rahmen der Selbstverteidigung wehren. Wir sind die Unterstützer einer Lösung, doch die Politik der AKP wird Krieg bringen. Alle Stimmen, die außerhalb des demokratischen Wahlbündnisses abgegeben werden, werden wie Bomben und Kugeln auf das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte zurückschlagen. Daher rufen wir alle UnterstützerInnen des Friedens, der Demokratie und der Freiheit auf, ihre Stimme den demokratischen Kräften zu geben."

(RO, 25.3., ISKU)

Istanbul: Demonstration zum Jahrestag des Irak-Krieges

Zum ersten Jahrestag des Beginns des Irakkrieges kamen in Istanbul das Komitee und die Koordination gegen den Krieg zusammen um zu protestieren. Die KriegsgegnerInnen verurteilten erneut den Angriff der USA und verlangten Freiheit für die Völker des Mittleren Ostens. Die Erklärungen der KriegsgegnerInnen wurden von KünsterInnen verlesen. Zu der Versammlung, die im Taksim Park stattfand, hatte die ‚Koordination gegen die Besetzung des Irak', das ‚Komitee gegen die Besatzung' und die ‚Koalition für Frieden und Globales Recht' aufgerufen. Dem Aufruf gefolgt waren MenschenrechtlerInnen, die Volkshäuser, Feministische Frauen, die Konföderation und Gewerkschaften der Werktätigen und ArbeiterInnnen, die sozialistischen JournalistInnen, die Parteien EMEP, SDP, ESP, EHP, TKP, VertreterInnen verschiedenster Organisationen und viele KünstlerInnen. Zu Beginn der Veranstaltung fand eine Schweigeminute im Gedenken an die Kriegsopfer statt. Die Erklärungen wurden von den Künstlern Mehmet Alî Alabora und Gorkem Yeltan verlesen.

Alabora und Yeltan sagten, am 20. März letzten Jahres wären Kinder, Alte, Jugendliche, Kranke, alle von der Stimme des Krieges geweckt worden. Tausende IrakerInnen verstehen bis heute nicht, wofür sie ihr Leben lassen müssen. "Wo sind die Waffen, die Irak versteckt haben soll? Es gibt sie nicht. Nur bei den USA finden wir solche Waffen."

Sie erklärten, tausende Kinder seien im Irak für das Öl getötet worden. "Die AKP Regierung und die Imperialisten Blair und Bush und die Besitzer der Konzerne haben gegen das Volk gehandelt., daher sagen wir: "Nein zur NATO, nein zu Bush." Parolen wurden gerufen, wie "Mörder USA, Helfer AKP". *(DIHA, 20.3., ISKU)*

der AKP und dem Stamm stattgefunden. Von Seiten der AKP seien Probleme des Parlaments von Çewlik durch ihren Abgeordneten Fevzî Berdîbek angesprochen worden. Yazici erklärte: "Wir haben nicht gesagt, dass wir unsere Stimme der AKP geben werden." Yazici sagte, er wolle nicht, dass das Treffen mit den Parteien falsch verstanden werde.

(DIHA, 20.3., ISKU)

Aktion "Rote Karte für Gewalt gegen Frauen" verboten

Breiten Protest erntete ein Verbot der Aktion "Rote Karte für Gewalt gegen Frauen" des Gouverneurs von Diyarbakir. Das Verbot wurde mit dem Wahlkampf-Gesetz begründet. Die Aktion "Rote Karte für Gewalt gegen Frauen", gesponsert von Turkcell, Betreiber von Telekomeinrichtungen, sollte vor dem Fussballspiel Diyarbakir gegen Besiktas stattfinden.

(ÜÖG, 19.3., ISKU)

3.000 bei Eröffnung von Kurdisch-Kurs in Van

Nach Batman und Sanli Urfa wurde in Van die dritte Einrichtung für Kurdisch-Kurse mit einer Kapazität von 146 Personen eröffnet. An der Eröffnungsfeier beteiligten sich 3.000 Menschen.

(IP/RA, 21.3., ISKU)

Europa Parlament berät Türkei Bericht

Im außenpolitischen Ausschuß des Europa Parlaments wurde der Entwurf eines neuen Türkei Berichtes beraten. Der Bericht erkennt den Reformwillen der türkischen Regierung trotz massiver Opposition an, kommt jedoch zu dem Schluß, dass das Land nach wie vor die Kopenhagener Kriterien nicht erfülle. Probleme bestünden insbesondere in der politischen Rolle des Militärs sowie bei der Umsetzung der eingeleiteten Reformen.

(IP/ZA, 17.3., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RO	Rojev.com
QU	Quamislo.com
ÜÖG	Ülkede Özgür Gündem
IP	Istanbul Post
RA	Radikal
ZA	Zaman

Nûce

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 149
2. April 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kommunalwahlen verliefen zugunsten der Oligarchie

Rechter Wahlsieg - mit allen Mitteln

Duran Kalkan, Mitglied des Vorstandes des Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan) gab im kurdischen Fernsehsender ROJ TV eine Einschätzung der Kommunalwahlen ab.
"Die AKP war erfolgreich, das sieht jeder so. Die CHP aber war nicht Opposition, sondern hat die AKP gestärkt. Dies wurde diesmal noch klarer. Auf der Rechten gab ein teilweise eine Einheit in Form der AKP, aber einige Kräfte wurden auch in der Hinterhand gehalten. Für die AKP hatte es noch bessere Prognosen gegeben, das ist nicht eingetreten. Man hatte Pläne mit der AKP. Einige Mächte im In- und Ausland versuchten, sie als DIE Partei der Türkei zu lancieren. Die AKP sollte einen Wahlerfolg haben. Entsprechend wurde sie unterstützt. Das läuft seit Monaten. Für diese Rolle wurde die AKP schon vor den Parlamentswahlen vom November 2002 vorbereitet. Im Grunde gab es einen oligarchischen Wahlblock."

"Alle Interessengruppen im In- und Ausland unterstützten die AKP. Insbesondere in Kurdistan war das sehr konkret. Denn das war die Zielregion der demokratischen Allianz. Die Mächte, die die Kontrolle über Kurdistan behalten wollen, haben getan, was sie konnten. Es gab einen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Plan für die Wahlen in Kurdistan. Es wurden so viele Waren verteilt, dass man von Stimmenkauf sprechen kann. Selbst Mehmet Agar sagte, dass viel Geld fließt."

Kalkan betonte, bei den Wahlen seien die rechten Kräfte koordiniert worden, außerdem seien in Dörfern und kleinen Städten die Menschen offen bedroht worden, damit sie nicht für das demokratische Bündnis stimmen:
"In den kurdischen Provinzen wurden auch viele politische Methoden angewandt. Haupsächlich gab es eine Alllianz mit der AKP. Es wurde behauptet, dass in Batman und Mardin die Kandidatenlisten der AKP auf dem Weg zu den Wahlausschüssen gestohlen worden seien. Daher hätten sie nicht einmal Kandidaten gehabt. Das war eigentlich ein Plan. Die AKP hat sich dort zurückgezogen. Sie hat ihrem eigentlichen Erzfeind, der Saadet Partisi [Von N. Erbakan], das Feld überlassen. In Batman ist dies nicht aufgegangen. Überall konnte es nicht klappen. Im Gegenzug wurde in Siirt und Bingöl die AKP unterstützt. In Igdir wurde die MHP unterstützt. Es gab eine Stelle, die die Rechten Kräfte koordinierte. Dies ist ein Konzept. In allen kurdischen Provinzen konkurrierte das demokratische Wahlbündnis nur mit einer Partei, die durch die Oligarchie festgelegt worden war. In allen Provinzen wurde es auf zwei Parteien reduziert. Das war nicht zufällig so, sondern geplant. Auch militärisch gab es massiven Druck. Insbesondere in Dörfern und kleinen Städten gab es massiven Druck von Dorfschützern, Militär und Polizei. Sie bedrohte die Menschen offen, nicht für das Bündnis zu stimmen. Unter diesen Bedingungen fanden die Wahlen statt. Die Ergebnisse liegen auf der Hand. Es gibt ein sehr organisiertes Konzept, das muss man sehen. Das war keine gewöhnliche Situation. Insbesondere durch die AKP wurden gewissen Interessengruppen organisiert."

Kalkan bewertete die Atmosphäre um das Demokratische Wahlbündnis als positiv, kritisierte aber auch dessen Schwächen: "Sie hätten ein besseres Ergebnis erzielen können. Das Potential dafür war da. Man hat so getan, als bestünde Chancengleichheit zwischen den Parteien und sich entsprechend wenig angestrengt. Dabei war es ein Rennen zwischen dem Staat und dem Wahlbündnis. Die Staatsführung hat sich so ins Zeug gelegt, dass dagegen das Wahlbündnis blass blieb. Man hätte sich mit einem breiten Demokratieprogramm besser vorbereiten müssen. Sie hätten alle demokratischen Kräfte ins Boot holen können. Insofern hat man sich selbst eingeengt. Es gab auch Schwächen im Wahlkampf. In der Westtürkei lief der Wahlkampf sehr schleppend. Es heißt, in manchen Provinzen habe es nicht einmal Kandidaten gegeben. Auch in den kurdischen Provinzen war die Arbeitsweise nicht sehr gründlich. Wie ein Grüßen im Vorbeigehen. Dabei hätte man Wahlkampfbüros eröffnen und von Haus zu Haus, von Mensch zu Mensch gehen können, sozusagen Wahl-Hauptquartiere errichten können. Auch in der Programmatik gab es Schwächen. Bei Kommunalwahlen muss man konkrete Projekte präsentieren. Man hätte ein Projekt zur Kommunalverwaltung, das die konkreten Forderungen des Volkes berücksichtigt, präsentieren müssen. Stattdessen wurde allgemein, trocken und ideologisch geredet. Das hat nicht gereicht. Das entsprach nicht den Erwartungen des Volkes und wirkte nicht mobilisierend."

Kalkan äußerte sich auch über die Neustrukturierung der DEHAP und die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Kandidatenkür:
"Von Anfang an hat sich die DEHAP selber eingeengt. Die Neustrukturierung der DEHAP griff zu kurz. Das hat man bei der Kandidatenauswahl gesehen. Es ist ihr nicht gelungen, die demokratischen Kräfte der Türkei besser einzubeziehen. Sowohl für Türken als auch für Kurden hat sie sich nicht geöffnet. Die Öffnung zur Türkei hin ist nur eine Parole geblieben. Es ist ihr auch nicht gelungen, ihre Geschichte zu erklären. In Provinzen wie Van gab es einige Personen, die es ihnen schwer gemacht haben. Das heißt nicht, dass man sich nicht bemüht hätte. Aber Freiheit und Gleichheit sind in der Praxis nicht verwirklicht worden. Die eigene Vergangenheit wurde nicht so analysiert, dass es dem Volk Vertrauen eingeflößt hätte. Als treibende Kraft des Wahlbündnisses hätte sie aktiver sein müssen."

Kalkan schloss mit einem Appell für eine Fortsetzung des Bündnisses: "Die Diskussionen, ob solch ein Bündnis notwendig ist, sind sinnlos. Ein Demokratisches Bündnis ist so notwendig wie die Luft zum Atmen. Es ist vor Wahlen notwendig, und es ist nach Wahlen notwendig. Es besteht Bedarf nach einem Zusammenschluss der Kräfte, der alle Parteien umfasst, so eine Demokratisierung der Türkei garantiert und eine Struktur schafft, die in der Lage ist, gegen die Organisierung der Oligarchie kämpfen. Man muss mehr Spektren umfasssen. Das lädt allen demokratischen Kräften eine große Verantwortung auf. Es ist zwingend notwendig, das alle Gruppen ihre Neustrukturierung verstärkt fortsetzen. Wir glauben, dass sich auch die DEHAP sich nach diesen Ergebnissen intensiv analysieren, ihre Engstirnigkeit überwinden, und sich allen demokratischen Kräften in der Türkei öffnen muss. Das wird zu einer Verstärkung des Kampfes für Demokratie beitragen. So kann sie sich erneuern. Sie muss ihre Wunden verbinden und die Engstirnigkeit überwinden. Wir sind der Überzeugung, dass sie das mit mehr Verantwortungsbewusstsein, Lernfähigkeit und einer optimistischeren Haltung lösen kann. Wir glauben, dass sich jeder dementsprechend bemühen wird."

(DIHA, 31.3., ISKU)

Meldungen

Gesamtergebnis der türkischen Kommunalwahlen

AKP	41.92%
CHP	18.01%
MHP	10.76%
DYP	9.63%
SHP	4.97%
SP	4.07%
GP	2.68%

(SE, 29.3., ISKU)

Gesiegt – vor Freude Herzstillstand
Ramazan Sahin, Mitglied der faschistischen MHP, bekam in der Gemeinde Mahzeniya Akçakent , die zu Kirsehire gehört, 650 von 1300 Stimmen und hatte damit die Wahl gewonnen. Vor Freude bekam Sahin einen Herzanfall und verstarb.
(DIHA, 29.3., ISKU)

DHKP-C-Guerilla beerdigt
Hidir Demîr und zwei seiner Genossen waren bei einer Auseinandersetzung mit der türkischen Armee gefallen. Am Dienstag wurde die Leiche Demirs beerdigt. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (ÎHD) Cafer Demîr, Verteter des Vereins für Grundrechte und Freiheit von Elezîz (Elazig) und Dêrsim (Tunceli) und ca. 350 weitere Personen nahmen teil. Bei der Feier wurden kurdische Lieder gesungen und Parolen gerufen, wie ‚Hidir ist nicht tot'. Rote Fahnen wurden hochgehalten. *(DIHA, 31.3., ISKU)*

Immer noch 2000 Kurden in Syrien in Haft
2000 Kurden die im Zusammenhang mit den Ereignissen am 12. März in Syrien verhaftet worden waren, sind immer noch nicht freigelassen worden. Der Vorsitzende der Partei für den demokratischen Fortschritt, Abdulazîz Davud, erklärte, dass die Sprecher der syrischen Regierung, die sich in den letzten Tagen mit Vertretern der KurdInnen getroffen haben, damit gedroht haben, die Gefangenen unnachgiebig zu behandeln. "Die Sicherheitskräfte könnten mit Führern der Friedensbewegung dieses Problem lösen, aber ihre Haltung ist unnachgiebig." Sprecher des syrischen Staates gaben vergangene Woche bekannt, dass 600 Personen freigelassen wurden.
(DIHA, 30.3., ISKU)

Im Todesfasten verlor der 110 Mensch sein Leben
Ein Gefangener mit dem Namen Umit Gönger, der im Staatskrankenhaus von Bayrampasa behandelt wurde, hat sein Leben verloren. Mit Gönger hat der 110.

Besuch bei Öcalan - Prozess am 9.6.

Der führende kurdische Politiker Abdullah Öcalan betonte, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ihn bei dem am 9. Juni beginnenden Prozess auf jeden Fall anhören müsse: "Wenn mich das Gericht nicht anhört, stufe ich das Gericht als Teil des Spiels ein."

Öcalan konnte das wöchentliche Anwaltsgespräch mit seinen englischen Anwälten Tim Otty, Mark Muller sowie Irfan Dündar wie vorgesehen durchfühen.

Irfan Dündar erklärte gegenüber DIHA, Öcalan habe über eine Verschlimmerung der Schleimbildung im Hals geklagt, die ihm seit 1,5 Jahren Beschwerden verursache. Er habe eine Analyse dieses Sekrets verlangt.

Hauptsächlich sei bei dem Gespräch der am 9. Juni beginnende Prozess erörtert worden. Zum Inhalt erklärte Dündar: "Öcalan betonte im Zusammenhang mit dem Prozess drei Punkte. Wir diskutierten über das Urteil bezüglich der ersten Kammer und gingen nochmals detailliert den Ablauf der Entführung durch. Öcalan erklärte, in Zusammenhang mit der Entführung seien neue Details bekannt geworden und erläuterte dies. Er betonte, es sei wichtig, dass er bei dem Verfahren am 9. Juni angehört werde und forderte nochmals, das einzurichten. Er betonte, es gebe bisher verborgene Tatsachen, die nicht enthüllt würden, wenn er nicht gehört werde. Wörtlich sagte er: Wenn mich das Gericht nicht anhört, werte ich das Gericht als Teil des Spiels." *(DIHA, 31.3., ISKU)*

Zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei Kommunalwahl in der Türkei

Soldaten zählten Stimmen aus

Der Kandidat der SHP für Kiraç, Ferhat Tunç gab mit mehr als tausend Menschen eine Presseerklärung vor dem SHP Gebäude in Kiraç ab.

Tunç sagte, schon vor der Wahl sei der Innenminister Abdulkadîr Aksu in einer Woche zweimal nach Kiraç gekommen sei und habe Drohungen ausgesprochen: "Wenn ihr Ferhat Tunç wählt, werde ich euere Häuser zerstören".

Tunç fuhr fort: " In Kiraç sind von 80 Urnen 72 in einer Stunde ausgezählt worden. Nach den gezählten Stimmen war die SHP mit 180 Stimmen vorne. Jedoch acht Urnen waren übrig, diese wurden nach drei Stunden geholt und die Stimmen dieser Urnen bekam die AKP. Was doch sehr merkwürdig ist, dass in den Urnen der AKP alles Stimmen der Alewiten sein sollen. Wer hat bisher jemals gehört, dass Alewiten ihre Stimmen der AKP geben."



Istanbul: Protest gegen Wahlfälschung (Foto: DIHA)

Tunç erklärte, dass ihre Zeugen von Soldaten von dem Ort, wo die Stimmen gezählt wurden herausgeholt wurden. "Soldaten kamen in die Korridore der Schulen, wo die Stimmen gezählt wurden, holten unsere Zeugen heraus und Soldaten begannen zu zählen."

Tunç fuhr fort: "Das Volk von Kiraç wurde beraubt. Was hatte Abdulkadîr Aksu in einer kleinen Gemeinde wie Kiraç zweimal in einer Woche zu tun? Die Armee und die AKP haben sich zusammengetan und das Volk von Kiraç beraubt."

Tunç kritisierte auch die Presse und sagte, eine Presse mit Schulterklappen habe diese Wahlpolitik des Staates in Szene gesetzt. "Wir wollen unser Recht auf demokratische Weise erlangen und werden bis zuletzt gegen dieses Unrecht kämpfen. Wenn die Türkei das nicht lösen kann, gehen wir vor den Menschenrechtsgerichtshof. Das Demokratischen Bündnis ist jetzt und in Zukunft die Stimme des Volkes:"

Tunç erklärte, 1080 Stimmen der SHP wären unterschlagen worden. Sie hätte mit 80 Stimmen die Wahl verloren. Weil an vielen Orten die Zeugen von Soldaten von den Urnen geholt wurden, gibt es niemanden, der widersprechen kann. Der Zeuge der SHP, Mahir Yavuz erklärt, 2450 Stimmen waren nicht gezählt, als er herausmusste, auch die SHP-Zeugen Ali Tatli und Elif Kara sagten sie wurden mit Gewalt von den Urnen weggebracht.

Die Bevölkerung versammelte sich beim Gebäude der SHP und rief: "Ferhat ist unser Vorsitzender".

Stimmzettel im Müll

Auch aus zahlreichen anderen Gebieten der Türkei häufen sich die Berichte über unregelmäßigkeiten bei der Kommunalwahl. So wurden in der Gemeinde Dilovasi, die zu Gebze gehört, abgegebene Stimmzettel verbrannt im Müll gefunden.

Nach dem Bekanntwerden dieser Ereignisse gab es viele Diskussionen in der Türkei und auch in Dilovasi. Abends um 23.00 Uhr hatten Kinder Feuer gesehen und Erwachsene informiert. Die Bewohner der Gemeinde gingen zum Müllplatz der Schule, wo sie die Stimmzettel fanden. Die Einwohner des Ortes forderten Neuwahlen.

Der Kandidat der SHP von Dilovasi, Husamettin Özsubasi erklärte, die Urnen seinen um 24.00 Uhr geöffnet worden, die Verbrennung der Stimmen müsse danach stattgefunden haben: "Die Wahlen in Dilovasi fanden nicht in einer demokratischen Umgebung statt, am Abend wurden in drei Schulen Mülltonen verbrannt. In einer dieser wurden angekohlte Stimmzettel gefunden., die anderen sind nur noch Asche. Wir selbst haben ungewöhnlich wenig Stimmen bekommen." Özsubasi erklärte, man werde den Rechtsweg beschreiten und sich an die Wahlkommission wenden.

Auch in Sêrt (Siirt) wurde Widerspruch gegen das Wahlergebnis eingelegt. Nach Angaben des SHP-Vorsitzendem von Sêrt, Erdal Koyuncu, seien Wähler dazu gezwungen worden, offen zu wählen und ihre Stimme der AKP zu geben. Er sagte, bewaffnete Sicherheitskräfte hätten sich in den Wahllokalen aufgehalten. Er habe diese Informationen überprüft. Koyuncu erklärte die Ereignisse müssen rückhaltlos aufgeklärt werden.

(DIHA, 30.-31.3., ISKU)

Europaweite Repressionswelle

In einer offenbar koordinierten Aktion haben Repressionsorgane in der Türkei sowie in den Niederlanden, Belgien, Italien und Deutschland Büros und Wohnungen gestürmt. Nach Angaben der Europavertretung der Zeitschrift Ekemek ve Adalet waren von den Durchsuchungen unter anderem die Büros des Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes), der Gefangenenhilfsorganisation TAYAD sowie zahlreicher weiterer demokratischer und linker Vereine betroffen. Die italienische Nachrichtenagentur ANSA berichtet unter Berufung auf das türkische Innenministerium von insgesamt 41 Verhafteten. Ihnen wird die Unterstützung der DHKP/C vorgeworfen, die wie zahlreiche weitere Organisationen auf der sogenannten "EU-Terrorliste" aufgeführt ist. *(EvA, 1.4., ISKU)*

Gefangene im Todesfasten sein Leben verloren. Der Verein zur Unterstützung der Familien der Gefangenen(TAYAD) erklärte, Umut Gönger war aus Protest gegen die F-Typ Gefängnisse mit der 9. Gruppe ins Todesfasten eingetreten. Nach der Operation vom 19. Dezember setzte er seine Aktion im F-Typ Gefängnis Tekirdag fort. Gönger wurde zwangsernährt und setzte seine Aktion danach fort, erneut wurde er mit Gewalt ins Staatskrankenhaus gebracht. Um gegen die Zensur und die Zwangsernährung zu protestieren zündete er sich selbst an. Heute morgen um 09:30 verlor er sein Leben.

(DIHA, 31.3., ISKU)

TRT-Vorstand leistet Widerstand gegen Sendungen in kurdischer Sprache

Nachrichten von NTV zufolge soll der neue TRT-Generaldirektor Senol Demiröz Probleme haben, den Vorstand zur Aufnahme von Sendungen auch in anderen Sprachen als Türkisch zu bewegen. Als Alternative wird nun seitens der Aufsichtsbehörde für Fernsehen und Radio (RTÜK) überlegt, ob zur Aufnahme von solchen Sendungen an private Fernsehsender herangetreten werden solle. *(IP, 26.3., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
SE	secim2004.com
EvA	Ekmek ve Adalet
IP	Istanbulpost.net

Termine:

Festempfang zum 10. Gründungstag des Kurdischen Instituts

Anlässlich des 10. Gründungstages des Kurdischen Instituts Berlin findet am 22. April 2004 ab 17 Uhr im Gebäude des Instituts, Brandenburgische Str. 38, ein Empfang statt. Gleichzeitig wird dort eine Ausstellung von Werken des verstorbenen Malers Kurday eröffnet. FreundInnen des Instituts und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Das Kurdische Institut in Berlin forscht und publiziert seit 10 Jahren zu Themen aus kurdischer Sprache, Kultur und Geschichte.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 150
9. April 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

EU erklärt KONGRA-GEL zur "terroristischen Organisation"

Scharfe Reaktion auf EU-Liste

Der Volkskongress Kurdistan (Kongra-Gel) bezeichnete seine Aufnahme in die Liste der terroristischen Organisationen von Seiten der Europäischen Union als Aufstachelung zum Krieg und erklärte, dass er dieses Spiel vereiteln werde. Der Vorsitzende des Kongra-Gel, Zübeyir Aydar, unterstrich heute in einem MHA-Exklusivinterview, die Kurdische Frage sei einem Kuhhandel über Zypern geopfert worden. Aydar machte auch darauf aufmerksam, dass die EU in der Kurdenfrage mit zweierlei Maßstäben messe und erklärte, der Beschluss werde "weder der Türkei, noch der Europäischen Union, nocht dem Mittleren Osten, noch Kurdistan nutzen."
Aydar sagte, mit einer Trennung in "gute Kurden" und "schlechte Kurden" könne man das Problem nicht lösen: "Die Lösung besteht in der Anerkennung des gesamten Willens des kurdischen Volkes als ganzem." Lösungswege zu versperren werde zu Instabilität in der Region führen, warnte er.

Der Zypern-Kuhhandel
"Dass die EU den Kongra-Gel auf die Terrorismus-Liste gesetzt hat, ist ein unbegründeter, ungerechter Schritt und entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Er stellt ausschließlich ein Produkt der interessensgeleiteten Politik der EU in der Region dar," kritisierte Aydar.
Aydar erklärte: "Es ist inakzeptabel, das kurdische Volk zum Opfer des Kuhhandels über Zypern zu machen. Um beim Thema Zypern der Türkei Zugeständnisse abzuringen, werden die Kurden zur Verhandlungsmasse und unser Name erscheint auf der Liste. Das ist völlig unannehmbar. Uns zusammen mit Organisationen auf diese Liste zu setzen, die jeden Tag zig Menschen töten und ohne Unterscheidung der Ziele Massaker an Zivilisten verüben, ist eine Beleidigung für das kurdische Volk. Wir werden diese Beleidigung nicht akzeptieren, wir werden immer gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung in jeder Weise Widerstand leisten. Wir sind eine Freiheitsbewegung und arbeiten für die Freiheit unseres Volkes. Unsere Aktivitäten in allen Bereichen werden mit unverminderter Geschwindigkeit weitergehen. Dafür brauchen wir keine Zustimmung von irgendeiner Stelle."

"Wir werden dieses Spiel vereiteln"
Der Kongra-Gel-Vorsitzende Aydar betonte, man werde dieses Spiel vereiteln und rief das Volk Kurdistans dazu auf, "auf allen Ebenen wachsam gegenüber solchen Spielen zu sein und seine Reaktionen dagegen überall zum Ausdruck zu bringen." Aydar rief dazu auf, überall gegen die Haltung der EU zu protestieren und sagte: "Der Kongra-Gel ist eine Volksbewegung und stützt sich auf das Volk. Wir als Volk werden politisch und juristisch dagegen vorgehen, unsere Ablehnung zum Ausdruck bringen, kämpfen. Niemand wird uns von dem Weg, den wir als richtig erkannt haben, abbringen können."
Aydar führte auch aus, dass der Kongra-Gel nicht die Fortsetzung der PKK sei. "Menschen wie wir und viele andere, die sich am Befreiungskampf in Kurdistan beteiligen, haben sich zusammengeschlossen und den Kongra-Gel gebildet. Wir sind eine zivile, demokratische Bewegung. Wir arbeiten für eine friedliche, demokratische und politische Lösung des Kurdistan-Problems. Uns mit ungerechtfertigten Zuschreibungen auf diese Liste zu setzen, bedeutet, zu einem Krieg in Kurdistan anzustacheln. Es bedeutet, keine Lösung für die Region zu wollen. Es bedeutet, uns zum Krieg, das kurdische Volk zur Gewalt zu drängen."

"Wir werden den Kampf auf jeder Ebenen ausweiten"
Aydar betonte, seine Bewegung könne sich nicht an den anderslautenden Zuschreibungen dieses oder jenen Landes orientieren. "Wir werden das tun, was für unser Volk nötig ist. Unser Volk kann in dieser Hinsicht beruhigt sein: Der Kampf wird auf allen Ebenen ausgeweitet und fortgesetzt werden und bis zur Befreiung weitergehen," hieß es in seiner Erklärung.
Man werde sich gegen ungerechte Praktiken und Zuschreibungen auf allen Ebenen verteidigen, unterstrich Aydar. "Wenn man sich ansieht, welche Menschen sich an der Leitung des Kongra-Gel beteiligen, wird man sehen, wie unangemessen und ungerecht dieser Beschluss ist. Wir machen Politik auf mindestens ebenso legitime Art und Weise wie diejenigen, die ihre Unterschrift unter diesen Beschluss gesetzt haben. Wir bewegen uns auf legitimem Terrain. Diesem Beschluss sollte niemand zuviel Wert beimessen."

Europaweite Proteste
In den skandinavischen Ländern, in Griechenland und Frankreich protestierten Kurden mit Faxsendungen an die Aussenministerien gegen die Entscheidung, KONGRA-GEL auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen. In Marseille, Athen und weiteren griechischen Städten fanden am Mittwoch Protestdemonstrationen statt. In Stockholm wurde für den 13. April eine Protestkundgebung vor dem Parlament angekündigt. Die schwedische Regierung soll damit aufgefordert werden, den Beschluss nochmals zu überprüfen. *(MHA, 5./7.4., ISKU)*

Presseerklärung des Kurdistan Nationalkongress

Die Entscheidung der Europäischen Union, den KONGRA-GEL (Volkskongress Kurdistan) auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen, bedeutet gegenüber dem kurdischen Volk eine enorme Ungerechtigkeit und ist ein Schlag gegen die Demokratie und die Menschenrechte. Gleichzeitig tritt man internationales und jeweiliges nationales Recht mit Füßen.
Es bedeutet ein großes Zugeständnis an des türkischen Staat, sich so gegen die Lösung der Problematik zu stellen, die 25 Millionen Kurden betrifft. Für das kleine Zypern versucht Europa alle Mittel und Wege, aber für jegliche nationale und demokratische Forderungen des 40 Millionen umfassenden kurdischen Volks gelten offenbar andere Maßstäbe. Keinem anderen Volk gegenüber, dem die demokratischen und nationalen Rechte aus der Hand genommen wurden, verhält man sich so.
Daher verurteilen wir als Kurdistan Nationalkongress (KNK) diese himmelschreiend ungerechte Entscheidung und fordern, dass sie unverzüglich überprüft und aufgehoben wird. Unser Volk rufen wir auf: „Den KONGRA-GEL auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen, ist eine Beleidigung gegen Euch alle. Wir wissen, dass ihr zu diesem Beschluss nicht schweigen werdet. Wir sind sicher, dass ihr die notwendigen demokratischen Reaktionen und eure Stimme jedem zu Gehör bringen werdet."

Hochachtungsvoll

Exekutivrat des KNK

Meldungen

Dutzende Festnahmen in Siirt
Im Stadtteil Ulus/Siirt wurden bei Hausdurchsuchungen Dutzende Jugendliche festgenommen. Nach einer Demonstration gegen die Aufnahme von "KONGRA-GEL" auf die EU-Liste "terroristischer Organisationen", begann die Polizei eine Razzia im Stadtteil. *(DIHA, 5.4., ISKU)*

Dreitausend Menschen begannen mit Sitzaktion in Amarê
Etwa 3000 Menschen, wurden im Geburtsort von Abdullah Öcalan bei einer Sitzaktion von der Polizei und Soldaten mit Tränengasbomben angegriffen. Die Polizei schoss in die Luft.
Die TeilnehmerInnen der Aktion waren aus Anlass des Geburtstages Abdullah Öcalans aus verschiedenen Städten mit Bussen angereist. *(DIHA, 4.4., ISKU)*

Erneute Prozesse wegen kurdischer Lieder
In Diyarbakir wurde vor dem Staatssicherheitsgericht gegen 7 Personen ein Verfahren eröffnet. Ihnen wird das Singen kurdischer Lieder beim Kongress des Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (KESK) vorgeworfen.
Weil das örtliche ART-Fernsehen in Diyarbakir ein kurdisches Lied gesendet hatte, wurde das Fernsehen von der Aufsichtsbehörde RTÜK für einen Monat mit Sendeverbot belegt. *(DIHA, 1/7.4., ISKU)*

Kultur-Festivals in kurdischen Städten
Die Vorbereitungen der jährlichen Festival-Veranstaltungen in den kurdischen Städten haben jetzt in Tunceli begonnen.
Das Festival in Diyarbakir ist für die letzte Mai-Woche geplant. *(DIHA, 7.4., ISKU)*

Weitere Militäraktion der Türkei in Gabar-Bergen
Am Mittwoch startete die türkische Armee mit Truppen in ca. 30 Truppentransportern und weiteren Materialfahrzeugen eine Operation in den Gabar-Bergen in der Nähe von Sirnak. An der Operation sollen auch bis zu 100 "Dorfschützer" beteiligt sein. Lokale Quellen sprachen am Donnerstag von ersten Zusammenstößen mit Einheiten der Volksverteidigungskräfte. Angaben über Verluste liegen derzeit nicht vor. *(MHA, 7.4., ISKU)*

Türkei: Neues Asylgesetz in Vorbereitung
In Zusammenarbeit mit England und Dänemark befindet sich ein

Türkei wegen Menschenrechtsverletzungen zu hohen Strafen verurteilt

Die zwei Gesichter Europas

Während die europäische Politik in dieser Woche die Aufnahme des KONGRA-GEL in die berüchtigte "Liste terroristischer Organisationen" beschlossen und sich damit wieder einmal als völlig ignorant gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen in der Türkei und in Kurdistan gezeigt hat, kamen aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ganz andere Töne. In zwei Fällen wurde die Türkei am Dienstag zu Entschädigungszahlungen an die Opfer staatlicher Menschenrechtsverletzungen verurteilt.
So rügte das Straßburger Gericht eine Verurteilung des kurdischen Politikers Mehdi Zana in der Türkei zu zwei Jahren Haft wegen kritischer Äußerungen vor dem Europaparlament als Verstoß gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Außerdem werteten die Straßburger Richter das Verfahren vor einem so genannten Staatsicherheitsgericht als Verletzung des Rechts auf einen fairen Prozess. Sie wiesen die Regierung in Ankara an, dem 63-Jährigen 7.500 Euro Entschädigung zu zahlen.
Der frühere Bürgermeister der türkischen Stadt Diyarbakir und Ehemann der inhaftierten türkisch-kurdischen Politikerin Leyla Zana hatte im Oktober 1992 vor einem Ausschuss des Europaparlaments über die Zerstörung kurdischer Dörfer durch türkische Soldaten berichtet. Er warf der Türkei vor, die Kurden und ihre Kultur systematisch zu unterdrücken. Anschließend wurde er in der Türkei wegen "separatistischer Propaganda" zunächst zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. 1995 reduzierte ein Staatssicherheitsgericht diese Strafe auf zwei Jahre.
Nach Auffassung des Straßburger Gerichtshofs war das Strafmaß unangemessen, zumal sich Zana als "Akteur des politischen Lebens in der Türkei" geäußert habe. Das Verfahren rügte der Gerichtshof als parteiisch, weil damals in den türkischen Staatssicherheitsgerichten (DGM) Militärrichter vertreten waren.
Auch ohne die Militärrichter stehen die DGMs weiter in der Kritik. In einem am Montag von der türkischen Zeitung "Radikal" veröffentlichten Bericht der Europakomission wird unter anderem die Sitzordnung dieser Gerichte gerügt, die systematisch die Verteidigung benachteiligt. Richter und Staatsanwälte sitzen gemeinsam auf einer erhöhten Bank und teilen sich ein Besprechungszimmer - auch während der Urteilsberatung.
Von enem Staatssicherheitsgericht wurde 1994 auch Mehdi Zanas Frau Leyla wegen "Unterstützung der verbotenen bewaffneten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) "zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt. Aufgrund der Reformen in der Türkei, die einen Beitritt in die EU anstrebt, wurde der Prozess im vergangenen Jahr neu aufgerollt. Das Urteil soll am 21. April gefällt werden. Trotz wiederholter Appelle von Europarat und Europaparlament lehnte die türkische Justiz eine Haftverschonung für die 42 Jahre alte Kurdin ab.
Außerdem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei für gewaltsame Übergriffe türkischer Sicherheitskräfte 1993 im kurdischen Teil des Landes verurteilt. Wie das Gericht am Dienstag in Straßburg mitteilte, muss Ankara den 32 Klägern wegen zahlreicher Vergehen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention Entschädigungen von insgesamt rund 920.000 Euro bezahlen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und kann von beiden Seiten angefochten werden.
Die Kläger stammen aus einem Dorf im Südosten des Landes. Der Ort wurde 1993 von Sicherheitskräften beschossen, die dort Mitglieder der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK vermuteten. Dabei kamen zwei Kinder ums Leben. Die Beamten drangen in die Ortschaft ein, brannten Häuser nieder und nahmen fast alle Männer in Gefangenenschaft. Einer starb in Haft, ein weiterer wurde ohne Verfahren mehr als fünfeinhalb Jahre lang festgehalten.
(DS, 6.4., YA, 5.4., ISKU)

Massenverhaftungen in Syrien

Am 31. März sind, nach Informationen von Personen vor Ort, in Syrien erneut bis zu 300 Kurden festgenommen worden, mindestens ein Teil von ihnen wurde in Gefängnisse in Aleppo überführt. Bereits am 27.03.2003 wurden in Damaskus weitere 200 Personen festgenommen, darunter auch solche, die im Rahmen der Märzunruhen schon einmal inhaftiert und wieder freigelassen worden waren. Rund 160 weitere Personen wurden am selben Tag in Damaskus freigelassen. Derselben Quelle zufolge wurden in Qamishlo drei Hochzeitssäle zu Gefängnissen umfunktioniert, da alle regulären Haftanstalten überfüllt sind. Insgesamt werden noch um die 160 Personen vermisst, die zu Beginn der Auseinandersetzungen am 12. und 13. März in Qamishlo festgenommen wurden.
Darüber hinaus kursieren Gerüchte, dass Familien aus Qamishlo und dem Zoravaviertel in Damaskus von syrischen Sicherheitskräften an unbekannte Orte deportiert worden sind. Immer wieder wird von schwersten Folterungen berichtet: Elektroschocks, sexuelle Folter, Schläge und das Ausreißen von Fingernägeln. Unter den Gefolterten sollen selbst Kinder sein.
KNN (30.03.2004) berichtet darüber hinaus, daß die Sicherheitsbehörden wenige Stunden vor Ankunft einer Gruppe von Menschenrechtsaktivisten in Sere Kaniye das Militär nach außerhalb der Stadt verlegt haben, um so den Eindruck von Ruhe und Stabilität zu vermitteln. Unmittelbar nach Abreise der Gruppe seien die Soldaten in die Stadt zurückgekehrt. Auch in anderen kurdischen Städten ist die Armee nach wie vor präsent, den Informationen vor Ort zufolge werden zahlreiche Schulen zur Unterbringung von Militär und Geheimdienst genutzt.
(EZKS, 2.4., ISKU)

Kurdisch-Kurs in Wan eröffnet

Die private Kurdischschule von Wan (Van), deren Eröffnung in der ersten Instanz nicht genehmigt wurde, begann jetzt endlich mit 73 Schülerinnen und Schülern den Unterricht.
Die erste Kurdischstunde fand am Montag Abend statt. Die Schule hat sechs LehrerInnen, die am Kurdischen Institut Istanbul ausgebildet wurden. An der ersten Stunde nahmen 73 Personen teil, unter anderem Mesut Öztürk, der erste Kandidat der SHP bei den letzten Kommunalwahlen, außerdem VertreterInnen der DEHAP sowie Anwälte und Architekten.
Der Direktor der Kurdischlehrzentrums Wan, Hasan Güven sagte, dass der erste Schritt für die Realisierung eines jahrelangen Traumes gemacht wurde. Güven sagte, es ist ein glücklicherr Tag, da eine Sprache, deren Existenz über Jahre verleugnet wurde, jetzt in einem Kurs unterrichtet werde. Güven sagte, man habe das Ziel, dass Kurdisch auch in staatlichen Schulen unterrichtet werde.

Mesut Ozturk, der Spitzenkandidat der SHP bei der letzten Wahl, sagte: "Ich werde mein bestes geben, damit ich Kurdisch lerne und alles dafür tun, dass es überall gelernt wird. Ein Kurs ist nicht genug, Es gibt Massen, die Ausbildung in ihrer Muttersprache Kurdisch wollen. Daher ist die einzige Lösung, das Kurdisch eine weitere Ausbildungssprache an den staatlichen Schulen wird."
Ein anderer Teilnehmer der ersten Stunde war Ertugrul Cabuker, ein Anwalt aus Wan Bar. Er sagte: "Ich habe viele Schwierigkeiten, insbesondere bei der Ausübung meines Berufes. Dieser Kurs ist ein großer Schritt für die Türkei." *(DIHA, 6.4., ISKU)*

neues Flüchtlingsgesetz in Vorbereitung, das "europäischen Maßstäben" gerecht werden soll. Gemäß UN-Statistiken gehört die Türkei zu den Ländern mit der höchsten Aufnahme von Flüchtlingen und ist zugleich wichtiges Herkunfts- und Transitland für die internationale Migration. Das Projekt wird von der EU-Kommission mit 516.000 Euro unterstützt.
(ZA, 5.4., ISKU)

Entwurf für neues Pressegesetz ins Parlament eingebracht
Das neue Gesetz sieht vor, dass nun auch Ausländer Inhaber türkischer Medien werden dürfen. Die umstrittenen Geldstrafen bei Presserechtsverstößen von Lokalmedien sollen gesenkt werden. Die presserechtliche Verantwortung soll allein der Autor tragen, womit die bisherigen Problem aus der Mithaftung von Redakteuren und Herausgebern behoben werden sollen. Es bleiben aber weiterhin Einschränkungen der Pressefreiheit unter Verweis auf die "nationale Sicherheit" und "Staatsgeheimnisse". *(RA, 4.4., ISKU)*

Optimismus gestiegen
Einer von der Stiftung TESEV durchgeführten Meinungsumfrage zufolge, ist nach wie vor die Armee die staatliche Institution mit dem höchsten Vertrauen. Auffällig ist jedoch, dass insbesondere Regierung und Politiker gegenüber früheren Umfragen deutlich an Ansehen gewonnen haben. Hinsichtlich der Frage, ob sich im kommenden Jahr die wirtschaftliche Situation der eigenen Familie verbessern werde, antworteten 21 % der Befragten mit "Ja". Insgesamt gehen mehr als die Hälfte von einer absehbaren Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse aus. *(AS/IP, 1.4., ISKU)*

Quellen:

DIHA Dicle Nachrichtenagentur
MHA Mesopotamische Nachrichtenagentur
EZKS Europäisches Zentrum für kurdische Studien
IP Istanbulpost.net
AS Aksam
RA Radikal
ZA Zaman
DS Der Standard
YA Yahoo

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 151
16. April 2004

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkisches Militär erleidet hohe Verluste

Militäroperation in Kurdistan

Mehrere großangelegte Militäroperationen der türkischen Armee in Kurdistan sind im Laufe der Woche unter hohen Verlusten auf türkischer Seite beendet worden.
Schwerpunkt der Auseinandersetzungen war die Regionen Sirnex (Sirnak) und Dersim, wo mehrere tausend türkische Soldaten und Dorfschützer, unterstützt von F-16 Flugzeugen und Kampfhubschraubern versuchten, Einheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) anzugreifen und zu vernichten.
Der Einmarsch der Militäreinheiten begann am 5. April, erste Gefechte wurden am 6. April aus dem Dorf Basine gemeldet, wobei 1 Leutnant der türkischen Armee und 4 Dorfschützer ums Leben kamen. Bei diesem Gefecht wurde auch der HPG-Guerilla Firat Kocer (Sabri Cagli) getötet Insgesamt starben bei den Gefechten auf türkischer Seite 17 Soldaten, 1 Offizier und 4 Dorfschützer, 6 Soldaten und Dorfschützer wurden verletzt. Im Laufe der Operationen wurde ein Guerilla der HPG getötet und zwei gefangengenommen. Bei einem Gefecht in der Region Dersim am 13. April kamen auch zwei Angehörige der Maoist Komünist Partisi, Riza (Ahmet Laco) und Barbara (Sevda Yildiz) ums Leben.
Am Abend des 13. April begann die Armee mit dem Rückzug, nach Angaben von vor Ort scheinen die Auseinandersetzungen am Mittwoch beendet worden zu sein. Es gibt jedoch Augenzeugenberichte, nach denen am 14.4. im Gebiet um Mus eine neue Operation begonnen haben soll, über die jedoch derzeit keine näheren Informationen vorliegen.
In einer Erklärung verurteilte der Exekutivrat der HPG die Operationen und bewertete diese als Versuch der AKP-Regierung, trotz aller Friedensbemühungen der kurdischen Seite eine Vernichtungspolitik gegen die Guerilla mit internationaler Unterstützung durchzuführen. Die Regierung und das Militär der Türkei wurden ausdrücklich davor gewarnt, in Zukunft weiter auf diese Politik zu setzen. Auch der Oberbürgermeister von Amed (Diyarbakir), Osman Baydemir, verurteilte in einer Erklärung gegenüber DIHA die Operationen und machte deutlich, dass das kurdische Volk keine neuen Kämpfe will.
(DIHA/MHA, 10.-14.4., ISKU)

Namensvorschlag von Abdullah Öcalan an den Kongra-Gel:

Koma Gele Kurdistan

Am Mittwoch dieser Woche konnte Abdullah Öcalan seine Anwälte Devrim Baris Baran, Nuri Özmen, Okan Yildiz und Irfan Dündar im Sonderisolationsgefängnis auf der Insel imrali empfangen. Irfan Dündar berichtete, dass Abdullah Öcalan seinen 2.Teil der Verteidigung für den Europäischen Gerichtshof fertig hätte und bei ihnen abgeben konnte. Insgesamt besitzt die Verteidigung nun 395 Seiten, ist aber noch nicht vollständig. Die Anwälte berichteten, dass sie einen Antrag auf Anhörung ihres Mandanten beim Europäischen Gerichtshof gestellt haben. Öcalan würde durch seine Verteidiger dort vertreten sein.
Irfan Dündar gab Abdullah Öcalans Bewertung über die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 28. März wieder: "Herr Öcalan erklärte die Kommunalwahlen in der Türkei für undemokratische und führte als Beispiel den Fall Fadil Akgündüz an. [Fadil Akgündüz wurde nach den Wahlen im November 2002 wegen Korruption zu einer Gefängnisstrafe verurteilt] Jetzt wurde er extra zu den Wahlen entlassen, so dass er den Bürgermeisterkandidaten der AKP von Siirt unterstützen konnte. Dagegen sitzen Leyla Zana und Tausende unser Leute in Gefängnissen und werden nicht entlassen. Man benutze unredliche Leute und solche die das Volk bestehlen."
Öcalan entschuldigte sich beim kurdischen Volk, dass er zu Zeit in die Situationen nicht eingreifen und von Imrali aus wegen der strengen Isolationshaft nur Perspektiven aufzeigen könne. Gedanken die zur Auflösung der Organisation führen werden ein Ende haben. In der kommenden Zeit wird sich die Bewegung im Rahmen einer demokratischen Struktur neu entwickeln. Das Volk solle sich aktiv und mit großer Unterstützung am Neuaufbau beteiligen. Abdullah Öcalan schlug für den sich im Aufbau befindlichen Kongra-Gel einen neuen Namen vor: "KOMA GELE KURDISTAN". Unter dem Namen Koma [Zusammenschluss] haben sich in der Geschichte Kurdistans zum ersten mal die KurdInnen organisiert. *(DIHA, 14.4., ISKU)*

Proteste gegen EU in Riha und Mêrdîn

"Wir sind der KONGRA-GEL"

Die DEHAP von Mêrdîn (Mardin)und die Jugendsektion der DEHAP von Wêransar (Viransehir) kritisieren in ihrer Erklärung die Europäische Union, weil sie den KONGRA-GEL auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt hat.
An der Presseerklärung in Mêrdîn nahmen 250 Mitglieder der DEHAP der Regionen Qoser, Dêrik, Sernex, von THAY-DER und der Freiheitspartei (ÖP) teil. Der stellvertretende Vorsitzende der DEHAP, Ridvan Olcasoz verlas die Erklärung und betonte die Wichtigkeit, dass der KONGRA-GEL wieder von der Liste der Terrororganisationen gestrichen werde müsse. Die Menge rief Parolen wie: "Wir sind der KONGRA-GEL" und "Die Hände, die den Frieden zerstören wollen, sollen brechen".
Bei einer Presseerklärung in Riha vor dem Gebäude der DEHAP Wêransar wurde eine Erklärung vom Jugendvertreter, Abdurrahîm Atîlla, verlesen. Er äußerte sich zur Politik der europäischen Länder und der Türkei gegenüber den KurdInnen und dem KONGRA-GEL. Er erklärte, die kriegsfördernden Länder wollten die Kurden in den Krieg hineinziehen und dem kurdischen Volk seine Identität aberkennen: "Gegen das kurdische Volk und die kurdische Politik wird eine Politik ohne Lösungsansätze eingesetzt. Dies ist ein Hindernis für die Geschwisterlichkeit der Völker und den Frieden. Die Europäischen Länder wollen den Mittleren Osten in ein Blutbad verwandeln. Darum haben sie den KONGRA-GEL auf die Terrorliste gesetzt. Wir erklären im Namen der Jugendlichen der Türkei, dass wir gegen dass Blutvergießen sind und protestieren gegen diese Entscheidung."
(DIHA, 13.4., ISKU)

Meldungen

1. Mai Feier auf dem Istanbuler Taksim-Platz?
Bei einem Vorbereitungstreffen für die 1. Mai-Feier entschloss sich der Vorstand der Emek-Plattform den 1. Mai türkeiweit mit den Schwerpunkten Istanbul, Ankara und Izmir zu feiern. Der Vorsitzende der KESK-Gewerkschaftsdachorganisation (Öffentlicher Dienst), S. Evren, schlug als möglichen Veranstaltungsort in Istanbul den Taksim-Platz vor.
(DIHA, 12.4., ISKU)

Proteste gegen Bedrohung von Journalistin der Zeitung "Yeni Atilim"
In Istanbul und Adana protestierte die "Vereinigung werktätiger Frauen" gegen die Bedrohung der Jounalistin Gümüs (Zeitung Yeni Atilim) in Bursa. die Täter müssten unverzüglich gefunden werden. Die Journalistin war von Unbekannten mit Vergewaltigung bedroht worden.
(DIHA, 12.4., ISKU)

In Syrien 2 Kurden nach Festnahme durch Folter ermordet
Bei den Angriffen gegen Kurden in Syrien in den vergangenen Wochen sind nach der Festnahme durch die Polizei 2 Kurden durch Folter ermordet worden.
(DIHA, 12.4., ISKU)

Hungerstreik in Athen gegen EU - Entscheidung
In der griechischen Hauptstadt Athen hat am Dienstag ein Hungerstreik gegen die EU-Entscheidung begonnen, mit der die EU den KONGRA-GEL auf die Liste "terroristischer Organisationen" setzte. *(DIHA, 12.4., ISKU)*

Mitglieder von Grup Yorum nach Konzert festgenommen
Nach einem Konzert von Grup Yorum im Hochzeitssalon Tasra mit 700 Personen, wurden fünf Mitglieder der Gruppe mit der Behauptung gegen sie würde ein Verfahren in Istanbul laufen festgenommen. Die Festgenommenen wurden zum Gericht von Elezîz (Elazig) gebracht.
(DIHA, 14.4., ISKU)

Massive Strafen für Hungerstreik
Im Buca-Kiriklar F-Typ Gefängnis (Izmir) verhängte die Gefängnisdirektion gegen Verurteilte wegen eines 2-tägigen Hungerstreiks ein 6-monatiges komplettes Besuchsverbot. Ebenso wurde aus diesem Grund nach einer nächtlichen Zellenrazzia die Grosszelle völlig zerstört hinterlassen.
(DIHA, 12.4., ISKU)

Leyla Zana ruft zur Gründung eines internationalen Friedenskomitees auf

Die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana, die aufgrund ihres Friedensengagementes im Gefängnis ist, hat in einem offenen Brief an die diesjährige Friedensnobelpreisträgerin Sirin Ebadi und die Vorsitzende der französischen Freiheitsstiftung Danielle Mitterand die Gründung eines internationalen Friedenskomitees vorgeschlagen. Leyla Zana dankte den beiden für einen Brief "voller Liebe, Freundschaft, Solidarität und dem Geschmack nach Frühling". Sie erinnerte daran, dass sie seit 10 Jahren in Haft sei und in der Türkei weder eine unabhängige Justiz noch Menschenrechte und Meinungsfreiheit existiere, dass jedoch unverzichtbare Ziele wie Frieden, Gleichheit und Geschwisterlichkeit nicht ohne Einsatz und Opferbereitschaft zu erreichen seien. Die Ereignisse der letzten Zeit im Mittleren Osten, insbesondere in Syrien würden verdeutlichen, dass die KurdInnen eine Antriebsquelle für eine Veränderung sein werden. Nicht nur die Regierungen Syriens und Irans müssten zur Kenntnis nehmen, dass "der Wunsch und die Suche des kurdischen Volkes nach einer wirklichen Veränderung einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung eines gleichen und freien Bürgerstatus, der Anerkennung des Mitspracherechtes bezüglich Identität, Kultur und Politik sowie der Gewinnung des Friedens im Mittleren Osten und der ganzen Welt leisten können. Leyla Zana wünschte sich mehr Interesse an diesem Thema und betonte die Notwendigkeit der Stärkung und Unterstützung der Kräfte, die der Veränderung und dem Frieden in der Türkei verbunden sind. Dies würde auch sie in ihrer Überzeugung bestärken, dass der Frieden und die Veränderung zu gewinnen seien. *(CENI, 9.4, ISKU).*

IHD Diyarbakir stellt Menschenrechtsbilanz vor

477 Rechtsverletzungen im März

Für die Filiale Diyarbakir des Menschenrechtsvereins IHD hat der örtliche Vorsitzende S. Demirtas den Bericht für den Monat März 2004 über Menschenrechtsverletzungen im Osten und Südosten der Türkei vorgestellt.

Demnach wurden 272 Personen festgenommen, 8 Personen sind Opfer von Morden unbekannter Täter geworden. Insgesamt gab es 477 Fälle von Rechtsverletzungen. Aufgrund des 8. März, Feiertag der werktätigen Frauen, den Newroz-Feiern und den Kommunalwahlen konnte in der aktivitätsreichen Zeit eine Zunahme an Rechtsverletzungen registriert werden.
Festnahmen in großem Umfang dauerten an. Verhaftungen durch den Staatsanwalt nach Festnahmen bei Demonstrationen und Versammlungen zeigen, dass der persönlichen Freiheit im Gebiet noch unzureichend Bedeutung beigemessen werde, sagte der örtliche Vorsitzende des IHD.
Bei der Festnahme und während der Polizeihaft wird immer noch gefoltert und misshandelt. "Während früher bei Verhören Folter angewandt wurde, werden Folterpraktiken jetzt als Bestrafung angewandt. Personen werden festgenommen, verprügelt und danach freigelassen" sagte er.

In Bezug auf die Meinungs- und Redefreiheit gebe es immer noch gravierende Probleme; Pressemitarbeiter würden in Diyarbakir auf offener Straße zusammengeschlagen, der örtliche Fernsehkanal ART-TV sei für einen Monat mit Sendeverbot geschlossen worden. Die beiden Fälle seien Menschenrechtsverletzungen. Die Schliessung von ART TV müsse sofort aufgehoben werden, verlangte Demirtas in seiner Erklärung.
Mit neugefassten Vorschriften im kulturrechtlichen Bereich haben in Sanliurfa, Batman und Van Kurdisch-Sprachkurse begonnen. Alle Verbote und Einschränkungen für den Bereich von Sprache und Kultur müssen aufgehoben werden, sagte er weiter.
Trotz eines Rückganges im März im Vergleich zu früheren Zeiträumen sei die Verringerung an Rechtsverletzungen noch zu gering. *(DIHA, 9.4., ISKU)*

Konterguerilla ist wieder aktiv

Das Folteropfer Selahattîn Oge, aus dem Dorf Qerehemzana (Yorgançayir), dass zur Region Kanîres (Karliova) Çewlik gehört, ist aus seinem Dorf geflohen. Herr Oge war 2001 von Mitgliedern des JÎTEM entführt und gefoltert worden. Jetzt, nach drei Jahren kamen 11 Personen in sein Haus um ihn festzunehmen.
Am Abend des 14. April kamen 11 Personen, verkleidet als Guerillas, zum Haus von Selahattîn Oge. Sein Sohn öffnete ihnen jedoch nicht die Tür und schoss mit seinem Jagdgewehr. Bei den 11 Personen handle es sich um Dorfschützer, so die Familie Oge.
Nach dem Vorfall umstellten Soldaten das Dorf. Nach dem Bekanntwerden des Vorfalls nahm sich der Vorsitzende des Menschenrechtsvereines (IHD) von Çewlik, Ridvan Kizgin des Vorfalls an und erklärte: "Ich habe das Gericht von Kanîres und die Gendarmeriekaserne von Çewlik informiert. Wir machen uns Sorgen um das Leben von Herrn Oge. Dieser rief mich von einem unbekannten Ort an und bat mich um Hilfe. Jetzt sind die Straßen um das Dorf von Soldaten abgesperrt. Der Staat ist für das Leben Oges verantwortlich. Wir machen uns Sorgen. Daher werden wir Amnesty International aufrufen, eine Eilaktion zu starten."
Das ehemalige HADEP Mitglied Selahattîn Oge wurde am 19. Februar 2001 von vier Personen, die erklärten Mitglieder des JÎTEM zu sein, aus seinem Haus entführt. Am 20. Februar wurde er bei der Leylî Schule in Kanîres gefunden. Er war bewusstlos und wurde ins Staatskrankenhaus gebracht. Aufgrund der erlittenen Folter schwebte er in Lebensgefahr und wurde zur Untersuchung ins Staatskrankenhaus von Elezîz gebracht. Damals wurde gegen den Befehlshaber der Militärkaserne von Kanîres, Alî Ozsevîm und sechs Soldaten ein Verfahren eröffnet. Die Verfahren, mit dem Vorwurf der Folter, wurden nach einiger Zeit eingestellt.
Siddik Ozen und Resît Ozen sprachen mit DÎHA und erklärten, dass die Umstellung des Dorfes durch Gendarmerie andauere: "11 Personen, die erklärten sie seien die Guerilla, kamen nachts um 23.30 zum Haus von Huseyîn Ata und wollten etwas zu essen. Nazîfe Ata sagte ihnen, es seien keine Männer im Haus und könne deswegen nicht die Tür öffnen. Darauf wollten sie die Tür aufbrechen. Daher hat sie die Tür geöffnet. Frau Ata erklärte ihnen, es sei kein Brot im Haus, sie könne aber etwas von den Nachbarn holen. Frau Ata bereitete Essen vor. Sie aßen und gingen. Ozen fuhr fort, sie seien dann zum Haus von Selahattîn Oge gegangen. Sie drohten das Haus zu sprengen, sollte die Tür nicht geöffnet werden. Der Sohn von Oge schoss hinter der Tür und mehrere Dorfbewohner, die Waffen haben schossen in die Luft. So ist die Gruppe aus dem Dorf weggelaufen.
Ozen erklärte, dass Selahattîn Oge und sein Nachbar Siddik Ozen aus Sorge um ihr Leben aus dem Dorf geflohen seien. Nun sei das Dorf umstellt. An jeder Haustür stünden fünf bis sechs Soldaten. Die Häuser würden nach Waffen durchsucht. Bei der Gruppe, die nachts das Dorf besuchte, sei auch ein verantwortlicher Offizier gewesen, dieser sei verletzt worden. *(AW 14.4., ISKU)*

"Kurdische Frage kann nur in offenen Verhandlungen mit den Kurden gelöst werden"
In einer Erklärung verurteilten DEHAP-Mitglieder, dass die EU die KONGRA-GEL auf die Liste "terroristischer Organisationen" gesetzt habe. "Die Kurdische Frage könne nicht mit Kungeleien hinter geschlossenen Türen, sondern nur mit den Kurden zusammen gelöst werden".
In einer Erklärung der Jugendorgansiationen der DEHAP und Özgür Parti in Adana wurde die Rücknahme der Entscheidung der EU gegen den KONGRA GEL verlangt. *(DIHA, 12.4., ISKU)*

Akin Birdal beendet politische Laufbahn
Der derzeitige Vorsitzende der Sosyalist Demokrasi Partisi, Akin Birdal, beendet seine politische Laufbahn. Er wurde bekannt in seinem Kampf für Menschenrechte; er wird in Zukunft in der Internationalen Menschenrechts-Föderation - Abteilung Türkei-Mittelost als Verantwortlicher seine Arbeit weiterführen. *(DIHA, 12.4., ISKU)*

DEHAP kündigt Selbstkritik an
Da die DEHAP bei den Kommunalwahlen am 28.3. die gesteckten Ziele nicht erreicht habe, werde die Partei öffentlich Selbstkritik üben. Diesen Beschluß des parteivorstandes teilte das Vorstandsmitglied Osman Ergin mit. *(DIHA, 11.4., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat
CENI	Kurdisches Frauenbüro für Frieden

Termine:

Proteste gegen EU-Terror-Liste
Aufgrund der Aufnahme des KONGRA-GEL in die "Liste terroristischer Organisationen" finden derzeit europa- und bundesweit Protestaktionen statt. Die genauen Termine sind in den kurdischen Vereinen der einzelnen Städte zu erfahren.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 152
23. April 2004

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der Skandal um die inhaftierte Abgeordneten setzt sich fort

DEP-Prozess: Haftstrafen bestätigt

Am Mittwoch hat das Staatssicherheitsgericht Ankara im Wiederaufnahmeverfahren der DEP-Abgeordneten sein Urteil gefällt. Die Richter bestätigten die 15jährige Gefängnisstrafe aus dem Jahre 1994.
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte eine ungerechte Verurteilung im DEP-Verfahren festgestellt und die Türkei zur Wiederaufnahme des Verfahrens aufgefordert. Die Wiederaufnahme hatte sowohl in der Türkei als auch weltweit zu Erwartungen geführt. Das Verfahren wurde weltweit mit Aufmerksamkeit verfolgt, denn der Ablauf dieses Verfahrens und das Urteil wirkt sich nicht nur auf die Freiheit von vier Personen, sondern auf die Freiheit eines ganzen Volkes - des kurdischen Volkes - aus. Das Urteil ist daher ein Spiegelbild der politischen Haltung der Türkei gegenüber der kurdischen Frage und der Demokratisierung.

Die ehemalige DEP-Abgeordenten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak wurden im Jahre 1994, in einer Zeit, in der die Türkei gegen das kurdische Volk einen totalen Krieg erklärt hatte und mit aller Entschlossenheit die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren versuchte, zu 15 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Obwohl seit 1994 auf der gesamten Welt wichtige Umbrüche stattgefunden haben und die kurdische Bewegung sehr wichtige Schritten zur Lösung der kurdischen Frage unternommen hat, hat sich in der Türkei, wie das Urteil erkennen läßt, kaum etwas verändert.
In den letzten Jahren geniesst die Türkei aufgrund der EU-Anpassungsgesetzte viel Lob in der internationalen Arena und wird entsprechend behandelt. Man kann nur dann von wichtigen positiven Veränderungen in der Türkei sprechen, wenn die ausweglose Haltung der Türkei in der kurdischen Frage ignoriert wird. Trotzt der Mahnungen des kurdischen Volkes und demokratischer Menschenrechtsorganisationen wird die Gefahr noch immer nicht erkannt. Die AKP kam an die Macht, weil sie garantiert hatte, an der bisherigen Verleugnungspolitik gegenüber den Kurden festzuhalten. Auf dieser Haltung beharrt sie, wie auch der folgenden Äusserung des Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan zu entnehmen ist: "Wenn du gar nicht an die kurdische Frage denkst, dann gibt es die kurdische Frage auch nicht".
Das DEP-Verfahren ist das Resultat der ungelösten und geleugneten kurdischen Frage. Im DEP-Wiederaufnahmeverfahren ein anderes Urteil zu erwarten, ohne dass die kurdische Frage gelöst wäre bzw. ohne eine Haltung an den Tag zu legen, die eine Lösung ermöglichte, ist illusorisch.

Scharfe Kritik
Der Vorsitzende des IHD, H. Öndül, beurteilte das Urteil gegen die DEP-Mitglieder als "dem Recht zuwiderlaufend". "Die Justiz der Türkei hat die Standards des Europäischen Menschengerichtshof nicht übernommen" sagte er in einer Stellungnahme zum Urteil. Auch der Verteidiger Yusuf Alatas übte nach dem Urteil scharfe Kritik an der 1. Kammer des Staatssicheheitsgerichts Ankara. In der Türkei sei zwar die Todesstrafe aufgehoben worden, die Justiz habe sich jedoch um keinen Millimeter bewegt. Alatas erklärte weiter, dass die Angeklagten nur aufgrund der ungelösten kurdischen Frage in Haft seien. Das Verfahren hätte nicht in erster Linie die Freiheit von 4 Personen zum Inhalt gehabt, sondern sei ein Verfahren über das Türkische Recht, der Verfassung und die Demokratie gewesen.
Die erneute Verurteilung zu den gleichen Strafen im Revisionsprozess der DEP-Abgeordneten traf auf heftige Kritik aus den Reihen der Abgeordneten des Europaparlaments. Luigi Vinci, Abgeordneter des Europaparlaments für die Vereinigte Europäische Linke, bezeichnete die Staatssicherheitsgerichte als "ein Teil des Faschismus". "Wir verlangen die Aufhebung des Urteils" sagte er.
Weiter verlangte er die Freilassung der politischen Gefangenen. "Innerhalb des türkischen Volkes herrscht eine starke Sehnsucht nach Frieden. Mit diesem Urteil ist diese Sehnsucht vernichtet worden. Dieses Urteil ist eine Beleidigung für die Türkei, für die EU und den Europäischen Menschengerichtshof. Diese Gerichte als ein Teil des Faschismus existieren weiter. Diese Gerichte gab in Italien zu Zeiten Mussolinis; in Deutschland zu Zeiten Hitlers. Wir verlangen die Abschaffung dieser beschämenden Gerichte".
Vinci ist Mitglied der Kommissionen für Aussenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte des Europaparlaments.
Am Donnerstag beschäftigte sich auch die EU-Kommission auf ihrer Sitzung mit dem Urteil. Der EU-Kommissar für äußere Beziehungen, Chris Pattern, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die unverzügliche Freilassung von Leyla Zana forderte. Er kritisierte, dass die diesbezüglichen Stellungnahmen der EU-Kommission vom Gericht nicht berücksichtigt wurde und forderte die erneute Wiederaufnahme des Verfahrens.

(KCHR/DIHA, 21./22.4., ISKU)

Kurdisch-Iranische Partei tritt für Laizismus und Demokratie ein

Erster Kongress der PJAK im Iran

Die Partiya Jiyana Azad a Kurdistan/Partei des Freien Lebens Kurdistans (PJAK), die im Iran arbeitet schloss ihren ersten Kongress ab.
Insgesamt 155 Delegierte aus verschiedenen Regionen nahmen an dem Kongress zwischen dem 25. März und dem 2. April teil. Das Hauptthema war ‚Die regionale Führung im Iran'. Hecî Ehmedî wurde zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Eine Komission von neun Personen wurde gegründet und 34 Personen in den Parteirat gewählt. Vier Mitglieder der Kommission und 12 Mitglieder des Rats sind Frauen.
Die PJAK gab eine schriftliche Erklärung ab, in der es heißt im Iran gebe es keine demokratische und laizistische Führung. "Im Mittleren Osten gibt es hunderte Probleme was Geschichte, Politik und Kultur betrifft. Wir haben uns gegründet um diese Probleme zu lösen. Die PJAK ist eine neue politische und ideologische Bewegung. Unser Ziel ist es die Probleme des Nationalismus, der Kultur und Politik in einem demokratischen Rahmen zu lösen. Die PJAK rief alle demokratischen, intellektuellen, fortschrittlichen Kräfte, Frauen und Jugendlichen auf, verantwortungsvoll ihren Platz in einem demokratischem Zirkel des Irans einzunehmen.

(DIHA, 21.4., ISKU)

Meldungen

Identität von zwei gefallenen Guerillas bekannt
Wie bekannt wurde fielen am 15. April zwei Guerillas bei Auseinandersetzungen zwischen den Volksverteidigungskräften (HPG) und Kräften der türkischen Armee. Die Auseinandersetzungen sollen drei Stunden angedauert haben. Laut einer Presseerklärung der HPG handelt es sich bei den beiden Gefallenen um Mehmet Kiliç (Gabar), der 1975 in Basinêferho (Guçlukonak) / Sirnex geboren ist und um Kadîr Sumer (Bahoz), der 1983 in Sirnex geboren ist.

(DIHA, 20.4., ISKU)

Militärfahrzeug fuhr auf Mine
In der Nähe des Dorfes Bilinda Dare (Seyrantepe) im Kreis Cizre/Sirnak wurden bei einer Minenexplosion 4 Soldaten verletzt. 3 Frauen, die in der Umgebung des Explosionsortes Disteln sammelten, und 3 weitere Dorfbewohner wurden darufhin festgenommen.

(DIHA, 17.4., ISKU)

Aktion gegen Isolation in Amed (Diyarbakir)
In Amed haben zwei verschiedene Gruppen in zwei Stadtteilen die Aufhebung der Isolation Öcalans gefordert.
Eine Gruppe mit ca 70 Personen machte eine Aktion am Korhat Park. Die Aktion begann mit Parolen für Öcalan. Eine andere Gruppe blockierte eine Straßenkreuzung in Baglar Auch sie riefen Parolen für die Freilassung Öcalans. *(DIHA, 20.4., ISKU)*

Öndül: Unterschiedliche Rechtspraxis in der Türkei
Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) H. Öndül prangerte die unterschiedliche Rechtspraxis in den Provinzen der Türkei an. Aufgrund rechtlicher Lücken werde in unterschiedlichen Provinzen unterschiedliches Recht praktiziert. Dies ist abhängig vom jeweiligen Gouverneur, Landrat und dem Leiter der Sicherheitsbehörden. "In Ankara angewendete Rechts und Freiheiten könnten in Diyarbakir nicht in Anspruch genommen werden" sagte er.

(DIHA, 20.4., ISKU)

Gespannte Lage in Ortaklar
In der Gemeinde Ortaklar/Aydin ist die Lage weiterhin angespannt. Grund ist der Brandanschlag türkischer Nationalistenam 17. April auf einen Friseursalon eines Kurden in der Gemeinde. Der Besitzer wirft dem MHP-Bürgermeister vor, im Hinter-

Folter und Verbote gegen Linke

Die Aktivistin der ILPS (Internationaler Bund des Kampfes der Völker) Elisabeth Brunner gab eine Erklärung im IHD Istanbul ab, in der sie sagte sie wäre von der Polizei entführt, sexuell belästigt und gefoltert worden.
Elisabeth Brunner gab ihre Erklärung im Istanbuler Gebäude des IHD ab, anwesend waren auch die stellvertretende Vorsitzende des IHD, Eren Keskin und die Aktivistin des ILPS Selma Sahin.
Die Österreicherin, Aliyah Elisabeth Brunner sagte, sie sei am 18. April nach Tuzla gefahren, um an einer Veranstaltung teilzunehmen. Im Bus seien zwei Personen zu ihr gekommen und hätten gesag: 'Wir kennen dich und wissen wohin du willst, wir nehmen dich fest.' Ein Auto hielt an, in das sie hineingezerrt wurde, dann wurde sie gefesselt und belästigt. "Sie forderten mich auf mit ihnen zusammenzuarbeiten. Als ich das ablehnte wurden Zigaretten auf meinem Körper ausgedrückt. Ich wurde mit einem harten Gegenstand geschlagen und wurde ohnmächtig. Als ich wieder zu mir kam, war ich alleine in einem Wald. Elisabeth Brunner sagte, dass sie eine der Personen kenne, von denen sie entführt worden war, es war einer der Polizisten, die sie vorher schon festgenommen hatte.
Eren Keskin erklärte, dass dieser Angriff und die Folter die Hoffnungen, die mit der kommenden EU-Mitgliedschaft verbunden seien beschädige. Keskin rief die ZeugInnen der Ereignisse auf, sich zu melden und die Informationen öffentlich zu machen. "Mit Hilfe der Zeugen können wir diese Verbrechen gegen die Menschlichkeiten bestrafen."
Im Anschluss erklärte Selma Sahin für den ILPS, der Staat überziehe die DemokratInnen, Intellektuellen und RevolutionärInnen mit Terror, die Angriffe seien gegen die Aktionen gegen die NATO-Versammlung im Juli gerichtet.

Repression gegen Angehörige politischer Gefangener

Die Repressionwelle gegen Angehörige und UnterstützerInnen politischer Gefangener hat sich mit der Stürmung und Schließung des Vereins TAYAD und des Temel Halklar am 21. April in Istanbul fortgesetzt. Seit der europaweiten Verhaftungswelle am 1. April diesen Jahres sind damit nach Angaben aus Istanbul 55 Personen verhaftet und mehr als 100 festgenommen worden, unter ihnen JournalistInnen, MusikerInnen und JuristInnen.

(DIHA, 20.4., indy, 21.4., ISKU)

Zum ersten Mal seit 24 Jahren:

1. Mai Feiern in Amed

Zum ersten Mal seit 1980 wird in Amed (Diyarbakir) der Kampftag der ArbeiterInnen gefeiert werden können.
Schon im Jahr 2003 hatte es eine Genehmigung gegeben, die aber aufgrund des Erdbebens in Çewlik (Bingöl) nicht umgesetzt wurde. Die Vorbereitungen haben begonnen. Edip Yasar vom Vorbereitungskomitee erklärte: "In der Türkei existiert die kurdische Frage. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Die Menschen haben Sorge um ihre Zukunft. Der 1. Mai ist der Tag der Hoffnung für die Unterdrükkten." Edip Yasar erklärte, der 1. Mai werde im Namen des Friedens, der Demokratie und Freiheit gefeiert. Die Kundgebung beginne am Bahnhof, İlkay Akkaya sei angefragt, ein Konzert zu geben.

Antrag in Dersim

Auch in Dersim wurde eine Plattform gegründet, die Feiern zum 1. Mai vorbereiten wird. Ein entsprechender Antrag wurde beim Gouverneur von Dersim abgegeben, viele zivile Organisationen, Gewerkschaften beteiligten sich. Der Sänger Burhan Berken sei angefragt ein Konzert zu geben.

(DIHA, 21.4., ISKU)

Hindernisse für Dorfrückkehrer

Acht Familien, die vor 11 Jahren gezwungen worden waren ihr Dorf Ezêr (Ulukoy) zu verlassen, weil sie sich weigerten Dorfschützer zu werden, bekamen die Erlaubnis der Bezirksverwaltung von Qosere (Kiziltepe), in ihr Dorf zurückzukehren, der Leiter der Zentralen Gendarmeriekaserne verweigerte dies jedoch mit der Begründung, sie könnten nicht in ihr Dorf, da sie sich weigerten, Dorfschützer zu werden.
Die Bewohner des Dorfes Ezêr mussten ihr Dorf 1993 verlassen, weil sie von den Sicherheitskräften unter Druck gesetzt wurden, Dorfschützer zu werden. Sie gingen in verschiedene Gegenden von Mardin und der gesamten Türkei. Insgesamt bestand das Dorf aus 120 Familien. 1997 akzeptierten etwa 20 Familien Dorfschützer zu werden und kehrten in ihr Dorf zurück. Später kehrten weitere 10 Familien auf verschiedenen Wegen nach Ezêr zurück. Den restlichen Familien wurde die Rückkehr trotz aller ihrer Bemühungen nicht genehmigt.
Am 13. April bekamen die Dorfbewohner Ali Aslan, M. Emin Aslan, Mehmet Aslan, Nuri Aslan, Sabiha Aslan, Halef Aslan, Sükrü Yalcinkaya und Mahmut Yalcinkaya eine schriftliche Genehmigung des Gouverneurs von Qosere in ihr Dorf zurückzukehren. In der Gendarmeriekaserne jedoch sah man auf das Dokument und verweigerte den Dorfbewohnern die Rückkehr.
Ali Aslan sprach mit DIHA: "Am 16. April gingen wir ins Dorf, um uns umzusehen. Zuvor gingen wir zur Gendarmeriekaserne, nur aus Höflichkeit. Hier sagten wir dem Hauptmann, wir hätten eine Erlaubnis für die Dorfrückkehr. Er sagte, diese Erlaubnis reiche nicht aus, und rief in der zentralen Kaserne von Qosere an. Dann kam er zu uns zurück und sagte, ‚Ich kann die Rückkehr nicht erlauben, ihr könnt zurückkehren, wenn sie es erlauben.' Wir sagten, wir hätten eine Erlaubnis vom Gouverneur, aber er sagte wir bräuchten eine zweite Erlaubnis von der Gendarmerie Qosere."
Am nächsten Tag gingen sie zur Zentralkaserne nach Qosere: "Wir sprachen mit dem Hauptmann Kemal Tekin. Er sagte: ‚Wir werden eurer Rückkehr nur zustimmen, wenn ihr Dorfschützer werdet. , Wir waren geschockt und sagten: ‚Wir haben unser Dorf vor 11 Jahren verlassen, weil wir nicht akzeptiert haben Dorfschützer zu werden. Wenn wir das gewollt hätten, hätten wir das damals gemacht. Tekin sagte uns wir hätten die Konsequenzen zu tragen, wenn wir zurückkehren würden, drängte uns aus dem Raum und sagte ‚Das ist alles'.
"1993 mussten wir unser Dorf verlassen und gingen für ein Jahr nach Qosere. Von dort aus nach Manisa. 2000 gingen wir zurück nach Qosere und seitdem haben wir alles unternommen um zurückzukehren. Die Haltung der Gendarmerie war enttäuschend für uns. Wir werden nicht aufgeben. Wir werden jede legale Möglichkeit ausschöpfen."
Hüseyin Cangir,der Vorsitzende des IHD, der einst der Anwalt der Dorfbewohner war, sagte: "Der Gouverneur gibt die Zustimmung für die Rückkehr, die Armee lässt es nicht zu, hier werden die Entscheidungen einer zivilen Behörde übergangen. Diese Entscheidung ist vollkommen willkürlich und beweist, dass die Garantien, die von den Behörden gegeben werden nur auf dem Papier stehen. Als IHD werden wir uns dafür einsetzen, dass die Dorfbewohner ihr Recht bekommen.
Der AKP Vertreter von Mardin, Selahattin Dag reagierte ebenfalls auf diese Praxis. "Die AKP Regierung hat einige Reglungen getroffen, um die Bedingungen für einzelne Rückkehrer zu garantieren. Wir werden die Opfer ermutigen für ihre Rückkehr. Ich war sehr erstaunt, als ich von dem Vorfall hörte. Das ist vollkommen unakzeptabel.

(DIHA, 20.4., ISKU)

grund die Fäden gezogen zu haben. *(DIHA, 19.4., ISKU)*

"Grup Yorum" Konzert in Amed mit Problemen

Zum ersten maI konnte bekannte Musikgruppe "Grup Yorum in Diyarbakir auftreten. Wegen einer Durchsuchung des Veranstaltungsraumes und Personalienkontrolle der Besucher durch die Polizei konnte das Konzert jedoch erst mit 1,5 Stunden Verspätung beginnen.
Bei ihrem letzten Konzert in Dersim (Tunceli) waren drei Mitglieder der Gruppe verhaftet worden. Gruppe Yorum erklärte jedoch, dass sie sich nicht mundtot machen lassen.

(DIHA, 19.4., ISKU)

Briefappell an Staatschef Bashar al-Assad

Der Vorsitzende Sidiki Kaba der Internationalen Menschenrechtsföderation sowie der Direktor der Weltorganisation gegen Folter verlangten in einem Offenen Brief an den syrischen Staatschef Bashar al-Assad, die Rechtsverletzungen und den Ausnahmezustand zu beenden, die politischen Häftlinge freizulassen und Reformen in Richtung Demokratisierung einzuleiten.
Derweil gehen die Festnahmen in Syrien weiter. In der Ortschaft Kobani wurden jetzt weitere 7 Personen festgenommen.

(DIHA, 16.4., ISKU)

AI-Kampagne für festgenommene kurdischer Schüler in Syrien

Amnesty hat eine "Dringende Aktion" für 4 kurdische Schüler im Alter von 12 -13 Jahren aus Quamislo begonnen und verlangt ihre sofortige Freilassung. Die 4 waren am 6. April von den Sicherheitskräften festgenommen worden. In Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden haben in der Gemeinde Amude Soldaten bei Aktionen etwa 10 Personen festgenommen; die Mehrzahl sind Kinder und Jugendliche.

(DIHA, 19.4., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
KCHR	Kurdish Center for Human Rights
indy	de.indymedia.org

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 153
30. April 2004

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Offener Brief von Leyla Zana:

"Kongra-Gel ist nicht terroristisch"

Im folgenden dokumentieren wir einen offenen Brief der inhaftierten Politikerin Leyla Zana anlässlich der Aufnahme des KONGRA-GEL in die "Terrorliste" der EU. Frau Zana ist seit 10 Jahren in der Türkei inhaftiert. 1994 war die damalige Abgeordnete des türkischen Parlaments zusammen mit 3 ihrer Kollegen unter dem Vorwurf des "Separatismus" verhaftet und zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Auf Grund internationalen Drucks wurde der Prozess wieder aufgerollt; in der vergangenen Woche wurde das Urteil jedoch bestätigt. Außenminister Gül kündigte jedoch am Mittwoch an, Leyla Zanas Entlassung durch eine Verfassungsänderung ermöglichen zu wollen, da "der Fall Zana dem Ansehen der Türkei schade".

An
Kofi Annan, G*eneralsekretär der UN*
George W. Bush, *Präsident der USA*
Jaap de Hoop Scheffer, *Generalsekretär der NATO*
Romano Prodi, P*räsident der EU Kommission*
Javier Solana, *EU-Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik*

Bekanntlich sehen sich die Staaten der Welt durch terroristische Aktionen im Zusammenhang mit Al-Kaida, wie in den USA am 11. September und später in der Türkei, Spanien und anderen europäischen Ländern gezwungen, neue Konzepte im Kampf gegen den Terror zu entwickeln.
Natürlich kann niemand von einem Staat erwarten, dass er unmenschlichen Angriffen, die sich gegen Tausende Menschen und ihn selbst richten, tatenlos zusehen wird. Es ist unvermeidlich, dass er auf höchstem Niveau Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen treffen wird; er wird auch versuchen, die Täter und die hinter ihnen stehende Mächte ausfindig zu machen. Derartige Maßnahmen zu treffen, ist zweifellos eine völlig normale Reaktion.
Aber eine andere Tatsache, die ich für sehr wichtig halte und die man beim Kampf gegen den Terror nicht vernachlässigen sollte, wenn man die Gesellschaft von Gewalt befreien will, ist die Notwendigkeit, bei der Definition von Umfang und Grenzen der Begriffe "Terror" und "terroristische Organisation" wissenschaftliche, soziale und politische Phänomene nicht zu ignorieren und sie auf der Basis von Gerechtigkeit festzulegen. Wenn Staaten und internationale Institutionen diese Notwendigkeit ignorieren und bei ihren Beschlüssen nur an die "beiderseitigen Interessen" denken, können Beschlüsse, die zur Terrorprävention gefasst wurden, zu ganz unerwünschten und unvorhergesehenen neuen Wellen von Terror und Gewalt führen. Ich sehe es als meine historische Aufgabe, meine diesbezüglichen Befürchtungen und meine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen.
Bekanntlich wurde KONGRA-GEL auf dem Brüsseler EU-Gipfel vom 25/26. März 2004 im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Kommission auf die aktualisierte Liste der terroristischen Organisationen gesetzt. Damit hat die EU meiner Meinung nach die glückloseste Entscheidung ihrer Geschichte getroffen. Es liegt auf der Hand, dass damit die wissenschaftlichen, sozialen und politischen Realitäten ignoriert wurden, die Bemühungen um Frieden und Demokratie als unwichtig und wertlos eingeschätzt wurden und dass einzig und allein die "internationalen Interessen" der entscheidende Faktor waren. Dabei entsprechen der KONGRA-GEL, sein Gründungszweck, seine Ziele, seine Organisationsform und Ideologie, seine Methoden und Zwecke keineswegs der Definition einer "Terrororganisation", als die er bezeichnet wird. Der KONGRA-GEL ist eine demokratische, friedliche Organisation des Volkes, welche die demokratischen Rechte der Kurdinnen und Kurden im Iran, in Syrien, im Irak und vor allem auch in der Türkei verteidigt und dabei die bestehenden Staatsgrenzen respektiert, die der Weltöffentlichkeit mehrfach erklärt hat, dass sie zur Entwaffnung bereit ist, sofern es juristische Reformen gibt, die der Gesellschaft eine demokratische Beteiligung garantieren, und die eine Legalisierung erwartet.
Die PKK wurde selbst in den Jahren, als zwischen ihr und den staatlichen Sicherheitskräften ein intensiver Krieg stattfand, den wir miterlebt haben und den wir nie wieder erleben wollen, nicht auf die EU-Liste der terroristischen Organisationen gesetzt. Dass KONGRA-GEL nun mit El-Qaida und ähnlichen Organisationen gleichgesetzt wird, ist ein weiterer Hinweis auf die Hintergründe des Beschlusses. Dieser ungerechte Beschluss hat die Kurdinnen und Kurden betrübt, ihnen einen Stich versetzt und sie verletzt. Es ist auch bedauerlich, dass auf die Tausenden von in den Kriegsjahren zerstörten und abgebrannten Dörfer, die Tausenden von Morden "unbekannter Täter" und die Tragödie der Millionen zur Migration Gezwungenen nicht eingegangen wird. Wenn heute die Türkei eine Phase ohne Gefechte durchmacht und im Namen der Demokratisierung einige Schritte unternehmen kann, wenn es neuen Schwung in den Beziehungen mit der EU gibt, wenn in der Türkei eine Atmosphäre von Ruhe und Sicherheit erreicht ist, in der internationale Konferenzen stattfinden können, dann sollte man bei allen diesen Errungenschaften die Rolle von Herrn Öcalan, der Führungsfigur des kurdischen Volkes, nicht vergessen, sondern ihre Wichtigkeit begreifen und sie wertschätzen. Daher steht außer Frage, dass der einzige Weg zum Frieden in der Türkei und zur Verständigung mit den Kurdinnen und Kurden über die Verständigung mit Herrn Öcalan und der Volksorganisation, die hinter ihm steht, führt.
Ein anderes Vorgehen, die Suche nach künstlichen Gesprächspartnern und Führungsfiguren, Versuche, die Organisation und das Volk zu terrorisieren, Lösungsansätze, die darauf beruhen, die Kurdinnen und Kurden zu vernichten, zu ignorieren und zu zerrütten, Versuche, die kurdische Frage beiseite oder in die Zukunft und die Ungewissheit zu verschieben oder die Wahrnehmung der Projekte von Aufklärung und Erneuerung bei den Kurden als Fortsetzung des Alten, all dies provoziert Gewalt. Es schadet dem Frieden in der Welt, bei den Völkern der Region und ganz besonders in der Türkei.
Auch wenn es mir schwer fällt, das zu sagen: Es kann zu einem zweiten Palästina, einem zweiten Balkan oder einem zweiten Beirut kommen. Dabei sind die Kurdinnen und Kurden fest entschlossen, im 21. Jahrhundert führende Kraft des Wandels, des Friedens und der Geschwisterlichkeit zu sein und mit den Völkern, mit denen sie zusammenleben, auf der Basis einer freien und gleichen Staatsbürgerschaft ins Zeitalter der demokratischen Zivilisation einzutreten. Und sie hoffen und erwarten, dass diese Entschiedenheit nicht ignoriert wird. Daher denke ich, dass ich noch einmal betonen muss, dass man mit einer Politik, welche die Kurdinnen und Kurden terrorisiert, sie zu Gewalt provoziert und ermuntert, nichts gewinnen kann. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass es eine humanitäre Pflicht ist, den KONGRA-GEL von der Liste der terroristischen Organisationen zu streichen und so zum Frieden in unserem Land, der Region und der Welt beizutragen.

Hochachtungsvoll,
Leyla Zana

Meldungen

Wegen Presseerklärung festgenommen
Die derzeitige Sprecherin der Frauenplattform Diyarbakir, S. Mehmetoglu, wurde wegen der Verlesung einer Presseerklärung zum Thema "Aufnahme des KONGRA Gel auf die Liste terroristischer Organisationen" von der Polizei festgenommen. Der DEHAP-Verband Diyarbakir verurteilte die Festnahme.
(DIHA, 25.4., ISKU)

Ständige Gerichtsverfahren gegen DEHAP-Vorsitzenden Bakirhan
Wegen der Wahlreden im Gemeindewahlkampf im März des Jahres wurden gegen den DEHAP-Vorsitzenden T. Bakirhan bisher 29 Ermittlungsverfahren und Gerichtsverfahren eröffnet. In seinen Reden hatte er das Thema "Kurdische Frage" zur Sprache gebracht. "Gerichtsverfahren zu eröffnen bringt keine Lösung" sagte er in einer Stellungnahme.
(DIHA, 25.4., ISKU)

Militäraktion im Gebiet Eruh
In der Umgebung der Ortschaft Ciyaye Cirav im Kreis Eruh/Siirt begannen Einheiten der türkischen Armee eine breit angelegte militärische Operation.
(DIHA, 24.4., ISKU)

Sami Selcuk: Verfassung des Jahres 1982 beleidigt unser Ansehen
Sami Selcuk, Ehrenvorsitzender des Kassationsgerichtes, sagte in einer Erklärung: "Die Verfassung von 1982 ist eine effektive Verfassung; aber sie ist eine Beleidigung für das Ansehen der Türkei, die am Eingang der EU wartet. Diese Verfassung muss vollständig abgeschafft werden" sagte er.
(DIHA, 24.4., ISKU)

Gefecht mit Dorfschützern in Bitlis
Im Dorf Celtikli/Kreis Bitlis wurden bei einem Gefecht mit Mitgliedern der Volksverteidigungskräften (HPG) 6 Dorfschützer verwundet. *(DIHA, 23.4., ISKU)*

Teffen mit Öcalan wegen 'schlechten Wetters' abgesagt
Den AnwältInnen Abdullah Öcalans und seiner Schwester Havva Keser Öcalan wurde am Mittwoch erneut der Besuch mit der Begründung 'schlechtes Wetter' verwehrt. *(DIHA, 28.4., ISKU)*

Leichen der Guerillas ihren Familien übergeben
Die Leichen der beiden HPG Guerillas Adem Demir aus Erzîngan und Hasan Haday aus Semsur, die

Französische Persönlichkeiten werden Mitglied im Kongra-Gel

Auf einer Pressekonferenz in Montpellier erklärten französische Persönlickeiten wie José Bové, Gründer der Bauernkonföderation, und Bernard Granjon, Ehrenvorsitzender des Weltärztebundes, dass sie aus Protest gegen die Aufnahme des Kongra-Gel auf die EU-Terrorliste dem Kongra-Gel beitreten werden. Der Südfrankreichvertreter der Menschenrechtsorganisation "Cimade", Jean Paul Nunez, hatte bereits vor einigen Tagen erklärt, die Aufnahme des Kongra-Gel in die Terrorismusliste sei ein aus politischen Gründen erfolgter, abwegiger Beschluss und völlig inakzeptabel. Auch er beantragte die Mitgliedschaft im Kongra-Gel. Nunez erklärte, als Mitglied des Kongra-Gel werde er den juristischen Kampf gegen den Beschluss aufnehmen. Bové und Granjon erklärten, eine solche Initiative würden viele Menschen unterstützen.

José Bové, einer der führenden Aktivisten der Anti-Globalisierungsbewegung, schlug außerdem vor, das geplante Sozialforum im März 2005 in Amed (Diyarbakir) als Mesopotamien-Sozialforum durchzuführen. Amed sei ein Zentrum der Friedensbewegung im Mittleren Osten, daher sei eine solche Initiative nötig. Er werde sich für die Verwirklichung einsetzen.

(ÖP, 23.4., ISKU)

EU: "Böser Kurde - Guter Kurde"

Mahmud Osman, Mitglied der Übergangsregierung des Irak verurteilte in einer Erklärung, dass die EU den KONGRA-GEL auf die Liste "Terroristischer Organisationen" gesetzt habe. Er verlangte, die Einheit der Kurden zu stärken, die beabsichtigte Spaltung "Böser Kurde - Guter Kurde" kritisierte er heftig.

Er nahm Stellung zur Politik internationaler Kräfte gegenüber den Kurden: "Auch wenn sie andere Entscheidungen treffen, Kurden sind eine Nation und ein Volk. Das Land kann aufgeteilt werden, aber das Volk kann nicht geteilt werden" sagte er. Es sei beabsichtigt, eine Teilung "Gute Kurden - Böse Kurden" durchzusetzen; dagegen sei eine stärkere Einheit nötig.

Osman sagte weiter, die Unterscheidung "Gute Kurden - Böse Kurden" gebe es nicht, sie sei falsch. "Was einen Teil Kurdistans positiv beeinflusst, beeinflusst auch die anderen Teile positiv. Negatives für einen Teil beeinflusst auch die anderen Teile negativ. Internationale Kräfte betreiben ständig eine Politik der Teilung gegen die Kurden; das werde auch jetzt betrieben. Zur Zeit als die USA ein Freund Saddam waren, waren die Kurden im Süden Terroristen. Jetzt im Bündnis mit den Türken sind die Kurden im Norden Terroristen. ... Wir sind ein Volk; wenn sie einen Teil von uns als gut, den anderen Teil als böse bezeichnen, müssen wir mit Einheit, stärkerer gegenseitiger Unterstützung darauf antworten. In Nordkurdistan gebe seit 4 Jahren keinen Krieg; die Kurden hätten Frieden und demokratische Forderungen propagiert," sagte Osman und weiter: "Wir sehen es nicht als richtig, Kurden auf eine Terroristenliste zu setzen... Wenn beide Kriegsseiten Terroristen sind, dann ist der türkische Staat der grössere Terrorist" *(MHA, 23.4., ISKU)*

Isolationshaft setzt der Gesundheit Abdullah Öcalans weiter zu

In der Internetausgabe der türkischen Tageszeitung Hürriyet vom 28. April wird berichtet, dass bei einer Routinegesundheitskontrolle am Kopf von Abdullah Öcalan zwei wahlnussgroße Geschwülste festgestellt wurden.

Den Aussagen seiner Anwälte war davon bisher allerdings nichts zu entnehmen gewesen; seit zwei Wochen gab es aber auch keinen Kontakt mehr zu dem Kurdenführer. Nach Aussagen der Ärzte könnten diese auf operativem Wege entfernt werden. Das habe der Kurdenführer jedoch abgelehnt, so Hürriyet. Dem widersprach in einer Stellungnahme die Öcalan-Anwältin Aysel Tugluk. Im Gegenteil habe Öcalan eine operative Entfernung gefordert, die ihm aber verweigert wurde.

Schon seit langem fordert Abdullah Öcalan die Entsendung einer internationalen Ärztekommission, welche seinen tatsächlichen Gesundheitszustand feststellen müsse. Seine Gesundheit ist durch die über fünfjährige Totalisolation stark angegriffen.

Indes forderte der Internationale Koordinator der französischen Hilfsorganisation Medecins Du Monde, Dr. Bernard Granjon, in einem Gespräch mit dem kurdischen Fernsehsender ROJ-TV, dass die Totalisolation des Kurdenführers sofort aufgehoben werden müsse; sie gleiche einer Hinrichtung auf Raten, was nicht hingenommen werden dürfe.

(II, 28.4., ISKU)

Die Gefangenen von PJD und PJA beginnen Hungerstreik

Die in der Türkei inhaftierten Angehörigen von Partiya Rizgariya Demokratik/Partei der demokratischen Befreiung (PRD) und der Partiya Jina Azad /Partei der freien Frau (PJA) begannen am 26. April einen 5-tägigen Hungerstreik gegen die allgemeinen Haftbedingungen, insbesondere gegen den Entwurf für das "Haft- und Massnahmen-Gesetz". Sie forderten in Ihrer Erklärung die Öffentlichkeit auf, das Vorgehen zu beachten. Die Politk der AKP in Worten und in der Praxis stünden im Widerspruch zueinander. Die Behauptung der Demokratisierung sei Augenwischerei. Keine Regierung habe ihre Absichten dermaßen verschleiert.

In der Erklärung heißt es, im Parlament würde ein neuer Gesetzesentwurf für die Haftbedingungen in Gefängnsse diskutiert. Falls dieses Gesetz umgesetzt würde, bedeute es eine Verstärkung der Mißachtung der Rechte der Gefangenen. "Nach diesem Plan ist es zwei Gefangenen verboten zusammenzukommen; sich unter Gefangenen zu unterhalten wird wie eine Straftat verfolgt. Der gesamte Widerstand gegen Ungerechtigkeiten wird unter Strafe gestellt. Der Besuch von Familien werde erschwert. Väter und Mütter sollen in verschiedenen Kabinen sitzen. Einheitskleidung, die die Gefangenen ablehnen soll wieder eingeführt werden.

Die geplanten Bedingungen sind härter, als die des 12. September. Es ist ein Angriff gegen die Menschlichkeit, die Freiheit und die demokratischen Rechte."

(DIHA, 24.4, ISKU)

3 Jahre Nûçe

Vor 3 Jahren, am 1. Mai 2001, erschien zum ersten Mal die Nûçe. Wir möchten diesen Anlaß nutzen, um uns bei unseren LeserInnen für ihr Interesse zu bedanken und ihnen und allen anderen Menschen einen erfolgreichen 1. Mai zu wünschen - einen Tag, der das Streben der Menschheit nach Freiheit, Demokratie und Sozialismus manifestiert und voranbringt. *(ISKU)*

---

am 22. April in der Region Erzîna Hatay in den Amanosbergen bei einer Auseinandersetzung mit der türkischen Armee ihr Leben verloren hatten, wurden ihren Familien übergeben. Die beiden Gefallenen und ein weiterer mit Namen Îskender Ulgen waren ins Staatskrankenhaus von Dörtyol gebracht worden. Îskeder Ulgen war ein Tag zuvor in seinem Heimatort Siruc beerdigt worden.

(AW, 28.4., ISKU)

Deutsche Delegation bei Baydemir

Der Vorsitzende der Rechtskommission und des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland, Jens Janik und die Mitglieder der Botschaft Henrich Reinecke und Dietmar Petring besuchten am Dienstag den Bürgermeister der Stadt Amed, Osman Baydemir. Bei dem Treffen wurden Themen wie Flucht und ökonomische Fragen diskutiert. Nach Aussagen Baydemirs sagte die Delegation, wenn der Frieden komme, werde sich auch die Wirtschaft entwickeln und die Produktivität steigen.

(DIHA, 28.4., ISKU)

Kundgebungen für Öcalan in vier Stadtteilen von Merdin

Im Zentrum von Mêrdîn (Mardin) haben Jugendliche in den Stadtteilen Tepebasi, Îpek, Bahçelîevler und Yenî Mahalle Feuer angezündet, Transparente mit der Aufschrift ‚Der Kongra Gel ist hier, Freiheit für Öcalan' hochgehalten und Parolen gerufen.

(DIHA, 29.4., ISKU)

Termine:

Solidaritätskonzert für das Frauengesundheitszentrum in Maxmur (Nordirak)

Am 9.5.2004, ab 16 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstrasse 34, in Bremen. Veranstalterinnen: Frauensolidarität Bremen- Pistgirtiya Jinan; International Free Women`s Foundation

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan
ÖP	Özgür Politika
AW	Azadiya Welat

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 154
7. Mai 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die kurdische Frage und das europäische Recht

Letzter Akt im Öcalanverfahren

Nach dreijähriger Verhandlungsdauer fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 13. März 2003 sein Urteil im Beschwerdeverfahren Abdullah Öcalan versus Türkei. Demnach habe der Kurdenführer kein faires Verfahren vor einem unabhängigen Gericht erfahren, sein Recht auf Verteidigung sei eingeschränkt gewesen und er habe inhumane Behandlung durch die Verhängung der Todesstrafe erlitten. Diese Feststellung des Gerichtshofes werteten die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan durchaus positiv, wenn auch als ausgesprochen ungenügend. Umgehend legten sie Revision ein. Aber auch die Türkei war unzufrieden, weshalb sie sich diesem Schritt anschloss.
Was sind die Gründe für den Widerspruch der Beschwerdeführung? Nach Meinung der Öcalan-Anwälte sei ein zentraler Verstoß gegen Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention vom Gericht nicht zur Kenntnis genommen worden. Diesen sehen sie in der rechtswidrigen Entführung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 aus Nairobi (Kenia). Nach Ansicht der Anwälte hätte sich das Gericht auch mit den Umständen der Verschleppung beschäftigen müssen, die aber vom Gericht völlig außer Acht gelassen worden seien. Eine Verweigerung einer Untersuchung würde jedoch dem allgemeinen Rechtsempfinden widersprechen. Ein weiterer Punkt sei die Todesstrafe. Zwar sei diese mittlerweile aufgehoben; Abdullah Öcalan unterliege jedoch seit seiner Verbringung auf die türkische Gefängnisinsel Imrali einem Haftregime der Totalisolation, welches auch ein Verstoß gegen das Folterverbot darstelle, wie dieser vom Gericht bei der Verhängung der Todesstrafe und der Ungewissheit über ihre Vollstreckung festgestellt wurde. Hierbei habe die kleine Kammer des Europäischen Gerichtshof keine eindeutige Stellung bezogen. Die Türkei hingegen wehrt sich gegen die Feststellung des Gerichtes, dass das Verfahren gegen Abdullah Öcalan nicht rechtstaatlich gewesen sei; denn mit dieser Feststellung ist auch der Status der Person Öcalans deutlich geworden: Er ist ein politischer Gefangener, der aufgrund eines immer noch ungelösten Konfliktes in Gefangenschaft geraten ist. Die Möglichkeit einer solchen Interpretation möchte die Türkei jedoch unbedingt vermeiden.
Nun soll neu verhandelt werden. Am 9. Juni 2004 beginnt das Revisionsverfahren vor der großen Kammer des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. 19 Richter werden über die obenstehenden Beschwerdepunkte zu entscheiden haben. Was sind die Erwartungen der Öcalan-Anwälte? In einer Stellungsnahme gegenüber dem Koordinationsbüro der Internationalen Initiative machten sie deutlich, dass es für sie oberste Priorität habe, dass die Verschleppung als ungesetzlich festgestellt werde. Dabei soll auch Abdullah Öcalan persönlich angehört werden. Ob dies auf Imrali oder per Videokonferenz geschieht, macht für sie keinen Unterschied. Des weiteren erwarten die Anwälte eine nochmalige Bestätigung, dass das Verfahren gegen Öcalan nicht fair gewesen sei, eine Aufforderung zur Aufhebung der Isolationshaft und deren Verurteilung als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonversion, sowie die Zurückweisung aller diskriminierenden Maßnahmen gegen Abdullah Öcalan. Die Öcalan-Anwälte wünschen sich auch, dass das Gericht mehr als bisher den politischen Hintergrund des Verfahrens einbeziehen möge, da zwar Abdullah Öcalan zweifellos ein Individuum aber trotzdem auch ein Produkt eines Konfliktes sei, den er nicht allein zu verantworten habe. Im Rahmen der Suche einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Verfahrensparteien müsse auch die kurdische Frage und eine demokratische Lösung zur Sprache kommen. Andernfalls sehe man sich nicht zu einer gütlichen Einigung im Stande.
Am 9. Juni 2004 wird sich zeigen, inwieweit europäisches Recht zu einer Lösung der kurdischen Frage beitragen kann. Tausende gegen die Türkei gerichteter Verfahren, in denen die Türkei mehrheitlich für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verurteilt wurde, zeigen, dass hier kein Problem vorliegt, was sich individualisieren ließe. Zwar kann auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seinen gegeben Rahmen nicht verlassen. Er schützt die Rechte Einzelner im Bereich des Europarates. Wenn auch innerstaatliche Konflikte letztendlich individuelle Komponenten haben, lässt sich daraus kein ursächlicher Zusammenhang herstellen. Hinsichtlich der ungelösten kurdischen Frage darf man vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zumindest erwarten, dass er dieser Realität Rechnung trägt. Andernfalls wird er seiner Mission nicht gerecht, europäisches Recht zu wahren. Fest steht doch schon jetzt, dass die Türkei noch einen langen Weg zu einer wirklichen Demokratie zurückzulegen hat. Daran werden auch die an den eigenen wirtschaftlichen Interessen orientierten Lobeshymnen einiger EU-Strategen gegenüber den Reformen in der Türkei nichts ändern. Denn ohne eine Lösung der kurdischen Frage wird es keine demokratische Türkei geben. Und eine undemokratische Türkei als Mitglied der EU muss ausgeschlossen sein.

(II, 4.5., ISKU)

Schwere Zeiten in Maxmur

Durch den Rückzug der UN aus dem Irak ist das Flüchtlingslager Maxmur jetzt ohne Vorbereitung mit der Sommerhitze konfrontiert. Inzwischen ist das Lager nach dem Abzug der UN-Mitarbeiter mit grossen Problemen der Wasserversorgung, Stromversorgung und Gesundheitsversorgung konfrontiert. Nach dem Anschlag gegen die UN in Bagdad wurden alle ausländischen Mitarbeiter zurückgezogen; die Tätigkeiten der UN wurden weitgehend eingestellt. Mit dem Lager Maxmur befasst sich nur eine geringe Zahl einheimischer Mitarbeiter des UN-Flüchtlingswerkes. Von der Lösung der Grundprobleme der Flüchtlinge ist man weit entfernt. "Wir haben ungeregelte Stromversorgung; am wichtigsten ist jedoch der zunehmende Wassermangel bzw. die unregelmässige Wasserversorgung. Das ist das grösste Problem. Ausserdem hat die Sommerhitze begonnen. Falls die abnehmende Wasserversorgung sich weiter so entwickelt, können Krankheiten im Lager auftreten und das Leben im Lager wird sich erschweren", sagte der Vorsitzende des Lagerrates, A. Ahmet. Auch bei der Gesundheitsversorgung gibt es Schwierigkeiten. In der Vergangenheit wurden Kranke in grössere Gemeinden ausserhalb des Lagers zur Behandlung geschickt, wenn dies im kleinen Krankenhaus des Lagers nicht möglich war; aber das ist zur Zeit ohne UN nicht möglich. Einige schwere Fälle, die im Lager nicht behandelt werden können, müssen jetzt abwarten.

(MHA, 2.5., ISKU)

Meldungen

Verteidigerbesuch bei Abdullah Öcalan
Nachdem am letzten Mittwoch wegen "schlechtem Wetter" die Anwälte Öcalans keine Erlaubnis zur Überfahrt nach Imrali erhielten, war das dann am vergangenen Freitag und auch am Mittoch wieder möglich. Die Anwälte berichteten, dass sich der Gesundheitszustand Öcalans augenscheinlich verschlechtert habe. Die Verteidigung für den Prozess beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte am 9. Juni sei fertiggestellt worden; der Antrag auf persönliche Anhörung Öcalans sei erneuert worden. In dem Gespräch am Mittwoch rief Öcalan Ministerpräsident Erdogan auf, bis zum 1. Juni einen Dialog mit dem KONGRA-GEL zu beginnen. "Erdogan soll diesem Aufruf eine Antwort geben und einen Dialog beginnen. Andernfalls habe ich keine Wirkungsmöglichkeiten mehr" sagte Öcalan. *(DIHA, 1./5.5., ISKU)*

32. Todestag von Deniz Gezmis
Am 6. Mai wurde in vielen Städten in der Türkei und Kurdistan der 32. Todestag von Deniz Gezmis, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan mit Demonstrationen gedacht. Sie waren Führungspersönlichkeiten der 68er Studentenbewegung, die 1972 im Zuge des zweiten Militärputsches gehängt wurden. Sie sind auch heute noch ein Sinnbild für die Geschwisterlichkeit des türkischen und kurdischen Volkes. Die Demonstrationen richteten sich auch gegen den geplanten Nato-Gipfel in Istanbul im Juni.
(DIHA, 6.5., ISKU)

Auseinandersetzung in Çewlik
In der Umgebung des Dorfes Gaz (Guzeldere)/Çewlik(Bingöl) ist es laut Informationen regionaler Quellen am Dienstag Abend zu Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Volksverteidigungskräften (HPG) und Dorfschützern gekommen. Sechs Dorfschützer sollen dabei verletzt worden sein. Sie kamen in das Krankenhaus von Eleziz (Elazig). Der Dorfschützter Mehmet Basidinç verstarb dort.
(DIHA, 5.5., ISKU)

Vorwurf der Hinrichtung
Bei einem Gefecht in den Amanos-Bergen zwischen türkischer Armee und Volksverteidigungskräften (HPG) am 22. April waren nach ersten Berichten 3 Guerillamitglieder bei den Kämpfen ums Leben gekommen. Inzwischen werden Vorwürfe erhoben, die 3

Außenminister Gül kündigt Freilassung Leyla Zanas an - der EU zuliebe

Beschwichtiger von Ankara

Das türkische Parlament tagt seit Dienstag dieser Woche. Mit dem letzten »Harmonisierungspaket« aus »kleineren Reformen« soll sich die Türkei den wirtschaftlichen und politischen Vorgaben der EU weiter annähern, damit Brüssel im Oktober befriedigt grünes Licht für Beitrittsverhandlungen geben kann. Nach dem EU-gesponserten Ja des türkischen Nordzyperns scheint dem nichts mehr entgegenzustehen – allein, dass die weltweit bekannteste Kurdin weiter in Ankara hinter Gittern sitzt, wirkt noch störend. Als am 21. April 2004 das Skandalurteil von 1994 – 15 Jahre Haft gegen Leyla Zana und ihre drei Abgeordnetenkollegen kurdischer Herkunft – bestätigt wurde, blockierte es zunächst nicht nur den von EU-Kommissar Günter Verheugen noch am 20. April lebhaft gepriesenen »richtigen Weg« zur Reformierung der kemalistischen Dogmen. Kurzzeitig wuchs sogar der Druck auf die türkische Regierung – zumindest verbal wurde europäischerseits Kritik angemeldet. Am 27. April setzte die Parlamentarische Versammlung der EU gar eine Beschlußvorlage von ihrer Tagesordnung ab, mit der jegliche Kontrolle über die Einhaltung der Strasbourger Menschenrechtskonvention aufgehoben werden sollte. Anders: Geplant war, hurtig, still und leise jenes 1996 als Prüfungsinstanz etablierte »Monitoring«-Verfahren zu beenden und damit den Beschluß für die offizielle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vorzubereiten.

Offensichtlich reichte den Mächtigen in Brüssel der auf Gesetzesebene von Ankara signalisierte gute Wille in Sachen »Menschenrechte« – um der Türkei zugleich einen Freibrief für deren Nichtumsetzung auszustellen. Nach wie vor wird in türkischen Kommissariaten gefoltert, wird willkürlich verhaftet, kann Kurdisch nicht gelehrt werden, agiert das Militär als wahrer Herrscher im Südosten des Landes, türkeiweit zumindest als gleichwertiges Regierungspendant. Doch entzündet sich nicht etwa daran die aktuelle Kontroverse, sondern an dem »Zana-Urteil«. Die bange Brüsseler Fragestellung lautet: Was wäre, wenn im Dezember 2004 eine dann frisch gekürte Friedensnobelpreisträgerin in einem Beitrittsland in spe hinter Gittern säße? Schließlich könnte die 1995 bereits mit dem EU-Sacharow-Preis für Menschenrechte ausgezeichnete und mehrfach für Stockholm nominierte Leyla Zana 2004 tatsächlich gewürdigt werden – wie 1993 Nelson Mandela. Leyla Zana ist zum türkisch-europäischen Streitfall geworden. Allerdings zu einem halbherzigen: Ein formeller Beschluß zur Fortsetzung des EU-»Monitorings« wurde nicht gefaßt, so daß die nun vertagte Vorlage über eine Beendigung schnell wieder aktuell werden kann.

Und also stellte der Außenminister der Türkei, Abdullah Gül, am 27. April seinen guten Willen demonstrativ in der Turkish Daily News zur Schau. Das Zana-Urteil habe mit »Gerechtigkeit« nichts zu tun, meinte er und kündigte eine »baldige Freilassung« der vier Gefangenen an. Der Hebel dazu: Die Auflösung der Staatssicherheitsgerichte, eine spezielle Form von Militärgerichtsbarkeit, eingerichtet von der Junta nach dem NATO-gebilligten September-Putsch 1980, verankert in der heute immer noch gültigen Militärverfassung von 1982. Gül: »Eine kleine Änderung der Verfassung wird sicherstellen, daß sie freikommen.«

Gül spielte seine Rolle als Außenminister. Und also würdigte sein direkter Vorgesetzter Recep Tayyip Erdogan, der Erste unter den Ministern, bereits Ende April mit keinem Wort mehr die für Mai oder Juni in Aussicht gestellte Freilassung nach Abschaffung der Sondergerichte: »Wir können nichts weiter tun. Wir müssen die Gewaltenteilung akzeptieren«, verkündete er und brachte zugleich den zweiten türkischen Problemfall, der am 9. Juni erneut vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt werden soll, ins Gespräch. Respekt vor der Gewaltenteilung als »Kopenhagener Kriterium« der EU, erklärte er zynisch, gelte auch für »den ehemaligen PKK-Chef Abdullah Öcalan, der lebenslang im Gefängnis bleiben und nicht, wie oft behauptet, hingerichtet wird«. Im übrigen ginge er davon aus, daß Anfang 2005 die Beitrittsgespräche zur EU wie vorgesehen beginnen könnten – eine realistische Annahme angesichts des unübersehbaren Drängens der EU auf ein Vordringen in den Nahen Osten.

Die Weichen, das Hindernis Leyla Zana umfahren zu können, sind gestellt. Die Zeit und vorgebliche Rechtsstaatlichkeit sollen Kritik besänftigen: Zunächst findet also in der laufenden Woche die erste Lesung des Gesetzes zur Abschaffung der Staatsschutzgerichte statt. Allerdings soll zuvor noch mit der Oppositionspartei verhandelt werden. Einigung ungewiß. Aber: Auf diese Weise soll der skeptische Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer überzeugt werden. Wie allerdings das Militär als unberechenbarer Machtfaktor reagieren wird, weiß niemand. Möglich wäre tatsächlich, daß das Zana-Verfahren bei neuer Gesetzeslage von einem Revisionsgericht zur Neuaufnahme an ein anderes Gericht verwiesen wird. Allerdings würde nicht nur in der Türkei und insbesondere unter der kurdischen Bevölkerung die Frage aufgeworfen werden, warum nicht die Abertausenden anderen von dann illegalisierten Staatssicherheitsgerichten Verurteilten und als politisch Gefangene Einsitzende ebenfalls das Recht auf ein neues Verfahren zugesprochen bekommen. Darunter insbesondere Abdullah Öcalan, der völkerrechtswidrig Verschleppte und menschenrechtswidrig auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer Inhaftierte.

Das Problem, mit dem die Türkei trotz geringer Fortschritte unverändert zu tun hat, ist die kurdische Frage. Eine Leyla Zana in Freiheit, die auf Kurdisch vor Hunderttausenden in Diyarbakir Freiheit für Abdullah Öcalan und für alle politischen Gefangenen fordert, könnten weder Regierung noch Militär ertragen. Die Mächtigen haben Schwierigkeiten, weil die Lösung der kurdischen Frage auch über Zana und Öcalan führt. Doch auch ohne ihr näherzukommen, bleibt der Zugang zur EU für die Türkei geöffnet.

(jW, 6.5., ISKU)

seien unverletzt festgenommen worden. Spuren und Einschüsse an den Leichnamen würden den Verdacht einer Hinrichtung stärken. *(DIHA, 5.5., ISKU)*

Vergeltungsschlag der HPG

Nach den Angriffen der türkischen Armeekräfte in den Gebieten Gabar und Amanos gegen die Guerilla, bei der mehrere Mitglieder der HPG ums Leben kamen, wurden als Vergeltung 2 Aktionen der HPG durchgeführt. Dabei wurden 9 Soldaten getötet, 8 Soldaten wurden verletzt.

Murat Karayilan kündigte im Namen des Vorbereitungskomitees für die neu zu gründende PKK an, dass bei anhaltenden Militäroperationen in der Türkei ein Verteidigungskrieg beginnen könne. *(DIHA, 30.4., ISKU)*

Anklage gegen IHD-Vorsitzenden von Diyarbakir

Gegen S. Demirtas, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD Diyarbakir, ist ein Gerichtsverfahren wegen "Propaganda für eine illegale Organisation" eröffnet worden, weil er in einer Rede "die PKK ist keine terroristische Organisation"; gesagt haben soll. *(DIHA, 3.5., ISKU)*

Änderungsvorschlag im Strafrecht gefährdet medizinische Diagnose von Folter

Während der Arbeit im Unterausschuß der Justizkommission an der Revision des Türkischen Strafgesetzbuches wurde in § 344 vorgesehen, dass ein Bericht, der fälschlicherweise Folter feststellt mit Strafe bedroht werden soll. Die Folterpräventionsgruppe der Rechtsanwaltskammer Izmir qualifiziert die vorgesehene Änderung als einen massiven Rückschritt bei der Folterprävention, sollte sie Gesetz werden. *(BI, 2.5., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan
TAYAD	Solidaritätsverein der Angehörigen von Gefangenen
jW	junge Welt
BI	Birgün

F-Typ-System fordert neues Opfer

Selma Kubat, Mitglied der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP/C), hat sich aus Protest gegen das F-Typ Gefängnis am 189. Tag ihres Todesfastens selbst verbannt. Sie ist die 111. Gefallene im Todesfasten. Ihr Leichnam wurde von ihrer Familie aus dem Kankenhaus in Istanbul abgeholt und in ihr Dorf Gurge (Koyuncu) in der Region Arguvan/Meletiye (Malatya) gebracht. An der Beerdigung nahm eine Gruppe von Tayad teil. Der Vater von Feride Harman, die ebenfalls ihr Leben im Todesfasten verloren hat, sprach auf der Beerdigung. Er forderte ein Ende der Isolationshaft. Man werde das Sterben der eigenen Kinder nicht schweigend hinnehmen. "Sie haben ihr Leben für ein besseres Leben gegeben. Das Sterben soll mit Selma beendet werden."

Selma Kubat wurde am 05. November 2001 während des Armutlu Massakers, wo 4 Menschen staatlich ermordert worden waren, festgenommen. Sie begann ihr Todesfasten in der Frauen- und Kinderhaftanstalt von Bakirköy. Am 30. März 2004 wurden sie und weitere 18 Menschen zu jeweils 12 Jahren und 6 Monaten Haft wegen "Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation" verurteilt. Nach ihrer Verurteilung wurde sie in das Gebze Gefängnis verlegt, wo sie sich verbrannte, um der Zwangsernährung zu entgehen.

(TAYAD, 2.5., DIHA, 4.5., ISKU)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 155
14. Mai 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdischer Politikerin droht Auslieferung an die Türkei

Freiheit für Nuriye Kesbir!

Seit dem 5. März 2004 befindet sich Nuriye Kesbir, Mitglied des Exekutivrates des Kongra-Gel, erneut auf Grund eines Auslieferungsbegehrens der Türkei in einem holländischen Gefängnis. Am 7. Mai beschloss das Oberste Gericht ihre Auslieferung. Nuriye Kesbir trat in einen unbefristeten Hungerstreik. Wir dokumentieren im folgenden leicht gekürzt die Erklärung, die sie aus diesem Anlass verfasst hat:

An mein Volk und die demokratische Öffentlichkeit!

Seit dem 7. Mai bin ich offiziell im Hungerstreik, um gegen das Urteil des Niederländischen Obersten Gerichtshofs, das meine Auslieferung in die Türkei ermöglicht, zu protestieren. Damit will ich weiteres Unrecht verhindern, meine Parole lautet: "Frei leben oder überhaupt nicht leben!"
Ich will kurz erläutern, wie ich zu dieser Entscheidung gelangt bin: Am 25. September 2001 kam ich in die Niederlande und beantragte Asyl. Mein Antrag wurde abgelehnt, und bis heute führt man im Namen eines Gesetzes, dessen Zweck es ist, mich außer Landes zu bekommen, einen Kampf. Nach 15monatiger Gefangenschaft wurde ich durch ein Urteil eines Amsterdamer Gerichts auf freien Fuß gesetzt.
Das Gericht wies das Auslieferungsersuchen der Türkei zurück, da es ihre Behauptungen als unzutreffend einstufte. Aber durch einen Revisionsantrag beim Obersten Gericht durch das Asylministerium und die Staatsanwälte ließ man das ganze von vorne beginnen. Aufgrund dessen wurde ich am 5. März 2004 durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofs in Den Haag wieder verhaftet.
Es ist klar, dass diesem Beschluss jede juristische Dimension fehlt. Dieses Urteil, das durch und durch politisch ist, ist nichts anderes als die immer gleiche Ignoranz gegenüber dem legitimen Kampf des kurdischen Volkes. 15 Jahre bewaffneten Kampfs werden genauso ignoriert wie der seit fünf Jahren einseitig eingeleitete Prozess von Frieden, Demokratie und einer Lösung der kurdischen Frage. Mit diesem Urteil billigt man die Repression des türkischen Staates gegen unser Volk in dieser Zeit, die Massaker und die Zerrüttungspolitik. Mehr als 4000 Dörfer wurden entvölkert und zerstört, Millionen von Menschen wurden mit Gewalt vertrieben, zehntausende revolutionär und demokratisch gesinnter Menschen sowie Intellektuelle wurden inhaftiert, und vor allem ist der Vorsitzende Apo, dem das kurdische Volk bis ins letzte loyal ist, seit fünf Jahren in einer Einzelzelle isoliert. Den beharrlichen Bemühungen für Frieden und Demokratie gegenüber, die der Vorsitzende Abdullah Öcalan trotz dieser verschärften Isolationsbedingungen fortsetzt, verhält sich die Weltöffentlichkeit wie die drei Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Es gibt keinerlei Intervention gegen den Terror und die illegalen Praktiken, die gegen das kurdische Volk angewandt werden. Die Friedensinitiativen Abdullah Öcalans werden ignoriert.
Für all das trägt die Europäische Union Verantwortung. Am besten zeigte sie dies, indem sie den Vorsitzenden Apo nicht akzeptierte, als er 1998 nach Europa kam, um eine Lösung für die kurdische Frage zu schaffen, sondern ihn nach Afrika trieb. Anstatt ihren Fehler zu korrigieren, beging sie vor kurzem den größten Fehler in ihrer Geschichte, als sie Kongra-Gel auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte. Mit dem Urteil gegen meine Person werden die Bemühungen beschleunigt, Mitglieder von Kongra-Gel, der demokratischen Organisation des kurdischen Volkes, an die Türkei auszuliefern. Ich sehe dieses Urteil als ein Urteil gegen das kurdische Volk in meiner Person an.
Erst vor wenigen Tagen haben niederländische und andere europäische Abgeordnete des Europäischen Parlaments erklärt, das Gerichtsverfahren gegen Leyla Zana, Hatip Dicle und ihre Freunde sei nicht gerecht gewesen. Heute jedoch wird meine Auslieferung aufgrund einer Garantie beschlossen, die die Türkei angeblich geben wird. Was sie Garantie nennen, ist wahrscheinlich eine staatliche Auftragsvergabe. Es sind wirtschaftliche Interessen, die gegenwärtige AKP-Regierung ist zu jeglichem Zugeständnis bereit. Sie verkaufen die Türkei. Als Gegenleistung für die Liquidierung des kurdischen Befreiungskampfs findet ein Ausverkauf der Türkei statt. Die gegenwärtige AKP-Regierung spielt ein sehr gefährliches Spiel. Leider spielen einige europäische Länder dieses Spiel mit.
In der letzten Zeit habe ich viel darüber nachgedacht, was mein Vergehen ist. Ich kann Ihnen meine Vergehen in ein paar Punkten aufzählen:
1. Als Mensch geboren zu sein und für ein menschliches Leben zu kämpfen.
2. Als Kurdin geboren zu sein und mich am Kampf dafür beteiligt zu haben, dass das kurdische Volk sein Schicksal selbst bestimmen kann. Wenn das ein Verbrechen ist, ja, dann bin ich schuldig!
3. Wenn es ein Verbrechen ist, als Frau dafür zu kämpfen, dass Frauen frei und gleichberechtigt leben können, ja, dann bin ich schuldig.
4. Wenn es ein Verbrechen ist, dass ich wegen meiner Religionszugehörigkeit gegen jede Art von Diskriminierung eingetreten bin, dann bin ich schuldig.
5. Wenn es ein Verbrechen ist, dass ich es nicht bereue, einen legitimen, demokratischen Kampf dafür zu führen, dass mein Volk unter anderen Menschen menschlich leben kann, dann bin ich eine Verbrecherin.
Es ist klar, das Urteil ist eines, das über die Frage, ob ich schuldig bin oder nicht, hinausgeht. Dieses Urteil ist eine absolut politische Entscheidung und stützt sich auf verschiedene wirtschaftliche Vorteile, die man von der Türkei erwartet. Ich erkläre noch einmal: Ich wünsche es dem niederländischen Staat und seiner Regierung, dass sie sich nicht dazu herablassen. Ich fordere die Verantwortlichen, die bis heute so oft den schmutzigen Charakter des türkischen Staats betont haben auf, hinter ihren Worten zu stehen.
Mein weiteres Verhalten hängt von der jeweiligen Entscheidung ab. Solange es keine Fortschritte oder positiven Entwicklungen gibt, werde ich meinen Hungerstreik unbefristet fortsetzen. Ich erkläre einmal mehr vor der gesamten Weltöffentlichkeit meine Haltung. Ich rufe alle fortschrittlichen, demokratischen, intellektuellen Menschen und Institutionen, die für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden kämpfen, zur Solidarität auf.
Der menschliche Willen wird über die Gewalt siegen.
Frei leben oder überhaupt nicht leben!
Meine Grüße und meine Hochachtung,
Nuriye Kesbir
In einem niederländischen Gefängnis, 10.5.2004

Helfen Sie, die Auslieferung von Nuriye Kesbir zu stoppen! Schicken sie Protestbriefe und -mails an das niederländische Justizministerium:
Mr. J.P.H. Donner
Minister van Justitie
Postbus 20301
2500 EH Den Haag
voorlichting@minjus.nl
Telefon: 0031 70 3 70 79 11

Meldungen

Erster komplett kurdischsprachiger Film im Fernsehen
Der örtliche Fernsehsender Gün TV in Diyarbakir zeigte erstmalig in der Türkei einen komplett kurdischsprachigen Dokumentarfilm. Der Sendedirektor kündigte in einer Erklärung an, in Zukunft würden kurdischsprachige Sendungen gezeigt.
(DIHA, 8.5., ISKU)

Proteste gegen Polizeieinsätze in der Istanbuler Universität
Gegen die aktuelle Debatte zum neuen Universitätsgesetz YÖK sowie AK-Partei beschlossen Studenten die Rechtsfakultät der Universität nicht zu räumen. 168 Studenten wurden bei dem folgenden Polizeieinsatz festgenommen. Dagegen protestierten Mitglieder von politischen Parteien, Gewerkschaftsmitglieder sowie Mitglieder von unabhängigen Organisationen. Von der Organisation Halkevleri verurteilte der Vorsitzende M. Cosar die Polizeiaktion; er rief alle Demokraten und demokratische Organisationen zu Protesterklärungen gegen die AKP-Regierung und den Universitätsrektor auf.
(DIHA, 8.5., ISKU)

Kein Hindernis für Rückkehr von Yeziden ins Dorf Magara
Dorfschützer hatten das Dorf Magara im Kreis Idil / Sirnak in ihre Gewalt gebracht; die Bewohner (Yeziden) waren geflohen. Auf Antrag der Bauern hatte die Rechtsanwältin E. Keskin beim Innenministerium Klage eingereicht. In einer Antwort hatte das Landratsamt Idil die Ansiedlung der Dorfschützer bestätigt; für die Rückkehr der geflohenen Bauern könne das Landratsamt kein Hindernis sehen. E. Keskin, obwohl Anwältin der Bauern, konnte das Dorf aber nicht wie gewünscht aufsuchen. "Wenn ich als Anwältin nicht dorthin gehen kann, wie sollen dann die Bauern dorthin zurückkehren? Das soll das Landratsamt erklären" sagte sie. *(DIHA, 9.5., ISKU)*

Roj-TV jetzt im Internet
Roj TV, das am 1. März begonnen hat zu senden ist ab sofort unter der Adresse http://www.roj.tv im Internet zu empfangen. Der Computer braucht für dem Empfang 225 Kbps. Über den Link 'zindi' (live) kommt man zur Live Übertragung. *(DIHA, 8.5., ISKU)*

Türkei schafft umstrittene Sicherheitsgerichte ab
Das türkische Parlament hat am 7. Mai weitere Verfassungsreformen verabschiedet. Demnach

Aufruf an alle Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes

Unterstützen Sie die Klage gegen die „Terrorliste"!

Am dritten April diesen Jahres setzte die Europäische Union KONGRA-GEL, den Volkskongress Kurdistan, auf die Liste der „terroristischen" Organisationen.
KONGRA-GEL ist eine neue Organisation, die im November 2003 mit dem Ziel gegründet wurde, die Rechte der Kurdinnen und Kurden wirksamer zu vertreten. KONGRA-GEL hat sich ausschließlich friedlichen Aktionsformen verschrieben und strebt einen demokratischen Prozess im Mittleren Osten und der Diaspora an, um seine Ziele zu erreichen, die von der kurdischen Gesellschaft und allen, die sich mit der Problematik ernsthaft beschäftigen, als legitim anerkannt werden. In seinem Programm ächtet der KONGRA-GEL den Gebrauch von Gewalt aus nationalistischen Motiven und präsentiert Vorschläge für eine gewaltfreie Lösung, die das Leben der Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten verändern soll.
Den KONGRA-GEL, der sich nie an militärischen Aktionen beteiligt hat und der ein breites Spektrum an politischen Strömungen zusammenbringt, auf die Liste der „terroristischen" Organisationen zu setzen, drückt ganz klar Unredlichkeit, Ignoranz und Inkompetenz auf Seiten der EU aus. Dieser Beschluss ist ein Schlag gegen die Demokratie und die Menschenrechte und beleidigt die Kurdinnen und Kurden.
Wie Leyla Zana in einem offenen Brief an Javier Solana vom 8. April erklärte, ist „dieser Beschluss der unglücklichste, den die EU in ihrer gesamten Geschichte gefällt hat."
Die Tatsache, dass eine bedeutende kurdische Organisation in dieser Weise verurteilt werden kann, ohne ein einziges Argument und ohne eine überzeugende Begründung, ist ein deutlicher Ausdruck dafür, wie wenig die EU eine Lösung der kurdischen Frage insgesamt will.
Der Beschluss hat ernste Konsequenzen, da er alle Anstrengungen der Kurdinnen und Kurden für Menschenrechte und Demokratie negiert. Er ist schlicht inakzeptabel.
Europäische Verteidiger der Menschenrechte müssen darauf bestehen, dass die Europäische Justiz diese Verleumdung als üble Nachrede verurteilt. Die EU-Offiziellen, die dafür Verantwortung tragen, müssen vor europäische Gerichte.

Auf menschlicher Ebene ist es essentiell, dass alle, die sich in Europa für eine menschlichere Zukunft und dagegen kämpfen, dass im Namen von Sicherheit willkürliche Unterdrückung stattfindet, darauf bestehen, dass KONGRA-GEL wieder von der Liste der terroristischen Organisationen gestrichen wird.
Wir rufen all diejenigen, die auf den Weg des demokratischen Kampfs und des Respekts vor den Menschenrechten setzen, den die Kurdinnen und Kurden eingeschlagen haben, und auf alle diejenigen, deren Freundschaft zum kurdischen Volk unermüdlich ist, auf:
Treten sie dem KONGRA-GEL als Individuum oder als Gruppe bei,
Erklären sie Ihre Bereitschaft, sich dem KONGRA-GEL anzuschließen, wäre er nicht als terroristisch charakterisiert oder
Schließen Sie sich der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof nach §173 Absatz 4 an oder klagen sie selbst, um die Kommissionsentscheidung zu annullieren, die KONGRA-GEL als «terroristische Organisation» charakterisiert.

Bitte senden sie ihren Namen, ihre Adresse und ihre berufliche Stellung sowie eine Protestbotschaft gegen den EU-Beschluss an die folgende E-Mailadressen:

Justice.for.kongragel@no-log.org
und
knkberlin@kongrakurdistan.com

Öcalan: Verteidigung des Volkes

Am 11. Mai fand das wöchentliche Treffen Abdullah Öcalans mit seinen Rechtsanwälten sowie seinem Bruder Mehmet Öcalan statt. RA Hatice Korkut informierte über das Gespräch und sagte, Öcalan habe nichts zu seiner gesundheitlichen Situation angemerkt, sei aber in guter Stimmung gewesen. Öcalan habe erklärt, die gegenwärtige Lage sei kritisch; die nötige Entwicklung in Richtung Demokratisierung und Frieden sei zum Stillstand gekommen. "Herr Öcalan rief die Regierung und alle Seiten dazu auf, die Demokratisierung und den Frieden voranzubringen und in dieser kritischen Phase verantwortlich zu handeln, und erklärte, ihre Verantwortung werde in der nächsten Zeit noch steigen."
Zu seiner Gerichtsverteidigung sagte Öcalan, er habe seiner Verteidigung den Titel "Verteidigung des Volkes" gegeben. ‚Ich habe darin alle Themen detailliert dargestellt und die Tatsachen genau untersucht' ." Öcalan rief alle Kreise zur Einheit auf und betonte besonders, man müsse ernsthaft bleiben. Er selbst verteidige im Namen des Volkes die Wahrheit und werde das auch weiterhin tun.
(MHA, 12.5., ISKU)
Anmerkung: Am 9. Juni findet in Straßburg eine Großdemonstration anläßlich des Beginns der Revisionsverhandlung Öcalans statt

Drei Guerillas in Erzîn hingerichtet

Die Militärische Führung der Volksverteidigungskräfte (HPG) gab bekannt, dass die Guerillas Hasan Hatay (Hasan Gorse), Îskender Ulger (Kendal) und Adem Demîr (Siyar), die in der Umgebung des Dorfes Yoncaduzu, in der Region Erzîn/Hatay am 4. April lebend in die Hände der türkischen Armee gefallen waren, von der Armee hingerichtet worden seien.
In der Erklärung heißt es: "Die Verantwortlichen des türkischen Staates stellen die Ereignisse als militärische Auseinandersetzung dar. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Unsere drei Guerillas wurden nach der Auseinandersetzung unverletzt gefangengenommen und wurden dann hingerichtet. Unsere drei Freunde, die gefallen sind waren überhaupt nicht Teil der kämpfenden Kräfte und nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt. In dem Autopsiebericht unserer Freunde und laut Informationen von Augenzeugen wird deutlich, dass unsere Freunde ihr Leben nicht in der Auseinandersetzung verloren haben. In den Körpern unserer Freunde wurden Spuren von Schlägen Folter und aus der Nähe abgegebenen Schüssen festgestellt. Dies deutet daraufhin, dass sie erschossen wurden."

In der Erklärung der HPG heißt es, dass der die AKP Regierung und die türkische Armee sich ausserhalb des Kriegsrechtes und der Genfer Konventionen bewege. Die HPG erklärte, man werde sich im Rahmen der Selbstverteidigung gegen die Verletzung des Kriegsrechtes zur Wehr setzen. Die HPG rief alle demokratischen Institutionen auf gegen diesen Vorfall zu protestieren.

Gefechte in Nusaybin und Gercüs
In den Kreisen Gercüs/Provinz Batman und Nusaybin/Provinz Mardin kam es zu Gefechte zwischen Guerillamitgliedern der Volksverteidigungskräfte (HPG) und der türkischen Armee. Bei der Operation der Armee im Kreis Nusaybin kam ein Mitglied der Guerilla ums Leben.
(DIHA, 8./9.5., ISKU)

sollen in Zukunft keine Vertreter des Militärs mehr im staatlichen Rundfunkrat sitzen. Als wichtigste Neuerung gilt die Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte. Viele Terrorprozesse fanden in diesen Gerichten statt, in denen die Beweislast für die Anklage deutlich niedriger lag als in den staatlichen Gerichten. In den Jahren von 1990 - 2002 haben diese Gerichte 214.885 Menschen angeklagt und verurteilt; davon wurden 82.095 Menschen inhaftiert. *(DIHA, 7.5., dpa,8.5., ISKU)*

Türkisches Parlament beschließt umstrittene Hochschulreform
Die türkische Nationalversammlung hat am 13. Mai in Ankara eine Hochschulreform beschlossen und sich damit über heftige Kritik seitens der Armeeführung hinweggesetzt Mit der Neuordnung der Hochschulverwaltung will Erdogan den Absolventen religiöser Schulen den Zugang zu den staatlichen Universitäten erleichtern. Der Gesetzestext ist in der türkischen Öffentlichkeit heftig umstritten.
(TO, 13.5., ISKU))

Veröffentlichung des Urteils im DEP - Prozess
Der Staatssicherheitgerichtshof DGM Ankara hat das Urteil im DEP-Prozess gegen Leyla Zana, Orhan Dogan, Hatip Dicle und Selim Sadak veröffentlicht. In dem 53-seitigen Urteil heisst es, die Tätigkeiten der ehemaligen DEP-Abgeordneten seien auf die Teilung der Türkei gerichtet gewesen; diese Bemühungen seien eine Verletzung internationaler Abkommen.
(DIHA, 12.5., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
TO	Tirol Online

Termine:

Solidaritätskonzert für die Internationale Freie Frauenstiftung in Holland
Am: 16.05.2004
Im: HIT-HOUSE (S Bahn Nettelnburg) Hamburg
Beginn: 13 Uhr

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 156
21. Mai 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Niederlande weiten Repression gegen kurdische Politikerin aus

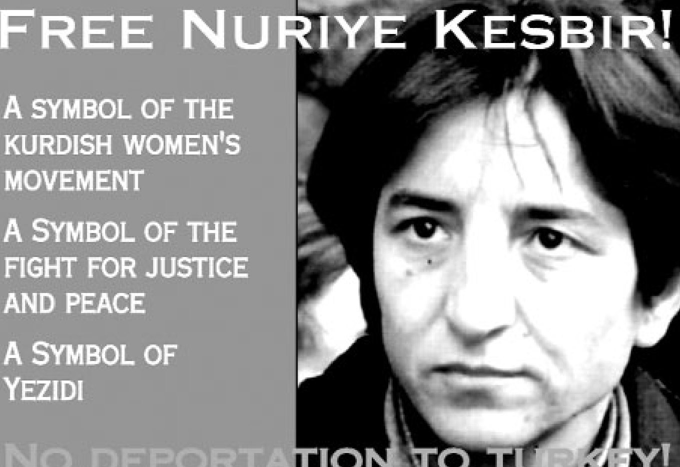
Nuriye Kesbir in Totalisolation

Die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir, deren Auslieferung von Holland an die Türkei vergangene Woche entschieden worden ist, wurde aufgrund ihres Hungerstreiks in eine Zelle im Untergeschoss des Gefängnisses gesperrt. Aufgrund ihres Hungerstreiks als Protest gegen das Auslieferungsurteil wurden jegliche soziale Rechte eingeschränkt. Sie befindet sich in einer Zelle, die für gefährlich geltende und innerhalb des Gefängnisses Straftaten begehende Gefangene gedacht ist. Dort wird sie 24 Stunden am Tag per Kamera überwacht. Sie muss Gefängniskleidung tragen. In der Zelle befindet sich lediglich eine Matratze und eine Toilette. Stifte, Blätter, Zeitung, Fernsehen und Radio wurden ihr verboten, ebenso Telefonate oder der Empfang von BesucherInnen.

Bei ihrem letzten Gespräch mit ihrem Anwalt unterstrich Kesbir ihre Verbundenheit zu Abdullah Öcalan und zum kurdischen Volk. Sie teilte mit, dass sie ihren Hungerstreik so lange fortsetzen wird, bis Gerechtigkeit siegt oder bis sie stirbt.

Weiterhin sagte sie, dass sie froh über die positiven Entwicklungen innerhalb des Kongra Gel sei und die Einheit des Kongresses begrüße. Sie fügte hinzu, dass "Apoculuk" [Apoismus] nicht gestorben ist und stärker und entschlossener als je zuvor sei. Weiterhin gedachte sie der im Monat Mai Gefallenen, grüßte das gesamte kurdische Volk und dessen FreundInnen und schloss mit den Worten: "Entweder wird das Recht siegen, oder mein Sarg wird in die Türkei geschickt".

(ÖP, 14.5., ISKU)



Menschenrechtsbericht für April vorgestellt

IHD warnt vor Chaos in der Region

Die Zweigstelle des IHD in Diyarbakir wies dringlich daraufhin, dass bei den Gefechten im April 5 Menschen ums Leben gekommen seien, 6 Menschen seien verletzt worden, bei einer neuerlichen von Kämpfen geprägten Lage könne das Grundlage für ein Chaos im Gebiet werden. Im Monat April seien insgesamt 315 Rechtsverletzungen vorgefallen, erklärte der IHD; 3 Menschen seien durch Verbrechen "unbekannter Täter" ums Leben gekommen, 2 weitere durch Explosionen von Minen oder Sprengstoff.

Die Zweigstelle des IHD Diyarbakir stellte in ihrem Büro bei einer Pressekonferenz den Bericht über Rechtsverletzungen im Monat April im Bereich Ost- und Südostanatolien vor; im April seien häufige Rechtsverletzungen vorgefallen, sagte Vorsitzender S. Demirtas. Die Vorfälle im Irak seien ein düsterer Schatten über der Entwicklung, sagte er. Zur Situation der Türkei sagte er, Polizisten müssten eine Ausbildung in Menschenrechten erhalten, die besten Gesetze könnten in schlechten Händen äusserst schlechte Auswirkungen haben. "Wenn gegen Mitglieder des Öffentlichen Dienst, die ständig Menschenrechtsverletzungen begehen und nicht damit aufhören, kein Rechts- oder Verwaltungsverfahren eröffnet wird, oder die leitenden Verantwortlichen nicht aus dem Dienst entlassen werden, werden wir den Kampf der Regierung gegen Menschenrechtsverletzungen argwöhnisch beobachten...." Die bewaffneten Auseinandersetzungen der letzten Tage seien besorgniserregend, sagte Demirtas und fuhr fort: "Nach einer Periode langer Jahre bewaffneter Kämpfe haben wir einen Zeitraum ohne Kämpfe erlebt. Die Kämpfe haben aber vor allem in den letzten Monaten wieder zugenommen und könnten im Gebiet ein Chaos auslösen."

Die nachstehenden Fakten wurden zusammengestellt von den IHD-Filialen aus den Regionen im Osten und Südosten der Türkei - aus den Anträgen, die beim IHD eingegangen sind, sowie aus Zeitungsberichten. Insgesamt wurden im April 315 Rechtsverletzungen erfasst.

Gefallene bei Gefechten	5 Tote 6 Verletzte
Verbrechen unbekannter Täter, Hinrichtung ohne Urteil	3 Tote 7 Verletzte
Explosionen von Minen oder Sprengstoff	2 Tote 7 Verletzte
Festnahmen	57 Festgenommene
Angriffe gegen Aktionen der Bevölkerung	1 Fall
Verletzte bzw. Zusammengeschlagene	20 Fälle
Fälle von Folter oder Misshandlungen	32 Beschwerden
a)durch Gendarmariepersonal	2 Fälle
b)durch Sicherheitskräfte	30 Fälle
Beschwerden wegen Verschwundenen	2 Fälle
Verhaftungen	15 Fälle
Behinderungen der Rückkehr in Dörfer	8 Fälle
Entlassung aus Arbeit	2 Fälle
Dienstverfahren oder Strafen	3 Fälle
Untersuchungsverfahren und Strafen	79 Fälle
Geschlossene nicht staatliche Einrichtungen	1 Fall
Verbotene Theateraufführungen und Filme	3 Fälle
Forderung nach Verlegung in anderes Gefängnis	6 Fälle
Forderung nach medizinischer Behandlung	2 Fälle
Anderes	19
Selbstmorde/Selbstmordversuche	12 Fälle

(DIHA, 15.5., ISKU)

Meldungen

Militäroperation in Siirt
Nachdem am Abend des 18. Mai Guerillas der HPG (Volksverteidigungskräfte) die Kaserne der Sicherheitskräfte und die Polizeistation in Perwari Raketen angegriffen hatten, begann am 19. Mai eine Militäroperation. Bei dem Angriff waren ein Polizist und ein Gendarm getötet und ein Polizist verletzt worden. *(DIHA, 19.5., ISKU)*

100 Festnahmen in Syrien
In den Städten Qamislo, Hasekî, Sam (Damaskus) und Heleb (Aleppo) wurden 100 Personen festgenommen. Die 100 Personen wurden mit dem Vorwurf der Beteiligung an den Aktionen vom 12. März festgenommen. 197 Kurden, die direkt nach den Ereignissen verhaftet worden waren sind aus den Gefängnissen Heleb und Sam freigelassen worden. *(DIHA, 18.5., ISKU)*

Haft nach Protestaktion bei Eurovision
Während des Eurovision-Lieder-Wettbewerbs in Istanbul hatten Mitglieder des Solidaritätsvereins TAYAD mit einer Protestaktion vor der Veranstaltungshalle auf die Situation in den türkischen Isolationsgefängnissen hingewiesen. Die Teilnehmer des Protestes wurden festgenommen. Gegen 2 Mitglieder des TAYAD wurde vom Staatssicherheitsgericht (DGM) Haftbefehl eerlassen. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

Aufruf von DEHAP
Nach der Veröffentlichung der Aussagen von A. Aygan, Mitglied eines Einsatzteams des militärischen Geheimdienstes Jitem, in der Zeitung Ülkede Özgür Gündem, rief die DEHAP auf, die Aussagen genau zu verfolgen und die nötigen Schritte einzuleiten. Intellektuelle und Schriftsteller, die gegen Folter an irakischen Gefangenen Protest erheben, sollten sich gegen begangene Folter und Rechtsverletzungen im eigenen Land sensibel verhalten. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

Freispruch für HADEP-Vorstandsmitglieder
Wegen Sprechchören beim ersten Ordentlichen Jugendkongress der inzwischen verbotenen HADEP waren zahlreiche HADEP-Mitglieder, unter ihnen der Vorsitzende A. T. Demir, angeklagt worden. Nach einer Verhandlungsdauer von 3 Jahren und 4 Monaten wurden die angeklagten schließlich in der vergangenen Woche freigesprochen. *(DIHA, 13.5., ISKU)*

Aufruf Öcalans zum 1. Juni

Abdullah Öcalan wiederholte bei seinem regelmäßigen wöchentlichen Gespräch mit seinen AnwältInnen am Mittwoch seinen Aufruf an den türkischen Staat, bis zum 1. Juni ernsthafte Schritte einzuleiten.
Die Anwälte Dündar, Aydinkaya und Yildiz erklärten nach dem einstündigen Treffen, Öcalans Gesundheitsprobleme dauerten an. Das Gespräch habe sich um die Entwicklungen in der Welt und in der Türkei gedreht. Außerdem habe Öcalan "Eine Perspektive zur Überwindung der Stagnation, in der sich die Kurden befinden, vorgelegt. Er kritisierte die Diskussionen innerhalb des Kongra-Gel und präsentierte konkrete Vorschläge für die Institutionen in der Türkei und in Europa. Er machte auch Vorschläge für die sich entwickelnde demokratische Basisbewegung. Außerdem erneuerte er seinen Aufruf an den türkischen Staat, bis zum 1. Juni Schritte zu unternehmen." erklärte Aydinkaya.

(DIHA, 19.5., ISKU)

Armee schießt auf Demonstration – 20jähriger getötet

Demokratische Proteste im Iran

Die Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê/Partei des freien Lebens in Kurdistan (PJAK), die ihre Arbeit vor einem Jahr in den kurdischen Städten des Iran aufgenommen hat, organisierte am Montag und Dienstag Volksversammlungen. Nach den Versammlungen fanden Aktionen mit tausenden Menschen statt. Mit den Aktionen wurde gegen die Unterdrückung der Regierung in Teheran in den kurdischen Gebieten protestiert. Die Polizei und Militärkräfte umstellten viele Dörfer, nahmen Dutzende Menschen fest und töteten eine 20jährigen Demonstranten.
Tausende nahmen an den Versammlungen in den Dörfern Gurde, Rawyanî, Kela Xoy, Mixin, Xebesa Jerîn, Xebesa Jorîn, Hindîwanî, Qeynelîqe, Zerye, Almelî und weiteren Dörfern, die zur Region Urmiye gehören teil. Auf den Kundgebungen nach den Versammlungen wurden Parolen wie "Es lebe Apo" und "Es lebe die PJAK" gerufen. Überall wurde gefordert, dass das Iranische Regime die gefangenen KurdInnen freilässt.
Nach den Kundgebungen umstellten Sicherheitskräfte zahlreiche Dörfer. Nach bisherigen Erkenntnissen wurden bis zu 10 Personen in verschiedenen Dörfern festgenommen. Familien, deren Kinder festgenommen wurden sind in großer Sorge.
Es heißt, in der Region Zerye wurden Îbrahîm Qiyaspor, Senar Gulmuhammed, Salih Cemsîdî und jemand mit Namen Sulhadîn im Dorf Hebese festgenommen und ins Gefängnis überstellt. Während der Festnahme soll gefoltert worden sein.
Im Dorf Berge ist ein kurdischer Jugendlicher durch Schüsse der Armee getötet worden, als TeilnehmerInnen einer Kundgebung sich versammelt hatten und die Freilassung der zuvor Festgenommen forderten. Die Armee schoss auf die TeilnehmerInnen, wobei ein 20jähriger Jugendlicher, dessen Name noch nicht bekannt ist, ums Leben kam.

Nach den Festnahmen fand eine weiterer Versammlung der PJAK im Dorf Zerye, dass zum Kotulital gehört statt. Hunderte nahmen teil und organisierten im Anschluss eine Kundgebung. Die PJAK gab gegenüber MHA eine Erklärung ab, in der die Teheraner Regierung aufgefordert wird die Belagerung der Dörfer aufzuheben.

(DIHA, 18.5., ISKU)

Aktionen in vielen Städten - Auseinandersetzungen mit der Polizei

Gedenken an die Gefallenen

Tausende KurdInnen gingen in Êlih (Batman) zum Friedhof im Stadtteil Yavuz Selîm um den Gefallenen des Monats Mai und sieben Guerillas der HPG zu gedenken, die in der Region Qubîna (Besiri)/Êlih ihr Leben verloren haben. Reden wurden gehalten, in denen gesagt wurde, die Gefallenen hätten mit ihrer Entscheidung den Weg geebnet. Parolen wie "Die Gefallenen sind unsterblich", "Wir sind keine Terroristen, wir sind Apoisten" wurden gerufen, Poster von Öcalan sowie Fahnen des KONGRA-GEL entrollt und Schilder mit der Aufschrift "Wir gedenken Haki Karer und allen Gefallenen des Kampfes", und "Wir sind Kurden und unser Vorsitzender ist Öcalan" hochgehalten.
Die Demonstration wurde an der Tür des Friedhofes von der Polizei angegriffen. Die Menschen beantworteten den Angriff der Polizei mit Steinen. Viele wurden verletzt. Die Spitze der Demonstration, in der viele Parolen gerufen wurden, wurde von der Polizei festgenommen. Nach der Auflösung der Demonstration wurde der Stadtteil Yavuz Selim von der Polizei umstellt.

In Sirnex (Sirnak) haben Jugendliche, die sich den Namen "Unabhängige Bewegung von Botan" geben, zwei Kundgebungen für den Kommandanten Haki Karer, der im Jahr 1977 in Dîlok (Antep) von 'Stêrka Sor' (Roter Stern) ermordet wurde und die Gefallenen des Monats Mai durchgeführt. Sie schrieben Parolen wie "Jugend nach Botan für die Befreiung des Landes" "Die revolutionären Gefallenen sterben nicht" und "Es lebe Apo" auf die Wände.

Auf dem Friedhof von Çeçena/Qoserê (Kiziltepe) fand zum Jahrestag des 18. Mai, dem "Feuer der Vier" eine Gedenkveranstaltung ziviler Institutionen statt. Damit wurde Kurtay, Necmi Öner, Esref Anyik und Mahmut Zengin gedacht. Die vier kurdischen Jugendliche zündeten sich in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 1982 aus Protest gegen die unmenschlichen Gefängnisbedingungen im Gefängnis von Amed (Diyarbakir) selbst an. Kurz zuvor hatte sich Mazlum Dogan mit drei brennenden Streichhölzern in der Hand aus Protest in der Zelle erhängt.
Die Veranstaltung begann mit einer Schweigeminute. Der Vorsitzende von THAY-DER, Musa Alkan sagte in seiner Rede, Ferhat Kurtay und seine Freunde haben ihr Leben für den Freiheitskampf des kurdischen Volkes gegeben. Alkan sagte: "Wir werden sie nie vergessen und auf ihrem Weg weitergehen". Anschließend wurden Nelken auf dem Grab Kurtays niedergelegt.

In den Ameder Stadtteilen Baglar, Huzurevleri und Suriçi fanden Aktionen einer ‚Initiative der Sonne' zum Gedenken an die Gefallenen des Monats Mai statt. Bei den Aktionen wurde der Verkehr blockiert. Bei der Aktion gegenüber des Gefängnis kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei; die Jugendlichen griffen einen Polizeiwagen mit Molotowcocktails an. Infolge der Auseinandersetzung schoss die Polizei in die Luft. Bei der Aktion in Huzurevleri wurden Fahnen des KONRA-GEL entrollt und der Verkehr blockiert. Auch im Stadtteil Surici blockierten die Jugendlichen, die in der Touristikstraße zusammenkamen, den Verkehr. Sie trugen Poster des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan, von Deniz Gezmis und den Vier Gefallenen des 18. Mai. Sie riefen Parolen wie "Es lebe Apo", "Die Gefallenen des Monats Mai sind unsterblich", "Der KONGRA-GEL ist das Volk und das Volk ist hier" und "Wir sind keine Terroristen, wir sind Apoisten".

(DIHA, 18./19.5., ISKU)

Militär schiesst auf Dorfschützer
Beim Beginn der militärischen Operation der Armee im Bereich Cukurca (Hakkari) und Gürpinar (Van) lehnten es Dorfschützer nach Augenzeugenberichten ab, sich an der Operation zu beteiligen. Soldaten eröffneten daraufhin das Feuer auf die Dorfschützer. *(DIHA, 13.5., ISKU)*

Anklage wegen "Herzlich Willkommen"
Gegen den Vorsitzenden der DEHAP, T. Bakirhan, wurden insgesamt 29 Gerichts- sowie Untersuchungsverfahren eingeleitet. Das jüngste Verfahren wurde nun eröffnet, weil er bei einer Wahlkundgebung die Bevölkerung in Kurdisch mit "Herzlich Willkommen" begrüsst hatte.
(DIHA, 13.5., ISKU)

4. Kultur und Kunstfestival in Amed
Zwischen dem 28. Mai und dem 6. Juni findet das 4. internationale Kunst- und Kulturfest für StudentInnnen in Amed (Diyarbakir) statt. Geplant sind zahlreiche Film- und Musikvorführungen und Diskussionsveranstaltungen zu verschiedensten Themen. Dieses Jahr soll ein noch größerer Teil des Programms in kurdischer Sprache umgesetzt werden
(AW, 20.5., ISKU)

Protokollarischer Affront gegen Osman Baydemir
Bei einem offiziellen Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Sener in Diyarbakir wurde Oberbürgermeister Osman Baydemir nicht zum offiziellen Empfang eingeladen. "Ob sie uns akzeptieren oder nicht, dass ist uns nicht wichtig. Aber sie sollen dem Willen des Volkes in Diyarbakir Respekt zollen" war Baydemirs Kommentar dazu.
Sener kündigte bei seinem Besuch an, dass auf einer Strekke von etwa 350 Kilometer die von der Türkei gelegten Minen geräumt werden sollen.
(DIHA, 16.5., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat
ÖP	Özgür Politika

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 157
28. Mai 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Karayilan: Die Probleme sind gelöst, die Arbeit beginnt

Nicht warten, sondern handeln

Der Vorsitzende des Komitees zum Neuaufbau der PKK, Murat Karayilan erklärte, dass die Schwierigkeiten, die in der letzten Zeit innerhalb der kurdischen Bewegung aufgetreten seien mit einer selbstkritischen Annährung gelöst wurden: "Von jetzt an muss sich jede/r für den Kampf einsetzten und sich an der Arbeit beteiligen." Zu den Angriffen der türkischen Armee in den letzten Tagen sagte Karayilan, die Unterstützer des Friedens und der Demokratie müssten aufstehen und dafür einstehen, dass kein neuer Krieg beginnt. Karayilan erklärte, dass falls die Angriffe in der Stärke fortgeführt würden, man entsprechend antworten werde.
Murat Karayilan bewertete in einer Sendung von Roj TV telefonisch die Schwierigkeiten, die in der letzten Zeit beim KONGRA-GEL und dem Neuaufbau der PKK aufgetreten sind.
Karayilan erklärte, die kurdische Bewegung befinde sich in einer Phase des Wandels, aber jeder verstehe den Wandel auf der Basis des eigenen Verständnisses und setze ihn so in die Praxis um. "Gegen alle Mängel wurde die Haltung des Volkes, unserer Kader, auf dem Weg des Vorsitzenden, den Perspektiven unseres Vorsitzenden, und die Annährung der Freunde an die Kritik und Selbstkritik, breit diskutiert. Als Ergebnis hat jeder versprochen auf dem Weg des Vorsitzenden voranzuschreiten.
Karayilan erklärte, dass in den Diskussionen der letzten 13 Tage die Möglichkeiten noch umfangreicher geworden sind: "Auf dieser Basis entschuldigen wir uns bei unserem Volk und unseren Freunden und versprechen, dass solche Mängel nicht wieder auftreten werden. Unsere Bewegung ist eine Bewegung, die auf Werten aufgebaut wurde. Das Blut tausender Gefallener, die Mühe von Millionen Menschen und die Mühe des Vorsitzenden ist in ihr. Alle diese Werte sind zum Vorschein gekommen. Es ist notwendig, dass jeder für diese Werte einsteht und sich an der Arbeit beteiligt.
Karayilan sagte, dass von dem kurdischen Volksführer unaufhörlich von der "umfassenden Demokratie" gesprochen werde, und diese in dem Programm des KONGRA-GEL ihren Platz gefunden habe, dass sie jedoch nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Die Phase der letzten Jahre und die Ergebnisse der letzten Wahlen haben zum Vorschein gebracht, dass vor allem anderen die Demokratie umgesetzt werden muss. Nach den Wahlen wurde deutlich, dass jeder darauf wartet. Es ist jedoch unumgänglich, dass wir nicht nur warten, sondern handeln müssen. Die Haltung "die sollen gehen" ,"die bleiben" ist auch eine unpassende Haltung. Die Menschen, die in der Bewegung sind, und ihre Mühe, die aus dieser Bewegung entstanden ist, muss auch in ihrer Arbeit den Platz einnehmen. Phase für Phase sich selbst kritisieren und arbeiten. Aber man soll nicht beschuldigen.
In diesem Punkt gibt es viele Mängel. Kurz und gut, wir können sagen, dass es im Rahmen der demokratischen Kultur kein Problem gibt, dass wir nicht lösen können. Daher muss sich jeder an der Arbeit beteiligen.
Karayilan erklärte, dass die türkische Armee die stärksten Angriffe der letzten sechs Jahre durchgeführt habe. "Geht es so weiter, werden wir den Kräften der türkischen Armee sehr heftig antworten. Damit der Krieg nicht erneut beginnt, müssen die demokratischen Organisationen und Einrichtungen sich zusammenschließen. Die AKP will die Guerilla und die türkische Armee gegeneinander aufbringen und so in den Besitz der Macht kommen.
Unsere Führung ist seit sechs Jahren unter einer sehr schweren Isolation. Jeden Tag wird seine Situation schlechter. Die politischen Organisationen müssen gegen diese Lage aufstehen und sagen, dass sie nicht wollen, dass ein neuer Krieg beginnt. Wird dieses nicht geschehen, werden wir unsere Haltung gegen sie ändern. Wir werden jetzt über den Selbstverteidigungskrieg diskutieren. Auch unser Volk muss das gut diskutieren. Unsere Organisation muss zunächst die internen Fragen in jeder Form voranbringen. Wir werden an der Demokratie festhalten und wenn keine Antwort kommt, werden wir eine gute Antwort geben. Unsere Kräfte verteidigen sich in jeder Hinsicht und beantworten die Angriffe auf sich. Es ist wichtig, dass die Regierung sich auf eine ernsthafte Weise an die Tatsachen annähert."
Karayilan sagte in seiner Rede, dass die kurdische Volksbewegung eine sehr gefährliche Phase erlebe: "Wir rufen die kurdischen Jugendlichen auf, auf die Berge Kurdistans zu kommen."
(KGO, 18.5., ISKU)

HPG warnen AKP-Regierung

Erneut mahnte das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte HPG die AKP Regierung und die türkische Armee. Die Führung der HPG antwortete im Radiosender des Kongra Gel auf Fragen aus der Bevölkerung zu den letzten Operationen und die Zukunft des Friedens. Die Führung der HPG erklärte, die Operationen der türkischen Armee, die in der letzten Zeit überall in Kurdistan gegen die Volksverteidigungskräfte stattgefunden haben zeigen, dass die Verantwortlichen in der Türkei den Krieg wollen: "Die türkische Armee will einen schmutzigen Krieg, wie in den 90er Jahren, sie will die Guerilla vernichten." Das Hauptquartier warnte die AKP Regierung und die türkische Armee, man werde bis zuletzt von dem Selbstverteidigungsrecht Gebrauch machen und falls ein Krieg begänne, das Leben des gesamten Landes zum Stillstand bringen.
Die HPG erinnerte an die Aufopferungsbereitschaft der Guerilla und des Vorsitzenden des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan: "Die Operationen der letzten Phase haben den einseitigen Waffenstillstand in Gefahr gebracht und die Geduld ist am Ende. Die türkische Armee hat mit Komplotten unsere Freunde gefangen und ermordet. Wenn der türkische Staat Krieg will, soll er wie ein Staat Krieg führen und internationale Konventionen einhalten. Die Führung der HPG sagte, dass sie einen großen Widerstand gegen die Angriffe leisten wird: "Die Guerillas der HPG haben sich in den letzten sechs Jahren in Bezug auf militärische, politische und ideologische Fragen ausgebildet und sind eine professionelle Kraft. Das Hauptquartier erinnerte an den 1. Juni und sagte: "Wir wollen nicht, dass der Krieg beginnt, aber wenn er beginnt wird das Leben in der Türkei erstarren und wieder wird es Schmerzen geben und Tränen fließen". Am Ende der Rede hieß es, alle Jugendlichen sollen sich als Mitglieder der HPG verstehen und auf die freien Berge Kurdistans kommen. *(KF, 24.5., ISKU)*

Meldungen

Radio-Mitarbeiter festgehalten und befragt
Der Vorstand der Radio und Fernsehbehörden hat das zentrale Gebäude der TRT in Istanbul für den NATO-Gipfel zur Verfügung gestellt. Die örtlichen Mitarbeiter wurden von der Polizei auf die Polizeiwache im Stadtteil gebracht und dort für Vernehmungen festgehalten.
(DIHA, 26.5., ISKU)

Staatssicherheitsgerichtshof Van für Meinungsfreiheit
Die Vorsitzende der DEHAP-Frauen in Van, Semira Varli, wurde wegen angeblicher Unterstützung einer illegalen Organisation angeklagt. Sie habe gegen die Haftbedingungen für Abdullah Öcalan protestiert und die Bezeichnung "Geschätzter Öcalan" benutzt. Sie wurde freigesprochen; unter Berücksichtigung des Europäischen Menschenrechtsabkommens habe sie die Meinungsfreiheit benutzt; betreffend der Haftbedingungen habe sie vom Recht auf Kritik Gebrauch gemacht. Das sei nicht als Vergehen zu werten.
(DIHA, 18.5., ISKU)

Angriff auf Gewerkschaftsfunktionäre
In Izmir wurde A. Sahin, Finanzverantwortlicher der TÜMTIS-Verwaltung, und I. Kömürcü, Firmenzuständiger von einer Gruppe von Nationalisten angegriffen und krankenhausreif geprügelt. Nach einer Erstversorgung im Krankenhaus wurden sie von der Polizei auf die Polizeiwache gebracht. *(DIHA, 24.5., ISKU)*

Kurdische Videoclips in Privat-TV der Türkei
Lange wurde nach Fernsehkanälen gesucht wurde, die kurdische Videoclips zeigen würden. Jetzt ist mit dem Sender Flash-TV vereinbart worden, dass die Clips "Helin" der Gruppe Koma Agire Jiyan und von der Gruppe Kardes Türküler "Mirkut" im Sender Kanal D im Rahmen einer Show von Hülya Avsar gezeigt werden.
(DIHA, 24.5., ISKU)

Straferleichterungen bei Presservergehen?
Bei einem "Gipfel" auf Einladung des Justizministeriums in Ankara haben sich Richter und Staatsanwälte der Staatssicherheitsgerichte DGM dafür ausgesprochen, das System von Justizkommission und Oberstaatsanwaltschaft aufrechtzuerhalten; Vergehen wegen Presse und Meinungsäusserungen sollten aus dem Bereich "Schwere Strafen" herausgenommen werden. *(DIHA, 26.5., ISKU)*

Solidaritätsaktionen für Nuriye Kesbir

Am vergangenen Wochenende haben in Den Haag Tausende Kurdinnen und Kurden aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland gegen die geplante Auslieferung von Nuriye Kesbir demonstriert. Während einer Kundgebung der Föderation der Kurdischen Vereine in Holland sprachen unter anderem Vertreter der Sozialistischen Partei Hollands und der Grünen, derweil wurde auf Transparenten "Freiheit für Nuriye Kesbir" gefordert und verlangt, dass Holland nicht "das Massaker am kurdischen Volk" unterstützen solle. Insbesondere warnten Transparente und Losungen vor den Folgen einer Abschiebung der Kurdin in den Folterstaat Türkei.

Vor dem Justizministerium in Den Haag findet seit 18 Tagen ein Solidaritätshungerstreik für Nuriye Kesbir statt. Nuriye selber ist seit dem 7. Mai im Hungerstreik.

Viele Menschenrechtsorganisationen haben Petitionen und Berichte an den Justizminister gesandt. So u.a. Human Rights Watch (HRW), Kurdish Human Rights Projekt (KHRP) und der Menschenrechtsverein in der Türkei (IHD). Vor vielen Konsulaten in Europa fanden Protestkundgebungen statt. Auch in Istanbul demonstrierten am Donnerstag die Friedensmütter, Mitglieder der DEHAP, TUAD und des IHD`s vor dem holländischen Konsulat gegen die geplante Auslieferung. Mit der Entscheidung des holländischen Justizminister Donner über die Auslieferung wurde ursprünglich am 26. Mai gerechnet. Diese wurde nun ohne weitere Angaben von Gründen vertagt.

Sollte der Minister entscheiden Kesbir auszuliefern, wovon auszugehen ist, nachdem er diplomatische Garantien der türkischen Behörden erhalten hat, besteht für Ihre Anwälte die Möglichkeit, einen Eilantrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung beim Haager Zivilgericht zu stellen.

Weitere aktuelle Informationen zu Nuriye Kesbir unter:
www.nadir.org/isku oder
www.nuriyekesbir.com

(DIHA, KI, jW, 26/27.5., ISKU)

Jugendfestival in Istanbul

Das Festival mit dem Namen ‚Festival der Zusammenkunft der Herzen der Jugend und der Freiheitsliebe' das die Jugendorganisation der DEHAP Istanbul organisierte, wurde unter der Teilnahme von 15.000 Menschen in der Olympiahalle von Bagcilar mit großer Begeisterung gefeiert. Der Saal war mit Fahnen der DEHAP, Postern des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan, Mazlum Dogan, Zeynep Kinaci (Zîlan), Sema Yuce, Ali Çiçek, Deniz Gezmis und Che Guevara geschmückt. Überall im Saal sah man Transparente wie "Deniz, Huseyin, Înan unsere Gedanken an Euch erleuchetet unseren Weg", "Wir werden ein gemeinsames demokratisches Land gründen" und "Wir werden die demokratische und ökologische Gesellschaft erschaffen". Das Festival begann mit einer Gedenkminute und Parolenrufen.

Während der gesamten Feier wurden zahllose Poster von Öcalan gezeigt und im Saal aufgehängt. Als die Plakate Öcalans aufgehängt wurden, standen alle Menschen auf und riefen unter Klatschen und im Rhythmus "Öcalan, Öcalan" und "Wir sind im mit dem Herzen und unserem Leben mit dir Öcalan", "die Ketten sollen reißen, Freiheit für Öcalan", "Jugendliche nach Botan für die Freiheit des Landes", "AKP, mach keinen Fehler, unsere Geduld ist am Ende" und "Guerilla schlag zu befreie unser Land".

Der Vertreter der Zentrale der Jugendorganisation der DEHAP, Mahmut Bilgin, der Sprecher der DEHAP Jugend Istanbul, Zennûr Kizilkaya und der stellvertretende Vorsitzende der DEHAP Istanbul, Cemal Kavak spachen. Kavak sprach in seiner Rede über die Entscheidung der EU gegen den KONGRA-GEL: "Wenn der KONGRA-GEL terroristisch ist, sind hier in diesem Saal zehntausend Terroristen. Wenn die EU gegenüber der Geschichte eine reine Weste behalten will, muß sie diese Entscheidung zurücknehmen."

(KGO, 18.5., ISKU)

Mossul: Angriff auf TJAK-Büro

Das Büro der Bewegung der Frauen die Freiheit fordert (TJAK) in der Stadt Mossul/Nordirak wurde angegriffen.

Die Zentrale der TAJK im Stadtteil Cameaya/Mossul wurde in Nacht zum 24. Mai von fünf bewaffneten Personen, deren Identität nicht bekannt ist angegriffen. Bei dem Angriff ist niemand ums Leben gekommen. Sprecherinnen der TJAK erklärten, dass die Polizei über den Zwischenfall informiert wurde. Die Polizei habe Sicherheitsmaßnahmen ergriffen sowie Untersuchungen angesagt.

Frau Aysel Osman Xelîl die während des Ereignisses im Gebäude anwesend war berichtete: "Wir saßen zusammen mit den Kindern im Wohnzimmer als plötzlich das Gewehrfeuer begann. Von der Straße kamen Kugeln zu uns herüber. Die Kugeln schlugen durch das Fenster und alles flog herum. Ich habe die Kinder genommen und auf die Erde geworfen. Die Kinder haben vor Angst geweint. Es kam mir vor, als ob der Angriff Stunden dauerte, aber später haben wir erfahren, dass es nur einige Minuten waren. Wir hatten sehr große Angst."

Die Mitarbeiterin der TJAK Sarya Murat Bervarî sagte: "Seitdem wir hierher gekommen sind, hat man von uns gefordert, dass wir das Wort ‚Kurdistan' von unserem Schild nehmen sollen. Man hat uns mehrmals am Telefon beschimpft und von uns gefordert, das Wort zu entfernen. Auch ein Schild mit der Aufschrift 'TJAK' wurde beschmutzt. Wir hatten es gereinigt und wieder aufgehängt. Diesmal war ein Transparent abgerissen und vor die Tür geworfen worden."

Der Zeuge Melîk Ahmet Huseyîn sagte: "Das Ereignis fand gegen 22.00 Uhr statt. Ich ging die Straße entlang und sah einen Wagen der Marke Opel mit fünf Personen. Sie hatten Masken auf. Vor dem Gebäude stiegen sie aus und sahen sich um. In ihren Händen waren Waffen mit langen Läufen. Sie blieben vor dem Haus stehen und schossen. Dann stiegen sie wieder ein und fuhren schnell weg. Der Wagen hatte kein Nummernschild. Während des Ereignisses waren mehr als 10 Frauen und Kinder im Gebäude. Niemand wurde verletzt, aber es wurde viel zerstört."

(DIHA, 24.5., ISKU)

Vergeltungsangriff in Berwari

Einheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) sind am 18.5. aus fünf Richtungen ins Zentrum von Berwari (Pervari)/Sêrt vorgedrungen, um einen Angriff gegen das Militärgebäude der türkischen Armee durchzuführen. Die HPG erklärte, dass das Ziel des Angriffs die Kaserne der Sicherheitskräfte, das Gebäude des Militärbataillons und die Polizeistation gewesen sei. In der Erklärung heißt es, der Angriff sei mit B-7 Raketen, Handgranaten und anderen Waffen durchgeführt worden. Bei dem Angriff auf die Kaserne der Sicherheitskräfte seien fünf Polizisten getötet und einer verletzt worden. Bei dem Angriff auf die Militärstation und andere Stützpunkte seien viele Mitglieder der Sicherheitskräfte getötet und verletzt worden. Weiter heißt es, drei G3 Gewehre, ein M 16 und anderes Militärgerät sei beschlagnahmt worden. In den eigenen Reihen habe es keine Verluste gegeben. Nach Mitteilung der HPG war die Aktion in Berwari ein Vergeltungsschlag für ein Angriff des türkischen Militärs bei Misare im Kreis Eruh, bei dem 6 Mitglieder der Guerilla ums Leben kamen. *(DIHA, 20.5., ISKU)*

Kapitel DGM abgeschlossen, Diskussion geht weiter

Die Staatssicherheitsgerichte (DGM) – eingerichtet als Bewahrer des türkischen Regimes, um die oppositionellen Kreise zum Schweigen zu bringen durch Verurteilung tausender Menschen zu hunderttausenden Jahren Strafen – sind durch die Unterschrift des Staatspräsidenten N. Sezer unter die Anpassungsgesetze an das EU-Recht am vergangenen Freitag amtlich abgeschafft worden; in der Regierung ist aber die Diskussion darüber nicht beendet, ähnliche Funktionen anderen Gerichten zuzuerkennen.

(DIHA, 22.5., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KGO	Konga-Gel Online
KF	kurdistanforum.com
KI	kurdistaninfo.com
jW	junge Welt

Termine:

"Mîhrîcan" – Internationales Kultur- und Tanzfestival

In den vergangenen Jahren haben die in Deutschland lebenden KurdInnen abwechselnd in verschiedenen Städten einen zweitägigen Tanzwettbewerb veranstaltet. Diese Initiative war so erfolgreich, dass das Konzept dieser Veranstaltung im Jahre 2004 erstmals ausgeweitet wird. Nicht mehr der Wettbewerb soll im Vordergrund stehen, sondern der Austausch der Tanz- und Musiktradition aus unterschiedlichen Regionen Kurdistans mit denen anderer Völker.

Am **30. Mai 2004** findet in der **Universität Hamburg** ab **12 Uhr** im **Audimax** die diesjährige Veranstaltung statt. Veranstalter sind: Baran Kulturhaus e.V. aus Köln, der Asta der Uni Hamburg und der Verband der StudentInnen aus Kurdistan e.V. (YXK).

Lesung und Diskussionsveranstaltung: "Gilgameschs Erben" von Abdullah Öcalan

2. Juni, 20 Uhr im Infocafé B5 (Brigittenstr. 5, Hamburg)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 158
4. Juni 2004

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Türkei zeigt auch nach 6 Jahren Waffenruhe kein Einlenken

HPG beenden Waffenstillstand

Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge einer Erklärung des Kommandorats der Volksverteidigungskräfte (HPG) vom 28.5.2004, in dem die Beendigung des seit 1998 bestehenden einseitigen Waffenstillstands zum 1. Juni erklärt wird. Die vollständige Erklärung ist auf unserer Webseite zu finden.

Der Waffenstillstand, den unsere Führung am 1. September 1998 einseitig ausgerufen hatte, um eine demokratisch-politische Lösung für die kurdische Frage zu ermöglichen, und den unsere Bewegung unter großen Opfern sich fortzusetzen bemüht hat, hat durch die Vernichtungsoperationen des türkischen Staates in den letzten drei Monaten seinen militärischen und politischen Sinn verloren. Wir als Kräfte der legitimen Verteidigung fühlen uns verpflichtet, uns zu diesen Vorgängen zu verhalten.

Die politische Konjunktur in der Region hat in den letzten sechs Jahren als Grundstrategie die Organisierung gemäß der Linie der demokratischen Lösung für das kurdische Volk hervorgebracht. Das Projekt der demokratischen Zivilisation, das der Vorsitzende Apo in diesem Sinne vorgelegt hat, erweist sich als die wissenschaftlichste und realistischste Lösung für die Probleme der Region. Die fast sechs Jahre lang fortgeführte einseitige Waffenstillstandsinitiative war das wichtigste Standbein dieser Strategie bezüglich der Türkei und Kurdistan, wo ein Konzept von "Teile und herrsche" in Form von Verleugnung und Vernichtung praktiziert wird.

Der faktische Waffenstillstand, der mit dem Rückzug 1999 begann, ist durch die Vernichtungsangriffe der letzen drei Monate aufgehoben worden. Die in der letzten Zeit gegen unsere Kräfte in Form von Komplotten durchgeführten Angriffe, gehören zu den schmutzigen Seiten dieser Politik. Während die AKP-Regierung heuchlerisch die Massaker und die Folter der USA am irakischen Volk und Israels an den Palästinensern verurteilt, greift sie hinterhältig mit ähnlicher Grausamkeit unsere legitimen Verteidigungskräfte an. Diese Meisterschaft in der Verstellung zeigt sie auch bei den Reformen, die sie im Namen des Beitrittsprozesses zur EU durchführt. Auf der einen Seite wird das Recht auf Publikation und Bildung in kurdischer Sprache gewährt, auf der anderen Seite unter verschiedenen Vorwänden wieder aufgehoben oder nur in minimalem Umfang dem kurdischen Volk gewährt. Die Staatssicherheitsgerichte, die der Staat bei den allerschmutzigsten Angelegenheiten benutzte, werden umbenannt und unter dem Vorwand "der Terror in unserem Land geht weiter" beibehalten. Während auf dem Papier Erneuerung beschlossen wird, ist bis heute kein einziger Beschluss umgesetzt, was auch von internationalen Institutionen kritisiert wird. Den Hintergrund für all diese Politik bildet der Beginn eines Krieges in Kurdistan.

Wir sehen es als Pflicht an, zu diesem Zeitpunkt, an dem wir einer neuen militärischen Situation gegenüber stehen, die Bilanz der letzten sechs Jahre der Öffentlichkeit bekannt zu geben. In den letzten sechs Jahren wurden ca. 700 Operationen gegen die HPG durchgeführt, bei diesen Operationen und Gefechten verloren ca. 500 Angehörige der Guerilla ihr Leben. Trotz dieser Vielzahl von Operationen und Verlusten haben sich die HPG sehr bemüht, den begonnenen Friedensprozess nicht zu unterbrechen und den Waffenstillstand fortzusetzen.

Ob ein Krieg verhindert werden kann, hängt von den Schritten ab, die der türkische Staat und die AKP-Regierung bezüglich einer demokratischen Lösung unternehmen. Wir als HPG tun alles, damit es nicht zum Krieg kommt. Die gegenwärtige Konfliktsituation nicht weiter zu verschärften oder sie zu beenden liegt in der Hand der AKP-Regierung und der Verantwortlichen des türkischen Staates. Die historische Verantwortung dafür liegt bei den türkischen politischen und militärischen Institutionen. Wir stellen folgende Bedingungen, die der türkische Staat erfüllen muss, damit die Konfliktsituation beendet wird:

1. Die gegenwärtige verschärfte Isolationspolitik gegen unsere Führung [Abdullah Öcalan] muss beendet werden, er muss als Garant für Frieden und Demokratie und als Repräsentant des Willens des kurdischen Volkes anerkannt werden.
2. Der Staat muss die Bedingungen für einen bilateralen Waffenstillstand offiziell akzeptieren.
3. Er muss Schritte tun, die einer demokratischen Lösung den Weg eröffnen.
4. Er muss den Teil der Armee, der für die allgemeinen Sicherheitsbedürfnisse überflüssig ist, aus Kurdistan abziehen
5. Er muss den Ausnahmezustand, der unter verändertem Namen in der Praxis weiter fortbesteht, komplett aufheben.
6. Er muss die Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte, die Garanten für Frieden und Demokratie, einstellen.
7. Er muss Folter, Einschüchterung und Repression gegen das Volk unterlassen.
8. Das Dorfschützersystem muss komplett abgeschafft werden.

Wir rufen das kurdische Volk und die türkische demokratische Öffentlichkeit auf, wachsam gegenüber der seit drei Monaten faktisch begonnenen und sich weiter steigernden Kriegssituation zu sein und sich verantwortungsvoll zu verhalten. Dabei ist unser einziger Wunsch Frieden und die Geschwisterlichkeit der Völker. Wir sollen in einen schmutzigen Krieg hineingezogen werden.

Wir rufen unser Volk auf, die Guerilla gegen diese Angriffe zu unterstützen und den demokratischen Kampf zu verstärken. Wir werden die Liquidationspläne gegen die HPG, den einzigen Schutz des kurdischen Volkes, mit der Unterstützung unseres Volkes vereiteln. Das tapfere kurdische Volk, das nie gezögert hat, seine wertvollsten Kinder, sein Leben und sein Hab und Gut zu opfern, ist durch seine Opferbereitschaft zum Beispiel dafür geworden, wie man eine freie Gesellschaft aufbaut.

Das patriotische und demokratische türkische Volk sollte sich gegen die Pläne der AKP stellen, durch Unterwanderung mit Bruderschaften und Sekten den Staat zu erobern. Daher sollte es durch demokratische Aktionen und Organisationen die AKP-Regierung und den türkischen Staat zu einem bilateralen Waffenstillstand drängen.

Abschließend möchten wir noch eines klar machen: Die Adresse für eine Lösung ist Imrali. Wenn die AKP-Regierung oder der türkische Staat mit uns einen Waffenstillstand schließen will, ist der Adressat dafür der Vorsitzende Apo. Den Vorsitzenden Apo als Adressaten für eine demokratische Lösung zu betrachten, wird der Türkei Frieden, Demokratie, Geschwisterlichkeit der Völker und ein freies Leben bringen.

Wir erklären unserem gesamten Volk, dass wir als HPG unter allen Umständen dazu bereit sind, im Rahmen der legitimen Verteidigung zu kämpfen und dass wir die entsprechende militante Entschlossenheit und Opferbereitschaft besitzen. Unser einziges Ziel ist die Förderung von Frieden und Demokratie, die Freiheit des Vorsitzenden Apo und das Wohlbefinden des kurdischen und des türkischen Volkes. *(HPG, 28.5., ISKU)*

Meldungen

Touristen in Türkei nicht gefährdet

Der KONGRA-GEL hat klargestellt, dass Touristen bei ihren angekündigten Aktionen gegen den türkischen Staat nicht zu Schaden kommen sollen. Der Aufruf der Volksverteidigungskräfte HPG zur Vorsicht in der Türkei "darf nicht so verstanden werden, dass es nun Angriffe auf Zivilisten oder ausländische Geschäftsleute und Touristen geben wird", zitierte "Özgür Politika", den KONGRA-GEL-Vorsitzenden Zübeyir Aydar. Die HPG würden im Gegenteil sorgfältig darauf achten, dass keine Zivilisten gefährdet würden, betonte Zübeyir Aydar. *(AFP, 2.6., ISKU)*

Breitangelegte Militäroperation in Wan

Die türkische Armee hat eine Operation gegen die HPG die in Elbak (Baskale) am 29. Mai begonnen hatte ohne dass es zu Auseinandersetzungen gekommen ist beendet. Wie bekannt wurde begannen Militärs der Kaserne Payîzavayê (Gurpinar) dagegen eine breitangelegte Operation in den Dörfern der Gegend von Çildêran (Çaldiran) und Erdîse. Bisher soll es nicht zu Auseinandersetzungen gekommen sein. *(DIHA, 31.5., ISKU)*

Verlegung von Militär in Dersim dauert an

Die Verlegung von Militär, die gestern in Dersim begonnen hat dauert an. Früh morgens brachten zahlreiche Hubschrauber bei Kutudere in der Nähe der Dörfer Bor (Çirali), Mîrîk (Gokçek) und Vartinîk, beim Girê Anabar, dem Roten Berg und den Azîz Abdalbergen Soldaten. *(DIHA, 31.5., ISKU)*

770 Faxe für Nuriye Kesbir

In den Regionen Mêrdîn, Nisêbîn, Dêrîk und Sernex begann eine Faxaktion an das niederländische Aussenministerium gegen die Auslieferung der kurdischen yezidischen Politikerin Nuriye Kesbir. Die Aktion begann am 29. Mai und dauert noch an. *(DIHA, 1.6., ISKU)*

Besorgniserregende Sicherheitsmassnahmen für den NATO-Gipfel

Der Menschenrechtsverein IHD beurteilte die Sicherheitsmassnahmen für den NATO-Gipfel in Istanbul Ende Juni als schon jetzt besorgniserregend. Eine Rückkehr zum Staatsterrorismus sei nicht erstrebenswert, urteilte der IHD. *(DIHA, 27.5., ISKU)*

2. Kongress des KONGRA-GEL

Zübeyir Aydir, Vorsitzender des KONGRA-GEL, gab vor der zahlreichen inländischen (türkischen) und ausländischen Presse die Ergebnisse des ausserordentlichen Kongresses bekannt.
Auf dem Kongress vom 16. bis zum 26.5. wurden bei der Lösung innerorganisatorischer Probleme Ergebnisse erzielt und auf der Linie des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan habe man Einheit erzielt.
Der wiedergewählte Vorsitzende erklärte, ab heute sei der einseitige Waffenstillstand beendet. Aydar kritisierte, der türkische Staat habe hinsichtlich der Lösung der Kurdischen Frage keine Schritte eingeleitet; 5 Jahre lang hätten die Massnahmen gegen den kurdischen Volksführer A. Öcalan angedauert.
In Kurdistan gebe es weiterhin zunehmend Aktionen der Armee gegen die Guerilla HPG.
Aydar betonte, der KONGRA-GEL unterstütze den Beschluss der HPG, den einseitigen Waffenstillstand zu beenden; die HPG werde bei Kämpfen entsprechend der Internationalen Genfer Konvention agieren.
Er rief nichtstaatliche Organisationen und internationale Institutionen dazu auf, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, um einen Krieg und Gewalt zu vermeiden. Er warnte Touristen und Investoren davor, in die Türkei zu kommen.
An die Adresse der EU sagte er, den KONGRA-GEL auf eine Listen terroristischer Organisationen zu setzen, sei eine ungerechtfertigte Entscheidung; die EU solle aktiv werden bei der Lösung der Kurdischen Frage.
An die USA gerichtet sagte er, die Kurden seien die treibende Kraft für die Demokratie im Mittleren Osten. Amerika müsse die Kurdische Frage als Ganzes betrachten. Die Kurden seien für einen Wandel die grundlegende Kraft der Demokratie. Ohne Kurden entwickle sich nichts. Auch sei die Kurdische Frage nicht auf Südkurdistan begrenzt.
Aydar verlangte von den Parteien im Süden, den Norden zu unterstützen. Für eine Lösung der Kurdischen Frage sollten sie aktiv im diplomatischen und politischen Bereich werden.
Betreffend Südwest -Kurdistan kritisierte er die kürzlichen Verbrechen des syrischen Regimes; er begrüsste die Volksproteste in Südwestkurdistan; das syrische Regime solle für die Lösung der Kurdischen Frage Schritte einleiten.
Die Leitung und die Satzung betreffend wurden Änderungen beschlossen; innerorganisatorische Fragen wurden diskutiert.
Mit intensiver Selbstkritik und Diskussionen seien die Probleme behoben worden.
(MHA, 1.6., ISKU)

Öcalan-Prozess am 9. Juni

Am 9. Juni wird vor dem Europäischen Menschengerichtshof (EuGMR) die Verhandlung im Fall Abdullah Öcalan stattfinden. F. Aydinkaya, einer der Anwälte Öcalans, erklärte, die Verhandlung habe historische Bedeutung. Die Rechte Öcalans seien von der türkischen Regierung beseitigt worden; die schwerste Rechtsverletzung sei die Verurteilung zum Tod gewesen, sagte er. Am 12. März dieses Jahres war vom EuGMR festgestellt worden, es habe keine gerechte Verhandlung stattgefunden. Das türkische Staatssicherheitsgericht DGM habe keine gerechte Verhandlung durchgeführt. Der DGM sei kein unparteiisches Gericht gewesen, in der Türkei sei gegen das Prinzip der gerechten Verhandlung verstossen worden.



In Straßburg findet aus Anlaß des Prozesses am 9. Juni eine Demonstration statt. *(MHA, 31.5., ISKU)*

KONGRA-GEL klagt gegen EU-Liste

Der KONGRA-GEL, der auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt wurde, ist vor den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegangen, um zu erreichen, dass die Entscheidung aufgehoben wird. Die Vertretung des KONGRA-GEL übernehmen die Anwälte Mark Muller, Edward Grieves und Gareth Pierce.
Der Antrag wird im Namen des Vorsitzenden des KONGRA-GEL Zubeyîr Aydar gestellt. In dem Antrag heißt es, der KONGRA-GEL wurde auf einem Kongress zwischen dem 27. Oktober und dem 6. November 2003 von 364 Delegierten gegründet. Er ist von der Organisierung, den Methoden, dem Programm und der Zusammensetzung eine neue Organisation. Die PKK wurde im April 2002 auf ihrem 8. Kongress aufgelöst.
Die Anwälte betonten, es handle sich von den Absichten, dem Programm, dem Statut, der Art der Organisierung, der Formen des Widerstandes und der Zusammensetzung des Kongresses um zwei vollkommen verschiedene Organisationen. Es wird hervorgehoben der KONGRA GEL sehe sich als Vertreter des Erbes der Bemühungen des kurdischen Volkes für die Freiheit. In dem Antrag heißt es, dass die Bemühungen des kurdischen Volks das Unrecht zu beenden anhalten. Außerdem werden einige Beispiele aus dem Programm und Statut des KONGRA-GEL gegeben.
Der Antrag für die Klage, die am 3. Juni eingereicht wird, wird von bekannten Persönlichkeiten aus England, Frankreich und Belgien unterstützt. Er wird von den Anwälten Mark Muller, Edward Grieves und Gareth Peirce vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingereicht.
Der Antrag wurde von Intellektuellen wie Jose Bove und Joel Dutto, EuropaparlamentarierInnen wie Luigi Vinci, Ehrenmitgliedern, wie dem belgischen Senator und Soziologen Hugo van Rompaey, dem stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden Jan Beghin, den Anwälten Jean-Pane Munez und Jean Costil und dem Mitglied der Friedensbewegung von Frankreich, Yves-Jean Gallas unterschieben. *(DIHA, 2.6., ISKU)*

"Verschwundene" lebt in BRD

Türkische Menschenrechtler fühlen sich von einer Journalistin hereingelegt, die jahrelang als Opfer der türkischen Sicherheitskräfte galt. "Wir haben für Aysel Malkac Anzeigen erstattet, wir sind für sie in den Hungerstreik getreten, wir haben demonstriert, wir haben uns schlagen und festnehmen lassen", erklärte der türkische Menschenrechtsverein IHD. Wenn sich nun herausstelle, dass Aysel Malkac in Deutschland ein neues Leben begonnen habe, sei das ein großes Unrecht gegen all jene Journalisten, die tatsächlich Opfer der türkischen Sicherheitskräfte geworden seien. Aysel Malkac, eine Mitarbeiterin der Zeitung "Özgür Gündem", war 1993 verschwunden; türkische und internationale Menschenrechtsgruppen gingen bisher davon aus, dass sie von den türkischen Sicherheitskräften verschleppt und getötet wurde. Die stellvertretende IHD-Vorsitzende Eren Keskin forderte Malkac auf, zu den Berichten über ihr neues Leben eindeutig Stellung zu beziehen.
(DS 3.6., ISKU)

Geldstrafe wegen IHD-Mitgliedschaft
Wegen Mitgliedschaft im Menschenrechtsverein IHD in Siirt, wurde gegen den früheren Ortsvorsitzenden der Gewerkschaft Egitim Sen (Lehrergewerkschaft) eine Geldstrafe in Höhe von 1/30 des Monatsgehaltes verhängt, 2 Mio. TL. Der Verein sei für die staatliche Öffentlichkeit ohne Nutzen *(DIHA, 27.5., ISKU)*

Mordprozess in Diyarbakir erneut vertagt
Bei Angriffen auf Gefangene des Gefängnis Diyarbakir 1996 wurden 11 Inhaftierte von Einsatzkräften umgebracht. Der angestrengte Prozess gegen 72 Verantwortliche wurde erneut vertagt *(DIHA, 31.5., ISKU)*

Türkei wegen Folter an linken Oppositionellen verurteilt
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei wegen Folter an 15 Mitgliedern einer marxistisch-leninistischen Oppositionspartei verurteilt. Die Straßburger Richter wiesen die Regierung in Ankara am Donnerstag an, den Klägern zusammen 306.000 Euro Schmerzensgeld zu zahlen. *(afp, 3.6., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
DS	Der Standard

Termine:
"Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage"
Am 11. Juni 2004 veranstalten der Dialogkreis: "Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden" im Abgeordnetenhaus Berlin eine eintägige Konferenz zum oben genannten Thema Neben Gästen aus der Türkei (Dr. Tarik Ziya Ekinci und Pr. Dr. Baskin Oran) werden dort u. a. Bürgermeister a.D. Hans Koschnick, Staatsminister a.D. Herbert Schnoor und MdB Ruprecht Polenz sprechen.
Da ohne vorherige Anmeldung ein Eintritt in das Abgeordnetenhaus nicht möglich ist, bitten wir Sie, sich bis zum 8. Juni beim Dialog-Kreis, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77, dialogkreis@t-online.de, anzumelden.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 159
11. Juni 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Leyla Zana ist frei

Nach einem entsprechenden Antrag des Anwalts Yusuf Alatas beschloss das Kassationsgericht in Ankara am 9. Juni 2004 die Freilassung der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan. Nach Mitteilung der DIHA-Nachrichtenagentur vom 8. Juni soll die Verhandlung für die jetzt freigelassenen DEP-Abgeordneten vor dem Kassationsgericht in Ankara am 8. Juli stattfinden. Der Widerspruch gegen die Entscheidung des Staatssicherheitsgerichtshofs Ankara (DGM) soll dann verhandelt werden.
In einer Erklärung nach der Freilassung der DEP-Abgeordneten aus dem Ulucanlar-Gefängnis sagte Leyla Zana in den Räumen der DEHAP-Zentrale, sie seien am Anfang eines neuen Weges. Ärger und Wut müssten überwunden werden und es sei nötig, den Frieden zu sichern: "Jetzt hat für eine lange Zeit ein weiter Weg vor uns begonnen. Dieser Weg ist voller schmerzhafter Hindernisse und voller Dornen. Aber ich möchte offen erklären, mit starker Selbstachtung haben wir viele Schwierigkeiten überwunden. Wenn wir uns gegenseitig die Hände reichen - KurdInnen mit TürkInnen und TscherkessInnen - können wir diesem Land den Frieden bringen.
Wenn dieses Land die Probleme löst, glaube ich, wird es für das Gebiet eine strahlende Zukunft geben. Wir sind noch am Anfang dieses Weges. Heute ist nicht der Tag, an dem Groll und Wut geschürt werden soll. Es ist der Tag, die Einheit mehr zu stärken. Wir wollen alle zusammen an dieser neuen Entwicklung eines neuen Friedensprozesses teilnehmen um freie Mitbürger zu werden.
Mein Herz ist voller Trauer, aber wir werden glückliche Tage erleben. In diesem gesamten Land gibt es tausende Menschen in den Gefängnissen. Ich bin halb voller Trauer, halb voller Freude und Zuversicht. Ich hätte es gerne, wenn diese Menschen in unserer Mitte wären. Dafür werden wir uns über lange Zeit anstrengen müssen."
Nach der Entscheidung des Gerichtes fand vor dem Gefängnis eine Freudenkundgebung als Begrüßung statt. In der großen Menschenmenge waren auch Familienmitglieder der ehemaligen Inhaftierten, der stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Menschenrechtsföderation, Akin Birdal, VertreterInnen der DEHAP aus der Parteizentrale und aus den Gemeinden und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft BES, Haber-Sen und Tüm Belediye Sen anwesend.
In seiner Erklärung sagte Akin Birdal u.a. die bisherige Rechtsprechung sei kein Recht gewesen. "Sie wurden verurteilt, weil sie Kurdisch sprachen. Jetzt werden im Staatsrundfunk Kurdischsendungen gesendet. Zusammen mit der Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte war auch die Freilassung der DEP-Abgeordneten erforderlich".
W. Schwimmer, Generalsekretärs des Europarates äußerte sich erfreut über die Freilassung. Er glaube, die Türkei werde die Reformen im Bereich Menschenrechte und Demokratie mit Entschiedenheit weiterführen. Auch der EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen hat die Freilassung von den vier ehemaligen DEP-Abgeordneten begrüßt. Er bewertete dies als ein Zeichen für die erfolgreiche Umsetzung von Reformen der vergangenen zwei Jahre. Die EU-Kommission sei gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte immer davon ausgegangen, dass die vier PolitikerInnen keine fairen Gerichtsverfahren gehabt hätten. Die EU-Kommission vertraue nun darauf, dass künftige Verhandlungen den Grundsätzen fairer Verfahren entsprächen.
Nach bekanntwerden der Freilassung der Gefangenen zogen die Menschen spontan an vielen Orten der Türkei und Kurdistan auf die Straße. Sie tanzten und riefen Parolen für Frieden und für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Auch in Amed fanden in vielen Stadtteilen Kundgebungen und Feiern statt. Die Parole: Leyla Zana ist im Gefängnis und die Banden sitzen im Parlament wurde geändert in "Leyla Zana geht ins Parlament die Bande geht ins Gefängnis". In vielen Bezirken von Amed fanden Feiern statt, auf denen bis spät in die Nacht getanzt und Parolen gerufen wurden. *(DIHA, afp, 9.6., ISKU)*

Öcalan-Prozess vor dem EuMRG

Am 9. Juni fand der Prozess, den Abdullah Ocalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strasbourg angestrebt hatte, statt. Vor dem Gericht beschrieben die AnwältInnen Öcalans vor allem das internationale Komplott vom 15. Februar und die Entführung Öcalans aus Nairobi in die Türkei. Die Anwälte sagten, hätte diese Entführung nicht stattgefunden, wäre Öcalan jetzt nicht in Imrali. Sie erklärten, dass diese Ereignisse gegen internationales Recht verstießen.
Außerdem sprachen die Anwälte über die Isolationshaftbedingungen, denen Öcalan ausgesetzt ist, dass er ständig beobachtet wird und von der Außenwelt isoliert ist. Sie kritisierten außerdem die schlechten Bedingungen der Verteidigung. Sie sagten, dass die Treffen mit ihrem Mandanten ständig behindert werden, kritisierten die Tatsache, dass Öcalan von Radio, Fernsehen und Telefon abgeschnitten wird und gingen auf die ständige Verschlechterung seines Gesundheitszustandes ein.
Die Verteidigung des türkischen Staates wurde unter der Führung des Rechtsanwaltes Sukru Alparslan abgegeben. 13 Verteidiger waren anwesend. Alparslan bestritt die Ausführungen der Rechtsanwälte Öcalans und sagte, die Rechte Öcalans würden eingehalten. Er ging auf den Reformkurs der Türkei ein und dass man die Erfüllung der Kriterien der Europäischen Union anstrebe. Alparslan sagte, die Todesstrafe sei aufgehoben worden. Gegen 11.00 war die Verhandlung, die um 9.00 Uhr begonnen hatte, zu Ende. Das Gericht wird seine Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben
Vor dem Gericht hatten sich etwa 500 KurdInnen, überwiegend Frauen und Jugendliche versammelt. Pausenlos wurden Parolen gerufen, Frauen schwenkten rote und gelbe Rosen und die Fahne Kurdistans und hielten Bilder von Öcalan hoch. Zeitgleich zu der Kundgebung, an der aufgrund polizeilicher Auflagen nur 500 Personen teilnehmen konnten, fand eine Demonstration von etwa 25.000 Menschen in der Innenstadt Strasbourgs statt. Im Anschluß fand eine Kundgebung statt, auf der auch der Vorsitzende des KONGRA-Gel Zubeyir Aydar sprach. Aydar berichtete unter anderem von der bevorstehenden Freilassung Leyla Zanas, worauf die Menge in Jubel ausbrach. Er forderte erneut ein Ende des Krieges und einen zweiseitigen Waffenstillstand. Aysel Tugluk grüßte das kurdische Volk in Europa von Abdullah Öcalan und sagte, Öcalan habe betont, dass es das Volk sei, dass den Befreiungskampf auf den Beinen gehalten habe. *(DIHA, 9.6., ISKU)*

Meldungen

Noch keine Entscheidung für Nuriye Kesbir
Trotz anhaltender weltweiter Proteste hält die niederländische Regierung weiter an der geplanten Auslieferung der kurdischen Politikerin Nuriye Kesbir an die Türkei fest. Hintergrundinformationen und Adressen für Protestbriefe sind auf unserer Webseite zu finden. *(ISKU)*

Tödliche Übungsmunition
Durch in der Nähe eines Schiessplatzes gefundene Munition kamen in Van 2 Kinder im Alter von 11 und 6 Jahren ums Leben. Nach Untersuchungen des Gendarmarie-Technik-Labors war die aus Südkorea gelieferte explodierte Übungsmunition Ursache des Todes der Kinder. *(DIHA, 9.6., ISKU)*

Durchsuchungen und Festnahmen bei Nachrichtenagentur
Die Dicle-Haber-Agentur, die einzige kurdischsprachige Nachrichtenagentur der Türkei, wurde Ziel einer Polizeidurchsuchung. Polizisten der Anti-Terror-Abteilung führten die Durchsuchung durch. Bis auf eine Ausnahme wurden alle anwesenden Beschäftigten festgenommen, umfangreiche Arbeitsunterlagen (auch Computeranlagen) wurden beschlagnahmt. Für mindestens 24 Stunden war die Arbeit der Agentur vollständig verhindert. Zeitgleich wurden auch die Monatszeitschriften Özgür Halk und Genc Bakis Ziel von Polizeiaktionen. Auch dort wurden Computerteile beschlagnahmt; die Beschäftigten sowie anwesende Gäste wurden festgenommen. Als Begründung der Polizei wurde die kommende NATO-Tagung in Istanbul genannt. *(DIHA, 8.6., ISKU)*

"Austritt der Türkei aus der NATO"
Aus Protest gegen die Durchführung des NATO-Gipfels in Istanbul Ende Juni organisierte die "Plattform gegen NATO und Bush" in Gaziosmanpasa/Istanbul einen Unterschriftenstand, der auf reges Interesse stieß. Im Aufruf heißt es, die AK-Regierung solle den Rückzug der Türkei aus der NATO beschliessen. *(DIHA, 7.6., ISKU)*

Gewalt gegen Frauen ohne Folgen
In Diyarbakir verlangten Frauenvereinigungen, vor ihren Forderungen nicht länger die Augen zu verschliessen. Bei Gewalt gegen Frauen würden die Täter nicht

Großangelegte Militäroperationen in kurdischen Gebieten

Türkei setzt weiter auf Krieg

Am 1. Juni begann die türkischen Armee in Dersim (Tunceli) und Amed mit einer großangelegten Operation. Die Volksverteidigungskräfte HPG erklärte, dass in Folge dieser Operation eine Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und der HPG stattgefunden habe und das sie am 2. Juni gegen 9.00 Uhr morgens einen Hinterhalt gegen das massive Auftreten der türkischen Armee gelegt habe. In Folge dessen seien bei einer Auseinandersetzung zwei Soldaten getötet, ein Offizier verletzt worden. Am 3. Juni habe die HPG gegen den massiven Druck der Operation der Kaserne Derîk bei Pîrana (Dîcle), das zu Amed gehört einen Hinterhalt gelegt. Im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen haben zwei Soldaten ihr Leben verloren. In Dêrsim (Tunceli) Qeyserî (Kayseri) und Meletî (Malatya) halte die Verlegungen von Soldaten weiter an.

Bei Kämpfen im Gebiet der Provinz Dersim zwischen der HPG und der türkischen Armee kamen nach Berichten der HPG-Pressestelle bei 3 Tage dauernden Kämpfen insgesamt 8 Soldaten ums Leben. Am 5. Juni wurde eine Aktion gegen Unterkünfte der Gendarmerie in Kreis Pülümür durchgeführt wobei 3 Soldaten getötet wurden. Am 7. des Monats wurde in Ovacik die Polizeistation Cevizlidere angegriffen. Hierbei kamen 5 Soldaten ums Leben.

In den Morgenstunden des 7.Juni begannen in der Gegend um Ekrek (Yolguden) und Hubek (Akçadamlar) in Çewlik (Bingöl) Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der HPG. Vier Soldaten sollen verletzt worden sein.

Die HPG erklärte am 7. Juni einen Hinterhalt gegen einen Militärkonvoi, der von einer Militäroperation zurückkehrte auf der Straße Cênek (Yayladere) - Depeyê (Karakoçan) gelegen haben. Zwei Soldaten seien getötet, neun weitere verletzt worden. An vielen Orten in Amed sollen die Gefechte zwischen der Guerilla und der türkischen Armee andauern. Ebenso in Çavres Çewlik (Bingöl) soll eine Militäroperation begonnen haben.

Im Kreis Genc / Bingöl führte die HPG am 8. Juni einen Granatenangriff auf die Gendarmarie-Station Yayla durch. Nach Angaben des Militärs gab es keine Getöteten oder Verwundeten. Bei einer anschließenden Militäroperation im Kreis Yayladere kam es zu einem Gefecht zwischen HPG-Kräften und Militär. In Zusammenhang mit zeitweiligen Kämpfen im Bereich Ovacik/Dersim wurden 50 Mannschafts-Transporter mit Soldaten dorthin verlegt. Die Verlegung wurde auch mit Hubschraubern aus der Luft abgesichert.

Am 6. Juni überfiel die türkische Armee die Dörfer Leylek und Karkarût (Sazlica), die zur Region Gumguma (Varto)/Mûs gehören und nahmen drei Dorfbewohner fest.

Operation in Semsur (Adiyaman): Drei Guerillas gefallen

Bei einer Operation der türkischen Armee in der Umgebung des Dorfes Fexrîkan (Kayaonu) /Semsûr verloren im Sperrfeuer der Armee drei Guerillas ihr Leben. Es heißt im Zusammenhang mit der Operation wurden sechs Leute verhaftet, die Dörfer der Umgebung durchsucht.

(DIHA/MHA,5-9.6., ISKU)

Dörfer bleiben ohne Lebensmittel

Nach einem Angriff der HPG auf die Kaserne German, bei der 12 Soldaten ums Leben gekommen waren, wurde das Betreten und Verlassen der Dörfer in der Umgebung verboten. Die Einwohner des Dorfes Tal (Ogul), die dieses Jahr mit Erlaubnis des Gouverneurs in ihr Dorf zurückgekehrt waren, wandten sich an den IHD. Die Bewohner erklärten, seit drei Tagen hätten sie keine Erlaubnis in ihr Dorf zurückzukehren. Nachdem die Sicherheitskräfte der Gegend eine Operation begonnen haben und die Auseinandersetzungen andauerten, wurden Verordnungen, die dem OHAL (Ausnahmezustand) gleichen, in Kraft gesetzt. Das Dorf Tal war 1993 mit der Begründung von Sicherheitsfragen geräumt worden. Dieses Jahr im April hatte der Gouverneur Erdogan Gurbuz die Erlaubnis zur Rückkehr gegeben. Die Bewohner wandten sich jetzt an den IHD von Culemêrg (Hakkarî). Der Dorfbewohner Yusuf Zîrek, der am 31. Mai das Dorf verlassen hatte um Lebensmittel zu besorgen und dem jetzt die Rückkehr verweigert wurde sagte: "Es gibt kein Telefon und keine Elektrizität, die Leute wohnen in Zelten. Wir sind beim Neuaufbau unserer Häuser, die seit Jahren verlassen waren. Wenn es so weitergeht müssen wir das Dorf erneut verlassen."

Die Leiterin des IHD von Culemêrg, Leyla Çîftçî erklärte, dass sie sich nach dem Besuch der Dorfbewohner an die Kommandantur des Regiments gewandt habe. "Der Sprecher sagte mir, eine Militäroperation habe begonnen, daher sei das Betreten und Verlassen des Dorfes verboten. Ich sagte ihm diese Verordnung habe keinen Sinn. Er sagte mir: Sie haben keine Ahnung.' Diese Verordnung ist reine Willkür. Wir werden heute beim Gouverneur einen Antrag stellen die Verbote aufzuheben."

(DIHA, 4.6., ISKU)

Ein Rückzug ins Privatleben

Der Vorsitzende des Kongra Gel Zubeyîr Aydar gab eine besondere Erklärung an die Nachrichtenagentur Mezopotamya ab, in der er sagte, dass es im Befreiungskampf immer noch Personen gäbe, die sich offenbar ein anderes Leben vorstellen, aber man werde diese jetzt nicht auf die Tagesordnung setzen.

Auch zum außerordentlichen Kongress äußerte sich Aydar: "Auf dem Kongress wurden unsere Entscheidungen angenommen und konnten beschlossen werden. Doch leider haben nach dem Kongress Osman Öcalan und Nîzamettîn Tas dass Meder Verteidigungsgebiet verlassen. Wie wir erfahren haben geht es ihnen um ihr Privatleben.

Aydar bewertete die Ereignisse folgendermaßen: "Diese Freunde hatten sich am Kongress beteiligt, haben nach dem Kongress ihr Wort gegeben und der neuen Leitung gratuliert und gesagt, wir sind zusammen. Diese Worte haben sie auf den Stühlen des Kongresses gesagt, aber in der vergangenen Phase hatten sie keine Aufgaben übernommen."

Nur Osman Öcalan und Nîzamettîn Tas haben geheiratet und sie haben sich mit ihren Frauen nach dem Kongress seit drei Tagen aus dem Guerillagebiet entfernt. Wir haben ihnen einen Platz angeboten, aber Osman und Nîzamettîn sind mit ihren Frauen in die Stadt gegangen.

Aydar äußerte sich zu einigen anderen Mitgliedern des Kongra-Gel, die in der vergangenen Zeit mit Osman und Nîzamettîn verbunden waren: "Diese FreundInnen haben die Absichten von Osman Öcalan und Nîzamettîn Tas nicht akzeptiert und sind bei ihrer Arbeit geblieben."

Der Vorsitzende des Kongra-Gel erklärte, im Befreiungskampf gäbe es immer Personen, deren Zeit vorbei wäre; die Moral und die Linie der Freiheit werden jedoch fortgesetzt. Er sagte, dass die türkische Presse dieses sicher für den psychologischen Krieg nutzen werde und forderte das Volk auf, sich davor zu schützen. Am Ende seiner Rede sagte der Vorsitzende des Kongra-Gel, dass der Befreiungskampf sich auf der Linie des Kongresses vereinigt habe und die legitime Selbstverteidigung auf der Tagesordnung stehe, die HPG bereite sich darauf vor und habe mit ihren Vorstößen begonnen. *(KF, 7.6., ISKU)*

bestraft, gesetzliche Änderungen seien unzureichend, die Strafen seien nicht abschreckend und würden deshalb kein Ende der Gewalt bewirken. Nach jüngsten Untersuchungen von Amnesty International wird jede dritte Frau in der Türkei Opfer von Gewalttaten. *(DIHA, 7.6., ISKU)*

Mîhrîcan in Amed wurde mit großem Konzert beendet

Das 4. Mîhrîcan*, Kunst und Kulturfest in Amed, an dem 10.000 Menschen teilgenommen hatten wurde beendet. Teilgenommen hatten u.a. Koma Azad, der bekannte Künstler Goran Bregoviç, Leman Sam, die Tanzgruppe Agirê Anatolya (=Feuer Anatoliens, trat auch beim Grandprix auf). Die teilnehmenden KünstlerInnen forderten Frieden, Geschwisterlichkeit und Freiheit. Das Volk feierte mit Jubel, Trillern, Klatschen, Parolenrufen und traditioneller Kleidung.

(DIHA, 7.6., ISKU)

Rückzug der Kurden aus der Irak-Regierung?

Falls der Status Südkurdistans nicht im Entwurf der UN nicht für einen künftigen Entwurf berücksichtigt werde, würden sich die Kurden aus der Übergangsregierung zurückziehen. In der vorliegenden Form sei der Entwurf nicht akzeptabel. N. Barzani, Vorstandsmitglied der Irak Kurdistan Demokratie Partei erklärte, im Irakplan müsse die Autonomie für die Kurden vorgesehen sein. Andernfalls sei die Einheit des Landes gefährdet. M. Osman, Mitglied der früheren Übergangsregierung des Irak sagte, die Kurden müssten sich aus der Regierung zurückziehen. Bei den Debatten um die Übergangsverfassung habe es heftige Kontroversen zwischen Kurden und Schiiten gegeben. Die USA würden inzwischen mehr die Interessen der Schiiten bzw. Araber verfolgen.

(MHA, 7.6., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
KF	kurdistanforum.com

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 160
18. Juni 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Gesellschaft fordert Frieden, der Staat führt Krieg

Diskussionen um Waffenstillstand

Angesichts des zunehmend eskalierenden Krieges in den kurdischen Gebieten der Türkei wird der Ruf nach Frieden in der Gesellschaft immer stärker. Zusätzlichen Auftrieb erhielt die Friedensbewegung in der vergangenen Woche durch die Freilassung der kurdischen Politikerin Leyla Zana und ihrer ebenfalls 10 Jahre lang inhaftierten Kollegen Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan. Die vier ehemaligen DEP-Abgeordneten nahmen am vergangenen Sonntag an einer von der DEHAP in Amed (Diyarbakir) organisierten Friedenskundgebung teil. Vor zehntausenden Menschen bekräftige Zana die Forderung nach Frieden und Demokratie und rief den türkischen Staat dazu auf, eine Generalamnestie für alle Angehörigen der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen zu erlassen. Gleichzeitig wandte sie sich an den KONGRA-GEL mit der Forderung, den am 1. Juni beendeten einseitigen Waffenstillstand um ein halbes Jahr zu verlängern.
Im Anschluß an Leyla Zana sprach Hatip Dicle und bezeichnete unter großem Beifall der versammelten Menschen Abdullah Öcalan als "Architekten des Friedens" und forderte dessen Freilassung. Mit der Parole "Leyla ist draussen, nun ist Apo an der Reihe!" bekräftigten die KundgebungsteilnehmerInnen diese Forderung.

KONGRA-GEL: Kein Waffenstillstand ohne sichtbare Schritte der AKP-Regierung
In einer Sendung des kurdischen Roj TV nahm der Vorsitzende der Kommission für die Volksverteidigung des KONGRA-GEL, Murat Karayilan, zur Forderung nach Verlängerung des Waffenstillstands Stellung. "Die Entscheidung der Aufhebung des einseitigen Waffenstillstandes wurde nicht von der politischen Organisation getroffen, sondern von der HPG, zur legitimen Verteidigung." Man habe mit dieser Entscheidung nicht die Strategie des politischen Kampfes verlassen, aber die HPG werde sich und das Volk auf aktive Weise verteidigen. Sie seien keine Anhänger der Verlängerung der Kriegsphase und sie werden alles tun, was der Entwicklung des Friedens und der Demokratie dient: "Wir haben den einseitigen Waffenstillstand fünf Jahre lang mit großer Opferbereitschaft aufrecht erhalten, aber die Operationen gegen uns haben nicht aufgehört."
Zu den Aufrufen der ParlamentarierInnen von DEP und DEHAP sagte Karayilan: "Wir vernehmen die Aufrufe mit Achtung, aber im Moment muss die AKP Regierung sichtbare Schritte unternehmen um die Entscheidung zu verändern." In diesem Zusammenhang nannte Karayilan folgende Bedingungen:
-Aufhebung der Isolation Öcalans und Verbesserung seiner Haftbedingungen.
-Beendigung der Angriffe gegen das Volk und seine demokratischen Aktionsformen
-Schaffung der Möglichkeiten für die Dorfrückkehr
-Schaffung der Möglichkeiten für den Dialog und Gründung von Dialoggruppen
-Zweiseitiger Waffenstillstand für einen bleibenden Frieden

Gefechte fordern 48 Tote in den letzten zwei Wochen
Nach Angaben des Presse- und Nachrichtenzentrums der HPG hat die türkische Armee in den 15 Tagen nach Beendigung des Waffenstillstandes mit hochentwickelter Technik und einer großen Anzahl von Soldaten 18 Operationen durchgeführt. Bei diesen Operationen begegneten sich die HPG und die türkische Armee acht mal. Gegen die Operationen von der türkischen Armee hat die HPG 17 Angriffe durchgeführt. Bei den Gefechten hat die türkische Armee 43 Verluste erlitten, davon 3 Offiziere, 38 Soldaten und 2 Polizisten. Zur Soldaten- und Kriegsbedarfstransport für Operationen wurden 4 Lastkraftfahrzeuge und 3 Panzer von HPG Kräften vernichtet. Bei den Gefechten sind 5 HPG Guerillas gefallen.
(DIHA, 13.6., ÖP 17.6., ISKU)

Gefangene rufen zum Dialog auf

Die Gefangenen der PRD und PJA erklärten, dass der Aufruf des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan für Demokratie und Frieden, der einen sechsjährigen einseitigen Waffenstillstand zur Folge hatte nicht verstanden wurde. Die Regierung verharre in einer Politik des Nichtstuns und Nichtverstehens. Die Gefangenen erklärten, dass diese Annährung in der Phase der AKP Regierung andauert und daher der außerordentliche Waffenstillstand ins Leere gelaufen sei: "Wenn es eine Lösung für die kurdische Frage gibt, liegt sie bei unserem Vorsitzenden. Wir sind ungefähr 5000 Gefangene und erklären, das unser Vorsitzender die Bedingungen liefert, um eine freie Politik zu machen, damit unser Volk seine Rechte erlangt. Wir sind bereit, dafür nicht nur 10-20 Jahre, sondern bis zum Ende im Gefängnis zu bleiben. Ein würdiger Frieden und Geschwisterlichkeit ist nur in diesem Rahmen möglich. Wenn sich die Politik des Staates gegen unseren Vorsitzenden ändert, wird verstanden, dass sich die Politik gegenüber der kurdischen Frage ändert und eine Annährung aufgezeigt wird." Die Gefangenen von PRD und PJA erklärten, dass die Notwendigkeiten für einen bleibenden Frieden durch den KONGRA-GEL aufgezeigt wurden und führten folgende Forderungen auf: "Zunächst ist es wichtig, dass die gesundheitlichen Probleme und die Fragen der Lebensbedingungen unseres Vorsitzenden geklärt werden und die Politik der Isolation beendet wird. Es ist wichtig, dass die Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte aufhören und die Bedingungen für einen einseitigen Waffenstillstand geschaffen werden. Außerdem ist es wichtig, dass die Angriffe gegen die demokratisch-friedlichen Aktionen des Volkes beendet werden." In der Erklärung der Gefangenen heißt es, der Fall des Vorsitzenden des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan und zehntausend anderer wurde in einer willkürlichen Weise verhandelt und verurteilt. "Es ist notwendig, dass die Verurteilungen, die unter der Kontrolle der Oligarchie durchgeführt wurden aufgehoben werden. Sicherheiten für die freie politische Betätigung und die Anerkennung der Identität müssen gegeben werden.

Gefangene der PJA: Wir sind mit Kesbir
Die Gefangenen der PJA im M-Typ Gefängnis von Midiyat haben erklärt, dass sie keine grundlegenden Entwicklungen in der kurdischen Frage sehen. Die bisherigen Schritte seien nicht lösungsorientiert. Die PJA Frauen drückten ihre Freude über die Freilassung der früheren Parlamentarierinnen der DEP aus und protestierten gegen die Entscheidung des holländischen Gerichtes über die Auslieferung Nuriye Kesbirs. Die Gefangenen bewerteten die Entscheidung als Paradox und äußerten sich dahingehend, dass sie als gefangene Frauen bei Nuriye Kesbir seien.
(DIHA, 15./16.6., ISKU)

Meldungen

Ermittlungsverfahren gegen Leyla Zana wegen Rede in Kurdisch
Gegen die ehemalige DEP-Abgeordnete L. Zana wurde von der Generalstaatsanwaltschaft Diyarbakir ein Ermittlungsverfahren wegen ihrer Rede am 13. Juni in Diyarbakir eröffnet. Mitglieder des Veranstaltungskomitees wurden bei der Polizei vorgeladen und nach dem Grund der Rede in kurdisch gefragt.
(DIHA, 16.6., ISKU)

Kurdischverbot im Gefängnis Malatya
Im E-Typ - Gefängnis Malatya dürfen die Angehörigen von PRD mit ihren Familienangehörigen kein Telefongespräch in Kurdisch führen; auch ist verboten, Freunden in anderen Gefängnissen Fotos zu schicken.
(DIHA, 16.6., ISKU)

Kein Treffen für Anwälte mit Öcalan
Angeblich weil das Boot für die Überfahrt nach Imrali defekt sei, konnten die Anwälte ihren Mandanten Abdullah Öcalan für die wöchentliche Beratung nicht treffen. *(DIHA, 16.6., ISKU)*

Gülbahar Gündüz bringt Verfahren vor internationales Gericht
Nach ihrer Entführung vor einem Jahr, bei der die Vorsitzende der DEHAP-Frauenorganisation Istanbul gefoltert und sexuell misshandelt wurde, gab es in ihrem angestrengten Prozess nach Bericht des Anwalts bis heute kein Weiterkommen; deshalb werde das Verfahren vor ein internationales Gericht gebracht.
(DIHA, 14.6., ISKU)

400.000 Unterschriften gegen NATO-Gipfel
Für eine Kampagne der TKP gegen den NATO-Gipfel in Istanbul Ende Juni unterschrieben 400.000 Menschen die Kampagne "Istanbul schliesst die Tore gegen den Nato-Gipfel"; die Unterschriften wurden dem Amt des Ministerpräsidenten übergeben. *(DIHA, 14.6., ISKU)*

Nur lokale Fernsehsender wollen in Kurdisch senden
Der Vorsitzende der Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) erklärte, kein einziger nationaler Fernsehsender habe einen Antrag auf Sendungen in Muttersprachen gestellt; lediglich die lokalen Fernsehsender in Diyarbakir und Batman hätten Genehmigungsanträge gestellt.
(DIHA, 14.6., ISKU)

Brief aus dem Gefängnis - Nuriye Kesbir beendet Hungerstreik

Kesbir: Auslieferungsurteil prüfen

Die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir beendete am 10. Juni nach 34 Tagen vorerst ihren am 7. Mai begonnen Hungerstreik. Sie forderte die Regierung dazu auf, das Auslieferungsurteil erneut zu überprüfen. Sie erklärte jedoch, dass sie entsprechend des Verlaufes des Prozesses erneut in Hungerstreik treten werde, falls sie es für nötig halte. Weiterhin erklärte Kesbir:

"Im Verlauf des letzten Monats hat mein Fall insbesondre durch die Unterstützung des kurdischen Volkes, demokratischer Menschenrechtsvereine, verschiedener Frauenbewegungen und Organisationen wie der UNO und Amnesty International eine neue Dimension erreicht. Mit dem Ziel, den Verlauf meines Prozesses nicht zu erschweren habe ich mich, die Ratschläge meiner Anwälte Victor Koppe und Britta Böhler beachtend, dazu entschlossen, zu folgenden Punkten eine Erklärung abzugeben:
1. Das kurdische Volk hat durch seine Haltung bewiesen, dass sein Kampf berechtigt ist und hat gezeigt, dass es das ungerechte Urteil gegen meine Person als Urteil gegen sich selbst begreift. Innerhalb des letzten Monats sind Zehntausende Unterschriften, Faxe, E-Mails und Briefe aus Holland und aller Welt im Justizministerium der Niederlande eingegangen. Ich handele in dem Verantwortungsbewusstsein, dem Justizministerium die Möglichkeit zu geben, diese Realität in ihrem gesamten Umfang zu bewerten.
2. Weiterhin handele ich aus Respekt vor den Erklärungen und dem Einsatz der UNO, von Amnesty International, dem türkischen Menschenrechtsverein IHD und vieler anderer MenschenrechtlerInnen, sowie der Sensibilität der Frauenbewegungen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass ich dem Eintreten dieser Institutionen eine große Bedeutung zumesse und ihre Rolle sehr hoch einschätze.
Hierfür möchte ich mich bedanken und hoffe, dass sie ihre Arbeit weiterhin fortsetzen. Ich glaube daran, dass sie sich nicht mit dem bisherigen Einsatz begnügen, sondern Solidarität leisten, bis die Gerechtigkeit siegt.
3. Ich bin mir bewusst, dass der Kampf des kurdischen Volkes eine sehr empfindliche und heikle Phase durchlebt. Jeder weiß, dass sich der türkische Staat im Wesen und der Geisteshaltung nicht bedeutend verändert hat und damit beschäftigt ist, durch Verschleierung und Gesetzesänderungen einen Termin für einen EU-Beitritt zu erhalten. Heute noch, weil es Vorteile bringt 'Demokrat' kann er am nächsten Tag wieder die militärische Linie einschlagen. Fünf Jahre lang hat der türkische Staat die zum Frieden ausgestreckte Hand nicht ergriffen. So traurig es auch ist, erhalten wir wieder Nachrichten von bewaffneten Auseinandersetzungen. Der einseitige Waffenstillstand ist beendet. Leider hat auch die EU keinen konstruktiven Beitrag zur Erhaltung der Friedensphase eingenommen. Im Gegenteil hat ihre Haltung den Krieg noch aufgewiegelt und angefacht. Ich bin mir sehr wohl über diese Spielchen bewusst und strebe an, meinen legitimen und demokratischen Kampf als Teil des Kampfes gegen sie bis zum Schluss fortzuführen.
4. Dem holländischen Staat, seinen gesamten politischen Parteien und den zivilen Gesellschaftsorganisationen möchte ich folgendes mitteilen: Die Niederlande sind als Land der Freiheiten bekannt, respektvoll gegenüber Menschen- und Frauenrechten, als Mosaik der Religionen und Kulturen, der Überlegenheit des Rechtes und einer Kultur der Verständigung. Sie dürfen sich nicht, unter welchen Umständen auch immer, dem Einfluss von zeitlich begrenztem ökonomischem Profit beugen."

(MHA, 11.6., ISKU)

HPG-Guerilla in Çewlik beerdigt

Am 14 Juni wurde bekannt, dass am 2. Juni zwei Guerillas der HPG, die einen Angriff auf die Polizeikaserne von Yenisehîr/Çewlik gegen die Umzingelung von Soldaten durchführen wollten, ihr Leben verloren haben. Eine Bombe soll in ihren Händen explodiert sein. Einer der beiden, Hakan Önal wurde gestern von seiner Familie aus dem Staatskrankenhaus in Çewlik abgeholt und nach Kanîres (Karliova)/Çewlik gebracht und dort beerdigt. Sein Körper von Brandwunden gezeichnet. Die Familie von Önal, der Stellvertretende Vorsitzende der Freiheitspartei (ÖP), Erdal Söylemez, der Vorsitzende der Ortsgruppe des IHD Çewlik, Ridvan Kizgin, der Sekretär der ehemaligen HADEP, Sevahîr Bayindir holten die Leiche unter weitreichenden Sicherheitsmaßnahmen ab. Der Konvoi mit der Leiche wurde auf der Einfahrtsstraße von Polizei und Gendarmerie angehalten, die Wagen durchsucht und die Personalien festgestellt.
Önal wurde mit der Parole "Sehîd Namirin" (Die Gefallenen sind unsterblich) begraben.

(DIHA, 16.6., ISKU)

Prozess gegen Sahin Engizek: BAW auf Konfrontationskurs

Freiheitsstrafe gefordert

Im Verfahren gegen den kurdischen Politiker Sahin Engizek vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf plädierte die Bundesanwaltschaft (BAW) in der heutigen Verhandlung für eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten ohne Bewährung. Nach ihrer Auffassung sei erwiesen, dass der Angeklagte als Mitglied einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) und Verantwortlicher für den Sektor "Außenbeziehungen" in die Strukturen der PKK eingebunden gewesen sei und über alle Aktivitäten der Organisation Kenntnis gehabt habe.
Die BAW warf Sahin Engizek vor, dass er während des Prozesses keine Einsicht und kein Unrechtsbewusstsein gezeigt habe. Zu seinen Ungunsten spreche ferner, dass er nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft am 25. Januar 2002 gleich wieder politisch aktiv gewesen sei. Sahin Engizek war Ende Oktober 2001 verhaftet worden. Die BAW warf ihm u. a. vor, dass er "Kontakte zu staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie Verbindungen zu interessierten Politikern, Journalisten und anderen Meinungsmultiplikatoren" gehabt habe, um diese für "die sogenannte 'kurdische Sache' zu gewinnen." Die Funktion eines für den Arbeitsbereich "Außenbeziehungen" zuständigen Leiters sei ihm von der PKK-Führung Anfang des Jahres 2000 übertragen worden.
Ein konkretes kriminelles Delikt hat die BAW dem Kurden nicht nachweisen können. Ihr geht es vielmehr darum, die politischen Aktivitäten von Kurdinnen und Kurden mit den Waffen des Strafrechts zu unterbinden. Mit der Behauptung, dass alle kurdischen Organisationen letztlich auf die PKK zurückzuführen seien und eine Veränderung in den letzten Jahren nicht stattgefunden habe, führt die BAW ihren Kampf gegen die Bewegung unvermindert fort. Hierbei sind inzwischen auch deren legale Strukturen in ihr Visier geraten. Das anhängige Verfahren gegen den Vorsitzenden und ein Vorstandsmitglied der Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM, ist ein Indiz dafür, dass die Zerschlagung kurdischer Einrichtungen und somit die Verhinderung der politischen Arbeit auf der Agenda der Strafverfolgungsbehörden steht.
Dieses auf Zerstörung ausgerichtete Vorgehen der Verantwortlichen verurteilt AZADI schärfstens.
Das Plädoyer der Verteidigung wird am Mittwoch, den 23. Juni, um 9.30 Uhr im Nebengebäude des OLG in Düsseldorf, Kapellweg 36, gehalten werden. *(AZ, 16.6., ISKU)*

Nach Durchsuchungsaktionen bei DIHA und weiteren jetzt zwei Haftbefehle
Nach den Polizeidurchsuchungsaktionen Anfang der Woche bei Dicle Haber Ajans DIHA, Özgür Halk u.a. sowie Kulturzentren wurden jetzt der Leiter von Dicle Haber sowie der Redaktionsleiter von Özgür Halk mit Haftbefehl ins Gefängnis Bayrampasa eingeliefert. Vorgeworfen wird ihnen "Organisationsmitgliedschaft".
(DIHA, 12.6., ISKU)

PUK: Föderatives Parlament unabdingbar
Die PUK (Talabani-Partei) kritisierte die Entschliessung des UN-Sicherheitsrates zum Irak; die Entschliessung 1546 widerspiegele nicht die Forderungen der Kurden. Der Verantwortliche der PUK in Mossul, Pire, sagte, den Kurden sei für die Zukunft ein demokratisches, pluralistisches und föderatives Parlament eine Bedingung. "Es ist ganz offensichtlich, dass die Vertretung der Kurden in der Übergangsregierung im Vergleich zum Bevölkerungsanteil unzureichend ist. *(MHA, 16.6., ISKU)*

GÖC-DER: Grund für die Beendigung des Waffenstillstandes sind die andauernden Militäroperationen
S. Gürbüz, Vorsitzende des Sozial- und Kultur-Vereins für Flüchtlinge (GÖC-DER) erklärte, einziger Grund für die Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes durch die Volksverteidigungskräfte (HPG) seien die seit April pausenlos andauernden Militäroperationen; um Frieden zu erreichen, müsse der Staat die Operationen beenden, hieß es in dem Aufruf anlässlich der jährlichen Flüchtlings-Aktionswoche. Um nicht erneut Kämpfe entstehen zu lassen, erklärte M. S. Talay (GÖC-DER Diyarbakir) in einem Aufruf an die staatlichen Verantwortlichen, an KONGRA-GEL und alle Intellektuellen, für den Frieden müsse jeder aktiv werden. *(DIHA, 13.6., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
AZ	Azadi e.V.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 161
25. Juni 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Hatip Dicle nach seiner Entlassung aus 10jähriger Haft

"Wir sind ein Teil des Volkes"

Hatip Dicle, ehemaliger Abgeordneter der DEP im türkischen Parlament, war gemeinsam mit seinen KollegInnen Leyla Zana, Orhan Dogan und Selim Sadak 10 Jahre 3 Monate und 8 Tage im Geschlossenen Zentralgefängnis Ankara inhaftiert. Das Interview, dass wir hier in Auszügen veröffentlichen, führten die Journalisten Aydin Bolkan und Veli Ay von der Nachrichtenagentur DIHA. Es handelt sich um einen Vorabdruck aus dem Anfang Juli erscheinenden Kurdistan Report 114, in dem das Interview in voller Länge erscheinen wird.

Hatten Sie die Haftentlassung erwartet?
Wir hatten die Entscheidung für die erste Hauptverhandlung im Juli erwartet. Wir hätten nicht gedacht, dass der Oberste Kassationsgerichtshof derart schnell entscheiden würde.

Was können Sie aus dem Umstand ableiten, dass es zur Freilassungsentscheidung kam, ohne die nächste Hauptverhandlung des Obersten Kassationsgerichtshofes abzuwarten?
Die Ratsversammlung des Europarats wurde von April auf Mitte Juni verlegt. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, die Türkei aus dem Überprüfungsverfahren [zur Menschenrechtslage] herauszunehmen. Aber im April wurden die Haftstrafen für uns erneut bestätigt, wir denken, die Versammlung wurde planmäßig verschoben, damit die Türkei noch eine Chance bekommt, ihre Entscheidungen zu revidieren, denn ein Land, welches das Überprüfungsverfahren durchlaufen muss, kann auf keinen Fall in die EU aufgenommen werden. Es war also nötig geworden unsere Freilassung zu beschleunigen, sonst wäre die Türkei im Überprüfungsverfahren gewesen, denn im nächsten, sich in Vorbereitung befindlichen EU-Entwicklungs-Report wäre unsere Lage explizit mit aufgeführt worden. Wir können also sagen, dass die Türkei auf dem Weg in die EU zwei große Trümpfe in die Hand bekam.

Wie bewerten Sie die Behandlung der kurdischen Frage durch die AKP?
Wer die AKP stützt, sind die USA. Durch die Irakoperationen ist dies offensichtlich geworden. Die AKP bewegt sich im Rahmen des von den USA vorgelegten "Großer-Mittlerer-Osten-Projekts". Die USA haben, um die Beziehungen Türkei-EU zu glätten, einen Plan vorgelegt. In der Außen- und Innenpolitik ist dieser harmonisierende Einfluss nicht zu übersehen. Die gefährlichste Seite der AKP-Politik jedoch ist die Trennung zwischen PKK und kurdischer Frage. Während im Bereich der Gewährung kultureller Rechte einige Schritte gemacht wurden, stellt der Punkt, die PKK zu ignorieren, eine gefährliche Entwicklung dar. Man darf doch nicht die Augen verschließen, dass es einen fünfzehnjährigen Krieg gegeben hat. Drei- bis viertausend Menschen sind als Opfer unbekannter Täter zu beklagen. Susurluk hat da ja etwas Licht ins Dunkel gebracht. Drei- bis viertausend Dörfer wurden entvölkert. Die Rückkehr in die Dörfer hätte in den vergangenen fünf Jahren planmäßig durchgeführt werden können. Trotz des einseitigen Waffenstillstands wurden die Operationen der türkischen Armee nicht beendet. Fünfhundert Guerillas verloren ihr Leben, immer noch stehen 5 000 Guerillas unter Waffen. Diese Fragen wurden nicht gelöst.

Kann die Beendigung des Waffenstillstands in eine neue Konfliktsituation führen?
Hätte die Türkei in den letzten fünf Jahren getan, was zu tun war, wäre es nie bis zur heutigen Situation gekommen. Doch es wurde so gedacht: "Die USA haben den KONGRA-GEL auf ihre Terrorliste gesetzt. Generell sind auf der Welt alle gegen Terror, also lasst uns das als Gelegenheit nutzen sie zu zerquetschen." Jedoch wurde dieser Kriegserklärung nicht gefolgt, das heißt, in diese Falle wurde nicht getappt. Schlussendlich war die Entscheidung, den KONGRA-GEL auf die Terrorliste zu setzen, eine Ermunterung zum Krieg. Warum? Nun, weil die Türkei in der Folge ihre Operationen wieder ausweitete. In den letzten drei Monaten hat die Heftigkeit der Auseinandersetzungen, wenn auch vom Großteil der Presse ignoriert, einen Stand erreicht, der alle Auseinandersetzungen der letzten Jahre zusammengenommen übertrifft. In der Vergangenheit war die Guerilla auch in diesen Gebieten, die Plätze waren bekannt. Aber der Staat hat keine Operationen mit dem Ziel der Vernichtung durchgeführt. In den letzten drei Monaten jedoch sind Vernichtungsoperationen die Taktik. Natürlich ist dann, dass es auch einen rechtmäßigen Verteidigungskampf gibt. Wie auch immer, dies ist die Situation. Zum Beispiel besagt eine Militärstrategie von Sun Tzu [auch: Sunzi, chinesischer Philosoph u. General, ca. 500 v. u. Z.: "Die Kunst des Krieges"]: "Umschließe den Feind nie von vier Seiten! Er sollte immer nur von drei Seiten angegriffen werden, eine Richtung sollte offen gehalten werden. Greift man von vier Seiten an, führt das zum Widerstand bis zum Tod."
In gewissem Sinne versucht die Türkei so etwas. Sie geht nach Syrien, unterschreibt Verträge des Inhalts "Lasst uns die 5 000 Guerillas zum Gewinn der Gesellschaft ausmerzen", und mit dem Iran wird auf dasselbe hingearbeitet. Die USA werden schwer unter Druck gesetzt und KDP und PUK wird gedroht. Alles mit einer Strategie und dem Ziel der Vernichtung. Während man dies tut, wird man sich – ob man es will oder nicht – selbst mit einem in Gang gesetzten Schutzmechanismus in die Ecke lavieren. Es müsste also so überlegt werden: Was auch immer am 1. Juni passierte, es hätte angemessen reagiert werden sollen.

Worin sehen Sie in einer neuen Epoche eine Mission für sich?
Uns ist es verboten, uns politisch zu betätigen, aktive Mitgliedschaft in einer Partei oder in die Politik zu gehen sowieso. Wir werden aber fortfahren, unsere persönliche Meinung zu sagen, wie wir auch zur Europäischen Menschenrechtskonvention unsere Ansichten betreffs Meinungsfreiheit zum Ausdruck gebracht haben. Wegen der Strafen, die gegen die Türkei im Zusammenhang mit Meinungsfreiheitsdelikten verhängt wurden, muss dem sowieso Beachtung geschenkt werden. Aus dem Blickwinkel heraus werden wir die Ansichten des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes bewerten. Wer wird verletzt, wen betrifft was, entwikkeln sich die Gesetze oder findet nichts Eingang in die Gesetzgebung? Das müssen die Vertreter des Staates entscheiden. Eine passendere Mission sehe ich nicht für uns selbst. Wir sind ebenfalls ein Teil des Volkes, wir stehen auch in seiner Verantwortung. Wir konnten einige Erfahrungen sammeln, auch durch die Berührung mit Gefängnismauern lernten wir dazu. Es ist nicht unsere Absicht, irgendjemandem in dieser Hinsicht Lektionen zu erteilen.
(KR, ISKU)

Meldungen

Besuch bei Abdullah Öcalan verhindert
Der Besuch der Anwälte bei ihrem Mandanten, dem kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan wurde die dritte Woche in Folge verhindert.
Sprecher der Regierung erklärten, der Grund dafür wären dass das Boot noch nicht repariert worden sei. Morgens waren die Schwester Öcalans, Hawa Kese, die Anwälte Mahmut Sakar, Bekir Kaya und Aysel Tugluk nach Gemlik aufgebrochen. Sakar erklärte, nachdem man sie zurückgeschickt hatte, dass sie, sollte das Treffen Morgen oder Übermorgen nicht stattfinden, vor das Gericht in Bursa gehen werden. Das letzte Treffen mit Öcalan hatte am 9. Juni stattgefunden. *(DIHA, 23.6., ISKU)*

Neue Opfer im Todesfasten
In dem seit dem Jahr 2000 andauernden Todesfasten gibt es erneut Tote. H. Cukurluöz, der in der 10. Gruppe den Todeshungerstreik begann, starb am 23. Juni als 113. Opfer; am selben Tag starb B. Batur als 114. Opfer. Beide verbrannten sich; der Protest richtet sich gegen die Einführung der F-Typ-Gefängnisse. Cukurluöz wäre in 49 Tagen aus der Haft entlassen worden; Batur wäre am 8.11.2006 freigelassen worden.
Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul und der Solidaritätsverein TAYAD verurteilten in Erklärungen den Tod der Beiden; sie hätten sich wegen der Situation in den Gefängnissen das Leben genommen. Das Justizministerium habe sich bei den Vorgängen nur wie ein Zuschauer verhalten. *(DIHA, 23.6., ISKU)*

Türkei für zwei Fälle von Folter verurteilt.
Der europäische Menschenrechtsgerichtshof hat die Türkei in den Fällen von Abdulrezzak Aydin und Abdullah Yunus verurteilt. Beide waren im Jahr 1995 von der Polizei verhaftet und laut ärztlicher Berichte gefoltert worden.
Nach Artikel drei der Europäischen Menschenrechtskommission ist Folter verboten. Auf dieser Grundlage hatten Aydin und Yunus ihre Klage erhoben und konnten die Fälle für sich entscheiden. *(DIHA, 23.6., ISKU)*

Çiçek: 158 Gefangene in den Gefängnissen gestorben
Der Justizminister der Türkei, Cemil Çiçek gab bekannt, dass im Jahr 2003 in den Gefängnissen

"Frauen überwinden Grenzen – und kommen zusammen"

1. Zilan-Frauen-Festival

Am 10. Juli 2004 feiern wir unser 1. Zilan-Frauen-Festival in Dortmund. Frauen aus allen Kulturen sind eingeladen. Mit Tanz, Musik, Kunst, Kultur, Reden wollen wir ein Zeichen gegen die weltweit immer weiter wachsende Gewalt gegen Frauen setzen.
Jede Frau soll mit ihrer eigenen Sprache sprechen. Bildhauerinnen, Tänzerinnen, Schriftstellerinnen, Künstlerinnen, Politikerinnen, Malerinnen ...
Denn wir Frauen sind immer und überall mit Gewalt konfrontiert. In jedem Bereich des Lebens: in allen Ländern dieser Welt. In den reichen Metropolen wie in den USA und Europa z. B. durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, wachsende Verarmung und immer extremere soziale Verelendung, Einsamkeit und Depression - in den ärmeren Ländern wie in Lateinamerika, Afrika und Asien auch durch andauernde Kriege, Flucht und Vertreibung, Hunger und Tod.
Die Bilder gleichen sich an. Bei allem Unterschied und unterscheidbaren Ursachen der Bilder und Szenarien: Stets sind es wir Frauen, die als Erste und am schlimmsten betroffen sind.
Noch sind wir in vielem getrennt voneinander: separiert in Gewaltverhältnissen, die nicht die unsrigen sind, die uns diktiert wurden und die wir sogar erhalten, wenn wir sie widerstandslos reproduzieren. So lassen wir uns trennen durch unsere Herkunft, Sprache, Klasse, Hautfarbe, Religion und Kultur.
Es sind diese Mauern, die unsere eigene Freiheit begrenzen. Sie schnüren uns ein, nehmen Licht und die Luft für jenes freie Leben - von dem wir alle träumen und das wir brauchen. Wir ersticken hinter diesen Mauern aus Ignoranz, Schweigen und Gewalt.
Doch können wir uns vereinigen. Wir. Ihr.
Wir alle zusammen werden an Stimme gewinnen. Werden die Kraft, den Mut und die Stärke finden, diese unendlich veralteten Mauern einzureißen.
Das ist unser Traum - den wir verwirklichen wollen. Durch die Lücken, die wir in die Mauern brechen, dringt auch schon das Licht. Wir sehen uns an und erkennen uns selbst in den anderen.
Gemeinsam machen wir uns auf den Weg. Wohin? Das liegt an uns allen. Nur an uns. An unserem eigenen Entschluss.
Deshalb sagen wir: "Frauen überwinden Grenzen und kommen auf dem 1. Zilan-Frauen-Festival zusammen. Gegen Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung. Für Solidarität, Stärke und Mut!
Es ist unsere Absicht, mit diesem Festival Frauen aus verschiedenen Kulturen zusammenzubringen. Thema und Motto dieser Veranstaltung: "Frauen überwinden Grenzen und kommen zusammen." Jede Frau soll neben ihrer Kultur auch ihre Kreativität in Form von Ausstellungen etc. zum Ausdruck bringen können. Es ist unser Wunsch, durch diese Aktivität einen Beitrag für den Dialog und die Verständigung unter den in Deutschland lebenden Frauen verschiedener Kulturen zu leisten.
Mit dieser Veranstaltung ist kein kommerzieller Zweck beabsichtigt. Der Eintritt ist frei.

Zukünftig soll das Festival in jedem Jahr unter einem neuen Motto und mit neuen Themen veranstaltet werden. Der eventuelle Erlös aus den Festivals soll verschiedensten Frauenprojekten zukommen.

Zum Programm und Ablauf:

Beginn des Festivals: 10 Uhr Samstag, 10. Juli 2004 im Revierpark Wischlingen/ Dortmund

Auf dem Open-Air-Gelände des Revierparks Wischlingen in Dortmund werden viele Stände, Podien, Bühnen und Zelte aufgebaut.
Fotografinnen, Malerinnen, Schriftstellerinnen, Handwerkerinnen und andere Künstlerinnen werden in Zelten ihre Werke vorstellen.
Frauen aus dem Theaterbereich werden kurze Theatervorführungen vortragen.
Zwei Podiumsdiskussionen zum Thema "Gewalt gegen Frauen und Frieden" sind geplant.
Von 15-19 Uhr wird das Festival mit Musik und Tanzvorführungen auf der Hauptbühne seinen Höhepunkt erreichen und damit auch beendet werden.

Cenî
Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Frauenverein
"Freiheit für Leyla Zana"

(ISKU)

Neue Gefechte in Kurdistan

Die Volksverteidigungskräfte führten eine Vergeltungsaktion auf die Operationen der türkischen Armee in Amed und Çewlik (Bingöl). Bei den Aktionen am 20. Juni verloren zwei Soldaten ihr Leben, ein Soldat wurde verletzt und ein Militärfahrzeug wurde zerstört. Nach Erklärungen des Nachrichtenzentrums der HPG hat die türkische Armee am 17. Juni in dem Dreieck zwischen Amed, Hanî und Arica eine breitangelegte Operation begonnen. Bei der Operation sei es zu Auseinandersetzungen zwischen der HPG und der türkischen Armee gekommen, die Armee hätte sich nach dem Tod eines Soldaten zurückgezogen. Außerdem habe es in den letzten Tagen eine Operation in der Gegend von Çewlig Genc gegeben. Dort habe die Guerilla einen Militärkonvoi in einen Hinterhalt fahren lassen, wobei ein Soldat getötet worden und ein Militärfahrzeug völlig zerstört worden sei.
Die HPG hat ebenfalls einen Militärclub in Ovacik angegriffen, wobei ein Soldat sein Leben verloren habe. Darauf hin habe die Armee mit Helikoptern eine breitangelegte Operation begonnen, die Guerilla habe sich zurückgezogen. An 18. Juni habe die Guerilla zudem die Kaserne Pînîkan angegriffen, wobei ein Soldat getötet und einer verletzt worden sei.
Auch in der Gegend von Dersîm (Tunceli) kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der HPG und der türkischen Armee in den Regionen von Qisle (Nazimiye) und Mazgêrt (Mazgirt). Die heftigsten Gefechte soll es am Kilfluss gegeben haben. In der Erklärung des Gouverneurs von Dersim heißt es, dass in der Auseinandersetzung in der Region um das Dorf Faraça (Akduven), Mazgêrt/Dêrsim fünf Guerillas getötet wurden. Über Verluste unter den Soldaten wurde nichts bekannt gegeben, ein Soldat soll verletzt in das Militärkrankenhaus von Xarpet (Elazig) eingeliefert worden sein. Drei der getöteten Guerillas sind auf dem Friedhof des Dorfes beerdigt worden. Wie inzwischen bekannt wurde, handelt es sich bei einem der Gefallenen um Ali Polat aus Mazgêrta (Mazgirt)/Dêrsim, sein Codename war Cemal. Inzwischen wurde er von seiner Familie exhumiert und in sein Heimatdorf Çanakçi gebracht, wo er erneut beerdigt wurde.

Guerilla der HPG von Soldaten verscharrt

Während einer Auseinandersetzung bei dem Dorf Liçika (Kaynarpinar) in der Region Kanîres (Karliova) am 22 Juni ist ein Guerilla der HPG gefallen. Seine Identität ist bislang nicht bekannt geworden. Nach Augenzeugenberichten wurde seine Leiche von Soldaten, die zur Gendarmerie Kanîres gehören, in einem Graben außerhalb des Friedhofes vergraben.
Augenzeugen berichteten, der gefallene Guerilla soll aus Syrien stammen, jedoch sei seine Identität nicht bekannt. Gegen Morgen war er in das Krankenhaus von Kanîres gebracht worden. Der Bürgermeister von Kanîres wollte, dass die religiösen Zeremonien eingehalten werden und die Leiche später auf dem Friedhof begraben wird. Die Soldaten der Gendarmeriekaserne verhinderten dies jedoch, sie holten die Leiche aus dem Staatskrankenhaus ab und vergruben sie außerhalb des Friedhofes. Augenzeugen sagten, die Leiche wäre nackt und ohne Leichentuch begraben worden. *(DM, 21.6., DIHA, 21./23.6., ISKU)*

158 Gefangene aus verschiedenen Gründen ihr Leben verloren hätten. Er antwortete damit auf die Anfrage des Abgeordneten der CHP, Kemal Anadolu. 122 Gefangene wären eines natürlichen Todes gestorben, 30 hätten sich selbst getötet, sechs wären getötet worden. Çiçek erklärte außerdem, 33 Personen, die sich selbst als Journalisten bezeichneten wären im Gefängnis.
(DM, 21.6., ISKU)

Prozess gegen ausgelieferten Havva Ak

Nachdem Syrien Havva Ak als angebliches PKK-Mitglied an die Türkei auslieferte, wurde jetzt ein Prozess (§ 125) gegen ihn eröffnet; als Strafe wurde "lebenslänglich" beantragt.
(DIHA, 22.6., ISKU)

Radio Istanbul wird unter Polizeikontrolle senden

Aus Anlass des NATO-Gipfel wird der staatliche Radiosender Radio Istanbul in dieser Zeit unter Polizeikontrolle seine Sendungen ausstrahlen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Haber-Sen (im KESK-Dachverband) verurteilte die Anweisung; "Wen schützt Ihr vor Wem?" verlangte er eine Antwort von den Verantwortlichen.
(DIHA, 20.6., ISKU)

Aufruf von alinteri für Proteststreiks

Mitarbeiter der Zeitung riefen in einer veröffentlichten Erklärung zu Protesten gegen den NATO-Gipfel am 28./29.6. in Istanbul auf. Die Arbeiterklasse und das ganze Volk sollten an ihren Arbeitsplätzen die Produktion einstellen; ausserdem sollte Essenboykott durchgeführt werden oder die Teilnahme an Protesten. *(DIHA, 20.6., ISKU)*

Frauenprotest gegen NATO

Mitglieder der Frauenplattform Istanbul gaben eine Erklärung ab, weltweit litten Frauen an den gleichen Ursachen; um nicht neuerlich Besetzungen, Verbrechen oder Vergewaltigungen zu erleben, sollten alle Frauen den NATO-Gipfel stoppen.
(DIHA, 20.6., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamia
KR	Kurdistan Report

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 162
2. Juli 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der AnwältInnen: Kein Besuch seit dem 9. Juni

Isolation Öcalans weiter verschärft

“Seit sechs Jahren befindet sich unser Mandat auf der Gefängnisinsel Imrali in Einzelhaft. In den letzten Tagen wurde die gegen seine Person gerichtete Isolationspolitik weiter verschärft.
Als Verteidiger von Herrn Öcalan haben wir bereits in der Vergangenheit zahlreiche Schritte gegen diese rechtwidrige und menschrechtsverachtende Haltung, sowie gegen die Behinderung des Verteidigungsrechts unternommen. Alle unsere Anfragen und Anträge zur Beseitigung dieser Probleme blieben bisher unbeantwortet.
Hinsichtlich dieser Problematik fordert das Antifolterkomitee des Europarates(CPT) in seinem Delegationsbericht vom Februar 2004, dass "die Isolationshaft gegen Öcalan beendet werden sollte, dringende Maßnahmen zur Verbesserung des Haftzustand unternommen und das Besuchsrecht der Anwälte gewährleistet sein sollten". Die Aufforderungen und Vorschläge des CPT, die Haftbedingungen merklich zu verbessern, kam die Türkische Regierung bis jetzt nicht nach.
Seit dem 9. Juni 2004 sind Anwaltsbesuche nicht mehr möglich. Die Besuchszeiten für den 16. Juni, 23. Juni und 30. Juni fanden, so die offizielle Begründung, aufgrund eines Defekts des Bootes, dass zum Übersetzung auf die Insel unerlässlich ist, nicht statt. Auch ist unklar, ob die nächsten Anwaltsbesuche stattfinden können.
Obenstehende Begründung, wonach in den nächsten beiden Wochen keine Anwaltsbesuche stattfinden können, entspricht nicht der Realität. Gleichfalls wird dadurch gültiges Recht karikiert. Die Begründung ist unglaubwürdig, da als Alternative sowohl das Strandsicherheitsboot als auch das Boot Imrali-10 eingesetzt werden können.
Als Verteidiger sind wir in großer Sorge, weil wir unseren Mandanten nicht besuchen dürfen. Dies geschieht in einer Zeit, in der in zahlreichen Berichten der Presse- und den Medienorganen intensive Debatten über die Person Herrn Öcalans geführt werden.
Während in die Beitrittsverhandlungen mit der EU und die Demokratisierung der Türkei zur Debatte stehen, sowie auch wir in der Türkei auf Frieden hoffen, sollte vermieden werden, dass Herr Öcalan zum Schweigen gebracht wird. Umso wichtiger ist es, dass die heute vorhandene Sensibilität für Frieden zur Kenntnis genommen wird, anstatt den Boden für weitere Konflikte und Scheinlösungen zu bereiten.
Trotz der verschärften Isolationshaftbedingungen hat Herr Öcalan mit außerordentlichem Engagement Schritte unternommen, die einer Rückkehr zur Gewalt den Boden entzogen haben. Diese Bemühungen sollten nicht außer Acht gelassen werden. So kann von der Regierung eine sensiblere Haltung erwartet werden, damit die Interessen der regressiven Kreise nicht weiter gestärkt werden.
Für die gegenwärtig noch entspannte Lage, welche eine Grundlage für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage darstellt, war insbesondere die Haltung von Herrn Öcalan ausschlaggebend. Dem ist sich auch die Öffentlichkeit bewusst. Ferner sollte nicht daran gezweifelt werden, dass Herr Öcalan seine Bemühungen einstellen wird.
Deshalb rufen wir das Justizministerium und alle anderen verantwortlichen offiziellen Stellen dazu auf, entsprechend gültigem Recht, die Anwaltsbesuche zu ermöglichen und hierfür alle notwendigen Schritte zu unternehmen.
Außerdem ist es erforderlich, allen einseitigen Spekulationen bezüglich Herrn Öcalan entgegenzutreten und für Klarheit zu sorgen. Wir rufen weiterhin alle demokratischen Kräfte dazu auf, sich konsequent und entschlossen für die friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen.

Asrin Hukuk Bürosu
30. Juni 2004"

Übersetzung: Koordinationsbüro der Internationalen Initiative

Massenproteste gegen NATO-Gipfel in der Türkei

NATO tagt im Ausnahmezustand

Die NATO beschwor auf ihrem zweitägigen Gipfeltreffen in Istanbul die »enge Partnerschaft« zwischen den USA und Europa. Die »Bedrohungen« für das transatlantische Militärbündnis hätten sich verändert, heißt es in der am Montag verabschiedeten »Istanbuler Erklärung«: »Dazu gehören Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.« Was der imperialistische Pakt darunter versteht, machte er auch in Beschlüssen deutlich: So soll von NATO-Ländern zukünftig Hilfe bei der »Ausbildung irakischer Streitkräfte« gewährt werden. Zudem werden die Besatzungstruppen in Afghanistan von derzeit 6 500 auf 10 000 Soldaten erhöht. Bis zu fünf weitere »Wiederaufbauteams« nach dem Vorbild der Bundeswehr in Kundus sollen in den Provinzen Nord- und Westafghanistans errichtet werden. Die Bundeswehr erweitert ihre Einsatzorte um Faisabad.
Während die Staats- und Regierungschefs ihre Pläne verabschiedeten, kam es auch am Montag in der türkischen Metropole zu massiven Demonstrationen und zu Straßenkämpfen. Rund 2000 Demonstranten versuchten, die Absperrungen in der Innenstadt von Istanbul zu durchbrechen und zum Ort des Gipfeltreffens vorzudringen. Doch sowohl Innenstadt als auch Kongreßgelände waren von Tausenden Polizisten besetzt. Panzerwagen standen bereit, ein halbes Dutzend Kriegsschiffe der türkischen Armee ankerte im Bosporus. AWACS-Maschinen der NATO, Kampfhubschrauber und Düsenjäger kreisten über der Region.
Als sich später wieder mehrere hundert Anhänger linker Organisationen zu einer Kundgebung formierten, wurden sie von einem martialisch ausgerüsteten Polizeiaufgebot zuerst eingekesselt und dann unter massivem Einsatz von Tränengas vertrieben. Es gab Festnahmen und Verletzte. Mittags hatte die Türkische Kommunistischen Partei zu einer »Pressekonferenz« vor ihrer Zentrale im europäischen Stadtteil Taksim aufgerufen. Tausende Anhänger der Partei schwenkten rote Fahnen und skandierten Parolen gegen den Imperialismus und die AKP-Regierung.
Unterdessen hat sich die DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei) für die Explosion einer Bombe in Istanbul »entschuldigt«. Die Explosion in einem Bus, bei der am Donnerstag vier Menschen ums Leben kamen, sei die Folge eines »Unfalls«. Die Organisation entschuldige sich beim Volk, heißt es in einer Erklärung.

(jW, 29.6., ISKU)

Meldungen

Militäroperation in Cirav
Die türkische Armee hat eine ausgedehnte Luft- und Bodenoperationen gegen die kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) im Gebiet Eruh in der Provinz Siirt gestartet. Soldaten aus den Militärstationen in Siirt und Eruh drangen in das Gebiet um den Berg Cirav vor. Bislang liegen keine Berichte über Gefechte vor.
(DIHA, 1.7., ISKU)

Verstärkung der Spezialeinheiten in Sirnak
In der Provinz Sirnak, wo seit der Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes durch die HPG am 1. Juni die meisten Gefechte ausgebrochen sind, wurden die türkischen Spezialeinheiten durch eine Gruppe von 200 Offizieren und Unteroffizieren verstärkt. Diese kommen aus dem Kommandobereich der Spezialeinheiten, die bereits in der Vergangenheit für die erbitterten Kämpfen in der Region verantwortlich waren. Die fünf Busse, in denen die Offiziere nach Sirnak verlegt wurden, wurden von Cobra-Hubschraubern eskortiert.
(DIHA, 1.7., ISKU)

Hohe Türkische Verluste bei Militäroperationen
Laut einer Mitteilung der Volksverteidigungskräfte (HPG), haben türkische Einheiten eine vier Tage andauernde Operation in der Region Gabar nach dem Verlust von 25 Soldaten beendet. In Gürpinar/Van wurden bei einem Gefecht drei türkische Soldaten getötet und drei weitere verletzt. Auch aus Dersim berichteten Augenzeugen von hohen türkischen Verlusten nach einem Gefecht am Sonntag.
(DIHA, 28.6., ISKU)

Verbotsprozess gegen Gewerkschaft Egitim-Sen
Da in der Satzung der (LehrerInnen-) Gewerkschaft Egitim-Sen das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache enthalten ist, beantragte das Amt des Gouverneurs in Ankara beim dortigen Arbeitsgericht, einen Prozess zur die Schliessung der Gewerkschaft einzuleiten.
(DIHA, 29.6., ISKU)

Anklage wegen Unterschrift unter "Friedensdeklaration"
Die Unterzeichner der "Friedensdeklaration", VertreterInnen politischer Parteien und unabhängiger Organisationen aus 14 Provinzen, wurden wegen ihrer Unterschriften vor dem Staatssicherheitsgericht DGM in Van angeklagt. *(DIHA, 29.6., ISKU)*

Mersin: Verein zur Unterstützung von Flüchtlingen gegründet

Operationen zwingen zur Flucht

Eine 30köpfige Gruppe, der u.a. ÄrztInnen, SoziologInnen, PsychologInnen, IngenieurInnen, AnwältInnen und LehrerInnen angehören, haben den Verein für wissenschaftliche, kulturelle und soziale Hilfe und Solidarität mit Flüchtlingen (Akdeniz Göc-Der) gegründet. Sie verfolgen damit das Ziel, die Opfer von Fluchtbewegungen zusammenzubringen und Lösungen für ihre Probleme zu entwickeln. Mitarbeiter der Organisation riefen dazu auf, die Militäroperationen zu beenden und einen dauerhaften Frieden zu etablieren, um neue Flüchtlingswellen zu verhindern.
Die Gründung der Organisation fand in Mersin statt, einer Stadt, die von der Flüchtlingsproblematik stark betroffen ist. Akdeniz Göc-Der plant, Forschungsprojekte zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren durchzuführen, die für Fluchtbewegungen verantwortlich sind und die ökologische Balance gefährden. Der Verein wird daran arbeiten, die ökologischen, sozialen, kulturellen und historischen Strukturen zu schützen, die durch Fluchtbewegungen gefährdet sind und die Ergebnisse seiner Arbeit der Öffentlichkeit vorstellen. Darüber hinaus sollen Flüchtlinge bei der Suche nach Unterkünften, Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit und sozialem Leben unterstützt werden und es wird versucht, neue Flüchtlingsströme zu verhindern.

Flüchtlinge stehen vor großen Problemen
Der Vorsitzende des Vereins, der ehemalige Medizintechniker Selahattin Guvenc, wies darauf hin, dass Flüchtlinge mit kulturellem und sprachlichem Verfall ebenso konfrontiert sind wie mit physischen, sozilane und psychischen Störungen. Guvenc kündigte an, dass der Verein eng mit der Universität in Mersin und mit Rehabilitationszentren zusammenarbeiten wird, um Lösungen für die Probleme der Flüchtlinge zu entwickeln.

Die Operationen müssen gestoppt werden, um neue Flüchtlingsströme zu verhindern
Guvenc wies darauf hin, dass die Mehrzahl der in Mersin lebenden Flüchtlinge Opfer der Zwansräumung ländlicher Gebiete in den 90er Jahren sind und warnte davor, dass die derzeit stattfindenden Operationen der türkischen Armee neue Fluchtwellen auslösen könnte.
"Es muss beachtet werden, dass die Kriegszustände zu neuen Fluchtwellen führen können. Die Menschen werden unter diesen Bedingungen zur Flucht gezwungen. Um diese Entwicklung zu verhindern, müssen die Militäroperationen in der Region gestoppt werden.", so Guvenc.

Gewalt und Krieg verstärken die Migration
Der Geschäftsführer des Vereins, Ahmet Gegez, erklärte, dass das Risiko des Krieges Unruhe und psychische Störungen verursacht: "Wir können die Fluchtbewegungen nicht verhindern, ohne zuerst friedliche Bedingungen in der Region zu schaffen. Die jüngsten Gefechte verängstigen die Menschen. Aus diesem Grund müssen die Operationen gestoppt und der Frieden etabliert werden."
Akdeniz Göc-Der wird seine Tätigkeit mit einer Eröffnungsfeier am 2. Juli offiziell aufnehmen. *(DIHA, 1.7., ISKU)*

Mit den Hintergründen der Inlandsflucht in der Türkei und der Arbeit von Selbshilfeorganisationen der Flüchtlinge befasst sich die Broschüre “Wir wollen unsere Dörfer zurück !!! – kurdische Inlandsflüchtlinge in der Türkei”*, die vom Kurdish Centre for Human Rights (*KURD-CHR*) in Genf und von der* ISKU *herausgegeben wurde. Die 68seitige Broschüre kann gegen Übersendung von Porto (und wenn möglich einer Spende) bei der* ISKU *bestellt werden.*

Düsseldorfer Gerichte bestrafen politisches Engagement von KurdInnen

Eine Woche – drei Urteile

Am 29. Juni endete vor dem Landgericht Düsseldorf der Prozess gegen Mehmet Demir, Vorsitzender der Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (Yek-Kom) und gegen das Vorstandsmitglied Ayten Kaplan.
Die Anklage hatte ihnen vorgeworfen, die Ende Mai 2001 offiziell angekündigte und am 13. Juni gestartete Identitätskampagne "Auch ich bin PKKler/in" befördert und koordiniert zu haben. Ziel sei eine massenhafte Mobilisierung der Anhänger /innen der PKK für die 2. Friedensoffensive der Organisation gewesen, verbunden mit der Absicht, die Gerichte zu einem Forum für das kurdische Anliegen zu machen.
Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer für Mehmet Demir eine Freiheitsstrafe von 10 Monaten zur Bewährung und 200 Arbeitsstunden als Auflage gefordert. Sie behauptete nicht nur, dass Yek-Kom eng mit der PKK verflochten sei, sondern auch, dass der Angeklagte unter dem Dekkmantel der legalen Organisation als PKK-Funktionär agiere – eine Sichtweise, die auch die Bundesanwaltschaft (BAW) teilt.
Das Gericht folgte dieser Einschätzung nicht. Es verurteilte Mehmet Demir wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz im Rahmen des Betätigungsverbotes zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen à 15,– Euro und Ayten Kaplan zu 100 Tagessätzen à 13,– Euro.
Die Verteidigung hatte in ihrem Plädoyer moderate Geldstrafen gefordert. Sie verwies darauf, dass auch in diesem Verfahren der politische Hintergrund und die Zielsetzung der Selbstbezichtigungskampagne eine Rolle spielen müsse. Mit ihr seien primär die europäischen Länder angesprochen und aufgefordert worden, sich ernsthafter um die Lösung des kurdischen Konfliktes zu lösen. Die Anklage hingegen habe sich ausschließlich auf einen Satz der Erklärung fokussiert. Die Behauptungen der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Verflechtung von Yek-kom und ihres Vorsitzenden mit der PKK wies die Verteidigung als unzulässig zurück.
Am 30. Juni war auch der letzte Verhandlungstag im Verfahren gegen den kurdischen Politiker Sahin Engizek, der wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf angeklagt war.
Die Bundesanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten ohne Bewährung gefordert.
Der Senat des OLG folgte dieser Forderung allerdings nicht und verurteilte Sahin Engizek wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (nicht Mitgliedschaft) zu einer Bewährungsstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten sowie einer dreijährigen Bewährungszeit mit allerdings zum Teil gravierenden Auflagen. Dazu zählt neben der Meldepflicht alle 2 Wochen vor allem die Verpflichtung, das OLG Düsseldorf im Falle von öffentlichen Stellungnahmen oder Auftritten vorher über Veranstalter, Veranstaltungsort, Thema und seine Funktion zu informieren.
Es ist als Novum dieses Prozesses zu werten, dass zum ersten Mal in einem §129-Verfahren gegen einen kurdischen Angeklagten eine Bewährungs- und keine Freiheitsstrafe verhängt worden ist.
Sahin Engizek – das stellte das Gericht u.a. fest – stand in keinerlei direktem Bezug zu konkreten Straftaten. Die Verurteilung erfolgte allein wegen des Vorwurfs der Tätigkeit bzw. der Leitung des Arbeitsbereiches "Außenbeziehungen" der PKK.
Sahin Engizek war Ende Oktober 2001 verhaftet und nach einem Haftprüfungstermin am 25. Januar 2002 aus der Untersuchungshaft entlassen worden.
Der Prozess vor dem OLG Düsseldorf hatte am 20. April 2004 begonnen. *(AZ, 1.7., ISKU)*

Rentner fordern Renten über der Armutsgrenze
In einem dringenden Appell an die Regierung verlangt die Gewerkschaft der Rentner (Tüm Emekli-Sen), die zur DISK-Gewerkschaftsföderation gehört, die Renten aller Rentner über die Armutsgrenze zu erhöhen. *(DIHA, 29.6., ISKU)*

Spannung im Irak steigt
Nach lokalen Berichten wurden in Kerkük auf die Büros der Parteien PDK (Barzani) und YNK (Talabani) bewaffnete Angriffe durchgeführt. 2 Leichen wurden gefunden, denen die Köpfen abgetrennt worden waren.
Bei einem Angriff auf das Kulturministerium in Hewler wurde ein Bombenanschlag verübt; eine Person kam es Leben, 10 Personen wurden verletzt. *(DIHA, 26.6., ISKU)*

Internet-Seite der Volksverteidigungskräfte eingerichtet
Die kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) haben eine Internet-Seite eingerichtet. Themen werden von Tagesinformationen bis hin zu "Leben in der Guerilla" ein breites Spektrum abdekken. Unter der Adresse **www.hezenparastine.com** werden alle aktuellen Informationen aus erster Hand für die Öffentlichkeit vorgestellt Auf der Seite sollen Interessierten objektive Informationen als Alternative gegen zunehmende spekulative Berichte angeboten werden.
Ausser den Nachrichten gibt es auch Kunst, Kultur und ein Forum. Im Archiv stehen Presseerklärungen, Briefe von Guerillamitgliedern, Angaben zu den Gefallenen, Informationen zur Geographie und Geschichte Kurdistans, Gedichte, Musik und Bildern zur Verfügung. *(DIHA, 24.6., ISKU)*

Verbot kurdischer Zeitung im Iran
Im Iran wurde eine kurdische Wochenzeitung (“Nachrichten des Volkes”), die in den Sprachen Kurdisch und Farsi erschien, per Gerichtsentscheidung geschlossen. *(DIHA, 29.6., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AZ	Azadi e.V.
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 163
9. Juli 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Murat Karayilan fordert konstruktive Schritte

„Es gibt keine Kriegssituation“

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Kongra-Gel, Murat Karayilan, hat erklärt, dass die Aufkündigung des Waffenstillstandes keine Kriegserklärung sei. Man leiste vielmehr legitime Selbstverteidigung gegen Angriffe, die auf Vernichtung abzielen. Karayilan weiter: „In der Presse heißt es, wir hätten einen totalen Krieg begonnen und unsere Bewegung sei gegen die EU. Es gibt auch haltlose Behauptungen, wir hätten zusammen mit anderen Kreisen eine Entscheidung zum Krieg gefällt. Nichts davon ist wahr.“

„Die Strategie unseres Kampfes ist eine nationale, demokratische und politische Strategie. Wir berufen uns auf die legitime Selbstverteidigung auf der Grundlage eines demokratischen politischen Kampfes,“ erklärt er und wies auf die ununterbrochenen Angriffe des türkischen Staates und seiner Armee hin: „Bei Angriffen gegen den Volkskongress und die Volksverteidigungskräfte, egal von welcher Seite, verteidigen sie sich.“

Karayilan unterstrich, dass sie insbesondere im letzten Jahr und im Frühling diesen Jahres verstärkt angegriffen worden seien. „Das Ende des Waffenstillstandes ist keine Kriegserklärung. Wir haben keinen derartigen Beschluss gefällt. Es gibt keine Kriegssituation. Der Waffenstillstand ist in der gegenwärtigen Situation objektiv hinfällig geworden. Seit einiger Zeit nehmen die Angriffe auf uns zu, es gibt Vernichtungsangriffe, und es gibt Kräfte, die sich dagegen verteidigen. Wir fassen das als legitime Selbstverteidigung auf.

Die HPG und der Kongra-Gel sind für eine Lösung

Karayilan betonte, die türkische Presse setze bewusst auf Desinformation. „Die HPG (Volksverteidigungskräfte) und der Kongra-Gel (Volkskongress) sind in den Bergen, um zu einer Lösung zu kommen. Im August wurde eine Road-Map vorgelegt, aber niemand hat das ernst genommen. Heute behaupten sie, wir hätten den Krieg beschlossen. Jedoch sind wir vielmehr für eine demokratische Lösung und einen dauerhaften Frieden zu jedem Verzicht bereit. Hebt die Isolation Öcalans auf, stoppt die Operationen, und der Krieg wird verhindert. Wenn danach noch ein einziger Schuss abgefeuert wird, dann kann man Fragen stellen. Wir rufen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte auf; wenn das Problem nicht vertieft sondern ein Frieden erreicht werden soll, muss dass erfüllt werden. Das Problem ist ganz einfach, aber leider wird es verzerrt.“
„Seit sechs Jahre legt die kurdische Seite Friedensprojekte vor, sie ist bereit, das Problem in zivilisierter Weise zu lösen. Die Türkei muss ihre Haltung ändern, darf nicht länger auf Verleugnung, Gewalt und der Bewahrung des Status Quo beharren. Praktisch alle Guerillabewegungen haben ihre Probleme mit den betreffenden Staaten lösen können. Wird jedoch auf dem Alten beharrt, gehen die Probleme weiter.“

„Wir untersützen den EU-Beitrittsprozess“

Karayilan verwahrte sich entschieden gegen Behauptungen, der Waffenstillstand sei aufgekündigt worden, um den EU-Beitrittsprozess zu torpedieren: „Wir unterstützen die Türkei in dieser Frage seit sie 1999 den Kandidatenstatus erhalten hat, und unsere Strategie hat sich nicht geändert. Wir sind nicht gegen die EU-Mitgliedschaft sondern glauben, dass dies zur Ausweitung der Demokratie führt.“
„Die Türkei ist gerissen, macht manche Sachen sehr subtil. Auf der einen Seite lässt sie die DEP-Abgeordneten frei, auf der anderen führt sie Vernichtungsoperationen durch. Was sie wollen, sind willenlose Kurden. Kurden wie Mervan Gül [AKP-Bürgermeister von Siirt, mit schweren Korruptionsvorwürfen konfrontiert]. Sie wollen keine freien Kurden.“

„Die internationalen Kräfte sollen sich an den Fehlern der Türkei nicht beteiligen“

„Die Frage des Kongra-Gel ist die Frage eines Volkes, die kurdische Frage,“ sagte Karayilan bezüglich der Versuche, auf dem NATO-Gipfel um Unterstützung für eine Fortsetzung des Krieges gegen die Kurden zu bekommen. „Die Kurden besitzen eine große Dynamik und sind ein wichtiger Faktor bei der Neugestaltung der Region. Insofern ist es unsinnig, wenn Vertreter des türkischen Staats trotzdem versuchen, die USA und Bush zu einem militärischen Vorgehen gegen den Kongra-Gel zu drängen.“ Laut Karayilan stünde ein solches Vorgehen der Strategie der USA in der Region entgegen. Er rief den türkischen Staat auf, seine Probleme selbst zu lösen statt darauf weiter zu drängen. Es sei auch widersprüchlich, auf der einen Seite zu sagen, man habe gesiegt, und auf der anderen Seite internationale Mächte zu Hilfe zu rufen.
„Die internationalen Mächte sollten sich nicht an diesen Fehlern des türkischen Staats beteiligen, sondern die Realitäten objektiv betrachten und Lösungen entwickeln,“ so Karayilan weiter. „Wenn die NATO Stabilität will, wenn sie Frieden will, dann muss sie sehen, dass die kurdische Frage eine wichtige Frage sowohl für die Sicherheit und Stabilität der Türkei als auch der Region ist. An diese Frage sollte man nicht wie an den Terrorismus herangehen, sondern konstruktive Lösungen entwickeln.“

(MHA, 28.6., ISKU)

Urteil im DEP-Berufungsverfahren am 14. Juli

Die Urteilsverkündung im Berufungsverfahren der ehemaligen DEP-Abgeordneten wurde von der 9. Strafkammer des Obersten Berufungsgerichts auf den 14. Juli vertagt. Hatip Dicle, Leyla Zana, Selim Sadak und Orhan Dogan hatten schon vorher erklärt, dass sie an der Anhörung des Berufungsgerichts am Donnerstag nicht teilnehmen werden. Sie werden vor Gericht von ihrem Anwalt Yusuf Alatas vertreten. Alatas erklärte vor der Verhandlung gegenüber DIHA, er werde vor Gericht betonen, dass aufgrund der kürzlich erfolgten Revision von Artikel 90 der türkischen Verfassung die Entscheidungen internationaler Gerichtshöfe gegenüber nationalen Vorrang haben. Ausserdem erklärte er, dass er erneut vertreten werde, dass die Verurteilung seiner MandantInnen nicht rechtmäßig gewesen sei.
Das wiederaufgenommene Verfahren gegen die vier ehemaligen Abgeordneten vor dem 1. Staatssicherheitsgericht in Ankara endete mit der Bestätigung der 16jährigen Haftstrafe. Dennoch hatte die 9. Strafkammer des Obersten Berufungsgerichts am 9. Juni die Entlassung der Angeklagten noch vor Ende der Berufungsverhandlung verfügt.

(DIHA, 7.7., ISKU)

Meldungen

Vierte Woche in Folge kein Besuch bei Öcalan
Mit der Begründung, dass das Schiff Imrali 9 immer noch defekt ist, konnten die AnwältInnen nicht zum wöchentlichen Besuch bei Abdullah Öcalan auf die Gefängnisinsel Imrali übersetzen.
Die Anwälte haben bei Gericht Klage zur Feststellung der Behinderung ihrer anwältlichen Betätigung eingereicht.

(DIHA, 7.7., ISKU)

Verstümmelung eines Gefallenen der HPG
Bei einem Gefecht zwischen türkischem Militär und den Volksverteidigungskräften HPG kam bei Sirnax (Sirnak) das HPG-Mitglied Resit Reso ums Leben. Seine Leiche wurde durch Abschneiden der Ohren verstümmelt. Der frühere Vorsitzende der DEHAP Kreis Niseybin sagte bei der Beisetzung, die Regeln des internationalen Rechts hätten immer noch keine Gültigkeit: "Dieses grausame Verbrechen ist nicht mit dem Krieg zu erklären" sagte er. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) in Merdin kündigte eine Klage vor Gericht an.

(DIHA, 6.7., ISKU)

Protest für Öcalan in Êlih
In Stadtteil Ipragaz/Êlih (Batman) protestierten Jugendliche gegen die Haftbedingungen Abdullah Öcalans; bei den Protesten wurden auch Molotowcocktails geworfen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit Einheiten der Bereitschaftspolizei Cevik Kuvvet. Auch in Esenler/Istanbul führten Jugendliche eine Demonstration für Öcalan durch, bei der Molotowcocktails geworfen worden sind. *(DIHA, 5.7., ISKU)*

Proteste gegen Verbotsverfahren
In Ankara wurde gegen die Lehrergewerkschaft Egitim-Sen ein Verbotsverfahren eröffnet, weil in der Satzung die Forderung nach Ausbildung in der Muttersprache enthalten ist. Vertreter von demokratischen Organisationen und politischen Parteien starteten Solidaritätsbesuche bei der Gewerkschaft.
Die Gewerkschaft für Soziale Dienste (SES) Zweigstelle Hatay verurteilte das Verfahren; sie würden die Gewerkschaft bis zum Schluß verteidigen, sagte der örtliche Vorsitzende der SES.
Der Vorsitzende der Egitim-Sen Diyarbakir äusserte in einer Erklärung, das Verfahren sei Unrecht; es werde versucht, eine kampfstarke Organisation zum Schweigen zu bringen. "Unsere Gewerk-

Aufruf zur "Entschuldigung bei den KurdInnen"

2 600 Menschen haben nach einem Aufruf der "Initiative freier BürgerInnen" eine Petition an den Gouverneur von Yüksekova übersandt, in der die Freilassung des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan gefordert wird. Die Petition ruft darüber hinaus den Staat dazu auf, sich bei den kurdischen BürgerInnen für die repressive Praxis zu entschuldigen.
Während die Kampagne "Freiheit für Öcalan" in der gesamten Türkei anläuft, haben bereits 2 600 EinwohnerInnen der Region Yüksekova in Hakkari Petitionen an der Gouverneur übersandt. Ebenso unterzeichneten 5 000 in Wan (Van) und 3 000 Menschen in Pirsûs (Suruç) die Petition.
Im folgenden sind die in der Petition enthaltenen Forderungen dokumentiert:
"Als kurdische/r Bürger/in der Türkischen Republik erkenne ich Herrn Abdullah Öcalan als Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes an und betrachte seine aufklärerischen Ideen in Verbindung mit demokratischen Kriterien und universellen Werten für höchst bedeutend für die Lösung der kurdischen Frage und für die Demokratisierung der Türkei. Ich teile alle seine Ansichten und fordere seine Freilassung. (…)
Ich fordere, dass die kurdische Frage als einer der Hauptbestandteile der Demokratisierung der Türkei behandelt wird; dass die kurdische Identität von der Verfassung geschützt und die kurdischen Menschen als unverzichtbare verfassungsmäßige BürgerInnen der Republik akzeptiert werden; dass all ihre Bürgerrechte anerkannt werden; dass sich der Staat bei den kurdischen BürgerInnen für die Unterdrückung und erniedrigende Behandlung entschuldigt; dass die KurdInnen als Menschen angesehen werden, die wie alle anderen Menschen auf der Welt die Anerkennung ihrer Werte verdienen; dass öffentlich erklärt wird, dass ein Prozess der Absicherung aller sozialen, kulturellen und politischen Rechte der KurdInnen beginnt; dass alte Rechnungen beglichen werden und eine unabhängige "Kommission zur Untersuchung von Wahrheit und Gerechtigkeit" gegründet wird, die untersuchen soll, was wirklich während der Kriegszeiten vorgefallen ist. Ich appelliere an Ihre Ehre, meine Forderungen zu bedenken und entsprechende Schritte zu unternehmen."

(DIHA, 6.7., ISKU)

Drei Tote bei Anschlag auf Gouverneur von Wan

Bei einem Autobombenanschlag auf den Gouverneur der Provinz Wan (Van) sind drei Menschen getötet und 24 weitere verletzt worden. Unter den Verletzten befinden sich auch fünf Kinder. Der Gouverneur Hikmet Tan selbst blieb unverletzt.
Von türkischen Behörden wurde dieser Anschlag dem KONGRA-GEL zugeschrieben. Doch sowohl der Vorsitzende des KONGRA-GEL Zübeyir Aydar als auch die Volksverteidigungskräfte HPG distanzierten sich von diesem Anschlag, bei dem die Bevölkerung getroffen wurde.
Der Vorsitzende des KONGRA-GEL Zübeyir Aydar kritisierte scharf, dass der Anschlag sofort von Seiten türkischer Sicherheitskreise dem KONGRA-GEL zugeschoben wurde. Er betonte, der KONGRA-GEL benutze keine derartigen Aktionsformen, er billige solche Anschläge nicht, sondern verurteile sie.
In der Erklärung der Kommandantur des Hauptquartiers der HPG heißt es: "Bekanntlich hat der Kongra-Gel auf seinem zweiten außerordentlichen Kongress ein Dokument mit dem Titel "Dokument der im Kampf zu befolgenden Regeln im Rahmen internationaler Abkommen und der Genfer Konvention" verabschiedet. Die HPG verpflichteten sich, sich an diese Dokumente des Kongra-Gel zu halten. Die HPG haben weder während des sechsjährigen Waffenstillstandes noch in der Zeit vom 1. Juni bis heute Aktionen unternommen, die über die Selbstverteidigung gegen auf Vernichtung abzielende Operationen hinausgehen. Im Gegenteil habe sie sich intensiv um Deeskalation der Gewaltspirale bemüht.

(DIHA, MHA, 2.7., ISKU)

PJA wandelt sich zu PAJK

Die *Partiya Jina Azad* PJA (Partei der freien Frau) hat sich auf ihrem 5. Kongress neu organisiert.
Auf dem Kongress wurde Öcalan als Vorsitzender des Frauenbefreiungskampfes bestimmt und die Freiheit Öcalans zur Basis des Frauenbefreiungskampfes erklärt.
Der 5. Kongress der PJA wurde zwischen dem 17. Juni und dem 2. Juli durchgeführt. Aus allen vier Teilen Kurdistans und anderen Ländern waren, Männer mitgerechnet, insgesamt 240 Delegierte und 50 Gäste anwesend.
Nach dem Kongress wurden die Ergebnisse bekannt gegeben und erklärt, dass der Befreiungskampf der Frau alle Phasen seiner Geschichte mit einer kritischen Annährung bewältigt hat.
Daher wurde das Modell der Organisierung in der die gesamte Arbeit von oben bestimmt wurde verurteilt und stattdessen ein neues Modell, dass auf den Maßstäben der Demokratie und Teilnahme beruht als Grundlage gesehen.
Auf dem Kongress wurde das Programm und Statut nach dem Muster einer ökologischen, demokratischen Gesellschaft geändert und das Projekt des "Gesellschaftsvertrages" für ein freies Leben und eine freie Gesellschaft geklärt.
Mit dem 5. Kongress haben die kurdischen Frauen sich unter dem Namen PAJK, YJA STAR und Yekîtiyên Jina Azad in drei verschiedenen Modellen organisiert.
Demnach wird die PAJK Organisation in diesem Rahmen die Koordination der Bildung der Ideologie und die Ausbildung der Kader übernehmen, sowie sich bemühen, die Bildung der Ideologie in die anderen Arbeitsfelder einzubringen.
Die Frauen werden sich politisch als "Yekîniyên Jina Azad" (Union der Freien Frau) organisieren.
YJA STAR wird solange die Bedingungen des demokratischen und freien Lebens in Kurdistan noch aufgebaut werden müssen die Existenz als legitime Kraft verteidigen.
Die Beziehungen zwischen PAJK, Yekîniyên Jina Azad, YJA STAR und KONGRA GEL werden auf der Grundlage der Zusammenarbeit umgesetzt.
Der Kongress rief alle Frauen und demokratischen Organisationen auf, eine neue Phase zu beginnen, Vorschläge zu machen und Unterstützung zu zeigen.

(DM, 6.7., ISKU)

Auseinandersetzungen zwischen iranischer Armee und HPG

Im Grenzgebiet des Irans, am Sehîdan-Berg, ist es zu Auseinandersetzungen zwischen der iranischen Armee und den Volksverteidigungskräften HPG gekommen.
Die HPG erklärte, dass es zunächst zu keinen Auseinandersetzungen gekommen sei und die Armee sich wieder zurückgezogen hätte. Am 2. Juli jedoch begann eine Militäroperation mit Kampfhubschraubern und schweren Waffen, die am frühen Morgen den Stützpunkt der Volksverteidigungskräfte erreichte. Seit zwei Tagen dauerten die Gefechte zwischen der HPG und der Armee an, dabei sollen 16 Soldaten getötet und fünf weitere verletzt worden sein. Vier Mitglieder der HPG wurden bei den Auseinandersetzungen getötet. Auch Zivilisten sollen getötet worden sein, die iranische Armee hatte ein Dorf in der Region Salmas angezündet.
In einer von der Kommandantur des Basislagers der HPG veröffentlichten Erklärung warnt die HPG die iranische Armee in Bezug auf die Operationen. Falls die Angriffe auf die HPG weitergehen, würden die Guerilla eine entsprechende Antwort geben.

(HP, 6.7., ISKU)

schaft, die wir in jahrelangen Kämpfen voller Opfer erkämpft hatten, werden wir wie in der Vergangenheit bis zum Ende verteidigen," sagte er.

(DIHA, 5.7., ISKU)

Anklage wegen "Kurdischer Musik"
Bei der Eröffnungsfeier des Kurdischen Sprachlehrinstitutes in Wan (Van) wurde kurdische Musik gespielt. Anwesend waren auch der Leiter der Sicherheitsbehörden von Wan; der Gouverneur schickte eine Grußerklärung. Gegen den Direktor der Sprachschule wurde jetzt ein Gerichtsverfahren eröffnet wegen "Musik abspielen, die die PKK bzw. den KONGRA-GEL unterstützt" und wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

(DIHA, 1.7., ISKU)

Proteste von PRD und PJA Gefangenen
Die Inhaftierten von PRD und PJA erklärten, falls bis zum 7. Juli Abdullah Öcalan nicht die Möglichkeit habe sich mit den AnwältInnen zu treffen, würden sie ihre Besuche aus Protest boykottieren.

(DIHA, 2.7., ISKU)

Demonstration gegen KONGRA-GEL in Gercüs
In Gercüs organisierten der Gouverneur, die Sicherheitsbehörde und der Verein der Dorfschützer eine Demonstration gegen den KONGRA-GEL. Die Resonanz bei der Bevölkerung war gleich Null.

(DIHA, 2.7., ISKU)

Nach 9 Jahren Grundsteinlegung in zerstörtem Dorf
Nach der Vertreibung der Bevölkerung des Dorfes Pilvenk (Dedeagac) im Kreis Dersim- (Tunceli) wurde im Rahmen Projektes zur Rückkehr in die Dörfer der Grundstein für 25 Gebäude gelegt.

(DIHA, 2.7., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamien Nachrichtenagentur
HP	hezenparastine.com Internetseite der Volksverteidigungskräfte
DM	denge-mezopotamya

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 164
16. Juli 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan in totaler Isolation

Keine Lösung ohne Öcalan!

Seit dem 9. Juni 2004 werden Abdullah Öcalan die Anwalts- und Familienbesuche verwehrt. Offiziell wird dies mit einem Schaden an der Barkasse begründet, die für ein Übersetzen auf die Gefängnisinsel Imrali notwendig ist. Da sehr wohl anderweitige Alternativen bestehen, ist diese Begründung wenig glaubwürdig und gibt Anlass zu großer Sorge.

Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 in die Türkei, wird der Kurdenführer unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen gefangen gehalten. Er ist der einzige Gefangene in der Festung. Die Gefängnisinsel wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt, weshalb die Kontrolle einem Krisenstab obliegt, der dem türkischen Ministerpräsidenten direkt untersteht. Immer wieder werden Anwalts- und Familienbesuche willkürlich verhindert; das Recht auf Kommunikation mit der Außenwelt verweigert. Der Gesundheitszustand des Kurdenführers ist durch die sechsjährige Isolationshaft schwer beeinträchtigt. Die Entsendung einer unabhängigen Ärztekommission wird seitens der Türkei abgelehnt.

Die gegenüber Öcalan angewandten Maßnamen widersprechen internationalem Recht. Sie sind nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Der Aufforderung des Antifolterkomitees des Europarates (CPT), die Isolation gegen Öcalan aufzuheben, ist die türkische Regierung bisher nicht nachgekommen. Vielmehr wurden die Haftbedingungen noch weiter verschärft. Die gegenüber Öcalan angewandte sensorische Deprivation, ist auf die psychische und physische Zerstörung seiner Person ausgerichtet. Demnach kommt dies einer Hinrichtung auf Raten gleich. Obwohl die Türkei als Anwärter auf die EU-Mitgliedschaft zur Umsetzung der Kopenhagener Kriterien verpflichtet ist, die u. a. auch die Einhaltung obligatorischer Menschenrechtsstandards vorsehen, hüllen sich gegenüber diesem Vorgehen die für die EU-Erweiterung zuständigen europäischen Institutionen in Schweigen. Das wiederum bestärkt die türkischen verantwortlichen Stellen in ihrer bisherigen Haltung.

Trotz der oben beschriebenen Praxis setzt sich Abdullah Öcalan auch weiterhin für eine demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes und die Demokratisierung der gesamten Region des Mittleren Ostens ein. Er hatte und hat maßgeblichen Anteil bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Demzufolge ist die ihm gegenüber angewandte Isolation ein Ausdruck jener Haltung, mit der die türkische Regierung eine Lösung des Problems unter Ausschluss der kurdischen Seite anstrebt. So soll eine Lösung erreicht werden, die ausschließlich den Interessen des türkischen Staates dient. Die auf Druck der EU eingeleiteten Gesetzesreformen scheinen weiterhin nur kosmetischer Natur zu sein. An der repressiven Haltung der Türkei gegenüber den Kurden hat sich nicht viel verändert. Zwar wurden u. a. die kurdische Dissidentin Leyla Zana und ihre Freunde aus der Haft entlassen. Gleichzeitig haben türkische Staatsanwaltschaft und Polizei erneute Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen DEP-Abgeordneten eingeleitet, weil sie auf politischen Kundgebungen kurdisch gesprochen haben sollen. Das ist nur ein weiteres Beispiel dafür, dass die Reformen im Alltag kaum Umsetzung finden. Vielmehr werden hierfür weitere Steine in den Weg gelegt. Viele westliche Staaten, als auch die Türkei, Syrien, der Iran und Irak wünschen nicht, dass diejenigen Kurden am Lösungsprozess beteiligt werden, die eigenständig für ihre legitimen Rechte und Interessen eintreten. Öcalan hingegen steht für eine freie und gleichberechtigte Artikulation der Völker, weshalb er zum Schweigen gebracht werden soll. Auf diese Weise wird jedoch eine wirkliche Lösung nur erschwert. Die kurdische Frage kann nur im gegenseitigen Dialog und mit der Beteiligung aller Konfliktparteien gelöst werden. Deshalb ist die EU dazu aufgerufen, gemäß den politischen Realitäten in der Region, eine konstruktive Haltung in der kurdischen Frage einzunehmen, statt wie die Türkei auf eine weitere Verschleppung der Problematik hinzuwirken.

Deshalb:
Sofortige Aufhebung der Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan!
Abdullah Öcalan ist ein herausragender Repräsentant der Kurden, was als solches anerkannt werden muss!
Freiheit für Abdullah Öcalan!

Internationale Initiative Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan

Anträge für die Freiheit Öcalans

Die Bewegung der freien Bürger gab im Rahmen der landesweiten Kampagne ‚Freiheit für Öcalan' ihre Anträge beim Gouverneur in Elîh (Batman) ab. Hunderte hatten sich am Kulturzentrum Bahar versammelt und demonstrierten zum Gouverneur.
Die Polizei hatte ca. 200 Meter vor dem Atatürkpark Barrikaden errichtet und ließ die Menge nicht zum Gouverneur durch. Spontan begannen die Menschen eine Sitzaktion. Nach Verhandlungen wurde eine Delegation von 15 Personen durchgelassen. Die Gruppe gab 7908 Unterschriften ab. In den Anträgen heißt es: "Als kurdische/r Bürger/in der türkischen Republik erkenne ich Herrn Abdullah Öcalan als Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes an und betrachte seine aufklärerischen Ideen in Verbindung mit demokratischen Kriterien und universellen Werten für höchst bedeutend für die Lösung der kurdischen Frage und für die Demokratisierung der Türkei. Ich teile alle seine Ansichten und fordere seine Freilassung."

In Merdîn (Mardin) übergab die Bewegung der freien Bürger 413 Anträge an den Gouverneur. Die Menge versammelte sich hinter dem Hotel Bîlen und demonstrierte zum Gouverneursgebäude. Vier gewählte Personen übergaben die Anträge. Im Anschluss wurde eine Demonstration zum DEHAP Gebäude organisiert, auf der viele Parolen für Öcalan gerufen wurden. Daher blockierte die Polizei die Straße vor dem Gebäude der DEHAP. Ihr Sprecher Serdar Özmes erklärte, Ziel der Kampagne sei die Freilassung Öcalans. "Der türkische Staat muss mit der Vernichtung und Verleugnung aufhören. Die Isolation gegen den Vorsitzenden des kurdischen Volkes ist eine Isolation des gesamten kurdischen Volkes. Die Isolation Öcalans ist der Grund von Auseinandersetzungen. Wir wollen, dass der Staat diese Politik beendet und die kurdische Frage demokratisch löst."

(DIHA, 14./15.7., ISKU)

Meldungen

Gedenken an die Gefallenen des 14. Juli
Die DEHAP von Siwêreg (Siverek) hat vor ihrem Gebäude einen Film über das Leben des Zentralkomiteemitglieds der PKK, M. Hayrî Durmus gezeigt. Im Anschluß wurde die Verteidigungsrede von Mehmet Hayrî Durmus, die dieser damals gehalten hatte und eine Bewertung von Abdullah Öcalan über die Gefallenen des 14. Juli verlesen. Etwa 70 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.
(DIHA, 14.7., ISKU)

Gedenken am Grab von Ali Çîçek
Mitglieder der DEHAP Jugend Adana und StudentInnen der Zeitschrift Genç Bakis, insgesamt mehr als 70 Personen, gingen in Osmaniye zum Grab von Alî Çîçek, der am 14. Juli 1982 mit M. Hayrî Durmus, Kemal Pîr und Akîf Yilmaz mit dem Todesfasten im Gefängnis von Amed begonnen hatte. Die Polizei nahm am Eingang des Friedhofs Personalien der Jugendlichen auf. Am Grab wurden Poster der Gefallen entrollt und Gedichte vorgelesen.
(DIHA, 14.7., ISKU)

Gefangene der PRD in Çewlik gehen nicht zum Besuch
Die Gefangenen der PRD im Gefängnis von Çewlik (Bingöl) haben schriftlich erklärt, dass sie gegen die Isolation Abdullah Öcalans protestieren. Sie sagten, es sei nicht zu akzeptieren, dass das Treffen Öcalans mit seinen Anwälten und Verwandten seit fünf Wochen verhindert wird. Sie werden bis zum Ende der Isolation sowie der Operationen des türkischen Militärs auch selbst nicht zum Besuch gehen.
(DIHA, 15.7., ISKU)

In Mêrsîn Auseinandersetzungen bei Aktion gegen Isolation
Eine Gruppe von ca. 50 Jugendlichen entzündeten ein Feuer im Stadtteil Günes, tanzten Govend, hielten Poster von Öcalan hoch und riefen Parolen gegen die Isolation des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan. PassantInnen unterstützten die Gruppe. Die Aktion dauerte etwa eine Stunde, dann begann die Polizei zu intervenieren und schoss in die Luft. Die Jugendlichen antworteten mit Steinen. Nach einiger Zeit verteilten sie sich in den umliegenden Straßen. *(DIHA, 15.7., ISKU)*

Gefechte in Sêrt
Am Abend des 12 Juli kam es zwischen Guerillas der HPG und Soldaten der türkischen Armee zu Auseinandersetzungen in der

Friedensmütter: Den Kampf für Frieden entschlossen zu Ende führen

Friedensmütter in Ankara

1000 Frauen, Mitglieder der Friedensmütter, die mit 23 Bussen aus Amed (Diyarbakir), Colemerg (Hakkari), Riha (Urfa), Wan (Van), Batman (Elîh), Merdîn (Mardin), Sert (Siirt) und Istanbul nach Ankara gekommen waren versammelten sich im Abdi-Ipek-Park. Auch Mitglieder der DEHAP, wie Canîp Yildirim, Huseyin Altun und die Bürgermeisterin von Qoserê (Kiziltepe), Cihan Sincar unterstützten die Aktion. Die Friedensmütter waren mit dem Ziel gekommen, Anträge für die Freilassung Öcalans an das türkische Parlament zu übergeben. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Vertretung des Menschenrechtsvereins IHD Ankara Yuksel Mutlu übergaben fünf Friedensmütter tausend Anträge an den Parlamentsvorsitzenden. Die Frauen erklärten in ihren Anträgen, dass Abdullah Öcalan der Vertreter des kurdischen Volkes sei und sie seine Freilassung forderten.
Die Sprecherin der Initiative der Friedensmütter, M. Günes, sagte bei der Übergabe der Anträge: "Wir sind nach Ankara gekommen, weil wir die Intrigen gegen das kurdische Volk und den kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan stoppen wollen und unsere Freiheit verlangen. Wir sind entschlossen, den seit 6 Jahren dauernden Kampf für Frieden bis zum Ende weiterzuführen. Unser Vertrauen in den Frieden kann nicht zerstört werden."
Eine Delegation von 50 Friedensmüttern und dem Vorsitzenden des IHD von Ankara, Yüksel Mutlu besuchte die Sitzprotestaktion der vom Verbot bedrohten Gewerkschaft Egitim-Sen in der Yükselstraße. Die Mitglieder von Egitim-Sen begrüßten die Mütter mit den Slogans "Sehîd namirin" (Die Gefallenen sind unsterblich) und "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker". Der Vorsitzende Alaaddin Dinçer dankte den Müttern für ihre Unterstützung.

(AW, DIHA, 12./13.7., ISKU)

60 Tage Aufschub nach Protesten gegen drohendes Gewerkschaftsverbot

Verfahren gegen Egitim-Sen ausgesetzt

Zehntausende Gewerkschafter und Anhänger linker Parteien protestierten am Dienstag in Ankara gegen ein drohendes Verbot der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen. Die Anhänger der linksstehenden Gewerkschaft, die über 200 000 Mitglieder vertritt, waren am ersten Verhandlungstag des Gerichts in dem Verbotsverfahren mit Bussen aus der ganzen Türkei gekommen. Der Verkehr am zentralen Kizilay-Platz und dem Ataturk-Boulevard wurde durch den Protestmarsch über Stunden lahmgelegt. Die Polizei hatte zahlreiche Sperren errichtet und Panzerwagen aufgefahren.
Das Verbotsverfahren war eingeleitet worden, weil sich die Lehrergewerkschaft in ihrer Satzung für "muttersprachlichen Unterricht" einsetzt. Gemeint ist damit kurdischsprachiger Ergänzungsunterricht in den kurdischen Landesteilen der Türkei. Zwar hatte die türkische Regierung im Rahmen der EU-Anpassung private kurdische Sprachschulen sowie knapp eine Stunde kurdische TV- und Rundfunksendungen pro Tag erlaubt. Doch weder dürfen Kinderprogramme auf Kurdisch gesendet werden, noch dürfen Menschen ohne Grundschulabschluß die privaten Sprachschulen besuchen. Der Staat setze so seine Assimilierungspolitik gegenüber kurdischen Jugendlichen trotz der Gesetzesänderungen fort, kritisieren Vertreter von Egitim-Sen. "In der Praxis hat sich nichts verändert", zitiert die Tageszeitung Turkish Daily News am Mittwoch einen Demonstranten aus der kurdischen Provinz Erzincan. "Die Reformschritte dienen nur dazu, die EU zu beruhigen. Der Verbotsprozeß ist ein deutlicher Beweis dafür."
Vertreter anderer türkischer Gewerkschaften sowie demokratischer Organisationen und Parteien aus der Türkei hatten sich in den letzten Wochen mit Egitim-Sen solidarisiert. Auch aus dem Ausland treffen Unterstützungserklärungen ein. So drückten Leitungsmitglieder der nationalen Lehrergewerkschaft der USA in einem Schreiben an den türkischen Staatspräsidenten Sezer ihre Besorgnis aus.
Angesichts der massiven Proteste und aus Angst vor kritischen Reaktionen der EU beschloß das Gericht am Dienstag, der Gewerkschaft eine Frist von 60 Tagen zur Änderung der Satzung zu geben. Sollte Egitim-Sen die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht aufrechterhalten, wird das Verbotsverfahren im September fortgesetzt.

(jW, 15.7., ISKU)

Monatsberichte des Menschenrechtsvereins IHD

Der Menschenrechtsverein (IHD) Büro Diyarbakir veröffentlichte seine Berichte für die Monate Mai und Juni.

Mai 2004

Getötete bei Gefechten : 22 Tote, 14 Verwundete
Verbrechen unbekannter Täter, Hinrichtungen ohne Urteil: 5 Tote, 4 Verwundete
Explosionen durch Minen und Sprengstoffe: 6 Verwundete
Festnahmen: 245 Personen
Fälle von Folter oder Misshandlungen 42 Beschwerden:
a) durch Gendarmariepersonal: 38 Fälle
b) durch Sicherheitskräfte: 3 Fälle
c) durch Dorfschützer: 1 Fall
Verschwundene: 2 Personen
Verhaftungen: 16 Personen
Strafversetzungen: 1 Person
Ermittlungsverfahren und Strafen: 16 Fälle
Verbotene Veranstaltungen (Theater/Kino): 1 Fall
Forderung nach Verlegung in ein anderes Gefängnis: 1 Fall
Beschwerden wegen Haftbedingungen: 2 Fälle
Forderung nach ärztlicher Behandlung: 3 Fälle
Selbstmorde und Versuche: 14 Fälle

Im Mai wurden insgesamt 427 Menschenrechtsverletzungen ermittelt, 240 Anträge wurden beim IHD Diyarbakir eingereicht.

Juni 2004

Getötete bei Gefechten: 38 Tote, 21 Verletzte
Verbrechen unbekannter Täter, Hinrichtung ohne Urteil: 3 Tote, 1 Verletzter
Explosionen durch Minen oder Sprengstoff: 4 Tote, 7 Verletzte
Festnahmen: 66 Personen
Fälle von Folter oder Misshandlungen 15 Beschwerden
a) durch Gendarmariepersonal: 12 Fälle
b) durch Sicherheitskräfte: 3 Fälle

Verschwundene Personen: 1 Person
Verhaftete: 14 Personen
Ermittlungsverfahren und Strafen: 54 Fälle
Forderung nach Verlegung in ein anderes Gefängnis: 2 Fälle
Beschwerden wegen Haftbedingungen: 1 Fall
Forderung nach medizinischer Behandlung: 3 Fälle
Tote in Gefängnissen: 1 Person
Fälle Folter/Misshandlung im Gefängnis: 1 Fall
Andere Gründe : 1 Fall
Selbstmorde und Versuche: 10 Fälle

Im Juni wurden insgesamt 301 Menschenrechtsverletzungen ermittelt, 58 Anträge wurden beim IHD Diyarbakir eingereicht.

Die obigen Fakten wurden zusammengestellt aus den IHD-Filialen der Regionen im Osten und Südosten der Türkei, aus den Anträgen die beim IHD eingegangen sind, sowie aus den Zeitungsberichten.

(ÖP, 14.7., ISKU)

Umgebung des Dorfes Bayirdüzü am Çiravberg. Dabei kamen vier Soldaten ums Leben, 11 weitere wurden verletzt.

(DIHA, 13.7., ISKU)

Operation in Dersim
Während der Operation des türkischen Militärs am 13. und 14. Juli im Havaçortal in der Nähe des Dorfes Yenîköy kam es zu Auseinandersetzungen mit der HPG. Dabei verloren zwei Guerillas ihr Leben. Sie wurden auf dem Friedhof der Stadt Avacux beerdigt. Bei der Operation wurden Helikopter eingesetzt, die das Havaçortal, den Sultanbababerg, und die Gegend um das Dorf Îksor bombardierten.

(DIHA, 13.7., ISKU)

Auseinandersetzungen in Mus
In der Region Kizilagaç/Mus kam es am 14. Juli am Hêlîn Hügel in der Nähe des Dorfes Newalamulkin zu Auseinandersetzungen zwischen Guerillas der HPG, Dorfschützern und Soldaten. In dem Gefecht verloren drei Guerillas ihr Leben, zwei Dorfschützer wurden verletzt. *(DIHA, 14.7., ISKU)*

In Gürpinar tritt der Ausnahmezustand wieder in Kraft
Im Kreis Gürpinar/Van wurde nach dem Tod dreier Soldaten, die bei einem Gefecht getötet worden sind, für die Dörfer die Sicherheitsmassnahmen auf den höchsten Stand gebracht. Den Bewohnern wurde verboten abends die Dörfer zu verlassen; sie müssen jeden Tag bei der Wache vorsprechen und Informationen über Vorfälle im Gebiet mitteilen. Außerdem werden von den Viehhirten Personalien und von den Dorfbewohnern Fotos verlangt.

(DIHA, 12.7., ISKU)

Flugblatt der HPG
Die Kommandantur der Volksverteidigungskräfte (HPG) der Provinz Dersim veröffentlichte ein Flugblatt, das Prostitution in Bars und Kasinos in Dersim verbietet; eben so sei der Verkauf von Suchtmitteln verboten. Verstösse dagegen würden bestraft.

(DIHA, 13.7., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AW	Azadiya Welat
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 165
23. Juli 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Totalisolation Abdullah Öcalans vorerst beendet

Erster Besuch nach 6 Wochen

Seit dem 9. Juni, seit sechs Wochen waren die Besuche bei Abdullah Öcalan mit der Begründung, die Barkasse sei defekt, verhindert worden. Am 20. Juni konnten endlich die AnwältInnen Firat Aydinkaya, Aysel Tugluk, Dogan Erbas sowie der Bruder Öcalans, Mehmet, den wöchentlichen Besuch auf der Gefängnisinsel Imrali durchführen. Seit Tagen hatten in Kurdistan, der Türkei und Europa zahlreiche Aktionen stattgefunden, um auf die Isolation Öcalans und die andauerenden Militäroperationen hinzuweisen.
Der Anwalt Dogan Erbas berichtete nach dem Besuch gegenüber der Nachrichtenagentur DÎHA: "Unser Mandant erklärte, in der letzten Woche habe eine Gesundheitsuntersuchung stattgefunden, man habe ihm auch Blutproben abgenommen, er habe aber noch keine Ergebnisse der Untersuchungen. Berichte über ihn in der türkischen Presse seien frei erfunden und dienten nur der Verwirrung. Er habe keine Entscheidung zum Krieg getroffen und werde das auch in Zukunft nicht tun."

Aydar kritisiert das Schweigen Euopas
Der Vorsitzende des Kongra Gel, Zubeyîr Aydar hatte zuvor auf einer Volksversammlung in Stuttgart die Haltung Europas gegenüber der kurdischen Frage kritisiert.
Aydar sagte, die Beschuldigung Öcalans wegen der Aufhebung des einseitigen Waffenstillstandes sei ohne Grundlage, vielmehr sei die Politik der Verweigerung der AKP dafür verantwortlich. Aydar erklärte: "Die Europäische Union hat zuvor gesagt: ‚Wenn die PKK die Waffen niederlegt, werden wir die kurdische Frage gemeinsam lösen. Die PKK hat die Waffen sechs Jahre lang niedergelegt und einen einseitigen Waffenstillstand bekanntgegeben. Aber die Europäische Union hat keine ernsthaften Schritte unternommen, um die kurdische Frage zu lösen. Im Gegenteil, als die PKK die Waffen niedergelegt hat, wurde sie auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt."
Aydar erklärte, dass die Veränderungen der Türkei auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union nur Augenwischerei seien: "Die DEPler wurden als Mitglieder des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes freigelassen. Wenn die Türkei das ernst nimmt, es gibt in den Gefängnissen noch Zehntausende politische Herzen der Kurden, dann soll sie auch die freilassen".

Aktion von Frauen für Öcalan
Die Frauensektion der DEHAP von Amed organisierte eine Sitzaktion. Ca. 100 Frauen entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Wir werden der Isolation gegen den Vorsitzenden des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan nicht schweigend zusehen.". Die Polizei verbot die Aktion und griff die Aktion mit Schlagstöcken an. 38 Personen wurden festgenommen, sechs verletzt.
Auch in Mêrdîn (Mardin) und Sirnex (Sirnak) fanden Aktionen von Frauen statt. 300 Frauen kamen in Silopi zusammen, und forderten die Aufhebung der Isolation gegen Öcalan und eine Ende der Militäroperationen der türkischen Armee. Die Frauen demonstrierten zum Gebäude der DEHAP. Eine ähnliche Aktion fand in Qoserê (Kiziltepe)/Mêrdîn statt. 100 Frauen kamen auf dem Platz der Repblik für eine Sitzaktion zusammen. Sie riefen Parolen für Öcalan und forderten ein Ende der Militäroperationen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Aktion filmen wollte.

Kundgebungen in Wan und Mûs
Die Frauensektion der DEHAP von Wan (Van) gab eine Presseerklärung in Kuçeya Huner ab. 30 Frauen protestierten gegen die Militäroperationen, die noch immer zunehmen und gegen die Isolation des Vertreters des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan.
Mîran Kaval erklärte für die Frauen: "Jeden Tag werden Leichen von Guerillas und Soldaten gebracht. Sie schneiden den Guerillas Ohren ab und zerschneiden ihre Gesichter. Die Menschenrechtsverletzungen nehmen zu." Sie kritisierte weiterhin die Totalisolation Öcalans, die internationale Konventionen verletze. "Wir als Frauen wollen keinen Krieg und keine Tränen mehr in den Augen sehen." Während sie Parolen gegen die Isolation riefen, filmte die Polizei die Teilnehmerinnen.
Auch die Frauensektion der DEHAP von Mûs gab eine Presseerklärung vor ihrem Parteigebäude ab. Die Vorsitzende A. Bakî Çelebî erklärte: "Die Militäroperationen und die Isolation Öcalans stürzen unser Land erneut ins Chaos...Wir wollen, dass die Verantwortlichen das stoppen." Die Frauen riefen Parolen und hielten Transparente mit der Aufschrift: "Nein zur Isolation, ja zum Frieden", "Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan".

Jugendplattform für Öcalan nach Ankara
Eine Plattform von Jugendlichen aus 12 Institutionen ist am 19.7. nach Ankara aufgebrochen, um gegen die Isolation Öcalans zu protestieren.
Die Plattform organisierte Treffen mit politischen Parteien und zivilen Organisationen wie der SHP, DEHAP, EMEP, TKP und dem ehemaligen Abgeordneten der DEP, Mehmet Bekaroglu, den Zeitungen Milliyet, Cumhuriyet und Radikal, CNN Türk, dem IHD und den Gewerkschaften Egitim-Sen, BTS, SES, ESP, BES und Tüm Bel-Sen. Gruppen aus jeweils fünf Personen besuchten die politischen Parteien und VertreterInnen der zivilen Organisationen und Gewerkschaften.
Geplante Treffen mit der AKP und der CHP konnten nicht stattfinden, da diese ein Zusammentreffen ablehnten. Zum Abschluß der Aktion gaben die Jugendlichen eine Pressekonferenz.
Im Namen der DEHAP Jugend sprach Mesut Çetîn: "Die letzen Ereignisse sind nur Tod und Sterben. Die Verschärfung der Isolation zeigt, dass es ein neues Konzept gegenüber den Kurden gibt. Wir wollen, dass niemand, weder Kurde noch Türke, getötet wird."
Çetîn erklärte, man werde, sollten die Operationen nicht aufhören als lebendiges Schutzschild zu den Orten der Operationen gehen: "Wir sehen einen solchen Schritt als notwendig an, Wir wollen nicht sterben und auch nicht töten."

7000 Unterschriften für die Freilassung Öcalans
Die Bewegung der freien Bürger organisierte am 21.7. eine Demonstration, bei der 6475 Anträge für die Freilassung Öcalans beim Gericht von Qosere (Kiziltepe) abgegeben wurden. Die Demonstration ging zum Platz der Republik, wo eine Sitzaktion stattfand. An der Aktion nahmen ca. 500 Personen teil. In Bagcilar wurden Mitglieder der Bewegung von der Polizei daran gehindert, 663 Anträge für die Freilassung Öcalans an das Gericht zu übergeben. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, das Gericht sei nicht der passende Ort. Die Vertreter erklärten, die Polizei habe sie gefilmt und ihre Ausweise fotokopiert. Die Gruppe, deren Anträge abgelehnt wurden, wollten eine Sitzaktion vor der Tür des Gerichts machen, aber die Polizei genehmigte dies nicht. Die Gruppe hielt ihre Anträge hoch und löste die Aktion nach einiger Zeit auf.
(DM/DIHA, 18.-22.07, ISKU)

Meldungen

Entscheidung im Öcalan - Prozess in Straßburg voraussichtlich im Oktober
Im Revisionsprozeß, den Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Türkei führt, wird für den Oktober das Urteil erwartet.
(DIHA, 16./17.7., ISKU)

Prozesse wegen Erklärungen in Kurdisch
Gegen den früheren stellvertretenden Vorsitzenden der DEHAP Kiziltepe wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, da er die Besucher einer Feier in Kurdisch begrüßt hatte und auch eine Rede beim Newrozfest in Mazidag in Kurdisch gehalten hatte.
(DIHA, 16./ 17.7., ISKU)

18 Jahre Menschenrechtsverein
Der Menschenrechtsverein IHD kann in diesem Jahr auf 18 Jahre voller schwieriger und auch gefährlicher Arbeit für die Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrecht zurückblicken.
(DIHA, 16./17.7., ISKU)

Dienstentlassung wegen Plakat
R. Sönmez, Leitungsmitglied der Egitim Sen in Bingöl, wurde aus dem Dienst entlassen: Er hatte ein Plakat mit der Aufschrift: "Muttersprache ist kein Separatismus, sondern fördert die Einheit" geklebt; auch die Teilnahme an Kundgebungen der DEHAP wurde als Grund für die Entlassung genannt. Zunächst hatte er beim Verwaltungsgericht eine Rücknahme der Kündigung erreicht, beim erneuten Dienstantritt wurde die Entlassung jedoch vom Erziehungsministerium bestätigt. *(DIHA, 21.7., ISKU)*

Weitere Freilassung von Kurden in Syrien
Aus Anlass des 4. Jahrestags des Amtsantritts des Staatsvorsitzenden Bessar Esad in Syrien wurde im Rahmen der Amnestie innerhalb von drei Tagen 95 Kurden aus den Gefängnissen entlassen.
(DIHA, 21.7., ISKU)

Gefangener im F-Typ Tekîrdag verlor sein Leben
TAYAD gab am Mittwoch eine schriftliche Erklärung ab, in der es heißt, Salih Sevinel (38), der seit zwei Jahren im F-Typ Gefängnis von Tekirdag ist, sei an einem Herzanfall gestorben. Er sei Vater von drei Kindern gewesen. Er habe keine schweren oder chronischen Krankheiten gehabt. TAYAD erklärte, Salîh Sevînel

Zahl der Gefechte weiter gestiegen

Antwortaktion der HPG
In der Region Qulp (Kulp)/Amed (Diyarbakir) hat die HPG am 15. Juli eine Antwortaktion gegen die Operationen der türkischen Armee durchgeführt. Im Zentrum von Qulp griffen sie eine Stellung des Militärs an. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge zwei Soldaten getötet und ein weiterer verletzt wurden.

Auseinandersetzungen in Bilîs
Wie bekannt wurde, gab es am 18.7. bei Oranîsa (Anadere)/Tetwan-Bilîs (Tatvan-Bitlis) ein Gefecht, dabei sollen zwei Guerillas der HPG ihr Leben verloren haben, sie wurden in das Staatskrankenhaus in Tetwan gebracht. Die Armee begann nach den Auseinandersetzungen eine umfangreiche Militäroperation.

Auseinandersetzung in Xozat/Dersim
Ebenfalls am 18.7. gegen 21.00 Uhr griffen die Volksverteidigungskräfte die Kaserne der Gendarmerie von Amûtka (Yenîbas) an. Dabei soll ein Soldat namens Abdullah Bilen verletzt worden sein. Er wurde mit einem Hubschrauber in das Staatskrankenhaus von Elezîz (Elazig) gebracht. Die Armee begann nach der Aktion eine umfangreiche Operation in der Umgebung.

Operation in Pîran (Dicle)
Am 22.7. begann die türkische Armee in der Umgebung der Dörfer Xacek (Tasagil), Herîdan (Kirkpinar), Pirejman (Kursunli) und Kayi, mit Militäroperationen gegen die HPG. 200 Soldaten sollen beteiligt sein.

Rückzugsgefecht in Mûs
Laut Erklärungen der HPG waren am 21.7. Mitlieder der HPG in die Gemeinde Qizilxaç/Mûs genommen, um dort die Dorfschützer zu verhören, die an den Verstümmelungen von gefallenen Guerillas am 13. Juli beteiligt waren. Als die Guerilla sich später zurückzog, trafen sie mit Soldaten zusammen, die eine Militäroperation durchführten. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge ein Offizier verletzt wurde. Die Auseinandersetzung hatte begonnen, als sich die HPGler in Richtung Sên (Senyayla), zwischen Mûs und der Region Pasûr (Kulp) zurükkziehen wollten. Die Dorfbewohner der Gegend sagten, Kriegshubschrauber kreisten über der Gegend. Über die Folgen der Auseinandersetzungen wurde nichts weiter bekannt.

HPG Guerilla Murat Kesercî beerdigt
Der Guerilla Murat Kesercî (Serwan), der am 13. Juli sein Leben bei einer Auseinandersetzung zwischen der HPG und Dorfschützern verloren und von der Stadtregierung von Mus beerdigt worden war, wurde am 18.7. von seiner Familie exhumiert und in seinem Dorf in der Gemeinde Adîlcewaz/Bilîs (Bitlis) beerdigt. Die 500 Personen, die zu der Beerdigung gekommen waren, wurden von der Polizei von Bilîs ununterbrochen gefilmt. Murat Keserci wurde im Jahr 1974 geboren, er war Vater von zwei Kindern. 2001 schloß er sich der Guerilla an.

HPG Guerilla Tahîr Kaya in Sêrt beerdigt
Die Leiche des Guerillas mit dem Codenamen "Berxwedan Çirav", Tahîr Kaya wurde am 18.7. von seiner Familie abgeholt. Der Begräbniszug wurde auf der Straße Baykan - Bilîs von Mitgliedern der Gendarmeriekaserne aufgehalten. Erst um 14.00 Uhr wurde die Genehmigung zur Weiterfahrt gegeben.
Bei der Beerdigung waren 300 Personen anwesend. Die Mutter von Tahîr Kaya und andere sangen Lieder. Auch Mitglieder der DEHAP und des IHD waren anwesend. Die Beerdigung endete mit einer Gedenkminute und Parolen wie "Sehit Namirin" (Die Gefallenen sind unsterblich) und "Bijî Serok Apo".

In Elbîstan Gedenken an HPGler
Für die beiden Guerillas der HPG, Mazlum Gök und Erdal Dogan, die vergangenen Monat ihr Leben bei einer Auseinandersetzung in Semsûr (Adiyaman) verloren hatten, fand eine Gedenkveranstaltung im Haus von Gök im Dorf Sevdîllî, Elbistan/Meres statt. Im Anschluß fand eine Kundgebung am Grab statt. Der Vorsitzende der DEHAP von Meres, Metin Gönulsen, der Vorsitzende der DEHAP von Elbîstan, Huseyin Kisa und Vertreter der DEHAP von Semsûr sowie 500 weitere Personen waren gekommen. Sie riefen Parolen wie: "Freiheit für Öcalan" und "Sehîd namirin", woraufhin es zu Rangeleien mit der Polizei kam.
Bei der Beerdigung fand eine Schweigeminute statt, die kurdische Hymne "Ey Raqîp" wurde gesungen. Metîn Gönulsen sprach zu den TeilnehmerInnen: "Diese beiden waren Kämpfer für den Frieden. Das war ihr Wunsch, ihre Identität. Millionen KurdInnen stehen hinter ihnen."
Nach der Beerdigung hielt die Armee den Konvoi der Beerdigungsteilnehmer an.
Wegen angeblicher Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften wurde von jedem Fahrzeug eine Strafe von 41 700 000 TL verlangt. Im Anschluß wurde das Grab von Erdal Dogan im Dorf Mala Butan (Hançiplaklar) in der Region Nurhak/ Meres besucht. Im Haus von Dogan fand eine Feier statt.
(DM/DIHA, 18.-22.7., ISKU)

habe gegen die Isolationshaftbedingungen Widerstand geleistet. Die Leiche wurde noch nicht der Familie übergeben, die an der Gerichtsmedizin warte.
(DIHA, 21.7., ISKU)

Entschädigungsgesetz verabschiedet
Bei seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause verabschiedete das türkische Parlament das "Gesetz zur Entschädigung bei terroristischen Anschlägen sowie bei Maßnahmen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung". Das Gesetz soll insbesondere eine Lösung für zahlreiche vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängige Verfahren über Dorfräumungen während der 90er Jahre bringen. Das Gesetz findet Anwendung für Ereignisse, die nach dem 19.7. 1987 eintraten. Geschädigte können innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes bzw. Eintritt des Schadens einen Antrag auf Entschädigung bei der zuständigen Provinzverwaltung stellen. Dort sollen Kommissionen zur Feststellung des eingetretenen Schadens gebildet werden, die die eingereichten Anträge innerhalb einer Frist von sechs Monaten bearbeiten sollen. *(YS, 18.7., ISKU)*

Vier DEHAP-Funktionäre wegen "verbotener Schriften" verurteilt
Vier Funktionäre der DEHAP Elazig sind wegen des "Besitzes verbotener Schriften" vom 1. Strafgericht in Siirt zur Zahlung von 505.445.000 Lira (etwa 283 Euro) verurteilt worden. Bei einer Razzia im Büro der DEHAP in Elazig am 26. Februar waren 21 Zeitschriften und Bücher als "verbotene Schriften" beschlagnahmt worden. Ali Secer, einer der Angeklagten, erklärte, dass ihre Arbeit unter ständigem Druck stehe und sie häufig Opfer solcher antidemokratischer Praktiken seien. "Fast jeden Tag wird so eine Verfahren eröffnet. Diese Praxis nützt niemandem. Wir werden mit demokratischen Mitteln auf dieses Urteil antworten", so Secer.
(DIHA, 22.7., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
YS	Yeni Safak

Adana: Aufruf gegen "Ehrenmorde"

Demokratische Massenorganisationen und NGOs haben in Adana auf die steigende Zahl sogenannter Ehrenmorde hingewiesen und die Gesellschaft dazu aufgerufen, dagegen aktiv zu werden. Der Aufruf wurde im Rahmen einer öffentlichen Pressekonferenzim Inonu-Park in Adana unter Beteiligung der Demokratiepartei des Volkes (DEHAP), der Arbeiterpartei (EMEP), des Solidaritätsvereins für die Angehörigen Inhaftierter (ATHAYD-DER), des Menschenrechtsvereins (IHD), der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten (ESP) und der Union der arbeitenden Frauen (EKB) veröffentlicht. Die TeilnehmerInnen der Aktion forderten auf Transparenten "Stoppt die Ehrenmorde" und "Schluß mit sexueller, sozialer und Klassendiskriminierung". Yasemin Tugcu von der Union der arbeitenden Frauen gab im Namen der beteiligten Organisationen eine Erklärung ab, in der sie feststellte, dass Frauen als die Unterdrückten unter den Unterdrückten immer häufiger Opfer von Ehrenmorden werden. "Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2004 wurden 35 Frauen im Namen der Ehre ermordet.", so Tugcu. In der Erklärung wurde daran erinnert, dass das Parlament die Forderung von Frauenorganisationen nach einer juristischen Regelung der Ehrenmorde bislang ignoriert habe. Weiter heißt es: "Die Morde an Semse Alak in Mardin, an Guldunya Toren bis hin zu Nuran, die in Istanbul von ihrem Vater erwürgt wurde, nehmen einen Platz auf den dunkelsten Seiten der Geschichte ein."
Die Gruppe wandte sich an die Regierung mit der Forderung, ernsthafte Schritte zu unternehmen, um die Ehrenmorde zu stoppen und rief gleichzeitig alle Mitglieder der Gesellschaft auf, gegen die unmenschlichen Morde im Namen der Ehre aufzustehen.
(DIHA, 21.7., ISKU)



Öffentliche Pressekonferenz gegen "Ehrenmorde" in Adana(Foto: DIHA)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 166
30. Juli 2004

Nûçe

......ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Antrag auf Asyl für Nuriye Kesbir vom Kassationsgericht abgelehnt

Freiheit für Nuriye Kesbir

Nuriye Kesbir ist gewähltes Mitglied des Exekutivrates des Volkskongresses Kurdistans – KONGRA-GEL – und seit vielen Jahren aktiv in dem Bemühen um eine politische Lösung der kurdischen Frage und vor allem in der Organisierung kurdischer Frauen.
Am 25. September 2001 reiste sie in die Niederlande und beantragte dort politisches Asyl. Während ihres Antragsverfahrens beantragte der türkische Staat seinerseits die Auslieferung Kesbirs wegen angeblicher Beteiligung an verschiedenen militärischen Aktionen der PKK. Anstatt Asyl zu bekommen war Nuriye Kesbir seit ihrer Einreise September 2001 in der Justizvollzugsanstalt Zwolle inhaftiert, bis ein Amsterdamer Gericht im Dezember 2002 die Auslieferungsbegründung als unglaubwürdig zurückwies und Kesbir freisprach. Die Staatsanwaltschaft legte gegen diese Entscheidung Revision ein. Am 5. März erschien Kesbir zu einer Gerichtsverhandlung über ihre Auslieferungsangelegenheit und wurde noch vor dem Gerichtsgebäude festgenommen und in der Justizvollzugsanstalt Breda inhaftiert. Am 7. Mai beschloss schließlich das Kassationsgericht in Den Haag die Auslieferung von Kesbir an die Türkei unter der Bedingung, dass die Türkei garantiere, sie nicht zu foltern oder zu misshandeln und ihr einen fairen juristischen Prozess zu ermöglichen. Nun liegt die letzte Entscheidung beim niederländischen Justizminister Donner.
Nuriye Kesbir begann einen Hungerstreik gegen Ihre Auslieferung, den sie nach 34 Tagen am 10. Juni unterbrach, um der holländischen Regierung Spielraum für eine Entscheidung zu lassen.
Zehntausende Protestbriefe, Faxe etc. waren beim Justizministerium eingetroffen, Tausende demonstrierten in Europa vor den holländischen Konsulaten. Viele Frauen- und Menschenrechtsorganisationen intervenierten. Die UN-Menschenrechtskommission, Amnesty International und Human Rights Watch sprachen sich gegen eine Auslieferung Kesbirs aus.
Das Kassationsgericht in Holland lehnte am 23. Juli 2004 das Asylbegehren endgültig mit der Begründung ab, Nuriye Kesbir sei als Führungsmitglied der PKK für Kriegsverbrechen verantwortlich. Entscheidend für die Ablehnung sind insbesondere Anschuldigungen der türkischen Regierung gegen die kurdische Freiheitsbewegung, gegenstandslose Behauptungen über angebliche Aktivitäten von Frau Kesbir und absurde Interpretationen ihrer Prozesserklärungen.
Gerade die türkische Regierung aber ist einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen überführt und z.B. durch den internationalen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden.
Völlig außer Acht gelassen wird auch, dass die PKK im Gegensatz zur türkischen Regierung schon im Januar 1995 die 4. Genfer Konvention mit dem Zusatzprotokoll von 1977 ratifiziert hat und diese als Maßstab für die Bedingungen des Krieges und der Behandlung von Kriegsgefangenen anerkennt. Ignoriert wird ebenfalls, dass im Zuge der Friedensbemühungen der kurdischen Seite ein Vorschlag zur Einrichtung einer Versöhnungskommission zur Aufdeckung von Kriegsverbrechen beider Seiten existiert und selbst Abdullah Öcalan sich bereit erklärt hat, sich in diesem Sinne einem internationalen Strafgericht zur Verfügung zu stellen.
Seit einigen Tagen steht der niederländische Regierungschef Balkenende der Europäischen Union vor. Eine der wichtigsten Fragen seiner Amtszeit wird die bis Ende des Jahres anstehende Entscheidung der EU sein, ob mit der Türkei Verhandlungen über einen Beitritt aufgenommen werden sollen.
Zudem sind die Niederlande ein Hauptumschlagplatz für Waffenexporte und Importe in die EU. So wurden auch die berüchtigten Cluster-Bombs, hergestellt im deutschen Liebenau, über die Niederlande an die Türkei verkauft.
Es bleibt zu fragen, ob der Grund für die einseitigen Schuldzuweisungen, für die Ungleichbehandlung Nuriye Kesbirs und die anhaltende Ignoranz gegenüber den Friedensbemühungen der kurdischen Freiheitsbewegung nicht doch mehr durch die politischen und ökonomischen Interessen der niederländischen Regierung bestimmt werden als von rechtlichen Normen.

Nuriye Kesbir sagte in ihrer Erklärung nach dem Urteil im Auslieferungsverfahren am 7 Mai:

"Versucht zu verstehen, was der türkische Staat dem kurdischen Volk angetan hat und entscheidet selbst, ob ich als Individuum schuldig bin oder nicht.
In der letzten Zeit habe ich viel darüber nachgedacht, was mein Vergehen ist. Ich kann Ihnen meine Vergehen in ein paar Punkten aufzählen:
1. Als Mensch geboren zu sein und für ein menschliches Leben zu kämpfen.
2. Als Kurdin geboren zu sein und mich am Kampf dafür beteiligt zu haben, dass das kurdische Volk sein Schicksal selbst bestimmen kann. Wenn das ein Verbrechen ist, ja, dann bin ich schuldig!
3. Wenn es ein Verbrechen ist, als Frau dafür zu kämpfen, dass Frauen frei und gleichberechtigt leben können, ja, dann bin ich schuldig.
4. Wenn es ein Verbrechen ist, dass ich wegen meiner Religionszugehörigkeit gegen jede Art von Diskriminierung eingetreten bin, dann bin ich schuldig.
5. Wenn es ein Verbrechen ist, dass ich es nicht bereue, einen legitimen, demokratischen Kampf dafür zu führen, dass mein Volk unter anderen Menschen menschlich leben kann, dann bin ich eine Verbrecherin.
Es ist klar, das Urteil ist eines, das über die Frage, ob ich schuldig bin oder nicht, hinausgeht. Dieses Urteil ist eine absolut politische Entscheidung und stützt sich auf verschiedenen wirtschaftliche Vorteile, die man von der Türkei erwartet."

Eine Auslieferung Nuriye Kesbirs in die Türkei bedeutet, die türkische Regierung in ihrer Logik der Vernichtung, Verleugnung und Vertreibung der Kurden und Kurdinnen zu bestärken statt den kurdischen Bemühungen um eine politische und demokratische Lösung Rechnung zu tragen. Wir fordern die sofortige Freilassung Nuriye Kesbirs und ihre Anerkennung als politisch Verfolgte.
Die letzte Entscheidung über eine Übergabe an die türkischen Folterer liegt in den Händen des niederländischen Justizministers Piet Hein Donner. Dieser will in Kürze über die Auslieferung entscheiden. Ein Auslieferung an die Türkei bedeutet eine weitere Aushöhlung des Rechts auf Asyl. Nuriye Kesbir erwartet in der Türkei Folter und langjährige Haft.

Wir rufen alle auf, sich verstärkt beim holländischen Justizminister für Nuriye Kesbir einzusetzen.

Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V., YEKKOM - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V., AZADI - Rechtshilfefonds für Kurden und Kurdinnen in Deutschland e.V.

Der vollständige Aufruf mit einem Beispiel für ein Protestfax an den niederländischen Justizminister befindet sich auf unserer Internetseite: www.nadir.org/isku

Meldungen

Dorf Geznex vom Regiment Elk beschossen
In der Nacht zum 28. gegen 22.00 Uhr wurde die Gegend um das Dorf Geznex von Mörsergranaten des Regiments Elk (Beytüssebab) der türkischen Armee beschossen. Drei Granaten schlugen im Dorf ein. Das Dorf Geznex wurde zu Kriegszeiten vom türkischen Staat geräumt, die Bewohner vertrieben. Viele gingen nach Europa. Mit Beendigung des Krieges kamen sie in ihr Dorf zurück.
Durch den Beschuss mit Granaten wurde viel Heu verbrannt und Schäden im Dorf angerichtet. Als die Granaten einschlugen, riefen die Dorfbewohner bei dem Regiment der Region an, um über die Ereignisse zu berichten. Von dort wurde der Bürgermeister informiert, der die Feuerwehr informieren sollte. *(AW, 28.7., ISKU)*

Projekte für Rückkehr in die Dörfer
Im Zentrum Dersim (Tunceli) seien 95 Dörfer und 430 Weiler vollkommen entvölkert worden, gab der Gouverneur Erkal an. Seit 2000 seien im Rahmen des "Dorfrückkehr- und Rehabilitationsprogramm" mit 2 Trillionen TL 285 Gebäude errichtet worden, in diesem Jahr sei geplant, in 6 Dörfern 130 Wohngebäude errichten zu lassen. *(DIHA, 28.7., ISKU)*

Postboykott gegen Buch von Öcalan
Ohne dass irgendein Verbotsurteil vorliegt, lehnte die Post es ab, das Buch "Ein Volk verteidigen" des Kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan in Gefängnisse zuzustellen. *(DIHA, 27.7., ISKU)*

Landrat lässt hunderte Obstbäume fällen
Der Landrat des Kreises in Cukurca/Hakkari liess aus "Sicherheitsgründen" hunderte Obstbäume fällen. *(DIHA, 27.7., ISKU)*

ESP: Neue Gesetze nehmen den Gefangenen ihre Menschenrechte
Der Vertreter der Ezilen Sosyalist Platform Zweigstelle Diyarbakir erklärte, die AKP-Regierung begnüge sich nicht mit menschenunwürdigen Praktiken in den Gefängnissen. Mit dem neuen Strafvollzugsgesetz würden den Gefangenen alle Menschenrechte genommen. *(DIHA, 25.7., ISKU)*

In Aydin Proteste gegen Operationen
In der Gemeinde Ortak/Aydin kamen am Sonnabend 2 500 Personen zusammen, und forderten,

Abdullah Öcalan dementiert Aufruf zum Krieg

Nach sechswöchiger Totalisolation traf Abdullah Öcalan am 21. Juni erstmals wieder mit seinen Anwälten zusammen. (Siehe Nûçe 165) In den vergangenen Wochen wurden ihm die wöchentlichen Anwaltsbesuche stets verwehrt.

Nach Beendigung des langjährigen einseitigen Waffenstillstands durch die kurdische Guerilla, welcher am 1. Juni 2004 sein Ende fand, kam es vermehrt zu Spekulationen über die Ursachen. Insbesondere in den türkischen Medien, aber auch in verschiedenen internationalen Medien, wurde Abdullah Öcalan als Initiator dieses Beschlusses bezichtigt, obwohl die kurdischen Rebellen klarstellten, der Entschluss zur Aufkündigung der Waffenruhe sei aus eigenem Ermessen gefasst worden. Als Grund gaben diese die zunehmenden militärischen Operationen der türkischen Armee gegen die in der Türkei verblieben Guerillakräfte an. Desweiteren habe die türkische Regierung keine ernsthaften Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternommen.

Nach Auskünften der Öcalananwälte habe ihr Mandant die genannten Vorwürfe in scharfer Form zurückgewiesen. Weder habe er zum Krieg aufgerufen, noch würde er dies in Zukunft tun. Derartige Behauptungen dienten nur der Legitimierung seiner rechtswidrigen Haftsituation. Jedoch habe er auch für den Entschluss der kurdischen Guerilla Verständnis. Demnach sei jener vom legitimen Recht auf Selbstverteidigung gedeckt. Dennoch bedeute dies nicht automatisch einen erneuten Krieg. Andererseits gäbe es vermehrte Anzeichen für eine Verleumdungskampagne im Zusammenwirken von Vertretern der USA, Europa und kurdischen nationalistischen Kreisen. Diese habe die Ausgrenzung des Kurdenführers und seiner Bewegung von einer Lösung der kurdischen Frage zum Ziel. Insbesondere die Äußerungen des Vorsitzenden der süd-kurdischen (nord-irakischen) Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Jelal Talabani, Öcalan habe zum Krieg aufgerufen, könnten nur als Provokation aufgefasst werden. Eine solche Haltung würde weder den Kurden, noch den Türken dienen. So sei die Sicherheit und Stabilität in der Türkei nur über die Gewährung der Rechte des kurdischen Volkes möglich. Deshalb appelliere er erneut an die Türkei, sich für eine Lösung des Problems zu öffnen.

(Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan)

Zubeyîr Aydar wendet sich an die Führung der Türkei, Syriens und des Iran

Der Vorsitzende des KONGRA-GEL, Zubeyîr Aydar wandte sich in einer Erklärung an die Führung der Türkei, des Iran und Syriens und sagte, die türkische Regierung habe ein neues Konzept gegenüber der kurdischen Bewegung entwickelt. Aydar äußerte sich zu dem Besuch des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Iran und zum Besuch des Staatspräsidenten Syriens, Besar Esad im Iran. Aydar erklärte, in der letzten Zeit habe die Führung der Türkei ein antikurdisches Konzept entwickelt, in dem auch der Iran und Syrien ihren Platz haben "Die kurdische Frage kann mit einer klassischen und militärischen Haltung nicht gelöst werden. (…) Das Ziel des Konzeptes sind alle Kurden, insbesondere aber der kurdische Befreiungskampf des KONGRA-GEL. Dieses Konzept hat keine Chance."
Aydar äußerte sich zu den Verträgen, die zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien unterschrieben werden und sagte, diese werden dem Frieden und dem Zusammenleben aller drei Länder und der Region keinen Dienst erweisen. "Im Mittleren Osten findet eine Phase ernsthafter Veränderungen statt, dies könne nicht verhindert werden. Wenn sie auf der Lösungslosigkeit beharren, werden Kräfte von außerhalb auf den Plan treten und ihre Lösungen durchsetzen." Aydar wies auf die Existenz der Kurden im Iran, in Syrien und der Türkei hin: "Alle drei Staaten sollten statt der Politik der Gewalt eine Politik der regionalen Lösungen umsetzen. Statt Vernichtung der kurdischen Bewegung sollten sie die Vertreter der Kurden aufrufen und gemeinsam eine demokratische Lösung und eine Lösung, die im Dienste des Friedens der Region steht, begründen. Wir sind für eine solche Arbeit bereit. Sie sollen gut verstehen, dass mit den vorherigen Ansätzen die Probleme nicht gelöste werden können, sie eher noch vertieft werden, neue Konflikte entstehen die die Völker der Region belasten.
"Es ist notwendig, statt Verträge gegen den KONGRA-GEL zu unterschreiben, und die kurdische Bewegung zu Terroristen zu erklären, Verträge zur Lösung der kurdischen Frage zu unterschreiben. Erdogan bereist Land für Land, mit der Absicht, die kurdische Bewegung als terroristische Organisation zu denunzieren. Diese Absicht wird das Ende seiner Regierung bringen, wie sie auch das Ende vorheriger Regierungen der Türkei gebracht hat."
Aydar rief die Regierung des Iran dazu auf, mit den Vertretern der Kurden in den Dialog zu treten, und sich nicht zum Spielball der schmutzigen Politik der Türkei machen zu lassen.

(DM, 28.7., ISKU)

Kurdische Intellektuelle setzen sich für den KONGRA-GEL in Bewegung

Die Unterschriftenkampagne zur Unterstützung der kurdischen Sache und zur Streichung des KONGRA-GEL von der Liste der terroristischen Organisationen im Irak geht in den Städten Silêmanî, Hewlêr (Erbil), Xaneqîn, Kerkûk, Keler und vielen anderen Städten des Irak und außerhalb des Landes weiter.

In den vergangenen Tagen haben viele Zeitungen und Pressorgane die Kampagne unterstützt. In einem Flugblatt fordern Intellektuelle die irakische Regierung auf, mit dem KONGRA-GEL in Beziehung zu treten, es heißt, eine revolutionäre Bewegung dürfe nicht terroristisch genannt werden, die Bewegung kämpfe für die Rechte aller. Intellektuelle aus dem Süden und dem Irak haben dafür eine Internetseite vorbereitet.

Im Internet wurden 291 Unterschriften gesammelt, und viele bekannte Persönlichkeiten, wie SängerInnen, LehrerInnen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, AnwältInnen, zahlreiche zivile und gesellschaftliche Organisationen haben ihren Platz eingenommen.

Die Kampagne der Intellektuellen aus Irakisch Kurdistan und dem Irak kann per E-mail unter swedana2000@hotmail.com erreicht werden.

(DIHA, 26.7., ISKU)

dass die auch in der Gegend stark zunehmenden Militäroperationen, beendet werden. Kutbettin Kurt forderte im Namen der Teilnehmer die türkische Regierung auf, endlich zu reagieren, aus dem Sterben würde keiner Gewinn ziehen. Die Aktion wurde mit dem Lesen von Gedichten und dem Rufen von Friedensparolen beendet. *(DIHA, 25.7., ISKU)*

Kommunen im Osten verfügen nicht über Mittel zur Katastrophenprävention
Stadtverwaltungen, die direkt durch die nordanatolische Bruchstelle erstgradig erdbebengefährdet sind, wie beispielsweise Erzurum, Van, Hakkari, Sirnak und Dogubeyazit, verfügen über keine Mittel, um die nötigen Katastrophenpräventionsmaßnahmen oder eine verstärkte Baukontrolle durchzuführen. Die Bürgermeister fordern staatliche Beihilfen.
(Dünya, 23.7., ISKU)

Elektrik-Aufstand in der Provinz Urfa
Proteste der Baumwollproduzenten der Region gegen häufige Stromausfälle sind in Straßenschlachten umgeschlagen. Zunächst hatten ungefähr 100 wütende Bauern das Regionalbüro des staatlichen Stromlieferanten TEDAS gestürmt. Danach kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei, bei denen nach offiziellen Angaben drei Polizisten und ein Landwirt verletzt wurden. 10 Bauern wurden festgenommen. TEDAS macht das hohe Aufkommen an illegalen Stromentnahmen sowie die starken Verbrauchsschwankungen für die Stromausfälle verantwortlich.
(Radikal, 22.7., ISKU)

Korkut Eken wird aus Haft entlassen
Eine der Schlüsselpersonen aus dem Beziehungsdreieck Mafia-Staat-Banden, Korkut Eken wird nach dem Ablauf seiner Haft aus dem Gefängnis entlassen. Er ist als Drogendealer, für Schwarzgeld, Dorfzerstörungen und Verbrechen unbekannter Täter in Erinnerung. *(DIHA, 27.7., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
AW	Azadiya Welat

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 167
6. August 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Vor fünf Jahren zog sich die Guerilla vorerst aus der Türkei zurück

2. August - Ein Schritt zum Frieden

Mit öffentlichen Aktionen haben am Montag kurdische AktivistInnen türkeiweit den fünften Jahrestag des Rückzugs der PKK-Guerilla hinter die Grenzen der Türkei begangen. Angesichts der erneut eskalierten Kriegssituation wurde die Forderung nach einem bilateralen Waffenstillstand erneuert und auf die Erfolge der bisherigen einseitigen Friedensbemühungen der kurdischen Seite hingewiesen.

Blumen für den Frieden
In mehreren Städten versammelten sich Mitglieder der Frauensektion der DEHAP und verteilten anläßlich des 2. August Blumen an die Bevölkerung. In Sêrt (Siirt) erklärte Özlem Yilmaz, die Sekretärin der örtlichen DEHAP-Frauensektion, dazu gegenüber der Presse, mit der Entscheidung Öcalans, sich hinter die Grenzen der Türkei zurückzuziehen, hätte man das internationale Komplott ins Leere laufen lassen und die Entwicklung einer demokratischen Republik vorangetrieben. Dieser Schritt Öcalans sei ein historischer und ehrbarer Schritt gewesen. "Mit der Beendigung der Auseinandersetzungen hat auch die Türkei einige Schritte unternommen und ist an die Grenze zur Mitgliedschaft in der EU gekommen. Aber die Regierung hat diese Möglichkeit nicht gut genutzt und hat erneut mit Operationen begonnen. Es sollen nicht wieder Dörfer verbrannt werden. Daher soll jede/r eine Blume in die Hand nehmen und den Frieden fordern."
Nach der Erklärung warfen die Frauen Nelken in den Botan Fluss und riefen Parolen wie "Es lebe der Friede" und "Es lebe der Vorsitzende Apo". Bei ihrer Rückkehr nach Sêrt hielt die Polizei die Autos an und verlangte eine Genehmigung des Gerichtes zu sehen. Die Autos wurden durchsucht und Strafen verhängt. Die Frauen gingen daraufhin ins Zentrum von Sêrt, wo sie ihre Aktion fortsetzten.
Auch in Wêransar (Viransehir) verteilten die DEHAP-Frauen am 2. August Blumen an die Bebölkerung. Im Namen der Frauen erklärte Zohre Tatli dazu: "Der 2. August ist ein Symbol des Friedens und der Demokratie und des Waffenstillstandes. An diesem Tag wurde ein Schritt für den Frieden unternommen, das ist für uns wie ein Fest, und wir feiern diesen Tag mit dem Verteilen von Blumen."

Friedenzelt in Batman
In Batman erinnerte die Demokratieplattform, der 26 zivilgesellschaftliche Organisationen angehören, mit einem Friedenszelt an den fünsten Jahrestag des Waffenstillstands. Hunderte Menschen, versammelten sich im Atatürk-Park zu einem "Friedensdienst". Die Menschen, unter ihnen auch Kinder und Alte, verbrachten die Nacht in Erinnerung an den 2. August in dem Friedenzelt und forderten ein Ende der Kämpfe und Militäroperationen in der Region. Der Sprecher der Demokratieplattform Batman, Deniz Topkan bezeichnete den 2. August als Tag des Friedens für die Völker Anatoliens. Seit dem 1. Juni, dem vorläufigen Ende des einseitigen Waffenstillstands, würden sie den Kongra-Gel dazu aufrufen, die Waffenruhe fortzusetzen und vom Staat die Beendigung der Militäroperationen fordern.
Auch Ali Öncü, Sprecher der Demokratieplattform Amed (Diyarbakir), die zur Unterstützung der Aktionen nach Batman gekommen war, forderte die türkische Armee auf, ihre Operationen zu beenden: "Die vergangen fünf Jahre ohne militärischen Auseinandersetzungen waren eine historische Chance für die Türkei. Aber es gab von Seiten des Staates keine Anstrengungen, die Erwartungen des Volkes zu erfüllen."


Botan: Blumen für den Frieden (Foto: DIHA)

Kalkan: Die Entscheidung des 1. Juni ist ein Dienst für den Frieden
Das Mitglied des Komitees für Wissenschaft und Kunst des Kongra-Gel, Duran Kalkan, nahm am Abend des 1. August telefonisch an einer Sendung von Roj TV teil und ging dabei auch auf die Bedeutung des 2. August 1999 ein: "Mit der Entscheidung des 2. August, für die demokratische Lösung, den Dialog und den Frieden haben wir unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenzen der Türkei zurückgezogen. Das war ein historischer Schritt. Wir wollten statt des bewaffneten Kampfes den demokratischen Kampf einsetzen. Unser einseitiger Waffenstillstand beinhaltete die Forderung nach politischen Kampf und Frieden. Wir wollten, dass der einseitige Waffenstillstand der Auslöser für eine demokratische Lösung und für einen bleibenden Frieden ist. Aber da auf unsere Schritte des Dialogs nur Militäroperationen folgten, haben wir mit der legitimen Verteidigung begonnen. Das hat nicht die Bedeutung einer Kriegserklärung, noch ist es gegen den Beitritt in die Europäische Union gerichtet. Vielmehr sind wir für den Frieden und die Demokratisierung der Türkei und um der Zukunft der Europäischen Union zu dienen in die Verteidigungsposition getreten."
Duran Kalkan kritisierte auch die Absicht der AKP, die türkische Armee und die Europäische Union und sagte: "Beim Stoppen der Phase der Lösung, haben sowohl die AKP, als auch die türkische Armee und diejenigen, die ihr Umfeld als demokratisch betrachten eine Rolle gespielt, aber insbesondere auch Amerika und die Europäische Union. Wie sehr sich auch Amerika und die Europäische Union für die Demokratisierung der Türkei aussprechen, in Wirklichkeit wollen sie es gar nicht. Meiner Meinung nach, will Amerika gar nicht, dass die Türkei mit dem Kongra-Gel in einen Dialog über den Frieden und die Lösung der kurdischen Frage tritt. Auch Europa tut nichts außer Reden. Die Dinge, die sie sagen bleiben taktisch. Die Haltung des Militärs ist von einer Lösung weit entfernt. Es ist eine Phase des Stillstandes. In der Türkei ist der Einfluss des Militärs immer noch vorhanden."
(DIHA/DM, 2.8., ISKU)

Meldungen

Angriff von Dorfschützern
Im Kreis Diyadin/Agri führten Dorfschützer des Dorfes Akpar einen Angriff auf ein Zelt auf einer Sommerweide durch, fünf Personen einer Familie wurden dabei getötet, eine weitere verletzt. Die Dorfschützer wurden nach der Anhörung vor Gericht verhaftet.
(DIHA, 1./2.8., ISKU)

HPGler in Çewlik getötet
Der Gouverneur von Çewlik (Bingöl) gab im Zusammenhang mit den Operationen in der Umgebung eine schriftlicher Erklärung ab. In der Erklärung heißt es, dass in der Gegend von Karacehennema, Region Kanîres (Karliova) eine Operation stattfindet, bei der ein Guerilla getötet worden sei. Außerdem wurde erklärt, dass die Operation noch andauert.
(DIHA, 2.8., ISKU)

HPG antworteten auf Militäroperation in Siranx
Die Volksverteidigungskräfte HPG antworteten auf eine Militäroperation gegen ihre Kräfte in der Gegend von Setkar nahe Sirnax (Sirnak), Beytüsebap. Bei der Aktion wurde ein Militärfahrzeug komplett zerstört, vier Soldaten starben und ein Unteroffizier und zwei Soldaten wurden verletzt. Im Anschluss begann eine breitangelegte Operation. In dem Zusammenhang gab das Pressezentrum der HPG eine Erklärung heraus, dass die Aktion als Antwort auf die Operation der türkischen Armee in der Gegend von Zele/Dersim zu verstehen sei, bei der drei Guerillas gefallen waren.
(DM, 2.8., ISKU)

Guerilla in Bitlis begraben
Ein Guerilla, der am 19. Juli in der Region Bîtlîs Tetwan (Tatvan) bei einer Auseinandersetzung sein Leben verloren hatte, wurde von der Stadtverwaltung Tetwan beerdigt. Der Guerilla, dessen Identität unbekannt ist, soll aus dem Iran stammen. Jetzt wurde er jetzt auf dem Karsiyakafriedhof beerdigt. Menschen, die an der Beerdigung teilnehmen wollten, wurden von der Polizei gehindert, nur der Vorsitzende der DEHAP von Tetwan ‚Sabahattin Ozer bekam eine Erlaubnis. *(DM, 5.8., ISKU)*

Zusätzliche Einschränkungen
Das Amt des Gouverneurs in Amed (Diyarbakir) erliess neue Vorschriften, an welchen Plätzen staatsunabhängige Organisationen Presseerklärungen in der Öffentlichkeit verlesen dürfen. Der Beschluss löste in der Öffentlichkeit Diskussionen aus. Für die demokratischen Proteste wurde

Guerillas in Dersîm verstümmelt

Grausamkeiten, wie sie jahrelang nicht stattgefunden haben, treten erneut auf. Die Familien der Guerillas der Volksverteidigungskräfte HPG, die in der Gegend von Dersîm bei einer Operation ihr Leben verloren hatten, Ruhal Akyildiz (Tekosîn) und Serdar Morsumbul (Seyît Riza), holten die Leichen aus dem Leichenschauhaus der Stadtregierung von Pilêmori ab. Einem der Guerillas (Koçer) war der Kopf abgeschnitten worden. Die Personen, die ihn gesehen hatten waren fassungslos. Inzwischen gab die Pressestelle der HPG bekannt, bei dem gefallenen Guerilla handele es sich um Necat Muhammed Kerîm aus Kirkuk.

Vor vier Tagen waren auf der Hochalm Zele, Pilemori drei Guerillas bei einer Auseinandersetzung während einer Militäroperation getötet worden. Einer der Guerillas ist Serdar Morsumbul (30) aus Çewlik. Eine ist Ruhal Akyildiz (23) aus der Region Mazgêrt/Dêrsim. Die Familien von Morsumbul und Akyildiz gingen zum Leichenschauhaus der Stadt Pilêmori.
Die Familien nahmen die Leichen ihrer Kinder mit und machten sich auf den Weg nach Dêrsim, wo sie ins Leichenschauhaus Cemevî gebracht wurden. Dort wird eine Trauerfeier stattfinden. Danach werden sie zu ihren Geburtsorten gebracht. Ruhal Akyildiz wird im Dorf Somiya, dass zur Gemeinde Akpazar in der Region Mazgêrt/ Dêrsim gehört beerdigt, Serdar Morsumbul wird im Dorf Haraba /Cewlik beerdigt.
Als die Leichen der Guerillas identifiziert wurden, gab es große Aufregung, denn die Familien konnten sehen, dass der Kopf und die Arme des Guerillas mit Namen Koçer abgeschnitten worden waren. Die Körper der beiden anderen Guerillas waren übersät mit Einschüssen. Die Guerillas sollen nach Informationen unverletzt gefangen genommen und später hingerichtet worden sein.
Die umfangreiche Operation in der Umgebung von Dersim dauert noch an. Es heißt, der Grund für die Operation, die auf der Hochalm Zelê stattfand und für den Tod der drei Guerillas seien die Aussagen von Mehmet Arslan (Azadî), der sich vor einem Monat in Dersim ergeben hatte und den Stützpunkt der Guerilla verraten habe. *(DIHA/DM, 4.8., ISKU)*

Extralegale Hinrichtung in Syrien

Ahmet Hüseyin, Mitglied der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), wurde von staatliche Kräften Syriens ermordet. Der Mord an Hüseyin hat die andauernden Spannungen in der Region verstärkt; der syrische Staat hat die Sicherheitsvorkehrungen in den kurdischen Provinzen wieder erhöht.
Der vierzigjährige Ahmet Hüseyin, bekannt unter dem Namen "Bavê Cudî", war am 13. Juli von Angehörigen des syrischen Geheimdienst verhaftet wirden. In der Haft war er brutalen Folterungen ausgesetzt, an denen er schließlich verstarb. Seine Familie wurde, trotz ihrer zahlreichen Bemühungen, zunächst nicht von seinem Tod informiert. Erst am Dienstag wurde sein Leichnam seiner Familie vorgeführt.

Hüseyin wurde anschließend in dem arabischen Dorf Müthop begraben, obwohl die Behörden zuvor der Familie zugesichert hatten, ihr den Leichnam zu übergeben. Die Polizei war während der Beerdigung massiv präsent; der Familie wurde die Teilnahme am Begräbnis verwehrt.
Laut einer Erklärung der PYD gab es keinerlei Informationen über den Verbleib Hüseyins seit seiner Verhaftung nahe der irakischen Grenze am 13. Juni. Die PYD rief syrische und internationale Menschenrechtsorganisationen dazu auf, gegen die Unterdrückungspolitik Syriens aktiv zu werden. In der Erklärung betonte die PYD, das der demokratische Kampf so lange fortgesetzt werde, bis die Kurdinnen und Kurden grundlegende Rechte erlangen. *(DIHA, 4.8., ISKU)*

Stadtviertel Mardinkapi in Amed seit einer Woche unter Belagerung

Bei der Schießerei am Polizeikontrollpunkt Mardinkapi am 28. Juli 2004 gegen 22 Uhr war der Wachmann Abbas Yoldas getötet und der Beamte der polizeilichen Spezialeinheiten Sacettin Iyi schwer verletzt worden. Der stellvertretende Bürgermeister des Stadtteils Sur, Ali Riza Cicekli, wurde am Arm verletzt.
Nach der Schießerei startete die Polizei Operationen im Stadtteil Büyükbaglar. Diese Operationen dauern immer noch an.
Die Volksverteidigungskräfte (HPG) erklärten, dass bei dem Gefecht im Stadtteil Mardinkapi in Amed (Diyarbakir) die Polizei das Feuer eröffnet hatte. Es habe kein Angriff auf den Polizeicheckpoint stattgefunden, das Gefecht habe sich ergeben, nachdem die Polizei das Feuer eröffnet hatte. Die HPG erklärten, sie haben sich ohne Verluste zurückgezogen. Sie dementierten damit Meldungen der türkischen Presse, es seien zwei Angehörige der Guerilla getötet worden. Sie warnten, möglicherweise seien "Zivilisten getötet worden".
Trotz des Rückzuges der HPG aus dem Gebiet leide die Bevölkerung unter den weiter andauernden Operationen der Staatskräfte. Die Demokratieplattform Diyarbakir forderte ein sofortiges Ende der Operationen; trotz Ende der Kämpfe dauere die Überwachung des Gebietes an. Betreten und Verlassen des Gebietes sei verboten. Um die Auswirkungen in Augenschein zu nehmen und mit der dortigen Bevölkerung Kontakt zu bekommen, versuchten der Oberbürgermeister Osman Baydemir und der Anwaltskammer-Vorsitzende Sezgin Tanrikulu nach Mardinkapi zu gelangen. Sie trafen auf den Widerstand der Polizei und wurden nicht ins Gebiet gelassen.
Auch der IHD in Diyarbakir verurteilte die Verlängerung der laufenden Militäroperation im Gebiet "Hevsel Gärten"/ Marddinkapi (Amed). R. Yalcindag Stellvertretendes Zentral-Vorstandsmitglied des IHD erklärte, von der Operation sei die Zivilbevölkerung des Gebietes betroffen; die Operation müsse unverzüglich beendet werden.
A. Aksu, Innenminister der Türkei, verurteilte einen Angriff auf eine dortige Polizeistation. Er nahm aber keine Stellung zu der seit Tagen andauernden Militäroperation. Laut einer Mitteilung des Amt des Gouverneurs in Amed wurden im Lauf von Militäroperationen im Bereich Mardinkapi und Hevsel-Gärten vier Personen festgenommen.
Auch am 5. August wurde eine Besichtigung des Gebietes vom Oberbürgermeister und vom Vorsitzenden der Anwaltskammer verhindert. Ein Schreiben der Anwaltskammern von Sanliurfa, Batman, Siirt, Agri, Bingöl, Van und Kars über die Unrechtmäßigkeit der anhaltenden Blockade wurde von dem Polizeichef von Diyarbakir Orhan Okur ignoriert.
Nach Angaben des Provinzgouveneur kam es am Donnerstag zu erneuten Auseinandersetzungen in dem abgesperrten Gebiet, bei dem zwei mutmaßliche Angehörige der HPG getötet und drei weitere Personen wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verhaftet worden sein sollen.
Die Operation würde fortgeführt werden. Weiter gaben sie bekannt, das eine einzurichtende Kommission des Gouverneurs die Schäden und Verluste der Bevölkerung an der Ernte feststellen und entschädigen würde.
(DIHA, 30.7-5.8., ISKU)

die Zeit und Zahl eingegrenzt. Zu den "verbotenen Orten" wurde der Verkehrsknotenpunkt im Stadtteil Ofis hinzugenommen.
(DIHA, 29.7., ISKU)

Kein Prozess-Besuch für Delegation – Dolmetscher festgenommen
Der Vorsitzende des Leitungsgremiums des TAYAD wurde wegen angeblicher DHKP/C Mitgliedschaft angeklagt. Bei der ersten Verhandlung erhielt eine Beobachterdelegation aus Europa keinen Zutritt in den Gerichtssaal; der beauftragte Dolmetscher wurde vor dem Gerichtsgebäude festgenommen. Ausländische Pressemitarbeiter erhielten ebenfalls keinen Zutritt zum Gericht.
. *(DIHA, 29.7., ISKU)*

"Versuch, die Opposition zum Schweigen zu bringen"
Gegen die Frauenvereinigung und die Jugendvereinigung der DEHAP nehmen die Unterdrückungsmassnahmen des Staates zu, darauf wiesen die beiden Organisationen hin. Sie reichten beim Menschenrechtsverein in Istanbul einen Antrag auf Unterstützung ein. Rechtsanwalt Eren erklärte, die jüngsten Verhaftungen seien seien wieder ein Akt der Rache von Seiten des Staates geworden.
(DIHA, 29.7., ISKU)

Gespräche zwischen AKP und CDU
Gegenstand der Gespräche, an denen neben dem CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer auf türkischer Seite Idris Naim Sahin und der AKP-Vizevorsitzende Reha Denemec teilnahmen, war u.a. die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zur EU mit der Türkei. Hier zeigten sich in einem Pressegespräch beide Seiten kompromißbereit. Während Meyer die Aufnahme von ergebnisoffenenen Verhandlungen nicht ausschloß, erklärte Denemec, dass erst am Ende der Verhandlungen entschieden werden solle, ob die Türkei Vollmitglied werden könne oder eine privilegierte Partnerschaft in Frage käme. *(DW, 31.7., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
DW	Die Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 168
13. August 2004

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Abdullah Öcalan: ‚Marsch bis zum Erfolg des Friedens'

Der Vertreter des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan forderte, dass am 20. Jahrestag des 15. August der Widerstand gestärkt und die Demokratie aufgebaut wird.

Öcalan bekräftigte bei seinem Treffen mit seinen AnwältInnen am 4. August, dass er an den Erfolg glaube und erklärte, die Ziele des 15. August seien die Erreichung des Erfolges und des Friedens.

Abdullah Öcalan rief zum kommenden Jahrestag des 15. August und dem fünften Jahrestages der Ausrufung des Waffenstillstandes vom 1. September 1998 die Führung der Türkei und der kurdischen Befreiungsbewegung auf, mit einem Dialog zu beginnen.
Öcalan wandte sich an das kurdische Volk und forderte es auf, sich mit einer großen Friedenskraft für die Demokratie einzusetzen. Öcalan gab die Parole ‚Marsch bis zum Erfolg des Friedens' aus und sagte: "Wenn für ein stärkeres Land und ein sinnvolleres Leben keine großen Schritte unternommen werden, wird dieser legitime Selbstverteidigungskrieg unvermeidlich sein."
Wenn laut der Erklärung Öcalans die Hand, die zum Frieden ausgestreckt wurde, nicht ergriffen wird, werden das Jahr 2004 sowie die nächsten Jahre Jahre des Krieges. Er selbst wolle das nicht, aber "Wenn auf der Politik der Verleugnung und Vernichtung beharrt wird, werden diese Dinge, die wir nicht hoffen passieren."

Abdullah Öcalan erklärte, dass die Führung der Türkei nach dem Angriff vom 11. September ihre Haltung verändert habe und die Atmosphäre die durch den 11. September entstanden war, für die eigenen Interessen benutzen wolle. "Nach dem Angriff gab es keine Kompromissbereitschaft der türkischen Führung mehr.
Nach den Wahlen im November 2002 sind die Bemühungen um eine Lösung ohne Antwort geblieben. Der Verteidigungskrieg kam auf die Tagesordnung. Das war jedoch nicht meine Entscheidung. Die Behauptung, ich hätte den Beschluss zum Krieg gefällt, ist nicht richtig."
Öcalan sagte über die Verantwortung jetzt und in Zukunft: "Nach dem 15. August und danach warten wichtige Aufgaben auf die FreundInnen. Die Personen, die ihren Platz in der Partei, dem Kongress und bei den Volksverteidigungskräften eingenommen haben, sollen an ihre Kraft glauben und so vorangehen. Sie sollen nicht auf mich warten. Solange meine Gesundheit es erlaubt, werde ich mich bemühen, den Kampf anzuführen. Ich erwarte nicht, dass die Guerilla wie in der Phase des 15. August selbstmörderische Aktionen durchführt. Das ist nicht zu akzeptieren. Aber selbstverständlich haben sie Aufgaben bei den demokratischen Aktionen und im legitimen Selbstverteidigungskampf. Dagegen kann niemand etwas haben."
Öcalan äußerte erneut seine Forderung nach einer demokratischen Einheit und sagte: "Ich verteidige die demokratische Einheit gegen Separatismus, gegen die Gewalt verteidige ich die Linie eines würdigen Friedens. Der demokratische Kampf und der Frieden müssen gestärkt werden. Es sollte weder Aufstände in der klassischen Art und Weise geben, noch sich ein Bandenwesen entwickeln, noch sollte man in die Position eines Bittstellers geraten. Die Türkei braucht sich vor dem Selbstverteidigungskrieg nicht zu fürchten. Er bekommt die Bedeutung des Friedens. Die Demokratische Einheit wird mit der legitimen Selbstverteidigung umgesetzt. So kommt dieses universale Recht in der Türkei zu Anwendung. Für die demokratische Einheit ist Mobilisierung notwendig. Um die Gewalt zu beenden, ist es wichtig die Phase des Dialoges zu beginnen."

Öcalan interpretierte die Rolle, die den Kurden im Mittleren Osten zugedacht ist, als die eines "Rammbocks": "Was die Türkei 1918 erlebte, erlebt heute der ganze Mittlere Osten. Damals war England die führende Kraft dieser Politik. Die Dinge, die damals England machen wollte, macht heute Amerika im Mittleren Osten. Im Jahr 1918 haben die Engländer die Griechen benutzt und nach Anatolien geschickt. Das Ziel war Anatolien zu kontrollieren."

Abdullah Öcalan sprach bei seinem letzten Treffen auch über die Geschichte der Türkei und das Komplott gegen ihn: "Die Dinge, die im Jahr 1918 in Anatolien gemacht wurden, finden heute im Mittleren Osten statt. Aber Mustafa Kemal ließ diese Politik ins Leere laufen. Jetzt in den 2000er Jahren will Amerika den Mittleren Osten kontrollieren. Amerika hat diese Rolle den Kurden gegeben. Die Führung darin hat Talabani übernommen. Sie wollten auch mich für diese Politik benutzen, aber weil ich gegen diese Politik aufgetreten bin, wurde ich der Türkei übergeben. Jetzt haben sie sich meinen Bruder Ferhat [Osman] and die Seite genommen und wollen ihn für das Mittlere Osten Projekt einsetzen."
Öcalan kritisierte auch die Politik der AKP Regierung und sagte: "Die AKP will als Alliierte mit Israel und Amerika und auf der anderen Seite auch in einer Allianz mit Syrien und dem Iran die kurdische Frage lösen. Das ist keine Lösung, dieses Projekt hat alle Kurden zu Feinden der Türkei gemacht. Lösung entsteht durch die Geschwisterlichkeit der Völker, die Anerkennung der Existenz der Kurden, und ihrer Rechte. Die grausamen Maßnahmen müssen beendet werden und die Gefangenen freigelassen werden. Die Probleme werden nicht durch Allianzen mit Syrien, dem Iran, Amerika und Israel gelöst."

Auch am 11. August konnte das wöchentliche Anwaltsgespräch stattfinden. Anwalt Dogan Erbas sagte, Öcalan habe wie schon in der Vorwoche betont, Demokratie und Widerstand müssten ausgebaut werden.
Öcalan habe besonders betont, er halte ein neues politisches Gebilde in der Türkei für eine grundlegende Notwendigkeit. Erbas weiter: "Unser Mandant, Herr Öcalan, ist bezüglich der Diskussionen um dieses neue Gebilde der Ansicht, es müsse sich eine demokratische, gesellschaftsorientierte neue Volksbewegung auf der Grundlage von Basispolitik bilden. Er erklärte, er halte Diskussionen in dieser Richtung für richtig und finde es nötig, dass alle mit sich ins Gericht gehen und sich an diesen Diskussionen beteiligen."
Erbas erklärte, Öcalan wolle seine Kritiken an die Adresse der KDP und der PUK nicht falsch verstanden wissen. Öcalan habe es so formuliert: "Wir werden niemals auf die Freiheit des kurdischen Volkes verzichten. Es ist auch klar, wohin wir das kurdische Volk vom Nullpunkt aus gebracht haben. Wir haben es eigentlich aus dem Nichts erschaffen. Meine Kritik sollte nicht verzerrt werden. Politik ist die Kunst, das Mögliche zu tun. Lösungen, die auf den USA oder irgendeiner ausländischen Macht beruhen, sind nicht von Dauer. Dafür gibt es viele Beispiele in der Geschichte, daraus muss man seine Lehren ziehen."

(DM, 9.8., ISKU)

Meldungen

Straßen von Kirkuk mit Bildern von Öcalan geschmückt
Nach den Straßen von Bagdad wurden jetzt die Straßen von Kirkuk mit Bildern von Öcalan geschmückt. Jugendliche hatten um gegen die Isolation gegen Öcalan zu protestieren die Straßen der südkurdischen Stadt Kirkuk mit Bildern des kurdischen Volksführers geschmückt. Die Jugendlichen hatten zusätzlich einen Infostand eröffnet, um Unterschriften gegen die Isolation Öcalans zu sammeln. Die Bevölkerung der Region sammelte 10.000 Unterschriften für die Kampagne für die Freiheit von Öcalan und rief die irakische Regierung auf, den Kongra-Gel von der Liste der terroristischen Organisationen zu streichen.

(DM, 11.8., ISKU)

Erdbeben in Bazid
In der Region Bazîd (Dogubeyazit) fanden vom 2. Juli bis jetzt Erdbeben statt. Bei dem größten Erdbeben verloren 19 Menschen ihr Leben. Das letzte Erdbeben fand gestern um 2.30 Uhr im Zentrum von Bazîd mit einer Stärke von 3,9 statt. Nach Informationen soll es keine Verletzten oder Toten gegeben haben. Jedoch wurden zahlreiche Häuser zerstört. Die Bewohner von Bazîd verbrachten die Nacht im Freien.

(DIHA, 11.8., ISKU)

Verhaftung wegen Teilnahme an Beerdigung
Der Vorsitzende der Jugendsektion der DEHAP Mêrdîn (Mardin), Cuma Solmaz, wurde mit der Begründung er habe an der Beerdigung des HPG Mitglieds Alî Akman teilgenommen in Nisêbîn (Nusaybin) festgenommen.
Am 10. Mai war das HPG Mitglied Alî Akman. bei einem Gefecht in der Region Nisêbîn/ Mêrdîn, zwischen den Volksverteidigungskräften HPG und der türkischen Armee gefallen. Er wurde in Mêrdîn unter Anteilnahme einer großen Menschenmenge beigesetzt.

(DIHA, 11.8., ISKU)

DEHAP Frauen protestieren gegen die Brutalität in Dersîm
Die Vorsitzende der DEHAP von Gever (Yüksekova)/Culemerg (Hakkari) Mehsîma Tuner gab eine schriftliche Erklärung ab, in denen sie die Verstümmelung von Leichen der Guerilla als Vorkommnisse gegen die Menschlichkeit bezeichnete. In der Erklärung heißt es, der Staat mache Operationen, anstatt

Zivilorganisationen fordern Aufklärung des Angriffs auf den Gouverneur von Wan

Zivile gesellschaftliche Organisationen in Wan (Van) gaben eine Presseerklärung zu dem Angriff gegen den Gouverneur von Wan ab. Der IHD, Mazlum-Der, TMMOB, KESK, TUYAD-DER, das Zentrum für Kunst und Kultur, Serhed, Der Frauenverein von Wan (VAKAD), Genel-IS und VAN GÖÇ-DER kamen vor dem Mavî Plaza zusammen wo am 2. Juni ein Angriff gegen den Gouverneur von Wan verübt worden war. Sie gaben eine gemeinsame Presseerklärung ab. Der Vertreter des IHD von Wan, Omer Isik erklärte, am 2. Juni sei gegen den Gouverneur von Wan, Hikmet Tan ein Bombenangriff verübt worden, dabei seien vier Menschen getötet und 23 Menschen verletzt worden. In den vergangenen 40 Tagen sei von den Verantwortlichen überhaupt nichts zu den Ereignissen gesagt worden. "Wir als zivile Organisationen wollen, dass die Verantwortlichen in einer absehbaren Zeit eine Erklärung zu den Ereignissen abgeben, die alle zufrieden stellt. Mehr als je zuvor gibt es eine Verbindung unseres Landes und unserer Region mit Frieden, Geschwisterlichkeit und Demokratie. Wir rufen alle Menschen auf, sich an den Forderungen nach Frieden, Geschwisterlichkeit und Demokratie zu beteiligen."
Die HPG (Volksverteidigungskräfte) hatten sich in einer Erklärung vom 11. August noch einmal ausdrücklich von diesen Anschlag distanziert.

(Ro/DM, 10./12.8., ISKU)

Festnahme und weitere Provokationen

Am 28. Juli waren an einem Polizeikontrollpunkt nach einem Gefecht zwischen Polizei den Volksverteidigungskräften HPG ein Wachmann getötet und ein Polizist sowie der stellvertretende Bürgermeister des Stadtteils verletzt worden. (siehe Nûçe 167) Im Anschluß riegelten Polizei und Militär das Stadtviertel Mardinkapi und Hevsel-Gärten ab und begannen, das gesamte Gebiet zu durchsuchen. Gleichzeitig mit den Operationen meldete sich auch die türkische Presse zu Wort. Sie richteten sich gesamt gegen den Oberbürgermeister der Stadt Amed (Diyarbakir) Osman Baydemir sowie andere Kollegen. Auslöser dieser Pressekampagne gegen die Bürgermeister sind die Kondolenzbesuche bei der Familie getöteter HPG Mitglieder.
Der stellvertretende Vorsitzende der DEHAP, Velî Buyuksahîn, reagierte auf die provokative Presse mit einer schriftlichen Erklärung und sagte, die Presseberichte gegen Osman Baydemîr, Firat Anli, Yurdusev Ozsokmenler und Zulkuf Karatekîn seien eine Provokation. Die Kondolenzbesuche seien auf eine provokative Art dargestellt worden. Die Bürgermeister hätten auch die Polizisten besucht, die am 28. Juli verletzt worden seien. Auch habe man der Familie der Wache, die ihr Leben verloren habe, Beileid bekundet. Die Presse habe dieses verschwiegen und die Trauerbesuche, die Teil der Tradition sind, in einer provokativen Sprache dargestellt.
KurdInnen bewerteten die Äußerungen und Angriffe der türkischen Presse und von Politikern gegen den Besuch des Bürgermeisters von Amed als einen Angriff gegen das kurdische Volk. KurdInnen, die sich telefonisch, per Fax oder E-mail an Denge Mezopotmya gewandt hatten, bezeichneten den Angriff auf Osman Baydemir als Angriff gegen den Willen des kurdischen Volkes und riefen zur Unterstützung und zum Einsatz für Baydemir auf. In den Anrufen, Faxen und E-mails hieß es, der Besuch Baydemirs bei der Familie sei angebracht, und vertrete den Willen der Bevölkerung, die Anrufer protestierten gegen die türkische Presse und insbesondere gegen den Vorsitzenden der CHP Deniz Baykal und andere türkische Politiker.
Ihsan Denk, der Bruder des gefallen Guerilla Adil Denk, wurde mit der Behauptung der Unterstützung einer illegalen Organisation verhaftet. Ihsan Denk hatte bei der Trauerfeier für seinen Bruder gesagt, dass am Körper seines Bruders tiefe Wunden zu sehen sind. Ebenso äusserte er die Vermutung, dass bei der Operation chemische Stoffe eingesetzt wurden. Der Leichnam seines Bruders ist mit Wunden versehen, die diese Vermutung zulassen würden. Denk wurde nach der Erklärung von der Sicherheitskräften von Derik festgenommen und der Antiterroreinheit von Amed übergeben. Nach seiner Anhörung wurde er mit der Begründung der Unterstützung einer illegalen Organisation in Haft genommen.
Von der Stadtverwaltung in Amed wurde an Familien in den Hevsel-Gärten Lebensmittelhilfe verteilt, nachdem die Überwachung im Lauf der Militäroperation Großteils beendet war. Wegen möglicher Blindgänger stehen die Bewohner des Viertels weiter unter ständiger Gefahr.

(DIHA, DM, 6.-12.8., ISKU)

Erklärung der HPG:

Operationen müssen beendet werden

Der Oberkommandant der Volksverteidigungskräfte HPG, Feyman Huseyin, wandte sich an die Führung in Ankara und erklärte, wenn man den Krieg nicht vertiefen wolle, müssen die militärischen Operationen aufhören.
Feyman Huseyin antwortete auf die Behauptungen der Presse, die HPG habe erneut mit dem Krieg begonnen. "Die Führer der Türkei wiederholen sich seit sechs Jahren stetig. Sie behaupten, wir haben der Guerilla den Rücken gebrochen, sie könne sich nicht noch einmal aufrichten. Diese Behauptungen der Türkei sind nicht richtig. Wie sie die Realität, die sie in der Phase der letzten sechs Jahre vor dem türkischen Volk und der Öffentlichkeit versteckt haben, so haben sie auch jetzt die Absicht, sie über die Phase die seit dem 1. Juni begonnen hat zu betrügen. Es ist wichtig, dass das Umfeld der DemokratInnen demgegenüber aufmerksam ist."
Huseyin sprach über die Ziele der HPG und sagte: Die HPG ist die Sicherheit und der Wert des kurdischen Volkes. Wenn eine Politik der Vernichtung und Verleugnung gegen uns geführt wird, wird die HPG Widerstand leisten, den Vorsitzenden sowie das Volk schützen. Danach haben wir unsere Pläne vorbereitet. Wir haben keine Zivilisten zum Ziel. In den letzten zwei Monaten gab es so viele Operationen gegen uns, aber auf der Basis der Forderungen unseres Vorsitzenden haben wir keine ‚harten Auseinandersetzungen' geführt.
Huseyin äußerte sich auch zu dem Abschneiden von Ohren und Köpfen von Mitgliedern der Guerilla, die ihr Leben verloren haben: "Die türkische Armee verletzt Kriegsrecht. Die Intellektuellen der Türkei und das Umfeld der Demokraten sollte darauf reagieren. Stimmen die sagen ‚wir wollen keinen Krieg' sind immer noch wenige. Es gab es z.B. gerade tagelange Operationen in Amed. Das gesamte Leben in der Region war gelähmt. Wenn die Intellektuellen das nicht sehen und die HPG für die Ereignisse verantwortlich machen, ist dies ein großes Unrecht. Um so etwas zu verhindern, muss man sich einmischen und die Forderungen nach der Lösung und dem Waffenstillstand zu Gehör bringen.
Der Oberkommandant der HPG, Feyman Huseyin gratulierte am Ende seiner Erklärung zum Jahrestag des Widerstandes vom 15. August und forderte die Jugendlichen auf, sich an der Guerilla gegen die Angriffe zu beteiligen.

(HPG, 10.8., ISKU)

Schritte zu unternehmen und verstoße gegen internationale Kriegsgesetze. Sie rief alle Intellektuellen, Demokraten und alle die sich Menschen nennen auf, sich gegen diese Vorkommnisse in Bewegung zu setzen.

(DM, 11.8., ISKU)

Verhaftungen in Silvan
Im Kreis Silvan/Diyarbakir wurden vier Personen festgenommen. Sie hatten im Rahmen der Kampagne "Freiheit für Öcalan" Antragsentwürfe für die Kampagne an die Bevölkerung verteilt. Bei der Vorführung vor dem Haftrichter wurde Haftbefehl erlassen. *(DIHA, 8.8.,ISKU)*

KDP liefert iranische Kurden aus
Die Demokratische Partei Kurdistan KDP ließ zwei iranische Kurden, nach denen im Iran gefahndet wurde, im Nordirak festnehmen und an den Iran ausliefern.

(DIHA, 7.8.,ISKU)

Frühere DEHAP Führung aus dem Gefängnis entlassen
Der frühere Vorsitzende der DEHAP, Mehmet Abbasoglu und der frühere Generalsekretär Nuretin Sönmez, die mit der Begründung der Fälschung verurteilt worden waren, wurden am 12. August aus dem Gefängnis entlassen, da sie ihre Strafe abgesessen haben. Abbasoglu und Sönmez kamen morgens um 7.00 Uhr aus dem Gefängnis Haymana, wo sie vom Vorsitzenden der DEHAP, Tuncer Bakirhan und einer großen Menschenmenge empfangen wurden. Abbasoglu und Sönmez wurden von einem großen Konvoi zur Zentrale der DEHAP gebracht. Sie gaben dort eine gemeinsame Presseerklärung ab, in der sie sagten, sie werden den Kampf für Frieden und Demokratie fortführen. Abbasoglu und Sönmez waren wegen angeblicher Fälschung geschlossener Dokumente bei den Wahlen im November 2002 verurteilt worden.

(DM, 12.8., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
HPG	www.hezen-parastine.com
Ro	Rojev

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 169
20. August 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Vor 20 Jahren begann der bewaffnete Widerstand in Kurdistan

15. August - Hoffnung von Millionen

Der Kongra-Gel gratulierte mit einer schriftlichen Erklärung zum 20. Jahrestag des 15. August und rief zu einem neuen Schritt auf.
In der Erklärung heißt es, der 15. August sei nicht nur der Beginn der bewaffneten Revolution, sondern auch der Beginn eines neuen Lebens gegen die Vernichtung der Werte, ein Volksaufstand (Serhildan) des kurdischen Volkes.
Der Kongra-Gel bezeichnete den 15. August als ‚Revolution der Auferstehung', die mit der Arbeit und den Perspektiven des Vorsitzenden des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, und unter der Führung des Kommandanten Mahsum Korkmaz umgesetzt worden sei.
In der Erklärung wird der Schritt des 15. August als Volksaufstand und Antwort auf das Regime des 12. September bewertet und der Widerstand in den Gefängnissen als das Fundament des 15. August bezeichnet.
Der Kongra-Gel äußerte sich zu den Angriffen im Jahr 1984 und danach und erklärte: "Obgleich der Vorsitzende gefangen ist, Tausende gefallen sind, hat der Geist des 15. August das alte Leben beendet, brachte dem Volk den höchsten Wissensstand und organisierte es in allen vier Teilen des Landes, in Europa, dem Kaukasus, dem Balkan. Er wurde die Hoffnung von Millionen, die stärkste Dynamik für Demokratie im Mittleren Osten und auf jeden Fall ein Akteur der politischen Bewegung weltweit."
Die Befreiungsbewegung stehe in ihrem 20. Jahr im Rahmen eines internationalen Konzeptes Angriffen und Liquidationsbemühungen von innen und außen gegenüber. Die Bewegung der Apoisten solle isoliert und vernichtet, die Hoffnung auf Freiheit, Demokratie und Gleichheit zerstört werden.
Aber man werde wie in den letzten 20 Jahren die Absichten derjenigen, die die Vernichtung wollen, der Verräter und der Feinde der Freiheit zunichte machen.
Der Kongra-Gel erklärte, vor 20 Jahren habe es keine Alternative zum bewaffneten Kampf gegeben und deshalb sei der erste Schritt mit dem bewaffneten Kampf gemacht worden. Jedoch habe der erste Schritt die Situation geändert und neue Möglichkeiten eröffnet. Daher werde auch der zweite Schritt des 15. August auf der Basis der Paradigmen der demokratischen Revolution, der Ökologie, des Geschlechterkampfes, der legitimen Verteidigungslinie, der Ideologie und Politik, Gesellschaft, Diplomatie und Kultur wie ein Angriff umgesetzt.
In der Erklärung wird die Parole des zweiten 15.-August-Schritts ‚Ausbildung, Organisierung und Aktion' ausgegeben: "Wir werden mit der Kraft, die aus der Erneuerung und dem Verstand gewonnen wird, unsere demokratische Organisierung aufbauen, auf der Linie der Massenaktionen, des demokratischen Kampfs, der Freiheit und Gleichheit zum Erfolg kommen."
Der Kongra-Gel ruft in seiner Erklärung die demokratischen Kräfte und die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf, aufmerksam zu sein gegenüber den Bemühungen auswärtiger Mächte in der Region: "Auswärtige Kräfte benutzen die verschiedensten Methoden, um die Region unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie greifen die Werte der Region an, wollen die Völker der Region kontrollieren. Um die Beunruhigung der Region voranzutreiben und daraus Gewinn zu ziehen, entfernen sie sich von der Lösung, im Gegenteil, sie unterstützen die rückwärtsgewandten Regime der Region. In der Region gibt es schmutzige Allianzen gegen die Interessen der Völker. Mit der Befreiungsbewegung wurde dieses Spiel gestört."
Der Kongra-Gel erläuterte, dass er gegen alle negativen Bemühungen, chauvinistische Politik und Nationalismus den Kampf auf der Grundlage einer demokratischen Einheit der Völker führe. Sein Wunsch sei, dass die kurdische Frage in allen Ländern, in denen KurdInnen leben, im Rahmen der freien Einheit der Völker gelöst werde.
Der Kongra-Gel forderte in diesem Rahmen die demokratischen Kräfte und die Vertreter der Demokraten auf, sich gegen die schmutzigen Allianzen gegen das kurdische Volk zur Wehr zu setzen und die Bemühungen zur Lösung der kurdischen Frage zu unterstützen und sich verantwortlich und sensibel zu verhalten. Er rief das kurdische Volk auf, Verantwortung für die neuen Schritte zu übernehmen.
Der Kongra-Gel erklärte, dass Personen, die sich von der Organisation entfernt hatten, amnestiert würden, wenn sie zurückkämen und Selbstkritik leisteten.
Am 20. Jahrestag des 15. August sei es notwendig, dass es einen neuen Angriff gebe: "Aufgaben, Vorbereitungen und die Basis des Kampfes gegen Rückwärtsgewandtheit und die Verteidigung des Status quo sind da. Unser Volk, unsere Kader und MitarbeiterInnen kämpfen mit dem Geist des 15. August gegen Spaltung und Isolation, leisten Widerstand gegen die Versuche, die Befreiungsbewegung zu liquidieren, setzen sich ein für das Modell des Vorsitzenden der demokratisch-ökologischen Gesellschaft und setzen das Projekt des Wandels in die Praxis um."
Der Kongra-Gel äußerte sich auch zum Aufruf des Vorsitzenden Abdullah Öcalan zum 15. August: "Unser Volk in der Türkei, in Nord-Kurdistan, den anderen Teilen und außerhalb des Landes hat mit seinem Einsatz den Freiheitskampf auf den höchsten Stand gebracht. Die Probleme innerhalb der Organisation sind im Rahmen der Perspektiven des Vorsitzenden auf dem Stand einer Lösung. In einer solchen Zeit entfernt sich eine Gruppe, die unsere Organisation nicht recht versteht, aus unseren Reihen. Sie gerät unter das Diktat einer unorganisierten Lösung ohne den Vorsitzenden. Mit der Renaissance des 15. August rufen wir diejenigen, die sich entfernt haben, die nach Europa gegangen sind, auf: Wenn sie im Rahmen der Linie des Kongra-Gel zurückkehren und Selbstkritik leisten, werden sie amnestiert."
Weiter heißt es, wenn sie mit dem Kampf gegen den Vorsitzenden, die Organisation und das Volk fortführen, würden sie als Schuldige und Verräter angesehen, und der Kampf gegen sie werde ideologisch und politisch im Rahmen der legitimen Verteidigung fortgeführt. *(DM, 15.8., ISKU)*

PAJK ruft zur Verstärkung des Widerstandes auf

Die Partei der Freien Frau Kurdistans, PAJK, gratuliert zum Jahrestag und ruft zur Verstärkung des Widerstandes auf. Die PJAK bezeichnet die Initiative des 15. August als neue Identität freier KurdInnen und als einen Schritt zur Beendigung der Sklaverei und des Beginns eines neuen freien Lebens.
In der Erklärung der PAJK heißt es, die Initiative des 15. August ist nicht nur der Beginn des nationalen Befreiungskampfes, sondern gleichzeitig der Beginn eines neuen Lebens in Würde, einer neuen Identität. Sie werden sich mit dem Geist des 15. August für ihr Erbe einsetzen und ihr Versprechen für den Erfolg erneuern.
Die PAJK rief alle kurdischen Frauen auf den Befreiungskampf zu verstärken und sich für den Vorsitzenden und den Frauenkampf einzusetzen.

Meldungen

Wan, Ankara und Istanbul feiern 15. August

Der 20. Jahrestag des 15. August wurde in Wan (Van), Ankara und Istanbul mit Aktionen begrüßt. Hunderte Jugendliche kamen in Wan in verschiedenen Stadtteilen zusammen und riefen Parolen.
Eine Gruppe Jugendlicher kam in Esenler/Istanbul zusammen und blockierte den Verkehr auf der Yuzuncu-Yil-Str. und rief Parolen für Öcalan. In Ankara wurde der 15. August auf der Libyastraße begrüßt. Die Jugendlichen hielten den Verkehr auf und hielten ein Transparent mit der Aufschrift: "Wir werden mit der Kraft des Vorsitzenden Apo den 15. August neu aufbauen." Sie verteilten Flugblätter. *(DM, 16.8., ISKU)*

Antwortaktionen der HPG

Die Volksverteidigungskräfte haben am 12. August erneut an zwei verschieden Orten als Antwort auf militärische Operationen Aktionen durchgeführt. Dabei kamen fünf Soldaten ums Leben, zwei weitere wurden verletzt. Laut einer Erklärung des Pressezentrums der HPG wurde in der Gegend der Zagrosberge, in Mucîce und Serdeste, ein Soldaten-Konvoi angegriffen. Dabei seien zwei Soldaten getötet worden. Bei einer weiteren Aktion seien zwei Stellungen der türkischen Armee am Kendalokberg angegriffen worden. Dabei wurden drei Soldaten getötet und zwei weitere verletzt.
(DM, 15.8., ISKU)

Dorfbewohner von Mine getötet

Laut einer Erklärung der HPG ist am 10. August ein Bewohner des Dorfes Sîneva bei der Explosion einer von der türkischen Armee gelegten Mine ums Leben gekommen. Der Name des Getöteten ist bislang nicht bekannt. Die HPG dementierten zudem die Behauptung der türkischen Presse, bei der Explosion einer Bombe an einem Polizeipunkt in Wan sei ein Guerilla verletzt worden.
(DM, 15.8., ISKU)

Dorf bei Sirnax geräumt

Das Militär der Kommandantur des Regiments von Sirnax (Sirnak) hat das Dorf Germava (Ilicak) bei Elk (Beytüssebab) räumen lassen. Nach Informationen der Dorfbewohner sei der Kommandant des Regiments mit seinen Soldaten ins Dorf gekommen und habe 40 Familien bedroht, sie sollten ihre Häuser im Zentrum des Dorfes verlassen und sich woanders niederlassen. Die Dorfbewohner packten unter der Bedrohung ihre Sachen zusam-

Gedenken an Heval Erdal

Vor einem Jahr, am 18. August 2003, kam bei einem tragischen Unfall Heval Erdal (Engin Sincer), Leitungsmitglied des KADEK ums Leben. Zum Jahrestag seines Todes hielten seine Familie und die BewohnerInnen seines Geburtsortes Seyrantepe eine Trauerfeier ab.
Auf der Feier waren neben seiner Mutter Done sein Vater Bektas, seine Brüder Ahmet und Zûlkûf und 100 weitere Personen anwesend. Das Militär hatte rund um das Dorf Kontrollpunkte errichtet, um Personen, die an der Feier der Familie von Sincer teilnehmen wollten daran zu hindern und zu bedrohen.
Auf der Feier, die von der Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, wurde die Totenklage in kurdischer Sprache verlesen. Im Anschluss sprach der Bruder von Engin Sincer, Ahmet Sîncer: "Wir wollen an unseren Bruder erinnern, warum haben der Gouverneur, das Gericht, die Sicherheitskräfte solche Angst davor. Das verstehen wir nicht."
Insgesamt waren 23 Busse aus Dîlok und Adana nach Meres aufgebrochen um zur Beerdigung Sincers zu gelangen, diese waren jedoch in der Nähe der Stadt von



Soldaten aufgehalten worden, wo ihre Personalien festgestellt wurden. Von anderer Seite wurde berichtet, dass 2500 Personen zum Dorf Seyrantepe aufgebrochen waren, um an der Feier teilzunehmen, aber von Soldaten daran gehindert wurden.
Der Gouverneur von Meres hat Versammlungen in ganz Pazarcik verbieten lassen, um Gedenkfeiern am 18. August zu verhindern. Der Gouverneur hatte in diesem Zusammenhang ein Schreiben an die Familie Sincer geschickt, in dem er mitteilte, dass er keine Trauerfeiern genehmigen würde.
Anläßlich des Todestags von Heval Erdal wandte sich auch die kurdische Jugendorganisation TECAK mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Die Leitung der TECAK sagte darin: "Heval Erdal hat auf jedem Gebiet des Kampfes Verantwortung übernommen und ist jeder Verantwortung erfolgreich gerecht geworden."
Die TECAK bezeichnete die Bemühungen der "Freien BürgerInnen" als zweiten Schritt des 15. August in der Türkei und rief die Jugendlichen auf, sich mit Aktionen an den Aufgaben zu beteiligen und die Fahne der Gefallenen weiter zutragen. *(DM, 18./19.8., ISKU)*

Union der Freien Frau gegründet

Die Europaorganisation der Partei der Freien Frau (PJA) hat am 9. August ihren 5. Kongress beendet. Die PJA stellte die Ergebnisse der Konferenz mit einer Erklärung vor.
Die Konferenz fand zwischen dem 1. und 9. August unter der Teilnahme von 110 Delegierten und 11 Männern statt. In der Erklärung heißt es, dass es notwendig sei, zum Jahrestag des 15. August neue Schritte zu unternehmen und sich neu zu gründen. Außerdem standen Themen wie gewaltsame Zerstörung, Ungerechtigkeit zwischen Geschlechtern und Völkern auf der Tagesordnung.
Auf der Konferenz wurde beschlossen, dass die Arbeiten in Europa, die bisher unter dem Namen PJA (Partei der freien Frau) durchgeführt wurden, unter dem Namen Union der Freien Frauen Europas organisiert werden. In diesem Rahmen wurde gesagt, dass alle Aktionen und Arbeiten die Parole "Die Freiheit des Vorsitzenden Apo ist die Freiheit der Frau und des kurdischen Volkes" zur Basis haben werden. *(DM, 16.8., ISKU)*

Kampagne der “Bewegung freier BürgerInnen” mit großer Resonanz

50.008 Unterschriften in vier Tagen

Die Kampagne der Bewegung der freien BürgerInnen stößt weiterhin auf große Resonanz unter der kurdischen Bevölkerung der Türkei. In dieser Woche konnten in drei Städten insgesamt 50.008 unterzeichnete Erklärungen an staatliche Stellen übergeben werden, in denen die Freilassung Abdullah Öcalans und die Anerkennung der grundlegenden Rechte der kurdischen Bevölkerung gefordert werden.
In Amed (Diyarbakir) wurden am Montag 30.600 Anträge für die Freilassung Öcalans beim Gouverneur von Amed abgegeben. Hunderte Mitglieder der Bewegung hatten sich am Konsulatspark versammelt und demonstrierten bis zum Gästehaus des Rathauses von Amed. Nach der Presseerklärung ging eine Delegation von vier Personen zum Gouverneur um die Unterschriften abzugeben. Beim Verlassen des Gebäudes wurden sie und die draußen Wartenden von der Polizei angegriffen; 17 Personen wurden dabei festgenommen.
Auch in Farqin (Silvan) kam es zwei Tage später während der Übergabe von 7867 Unterschriften an das Gericht zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als diese begann, die TeilnehmerInnen der Kundgebung zu filmen.
Am Donnerstag kamen etwa 300 Mitglieder der Bewegung zum DEHAP Gebäude in Bismil und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Der Ansprechpartner für die Lösung der kurdischen Frage ist unser Vorsitzender Öcalan", dann demonstrierten sie mit Parolen für Öcalan. Cengîz Karaçîl sprach für die Bewegung und rief die Verantwortlichen der Türkei auf, die kurdische Identität und Kultur anzuerkennen, eine allgemeine Amnestie auszurufen und die Operationen zu beenden. Sechs Mitglieder der Bewegung gaben 11.541 Anträge beim Gericht ab. In den Anträgen wird die Freilassung Öcalans gefordert, die Verantwortlichen der Türkei werden aufgefordert einen Dialog mit Öcalan zu beginnen.
(DM, 16./18./19.8., ISKU)

Öcalan-Anwalt beantwortet Fragen in Antalya

Die Jugendsektion der DEHAP Antalya veranstaltete ein Seminar mit dem Titel "Die aktuelle politische Entwicklung und der demokratische Widerstand". Der Anwalt Irfan Dündar nahm daran teil und beantwortete Fragen über die Isolation und das neue Konzept. Das Seminar fand im Gebäude der DEHAP Antalya mit etwa 250 Personen statt. Dündar sagte: "Gegen die kurdische Befreiungsbewegung hat ein große Kampagne begonnen. Dieser Plan wurde mit den Verträgen von Washington, die im Jahr 1998 in Washington unterzeichnet wurden begonnen. Die Absicht ist, die KurdInnen, ihre Organisationen und ihre Verbundenheit zu spalten. Daher ist es notwendig, dass sich die patriotischen Institutionen in der nächsten Zeit breit an den Aktionen und der Organisierung beteiligen. Es ist notwendig, dass alle Personen sich von neuem an den Werten orientieren, die mit der Mühe des Volkes aufgebaut wurden.
(DIHA, 16.8., ISKU)

men. Da sie keine Zelte besitzen, müssen sie unter Plastikfolien leben. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereines IHD von Amed, Selahattîn Demirtas brachte die Sorgen der Dorfbewohner zum Ausdruck: "Das ist die Praxis von 1993, die uns große Sorgen macht, daher werden wir, um die Vorfälle zu untersuchen eine Delegation in das Dorf Ilicak schicken.”
(DM, 15.8./DIHA, 18.8., ISKU)

Irak: Kritik an Wahlprozedur zum Nationalkonress
Die Partei der demokratischen Lösung Kurdistan, PÇDK kritisierte die Wahlprozedur des Nationalkongresses des Irak in Südkurdistan. In der Erklärung der PÇDK heißt es, der Nationalkongress des Irak habe in seiner Wahlprozedur in Südkurdistan Parteien und Organisationen, die ihr nahe stünden, außen vor gelassen und kritisierten die Haltung des Kongresses. In der Erklärung heißt es zu den Vorbereitungen des Nationalkongresses des Irak, dass sie trotz aller Mängel des Nationalkongresses einen ernsthaften Schritt sehen, jedoch sei die Bestimmung der Kandidaten antidemokratisch und das Ausschließen von Parteien und oppositionellen Institutionen nicht zu akzeptieren
(DM, 19.8., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya Stimme Mesopotamiens

Termine

12. Internationales Kurdisches Festival

ACHTUNG – ACHTUNG
neuer Termin: 25. September
anderer Ort: Gelsenkirchen
Zum 12. Mal veranstaltet die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) ein internationales Kulturfestival. Unter dem Motto: "**KURDISCHE PERSPEKTIVEN – WEGWEISER FÜR EUROPA UND IM NAHEN OSTEN**" wird es einen Tag lang auf der **Trabrennbahn** in **Gelsenkirchen** Musik und Essen, Literatur und Vorträge, Debatten und Diskussionen, Tanz und Unterhaltung geben.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 170
27. August 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Vorbereitungen auf den Weltfriedenstag in Wan und Amed

Eine Friedensbotschaft an die Welt

In Wan (Van) haben die Vorbereitungen auf den Weltfriedenstag am 1. September begonnen. Im Rahmen der Aktivitäten, die von der örtlichen Sektion der Demokratischen Volkspartei (DEHAP) organisiert werden, ist es gelungen, viele Familien zu versöhnen, die untereinander Blutfehden ausgetragen haben.

An der Plattform für den Weltfriedenstag beteiligen sich zahlreiche Nichtregierungs- und demokratische Massenorganisationen sowie VertreterInnen politischer Parteien. Die Plattform arbeitet an der Vorbereitung regionaler Massenversammlungen vom 1. bis zum 4. September. Die Versammlungen werden in Vierteln stattfinden und haben zum Ziel, die Probleme zwischen Familien und Stämmen zu beseitigen, die ihre Wurzeln in Blutfehden haben.

Neben den Aussöhnungsbestrebungen wurde ein viertägiger Aktionsplan vorgelegt. Am 1. September wird unter Beteiligung aller großen Organisationen eine öffentliche Pressekonferenz stattfinden und am 2. September eine Veranstaltung zu Fragen von Demokratie und Menschenrechten. In den einzelnen Stadtvierteln werden 3 Tage lang Konzerte veranstaltet und am 4. September wird es ein großes regionales Treffen unter Beteiligung von Hakkari, Agri, Mus, Bitlis, Kars und Igdir geben.

Der Vorsitzende der DEHAP in Wan, Abdurrahman Dogar, erklärte, es sei das Ziel der Aktivitäten, der ganzen Welt eine Botschaft des Friedens und der Geschwisterlichkeit zu überbringen. Am 1.September würden alle UnterstützerInnen des Friedens ihre Stimme erheben: "Am 1.September werden die Menschen auf den Plätzen und Straßen sein und in dieser Zeit, in der neue Kämpfe ausgebrochen sind, ihr Bedürfnis nach Frieden und Geschwisterlichkeit ausdrücken. Das Verlangen nach Frieden ist für uns absolut notwendig. Wir erwarten alle, die den Frieden fördern wollen, um Tränen und Schmerz zu vermeiden. Die Versammlung am 4. Tag ist sehr bedeutend für uns. Aus diesem Grund rufen wir unser friedliebendes Volk auf, sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen."

Ein Friedenszelt in Amed

Die Aktivitäten zum 1. September haben in Amed mit der Eröffnung eines Friedenszeltes begonnen. An der Eröffnung des Zeltes im Kosuyolu-Park nahmen 200 Menschen teil, unter ihnen zahlreiche Mitglieder des Parteivorstandes der DEHAP. In seiner Rede wies Vorstandmitglied Muammer Deger auf die Bedeutung des Zeltes hin: "In der heutigen Welt haben hunderttausende Menschen durch Kriege ihr Leben verloren. Als Anhänger des Friedens sollten wir auch Schritte für den Frieden unternehmen. Aus diesem Grund sollten wir einander in Diyarbakir umarmen, das als Stadt des Krieges bekannt ist. Wir sollten auf der Seite des Friedens stehen."

Der Vorsitzende der DEHAP-Jugend in Amed, Deniz Albay, rief die BewohnerInnen der Stadt auf, das Zelt zu besuchen und sich dort an Diskussionen über den Frieden zu beteiligen.
Nach der Eröffnung schrieben die BesucherInnen des Zeltes ihre Gedanken und Gefühle zum Frieden auf Zettel, die im Inneren aufgehängt sind. Der DEHAP-Vorsitzende von Amed drückte seine Haltung zum Frieden mit den Worten aus: "Sich verantwortlich für den Frieden zu fühlen heißt, sich für sich selbst und für die Natur verantwortlich zu fühlen", während andere "Biji Serok APO" und "Der Botschafter des Friedens ist in Imrali" schrieben. Die Eröffnung wurde mit kurdischen und türkischen Tänzen beendet.

(DIHA, 21./23.8., ISKU)

Frauendemonstration für Frieden – gegen die Unmenschlichkeit des Krieges

Angesichts der unmenschlichen Misshandlungen der Leichen von HPG-Guerillas haben Mitglieder der "Plattform gegen Gewalt gegen Frauen" in Istanbul eine Demonstration durchgeführt. In Reden in kurdischer und türkischer Sprache brachten sie ihre Unterstützung der Forderungen des kurdischen Volkes zum Ausdruck.

Die Frauen versammelten sich mit Transparenten, auf denen "Frauen wollen keinen Krieg", "Operationen bedeuten Krieg" und "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" zu lesen war, sowie mit Bildern von HPG-Guerillas, die getötet und deren Leichen verstümmelt worden waren, auf dem Taksim-Platz in Istanbul. In einer Rede, die von Hevi Aygun auf Kurdisch und von Tuna Altin auf Türkisch vorgetragen wurden, erklärten sie, dass sie die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge beobachten und fügten hinzu, dass in den 6 Jahren des einseitigen Waffenstillstands keine positiven Schritte unternommen habe. Sie wiesen auf die Isolation hin, unter der sich die kurdischen BewohnerInnen der Hevsel-Gärten in Amed (Diyarbakir) während einer achttägigen militärischen Operation befunden hatten und bezeichneten die Misshandlung der Leichen von Guerillas während der jüngsten Operationen in Dersim (Tunceli) als unmenschlich. Der Staat versuche, die grausamen und unrechtmäßigen Seiten des Krieges zu verbergen.

Die Gruppe stellte fest, dass das Schweigen der intellektuellen und demokratischen Kreise angesichts der jüngsten Ereignisse ein großer Widerspruch sei: "Die demokratischen Kräfte, die die EU-Demokratie anpreisen, beobachten völlig passiv die Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk. Mit diesem Schweigen stellen sie sich auf die Seite der Angriffe."

Die Gruppe betonte, dass auch der Staat den einseitigen Waffenstillstand auswerten müsse; die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk müssten endlich beendet werden. "All diese Entwicklungen sind für Frauen, die den ganzen Schmerz der Kriege kennen, besorgniserregend. Kriege bedeuten für Frauen die Zunahme von Vergewaltigungen, Vertreibungen, Gewalt und Tod. Wir Frauen wollen nicht, dass Vergewaltigung, Gewalt und Tod zunehmen. Wir unterstützen die Forderungen und den Kampf des kurdischen Volkes." *(DIHA, 21.8., ISKU)*

Meldungen

Drei Kinder im Lager Mexmûr von Mine verletzt

Durch die Explosion einer Mine, die zu Zeiten Saddam Hüseyins gelegt worden war, wurden im Flüchtlingslager Mexmûr (Maxmur) drei Kinder verletzt. Ein Kind wurde wegen seiner schweren Verletzungen in das Krankenhaus der Vereinten Nationen in der Stadt Mossul gebracht.
Die Minen aus Saddams Zeit, sind eine Gefahr für die BewohnerInnen von Mexmûr. Kurden, die in eigener Verantwortung die Umgebung des Lagers von Minen säubern, riefen die Verantwortlichen der Vereinten Nationen auf, ebenfalls Aktiv zu werden. *(DM, 24.8., ISKU)*

Straßen von Wan mit Plakaten von Öcalan geschmückt

Plakate des Buches von Abdullah Öcalan mit dem Namen "Verteidigung eines Volkes" schmückten erneut die Staßen von Wan (Van). Jugendliche hatten die Plakate in der Sanatstraße, am Gebäude der Wasser und Abwasserversorgung von Wan und vielen anderen Plätzen verklebt. Die Bevölkerung von Wan schenkte den Plakaten viel Aufmerksamkeit. Erst nach längerer Zeit wurden sie von der Polizei entfernt. *(DM, 24.8., ISKU)*

16.720 Anträge für Öcalan

In der Region Cizîre/Sirnex (Cizre/Sirnak) wurden 5.540 Anträge für die Lösung der kurdischen Frage und die Freiheit Öcalans beim Gericht übergeben. Etwa 300 Personen versammelten sich vor dem DEHAP Gebäude in Cizîrê. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift: "Mit dem Glauben, dass unser Vorsitzender frei sein wird setzen wir unseren Widerstand fort."
Sie riefen Parolen wie. "Nein zu den Operationen, ja zum Frieden".
Beim Gouverneur in Elih (Batman) wurden 11.180 Anträge für die Freilassung Öcalans abgegeben Auch in Merdîn (Mardin) Kerboran wurden Anträge übergeben. *(DIHA, 23/24.8., ISKU)*

In Colemerg Bedingungen wie zu Zeiten des Ausnahmezustands

Der Menschenrechtsverein Colemerg erklärte, in den letzten Tagen herrschten Bedingungen, wie zu Zeiten des Ausnahmezustands in der Stadt. Die Auseinandersetzungen in der Umgebung und die Maßnahmen der Sicherheitskräfte schaffen eine gefährlichen Atmosphäre.
Die Leitung des IHD drückte ihre Sorge über die Maßnahmen der

Erfolg gegen Dorfräumung

Die BewohnerInnen des Dorfes Germav (Ilicak), dass im Juli vom Militär geräumt worden war, konnten am Donnerstag in ihre Häuser zurückkehren. Zahlreiche demokratische Institutionen, darunter der Menschenrechtsverein IHD, der Solidaritätsverein GÖCDER und die Stadtverwaltung von Amed hatten sich in den vergangenen Wochen für die Interessen der Vertriebenen eingesetzt.
Bereits am Dienstag hatte der IHD in Amed die Ergebnisse einer Untersuchung vorgestellt, nach der das Dorf im Juli mit Gewalt von Gendarma-Einheiten geräumt worden war, die zur Kaserne von Elk (Beytussebap) gehören.

Die stellvertretende Vorsitzende des IHD, Reyhan Yalçindag, erklärte bei der Vorstellung des Berichts, dass die Dorfbewohner nach ihrer Vertreibung unter Bedingungen hätten leben müssen, die nicht mit der Menschenwürde zu vereinbaren sind. 343 Menschen müssten Hunger und Krankheiten erleiden und wären ohne Wasser. Die Zelte seien nicht den Bedürfnissen der Menschen angemessen, es gäbe keine sanitären Einrichtungen, und die Zelte, die 600 Meter vom Dorf entfernt stehen würden, seien keine hygienischen Orte zum Leben. Die achtjährige Leyla Acar habe sich an einem Feuer verbrannt, das ausgebrochen war, als sie sich aufwärmen wollte.

Männer des Dorfes bedroht
Yalçindag erklärte weiter, vor allem die Männer des Dorfes seien der Unterdrückung ausgesetzt. Sie seien bedroht worden, sich nicht mit der IHD-Delegation zu treffen, daher habe man auch in den Zelten keine Männer vorgefunden. Das Komitee habe viele Kinder vorgefunden, die medizinische Hilfe bräuchten. Die Dorfbewohner hatten gegenüber dem IHD erklärt, sie wollten so schnell wie möglich in ihre Häuser zurückkehren. Solange die Bedingungen dafür nicht erfüllt seien, bräuchten die Dorfbewohner Lebensmittel, Reinigungsmaterialien und Lebensmittel.

Mit Unterstützung der Stadtverwaltung von Amed wurden daraufhin in den vergangenen Tagen 9 Tonnen Hilfsgüter gesammelt, die am Donnerstag mit LKWs in das Zeltlager gebracht wurden, in dem die Menschen seit ihrer Vertreibung leben mussten.
Noch am selben Tag kamen – offensichtlich in Folge des öffentlichen Drucks – Soldaten zu den DorfbewohnerInnen und erklärten ihnen, sie könnten in ihre Häuser zurückkehren.

(DIHA, 24.8., ISKU)

Massengräber in Bitlis entdeckt

Die Erinnerung an die Grausamkeiten des Krieges ist durch die jüngsten Entdeckungen von Massengräbern im Bezirk Tatvan in Bitlis wachgerufen worden. In den Gräbern, die aus dem Jahre 1994 stammen sollen, wurden Uniformen, menschliche Knochen und Schuhe der Marke "Mekap" gefunden, die von den PKK-Guerillas getragen wurden. Den Berichten zu Folge wurden in einem der Gräber, das am Hang des Kender-Dagi-Berges liegt, die Leichen von 13 PKK-Guerillas gefunden. Ein Hirte hatte zwei der Leichen, die in Folge der Schneeschmelze in der Gegend verstreut waren, verbrannt und in einem Grab aus Steinen und Felsen begraben. Das Grab kann nach einem Fußmarsch von etwa 3 Stunden von dem Dorf Karuka aus erreicht werden und liegt in einem Gebiet, dessen Besiedlung von den Soldaten verboten worden war.
Ein zweites Grab wurde auf dem Gipfel des Bindaki-Berges entdeckt. Nach Aussagen eines Dorfbewohners sind dort im Jahr 1994 nach einem dreitägigen Gefecht 19 gefangene Guerillas hingerichtet und anschließend verbrannt worden. In dem Grab wurden dem Bericht zu Folge neben Guerillakleidung und Knochen auch Stricke gefunden, mit denen die Hände der Guerillas vor ihrer Hinrichtung gefesselt worden waren.
Drei Dorfbewohner, die aus Angst vor Verfolgung ihre Namen nicht nennen wollten, berichteten, dass sich die menschlichen Überreste seit mehr als 10 Jahren in den Bergen befinden, aber bislang niemand den Mut hatte, sich der Sache anzunehmen. "Während der Operationen 1994 wurden hier viele Soldaten und Guerillas getötet. Am Karez-Berg wurden die Leichen von 13 Guerillas von Soldaten und Dorfschützern in Höhlen verbrannt. Später, im Juni, erzählte uns eine Gruppe Hirten, dass sie gesehen haben, wie mindestens 19 Guerillas mit automatischen Waffen hingerichtet wurden. Ihre Leichen wurden ebenfalls verbrannt."
Ein 60jähriger Hirte berichtete, dass in der selben Zeit etwa 30 ZivilistInnen im Gebiet Ware Mahmut getötet wurden. "Im Sommer 1994 kamen Uniformierte und ZivilistInnen nach Ware Mahmut, dass 10 oder 15 Kilometer von dem Massengrab entfernt ist. In diesem Sommer konnten wir wegen der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Region nicht ins Hochland gehen, aber wir hörten nach einiger Zeit Gewehrschüsse. Nach langer Zeit, als sich der bewaffnete Konflikt beruhigt hatte, führte ich meine Schafe in das Gebiet. Ich sah dort etwa 30 tote ZivilistInnen. Sie waren unter Zweigen und Ästen versteckt. Ich verschwand von dort. Als ich vor 2 Jahren zurückkehrte, lagen dort immer noch die Knochen der Menschen."

(DIHA, 23..8., ISKU)

Kein Ende der Gewalt

Zu den jüngsten Anschlägen in Antalya hat sich eine bislang unbekannte Gruppierung mit dem Namen 'Fedaiyên Azadiya Kurdistanê' bekannt. Ein Anrufer erklärte telefonisch gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA, dass die Gruppe die Anschlägen am 17. und 21. August in Antalya vor dem Hotel Otela Alem Regency auf dem Akdenîzboulevard durchgeführt habe. Auch der Anschlage am 29. Juli auf der Kuvayî Mîlliye Straße sei von der Gruppe mit dem Ziel durchgeführt worden, “aufzurütteln”.
Die Person am Telefon sagte: "Unsere Aktionsart richtet sich gegen die Gewalt des Staates und die Haltung die gegenüber der kurdischen Frage gezeigt wird." Die Person am Telefon rief die Bürger der Europäischen Länder auf, nicht in die Türkei zu kommen. Die Person sagte, dass es nicht in ihrer Verantwortung läge, falls durch die Aktionen Menschenleben und Gebäude in Mitleidenschaft gezogen würden.
Die kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG erklärten erneut, dass die jüngsten Anschlägen in der Türkei nicht von Ihnen durchgeführt wurden und wiederholten noch einmal, dass Sie sich an das internationale Kriegsrecht halten und keine Ziele angreifen werden, durch die Zivilisten zu Schaden kommen könnten. Türkische und auch deutsche Medien hatten die Verantwortung für die jüngsten Anschläge in Antalya und Istanbul immer wieder der HPG zugeschoben, obwohl Bekenntnisse anderer Gruppierungen, darunter auch einer der Al-Kaida nahe stehenden Gruppe vorlagen.

Neue Operationen
Das selbst erzeugte Klima der Gewalt wird von der türkischen Armee zur Durchführung immer neuer Militäroperationen genutzt.
Allein in dieser Woche wurden zahlreiche Gefechte und Operationen aus Dersim (Tunceli), Elih (Batman), Culemerg (Hakkari), und Gever (Yüksekova) gemeldet. Die derzeit umfangreichsten Operationen, an denen sich nach offiziellen Angaben etwa 5.000 Soldaten und auch Dorfschützer beteiligen, begannen am Dienstag in der Gegend der Berge Cudi und Gabar.

(DIHA/DM/RT, 23.-25.8, ISKU)

letzten Tage aus und erklärte, eine Person sei an den Folgen von Folter gestorben. Bedrohliche Angriffe gegen Personen, die Anträge beim Gericht abgeben und Angriffe gegen jede Art demokratischer Aktionen würden an die Zeit des Ausnahmezustandes erinnern. Sie forderten eine Aufhebung der beschriebenen Bedingungen. *(DM, 24.8., ISKU)*

Zweifel an Einstufung der PKK als kriminelle Vereinigung
Der Bundesgerichtshof (BGH) hat Zweifel, ob die Führungsebene der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) weiter als kriminelle Vereinigung eingestuft werden kann. In einer Revisionsverhandlung deutete der 3. Strafsenat am Donnerstag in Karlsruhe an, es sei angesichts eines deutlichen Rückgangs von Straftaten möglicherweise davon auszugehen, dass es die Partei mit der Demokratisierung ernst meine. Die Bundesanwaltschaft dagegen sieht die PKK-Führung nach wie vor als kriminelle Organisation. Der BGH wird sein Urteil am 21. Oktober verkünden.
(DW, 20.8., ISKU)

Weitere Liberalisierungsschritte
Durch ein Rundschreiben an die Provinzgouverneure wird angewiesen, dass der Gewalteinsatz der Polizei so weit wie möglich gesenkt werden solle. Für die Überschreitung der rechtlichen Grenzen von Gewaltanwendung sollen Polizei- und Gendameriekommandanten sowie die Provinzgouverneure haftbar gemacht werden.
Außerdem kündigt das Justizministerium an, durch eine Gesetzesänderung die Inspektionsprotokolle von Gefängnissen - mit Ausnahme der Sicherheitsrelevanten Teile - der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
(DÜ, 20.8.;ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya Stimme Mesopotamiens
RT	Reuters
DW	Die Welt
DÜ	Dünya

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 171
3. September 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: “Der türkisch-kurdische Dialog muss unbedingt beginnen”

Aufruf zum Waffenstillstand

Abdullah Öcalan erklärte, er befürworte den 5-Punkte-Aufruf des KONGRA-GEL zu einem Waffenstillstand und rief alle Patrioten auf, sich unter dem Dach von KONGRA-GEL zu treffen.
Am 1.9. fand das reguläre wöchentliche Treffen des Kurdenführers Abdullah Öcalans mit seinen Anwälten Firat Aydinkaya, Bekir Kaya, Irfan Dündar und Zeynel Degirmenci statt. Irfan Dündar erklärte im Gespräch mit DIHA, das Gespräch sei positiv verlaufen. Öcalan habe betont, er habe KONGRA-GEL als die Systematik des Freiheitskampfes konzipiert.
Dündar weiter: "Öcalan betonte, seine gedankliche Systematik, die auch in seinen Verteidigungsschriften ausdrückt, habe sich weiterentwickelt. Der Staat fange gerade erst an, das zu begreifen. Alle Patriotinnen und Patrioten sollten sich unter dem Dach dieser Systematik des Befreiungskampfs treffen. Seine Gedanken fielen neuerdings im Mittleren Osten auf fruchtbaren Boden, jedoch wollten die USA, die kurdischen Kollaborateure und auch Osman Öcalan das verhindern. Den 5-Punkte-Aufruf für einen Waffenstillstand, den der KONGRA-GEL gemacht hatte, findet er angemessen. Die militärischen Forderungen darin müssten sofort in die Praxis umgesetzt werden. Öcalan sagte, der türkisch-kurdische Dialog müsse unbedingt beginnen. Wenn er sich jedoch nicht entwickle, werde das Jahr 2005 gegen seinen Willen zum Jahr der Guerilla werden."

Aufruf zur Einheit
Dündar leitete Öcalans Aufruf zum "Weltfriedenstag" 1. September weiter: "Herr Öcalan rief anlässlich des Weltfriedenstages alle demokratischen kurdischen Institutionen dazu auf, in Einheit und Geschlossenheit einen neuen Schritt vorwärts zu unternehmen."

5-Punkte-Aufruf des KONGRA-GEL
Der Aufruf des KONGRA-GEL in dieser Woche sah folgende vordringliche Schritte für einen dauerhaften Waffenstillstand vor:

1. Korrektur der Haftbedingungen Abdullah Öcalans

2. Abkehr von der Verschärfung der Gewalt in Kurdistan und Einstellung der Militäroperationen

3. Schaffung der Grundlagen für Maßnahmen für sozialen Frieden

4. Einstellungen der Repression gegen das kurdische Volk

5. Öffnung des Weges zu einem Dialog für eine Lösung

(DIHA, 2.9., ISKU)

Der 1. September in Kurdistan

Zum Weltfriedenstag am 1. September fanden überall in Kurdistan Aktionen statt. In Riha (Urfa) hatte die Friedensplattform eine Demonstration veranstaltet, in Sert (Siirt) verbanden sich Hunderte zu einer Friedenskette. Auf den Demonstrationen wurden Friedenstauben fliegen gelassen und die Freiheit Öcalans gefordert. In Sirnax (Sirnak) versammelten sich Hunderte auf dem Platz der Republik und forderten ein Ende der Operationen und die Lösung der kurdischen Frage.
In Semsur (Adiyaman) gab es eine Erklärung auf dem Sumerplatz, Flugblätter wurden verteilt. In Dîlok demonstrierte ebenfalls die Bevölkerung und rief dazu auf, die Miltär-Operationen zu beenden. Nach Wan (Van) waren Menschen aus Îdîr, Bîtlîs und Mus gekommen und forderten Lösung der kurdischen Frage auf der Basis der Vorschläge von Abdullah Öcalan.
In Îdîr versammelten sich Menschen am Gebäude der DEHAP und gaben eine Presseerklärung ab. Auch in Bitlis fand eine solche Veranstaltung statt, auf der auch eine Generalamnestie gefordert wurde. Auch in Mus, Gimgim, Ardaxan und Elezîz wurden Kundgebungen abgehalten.
In Kerkuk fand eine Veranstaltung der PÇDK vor deren Gebäudestatt, die hauptsächlich von Frauen unterstützt wurde. In Silêmanî, Hewlêr, Duhok, Mosul, Bagdat, Tozgurmatu, Xanekîn, Celewla, Halepçe gab es ebenfalls Veranstaltungen. Im Lager Mexmur wurde der 1. September von einer großen Menge begrüßt.
Auch in vielen anderen Städten und Gemeinden in Kurdistan fanden Aktionen für den Frieden statt. Ebenso in den Städten der Türkei, wie Istanbul, Ankara, Adana, Mersin und Hatay.

Izmir: Schüsse auf DemonstrantInnen
Etwa 1000 Personen hatten sich vor dem Gebäude der DEHAP im Zentrum von Konak in Izmir versammelt um den 1. September zu begrüßen und zur Konakstraße zu demonstrieren, unter ihnen VertreterInnen gesellschaftlicher und ziviler Organisationen und politischer Parteien. Die Polizei umstellte die Menge, gab dann aber doch eine Genehmigung für die Demonstration. Die Menge rief Parolen wie: "Es lebe das freie Kurdistan" und "Freiheit für Öcalan". Während ein Redebeitrag verlesen wurde, begann die Polizei aus ihren Fahrzeugen auf die Menge zu schießen. Die Menge begann Steine auf die Polizei zu werfen, wodurch viele Fenster von Geschäften zerstört wurden. Die Polizei setzte Pfeffergas ein und viele Menschen wurden festgenommen oder verletzt. *(DIHA/DM, 1./2.9., ISKU)*

Komitee zum Aufbau der PKK zum 1. September

Das Komitee zum Aufbau der PKK rief die Führer von Syrien und dem Iran auf, ihre Politik gegenüber den Kurden zu überprüfen. Sie sollen ihre Politik der Lösungslosigkeit gegenüber der kurdischen Frage, ihre gefährliche Politik der Vernichtung aufgeben.
Das Komitee zum Aufbau der PKK rief die Führung des Irans und Syriens auf, den Weltfriedestag zu nutzen, um die Entwicklung des Frieden und der Demokratisierung voranzutreiben und mit dem kurdischen Volk in einen Dialog zu treten, um die kurdische Frage zu lösen.
In der Erklärung wurden die kurdische Bevölkerung im Iran und Syrien aufgerufen, ihre Organisationen zu entwickeln und im Rahmen der Lösung der freien und gleichberichtigten Bürger den demokratischen Kampf zu entwickeln.
Das Komitee zum Aufbau der PKK hat in seiner Erklärung die Kurden, Araber, Turkmenen und Assyrer im Irak aufgerufen, sich von Haltungen des Nationalismus und Fundamentalismus zu entfernen und im Rahmen der demokratischen Einheit ihre Zukunft aufzubauen.
(DM, 1.9., ISKU)

Meldungen

Hungerstreik für Nuriye Kesbir
Die kurdischen Frauen in Europa haben seit dem 5. März viele Solidaritätsaktionen für die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir durchgeführt, um gegen die Entscheidung des holländischen Gerichtes für die Auslieferung Kesbirs in die Türkei zu protestieren. Am Weltfriedenstag, dem 1. September um 11 Uhr begann ein Hungerstreik in Düsseldorf von 30 Frauen, der drei Tage andauern soll. Der Hungerstreik findet vor dem Konsulat der Niederlande statt, die Frauen fordern die Freilassung Kesbirs. Die Frauen rufen alle auf, sich an dem Hungerstreik zu beteiligen, um Nuriye Kesbir zu unterstützen.
Die kurdische Politikerin hatte am 28. September 2001 einen Antrag auf Asyl gestellt, den die Niederlande abgelehnt hatten. Nuriye Kesbir soll jetzt an die Türkei ausgeliefert werden.
(DM, 1.9., ISKU)

Türkische Armee treibt schmutziges Spiel in Dersim
Die Kommandantur der Gendarmeriekaserne von Gedîk Suyu hat die Dörfer Sin und Dîkenlî Tarla bedroht und sie aufgefordert ihr Dorf zu verlassen.
Die Bewohner der beiden Dörfer zeigten harsche Reaktionen und erklärten, solange sie kein offizielles Schreiben erhalten, werden sie auch ihre Dörfer nicht verlassen. *(DM, 1.9., ISKU)*

In Adana 8.600 Anträge für Öcalan
Die Bewegung der freien Bürger gab in Adana 8.600 Anträge, die in der Region Seyhan gesammelt worden waren beim Gouverneur für die Freiheit Öcalans ab. Etwa 500 Mitglieder hatten sich versammelt. Sei trugen ein Transparent mit der Aufschrift: "Unser Vorsitzender ist Öcalan" und Poster von Öcalan.
Fünf gewählte Personen wurden zum Gouverneur geschickt. Hasan Iraz gab im Anschluss eine Erklärung ab: Er forderte den türkischen Staat auf, sich für das Unrecht an den Kurden zu entschuldigen *(DM, 1.9., ISKU)*

Erinnerung an Erste Friedensgruppe
Mitglieder der DEHAP von Gever (Yüksekova), Semzînan und Çelê (Cukurca) und Mitglieder der Jugendorganisationen sind von dem Ort, an dem die erste Friedensgruppe in die Türkei aufgebrochen ist, zu einer Demonstration ins Zentrum von Semzînan aufgebrochen. 1999 waren Mit-

"Lebende Schutzschilde" auf dem Weg nach Cizîrê

Die Gruppe ‚Lebende Schutzschilder', die von 35 Jugendlichen gegründet wurde, um die aktuellen Militär-Operationen aufzuhalten, gab eine Presseerklärung im Konsulatspark von Amed ab.
Hunderte Menschen hatten sich dort versammelt, um die Gruppe zu unterstützen. Die Sicherheitskräfte hatten umfangreiche Maßnahmen im Park selbst und um den Park herum getroffen. Bevor die Erklärung begann, klatschte und trillerte die Menge und rief Parolen wie: "Öcalan", "Es lebe der Friede, die Demokratie, die Freiheit" oder "Eine Stimme für den Frieden, zweiseitiger Waffenstillstand". Die sozialistische Plattform der Unterdrückten, (ESP) nahm mit Schildern mit der Parole "Schluss mit den Militäroperationen" teil.

Broschüren vom Menschenrechtsverein zum 1. September wurden verteilt. Naîme Kaçan sprach für die Gruppe der "menschlichen Schutzschilder" Kaçan sagte, die Operationen und Auseinandersetzungen der letzten Zeit versetzten das Volk in große Sorge. "Wir sind 35 Personen, die zu den Orten der Operationen gehen um die sie aufzuhalten. Wir sind keine Unterstützer des Krieges. Unser Ziel ist, dass die Operationen gestoppt werden und die Probleme auf demokratische Weise gelöst werden. Seit 40 Tagen flehen wir um Frieden. Wir sorgen uns um die Gewalt und die Auseinandersetzungen. Wir sind 35 Personen, die, um die Operationen aufzuhalten und damit Menschen nicht sterben ins Operationsgebiet gehen. Wir werden unsere Körper zu Schutzschilden machen damit die Menschen in den Operationsgebieten nicht sterben. Der Friede ist nicht nur der Wunsch der Jugend von Amed, es ist der Wunsch aller.

Kaçan rief dazu auf, die Aktion zu unterstützen. Sie erklärte, man werde in der Nacht nach Cizîrê (Cizre) aufbrechen und morgens in ein Dorf in der Nähe der Operationen gehen. Nach der Erklärung brach die Gruppe unter dem Trillern und Klatschen hunderter mit einem Bus nach Cizire auf.
Am Morgen des 2. September wurde die Fahrt der Gruppe jedoch erst einmal von Soldaten gestoppt. Zunächst hielten Soldaten der Gendarmerie-Station Oyali die AktivistInnen unter dem Vorwand auf, nach Waffen und militärischer Ausrüstung zu suchen. Ganze neun Stunden wurden die Personalien der "Lebenden Schutzschilder" und der Bus kontrolliert. Anwesenden Journalisten wurde es untersagt, dabei Fotos zu machen. Drei Mitglieder der Gruppe, Sakir Ozaydin, Mesut Cetin and Ramazan Simsek wurden mit der Begründung festgenommen, gegen sie seien Verfahren anhängig und sie müssten nun verhört werden.
Nach der Kontrolle durfte die Gruppe weiterreisen, wurde jedoch nach 20 Minuten Fahrt erneut angehalten, diesmal von Soldaten der Kuruncu Kaserne, die 20 Kilometer von Cizîrê entfernt ist. Die Soldaten besaßen einen Durchsuchungsbeschluß des Gerichts. Daher gab die Gruppe mit der Begründung, die Soldaten wollten sie behindern, eine Presseerklärung an der Kaserne ab. Für die lebenden Schutzschilde sprach Hikmet Aksahin. Er sagte, die Soldaten wollen sie an ihrer Aktion hindern: Wir werden uns gegen alle Hindernisse und Maßnahmen nicht von unserem Ziel abbringen lassen. Wir wollen nach Cizîrê. Unser Ziel ist es ‚Lebende Schutzschilder' zu sein. Wir werden das tun." Die Armee stellte die Personalien der Gruppe fest. Bei Redaktionsschluß dauerte die Durchsuchung noch an.

(DIHA, 1./2.9., ISKU)

HPG kritisiert Anschläge

Das Oberkommando der HPG gab eine schriftliche Erklärung ab, in der es heißt, mit dem Vorfall in Sêrt(Siirt) Berwari habe sie nichts zu tun, bei anderslautenden Behauptungen handle es sich um Unwahrheiten. In Berwari waren bei einer Minenexplosion zwei Menschen getötet und fünf verletzt worden. Die HPG erklärte, sie habe die Mine nicht gelegt: "Die HPG hat auf ihrer zweiten Konferenz im Jahr 2003 die Entscheidung getroffen, die Genfer Konventionen und das Dokument von Lahey von 1981 über das ‚Verbot der Einsetzung von Minen und anderen Explosivkörpern' anzuerkennen."
Die HPG, erklärte außerdem, dass hinter dem Ereignis Kontrakräfte stünden, die die Einheit zwischen der Bevölkerung und den Guerillakräften fürchten. Die HPG rief alle demokratischen Kräfte auf sensibel zu sein. Sie sprach den Hinterbliebenen ihr Beileid aus und wünschte den Verletzten baldige Genesung.

Vergeltungsaktionen in Culemerg und Gabar
In einer weiteren Erklärung gab die HPG bekannt, dass ihre Kräfte in der Region Culemerg (Hakkari) am Kato Marinos und in Gabar Vergeltungsaktionen in Reaktion auf die Operationen der türkischen Armee durchgeführt hätten. In der Erklärung heißt es die türkische Armee habe am 28. August in der Gegend von Culemerg beim Kato Marînos und der Hochalm Farasin mit Unterstützung von Helikoptern Operationen durchgeführt. Die türkische Armee habe bei den Auseinandersetzungen große Verluste erlitten. Am Kato Marînos sei eine Gruppe Soldaten in einen Hinterhalt der Guerilla geraten. Desweiteren wurden Ende August u.a. ein Angriff auf einen Fahrzeugkonvoi der Armee sowie einen Sabotageangriff auf einen Güterzug in der Gegend von Elezîz-Genc durchgeführt. *(DM, 31.8., ISKU)*

Eren Keskin erhält Friedenspreis

Die diesjährige Trägerin des Aachener Friedenspreises, Eren Keskin, hat der Türkei fortdauernde Folterpraxis vorgeworfen. «Die Menschenrechte werden in der Türkei immer noch nicht respektiert», sagte die in Istanbul tätige Rechtsanwältin der «Neuen Osnabrücker Zeitung».
Damit die Türkei Mitglied der EU werden kann, müssten die Europäer das Land am Bosporus drängen, "das militaristische System" aufzuheben. Zugleich hielt Keskin einen Termin für EU-Beitrittsverhandlungen für unabdingbar.
Ansonsten "würde das Militär gerade dadurch gestärkt". Es habe "nicht nur politische, sondern auch sehr starke wirtschaftliche Macht. Denn es besitzt eine einflussreiche Holding, die OYAK." Die Menschenrechtlerin, ist "aber skeptisch, ob die Europäer sich tatsächlich gegen den Einfluss des Militärs wenden". Keskin: "Denn die militäreigene Holding unterhält enge Geschäftsbeziehungen zum Beispiel zu Deutschland und Frankreich."
Eren Keskin gründete 1997 zusammen mit anderen Rechtsanwältinnen das Projekt «Rechtliche Hilfe für Frauen, die von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell misshandelt wurden». Zu dem Aachener Friedenspreis, den sie am 1. September zusammen mit Angehörigen einer russischen Menschenrechtsinitiative erhalten hat, sagte sie: "Außer der ideellen Bedeutung hat ein solcher Preis in einem repressiven System auch die Funktion, Menschenrechtsverteidiger zu schützen". *(ap, OZ, 1.9., ISKU)*

glieder der Guerilla als Dialogangebot in die Türkei gegangen, waren dort jedoch verhaftet und verurteilt worden.

(DIHA, 2.9., ISKU)

Friedensaktion an der Grenze zu Syrien und Irak
Die DEHAP der Stadt Sirnex (Sirnak) hat im Rahmen des 1. September ein 100 Meter langes Transparent mit der Forderung nach Frieden an der Grenze zu Syrien und Irak entrollt.

(DIHA, 2.8., ISKU)

Nationaler Sicherheitsrat vor Personalwechsel.
Aufgrund der Anfang August beschlossenen Personalwechsel in der Militärführung und die Berufung eines zivilen Generalsekretärs beriet der Nationale Sicherheitsrat zum letzten Mal in seiner aktuellen Besetzung. Auf der Tagesordnung standen neben der PKK und aktuellen Sicherheitsfragen auch die Lage auf Zypern, im Irak sowie das griechisch-orthodoxe Partiarchat von Fener und die Wiedereröffnung des Priesterseminars auf den Prinzeninseln. Einzelheiten über die Beratungen wurden nicht bekannt gegeben.

(RA, 26.8., ISKU)

HPG dementieren Pressemeldungen zum Tod von 11 Guerillas
Das Pressezentrum der HPG erklärte, das die Meldung der türkischen Presse über den Tod von 11 Guerillas und zwei Soldaten der türkischen Armee nicht den Tatsachen entspräche. Die Operationen der türkischen Armee seien ohne Ergebnis geblieben.
Bei der Operation der türkischen Armee, an der 5000 Soldaten beteiligt gewesen sind, seien laut HPG 36 Mitglieder der türkischen Armee ums Leben gekommen. Verluste der HPG seien nicht zu verzeichnen.

(hp, 1.9., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya Stimme Mesopotamiens
hp	hezenparastine.com
RA	Radikal
ap	Associated Press
OZ	Osnabrücker Zeitung

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 172
10. September 2004

N û ç e

....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Niederländischer Justizminister bestätigt Auslieferung Nuriye Kesbirs

Abschiebung um jeden Preis?

Das niederländische Justizministerium erlaubt die Auslieferung der kurdischen Politikerin Nuriye Kesbir an die Türkei. In einer Erklärung von Justizminister Piet Hein Donner hieß es am Dienstag, die Entscheidung sei gefallen, nachdem die türkischen Behörden ein faires Verfahren garantiert hätten.

Schwarze Kränze vor der niederländischen Botschaft
Die Jugendorganisation der DEHAP in Ankara hat am Donnerstag aus Protest gegen die Entscheidung eine Kundgebung vor der niederländischen Botschaft veranstaltet und dort schwarze Kränze niedergelegt. Ein Sprecherin der Gruppe kritisierte den politischen Charakter der Entscheidung, sich auf die Zusicherung eines "fairen Verfahrens" durch die Türkei zu verlassen: "Während die niederländische Regierung diese Entscheidung getroffen hat, wurden in der Türkei Menschen getötet, wurden die Ohren und Köpfe von Getöteten abgeschnitten, wurden Dorfbewohner vertrieben. Alle revolutionären Gefangenen und der Vorsitzende Abdullah Öcalan sind strengster Isolationshaft unterworfen. Menschen wurden mit Hilfe von gefälscheten Beweisen verhaftet. Wir lesen in den Zeitungen noch immer Berichte über Folter auf Polizeistationen."
Auch der Kongra Gel hat gegen die Entscheidung des holländischen Justizministerium protestiert und gefordert, die Entscheidung noch einmal zu überdenken. In der Erklärung des Kongra Gel heißt es, diese Entscheidung unterstütze den schmutzigen Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk, das Verbrennen von Dörfern, das Ermorden seiner Bewohner und die Folter.
Der Kurdische Nationalkongress (KNK) erklärte, diese Entscheidung stärke die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates und forderte das kurdische Volk auf, seine Unzufriedenheit mit demokratischen Mitteln zum Ausdruck zu bringen.

Protesterklärung von Ceni
Nach Bekanntwerden der Entscheidung des niederländischen Außenministeriums wandte sich auch das Kurdische Frauenbüro für Frieden (Ceni) mit einer Protesterklärung an die Öffentlichkeit, die wir nachstehend dokumentieren:
Wir protestieren gegen die Bestätigung des Auslieferungsurteils gegen Nuriye Kesbir durch den niederländischen Justizminister.
Als kurdisches Frauenbüro für Frieden CENI bewerten wir diese Herangehensweise des Justizministers Piet Hein Donner als rein politische Entscheidung, welche die Menschenrechtsverletzungen und die Situation in den Gefängnissen der Türkei völlig außer Acht lässt. Justizminister Donner gab bekannt, er habe Garantien der türkischen Regierung bekommen.
Was hat den niederländischen Justizminister zu dieser Entscheidung gebracht? Die gute Beziehung zur Türkei aufgrund politischer und ökonomischer Interessen oder tatsächlich die von der Türkei bezüglich Nuriye Kesbirs gemachten Zusagen?
Der Kampf und die Verdienste Nuriye Kesbirs für das kurdische Volk, die kurdischen Frauen und gleichzeitig für den weltweiten Frauenkampf sind nicht zu unterschätzen. Aus diesem Grunde bewerten wir die Entscheidung des niederländischen Justizministers als Schlag gegen den Kampf des kurdischen Volkes um Demokratie und den internationalen Kampf um die Befreiung der Frau.
Wie sehr die türkische Regierung die Frauenrechte respektiert zeigt sich auch in der sogenannten "Ehebruch-Diskussion" der letzten Tage. In dieser Diskussion sagte der türkische Ministerpräsident R.T. Erdogan: "Wir versuchen zur Zeit das Nötige für die Respektierung der Frauen zu tun. Wir schützen die Rechte der betrogenen Frauen. Das ist die Arbeit die wir gemacht haben" (In der Türkei wurde gerade ein neues Gesetz verabschiedet, welches Ehebruch unter Strafe stellt.). Diese Worte allein bezeugen, wie unaufrichtig die Einstellung zu Frauenrechten ist.
Wäre die türkische Regierung Frauen gegenüber respektvoll, so müsste sie zu aller erst den Frauen gegenüber Respekt zeigen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung in der Haft sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung und Folter ausgesetzt sind. Warum wird das Recht betrogener Frauen geschützt und nicht das der Frauen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung Vergewaltigung und jede Art von Angriffen erdulden müssen?
Wenn die Türkei die Frauenrechte respektiert, warum wurde dann Fatma Idem, Mitglied der YJA Star, der kurdischen Frauenguerilla, am Tag der Auslieferungserklärung des niederländischen Justizministeriums bezüglich Nuriye Kesbirs , in der kurdischen Stadt Siirt auf offener Strasse ermordet, ihr Leichnam an einen Panzer gebunden und durch die Strassen geschleift?
Bedeutet dies die Respektierung der Frauenrechte? Menschen aufgrund ihrer politischen Ansichten auf diese Weise zu ermorden?
Auch zeigt der Vorfall selber auf, wie wenig aufrichtig die Versprechungen der Türkei an die niederländische Regierung sind.
Wir glauben nicht daran, dass diese Entscheidung des niederländischen Justizministers eine gerechte und rechtmässige Entscheidung ist.
Diese Entscheidung ist gefällt worden, ohne die Warnungen vieler kurdischer- und Menschenrechtsinstitutionen, darunter Amnesty International, die Vereinten Nationen und der türkische Menschenrechtverein IHD zur Kenntnis zu nehmen.
Wir wissen alle, dass die Folter, die sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung bis hin zur Isolationshaft in den türkischen Gefängnissen nach den europäischen Menschenrechtsverträgen und den Verträgen der Vereinten Nationen zu Folter, unmenschlicher und menschenunwürdiger Behandlung widersprechen und als die Würde des Menschen verletzende schlechte Behandlung angesehen werden. Daher misstrauen wir dem rechtlichen Vorgehen des Justizministers. Wenn wirklich Gerechtigkeit gewollt ist, dann rufen wir den niederländischen Justizminister dazu auf, sich ernsthaft für die Verbesserung der Haftbedingungen und der Menschenrechtssituation in der Türkei einzusetzen.
Wir als kurdisches Frauenbüro für Frieden- CENI fordern die Rücknahme der Auslieferungsentscheidung des niederländischen Justizministers und die Freilassung Nuriye Kesbirs.
Die Dringlichkeit und die Sensibilität der Situation vor Augen, rufen wir die Öffentlichkeit allen voran die Fraueninstitutionen, die Menschenrechtsorganisationen und die Intellektuellen in Europa und in der Türkei dazu auf, sich dringlichst für die Rücknahme der Auslieferungsentscheidung einzusetzen.

(RTV/CENI 7.9., jW/DIHA 9.9., ISKU)

Protestfaxe, -briefe und -emails gegen die Auslieferungsentscheidung können an folgemde Adresse gerichtet werden:
Jan Piet Hein Donner
Justizministerium
Postbus 20301
2500 EH Den Haag
Tel: 0031 – 70 - 3 70 7911
Fax: 0031 - 70 - 370 79 37
Email: voorlichting@minjus.nl

Meldungen

Türkische Armee beginnt Operation am Kato
Die türkische Armee hat am Katoberg Beytussebab eine breitangelegte Operation begonnen.
Die Operation begann am Nachmittag des 8. September. Zahlreiche Soldaten wurden aus Sirnex und Culemerg verlegt. Regionale Augenzeugen erklärten, dass auch zahlreiche Dorfschützer sowie Hubschrauber an der Operation beteiligt sind.
Es kam zu heftigen Gefechten am Katoberg zwischen der HPG und dem türkischen Militär

(DM, 9.9., ISKU)

Treffen von Verheugen mit Leyla Zana
Der Verantwortliche für die EU Erweiterung Günther Verheugen traf am Montag überraschend mit der ehemaligen Parlamentarierin Leyla Zana zusammen.
Verheugen und Zana bezeichneten den Austausch als sehr wichtig und erklärten sie haben über die Probleme der Demokratisierung der Türkei gesprochen.
Nach seinem Treffen mit dem Bürgermeister von Amed, traf Verheugen sich mit VertreterInnen gesellschaftlicher und ziviler Organisationen. Dort traf er sich auch mit Leyla Zana zum Abendessen, wo sie etwa eine Stunde sprachen. Im Anschluss gaben sei eine gemeinsame kurze Erklärung ab. Zana sagte, sie hätten über die Probleme des Landes und den EU Betritt gesprochen, das Gespräch sei positiv verlaufen.

(RTV, 7.9., ISKU)

Verheugen "überrascht" von Folterbericht
Yuvas Önen, Vertreter der angesehenen türkischen "Stiftung für Menschenrechte" (TIHV) überreichte Günther Verheugen bei seinem Besuch in Amed (Diyarbakir) einen Bericht, der für die ersten acht Monate dieses Jahres 597 Beschwerden über Folter und Misshandlungen auflistet. Verheugen zeigte sich "überrascht". Dies sei "das erste Mal seit zwei Jahren", dass eine Organisation den Vorwurf systematischer Folter erhebe.
Der deutsche EU-Kommissar will nun vor allem klären, ob solche Übergriffe türkischer Sicherheitskräfte gezielt dem Machterhalt des Staates dienen. Offenbar bezweifelt er dies. Verheugen verwies auf die Urteile fast aller anderen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, die er in Ankara und in Amed getroffen hatte. *(SZ, 9.9., ISKU)*

2. Kongress der PRD beendet

Die Partei der demokratischen Befreiung hat ihren zweiten ordentlichen Kongress abgeschlossen. Auf dem Kongress wurde erklärt, dass aufgrund von Mängeln der Erfolg nicht im angestrebten Maße erreicht werden konnte. Entscheidungen über eine neue Phase wurden getroffen. Der Kongress fand im Meder Verteidigungsgebiet statt, 62 Delegierte und 36 Zuhörer waren anwesend. Die letzten Ereignisse und das vergangene Jahr wurden bewertet. Die Aufstellung der Mitglieder des Kongresses wurden vom Rat der PRD bestimmt und es wurde erklärt, da der Gründungskongress der PRD nicht auf der Basis entschiedener Vorbereitungen stattgefunden hat, habe die Arbeit nicht die erforderlichen Erfolge vorgewiesen. Der erste Kongress habe nicht die Mission der PRD in richtiger Weise aufgezeigt, daher gab es viele Mängel. Die PRD wurde bei ihrer Gründung wie eine taktische Organisation angesehen und habe in engen Grenzen gearbeitet. In der Erklärung hieß es, man werde die Mängel lösen und die Entwicklung "gleichberechtigter Bürger, Demokratie und Freiheit", eine neue Bewegung des Volkes, als eine oberste Pflicht begreifen. Daher wird in den nächsten Tagen der Rat der Freien Bürger umgesetzt. Die PRD entschuldigte sich bei dem Vorsitzenden, dem Volk und den Gefallenen dafür, dass sie in der vergangenen Phase ihre Pflicht nicht ausreichend umgesetzt hat. Die PRD forderte die Unterstützung der Jugend, der Frauen und der gesamten Gesellschaft und versprach, dass sie die Wichtigkeit ihres Versprechens gegenüber den Völkern Kurdistans und der Türkei ernst nehme.

(DM, 6.9., ISKU)

Vergeltungsaktionen der HPG

Im Stadtteil Afetevlera/Sêrt (Siirt) ist am 3. September eine Frau mit der Begründung, sie sei eine Guerilla der YJA-Star, getötet und von einem Spezialteam der Sicherheitskräfte von Sêrt an einen Panzer gebunden und über den Boden geschleift worden. Nach Angaben der Volksverteidigungskräfte (HPG) sei die Guerilla unbewaffnet in die Hände der Soldaten gefallen und von diesen getötet worden. Ein Polizist habe ihre Hände gebunden und sie hinter einen Panzer bis zum Busbahnhof geschleift. Selîm Can, ein Bewohner des Stadtteils berichtete, er habe alles mit angesehen, es sei ein Verstoß gegen die Menschlichkeit.

Wie die HPG mitteilte, wurden als Vergeltung für die Ermordung von Fatma Îdem am Mittwoch zwei Raketen auf die Kaserne des Batallions von Gimgim (Varto) abgeschossen, wobei mindestens zwei Soldaten ums Leben kamen und drei verletzt wurden.

Die Kräfte der Volksverteidigungskräfte HPG haben gegen Einheiten der türkischen Armee auf dem Weg zwischen Colemêrg (Hakkari) und Çelê (Cukurca) eine Aktion durchgeführt. In der Erklärung der Pressestelle der HPG heißt es, dass bei der Aktion am 4. September sieben Soldaten getötet worden seien. Die HPG habe mit Raketenwerfern und schweren Waffen den Konvoi der türkischen Armee angegriffen, wobei ein Panzer und ein Militärfahrzeug zerstört worden seien. In der Erklärung heißt es außerdem, dass am 4. September auf die Erdölpipeline Kerkuk und Yumurtalik, in der Nähe des Dorfes Taskoyu in der Gegend von Hêzex und Midyad ein Angriff der HPG stattgefunden habe. Es wurde erklärt, dass ein ernster Schaden an der Pipeline angerichtet wurde, wobei 40.000 Barrel Öl vernichtet worden seien. Außerdem sei am 5. September morgens um sechs auf der Straße Bespîn Cûdî und Silopî ein Militärfahrzeug, dass für eine Operation eingesetzt wurde, in einen Hinterhalt der Guerilla geraten. Bei dieser Aktion wurden zwei Soldaten und ein Dorfschützer verletzt.

Die Einheiten der Freien Frauen (YJA-STAR) haben im Gedenken an Ruhal Akyildiz im Zentrum der Stadt Sert (Siirt) eine Aktion durchgeführt. Ruhal Akyildiz mit Codenamen Tekosîn ist bei einer Operation der türkischen Armee in Dersim gefallen. Die Kräfte von YJA-STAR drangen in die Stadt ein und griffen die Kaserne der Gendarmerie mit Handgranaten und Gewehren an. Dabei wurden zwei Soldaten getötet und ein Soldat wurde verletzt. Außerdem griffen die Kräfte von YJA-STAR zwischen Sêrt und Eruh einen Militärkonvoi, der auf dem Weg in das Gebiet der Operation war, an. Bei der Aktion wurden drei Soldaten getötet und ein Militärfahrzeug zerstört.

(RTV, 6.9.,DIHA, 7.9., AW, 9.9., ISKU)

8.500 Verfahren in Gewer

Gegen die "Bewegung freier Bürger", die im Rahmen einer Kampagne Petitionen mit der Forderung nach der Freilassung Abdullah Öcalans an Bürgermeisterämter, Provinz- und Bezirksverwaltungen und das türkische Parlament übergeben hatte, sind massive Repressionsmassnahmen eingeleitet worden. In Gewer (Yüksekova) in der Provinz Hakkari sind in diesem Zusammenhang drei Menschen verhaftet worden. Gegen mehr als 8.000 Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Am 4.August hatte die Bewegung der Bezirksverwaltung von Gewer 8.500 unterzeichnete Petitionen übergeben. Daraufhin wurden drei Mitglieder der "Bewegung freier Bürger" - Mecit Ucar, Ismail Kaya und Mehmet Akbaba - festgenommen. Die Strafkammer erließ Haftbefehle wegen Hilfe und Unterstützung des Kongra Gel. Die drei Aktivisten sind nun im Gefängnis von Hakkarai inhaftiert.

Nach der Verhaftung der drei Mitglieder der Bewegung wurde die Staatsanwaltschaft vom der Provinzregierung angewiesen, gegen alle, die die Petition unterstützt hatten, Anklage zu erheben. Bislang wurden 30 von ihnen zum Verhör bei der Staatsanwaltschaft gebracht.

(DIHA, 8.9., ISKU)

Menschliche Schutzschilde verhaftet

35 Mitglieder einer Gruppe Menschlicher Schutzschilde, die sich von Amed aus auf den Weg nach Cizre gemacht hatten, um durch ihre Anwesenheit zur Beendigung der andauernden Militäroperation am Berg Gabar beizutragen, sind unter dem Vorwand, sie hätten "Auseinandersetzungen in der Gesellschaft provoziert", verhaftet worden.

Die Mitglieder der Initiative menschlicher Schutzschilde waren bereits auf ihrem Weg in Richtung Cizre zahlreichen Schikanen und Repressionen ausgesetzt (siehe Nuce Nr. 171). Am Nachmittag des 3. September mussten sie auf Grund einer Straßensperre von Polizei, Militär und Dorfschützern in das Stadtzentrum von Cizre zurückkehren. Ihnen wurde erklärt, dass ihr Fußmarsch in Richtung Gabar gegen das Versammlungsrecht verstoße.

Nachdem die Gruppe in Cizre eine Protesterklärung veröffentlicht hatte, machte sie sich wieder auf den Weg in Richtung Gabar. Erneut wurden sie von der Polizei aufgehalten und schließlich um 2.00 Uhr morgens an die Staatsanwaltschaft übergeben.

Dort wurden sie mit der Anklage des "Verstoßes gegen das Versammlungsrecht" verhört und schließlich der Strafkammer des Gerichts von Cizre übergeben. Das Gericht entschied, die 35 AktivistInnen wegen der "Provokation von Auseinandersetzungen in der Gesellschaft" zu verhaften.

(DIHA, 4.9., ISKU)

Geplantes Ehebruch-Gesetz der Türkei sorgt für Unmut

Die als gemäßigt-islamisch geltende Regierungspartei AKP will kommende Woche einen Gesetzentwurf ins Parlament einbringen, nach dem der Ehebruch mit Gefängnis bestraft werden soll. Das Vorhaben ist ein Zugeständnis Erdogans an seine religiös-konservative Wählerschaft, wird von großen Teilen der türkischen Öffentlichkeit aber abgelehnt. Die AKP-Spitze bekräftigte bei einer Sitzung am Mittwochabend, dass sie trotzdem an der geplanten strafrechtlichen Ahndung des Ehebruchs festhalten will. Verheugen sagte der Zeitung "Vatan", das Vorhaben der Regierung erwecke den Eindruck, dass in der Türkei islamisches Recht eingeführt werden solle.

Die EU-Kommission will Anfang Oktober einen Bericht zur Entwicklung der Reformen in der Türkei vorlegen. Dieser Bericht soll im Dezember die Grundlage für die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU über den Beginn von Beitrittsgesprächen mit der Türkei sein. Das Thema ist in der EU sehr umstritten.

(DS, 9.9., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya Stimme Mesopotamiens
DS	Der Standard
SZ	Süddeutsche Zeitung

Termine:

3. Kurdischen Filmfestival in Berlin

Vom **10. bis 19. September** wird im **Filmkunsthaus Babylon** und im **Eiszeit Kino** in **Berlin** zum dritten Mal das Kurdische Filmfestival stattfinden. Berlin wird in diesem Jahr wieder der weltweit wichtigste Treffpunkt für kurdische Filmemacher sein. Wie schon in den letzten Jahren werden aber auch europäische, insbesondere deutsche Filme zum Thema Kurdistan gezeigt. Einen der Schwerpunkte des diesjährigen Programms bilden Filme von RegisseurInnen aus Berlin.

Weitere Informationen unter:
www.kurd-filmfestival.com

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 173
17. September 2004

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Amed: IHD Menschenrechtsbilanz für Juli und August

63 Tote durch Militäroperationen

Der Vorsitzende des IHD Amed (Diyarbakir), Selahattîn Demîrtas gab eine Erklärung ab, in der es hieß, in den letzten beiden Monaten seien in der Region bei militärischen Auseinandersetzungen 63 Menschen getötet und 50 Personen verletzt worden. Die Anzahl der festgestellten Menschenrechtsverletzungen beträgt 872. Demîrtas erklärte, es läge in der Hand der AKP Regierung, diese Situation positiv zu verändern.

Der IHD von Amed stellte seine Menschenrechtsbilanz der Monate Juli und August mit einer Presseerklärung vor. In der Erklärung, die im Gebäude des Menschenrechtsvereins vom Vorsitzenden des IHD Amed Selahattîn Demîrtas verlesen wurde, heißt es, die Menschenrechtslage in der Region sei eng verknüpft mit dem Frieden.
Demîrtas sagte, ein Ort, an dem es jeden Tag bewaffnete Auseinandersetzungen gebe, biete keine Basis für die Erfüllung von Menschenrechten und Freiheit. Demîrtas sagte: "Seit mehreren Jahren hatten wir hier in der Region keine Auseinandersetzungen. Doch in letzter Zeit haben die Auseinandersetzungen wieder begonnen. Leider ist die Zahl der Toten bei Auseinandersetzungen wieder gestiegen. Es hat keine Schritte gegeben, um den Frieden wieder zu erreichen. Die Jugendlichen, die sich für den Frieden einsetzen, wurden verhaftet."

Demîrtas erklärte, wenn man die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen der letzten zwei Monate betrachte, mache einen das sehr traurig. Er erklärte, dieses Bild ins Positive zu verändern läge in der Hand der AKP Regierung. Demîrtas sagte, der Wunsch nach Demokratisierung sei sehr notwendig: "Solange die Türkei nicht insgesamt ins zivile Leben zurückkehrt, wird die Demokratie ein Traum bleiben."

Demîrtas erklärte, dass in den letzten zwei Monaten bei Auseinandersetzungen 63 Menschen ums Leben gekommen seien, 50 wurden verletzt. Demîrtas erklärte, solange die Auseinandersetzungen zunähmen und auch die Zahl der Getöteten steige, werde die Lösung immer schwieriger. Demîrtas forderte zunächst das Schweigen der Waffen: "Wir fragen ‚Müssen erst noch mehr Menschen sterben, bevor die Waffen bedingungslos schweigen?'
Der Kommissar zur Erweiterung der EU, Günther Verheugen hat bei seinem Besuch in Amed erklärt, wie notwendig es ist, die kurdische Frage auf friedliche Weise zu lösen. Es ist notwendig, dass die EU sich ebenfalls dafür verantwortlich zeigt."
Demîrtas äußerte sich auch zu der Behauptung, die HPG hätten letzte Woche zwei Ingenieure und einen Arbeiter entführt. Demîrtas sagte: "Wir sind in großer Sorge um das Leben der beiden Ingenieure und des Arbeiters, die wie behauptet wird von Militanten der HPG entführt worden sein sollen.
Es gibt keinen vernünftigen Beweis für die Entführung dieser Personen. Wir hoffen, das diese Leute die entführt wurden, ohne dass ihren etwas angetan wird freigelassen werden."
Demîrtas antwortete auf die Frage, ob die Folter in der Türkei angeordnet sei: "In der Türkei ist die Folter angeordnet." Demirtas erinnerte an Annäherungen an die Folter wie ‚Wenn die Anordnung oder der Befehl vom Ministerpräsidenten, Präsidenten, Beamten nicht gegeben ist, wenn nicht gesagt worden ist foltert, wenn es nicht in einer geschlossenen Hierarchie stattfindet, ist die Folter nicht angeordnet', und sagte dazu: "Wir denken, wenn es hier so viele Folterungen gibt, haben, unter anderen, die verantwortlichen Direktoren, die Minister, die Offiziere und der Ministerpräsident keine Maßnahmen getroffen, sie zu verhindern, insofern ist die Folter angeordnet. Wir haben viele Akten über Fälle von Folter. Darunter gibt es auch abgeschlossene Fälle. Bisher wurde noch nicht ein einziger Täter von seiner Arbeit abgezogen, nicht eine einzige ernsthafte Anhörung hat stattgefunden. Das ist Anordnung. Unserer Meinung nach ist die Folter angeordnet. Um sie zu verhindern, gibt es nicht nur einen Weg, Verantwortliche, die für Folter verurteilt werden, müssen offiziell von ihrer Arbeit entfernt werden."

In den Monaten Juli und August registrierte der IHD folgende Menschenrechtsverletzungen:

Tote bei Auseinandersetzungen:	63
Verletzte bei Auseinandersetzungen:	50
ZivilistInnen, die durch Minen getötet wurden:	7
Festnahmen:	283
Folterungen :	41
Verletzungen der Meinungsfreiheit:	106
Insgesamt:	872

(DIHA, 14.9, ISKU)

Öcalan: Europa muss handeln!

Letzte Woche konnten die Anwälte Öcalans wegen angeblich schlechten Wetters nicht nach Imrali übersetzen; am 16.9. jedoch sahen Hatice Korkut, Asiye Ülker und Turkan Aslan ihren Mandanten.
Öcalan bewertete bei dem Treffen die letzte Phase und sagte: "Wenn bei dem Treffen der Außenminister der Europäischen Union am 17. Dezember der Türkei ein Datum genannt wird, sind das zunächst nur Worte. Wenn gewünscht wird, dass unter allen Umständen die Waffen schweigen, wenn eine dauerhafte Entwaffnung gewünscht wird, müssen sie sagen, wir geben der Türkei ein Datum für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, aber gleichzeitig ist es notwendig, dass sie in der verbliebenen Zeit die Lösung der kurdischen Frage fordern."
Öcalan sagte, wenn die Europäische Union dies nicht sagt und dann nichts macht, wird sie den Weg für den Krieg öffnen: Wenn sie zum Thema Irak, Palästina und Zypern so viele Entscheidungen treffen können, aber die kurdische Frage wieder in der Luft bleibt, so drücken sie mit ihrer Haltung den Willen zum Krieg aus.
Der Vertreter des kurdischen Volkes sagte weiter über die AKP Regierung: "Sie wollen mich gegen das türkische Volk wie eine Gefahr benutzen. Ich bin nicht der Feind des türkischen Volkes, das ist ein Spielchen." Öcalan sagte, gesundheitlich gäbe es keine Veränderung bei ihm, weiter sagte er: "Ich habe in meiner Prozesserklärung umfangreich dargestellt, dass ich überall Freunde habe. Auf den Bergen, in den Metropolen, in Europa gibt es Freunde, die an mich glauben; wenn sie zuverlässig sind, sollen sie meine Sicht und meine Art umsetzen."

(RTV, 16.9., ISKU)

Meldungen

Polizei greift Zeitschrift Özgur Halk an
Eine Antiterroreinheit drang am 14.9. um 16.00 Uhr in die Räume der Zeitschrift Özgür Halk ein und beschlagnahmte drei Computer. Die Polizei hatte eine Durchsuchungsgenehmigung. Die Mitarbeiter der Zeitschrift Baris Gullu, Resat Ok, Sîraç Alp und Vedat Mersîn wurden festgenommen. Sie wurden in die Sicherheitszentrale von Istanbul gebracht. *(DIHA, 15.9., ISKU)*

DEHAP Gebäude in Ardaxan angegriffen
Am 15.9. abends wurde das DEHAP Gebäude von Ardaxan von unbekannten Personen angegriffen. Der Vorsitzende der Region Zentrum der DEHAP, Ferhat Kaya sagte zu den Ereignissen: "Als ich morgens zum Gebäude ging, sah ich, dass alle Fenster eingeschlagen worden waren." Kaya sagte, man werde die Sicherheitskräfte von dem Angriff in Kenntnis setzen.
(RTV, 16.9., ISKU)

‚Menschliche Schutzschilde' in Riha gegründet
Nach Amed wurde jetzt auch in Riha (Urfa) eine Gruppe menschlicher Schutzschilde' gegründet. Die Gruppe äußerte sich am 15.9. in einer Presseerklärung im Gebäude der DEHAP zu ihren Zielen. In der Erklärung, die von dem Mitglied der Gruppe, Fatîh Altay verlesen wurde, hieß es, man habe zum Ziel, die Operationen zu beenden und den Weg für einen Dialog zu öffnen. "Seit dutzenden Jahren leben die Menschen unter dem Einfluß des Krieges, viele haben ihr Leben verloren. Wir wollen uns als lebende Schutzschilde auf den Weg in die Gebiete der Operationen machen, um diese zu stoppen. Altay rief die Öffentlichkeit auf, die Ziele der lebenden Schutzschilde zu unterstützen.
(RTV, 16.9.04, ISKU)

In Culemerg und Dîlok nimmt die Repression zu
Der Stadtteil Kiran in Culemêrg (Hakkari) wurde am 15.9. Abends von Polizei und Spezialkräften umstellt. Zwei Personen, von denen behauptet wurde, sie seien Guerillas, wurden im Haus von Rehmî Ertus festgenommen. Fünf weitere Personen, wurden unter der Anwendung von Gewalt festgenommen. Die Umstellung des Stadtteils dauert an.
In Dîlok (Gaziantep) wurde ein Mitarbeiter der Zeitung Yeniden Özgur Gündem und der Leiter der Jugendabteilung der DEHAP

Gericht lehnt Verbotsantrag gegen Bildungsgewerkschaft ab

Egitim-Sen erfolgreich

Das zweite Arbeitsgericht von Ankara hat den Antrag auf die Schließung von Egitim Sen abgelehnt. Der Fall, der seit einiger Zeit auf der Tagesordnung der Türkei und der Europäischen Union steht, ist damit abgeschlossen. Der Prozess wurde am Donnerstag unter Teilnahme des Vorsitzenden der DISK, Sûleyman Çelebî, des Vorsitzenden der KESK, Sami Evren und der Verteidiger von Egitim Sen verhandelt. Der Antrag, nach dem die Gewerkschaft geschlossen werden sollte, wurde abgelehnt. Die Kommandantur der türkischen Armee, hatte mit der Begründung, geklagt, in der Satzung der Egitim Sen sei der Punkt 'Ausbildung in der Muttersprache' vorhanden.

Unterstützungsaktionen für Egîtîm-Sen

Die Plattformen zur Unterstützung von Egitim Sen haben in vielen Städten der Türkei für ihre Gewerkschaft Unterstützungsaktionen durchgeführt. Die KESK hatte einen Marsch von Istanbul nach Ankara durchgeführt. Mitglieder von KESK hatten morgens früh mit einem Transparent mit der Aufschrift: "Egitim-Sen kann nicht geschlossen werden" auf der Yüksel Straße demonstriert. Sie blockierten den Verkehr und riefen damit die Polizei auf den Plan. Später wurden sie von Spezialkräften aufgehalten. Die Teilnehmer riefen Parolen wie: "Haltet nicht die ArbeiterInnen, haltet die Banden auf" und "Wir haben das Recht zu demonstrieren". Die Mitglieder der KESK riefen: "Ausbildung in der Muttersprache ist ein Grundrecht und kann nicht verboten werden", "Es lebe unser demokratischer Kampf" und "Die AKP wird zur Rechenschaft gezogen". Außerdem fanden Solidaritätsaktionen in Dîlok, Edene, Wan, Mêrdîn, Batman, Sêrt, Riha, Erzîngan, Îskendrûn und Bursa statt. *(RTV, 16.9., ISKU)*

Neue Operationen in Kurdistan

Auseinandersetzung in Kaxizman /Qers

Nach Informationen regionaler Augenzeugen kam es am 12. September in der Umgebung von Çemçê/ Kaxizman Qers (Kars) zu einer Auseinandersetzung zwischen der türkischen Armee und HPG Guerillakräften. Dabei kamen offensichtlich vier Guerillas ums Leben.
Die Leichen der Guerillas waren ins Leichenhaus des Staatskrankenhauses von Kaxizman gebracht worden. Wie bekannt wurde, wurden sie am 15.9. auf einem leeren Platz außerhalb des Friedhofes im Stadtteil Sahîndere vom Bürgermeisteramt begraben. Wie bekannt wurde, ist der Ort, an dem die Toten beerdigt wurden ein Ort, an dem schon in der Vergangenheit Opfer von Gefechten beerdigt wurden. Eine Autopsie war gemacht worden. Die Identität der HPGler ist nicht bekannt, es hieß nur, die Codenamen der Gefallenen seien Rojhat, Denîz, Kemal und Baran.
Bei dem Gefecht sollen auch zwei Dorfschützer ihr Leben verloren haben.
Wie es heißt, sind die Auseinandersetzungen beendet, die Operation dauert aber noch an. In der Umgebung von Çemçe wurden zahlreiche Personen festgenommen.

Operation in Pîran

Nach Informationen von Augenzeugen begann am 14.9. eine Militäroperation der türkischen Armee in Pîran in der Umgebung der Dörfer Behro (Bogaz), Singring (Yokuslu), Kursunlu und Pirajman (Kirkpinar). Bis zum Morgen brachten Militärfahrzeuge Soldaten. Bisher kam es nicht zu Gefechten.

Drei Soldaten auf dem Herekolberg getötet

Bei der Operation der türkischen Armee in der Region Sêrt Perwarî (Siirt) fand am 11.9 in der Umgebung des Herekolberges eine Auseinandersetzung statt. Dabei kamen zwei Offiziere und ein Soldat ums Leben. Die Armee verlegte zahlreiche Militärfahrzeuge, Helikopter und Soldaten in die Umgebung.

In Sêrt verlor der HPGler Nîmet Aksoy sein Leben

Das Pressezentrum der HPG gab bekannt, dass am 10. September in der Region Sêrt/ Erûh im Gebiet Garisa ein Guerilla mit dem Namen Nîmet Aksoy bei einem Gefecht sein Leben verloren hat. Nîmet Aksoy mit Codenamen Zinar war 1999 der Guerilla beigetreten und kam aus Lîcê /Amed, wo er 1980 geboren wurde.

Angriffe der Maoistisch Kommunistischen Partei

In einer Erklärung der HPG heißt es, man werde gegenüber den Angriffen auf die Bevölkerung nicht schweigen: "Gegen unser Volk in Dersim und unser patriotisches Volk, das seinen demokratischen Kampf fortführt, gibt es Repressionen und Angriffe. In Pilemorê wurde am 25. Juli Zeynel Benler, in Mazgêrt am 13. August Mustafa Büyükkaya, in Pilûr am 10. September Suleyman Burmagaç ermordet. Eine Organisation mit Namen Partiya Maoîst Komunîst hat die Verantwortung für diese Angriffe übernommen. Sie sollen wissen, dass wir uns als legitime Verteidigungskräfte uns für die Verteidigung unseres Volkes verantwortlich sehen." *(DIHA, 12./15.9., RTV, 16.9, ISKU)*

Syrien liefert Kurden an Türkei aus

Wie bekannt wurde, hat die syrische Führung sieben Kurden unter Verletzung internationaler Rechte in die Türkei ausgeliefert. Hamîlî Yildirim war im Juli von Syrien verhaftet worden. Er und sechs weitere Kurden waren fast zwei Monate in Syrien inhaftiert, am 3. September wurden sie ausgeliefert. Wie bekannt wurde, wurde Yildirim fünf Tage lang in der Kaserne Cendirmeyan/Hatay verhört und am 11. 9. zum Gericht gebracht. Wie es heißt, soll Yildirim von einer Gruppe denunziert worden sein, die aus den Reihen der Freiheitsbewegung davongelaufen waren. Syrien hat in diesem Jahr 50 Kurden aus dem Norden unter Verletzung internationaler Rechte in die Türkei ausgeliefert. *(DM, 11.9., ISKU)*

Sprachverbot besteht weiter

Offiziell ist das Verbot der kurdischen Sprache aufgehoben, die staatlichen offiziellen Sender haben begonnen, kurdische Programme zu senden, auf der anderen Seite wurden Sprecher der DEHAP wegen drei kurdischer Wörter zu sechs Monaten verurteilt. Die Nachrichtenagentur Dicle berichtete, dass die Kandidaten für das Parlament der Stadt Mus, Abdulkerim Bingol und Cemil Elden zu sechs Monaten verurteilt wurden, weil sie bei den Wahlen im November 2002 auf Kurdisch zur Bevölkerung gesprochen hätten. Es heißt, die Kandidaten der DEHAP wurden für die Worte wie "Guten Tag Friedensmütter, Guten Tag, Kinder des Feuers und der Sonne, Guten Tag, Volk von Varto" bestraft.
Laut Informationen des Amtsgerichts von Gimgim (Varto) hätten die Kandidaten mit dem Sprechen in Kurdisch gegen das Parteiengesetz verstoßen.
Abdulkerim Bingol reagierte sehr wütend auf die Entscheidung des Gerichtes: "Auf der einen Seite senden die offiziellen Kanäle in Kurdisch, auf der anderen Seite werden wir für drei kurdische Worte verurteilt". *(DM, 11.9., ISKU)*

und weitere sechs Personen festgenommen. *(RTV, 16.9., ISKU)*

DEPler kommen nach Europa

Die ehemaligen ParlamentarierInnen der DEP, Leyla Zana, Hatîp Dîcle, Orhan Dogan und Selîm Sadak kommen nach Europa. Wie bekannt wurde, sollen sie von Vertretern der Europäischen Union offiziell empfangen werden. Leyla Zana konnte 1995 den Sacharowpreis, der ihr vom Europaparlament verliehen worden war, nicht in Empfang nehmen, da sie im Gefängnis war. Dieser soll ihr jetzt auf einer Feier am 12. Oktober überreicht werden.
Wie bekannt wurde, sollen Zana, Dîcle, Dogan und Sadak am 13: Oktober an der Versammlung der Kommission für Außenpolitik und Menschenrechte des Europaparlamentes teilnehmen und Fragen beantworten.
Im Rahmen ihres Besuches in Europa treffen sie mit zahlreichen Europäischen VertreterInnen zusammen, um über die Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage zu sprechen. *(RTV, 16.9., ISKU)*

Ehebruchgesetz vorerst abgewiesen

Die türkische Regierung hat am Dienstag nach massiven Protesten in der Türkei und auch auf Druck der Europäischen Union den Entwurf für ein Ehebruchgesetz von der Tagesordnung der Beratungen zur Erneuerung des 78 Jahre alten Strafrechts genommen. Am Donnerstag waren AKP-Abgeordnete mit dem Versuch gescheitert, das zurückgezogene Gesetz, das "sexuelle Untreue" unter Strafe stellen sollte, doch noch ins Parlament einzubringen. Der AKP-Abgeordnete Eyup Fatsa wollte sich auf Nachfragen hin aber nicht festlegen, ob das Gesetz später nicht doch noch eingebracht wird. «Der Gesetzgebungsprozess ist lang, bitte warten sie ab». *(AP, 16.9., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya Stimme Mesopotamiens
AP	Associated Press

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 174
24. September 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Klage gegen deutsche Zeitungen angekündigt

"Üble Nachrede ist nicht hinnehmbar"

In den deutschen Zeitungen "Der Tagesspiegel" vom 10.9.2004, der "tageszeitung" vom 11.9. sowie dem österreichischen "Standard Online" vom 10.9. werden schwere Vorwürfe gegen den kurdischen Politiker Abdullah Öcalan erhoben. In den Meldungen wird behauptet, Öcalan habe einen Tötungsbefehl gegen den ehemaligen Europaverantwortlichen der PKK, Kani Yilmaz, und die ehemalige Europasprecherin der PKK, Mizgin Sen, erteilt. Dass diese Behauptungen unwahr sind, hat Abdullah Öcalan zuletzt selbst im Gespräch mit seiner Anwältin Hatice Korkut am 15.9. erklärt.

Öcalan beauftragte seine Anwälte, seine demokratischen Rechte in seinem Namen wahrzunehmen und in Deutschland auf materiellen und ideellen Schadenersatz klagen. Dabei ist es Herrn Öcalan insbesondere darum gelegen, ein Unterlassen der Verbreitung falscher Behauptungen zu erwirken. Öcalan wörtlich: "Ich gebe hier niemandem Befehle zu sterben oder zu töten. ... Ich habe keinen Tötungsbefehl erteilt, ich habe niemanden irgendwohin geschickt." Er betonte, dass erstens die Anwaltsgespräche einer strikten Kontrolle durch die türkische Staatsanwaltschaft stünden, und zweitens seine politische Grundeinstellung das Ermorden Andersdenkender nicht zulasse. Insgesamt sei er aufgrund seiner Haftsituation weit davon entfernt, Befehle zu erteilen: "Üble Nachrede gegen mich ist nicht hinnehmbar."
Ganz im Gegensatz zu derartigen Beschuldigungen ist Herr Öcalan der Architekt des Friedensprozesses, der sich seit 1999 entwickelt hat. Er hat der Öffentlichkeit mehrfach in umfangreichen theoretischen Werken (siehe z. B. Kurdische Frage und Europäisches Recht, Köln 2002, ISBN 3-00-009366-4; Gilgameschs Erben. Von Sumer zur demokratischen Zivilisation, Bremen 2003, ISBN 3-926529-15-6 und -16-4) und durch praktische politische Initiativen dargelegt, dass Gewalt nicht zur Lösung der kurdischen Frage beitragen könne.
Die durch die o. g. Presseerzeugnisse erhobenen schweren und unhaltbaren Anschuldigungen gegen Abdullah Öcalan dienen dem Zwecke, seine politische Reputation zu beschädigen, insbesondere in einer Zeit, da eine pluralistische Lösung der kurdischen Frage mehr als je zuvor an einem seidenen Faden hängt. Die Autorin des ursprünglichen Tagesspiegel-Artikels "Die Rache der Partisanen", Susanne Güsten, arbeitet mit Unterstellungen, Spekulationen, dem Suggerieren falscher Zusammenhänge zwischen Einzelaussagen verschiedener Personen und deutlichen Fehlübersetzungen ihrer schriftlichen Quellen (siehe Gegendarstellung im Anhang). Sie hätte, ebenso wie die Redaktionen der o. g. Publikationen, vor der Veröffentlichung derartiger Behauptungen von Öcalans Anwälten Informationen einholen können. Es fällt auf, dass darauf verzichtet und die Gesprächsprotokolle zwischen Öcalan und seinen Anwälten aus einer vorurteilsbeladenen politischen Perspektive heraus interpretiert wurden. Der in der Meldung erweckte Eindruck, sie zirkulierten im Verborgenen, ist also keineswegs zutreffend. Viele der Sätze, die Güsten Öcalan unterschiebt, gehen aus diesen über Internet und Tagespresse öffentlich verfügbaren Texten nicht hervor. Diese Form der Berichterstattung bedeutet nicht nur einen persönlichen Angriff auf Herrn Öcalan, sondern erschwert gleichzeitig die Bemühungen des kurdischen Befreiungskampfs um Frieden und Demokratie. Umso trauriger, dass eine solche Nachricht kurz vor der für Oktober erwarteten Urteilsverkündung in Öcalans Revisionsprozess vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte lanciert wird. Es drängt sich der Verdacht auf, dass solche reißerischen Behauptungen den Prozessverlauf negativ beeinflussen.
Die von den o. g. Presseerzeugnissen als Quelle angegebenen Gesprächsprotokolle sind nicht nur auf zahlreichen Internetseiten frei verfügbar, sondern werden von Öcalans Anwälten selbst der Presse und damit der Öffentlichkeit zugeleitet. Herr Öcalan verfolgt das politische Prinzip, seine Überlegungen mit dem kurdischen Volk und der ausländischen Öffentlichkeit zu teilen. Dies hat er in der Vergangenheit getan und weicht davon auch heute trotz erheblichen politischen Drucks nicht ab. Die wöchentlichen Gespräche mit seinen Anwälten stellen seine einzige Verbindung zur Außenwelt unter extremen Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali dar. Bei den Gesprächen kommentiert er die Informationen, die ihm von den Anwälten übermittelt werden bzw. die er den Zeitungen entnimmt. Da er als kurdische Führungspersönlichkeit betrachtet wird, haben seine Kommentare für das kurdische Volk große Bedeutung.
Herr Öcalan hat eine umfangreiche und realistische Lösungsperspektive für die kurdische Frage und den Mittleren Osten vorgelegt. Seine Rolle im kurdischen Befreiungskampf der letzten 30 Jahre war ausschlaggebend dafür, die Kurden vor einer Instrumentalisierung durch Fremdmächte zu bewahren. In der Vergangenheit hatten Großbritannien, Deutschland und Frankreich wiederholt kurdische politische Bewegungen in ihrem Interesse gegen die nahöstlichen Zentralstaaten eingesetzt. Auch heute wird von EU-Seite nicht angemessen auf die Forderungen des kurdischen Volkes reagiert. In den EU-Dokumenten taucht noch nicht einmal der Name der Kurden auf. Die strategische Partnerschaft mit der Türkei wird als Verleugnung der grundlegenden sozialen, kulturellen und politischen Rechte der Kurden umgesetzt. Dazu merkte Öcalan am 15.9. gegenüber seinen Anwälten an, der EU-Gipfel am 17. Dezember müsste ein Engagement für dauerhaften Frieden in Kurdistan durch klare politische Stellungnahmen ausdrücken. Dazu gehörten einerseits die unmissverständliche Aufforderung an die Türkei, einen Dialog zu starten, andererseits aber auch durchaus das Bemühen, die PKK-Nachfolgeorganisation Kongra Gel zur endgültigen Niederlegung der Waffen zu bewegen. Öcalan wörtlich: "Wenn die EU zu diesem Thema keine Entscheidung fällt, bedeutet das, dass sie zu einem Krieg aufrufen. Es bedeutet, dass sie uns zum Kämpfen zwingen."
Sowohl Kani Yilmaz als auch Mizgin Sen haben sich vom Kongra-Gel und Herrn Öcalan wegen Meinungsverschiedenheiten getrennt. Kani Yilmaz veröffentlicht beinahe täglich Presseerklärungen, in denen er eine nationalistische Lösung für das kurdische Volk unter Unterstützung durch die USA propagiert. Jeder Journalist, der den Aufenthaltsort von Mizgin Sen erfahren möchte, kann das in England ohne weitere Schwierigkeiten tun. Herr Öcalan hat beide kritisiert, was sein natürlichstes Recht ist. Gewalt hat er allerdings dabei niemandem angedroht. Dies sollte man nicht verzerrt darstellen.

Die Anwälte von Abdullah Öcalan prüfen juristische Maßnahmen gegen die oben genannten Zeitungen, insbesondere eine Klage wegen übler Nachrede.
(Internationale Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan, 22.9.)

Meldungen

Angriff auf Jugendmarsch
In Herford begann der lange Marsch der kurdischen Jugendlichen zum 12. Festival der kurdischen Kultur in Gelsenkirchen. Am 4. Tag des Marsches der Jugendlichen unter der Parole "Mit den Gedanken Apos stärken wir den Widerstand und bauen die Demokratie auf", wurden sie von einer Gruppe türkischen Nationalisten angegriffen. Die Nationalisten versuchten den Jugendlichen mit Stöcken und Messern den Weg abzuschneiden. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen. Obwohl die Polizei sich nicht in die Auseinandersetzungen einmischte wurde danach ein kurdischer Jugendlicher festgenommen. Daher machten die Jugendlichen aus Protest gegen den Angriff und die Haltung der Polizei eine Sitzaktion. In der Folge wurde der festgenommene Jugendliche freigelassen. Die Jugendlichen erreichten gegen Abend Dortmund, wo eine Feier für sie im Ehmed Xanî Kultur Verein vorbereitet worden war.
(Roj-TV, 22.9., ISKU)

Bewegung freier BürgerInnen mit Pfeffergas angegriffen
Hunderte Mitglieder der Bewegung freier BürgerInnen trafen sich in Sultanahmet/Istanbul, um im Rahmen der Kampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans Anträge an den Gouverneur von Istanbul zu übergeben. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift "Freiheit für den Vorsitzenden des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan, Freiheit für die Türkei" und gaben eine Presseerklärung ab. Dann wurden sie von der Polizei mit Pfeffergas und Schlagstöcken brutal angegriffen. Viele wurden festgenommen. *(AW, 22.4., ISKU)*

In Dêrsim Arbeiten für IHD Sektion begonnen
In Dêrsim haben die Arbeiten zur Wiedereröffnung einer Vertretung für den Menschenrechtsverein (IHD), der im Jahr 1988 gegründet worden war, jedoch im Jahr 1994 schließen musste, begonnen. Die stellvertretende Vorsitzende des IHD, Reyhan Yalçindag, der Vertreter der Region Mîhdî Perînçek, und der Vorsitzende des IHD von Çewlik (Bingöl), Ridvan Kizgin waren zum Abschluss der Arbeiten nach Dêrsim gekommen. Yalçindag, Perînçek und Kizgin verwirklichten das erste Treffen mit der Plattform für Demokratie und Arbeit, um nach 10 Jahren wieder eine Vertretung des IHD zu eröffnen. *(DIHA, 21.9., ISKU)*

Strafe wegen Antrag
Die wegen der Unterstützung der

Öcalan: "Ich bin bereit, mit jedem Beziehungen aufzunehmen, aber ich kapituliere nicht."

Am Mittwoch, den 22.9. fand das wöchentliche Gespräch Abdullah Öcalans mit seinen Anwälten Tugluk, Erbas und Sakar sowie seiner Schwester Fatma statt. Dogan Erbas informierte die Presse über das einstündige Gespräch. Öcalan mache einen gesunden Eindruck, er habe sich aber wegen vieler anderer Probleme nicht um seine gesundheitlichen Probleme kümmern können.

"Es gibt eine Verleumdungskampagne"
Erbas erklärte, Öcalan habe hauptsächlich über die innerorganisatorische Situation geredet und auf die öffentlichen Anschuldigungen der letzten Tage reagiert. "Öcalan sagte, einige Kreise hätten gegen ihn eine Verleumdungskampagne gestartet. Es gebe verschiedene dieser Kreise, und einige aus Europa hätten sich in die von Osman Öcalan angeführte Truppe eingereiht. Tausende von gefallenen Genossen hätten ein Erbe der Freiheit geschaffen, diesen Leuten gehe es darum, von diesem Erbe zu profitieren. Das sei der Grund für die Kampagne."

Abdullah Öcalan habe die Interviews kritisiert, die Osman Öcalan gegeben hat: "Dessen Haltung 'Wir unterstützen die AKP, die AKP steht für Freiheit' sei falsch. Ein Projekt, das die USA entwerfen, werde kein Projekt der Freiheit sein. Er sei nicht gegen Beziehungen zu den USA, man könne Beziehungen aufnehmen und einen Dialog führen, aber das dürfe nicht zu einer Kapitulation führen. Das gelte auch für die Beziehungen zur Türkei, zu den Kräften in Südkurdistan und allen Mächten auf der Welt. Man könne Dialog führen, dürfe aber nicht kapitulieren."

"Feudalherren und die Nationalisten stehlen und rauben"
Öcalan bewerte die Haltung von Osman Öcalan als Kapitulation und Verrat. "Sie habe nichts mit einem Befreiungsprojekt zu tun, Osman und seine Leute opferten bedeutende Werte für simple Interessen."

Öcalan habe erklärt, die Kritik mancher Kreise, er habe sich vom Patriotismus abgewandt, habe ihn sehr verletzt. "Vielmehr sei sein Patriotismus ein wissenschaftlicher. Den Feudalherren und Nationalisten warf er Raub und Diebstahl vor, das habe mit Patriotismus nichts zu tun."

"Das Volk soll das Erbe verteidigen"
Erbas sagte, Öcalan habe einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet: "Sie sollten das Erbe der Befreiung verteidigen, diejenigen, die auf dieses Erbe spekulieren, öffentlich kritisieren, gegen sie protestieren und nicht zulassen, dass diese mit diesem Erbe ihre Politik machen."
(DIHA, 22.9., ISKU)

Gendarmerie räumt die Hochalmen von Sirnex

Aufgrund einer Anordnung des Gouverneurs und der Gendarmerie von Sirnex (Sirnak) wurden die Lagerplätze auf der Alm von Sirnex geräumt. Die Bewohner der Gemeinde Kûmçati in dem Gebiet Besta Sor wurden auf Grund dieser Entscheidung vertrieben. Soldaten der türkischen Armee landeten mit sechs Hubschraubern auf den Hochebenen und vertrieben die Bewohner mit Gewalt.
Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Amed, Selahattîn Demîrtas erklärte, diese Entscheidung verletze das Recht auf Eigentum, auf freie Bewegung, auf die Sicherheit und Freiheit der Menschen. Demîrtas sagte, der Staat müsse zügig den Grund für das Verbot auf die Hochalmen zu gehen äußern.
Außerdem wurden in der Region Sirnex Gir-gê Amo gestern 10 Personen, die bei einem Besuch verhaftet worden waren vor Gericht von Gir-gê Amo gestellt, vier Personen wurden gestern Abend freigelassen.
Weitere sechs Personen, darunter auch die Mitglieder des Stadtrates von Gir-gê Amo Selîm Ozmen und Seîd Ürün wurden aufgrund der Entscheidung des Gerichtes verhaftet. In Dersim wurden im Rahmen einer Operation die auf der Grundlage von Aussagen von Geständigen gemacht worden waren neun Personen verhaftet.
(RTV, 21.9., ISKU)

Unterstützungsaktionen für Nuriye Kesbir

Aus Protest gegen die geplante Auslieferung Nuriye Kesbirs fanden in mehreren europäischen Städten Kundgebungen statt. Am 20. September begann in Stockholm ein einwöchiger Hungerstreik. Die Linkspartei von Schweden besuchte die KurdInnen bei ihrem Hungerstreik. Auch in Paris fand eine Aktion statt. Die KurdInnen kamen bei der niederländischen Botschaft zusammen und übergaben ein Dossier. Bei dem niederländischen Konsulat in Brüssel fand am 21. eine Aktion statt. Im Anschluss wurde ein Dossier an die niederländische Botschaft überreicht. In Den Haag fand eine Sitzprotestaktion von Frauen statt. Das Komitee für Nuriye Kesbir erklärte, dass nachdem der KONGRA-GEL auf die Liste der terroristischen Organisationen von Europa gesetzt worden sei, die Entscheidung der Auslieferung Nuriye Kesbirs in die Türkei der zweite böswillige Schritt sei. Das Komitee für die Freilassung von Nuriye Kesbir rief alle auf, gegen die Entscheidung aufzustehen und sich an den Protesten zu beteiligen. Weitere Protestaktionen gegen die Entscheidung der niederländische Regierung Nuriye Kesbir an die Türkei auszuliefern sind geplant.
(RTV, 21./22.9., ISKU)

"Wir wollen unser Dorf zurück"

In einer Pressekonferenz in Räumen des Vereins informierte der Vorsitzender des Göç-Der Van Giyasettin Gültepe über die Kampagne "Ich möchte mein Dorf zurück". Dabei sagte er, dass die regierende AKP im Bezug auf die Probleme des Landes eine falsche Politik betreibe. "Die AKP fungiert als Handlanger internationaler herrschender Kräfte und versucht die bewaffneten Auseinandersetzungen zu vertiefen. Sie arbeitet mit reaktionären Kräften wie Iran und Syrien zusammen und versucht dadurch die kurdische Frage zur Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden umwandeln". Er betonte, dass die KurdInnen trotzdem immer wieder den Frieden fordern. "Die neu entfachte Kriegshandlungen bringen nichts anderes als Hunger und Vertiefung des (kurdischen) Problems. Das kurdische Volk hat immer für den Frieden gestanden. Deshalb starten wir als Betroffene der Entvölkerungen eine Kampagne unter dem Motto 'Wir wollen unser Dorf zurück' gegen die Militär Operationen. Zuerst werden wir mit Plakataktionen die Bevölkerung informieren." Als Forderungen zählte Gültepe folgendes auf:
"Das Dorfschützersystem muss sofort aufgehoben werden. Die Rückkehr in die Dörfer muss gestattet werden. Die enstandenen materiellen und psychischen Schäden müssen entschädigt werden. Alle Operationen müssen beendet werden, damit keine neue Flucht mehr nötig ist. Es muss eine Generalamnestie auf der Basis der gegenseitigen Vergebung geben."
(DIHA, 23.9., ISKU)

PRD verurteilte Gefangene, Gurbet Yalçin, bekam, weil sie mit der Untersuchungskommission des Gefängnisses Merdîn sprechen wollte, eine Strafe von drei Monaten Einzelhaft und sechs Monaten Besuchsverbot. Die Verwandte von Gurbet Yalçin, Cuma Yalçin erklärte: "Letzte Woche kam die Untersuchungskommission des Gefängnisses, die an das Justizministerium angebunden ist, zum Gefängnis Merdin. Gurbet Yalçin wollte ihnen über die Zustände im Gefängnis berichten. Sie fordern u.a. dass die Schlafplätze der Frauen nicht mehr von männlichen Wächtern durchsucht werden." Der Leiter der Haftanstalt war zu keiner Stellungsnahme bereit.
(DIHA, 21.9., ISKU)

Verheugen sieht Probleme mit der Türkei als gelöst
Die EU-Kommission und Ankara haben den Streit um die türkische Strafrechtsreform beigelegt und damit den Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geebnet. EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen sagte nach einem Gespräch mit dem türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdogan in Brüssel, es gebe keine "Hindernisse" mehr. Aus seiner Sicht müsse Ankara keine weiteren Bedingungen erfüllen.
Die Zusagen, die er von seinem "Freund" Erdogan erhalten habe, erlaubten ihm eine klare Empfehlung, sagte Verheugen. In der Verabschiedung der Strafrechtsreform sieht der deutsche Kommissar die Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen mit dem EU-Kandidatenland Türkei. Das türkische Parlament kündigte für Sonntag eine Sondersitzung zur Beratung über die verschobene Strafrechtsreform an.
Zur Frage der Folter in der Türkei, dem zweiten umstrittenen Thema der Gespräche, sagte Verheugen, von der EU-Kommission vor Ort entsandte Fachleute seien zu dem Schluss gekommen seien, dass es nicht gerechtfertigt sei, die Türkei der "systematischen Folter" zu bezichtigen. *(AFP, 23.9., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
AW	Azadiya Welat

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 175
1. Oktober 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

12. Internationales kurdisches Festival: Es kamen Hunderttausend...

Am letzten Wochenende fand das 12. Internationale kurdische Kulturfestival, das die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM) organisiert hatte, statt. Etwa Hunderttausend KurdInnen sowie zahlreiche Gäste aus vielen Teilen Europas und der Türkei nahmen daran teil. Zeitgleich drückten 6000 BewohnerInnen Maxmurs in Südkurdistan ihre Verbundenheit zu dem Festival mit einer Demonstration durch das Flüchtlingslager aus.
An einer Pressekonferenz zu Beginn des Festivals nahmen unter anderen der Vorsitzende der DEHAP, Tuncer Bakirhan und Irfan Dündar, einer der Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan teil. Als Vertreter der französischen Bauerngewerkschaft sprach Georges Miranne und aus Großbritannien Jean Lambert als Abgeordnete der Grünen im Europaparlament. Sie alle machten deutlich, dass eine Einbeziehung der Kurdinnen und Kurden in die Beitrittsverhandlungen zur EU unerlässlich sei und als Maßstab die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien gelten müssten. Anderenfalls werde die kurdische Frage - so Tuncer Bakirhan - nach Europa getragen und zu einer europäischen Frage werden. Irfan Dündar wies auf die seit 6 Jahren bestehende extreme Haftsituation von Abdullah Öcalan hin. Öcalan habe eine wichtige Rolle gespielt, um die Aufnahme der Türkei in die EU zu ermöglichen. Georges Miranne kündigte an, seine Gewerkschaft wolle gemeinsam mit den Kräften vor Ort mit konkreten Projekten zum Wiederaufbau der von der türkischen Armee zerstörten kurdischen Dörfer beitragen. Außerdem akzeptiere seine Gewerkschaft nicht, dass KONGRA-GEL auf der EU-Terrorliste stehe. Jean Lambert unterstützte diese Kritik. Sie habe viele Dokumente der Organisation gelesen und festgestellt, dass die Grünen ganz ähnliche Forderungen im Hinblick auf Demokratie und Ökologie haben. Gehörten die Grünen deshalb auf eine Terrorliste und verboten, fragte sie.
Auf der Bühne: Kulturelle Darbietungen bekannter kurdischer Künstlerinnen und Künstler, wechselten sich ab mit politischen Reden. So z.B. des Vorsitzenden von KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar, der PDS-Europaabgeordneten Feleknas Uca oder der grünen Landtagsabgeordneten Sylvia Haussmann. Ebenso wurde eine Grußbotschaft von Abdullah Öcalan verlesen, die wir hier dokumentieren:

An unser verehrtes Volk

Ich begrüße den Freiheitsmarsch unseres Volkes, für dessen Freiheit und ehrenhaftes Leben ich lebe.
Verehrtes Volk, mit viel Arbeit, Opferbereitschaft und dem Leben Tausender Freunde haben wir unseren Freiheitskampf entwickelt. Es wird versucht diesen Kampf von außen und innen anzugreifen.
Die Phase, die mit dem internationalen Komplott und meiner Verhaftung begann und die gegen unser Volk und die Völker des Mittleren Ostens gerichtet ist, dauert weiter an.
Wir sind uns bewusst, dass internationale Kräfte große Pläne in der Region verfolgen. Sie möchten Kurdistan zu einem zweiten Ioniyen, einer Wiederholung der armenischen Geschichte machen. Es besteht kein Zweifel daran, dass es Pläne sind, die bis zur Vernichtung unseres Volkes reichen. Das Konzept ist erschreckend und gewaltig. Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen um diese Pläne zu vereiteln.
Zuletzt hat das 20 Jahre andauernde Bandentum, in das auch mein Bruder verwickelt ist, eine Situation geschaffen, in der meine kurdische Identität und mein Patriotismus diskutiert werden. Es ist unglaublich, sie diskutieren über meinen Patriotismus. Ich bin seit meiner Jugend Patriot. Ich habe mir Haltung bis heute bewahrt und werde mein Volk auch in Zukunft verteidigen. Doch was haben diese Verleumder mit Patriotismus, mit der kurdischen Identität zu tun? Setzen sie sich für die Freiheit ein? Wir haben zwanzigtausend Gefallene. Doch sie haben alles im Stich gelassen und sind geflüchtet. Ist das Patriotismus? Ist das kurdische Identität? Jetzt kommen sie und versuchen sich, auf Kosten unseres Widerstandes und unseres erlittenen Leides, als Kurden auszugeben. Aber wir wissen, dass diese Personen einen massiven Angriff gegen uns führen. Sie haben die Jugendlichen, die wir mit vielen Mühen ausgebildet haben, auf erschreckende Weise benutzt. Sie wollen heute die großen Verluste und das Leid vergessen machen, das wir erfahren haben. Jetzt laufen sie panisch in die Arme der USA und einiger Clans und reden ihnen nach dem Mund.
Ich rufe das kurdische Volk auf, gebt diesen Kreisen, die die Werte und das Erbe unseres Volkes vernichten möchten, keine Chance, in Kurdistan politisch zu agieren. Nutzt euren demokratischen und zivilen Protest. Sie sollen bei denjenigen bleiben, die sie bis jetzt ausgenutzt haben, die sie bis jetzt genährt haben.
Sie sollen sich fernhalten von unserem Freiheitserbe und unseren Werten.
Wir haben Genossen, wir haben ein Volk, wir haben Gefallene. Wir haben ein Freiheitserbe. Wir werden nicht zulassen, dass jemand es vernichtet. Ich rufe unser gesamtes Volk auf, dieses Erbe zu verteidigen.
Verehrte Frauen aus Kurdistan, unser Kampf hat ehrenhafte Frauen geschaffen. Hunderte tapfere Genossinnen haben ihr Leben für ihr Volk gegeben. Wir sind dem Erbe unserer Genossinnen verbunden, wir stehen zur ehrenhaften Haltung von Beritan. Sie bildet unsere Grundlage. Beritan ist unsere Jean D´Arc. Können wir Jean D'Arc je vergessen? Können wir Beritan vergessen? Ich rufe unsere Frauen auf, das ehrenhafte Erbe von Beritan zu verteidigen.
Verehrtes Volk,
Wir sind nicht dagegen mit den USA, den Kräften der Region und der Türkei in einen Dialog zu treten. Aber wir werden keine Kapitulation akzeptieren. Wir können auch nicht hinnehmen, dass die Werte unseres Volkes diesen Kräften ausgeliefert wird. Wir stehen immer auf der Seite von Frieden und Demokratie. Wir werden unsere diesbezüglichen Bemühungen weiterhin fortsetzen. Bei jedem noch so kleinen Lichtblick sind wir bereit die notwendigen Schritte einzuleiten und zu antworten. Aber wir werden uns auch das Recht auf eine legitime Verteidigung vorbehalten, bis der Frieden erreicht ist. Ohne eine Hoffnung und ohne eine Initiative kann niemand von uns bedingungsloses Handeln erwarten. Ich betone nochmals unsere Bereitschaft, alles notwendige unsererseits zu tun, um den Krieg zu beenden und ein endgültiges Schweigen der Waffen zu erreichen.
Mit dem Glauben an eine freie, ehrenhafte und unserem Freiheitserbe angemessene Zukunft grüße ich mein Volk und wünsche euch viel Erfolg.

Abdullah Öcalan
Einpersonengefängnis Imrali
21. September 2004

Meldungen

EuMRG Urteil im Fall Öcalan im November
Das Urteil des Revisionsprozesses Abdullah Öcalans vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen die Türkei wird Anfang November bekannt gegeben. Wenn der Oberste Gerichtshof des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof feststellt, dass im Fall Öcalan Unrechtmäßigkeiten stattgefunden haben, wird er von der Türkei verlangen, den Fall Öcalan erneut zu verhandeln. Die Anwältin Öcalans, Aysel Tugluk erklärte, dass sie eine Entscheidung nach der Europäischen Menschenrechtscharta erwarte und forderte, dass der internationale Kompott ebenso aufgeklärt wird.
Tugluk erklärte, dass sie Einspruch gegen den internationalen Komplott vor dem Obersten Gericht eingelegt haben. Sie hat dem Gericht viele Beweise dafür übergeben, dass Öcalan entführt und an die Türkei ausgeliefert worden sei.
Tugluk sagte, es sei möglich, dass der Fall Öcalan vor den Schiedsgerichtshof in Den Haag geht und durch diesen internationalen Vorgang für die Lösung der kurdischen Frage ein unabhängiger Prozess beginne.
(RTV, 29.9., ISKU)

Kampagne: "Zur Folter nicht schweigen"
Der Menschenrechtsverein Izmir begann mit einer Kampagne unter dem Motto "Schweig nicht zur Folter, beteilige dich an der Kampagne". Im Gebäude des Vereins wurde eine Presseerklärung abgegeben. Der Vorsitzende der Sektion Izmir, Mustafa Rollas erklärte, die neuen Gesetze hätten keine Änderungen in der Praxis hervorgebracht.
Neben der DEHAP und der SDP erklärten viele gesellschaftliche und zivile Organisationen, sie werden sich an der Kampagne beteiligen. Die Kampagne wird in 33 Städten, in denen der Menschenrechtsverein Vertretungen hat gestartet und bis zum 17. Dezember fortgeführt. Auch das Komitee für Recht, Gerechtigkeit und Menschenrechte, des Kongra Gel erklärte, dass er die Kampagne des Menschenrechtsvereins unterstützen werde. *(RTV, 27.9., ISKU)*

Demokratische Front im Irak gegründet
Die Demokratische Front des Iraks, in der auch die südkurdischen Organisationen ihren Platz einnehmen, äußerte sich mit einer Gründungserklärung.
In der Erklärung heißt es, die Demokratische Front des Irak

Dorfräumung und Umweltzerstörungen durch türkisches Militär

Militäroperationen in Nordkurdistan

In Sirnex (Sirnak) beendete das türkische Militär diese Woche gerade ihre Operationen, als bekannt wurde, dass erneut Vorbereitungen für umfangreiche Operationen getroffen werden.
Zunächst fanden in den Nächten zum 28. und 29. Vorbereitungen für eine Operation in den Gabarbergen statt. Militäreinheiten der Kaserne Tumen/Sirnex, der Gendarmeriekaserne Dêrgul (Kumçati), des Gendarmeriebataillons Mila Santî (Îkizce) bereiteten sich auf die Operation vor. Auch etwa 100 Dorfschützer aus den umliegenden Dörfern wurden am Morgen des 29. in die Gendarmeriekaserne von Dêrgul geholt. Die Soldaten und Dorfschützer machten sich gemeinsam auf den Weg nach Sirnex und versammelten sich in der Brigade Sîlavan. Für eine Operation in den Besterbergen wurden zahlreiche schwere Waffen und Munition bereitgestellt.

Kontraktivitäten in Sirnex
In der Stadt Sirnex soll es nach Informationen von Augenzeugen in der letzten Zeit verstärkt zu Repressalien von Mitgliedern des JITEM [türkischer Geheimdienst] gekommen sein.
Insbesondere in dem Dorf Asût, dass zu Sirnex gehört und in der Umgebung von Farasîn haben Kontras Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, damit sie die Plätze der Volksverteidigungskräfte verraten und zu Agenten werden. Gegen diese Maßnahmen gab die Kommandantur der Volksverteidigungskräfte in Botan in einer Erklärung bekannt, dass man keine Kontakte mit diesen Personen habe, die sich im Namen der Organisation bewegen. Sie forderten die Bevölkerung auf, gegen die Mitglieder der Kontra, die versuchen Spitzel anzuwerben und Menschen bedrohen, aktiv zu werden.
Antidemokratische Maßnahmen fanden auch in den Dörfern von Gurpinar/Wan statt. Ausserdem soll die Kommandantur der Gendarmeriekaserne von Aksîne von den Dorfvorstehern der Umgebung mit Gewalt Geld eingesammelt haben, um mit diesem Geld Stellungen gegen die Guerilla der HPG bauen zu lassen.

In Berçelan wurde das letzte Dorf entvölkert
Soldaten der Kaserne Culemêrg (Hakkari) haben am 22. September gegen die Guerilla in der Umgebung von Berçelan chemische Mittel in den Wäldern abgeworfen. Danach wurde die Hochalm geräumt. In dieser Gegend gab es nur noch ein bewohntes Dorf, Koçanis. Die Armee räumte das Dorf. Es ist ein Dorf von Mitgliedern des Jîrkîstammes. Die Dorfbewohner wurden in Dörfer von Verwandten untergebracht. Die Militäroperation in der Gegend von Berçelan dauern an. Neue Verlegungen von Soldaten finden statt. Am Morgen des 29. September drangen zahlreiche Dorfschützer und Soldaten in die Gegend ein.

Hochalm Berçelan für IHD verboten
VertreterInnen des IHD Colemerg (Hakkari) wollten auf der Hochalm Berçelan/Colemêrg Untersuchungen machen aber aufgrund des Verbots die Hochalm zu betreten, mussten sie wieder umkehren. Der Vorsitzende des IHD Colemêrg, Ismail Akbulut sagte, aufgrund der Operationen sei es verboten worden sich dort zu bewegen, Soldaten und Dorfschützer hätten die Wälder der Umgebung besetzt. Akbulut erklärte, sie hätten von Hirten, die gerade aus der Gegend gekommen seien, gesprochen und erfahren, die Hochalm sei umstellt. Helikopter hätten ein Mittel über den Wäldern versprüht, in der Folge wären Wildtier dort verendet. Akbulut erklärte, sie würden vor Gericht beantragen, dass gegen die Verantwortlichen rechtliche Maßnahmen eingeleitet würden.

Wälder in Dersim und Çewlik brennen
Die türkische Armee, die in Dersim Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte begonnen hat und die Wälder in der Umgebung von Ovacik anzündete, verhindert, dass die Dorfbewohner und die Feuerwehr die Brände löschen.
Nach Informationen von Augenzeugen hatte die türkische Armee in den letzten beiden Monaten die folgenden Wälder bombardiert und angezündet: Buzultepewald in Ovacik, die Wälder Çirpazin und Bîlgeç hinter dem Dorf Mezin, die Wälder von Posa, Yuceldî, Karaoglan, Gizorî, Xozmerek und Saril Saltuk.
In diesem Zusammenhang sagte der Vorsitzende des Vereins des Munzur Tals und zum Schutz der Natur, Ozgur Ulas Kaplan: "Nach den Operationen wurden die Wälder der Umgebung einer nach dem anderen angezündet. Die Waldbrände dauern an, aber die Verantwortlichen des Staates tun nichts, um die Brände zu löschen."
Kaplan erklärte, dass diejenigen, die die Brände löschen wollen von Soldaten daran gehindert werden. Die Zerstörung der Wälder würde andauern.
Die türkische Armee, die in Çewlik (Bingöl) eine Operation gegen die Volksverteidigungskräfte begonnen hat, behauptet, dass die Guerilla sich in den Wäldern des Cehennema Resberges verstecke und den Wald angezündet habe.
Außerdem wurde bekannt, dass Dorfschützer in der Umgebung von Yayladere und Yedîsu damit begonnen haben Wälder zu roden.
Auch der Vertreter des Menschenrechtsvereins von Çewlîk, Ridvan Kizgin erklärte, die Brände und das Roden von Wäldern werde durch Dorfschützer und Soldaten durchgeführt.

(RTV, DIHA, DM, 27./28./29.9., ISKU)

Iranische Armee beginnt Operation

Die iranische Armee hat bei der ostkurdischen Stadt Urmiye in der Umgebung von Mirgever mit einer umfangreichen Operation begonnen. Es kam jedoch bisher nicht zu Auseinandersetzungen zwischen der iranischen Armee und den Kräften der Befreiungskräften Kurdistans HAK [Hêza Azadiya Kurdistan].
Augenzeugen aus der Gegend berichteten, dass iranische Soldaten einen 20 jährigen kurdischen Jugendlichen mit Namen Vekîl Tahîrê getötet und Bewohner eines Dorfes bedroht hätten.
In dem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass in der Gegend von Mirgever dutzende KurdInnen festgenommen wurden.
Die PJAK [Partî Jiyanî Azad a Kurdistan – Partei des freien Lebens in Kurdistan] gab eine Erklärung ab in der es heißt, man gehe davon aus, dass die iranische Armee in den nächsten Tagen mit Unterstützung der Türkei gegen ihre Kräfte in der Gegend von Nordostkurdistan eine große Operation durchführen werde.

Auch der Iran beginnt mit Dorfräumungen
Neben den militärischen Operationen der iranischen Armee bedroht nun auch die Regierung die KurdInnen in den Dörfern an der Grenze zwischen Irak und Iran mit der Räumung. Nach Informationen von regionalen Augenzeugen hat die Regierung von 15 Dörfern in der Umgebung von Dîvandere, Saqiz, Merîvan und dem Îlçesmeberg verlangt, dass sie ihre Lagerplätze verlegen.
Neben diesen antidemokratischen Maßnahmen fanden weitere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Dorfbewohner statt, die befürchten, dass sie in den nächsten Tagen angegriffen werden und ihre Dörfer geräumt werden. *(DM, 28.9., ISKU)*

arbeite für die Teilnahme verschiedener Identitäten, für die Lösung der Probleme die durch den Krieg entstanden sind und für die Demokratisierung des Irak. Um den Krieg zu beenden sollen Wege des Dialoges eröffnet werden. Die Demokratische Front des Irak will ihren ersten Kongress am 14. Oktober umsetzen. In der Demokratischen Front des Irak nehmen 38 zivile arabische Organisationen und politische Parteien teil.
(DM, 27.9., ISKU)

Eren Keskin Vorsitzende des IHD Istanbul
Der Menschenrechtsverein hat auf seinem 10. Kongress am 26. September Eren Keskin zur Vorsitzenden des IHD Istanbul gewählt.
(DIHA, 28.9., ISKU)

"Lebende Schutzschilde" auf dem Weg zum Çirav
Mitglieder der "Lebenden Schutzschilde", die von der DEHAP, dem Verein der Jungen Sozialisten und jungen Demokraten gegründet wurden um die Militäroperationen und den Krieg zu beenden, sind von Istanbul nach Sert (Siirt) gefahren und haben sich nun auf den Weg ins Operationsgebiet am Çiravberg gemacht.
Vor der DEHAP Sert gaben sie eine Erklärung ab. Yakup Kadrî Karaboga forderte im Namen der Gruppe einen zweiseitigen Waffenstillstand, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Möglichkeit zur Rückkehr in die Dörfer und das, in der Persönlichkeit von Öcalan, die Isolation gegen das kurdische Volk aufgehoben wird.
Aus Sert schlossen sich weitere Personen der Gruppe aus Istanbul an. Bekleidet mit weißen T-Shirts machten sich 39 "Lebende Schutzschilde" zunächst begleitet von hunderten Personen auf den Weg, wobei sie Poster von Öcalan trugen. Sie trugen außerdem Transparente mit der Aufschrift "Die Berge sind unsere Würde", "Der Bote des Friedens ist in Imrali" und machten sich mit Trillern und Klatschen auf den Weg.
(RTV, 29.9., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 176
8. Oktober 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Murat Karayilan

Kurdistan und der Mittlere Osten

In dieser chaotischen Zeit vertiefen sich die Probleme im Mittleren Osten und die Auseinandersetzungen nehmen zu. Welche Entwicklungen erwarten den Mittleren Osten demnach?

Es ist allgemein bekannt, dass die Probleme im Mittleren Osten tief und schwerwiegend sind. Das hat einen historischen Hintergrund. Unter der Führung der USA haben die internationalen Koalitionskräfte interveniert Diese Intervention ist erfolgt, um das Weltsystem und das System des Mittleren Ostens neu zu ordnen. Das Ziel ist, das System im Mittleren Osten zu ändern und nach den eigenen strategischen Interessen zu gestalten. Aber jetzt dauern die Auseinandersetzungen an; die Probleme wurden nicht gelöst, sondern vertiefen sich sogar noch. Ein Ziel der USA war es, nach den eigenen Vorstellungen und Interessen das bestehende System der Region niederzureißen und zu verändern. Die Intervention ist Teil einer langfristigen Strategie. Es sieht so aus, dass daher dieser Kampf andauert.

Nun, wie wird die Zukunft des Mittleren Osten aussehen? Darüber kann man nichts Sicheres sagen, aber es sieht so aus, als ob die Intervention der USA, ob man will, dass sie erfolgreich ist oder nicht, die Dynamiken der Region in Bewegung versetzt hat und in der Region des Mittleren Ostens die Volkskräfte, die demokratischen Kräfte, ihre Basis mehr als je zuvor stärken konnten.

Die demokratischen Kräfte, müssen mit ihrer eigenen Kraft, gemäß der Realität des Mittleren Ostens mit ihren neuen Projekten, der Freiheit und Gleichheit der Völker und die Demokratie zur Grundlage nehmen und in diesem Rahmen den Kampf voranbringen.

Eins ist klar geworden: weder die Staaten und anderen Kräfte in der Region, die den Status Quo verteidigen, noch eine Intervention von außen können die Probleme der Region lösen.

Wie war die Lage der Kurden und der kurdischen Organisationen nach der Intervention und wie ist es jetzt?

Mit der amerikanischen Intervention ist die kurdische Frage erneut auf die Tagesordnung getreten. Es wurde ein Fundament dafür geschaffen, dass die kurdische Frage auf der Basis des Irak gelöst wird. Die Perspektive des demokratischen und föderalen Irak und eines demokratischen und föderalen Kurdistan ist aufgetaucht. Das ist etwas Richtiges. Aber ob es gut ist, jetzt mit der Zukunft des Irak auch die Zukunft von Kurdistan zu verbinden, ist nicht klar.

Mit der Intervention im Irak ist die kurdische Frage insgesamt auf die Welttagesordnung gekommen. Damit wurde für die Lösung der kurdischen Frage ein noch stärkeres Fundament geschaffen und entwickelt. Was Südkurdistan betrifft, sagen die südkurdischen Kräfte: "Wir haben Erfolg gehabt", "Wir haben uns befreit", "Jetzt ist unser Problem gelöst", aber tatsächlich ist es noch zu früh, um so etwas zu behaupten. Vor allem steht in dem Beschluss der internationalen Kräfte über den Süden Kurdistans nichts über eine Föderation. In dem Beschluss, der von den Vereinten Nationen gefasst wurde, ist das nicht festgehalten. Außerdem sind die anderen Staaten in der Region dagegen. Heute ist die kurdische Frage wie eine offene Karte auf dem Tisch. Es besteht die große Chance, dass ein föderales Kurdistan entsteht, stärker als je zuvor. Sicher ist das nicht, daher ist der Kampf wichtig, und ist eine nationale Strategie wichtig. Vor allem muss die Politik der Verleugnung und Vernichtung der Kurden gebrochen werden. Kurdistan-Irak alleine reicht nicht. Das kurdische Volk muss sich auf der einen Seite im Kampf für Freiheit und Demokratie auf eine neue Ebene begeben und auf der anderen Seite die Politik der Verleugnung und Vernichtung brechen, bis es die Situation im Süden Kurdistans für sich nutzen kann. Es ist wichtig, dass niemand und vor allem die KurdInnen im Süden sich nicht selbst betrügen, daher ist es wichtig, auf einer neuen Ebene zu arbeiten.

Es ist jetzt vor allem anderen notwendig, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln; es ist wichtig, zusammenzuarbeiten und die Einheit der KurdInnen zu schaffen. Demgegenüber haben die Führungskräfte in Südkurdistan keine realistische Einschätzung. Sie machen immer noch eine Politik auf der alten Line. Zu dieser Zeit ist es notwendiger den je, dass die KurdInnen zusammenarbeiten. Daran glauben wir. Aber es gibt auch Egoismus. Wir hoffen, dass diese Leute ihre Politik ändern. Die Aussicht, dass zwischen den kurdischen Kräften Krieg entsteht ist klein, das sehe ich nicht als große Möglichkeit. Aber wenn die Politik der PUK und KDP auf diese Weise andauert, ist es wahrscheinlich, dass die politischen Widersprüche sich zuspitzen. Aber ich glaube nicht, dass die Widersprüche die Ebene des Krieges erreichen. Es ist notwendig, dass zwischen allen kurdischen Kräften die Zusammenarbeit entwickelt wird und Allianzen unter ihnen gegründet werden.

Wie bewerten sie die Beziehungen der EU zur Türkei? Kann die Türkei mit ihrer aktuellen Lage Mitglieder der Europäischen Union werden?

Die Beziehungen der EU und der Türkei sind bekannt. Die Türkei will der EU beitreten, und das steht jetzt auf der Tagesordnung. Am 6. Oktober wird die EU ihren Bericht herausgeben und am 17. Dezember wird entschieden, ob die EU der Türkei einen konkreten Kandidatinnenstatus zuerkennt oder nicht. Treffen finden statt. Die Türkei sagt: "Wir haben die Kopenhagener Kriterien erfüllt". Es gibt einige Veränderungen, das ist eine Realität. Aber es sind keine grundsätzlichen Reformen. Die Türkei will sich nicht im Kern sondern nur in der Hülle verändern.

Die Türkei ist da einem Betrug aufgesessen. Das Grundproblem in der Türkei ist die kurdische Frage. Unserer Meinung nach kann die Türkei sich nicht demokratisieren, wenn sie das kurdische Problem nicht löst. Wenn eine Gesellschaft sich nicht befreit, kann sie auch kein freier Staat und keine demokratische Gesellschaft sein. In einem Land, in dem 20 Millionen Menschen von ihrer Sprache, ihrer Kultur und ihrer Existenz abgeschnitten werden und sie nur mit Mühe und viel Anstrengung praktizieren können, kann man keine Gesellschaft befreien und eine Demokratie aufbauen. Daher sagen wir, es ist wichtig, das die Türkei der EU beitritt, aber sie muss die kurdische Frage lösen und auf diese Art der EU beitreten. Ohne Lösung kann sie nicht der EU beitreten. Wenn sie beitritt, kann sie sich mit ihr vereinigen. Wenn sie das Problem nicht löst, wird es in der Türkei weder Stabilität geben, noch wird sich die Demokratie entwickeln.

(AW, 6.10., ISKU)

Meldungen

Neue Kritik an Menschenrechtslage in Türkei

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die Türkei aufgerufen, mehr gegen Folter zu tun. Es gebe weiter Berichte über Mißhandlungen auf Polizeistationen und Foltervorwürfe, hieß es in einem am Montag in Brüssel veröffentlichten Bericht. Es fehle an unabhängigen Ermittlungen. Zudem müsse das Recht auf freie Meinungsäußerung stärker geachtet werden. Der Bericht attestiert der Türkei erhebliche Fortschritte bei Presse- und Religionsfreiheit sowie beim Schutz von Minderheiten. Die Lage sei aber "noch nicht perfekt", heißt es. Noch immer seien keine Rückkehrmöglichkeiten für rund 380.000 Kurden gefunden worden, die zu Beginn der neunziger Jahre aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, so die Organisation. *(DW., 5.10., ISKU)*

Anschläge gegen britische und US-Ziele in Türkei

In der Türkei sind am Dienstagabend mehrere Bomben explodiert, die offenbar gegen britische und US-Ziele gerichtet waren. Bei den Explosionen in der Hauptstadt Ankara, in Istanbul, der Küstenstadt Izmir und dem südlichen Adana entstanden vor allem Sachschäden. Bei einer Detonation nahe einer Filiale der britischen Großbank HSBC in Izmir wurde ein Wachmann leicht verletzt.

In Istanbul brachten Sprengstoffexperten eine weitere Bombe kontrolliert zur Explosion, die ebenfalls vor einer HSBC-Bank gefunden wurde. Die Detonation in Ankara ereignete sich im Garten der US-Türkischen Vereinigung, die sich in einer zentralen Straße befindet. Die Wucht der Explosion ließ die Fenster des Hauses und eines benachbarten Regierungsgebäudes zerbersten.

(apa, 29.9., ISKU)

YJA Star: Aktion für Fatma Igdem

Nach Informationen der Volksverteidigungskräfte HPG haben Mitglieder der YJA Star [Frauenarmee der kurdischen Befreiungsbewegung] in der Gegend von Zeve in der Region Gabar und Keresa einen Angriff gegen Einheiten der türkischen Armee durchgeführt. Dabei wurden fünf Soldaten getötet: Augenzeugen berichteten, die YJA Star hätte in Sirnex bei Zevê und Keresa gegen die türkische Armee, die zu einer Operation aufgebrochen war, einen Hinterhalt gelegt.

Die Kräfte der YJA-STAR hätten

Geheimdienste, Türkei, EU und der Fall Öcalan

Schwarzer Oktober

Die Geschichte ist bekannt: Am 15. Februar 1999 wurde der Kurdenführer Abdullah Öcalan in einer Nacht und Nebelaktion von Kenia in die Türkei verschleppt, unter maßgeblicher Beteiligung des CIA, MIT und Mossad. Vorausgegangen war eine Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen, Rom und Amsterdam, die am 9. Oktober 1998 ihren Anfang nahm; weshalb dieses Datum dem Großteil der Kurden als schwarzer Tag gilt.
Die vorausgegangen deutlichen Kriegsdrohungen der Türkei gegen Syrien, die mit militärischen Seemanövern der U.S. Navy im östlichen Mittelmeerraum vor Syrien unterstrichen wurden, veranlassten Abdullah Öcalan, Syrien zu verlassen. So wollte er auch einen Krieg zwischen den beiden Ländern vermeiden, der verheerende Folgen für die gesamte Region nach sich gezogen hätte.
Sein Weg führte ihn nach Europa, wo er für eine politische Lösung der kurdischen Frage werben wollte. Die ausgestreckte Friedenshand wurde nicht ergriffen. Kein europäisches Land wollte es riskieren, sich aufgrund einer undankbaren Problematik wirtschaftlichen Nachteilen nachhaltig auszusetzen. Menschenrechte und Rechtsprinzipien traten dabei in den Hintergrund. Letztendlich ermöglichte die ambivalente Haltung Europas erst die erfolgreiche Verschleppung - krimineller Schlusspunkt unter einem völkerrechtswidrigen Akt; klägliches Scheitern einer ominösen europäischen Rechtskultur.
Seitdem wird Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali im türkischen Marmarameer gefangen gehalten. Er ist der einzige Gefangene in der Festung. Oftmals werden Anwalts- und Familienbesuche willkürlich verhindert. Informationsmöglichkeiten bestehen kaum. Die Haftbedingungen auf Imrali finden in der Türkei kein vergleichbares Beispiel. Durch die langjährige Isolationshaft ist der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans stark beeinträchtigt.
Deswegen empfiehlt auch das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) die Aufhebung der Isolationshaft und eine spürbare Verbesserung der Haftbedingungen. Weder die Türkei noch der Europarat sind bisher den Empfehlungen des CPT gefolgt. Im Gegenteil wurden die Haftbedingungen Abdullah Öcalans noch weiter verschärft. Seine Rechte als politischer Gefangener werden ihm systematisch vorenthalten. Die universellen Menschenrechte scheinen im Fall Öcalan keine Gültigkeit zu besitzen.
Im Rahmen des Annäherungsprozesses an die Europäische Union hat die Türkei vielerlei Anstrengungen für einen demokratischen Umbau unternommen. Dies ist durchaus als positiv zu bewerten. Die auf den Weg gebrachten Reformen gestehen indirekt auch den Kurden begrenzte sprachliche und kulturelle Rechte zu. In der Praxis hat sich dies leider vorwiegend als Makulatur erwiesen. Immer noch hält die katastrophale Menschenrechtslage an. Weiterhin werden Oppositionelle repressiv verfolgt.
Die Haftbedingungen auf Imrali, aber auch in anderen türkischen Gefängnissen, spiegeln somit auch die Gesamtsituation des Landes wieder. Sie zeigen, wie weit die Türkei noch von wirklicher Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Europa entfernt ist. Darüber kann auch der aktuelle Bericht der EU-Kommission zur Türkei nicht hinweg täuschen, der sich für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen unter Vorbehalt ausspricht. Die kurdische Frage ist wieder einmal nicht benannt worden, obwohl diese eines der schwerwiegendsten Probleme der Türkei darstellt. Die Lösung der kurdischen Frage ist eine der Grundvoraussetzungen für die Demokratisierung der Türkei. Die Probleme müssen beim Namen genannt werden, wenn sie gelöst werden sollen. Eine Lösung kann nur auf dem Wege des Dialoges erreicht werden. Diesen mit den Kurden aufzunehmen wurde bisher versäumt. Die wieder aufflammenden Kämpfe zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Guerilla zeigen, wie überfällig ein solcher Schritt ist. Ansprechpartner sind ausreichend vorhanden. Einer davon ist Abdullah Öcalan. Er gilt in weiten Kreisen der kurdischen Gesellschaft als nationale Führungspersönlichkeit. Seine konstruktiven friedenspolitischen Bemühungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass er eine wichtige Funktion bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes innehat. Deshalb ist eine Lösung der kurdischen Frage in der Türkei eng mit dem weiteren Schicksal des Kurdenführers verbunden. Seine Freilassung ist nicht nur eine Forderung, die deshalb weiter aufrechterhalten muss; sie ist auch ein Akt der Vernunft. *(II, 7.10.)*

HPG warnen vor Ausweitung des Krieges in der Türkei

Bilanz der Gefechte im September

Die Volksverteidigungskräfte HPG veröffentlichten ihre Bilanz für den Monat September. Danach hat die türkische Armee im vergangenen Monat 40 Operationen gegen die Kräfte der HPG durchgeführt. Die Operationen fanden in den Regionen Zaxros, Botan, Dersim, Erzurum, Amed, Amanos und Serhat statt. Dabei kam es in 11 Fällen zu Gefechten. Die HPG führte in diesem Rahmen 26 Selbstverteidigungsaktionen durch. Laut der Bilanz sind in Botan zwei Offiziere und 35 Soldaten, in Amed drei Offiziere und 22 Soldaten, in Dersim 12 Soldaten, in Zagros sieben Soldaten, in Erzurum zwei Soldaten, in Amanos und Serhat jeweils ein Soldat – insgesamt 80 Soldaten und fünf Offiziere ums Leben gekommen. In Serhat wurde zudem ein Polizist getötet. Bei den Auseinandersetzungen fielen in Botan vier, in Dersim ein, in Serhat vier – insgesamt neun Mitglieder der Guerilla. In Amed wurden zwei Geschütze, in Zagros ein Panzer zerstört, ein schweres Maschinengewehr fiel der Guerilla in die Hände.
In einer weiteren Erklärung warnt die Kommandantur der Volksverteidigungskräfte die türkische Armee und die Verantwortlichen in der Regierung, dass die legitime Selbstverteidigung in der Türkei ausgeweitet werde, sollten die Angriffe und der Druck gegen die Bevölkerung und die HPG nicht aufhören.
In der Erklärung der Kommandantur wird gesagt, dass nach dem Ende des einseitigen Waffenstillstands ab August die Zivilbevölkerung zum Ziel genommen wurde. Ebenso haben die Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte, die sich in der legitimen Verteidigungsposition befänden, zugenommen. Schwerpunkt der Angriffe auf die Bevölkerung seien Colemer (Hakkari), Sirnax (Sirnak) und die Regionen Besta, Farasîn, Herekol, Kator und Berçelan. In Bezug auf das Niederbrennen der Wälder in Dersim, Çewlik, Botan, Amed und Garzan und erklärte die Kommandantur der HPG: „Dies ist die Art des "Schmutzigen Krieges" der türkischen Armee."
Die HPG warnten die Verantwortlichen der türkischen Armee und der AKP Regierung, dass man gegenüber diesen Maßnahmen nicht schweigen werde. Falls die Angriffe gegen die Bevölkerung und die Natur nicht beendet werden, werde die HPG ihren legitimen Verteidigungskrieg innerhalb der Türkei ausweiten. Die HPG sagte, dies läge jetzt nicht mehr in ihrer Hand. Die Verantwortung dafür trage die AKP Regierung. Der Türkei könnte wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich großer Schaden entstehen. Die Bevölkerung und die zivilen Organisationen werden aufgefordert aufmerksam zu sein und ihre demokratischen Rechte zu nutzen.
(DM, 4.10., RTV, 5.10., ISKU)

die Soldaten mit Handgranaten und automatischen Waffen angegriffen und dabei fünf Soldaten getötet und zehn weitere verletzt. Wie erklärt wurde, handelte es sich um eine Aktion im Gedenken an Fatma Îgdem, mit dem Codenamen Silav, die im Zentrum von Sert von türkischen Soldaten ohne Befragung und Verteidigung getötet worden war. *(HP, 4.10., ISKU)*

Türkei streicht sechs Nullen
Die türkische Zentralbank bereitet eine Währungsreform vor: Am 1. Januar 2005 werden sechs Nullen gestrichen, aus 1 000 000 türkischen Lira (TL) wird 1 Yeni Türk Lirasi (YTL), eine neue türkische Lira. Eine Revolution nennt Ministerpräsident Tayyip Erdogan diesen ersten Währungsschnitt in der Geschichte der modernen Türkei. "Die neue Lira wird den Alltag und die wirtschaftlichen Transaktionen viel einfacher machen", verspricht der Premier. *(HB, 30.9., ISKU)*

Mahnende Worte
Bei seiner Rede zur Eröffnung des neuen parlamentarischen Sitzungsjahres merkte Staatspräsident Sezer in Anspielung auf eine Fraktionsrede von Ministerpräsident Erdogan an, dass in der Demokratie Gewaltenteilung herrsche und darum nicht die Rede von der Über- oder Unterlegenheit eines Verfassungsorgans sein könne. Erdogan hatte zuvor erklärt, das Parlament müsse das Primat vor Regierung und Rechtsprechung beanspruchen. Zugleich wies Sezer in der vergangenen Zeit in den USA verbreitete Charakterisierungen der Türkei als "islamische Republik" oder den Begriff des "gemäßigten Islam" als inakzeptabel zurück. Auch merkte Sezer an, dass auf die Ausbeutung der Religion beruhenden reaktionären Bewegungen nach wie vor die größte Gefahr für die Republik darstellen. *(MI, 2.10., ISKU)*

Quellen:

AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya
II	Internationale Initiative
HB	Handelsblatt
DW	Die Welt
MI	Milliyet

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 177
15. Oktober 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Leyla Zana: "Der Aufbau des Friedens ist in unserer und Ihrer Hand"

DEPlerInnen im Europaparlament

Der ehemalige Vorsitzende der DEP, Hatîp Dîcle und die ehemaligen Parlamentarierinnen, Leyla Zana, Orhan Dogan und Selim Sadak begannen am Dienstag mit ihren Treffen mit dem Europaparlaments. Der Besuch findet anläßlich der Verleihung des Sacharow-Preises für Menschrechte statt, der bereits 1995 Leyla Zana zugesprochen wurde. Auf Grund ihrer Inhaftierung konnte sie den Preis neun Jahre lang nicht entgegennehmen.
Am Dienstag Morgen empfing der Vorsitzende des Europaparlamentes, Borrelle Fontelles die ParlamentarierInnen. Danach nahmen Dicle, Zana, Sadak und Dogan an der Versammlung der Kommission für Außenbeziehungen und Menschenrechte und der Kommission des Parlaments der Türkei und des Europäischen Parlaments teil.
Am Donnerstag hielt Leyla Zana im Rahmen einer Sitzung des Europaparlaments, an der die vier ehemaligen Abgeordneten teilnahmen, eine Rede.
Zana sagte, die kurdische Frage müsse benannt werden. Sie erinnerte daran, dass sie für ihre Rede (1994 in kurdischer Sprachevor dem türkischen Parlament) bestraft worden sei: "Ich wollte mit meinem Eid auf die Bedeutung der Geschwisterlichkeit der Völker hinweisen".
Zana sagte, sie bereue ihre Jahre im Gefängnis nicht, da der Kampf für Freiheit und Demokratie gegen nichts einzutauschen sei.
Leyla Zana wies am Anfang ihrer Rede zunächst auf die schlechte Lage der kurdischen Kinder und aller Kinder weltweit hin. Sie sprach über die negativern Auswirkungen der Gewalt und sagte: "Daher müssen wir zu Gewalt und Krieg nein sagen":
Zana gab ihr Ehrenwort, dass sie immer für den Frieden arbeiten werde und rief die AKP Regierung auf: "Auf der Welt hat alles einen eigenen Namen. Die Vögel und Steine haben auch einen. Nur den Namen der Kurden gibt es nicht."
Zana betonte, man dürfe sich nicht davor fürchten, Dinge beim Namen zu nennen.
Auch die KurdInnen sind am Fundament des Aufbaus der Türkei beteiligt, die Verantwortlichen in der Türkei haben das noch nicht verstanden, daher nennen sie die Kurden nicht beim Namen und erkennen ihre Rechte nicht an.
"Ohne Zweifel, wurden demokratische Schritte unternommen, aber in der Praxis hat sich nichts verändert," sagte sie.
Um die kurdische Frage zu lösen, müsse der Krieg beendet werden und der Weg geöffnet werden, damit die politischen Gefangenen und die Intellektuellen an jedem Bereich des Lebens teilnehmen könnten.
Sie sprach über die Bedeutung der freien Äußerung und sagte: "Es darf kein Verbot gegenüber der kurdischen Sprache und Bildung mehr geben."
Leyla Zana forderte, dass die Rechte der Kurden in den Grundgesetzen der Türkei gesichert werden.
Zugleich lobte Zana die bisherigen Fortschritte in der Türkei als "revolutionär". Das Land habe schon jetzt ein gutes Stück des Weges zurückgelegt. "In der Vergangenheit hat es systematische Folter gegeben, und solange das vorgekommen ist, haben wir unsere Besorgnis ausgedrückt. Aber derzeit glaube ich nicht, dass es systematische Folter in der Türkei gibt", so Zana. Es sei offensichtlich, dass "der mit der EU aufgenommene Prozess" zu dieser Entwicklung beigetragen habe.
Leyla Zana rief die Vertreter der Regierungen der Welt auf: "Der Aufbau des Friedens ist in unserer und Ihrer Hand". Die Welt müsse die Rechte der Kurden kennen lernen und die großen Staaten dürften die Kurden nicht wirtschaftlichen Interessen opfern.
An der europäischen Politik in Bezug auf die kurdische Frage übte Zana schwere Kritik: "Ich stelle mit Bedauern fest, dass Europa trotz des großen Interesses an der Kurdenfrage in meiner Person keine objektiven und elementaren Kenntnisse über die Lage der Kurden und der Ursachen hat", kritisierte Zana. "Europa sollte nicht oberflächlich an das Thema herangehen, sondern aus einer Perspektive basierend auf menschlichen Werten und Gewissen", sagte die Kurdenpolitikerin. "Das ist eine ernsthafte Kritik an Europa."
Zana rief am Ende ihrer Rede insbesondere die Kurdinnen und Kurden auf, für ihren Freiheits- und Demokratiekampf und für die Einheit der KurdInnen noch mehr zu arbeiten und sich gegenseitig bei verschiedenen Ansichten zuzuhören.
(DM, 13.10., DS/RTV, 14.10., ISKU)

Operationen in Kurdistan

Die Volksverteidigungskräfte haben in Merdin und Erzorim zum Gedenken an Haltit Ozen(Çekdar) Aktionen durchgeführt.
Bei der Aktion in der Region Meridin Nisebîn verloren fünf Soldaten ihr Leben, in Erzorim zwei Soldaten.
Das Pressezentrum der HPG veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, die Guerilla habe am 9. Oktober eine Aktion zum Gedenken an Çekdar, der sein Leben in den Cudibergen verloren hatte, gegen die Kaserne Gire Mira /Nisêbîn durchgeführt.
Laut der Erklärung griff die Guerilla den Wachposten der Kaserne an, wobei fünf Soldaten getötet wurden. Die Guerilla zog sich ohne Verluste zurück. Die türkische Armee begann daraufhin mit einer umfangreichen Operation in den Bagokbergen, die gestern jedoch ergebnislos beendet wurde.
Eine weitere Aktion für Çekdar wurde in Erzorim umgesetzt. In der Erklärung heißt es, dass die Guerilla gestern auf der Straße zwischen Yedîsu und Çat einen Konvoi der türkischen Armee in einem Hinterhalt angegriffen habe. Dabei wurden zwei Soldaten getötet, viele Soldaten wurden verletzt, darunter auch der stellvertretende Befehlshaber der Gendarmerie Yedîsu, ein Militärfahrzeug wurde vollständig zerstört.
Das Pressezentrum gab bekannt, gestern sei es in Dersim in der Umgebung von Kutudere zwischen der Guerilla und der türkischen Armee zu Gefechten gekommen, die jedoch nicht lange andauerten. Bei der Guerilla gab es keine Verluste, es konnten aber beobachtet werden, dass nach der Auseinandersetzung Helikopter verletzte und tote Soldaten abtransportierten
Weiter heißt es, die türkische Armee habe gestern in der Umgebung des Weißen Berges (Çiya Spî) und in Subasi /Dersim mit einer Operation begonnen, bisher sei es aber nicht zu Auseinandersetzungen gekommen.
Das Pressezentrum gab weiter bekannt, dass die türkische Armee am Dienstag mit Operationen am Tendurekberg und in der Umgebung von Solxanê / Çewlîk begonnen habe. *(DM, 13.10., ISKU)*

Meldungen

Gefängnisaufstand in Izmir
Im Buca-Gefängnis in Izmir haben am Donnerstag Insassen fünf Wärter als Geiseln genommen und ihre Zellenblöcke besetzt, um gegen die schlechte Behandlung durch die Wärter und die unhaltbaren gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen zu protestieren. Gegen Abend wurde der Aufstand von Polizeieinheiten beendet; die näheren Umstände waren bei Redaktionschluß jedoch noch nicht bekannt. Anfängliche Berichte, nach denen im Verlauf des Gefängnisaufstandes sechs Menschen zu Tode kamen, wurden jedoch von offizieller Seite dementiert.
(DIHA, 14.10., ISKU)

Türkei fordert Mitspracherecht über Zukunft von Kirkuk
Die Türkei hat ein Mitspracherecht über die Zukunft der von vielen Kurden bewohnten Stadt Kirkuk im Irak gefordert. Kirkuk sei keine innere Angelegenheit des Irak, sagte der türkische Irak-Sonderbeauftrage Osman Korutürk dem türkischen Fernsehsender NTV. Die nördlich von Bagdad gelegene Stadt sei "der wahrscheinlichste Ort für den Ausbruch ethnischer Zusammenstöße". Korutürk reagierte damit auf eine Äußerung des irakischen Kurdenführers Massud Barsani, der am Vortag bei einem Besuch in Ankara gesagt hatte, Kirkuk habe eine kurdische "Identität".
(afp, 13.10., ISKU)

Erster Auftritt des neuen Erweiterungskommissars
Der Finne Ollie Rehm, Nachfolger von Günter Verheugen, beantworte im Europaparlament vor allem Fragen zur Türkei. Rehm erklärte, dass der Beitrittsprozeß der Türkei voraussichtlich schwieriger verlaufen werde als die vorangegangenen Beitrittsrunden. Er sprach sich außerdem für strenge Kontrollmechanismen während der Beitrittsverhandlungen aus. Im Hinblick auf einen Zieltermin für den Beitritt merkte Rehm an, dass zur Zeit die Frage der Themen der Beitrittsverhandlungen wichtiger seien als die des Zeitpunkts des Beitritts. *(RA, 5.10., ISKU)*

Türkei strebt Erfüllung der Maastricht-Kriterien bereits 2007 an
In Frankfurt/M. kündigte der für das Schatzamt zuständige Staatsminister Ali Babacan bei deiner Veranstaltung zur Harmonisierung der Türkei mit der EU an,

Kampagne für Abdullah Öcalan im Irak

Im Irak hat eine neue Kampagne für die Freiheit Öcalans begonnen. Die Initiative wird von dem Verein zur Verteidigung der nationalen Rechte Mazlum und arabischstämmigen Anwälten organisiert. Die Kampagne begann in der Stadt Kerkuk, wo in den Stadtteilen Garaj, Sîmal und Koska Alî Merdan Unterschriftenstände aufgebaut wurden. Wie bekannt wurde, kamen in nur zwei Tagen 3000 Unterschriften zusammen.
Die Kampagne wird außer in Kerkuk auch in der Hauptstadt Bagdad, Mossul, in der Region Mexmur und in Regionen wie Sengal, Basra, Mandalîn, Kandîl und Biradost durchgeführt.
Viele zivile Institutionen und gesellschaftliche Organisationen unterstützen die Kampagne. Die Kampagne Freiheit für Öcalan hat auch zum Ziel, die Gedanken Öcalans im gesamten Mittleren Osten zu verbreiten. In Kerkuk begann vor einem Monat eine Kampagne für die Freiheit Öcalans, bei der bereits 20.000 Unterschriften gesammelt wurden. *(DM, 13.10., ISKU)*

Lebende Schutzschilde erreichen Kato

Die "Lebenden Schutzschilde" aus Adana, Mêrsîn und Culemerg erreichten heute den Katoberg. Ihr Ziel ist ein Stopp der militärischen Operationen, ein zweiseitiger Waffenstillstand sowie die Lösung der kurdischen Frage.
Die "Lebenden Schutzschilde" errichteten ein Friedenszelt auf dem Katoberg. Um ihr Ziel zu erreichen möchten sie sich mit Verantwortlichen der Volksverteidigungskräfte HPG und der türkischen Armee treffen. Ein Mitglied der "Lebenden Schutzschilde" nahm telefonisch an einer Radiosendung von Denge Mezopotamya teil. Es erklärte, sie seien sehr froh den Kato erreicht zu haben. Kurdische und türkische Jugendlichen wurden aufgefordert, um einen bleibenden Frieden zu erreichen Gruppen von lebenden Schutzschilden zu gründen und sich in die Gebiete der Operationen zu begeben.
Mitglieder der "Lebenden Schutzschilde" aus Mêrdîn erklärten heute, sie werden morgen auf die Cudîberge gehen, um dort die Operationen zu stoppen. Sie gaben im Gebäude des Menschenrechtsvereins von Mêrdîn die Erklärung ab, dass sie am 14.10. um 13.00 Uhr losgehen wollen.

(DM, 13.10., ISKU)

Europa: Aktionen für Nuriye Kesbir

Kurdische Frauen haben mit Aktionen gegen die geplante Auslieferung der kurdischen Politikerin Nuriye Kesbir an die Türkei protestiert. Bei Kundgebungen in Frankreich und Belgien wurde die Rücknahme der Entscheidung gefordert. In Paris machten kurdische Frauen eine Kundgebung vor dem niederländischen Konsulat, bei dem auch Unterschriften gesammelt wurden. Transparente mit der Aufschrift "Freiheit für Kesbir", "In der Türkei dauern die Menschenrechtsverletzungen an" und "Rücknahme der Auslieferungsentscheidung" wurden gezeigt. In Straßburg versammelten sich KurdInnen vor der Tür des niederländischen Konsulates und forderten die Freiheit Nuriye Kesbirs und verurteilten ihre geplante Auslieferung an die Türkei. Vor dem Botschaftsgebäude wurde ein Unterschriftenstand aufgebaut. Die gesammelten Unterschriften übergab das Komitee dem holländischen Konsulat. Auch in Brüssel fand eine Aktion mit denselben Forderungen statt. Transparente für die Freiheit Nuriye Kesbirs wurden hochgehalten.

(DM, RTV, 13.10., ISKU)

IHD: Banden müssen aufgelöst werden

In einer Presseerklärung wies der Menschenrechtsverein IHD auf die Problematik der Banden innerhalb des Staates hin und forderte deren Auflösung. Die Erklärung wurde von der Vorsitzenden des Menschenrechtsvereines, Eren Keskin abgegeben. Keskin wies darauf hin, dass mit der Verhaftung der Bandenmitglieder Alaattîn Çakici und Sedat Peker auch Verbindungen mit dem Verurteilten der Sursuluk Bande, Korkut Eken und verantwortlichen im Staatsapparat zutage getreten sind.
Der Menschenrechtsverein Istanbul forderte, dass die Vorfälle in Verbindung mit Organisationen innerhalb des Staates, die in den letzten Tagen auf der Tagesordnung standen, von den Verantwortlichen vorbehaltlos aufgeklärt werden.
Keskîn erklärte, dass die AKP Regierung sich nicht mit den kriminellen Verbindungen befasst habe und forderte, dass insbesondere die Aussage der Vorsitzenden der DYP Mehmet Agar der vorher gesagt hatte: "ich habe tausend Operationen durchgeführt" vom Gericht bewertet wird. Keskîn wies auf die geheimen Beweise hin, die der ehemaligen Parlamentarier Sedat Bucak dem Gericht präsentiert hatte und sagte: "Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, solange diese Geheimorganisationen nicht aufgeklärt werden, die Ergebnisse von Geheimoperationen und -aktivitäten von den Autoritäten nicht aufgeklärt werden, haben wir keinen Glauben an die Worte über die Demokratie."
In diesem Zusammenhang wird der stellvertretende Sekretär des Obersten Gerichts, Ercan Yalçinkaya, dessen Verbindungen mit den Mafiabossen Alaatîn Çakici und Sedat Peker auf der Tagesordnung standen, heute von seinen Aufgaben entbunden. Die Akte des Falls Yalçinkaya wurde an das Gericht von Kazan, Ankara übergeben. *(AW, 14.10., ISKU)*

Amed: Nahrungshilfe für 6.000 Familien

Die Stadtregierung von Amed und der dazugehörigen Kreise gibt im Ramadan Nahrungsunterstützung an bedürftige Familien.
Der stellvertretende Vorsitzende des Bürgermeisters von Amed, Ahmet Zirek erklärte, dass man 6000 bedürftige Familien in der Stadt unterstützen werde. In den Paketen seien fünf Kilo Zucker, drei Kilo getrocknete Bohnen, Linsen, Reis, Fett und Nudeln und ein Packet Tee. Die anderern Kreise von Amed unterstützten weitere 4000 Familien, Zirek erklärte gegenüber DIHA, ihre Absicht sei, die Bürger im Fastenmonat zu unterstützen. Man werde insgesamt 162 Tonnen Hilfsgüter verteilen. Zirek erklärte, die Kosten der Aktion beliefen sich auf 207 Milliarden und 600 Millionen Türkische Lira.

Zirek, sagte, dass man die Nahrungsmittel an die Bedürftigen verteilen werde, zu denen man Verbindungen habe und in den Stadtteilen, wo viele Flüchtlinge leben. Zirek erklärte, die Hilfe werde mit Unterstützung der Stadtteilkommissionen und Mitgliedern des Stadtrates verteilt. Zirek sagte, damit die Bürger sich nicht schämen, werde man sie nachts verteilen. Man werde die Hilfe den Familien übergeben. Zirek erklärte, die Absicht sei nicht, Reklame zu machen, es sei auch keine Lösung der Probleme, aber dennoch wichtig, da die wirtschaftliche Lage der Familien schlecht sei. Zirek erklärte, die Lösung sei die Rükkkehr der Menschen in die Dörfer.

(DIHA, 14.10., ISKU)

dass die Türkei bereits 2007 die Maastricht-Kriterien erfüllen werde. Der ebenfalls teilnehmende Bundesfinanzminister Hans Eichel erklärte, er werde am 17. Dezember die Türkei offen unterstützen, unterstrich jedoch auch, dass die richtige Richtung wichtiger als hohe Geschwindigkeit sei.

(RA, 9.10., ISKU)

Hohes ausländisches Investitionsaufkommen erwartet

Das IIF, eine Tochter der Weltbank, kommt in seinem Jahresbericht zu "Investitionsströmungen auf sich entwickelnden Märkten" zu dem Schluß, dass in Europa 60 % der in diese Kategorie fallenden Investitionen in die Türkei fließen werden. Für das kommende Jahr rechnet das IIF außerdem mit 2,8 Mrd. $ ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei. In diesem Zusammenhang drückt das Institut auch die Erwartung auf eine Beschleunigung der Privatisierung aus und nennt insbesondere die Turkish Telekom und die Zigarettenabteilung des früheren Staatsmonopolisten Tekel als zentrale Projekte.

(RA, 5.10., ISKU)

Wachstum wird sich im letzten Quartal verlangsamen

In ihrer Bewertung der September-Inflation kommt die Zentralbank zu dem Schluß, dass aufgrund der langsam sinkenden Nachfrage bei den langlebigen Konsumgütern auch das Wirtschaftswachstum langsam zurückgehen wird. Gleichwohl wird die Produktion auf hohem Niveau andauern.

(MIL, 9.10., ISKU)

Quellen:

AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MI	Milliyet
RA	Radikal
DS	Der Standard

Termine

Im Rahmen des **Europäischen Sozialforum**, das vom **14. - 17.10** in **London** stattfindet, wird auch die kurdische Frage in Workshops und Seminaren thematisiert. Nähere Informationen finden sich unter **www.esf2004.net** oder **www.fse-esf.org**

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 178
22. Oktober 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Folterberichte offiziell bestätigt

In der Türkei ist die Folter nach Erkenntnissen eines offiziellen Beirats der Regierung in Ankara nach wie vor weit verbreitet. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien 692 Menschen gefoltert worden, berichten türkische Zeitungen unter Berufung auf einen Berichtsentwurf des Menschenrechtsbeirats. Der Beirat kritisierte, die Staatsanwaltschaften in der Türkei gingen Foltervorwürfen nicht angemessen nach; vor Gericht würden mutmaßliche Folterer von den Behörden geschützt. Noch im September hatten offizielle Stellen anläßlich des Besuchs des damaligen EU-Erweiterungskommissars Verheugen in Amed (Diyarbakir) Berichte von Menschenrechtsorganisationen zurückgewiesen, in denen von anhaltender systematischer Folter die Rede war.

446 Menschenrechts-verletzungen im September

Selahattin Demirtas, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD Diyarbakir, hat anlässlich der Veröffentlichung ihres Berichts bekannt gegeben, dass in der Region im Monat September insgesamt 446 Menschenrechtsverletzungen erfasst worden seien. Demnach hätten bei militärischen Auseinandersetzungen 34 Menschen ihr Leben verloren und 8 Personen seien verletzt worden.

"Auch für September sind äußerst schwerwiegende Verletzungen von Grundrechten und -freiheiten zu verzeichnen. (...) Die militärischen Gefechte, die in der Menschenrechtsfrage weiterhin eines der gewichtigsten Probleme darstellen, nehmen mit jedem Tag zu. Die Regierung, die nichts für den Frieden unternimmt, setzt Gewalt ein, um diejenigen, die sich um den Frieden bemühen, zu behindern", so Demirtas auf der Pressekonferenz.

Die lebenden Schutzschilder, die sich für die sofortige Beendigung der Militäroperationen und Gefechte einsetzen, seien bei ihrer Fahrt nach Sirnak, Siirt und Tunceli gewaltsam angegriffen worden. Infolge des Angriffs seien 86 Personen verhaftet worden. Während 35 Personen inzwischen wieder frei seien, befänden sich 51 weiterhin in Haft. Demirtas verwies darauf, dass die in Siirt inhaftierten lebenden Schutzschilde misshandelt worden seien: "Sie waren zuvor den Angriffen von Dorfschützern ausgesetzt. Später wurden sie festgenommen und verhaftet. Eine von uns organisierte Delegation hat die lebenden Schutzschilde im Gefängnis von Siirt besucht. Ihr wurde berichtet, dass sie bei ihrer Festnahme Misshandlungen ausgesetzt gewesen seien. Vor allem bei ihrer Einlieferung ins Gefängnis seien sie von den Soldaten beschimpft, beleidigt und bedroht worden. 18 Mitglieder der lebenden Schutzschilde wurden, als sie von Sanliurfa in das Gebiet der militärischen Auseinandersetzungen bei Tunceli fahren wollten, festgenommen und in das geschlossene Gefängnis in Elazig gebracht. Dutzende Menschen wurden, nur weil sie friedliche Aktivitäten durchgeführt haben, beleidigt, bedroht und ins Gefängnis gesteckt. Gegen sie wurden Verfahren eingeleitet", so Demirtas weiter.

Auf der Pressekonferenz informierte er auch darüber, was sie konkret gegen die Festnahmen unternehmen wollen: "Wir werden mit einem Appell alle AnwältInnen in diesem Land dazu aufrufen, beim ersten Verhandlungstag der in Siirt und Elazig inhaftierten lebenden Schuldschilde anwesend zu sein. Um diese Menschen, denen Unrecht widerfährt, zu verteidigen, werden wir mit einer Vielzahl von AnwältInnen in Siirt und Elazig sein."

Außerdem ergänzte er, dass von den 144 im Oktober festgenommenen Personen 55 behaupten, gefoltert worden zu sein. Gegen 34 Personen wurde wegen Meinungsdelikten ein Prozess oder Verhör eingeleitet. Während ein Waldstück verbrannt wurde, ist ein Dorf aus Sicherheitsgründen entvölkert worden. 3 Personen wurden aufgrund von Minenexplosionen verletzt.

(afp, 21.10.,DIHA, 11.10., ISKU)

"Schöne Worte bringen keine Lösung"

Der Vorsitzende des Komitees zur Verteidigung des Kongra-Gel, Murat Karayilan, erklärte zum Bericht der Kommission der Europäischen Union: "Wenn Europa die kurdische Frage jetzt nicht löst, wird es sie auch morgen nicht lösen. Wir rufen dazu auf, kommt und lasst uns gemeinsam die Waffen niederlegen und die Gewalt beenden. Dies ist mit der Geschwisterlichkeit möglich. Aber mit abstrakten Verpflichtungen und einseitig geht das nicht. Das ist keine gerechte und gleiche Annäherung. Wenn die Gewalt beendet werden soll, müssen die militärischen Operationen und Angriffe aufhören. Wenn die Operationen aufhören, sind wir zu notwendigen Opfern und für die Lösung bereit."

Murat Karayilan sagte, dass der Bericht der Europakommission viele Mängel habe: "Die kurdische Frage wird nicht durch schöne Worte gelöst. Die DEPler wurden gut empfangen. Ich glaube, dass diese Bemühungen der Wunsch zur Lösung der Probleme sind."

Karayilan sagte zum Aufruf die Waffen niederzulegen: "Die Lösung wird durch Projekte umgesetzt. Sie sagen, wir sollen die Waffen niederlegen. Wie legen wir die Waffen nieder? Unter welchen Bedingungen beginnen wir, die Waffen niederzulegen? Gibt es denn ein Projekt? Nein. Sie sollten sich diesem Thema etwas ehrlicher annähern. In dem Bericht müssen die KurdInnen und ihre Existenz in den Grundrechen gesichert werden."

Karayilan sagte: "Die KurdInnen sind für eine Lösung bereit. Die Zeit vor dem 17. Dezember ist wichtig für einige Fortschritte. Die KurdInnen müssen bis zu dem Tag starke Aktionen umsetzen. Ihre Lage und ihr Schicksal werden diskutiert. Sie müssen ihren Willen zum Ausdruck bringen und ihre Stimme erheben. In der Phase, in der die kurdische Frage diskutiert wird, muss man mit Aktionen die eigenen Forderungen zu Gehör bringen. "

Zur Politik Europas sagte er: "Die Politik der Verleugnung wurde geschwächt. Unser Volk sollte sich mit aller Kraft und demokratischen Aktionen bemühen und allen zeigen, dass es die Verleugnung nicht akzeptiert. Wir glauben daran, dass unser Volk in dieser sensiblen Phase seinen Willen zum Ausdruck bringt und nicht erlaubt, dass jemand die Lösung unserer Angelegenheiten ohne uns diskutiert."

Karayilan sagte, dass es notwendig ist, die Probleme bis zum 17. Dezember zu lösen: "Wenn die kurdische Frage nicht bis zum 17. Dezember gelöst wird, Europa sich wiederum nicht richtig den Problemen annähert, ist es möglich, dass Gewalt und Krieg zunehmen. Jetzt befinden wir uns in der Verteidigungsposition. Die HPG verteidigen im Moment nur sich selbst und die Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein, dass es keine Kriegssituation gibt. Gibt es jedoch keine Lösung, wird die Selbstverteidigung in jede Richtung ausgeweitet.

(AW, 16.10., ISKU)

Meldungen

Türkei will Internationalem Strafgerichtshof beitreten

Die Türkei wird nach den Worten von Ministerpräsident Erdogan dem Vertrag zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beitreten. Ankara werde den Vertrag von Rom unterzeichnen und ratifizieren, sagte Erdogan in der Nacht zum Donnerstag bei einer Debatte des französischen Instituts für internationale Beziehungen in Paris. Der IStGH mit Sitz in Den Haag ist für die strafrechtliche Verfolgung von Völkermord, Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen auf dem Gebiet der derzeit 94 Vertragsstaaten oder von Bürgern der Vertragsstaaten zuständig.

(afp, 21.10., ISKU)

Journalist festgenommen.

Der Hürriyet-Reporter Sebati Karakurt wurde wegen eines Berichts über das Kongra Gel-Camp am Kandil Dag (Irak) vorübergehend festgenommen. Die Festnahme erfolgte durch die Antiterror-Abteilung der Polizei. Von Karakurt wurde die Herausgabe allen Fotomaterials verlangt. Später wurde er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft freigelassen. Der türkische Presserat kritisierte das Vorgehen der Polizei scharf.

(RA, 16.10., ISKU)

Regierung weiß nichts von NVA-Panzern gegen Kurden

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über einen Einsatz deutscher Schützenpanzer gegen Kurden im Osten der Türkei. Sie will einen entsprechenden ZDF-Bericht jedoch überprüfen. Der Liefervertrag von 1994 schließe einen solchen Einsatz aus. Das ZDF hatte berichtet, dass in der Provinz Sirnak Panzer, die die Bundeswehr Anfang der 90er Jahre der Türkei zur Landesverteidigung überlassen habe, jetzt von Spezialkräften der türkischen Gendarmerie im Kurdengebiet eingesetzt würden.

Eigentlich hatte die türkische Regierung doch versprochen, die Geschenke nur zur Landesverteidigung zu nutzen. Doch schon nach der Lieferung bezeugten Aufnahmen von Augenzeugen, dass die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Panzer gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wurden. Doch der Aufschrei blieb aus. Und auch jetzt zeigen sich Verantwortliche erstaunt. Dabei ist bekannt, dass die ehemaligen NVA-Panzer von den paramilitärischen, 180.000 Mann starken Gendarmerie-Einheiten der Türkei genutzt werden. Das ist ebenso wenig geheim wie ihr Auftrag: Sie sollen Bestrebungen der Kurdinnen und

Sêrt: 7000 Anträge für Öcalan

Die Bemühungen der Bewegung freier BürgerInnen für die Freiheit Abdullah Öcalans dauern an. Am frühen Morgen des 18.10. gaben etwa 500 Mitglieder der Bewegung 6671 Unterschriften mit der Forderung der Freilassung Öcalans beim Gouverneur von Sêrt (Siirt) ab. Die Gruppe versammelte sich vor dem Gebäude der DEHAP. Der Sprecher der Bewegung der Freien BürgerInnen, Lokman Poyraz, gab eine Presseerklärung ab und äußerte sich zu den Zielen der Anträge. Poyraz wies auf die Friedensbemühungen Öcalans hin und forderte die Verantwortlichen der Türkei auf, die zum Frieden ausgestreckte Hand Öcalans zu ergreifen.
Poyraz sagte: "Wir als kurdische BürgerInnen wollen, dass unser verehrter Vorsitzender freigelassen wird, seine Gedanken anerkannt werden, die Existenz der KurdInnen in den Grundrechten festgelegt wird und, um die Tatsachen ans Licht zu bringen, eine Gerechtigkeits- und Untersuchungskommission aufgebaut wird."
Nach der Erklärung entrollten die Mitglieder der Bewegung der freien BürgerInnen ein Transparent mit der Aufschrift "Der Vorsitzende APO, der Name der Freiheit, der Vorsitzende der KurdInnen", Poster von Öcalan wurden hochgehalten und Parolen gerufen, dann machte man sich auf den Weg zum Gouverneur. Wegen der Transparente und Poster kam es zu kurzen Auseinandersetzungen mit der Polizei, im Anschluss konnten jedoch die 6671 Anträge übergeben werden.
(DM, 18.10., ISKU)

Lebende Schutzschilde in Dêrsim

Die Gruppe Lebende Schutzschilde aus Wan will am 20.10. mit dem Ziel eines bleibenden Friedens und einem Stopp der Operationen nach Dersim aufbrechen.
Die Gruppe hat sich aus Mitgliedern der DEHAP Jugend, der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten, dem Verein zur Unterstützung der Familien der Gefangenen, der Initiative Friedensmütter und dem Kunst- und Kulturzentrum Serhat gebildet.

29 lebende Schutzschilde und ein Journalist verhaftet
34 "Lebende Schutzschilde" die auf den Katoberg gegangen sind um die Militäroperationen zu stoppen, wurden festgenommen. Fünf Personen wurden, nachdem sie dem Haftrichter in Culemerg vorgeführt wurden, freigelassen. Die anderen 29 und der DIHA-Journalist Vedat Kursun wurde mit der Begründung eine ungesetzliche Organisation unterstützt zu haben verhaftet. Kursuns Kamera, sein Aufnahmegerät und seine Aufzeichnungen wurden von der Armee beschlagnahmt.

Proteste gegen Verhaftung
Gesellschaftliche Organisationen aus Sêrt, Mêrdîn und Sirnex verurteilten die Verhaftung der 33 lebenden Schutzschilde, die in die Cudiberge gegangen waren, als Sabotierung des Friedens. Mitglieder der DEHAP, des IHD und von THAY-DER kritisierten in Silopi die Verhaftung gegenüber der Presse. Sie forderten die Freilassung der lebenden Schutzschilde.
Auch gegen die Verhaftung der lebenden Schutzschilde von Mersîn, Edene und Colemerg (Hakkari) wurde protestiert und Anträge für ihre Freilassung abgegeben.

Der Anwalt Mîkaîl Demîroglu erhob Einspruch vor dem Strafgericht von Colmerg gegen die Verhaftung der 30 Lebenden Schutzschilde, die ein Friedenszelt auf dem Katoberg errichtet hatten und den Journalisten der Dîcle Nachrichtenagentur Vedat Kursun die bei ihrer Rückkehr verhaftet worden waren.
(AW, 16.10.,DM, 18-10., RTV 19. 10., ISKU)

Militäroperationen

Krieg in Dêrsim
Im Rahmen einer Operation der türkischen Armee in Dêrsim, die in den Regionen Xozad und Pûlûr begonnen hat, gab es an vier verschiedenen Orten Auseinandersetzungen. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Dicle wurden dabei vier Soldaten getötet. Die türkische Armee beendete die Operation dann am 18. Oktober. Bei der Bombardierung durch Kobrahubschrauber wurde in der Gegend von Tanzê und Kakperî der Wald in Brand gesetzt, die Brände dauern an.
Außerdem wurden umfangreiche Militäroperationen in der Gegend von Nordiz und Karadax in der Region Wan Payîzava begonnen. Die Operation begann am 18.10. unter der Teilnahme zahlreicher Dorfschützer und Soldaten des Gendarmeriebataillons vom Payîzava und der Gendarmeriekaserne von Yalincay. Es handelt sich um die dritte Operation in diesem Monat in Payîzava.
Bereits am 14.10. kam es in der Gegend von Pulur zu Gefechten zwischen der türkischen Armee und den HPG. Dabei kam ein türkischer Soldat ums Leben, ein weiterer wurde verletzt.
Auch in den Amanosbergen hat die türkische Armee mit einer Operation gegen die HPG begonnen.

HPG legt Hinterhalt gegen Militärkonvoi
Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte HPG gab bekannt, dass am 13.10. ein Militärkonvoi zwischen Gever und Semzînan in einen Hinterhalt geraten ist, als er sich auf dem Weg zu einer Operation befand. In der Erklärung heißt es, die Guerilla habe den Konvoi mit Raketen und schweren Waffen angegriffen, dabei seien vier Soldaten getötet worden, zwei weitere verletzt. Ein Militärfahrzeug sei komplett zerstört worden.

Gefechte in Kanires und Pasur
Das Pressezentrum der HPG erklärte, in der Region Kanîres (Karoliva) / Çewlik (Bingöl) sei ein Hinterhalt gegen Militäreinheiten der Kaserne Lîtîk gelegt worden, dabei seien ein hoher Offizier ein Unteroffizier, insgesamt fünf Soldaten ums Leben gekommen. Nach dem Ereignis wurde die Gegend von Soldaten bombardiert, wodurch in den umliegenden Wäldern Feuer ausbrach. Die HPG führten am 20.10. als Reaktion auf die Militäroperationen in Erzîrom und Botan eine Aktion in Amed Pasur durch. Die HPG griffen mit Raketen und schweren Waffen den Kontrollturm des Gebäudes der Sicherheitskräfte der Region an. Bei der Aktion kam ein Soldat ums Leben, zwei weitere wurden verletzt.
Außerdem gingen die Militäroperationen in der Umgebung des Zentrums von Mêrdîn /Omeriyan, in Kizilagaça/ Erzîrom und in den Tendurek- und Amanosbergen weiter.
Augenzeugen erklärten, in der Region Dêrsim /Xozad seien sechs Soldaten bei Gefechten zwischen Soldaten der Gendarmeriekaserne Yuceliyû und Guerillas der HPG ums Leben gekommen, zahlreiche Soldaten seien verletzt.

Waldbrände in Hezro
Nach Dêrsim und Çewlik brennen jetzt auch in Amed Hezro die Wälder auf den Qerbesbergen. Die Dorfbewohner erklärten, die Soldaten hätten die Brände gelegt, als sie zur Operation im Einsatz waren, die Erlaubnis die Brände zu löschen sei ihnen verweigert worden. Die Dorfbewohner berichteten, die Brände dauerten schon seit zwei Tagen an und es seien keine Maßnahmen ergriffen worden, sie zu löschen. Die Wälder auf den Qerbesbergen bei Hezro brennen jetzt das dritte Mal innerhalb von zwei Monaten. *(ROJ-TV, 19./20.10, DM, 15./18.10., ISKU)*

Kurden nach Frieden, ihren Kampf für die Freiheit Abdullah Öcalans sowie die Volksbefreiungskräfte HPG zerschlagen.
Die Bundesregierung hatte in der vorigen Woche mit Blick auf die erwarteten EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei Bereitschaft signalisiert, deutsche Kampfpanzer zu liefern. Der türkische Außenminister Abdullah Gül erklärte bei seinem Besuch in Berlin, dass die von Verteidigungsminister Struck favorisierte Lieferung gebrauchter Kettenfahrzeuge zunächst nicht anstehe. Interessant für die Türkei sei vielmehr Neukauf oder Lizenzproduktion, meinte Gül.
Für die Grünen-Europapolitikerin Angelika Beer ist eine Panzerlieferung angesichts der von der EU festgestellten Fortschritte bei Menschenrechten in der Türkei vorstellbar. «Damit gäbe es auch andere Grundlagen für die Frage eines Rüstungsexports», sagte Beer. *(dpa, jW, ND, 20.10., ISKU)*

BGH: PKK-Führung ist eine kriminelle Vereinigung
Der BGH bekräftigte, dass die Führungsriege der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK nach wie vor als kriminelle Vereinigung anzusehen sei. Auch wenn seit Januar 2000 offiziell von Gewalttaten wie Botschaftsbesetzungen abgesehen werde, ändere das an ihrem Charakter nichts, urteilte der dritte BGH-Strafsenat in einem am Donnerstag veröffentlichten Urteil. "Nach wie vor planen die Führungskader zur Erreichung ihrer Ziele wie der Befreiung Kurdistans gezielt auch Straftaten mit ein", sagte der Vorsitzende Richter des Senats, Klaus Tolksdorf, während der Urteilsverkündung. Um die Partei zusammenzuhalten, würden in den so genannten Heimatbüros weiterhin Dokumente gefälscht und Kurden illegal in das Land geschleust. Abtrünnige Mitglieder würden bedroht und gegebenenfalls hart bestraft. "Deswegen können die Führungskader auch weiterhin wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung belangt werden", sagte Tolksdorf. *(Reuters, 21.10., ISKU)*

Quellen:

AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RA	Radikal

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 179
29. Oktober 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Öcalan: “Es gibt nicht den kleinsten Kompromiss zwischen mir und dem Staat”

Zum ersten Mal seit drei Wochen konnte am 20.10. wieder ein Besuch des Verteidigerteams bei Abdullah Öcalan stattfinden. Zuvor waren wieder einmal die Besuche mit der Begründung, die Überfahrt auf die Gefängnisinsel Imrali sei auf Grund schlechten Wetters nicht möglich, verweigert worden. Auffällig hierbei ist, dass sich die Wetterlage im Marmarameer immer dann verschlechtert, wenn die kurdische Frage auf Grund aktueller Ereignisse breitere Aufmerksamkeit bekommt. Im Oktober dürften der vielbeachtete Besuch der ehemaligen DEP-Abgeordneten beim EU-Parlament in Brüssel und die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei die tatsächlichen Gründe für die faktische Kontaktsperre gegen Öcalan gewesen sein.

Neben der regelmäßigen Einschränkung der Besuche wird auch in anderen Bereichen versucht, Öcalan von der Außenwelt abzuschneiden. Seit fast vier Monaten hat er keinen Brief mehr ausgehändigt bekommen. Er erhält nicht einmal täglich eine Zeitung, dazu sind alle Artikel, die ihn in irgendeiner Weise betreffen, herausgeschnitten.

All diese massiven Einschränkungen der Rechte und der Ausdrucksmöglichkeiten Abdullah Öcalans konnten jedoch nicht verhindern, dass seine Überlegungen zur Entwicklung des Mittleren Ostens und insbesondere zum Demokratisierungsprozess in der Türkei und Kurdistan Einzug in die öffentliche Diskussion der Türkei gefunden haben.

"Wie merkwürdig, dass ich die Höchststrafe im Namen der Republik erhalten habe, aber meine Ideen in die Republik einfließen. Unsere Ideen werden in dieser qualitativen Übergangsphase der Republik diskutiert und umgesetzt. Drinnen und draußen werden meine Ideen diskutiert. Ihr erinnert Euch sicher wie Türkes (inzwischen verstorbener Vorsitzender der faschistischen MHP) nach dem Putsch 1980 sagte: "Wir sitzen im Gefängnis, aber unsere Ideen sind an der Macht.", so Öcalan am vergangenen Mittwoch.

Der Demokratisierungsprozess in der Türkei, aber auch die Entwicklung in anderen Teilen des Mittleren Ostens waren die Hauptthemen des einstündigen Gespräch.

In der Türkei einwickelt sich eine neue "Bewegung für eine demokratische Gesellschaft", u. a. mit Leyla Zana und Hatip Dicle, die Öcalan für sehr bedeutend hält. Die richtige Politik für die Türkei sieht er in einer demokratischen Allianz von Türken und Kurden.

"Dieses Projekt ist sehr wichtig, ich hoffe, diesmal muss sich niemand dafür schämen. Ich habe die Demokratisierung in meinen Büchern besonders betont. Es gibt einen Demokratieschub. Man sieht es ja, alle Institutionen diskutieren über Demokratie, inklusive der Armee. Gleichzeitig haben alle Institutionen in der Türkei Schwierigkeiten mit der Demokratie.

Meine engsten Freunde haben mich nicht rechtzeitig verstanden. Mit Euch rede ich direkt, ihr fangt gerade erst an, mich zu verstehen. Der Demokratismus fängt erst an, sich zu entwickeln. Überlasst das Feld zumindest nicht der CHP. Diese Bewegung hat eine Chance, aber eine richtige Kaderpolitik ist wichtig, Programm, Statut. Sie sollte sich auf jeden Fall von Nationalismus fernhalten. Sie sollte für kulturelle Freiheit eintreten. Die AKP geht eklektizistisch vor, sie ist dem Wesen, der Linie, der Ideologie nach nicht demokratisch. Aber sie muss regieren. Ich sage weder, dass sie es besonders gut macht, noch dass sie es besonders schlecht macht. Die Türkei ist dazu verdammt, sich wie in den 1920ern durch eine Allianz zu demokratisieren. (…) Ich rede seit 1992 von dieser Allianz. Ich habe gesagt, dass es gefährlich wäre, wenn sich Osman (Öcalan) an dieser Allianz beteiligt. Es stellt sich die Frage, ob ein neuer Mustafa Kemal auftaucht. Danach sieht es aber nicht aus. Deshalb rede ich von einer Aktualisierung der Politik der 1920er für das 21. Jahrhundert. Der "gemäßigte Islam" profitiert davon, dass er uns und den Republikanismus, den aufklärerischen Flügel des Kemalismus, aufeinander hetzt. Dabei ist gar nicht klar, wie weit "gemäßigter Islam" und Faschismus auseinander liegen. Auch was die USA in dieser Hinsicht wollen ist nicht klar. Es ist unklar, was der "gemäßigte Islam" bringen wird, was Bush bringen wird. Was soll der radikale Islam bringen? Zarkawi schlachtet die Leute ab wie die Schweine. In den 1970er haben sie den radikalen Islam auch gegen die Türkei auf den Plan geholt. Wir versuchen, genau das zu verhindern. (...)

In einem ist die Politik der USA klar. Sie bindet an sich und hetzt dann aufeinander. Talabani und Barsani legen ihr Schicksal in die Hände der USA, aber später werden sie gegeneinander gehetzt werden. Ihr werdet es sehen, die USA hetzt auch Brüder gegeneinander auf. (...) Die gegenwärtige Regierung ist vom Ausland abhängig, deshalb will sie uns in einen Konflikt mit der Armee treiben. Die Armee wartet ohnehin nur darauf, auch die Regierung will es. Ich sage das auch an die türkischen Intellektuellen gerichtet. Die primitiven kurdischen Nationalisten sind in der AKP. Sie alle haben enge Beziehungen zu den USA. Sie sind es auch, die Barsani einladen, man muss genau hinsehen, wer dahintersteht. Sie sind es, die sagen, wir haben uns [mit Barsani] geeinigt. Sie wollen uns in einen Konflikt treiben und selbst dabei gewinnen. In der Türkei wollen sie Osman ins Spiel bringen. Ich sage es seit fünf Jahre, rede von Frieden, aber es kommt keine Antwort. Die USA vernichten die PKK nicht, lösen aber auch die kurdische Frage nicht. Auch Europa schweigt dazu. Wir sagen, lasst uns für die Einheit der Völker, für Republikanismus innerhalb der demokratischen Gesamtheit der Türkei eintreten, lasst uns die Waffen niederlegen, aber sie gehen keinen Schritt vorwärts. Warum? Weil ihre Herren es nicht erlauben. Wenn das so weitergeht, entwickelt sich ein zweiter Israel-Palästina-Konflikt. Das ist es, was sie wollen. Da liegt die Größe Mustafa Kemals, er hat in begrenztem Maße eine unabhängige Türkei geschaffen. Ich will die demokratische Türkei schaffen."

Ein amerikanisches Mandatsregime?

Nach dem ersten Weltkrieg gab es eine Gruppe im Osmanischen Reich, die sich die Rettung von den USA und Präsident Wilson erhoffte. Osman Öcalans kürzlich gemachte Aussage, wer nicht mit den USA kollaboriere, sei dämlich, kommentiert Abdullah Öcalan so:

"So wie es in den 1920er Jahren die Forderung nach einem amerikanischen Mandatsregime gab, so entwickelt sich auch heute diese Forderung. Diese Tendenz gibt es in verschiedenen Spektren, bei den Liberalen, sogar bei Altlinken. Nicht nur bei Kurden, auch bei Türken gibt es die Forderung nach einem amerikanischen Mandatsregime. Diese Schufte sprechen sich mit den USA ab, und dann beschuldigen sie mich, ich ginge Kompromisse mit dem Staat ein. Ihr kennt meine Situation. Es gibt nicht den kleinsten Kompromiss zwischen mir und dem Staat.

Was ich für die Kurden im Iran und in Syrien gesagt habe, wiederhole ich für die Kurden im Irak. Wenn es keinen demokratischen Kompromiss gibt, *(weiter auf Seite 2)*

Meldungen

Ein Jahr Kongra-Gel

Die Führung des Kongra-Gel hat in einer schriftlichen Erklärung den ersten Jahrestag des Kongresses begrüßt. In der Erklärung wird der Kongra-Gel als ein Jahrhundertprojekt bezeichnet. Es heißt, man werde mit seiner Strategie der demokratischen Mittel die Sprache der Lösung sein, gegen alle Bedingungen darauf beharren. Der Kampf, der nun schon seit 30 Jahren andauere trete in die Phase der Lösung. Das Projekt, dass der Vorsitzende des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan begonnen habe, befinde sich in einer Phase großer Veränderungen. In der Erklärung heißt es, sie seien die Erben und Nachfolger des kurdischen Freiheitskampfes und führten den Kampf mit einer alternativen Haltung weiter. *(DM, 27.10., ISKU)*

Neues Schiff für Öcalan-Anwälte

Die türkische Regierung stellt den Anwälten Abdullah Öcalans ein neues Schiff für Besuche bei ihrem Klienten zur Verfügung. Von Ende November an könnten die Verteidiger mit dem Fährschiff "Tuzla" zur Gefängnisinsel Imrali im Marmara-Meer fahren, berichtete die türkische Presse am Dienstag. Öcalan sitzt seit 1999 auf Imrali in Einzelhaft und darf wöchentlich von seinen Anwälten besucht werden. In den letzten Jahren waren viele Besuche jedoch ausgefallen, weil das bisher verwendete Schiff "Imrali 9" bei schlechtem Wetter und Wellengang nicht ablegen konnte. *(AFP, 26.10., ISKU)*

Zusammenhang zwischen Vertreibung und Rauschgiftsucht

Zusammenhang zwischen Vertreibung und Rauschgiftsucht. Eine Untersuchung unter jugendlichen Rauschgiftabhängigen in Diyarbakir kam zu dem Ergebnis, dass viele der Abhängigen innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt waren. 76 % von ihnen stammen aus Familien, die zwangsweise ihre Dörfer verlassen mußten. Das Einstiegsalter für die Abhängigkeit sei bis auf 10 Jahre abgesunken. *(RA, 21.10., ISKU)*

EU-Delegation besucht Kurdischkurs in Elih

Eine schwedische Delegation der Europäischen Union hat den Kurdischkurs in Elih (Batman) besucht. Die Leiterin der Bildungseinrichtungen Schwedens, Mai Beijer sagte bei ihrem Besuch, dass die KurdInnen auch in den staatlichen Schulen in ihrer Muttersprache unterrichtet

"...nicht den kleinsten Kompromiss..." (Forts.)

werden wir uns nicht beugen. Das gilt für alle Länder. Gegen Osman und seine Truppe sollen sie keinesfalls Anschläge machen, sondern ideologisch und politisch kämpfen. Wenn sich unsere Freiheitsline organisiert, gewinnt sie. Es wird dann unmöglich, sie aus der Welt zu schaffen. Wenn sich die USA-Linie durchsetzt, gibt es ein sinnloses Ringen. Es wird wie zwischen Israel und Palästina. Im Mittleren Osten beginnt dann ein Abschlachten. Wir wollen nicht, dass die Kurden Spielfiguren von anderen werden. Diese Linie kann zu Morden und Massakern führen. Dagegen steht unsere Linie. Auch in der Türkei gibt es diese Gefahr. Osman, Nizamettin Tas und die anderen sind Strolche. Sie verstehen nichts von Politik, von Freiheit.
Die primitiven Nationalisten und die Verfechter des Mandatsregimes gehen Hand in Hand. Sie alle stehen unter dem Schutz der USA und Israels. Durch diesen Schutz können sie durchaus stark werden, aber Demokratie bringt das für die Kurden nicht. Das Kurdentum ist für sie nur eine Maske. So wie der Nationalismus in der Türkei eine Hülle ist, so ist es auch für sie. Sie werden die Kurden Blut spucken lassen. In der Türkei werden alle schmutzigen Geschäfte unter dem Deckmantel des Nationalismus getätigt, auch das Kriegsgewinnlertum. Ihr Kurdentum geht in die gleiche Richtung. Wir werden trotz alledem immer auf Demokratie achten, deshalb werden wir für die Demokratie richtungsweisend sein."
Auf die Einschätzung der Anwälte hin, das Volk stehe hinter Öcalan, aber es gebe Propaganda, dass er sich zu sehr um den Norden kümmere, verweist er auf seine Bücher, in denen er die traditionell tendenziell föderale Struktur des Iran betont und einen demokratischeren Islam unter Anerkennung der kurdischen Identität als Lösungsweg skizziert: "Wenn die iranische Führung den Forderungen der Kurden kein Gehör schenkt, wenn es keine vernünftige Lösung für die kurdische Frage gibt, wird sich im Iran der Guerillakampf entwickeln. Wenn der Iran uns angreift, sorgt das für Zulauf und qualitative Entwicklung bei der Guerilla. Wir sind nicht wie die Volksmudschaheddin, wir laufen nicht durch Unterstützung von außen. Unser Programm ist klar, wir streben ein freies und demokratisches Kurdistan an. Es kann einen vernünftigen Dialog mit dem Iran geben. Es gibt die PJAK, es gibt den Kongress, der Iran soll die als Ansprechpartner nehmen. Wir rufen den Iran auf, sensibel zu reagieren, wir wollen nichts abspalten, verfolgen keinen Separatismus, aber wir weichen auch nicht von unseren Forderungen nach Freiheit ab. Ich warne, nach den Wahlen in den USA wird der Iran auf die Tagesordnung kommen. Wenn sie nicht das gleiche Schicksal wie Saddam erleiden wollen, sollten sie einen Vorstoß in der kurdischen Frage wagen."
(Der Artikel ist stark gekürzt. Vollständig ist er auf unserer Webseite www.nadir.org/isku *zu finden.)*

Zehntausende Unterschriften für Öcalan

Die Bewegung der freien BürgerInnen hat 4670 Anträge für die Freilassung Öcalans in der Region Agirî Bazîd (Dogubeyazid) gesammelt und an das Gericht übergeben. Etwa 400 Mitglieder der Bewegung hatten sich vor dem Gebäude der DEHAP versammelt und sich mit Rufen von Parolen zu einer Demonstration formiert. Im Anschluss übergab eine Delegation von vier Personen die 4670 Unterschriften an das Gericht.
Eine weitere Gruppe der Bewegung der freien BürgerInnen versammelte sich am Gebäude der DEHAP in Wan (Van), um dem Gouverneur 7000 Anträge für die Freilassung Öcalans und dessen Anerkennung als Vertretung des kurdischen Volkes zu übergeben. Die Polizei versuchte ein Transparent mit der Aufschrift "Die Freiheit des Vertreters des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan ist die Freiheit der Völker der Türkei" zu beschlagnahmen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung konnte die Demonstration fortgesetzt werden. In der Nähe des Gouverneursgebäudes wurden die TeilnehmerInnen erneut von den Sicherheitskräften aufgehalten. Nach langen Diskussionen erlaubte die Polizei einer Delegation von drei Personen die Unterschriften zu übergeben. Nach der Rückkehr der Delegation griff die Polizei die Menge erneut an und nahm viele TeilnehmerInnen fest.

Kampagne für Öcalan von Yeziden in Sengal
Im Irak und Südkurdistan wurde die Kampagne "Freiheit für den Vorsitzenden des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan", von den Yeziden aus Sengal (Südkurdistan) unterstützt. Im Rahmen der Kampagne wurden 5000 Unterschriften gesammelt.
Die Kampagne begann in 12 Regionen und wird von der Bewegung der Neuen Jugend Iraks und der Yezidischen Jugend im Zentrum von Sengal und umliegenden Ortschaften durchgeführt. *(DIHA, DM, AW, 24./26./27.10., ISKU)*

Militäroperationen

Die Operationen der türkischen Armee dauern an. Alleine am vergangenen Wochenende wurden bei Gefechten zwischen der türkischen Armee und den Volksverteidigungskräften (HPG) fünf türkische Soldaten getötet und mehr als 10 verwundet.
In einer Situation, in der die deutsche Regierung Waffen an die Türkei verkaufen möchte und in der die Frage erneut aufgeworfen wird, ob deutsche Waffen gegen KurdInnen eingesetzt werden, finden täglich Gefechte und Operationen statt. Am Samstag kamen drei türkische Soldaten in Dersim und ein Feldwebel am Bizinberg ums Leben. Dersim ist dafür bekannt, dass auf jeden kurdischen Einwohner der Stadt sieben Soldaten und fünf Polizisten kommen.
Am Sonntag fuhr in Amed (Diyarbakir) ein türkisches Militärfahrzeug auf eine Miene, dabei wurden zwei Soldaten getötet und vier verwundet.
Auch zwei Guerillas der HPG kamen ums Leben. Beide wurden mit großer Beteiligung der kurdischen Bevölkerung in ihren Geburtsstädten beigesetzt.
In einer Presseerklärung haben die HPG die Verantwortung für Anschläge auf die Erdölpipeline vom 23. und 25. Oktober übernommen. In der Erklärung heißt es, bei den Aktionen handle es sich um Reaktionen auf die Operationen in den Gabarbergen. Bei den Anschlägen sei ein Sachschaden von zwei Trillionen TL entstanden.
Außerdem wurde erklärt, dass zum Gedenken an den Guerilla Cîhan Dûndar, der am 21. Oktober durch ein Komplott getötet wurde und im Gedenken an Gülnaz Karatas eine Aktion durchgeführt wurde in deren Verlauf in der Region Colemerg/ Gever 10 Soldaten getötet, fünf schwer verletzt worden seien.
Am 26. Oktober haben die HPG eine Aktion gegen eine Kolonne der Armee zwischen Lîce und Kulp durchgeführt. Die Aktion fand im Gedenken an Gülnaz Karatas und Adnan Batur, Codename Kendal, der in Gabar sein Leben verloren hatte, durchgeführt, ein Armeefahrzeug wurde zerstört. Bei der Aktion kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge zwei Soldaten getötet wurden.

Die Armee verbrennt Wälder
Die HPG erklärten, dass türkische Soldaten im Rahmen der Operationen am 24. Oktober in der Umgebung von Adakli, Kixi und Yedîsu/ Çewlik (Bingöl) die Wälder der gesamten Gegend angezündet hätten. Am 26. Oktober wurde in der Gegend Elîbogaz und Çemîsgezek eine Operation gegen die HPG durchgeführt, bei der ein Guerilla mit Namen Vahap Mustafalo (Rojhilat) getötet wurde. Ebenfalls am 26. Oktober wurde in der Region Diyadîn/ Agirî eine 65jährige Frau von einem Panzer angefahren. Schwer verletzt wurde sie ins Staatskankenhaus von Agirî eingeliefert.
(KI, 24.10., RTV, 27.10., ISKU)

werden wollen. Beijer und der Leiter des Sprachkurses Ramazan Kezer unterhielten sich über die Probleme. Ramazan Kezer erklärte, dass es immer noch Schwierigkeiten wegen der Kurse mit dem Staat und der Polizei gibt. "Die KurdInnen wollen auch in den staatlichen Schulen Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten. Dafür muss der Staat den Weg öffnen. Der Staat hat uns bisher in keiner Weise unterstützt. Dafür schafft er, wegen derer die Bevölkerung abgehalten wird sich bei uns einzuschreiben."
Im Anschluss an das Gespräch äußerten sich Beijer zu dem Thema: "In Schweden unterrichten wir jetzt in der Muttersprache. Der türkische Staat muss die Muttersprache fördern, will er in die EU aufgenommen werden."
Die Delegation der EU überreicht dem Leiter des Kurdischkurses Ramazan Kezer Bücher in kurdischer Sprache.
(AW, 27.10., ISKU)

Türkei vergibt ab 2005 neue Pässe
Gemäß eines Beschlusses der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ILAO) wird die Türkei aber dem Jahr 2005 internationalen Normen entsprechende Pässe vergeben, die maschinenlesbar sind sowie eine Gültigkeitszeit von 10 Jahren haben.
(DÜ, 21.10., ISKU)

Protest gegen Panzerlieferung
Der Menschenrechtsverein IHD hat in einem Brief an den BRD-Außenminister Fischer gegen die geplante Panzerlieferung in die Türkei protestiert. In dem Brief, der von Eren Keskin am Mittwoch im Rahmen einer Kundgebung vor dem Deutschen Konsulat in Istanbul der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wird Fischer aufgefordert, das Panzergeschäft zu stoppen und jegliche Waffenlieferung an die Türkei zu unterbinden. *(DIHA, 26.10., ISKU)*

Quellen:

AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KI	kurdishinfo.com
DÜ	Dünya
RA	Radikal

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 180
5. November 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Briefing der Internationalen Initiative:

Türkische Armee setzt auf Eskalation

Murat Karayilan, Vorsitzender des Komitees für Verteidigung des Volkskongresses Kurdistans (Kongra-Gel), kritisierte Äußerungen von General Büyükanit als Kriegstreiberei. Derartige Methoden, so Karayilan, hätten über zwanzig Jahre hinweg zu keinem Ergebnis geführt und würden dies auch weiterhin nicht tun. In diesem Zusammenhang wies Karayilan auf die zunehmende Zahl und Intensität der Militäroperationen hin. Das sei Anzeichen dafür, dass der Krieg ausgeweitet werden solle.

General Yasar Büyükanit, Oberkommandierender der türkischen Armee, hatte in Äußerungen bei einem Empfang anlässlich des türkischen Nationalfeiertages, eine Verbindung zwischen Abdullah Öcalan, seinem Verteidigerteam und den Volksverteidigungskräften (HPG) hergestellt. Karayilan interpretiere dies als Versuch, die aktuelle Diskussion über eine Lösung der kurdischen Frage zu verzerren. "Diese Äußerungen, ausgesprochen in einer Zeit, in der die Türkei den EU-Beitritt diskutiert, in der die Geschwisterlichkeit der Völker diskutiert wird, in der man die Gewalt endgültig zu den Akten legen will, riechen förmlich nach Krieg. Die Völker brauchen jedoch den Frieden." Die in den Äußerungen Buyükanits zum Ausdruck kommende Logik des Generalstabes führe nicht zu einer Lösung, sondern in die Sackgasse, so Karayilan. "Abdullah Öcalan unternimmt seit sechs Jahren alles Mögliche für den Frieden, obwohl er sich verschärften Isolationshaftbedingungen ausgesetzt sieht. Es ist eine Verzerrung der Tatsachen, wenn behauptet wird, er führe trotz seiner Isolationshaft auf Imrali die Organisation."

Kongra-Gel wird von Leitungsgremien geführt

Karayilan erinnerte daran, dass der Volkskongress Kurdistan (Kongra-Gel) einen Exekutivrat und eine Vollversammlung, sowie die Volksverteidigungskräfte (HPG) einen Kommandorat und ein Parlament besitzen würden. Diese leiteten auch die Organisation, so Karayilan. Die Angriffe des Oberkommandierenden der Armee gegen Öcalan und seine Anwälte hätten das Ziel, die vorhandenen Spannungen weiter zu verschärfen. Der Kongra-Gel hingegen bemühe sich in jeder Hinsicht um Deeskalation. "Selbst die derzeitige bewaffnete Konfrontation wird seitens der HPG sehr kontrolliert geführt, man bemüht sich, eine Eskalation zu vermeiden", so Karayilan. Er erinnerte daran, dass ein Krieg mit tausenden von Toten möglich gewesen wäre, hätte Abdullah Öcalan nicht auf eine friedliche Lösung beharrt.

Ziel ist eine Eskalation der bewaffneten Konfrontation

Karayilan wies auch darauf hin, dass die Diskussionen in der Türkei über Begriffe wie Demokratie und Rechtsstaat u. a. auch ein Ergebnis der Bemühungen Öcalans seien. Die Armee verzerre diese Tatsache und zeige so, dass sie eine Eskalation der Konfrontation wolle. Gleichzeitig habe sie die Operationen in Nordkurdistan verstärkt: Karayilan sagte, dass ein Ignorieren dieser Entwicklung unübersehbare Folgen nach sich ziehen könnte. Für diese wären dann der türkische Staat und nicht die Guerilla verantwortlich.
Karayilan machte insbesondere auf den zeitlichen Zusammenhang zwischen den Äußerungen des Oberkommandierenden der türkischen Armee und der Ausweitung der Militäroperationen aufmerksam: "Die Operationen auszuweiten bedeutet den Krieg zu schüren. Seit zwanzig Jahren führt die türkische Armee gegen unsere Kräfte militärische Operationen durch und konnte trotzdem die Guerilla nicht vernichten. Eine Guerillaarmee ist flexibel, sie weiß sich zu schützen. Deshalb wird die türkische Armee hohe Verluste hinnehmen müssen."

Krieg schadet der Türkei

Karayilans Informationen zufolge sei auf der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates über eine militärische Intervention in Südkurdistan diskutiert worden. Auch die türkischen Tageszeitungen Cumhuriyet und Miliyet berichteten, dass 40.000 Soldaten der 2. Armee von Malatya ihre Vorbereitungen abgeschlossen hätten und innerhalb von 18 Stunden die irakisch-türkische Grenze erreichen könnten.
Der zweite Befehlshaber der türkischen Armee, Ilker Basbug, bestritt zwar Pläne für eine Operation in Südkurdistan, sprach jedoch von "Vorbereitungen", die die Lage in Kerkuk betreffen.
Sollte es zu einer Intervention kommen, würde dies eine Eskalation nach sich ziehen, so Krayilan. Der Krieg würde sich dann auch auf die Metropolen der Türkei ausweiten. Das sei für die Türkei mehr als gefährlich.
Die Guerilla sei in der Lage sich zu verteidigen und werde keine großen Verluste erleiden. Vielmehr werde die Türkei den größeren Schaden davontragen. So müsse die Türkei ihre Bereitschaft zu einer Beendigung der bewaffneten Konfrontation und zu einem Dialog über die Lösung des Konfliktes zeigen. Ein direkter Dialog mit der Guerilla sei nicht unbedingt notwendig. Es gebe auch legale kurdische Kreise, mit denen man sich in Verbindung setzen könne.
Karayilan erklärte, die KurdInnen seien nicht mehr dieselben wie früher. Niemand könne sie mit Gewalt niederhalten. Der Kongra-Gel schätze die Bemühungen der demokratischen und friedensbewegten Öffentlichkeit für eine Lösung und eine Waffenruhe sehr, gegen Vernichtungsangriffe werde man sich jedoch verteidigen.

Frieden erfordert aktives Engagement

Karayilan rief das kurdische und das türkische Volk dazu auf, sich vehement für eine friedliche Lösung einzusetzen. Man befinde sich in einem Prozess, der mehr den je Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Konfliktes biete. Trotzdem dränge die Gegenseite auf eine kriegerische Auseinandersetzung. Deshalb sei das Engagement eines Jeden gefragt. Die Forderung nach Demokratie solle mit demokratischen Mitteln durchgesetzt werden.

Die Haltung des türkischen Generalstabs ist rassistisch

Karayilan nahm auch zur aktuellen Diskussion in der Türkei über die "Minderheitenfrage" Stellung. Demnach seien die KurdInnen nicht nur eine Minderheit. Gleichzeitig sei es aber auch sinnlos zu sagen, die KurdInnen seien ein Gründungselement [der Republik], um ihnen gleichsam sämtliche Rechte vorzuenthalten. Die Aussage des Generalstabes, die oberste Identität sei das Türkentum, komme Rassismus und Assimilation gleich. Niemand könne den KurdInnen das Türkentum aufzwingen. Man müsse eine Lösung im Rahmen eines Türkei-Begriffs diskutieren, in dem sich alle Volksgruppen artikulieren können. *(MHA, 31.10, RTV, 1.11., DM, /2.11., II, ISKU)*

Meldungen

KurdInnen in Russland beginnen Kampagne

KurdInnen in Russland starten eine Aktionskampagne vom 1. November bis zum 17. Dezember um zu erreichen, dass der Kongra Gel von der Terrorliste gestrichen wird. Die Leiter zivilgesellschaftlicher kurdischer Institutionen in Russland gaben in einer Presseerklärung den Start der Kampagne in Kasachstan bekannt. *(DM, 4.11., ISKU)*

Kurdischer Flüchtling tot aufgefunden

Ein Kurde, dessen Identität nicht bekannt gegeben wurde, ist tot in einem türkischen Container mit niederländischer Plakette im Hafen von Ancona aufgefunden worden. Der Container,in dem sich neben dem Toten auch 11 bewußtlose Kurden befanden, wurde bei der Durchsuchung einer griechischen Fähre, die auf dem Weg nach Italien war, im Hafen von Ancona gefunden. Italienische Behörden erklärten, der Tote sei erstickt, viele Menschen, die versuchten illegal nach Europa einzureisen kämen auf diese Weise ums Leben. *(DM, 4.11., ISKU)*

Türkei wegen schwerer Folter verurteilt

Der Europäische Gerichtshof in Straßburg hat die Türkei erneut wegen schwerer Folter und mehrerer anderer Grundrechtsverstöße verurteilt. Die Straßburger Richter gaben am Dienstag einem 40 Jahre alten ehemaligen Politiker der früheren Kurden-Partei HADEP Recht, der tagelang von Polizisten brutal misshandelt worden war. Die Regierung in Ankara wurde angewiesen, dem heute in Deutschland im Exil lebenden Mann 17.700 Euro Schmerzensgeld zu zahlen. *(DS, 3.11., ISKU)*

Im Osten Aktionen für die Freiheit Öcalans

In vielen Städten des Ostens [iranisch besetztes Kurdistan] fanden Aktionen von Jugendlichen für die Freilassung Abdullah Öcalans statt. Hunderte Jugendliche demonstrierten in den Städten Ciwanroj, Saqiz und Banê für Öcalan und protestierten gegen den Verrat und die undemokratische Politik des Iran gegen das kurdische Volk. Die Jugendlichen riefen Parolen, und verteilten tausende Flugblätter. Die Aktionen konnten ohne Zwischenfälle beendet werden. *(DM, 2.11., ISKU)*

Kurdische Politikerin in Mossul entführt

Die Sekretärin der Union der Frauen aus Kurdistan, Muna Muhammed Caf wurde Dienstag Morgen, als sie von Zuhause zu ihrem Büro ging, von unbekannten Personen entführt. Vertreterinnen der Union der Frauen in Mossul erklärten, dass Caf von islamischen Fundamentalisten entführt worden sei und forderten ihre sofortige Freilassung. Caf hatte vor kurzem eine Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Mezopotamya abgegeben. Dort hatte Caf gesagt, dass sie viele Todesdrohungen bekommen habe.
In diesem Zusammenhang habe es nach der Zunahme der Angriffe in Mossul ein Sicherheitstreffen der islamischen Partei des Irak, der KDP und PUK gegeben. Bei der Versammlung wurde erklärt, dass die Angriffe Folge des internationalen Krieges seien und es wurde gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu verhindern. Es sei auf jeden Fall notwendig, dass die Parteien in diesem Punkt zusammenarbeiteten.
Der Gouverneur von Mossul, Dureyd Muhammed Kesmula versammelte am Mittwoch die religiösen Führer der Stadt und forderte von ihnen Unterstützung gegen die Angriffe. *(AW, 3.11., ISKU)*

Nurîye Kesbîr: Entscheidung am 8.11.

Am 1.11. fand das Kassationsverfahren der kurdischen Politikerin Nuriye Kesbir vor dem obersten Gerichtshof der Niederlande in Den Haag statt. Weil der Justizminister keine Erlaubnis gab, konnte Nuriye Kesbir selbst nicht an der Verhandlung teilnehmen. Der Prozess begann um 11 Uhr. Die Anwälte von Kesbir, ihre Familie und zahlreiche KurdInnen waren anwesend.
Eine große Menschenmenge versammelte sich vor dem Gericht. Eine Person die ein Transparent hochhielt wurde festgenommen. Um das Gericht wurden umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Bereits am Samstag demonstrierten etwa 7000 KurdInnen in Den Haag für Aufhebung der Auslieferungsentscheidung gegen Nuriye Kesbir.
In einer Erklärung Kesbirs anläßlich der Demonstration erklärte sie, sie "werde bis zum letzten Atemzug kämpfen, um das (schmutzige) Spiel zum Scheitern zu bringen". In ihrer Erklärung betonte Kesbir, das kurdische Volk sei heute wie gestern mit der Gefahr konfrontiert, mit den Ketten der Sklaverei gefesselt zu werden. Das habe mit der Gefangennahme Abdullah Öcalans begonnen; dieses Spiel sei mit dem Kampf für Freiheit und Demokratie weitgehend zum Scheitern gebracht worden; der freie Willen der Kurden solle gebrochen werden. Unter Missachtung von Menschenrechtsabkommen der UN und Missachtung holländischen Rechts sei die Entscheidung zur Auslieferung eine Entscheidung im Interesse europäischer Wirtschaft und Politik. "Ich erneuere das Versprechen, den gerechten Kampf des unterdrückten kurdischen Volks nicht entehren zu lassen. Bis zum letzten Atemzug werde ich kämpfen, um diese Versuche scheitern zu lassen.
Der Prozess, der drei Stunden andauerte, wurde auf den 8. November vertagt. Aufgrund der holländischen Gesetzeslage hätte die Entscheidung eigentlich am selben Tag gefällt werden müssen. Die Anwälte begrüßten die Entscheidung der Verschiebung und erklärten, dass sie einen Antrag vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zur Aussetzung der Entscheidung forderten.
Das Komitee Freiheit für Nuriye Kesbîr bewertete den Fall als unrechtmäßig und forderte die KurdInnen auf, sich zu verhalten.
Nuriye Kesbîr ist seit 5. März im Gefängnis Breda inhaftiert und hat ernste gesundheitliche Probleme.
(ÖP, 31.10., DM, 1./2.11., ISKU)

Studie zur Lage der Frauen in Amed

Laut einer in dieser Woche veröffentlichten Studie sind 95% der Frauen in Amed (Diyarbakir) arbeitslos und von den restlichen 5% haben 68,2% ein Einkommen unterhalb des offiziellen Mindestlohns.
Für die Studie, die von der Soziologin Rozon Kahraman erarbeitet wurde, beantworteten mehrere Hundert ledige und verheiratete Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren einen Fragebogen mit 58 Fragen zu ihrer sozialen Lage. Mit der Untersuchung sollen die soziale, ökonomische und kulturelle Situation der Frauen in den ärmeren Stadtteilen Ameds, ihre Familienstrukturen und der Einfluß von Migration beleuchtet werden.
Nach den Ergebnissen der Studie haben 51,7% der Frauen keine angemessene Bildung. 95% leben ohne bezahlte Arbeit. Die Soziologin Kahraman führt diese Ergebnisse auf den Krieg in der Region, auf Migration, ungenügende Bildungseinrichtungen und die Sondergesetze in der Region zurück.
Die Studie untersuchte auch die Teilnahme von Frauen am sozialen und kulturellen Leben. Lediglich 0,4% der Befragten nehmen wenigsten einmal im Monat an kulturellen Veranstaltungen teil, für 95,4% existert diese Möglichkeit überhaupt nicht. Diese Frauen führen das Leben von Gefangenen; verantwortlich dafür sind laut Rozan Kahraman in erster Linie familiärer Druck und finanzielle Gründe.
Auch die Gewalt gegen Frauen wurde in der Studie erfasst. 36,8% sind demnach starker Gewalt ausgesetzt. Diese Gewalt, meist begangen von Ehemännern und anderen Familienmitgliedern werde außerhalb der Familien verschwiegen und gesellschaftlich als normal betrachtet. 51,4% der betroffenen Frauen sprechen nicht über die Gewalt, die ihnen angetan wird. Die meisten von ihnen kennen weder ihre gesetzlich garantierten Rechte noch nichtstaatliche Organisationen, die ihnen helfen könnten.
Die Studie stellte auch fest, dass die (Zwangs-)Verheiratung sehr junger Frauen noch immer weitverbreitet ist. 19,6% waren 15 oder noch jünger, als sie verheiratet wurden, 50,4% waren zwichen 16 und 20 Jahre alt.
(DIHA, 4.11., ISKU)

Mitglieder der 1. Friedensgruppe freigelassen

Die Mitglieder der ersten Friedensgruppe, Yüksel Genç, Sohbet Sen, Gülten Uçar, Seydi Firat und Yasar Temu wurden am 1.11. abends aufgrund der Änderung des Strafrechtes in der Türkei im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze freigelassen. Sie wurden gemeinsam mit 25 weiteren Personen aus dem Gefängnis Mus entlassen.
Acht Mitglieder der ersten Friedensgruppe, die aus Ali Sapan, Seydi Firat, Yüksel Genç, Gülten Uçar, Sohbet Sen, Yasar Temur, Mehmet Sirin Tunç und Ismet Baycan besteht, hatten am 1. September 1999 die Grenze von Südkurdistan in die Türkei überschritten. Das Staatssicherheitsgericht in Wan hatte den Leiter der Gruppe, Alî Sapan zu 18,5 Jahren, die anderen Mitglieder zu 12,5 Jahren verurteilt.
Ismet Baycan hatte am 25 Mai 2003 einen Herzanfall erlitten und war in Folge unterlassener Hilfeleistung der Gefängnisleitung verstorben.
Der Leiter der Friedensgruppe, Ali Sapan wurde in das F-Typ Gefängnis von Bolu verlegt, das Treffen mit seinen Anwälten wurde verhindert. Nach der ersten Friedensgruppe war am 29. Oktober 1999 auch eine Friedensgruppe aus Europa aufgebrochen, auch sie warten auf eine Lösung. *(RTV, 2.11., ISKU)*

Kurdische Politiker unterstützen neue geplante Partei von Leyla Zana
Einflussreiche Kurdenvertreter haben der türkischen Kurdenpolitikerin Leyla Zana Unterstützung für die von ihr geplante neue Partei zugesagt. "Wir unterstützen diese Bewegung aus vollem Herzen", sagte der frühere Chef einer verbotenen pro-kurdischen Partei, Ahmet Türk, am Mittwoch in Ankara. Er spreche auch im Namen fünf weiterer ranghoher kurdischer Politiker. Türk deutete an, dass die beiden größten pro-kurdischen Parteien im Land bereit seien, sich aufzulösen und der neuen Partei anzuschließen.
(afp, 3.11., ISKU)

Aktion zum Gedenken an die Gefallenen der HPG
Eine Gruppe Jugendlicher der Aktionseinheit Sehîd Dijwar versammelte sich im Gedenken an den Kommandanten der HPG Mehmet Er (Dijwar) am 1.11. abends im Stadtteil Sakîrpasa in Edenê Seyhan. Mit einem Fackelzug erinnerten sie an den Regionskommandanten von Amanos, der auf barbarische Weise ums Leben kam. Bei der Kundgebung wurden Poster von Dijwar und Abdullah Öcalan gezeigt. Fahnen der HPG wurden entrollt und Parolen wurden gerufen.
In Mersin im Stadtteil Sevket Sumer versammelte sich eine Gruppe Jugendlicher, um an den Guerilla Omer Keskin zu erinnern und den Jahrestag der Gründung der PKK zu feiern. Die Jugendlichen warfen Molotowcocktails um den Verkehr zu blockieren. Die Polizei schoss in die Luft um die Menge auseinander zutreiben. Die Jugendlichen riefen Parolen wie: "Es lebe der Vorsitzende Apo", und "Der PKK; die den Kongra Gel aufgebaut hat tausend Grüße".
(RTV, 2.11., ISKU)

Quellen:

AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
II	Internationale Initiative
DS	Der Standard

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 181
12. November 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Initiative von Intellektuellen für einen beidseitigen Waffenstillstand

Friedensbus nach Amed

Ein Friedensbus ist aus Istanbul unter der Beteiligung einer großen Menschenmenge aufgebrochen.
Der Friedensbus ist ein Beitrag von Intellektuellen im Rahmen der Kampagne ‚die Waffen sollen schweigen und kein Blut mehr fließen', heute brach er nach Amed (Diayrbakir) auf.
VertreterInnen politischer Parteien, Gewerkschaften und ziviler Organisationen versammelten sich mit einer großen Menschenmenge am Gebäude der TUYAP am Taksim. Der stellvertretene Vorsitzende der Europäischen Menschenrechtsföderation Akin Birdal gab vor dem Aufbruch eine Presseerklärung ab.
Das Ziel der Aktion sei es, eine Atmosphäre des Friedens zu schaffen und zur Beendigung der Auseinandersetzung beizutragen.
Birdal wies auf das Ende des einseitigen Waffenstillstandes am 1. Juni hin und erklärte, die Folgen der Auseinandersetzungen würden bewusst von den Verantwortlichen verschwiegen.
Er erinnerte daran, das in der vergangenen Phase systematische Folter die Sicherheit der BürgerInnen bedrohe. Bei Auseinandersetzungen im Jahr 2000 seien 147, im Jahr 2001 92, im Jahr 2003 104 Personen ums Leben gekommen. Aber seit dem 1. Juni mit der Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes, seien bis zum 28. September nach Augenzeugenberichten schon 156 Personen, nach anderen Berichten sogar schon 334 Personen ums Leben gekommen.
Bîrdal erklärte, der Weg der Lösung der Probleme der Türkei führe über den Weg der Lösung der kurdischen Frage. "Wir hoffen, dass bis zum 17. Dezember eine Atmosphäre des Friedens entsteht. Wir wollen, dass die Waffen schweigen und die Gewalt beendet wird. Wir wollen eine Türkei, die auf einen Weg einer Demokratie ohne Mängel gelangt, in der die Menschenrechte verteidigt werden, jeder sich in seiner Sprache, mit seiner Kultur und Identität darstellen kann. Um dies umzusetzen ist es notwendig, die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln zu lösen."
Im Anschluß stellte Birdal die weitere Planung der Aktion vor. Demnach wird der Bus am 11. November um 12.00 Uhr Amed erreichen und beim OPET Bahnhof ankommen. Dort werden sie von einer Menschenmenge erwartet werden. Um 13.30 wird sich die Initiative an einer Friedensaktion auf dem Bahnhofsplatz beteiligen, wo am Abend ein Friedensfest stattfinden wird.



Am Donnerstag machte der Buskonvoi einen Zwischenstopp in Sanliurfa, wo die AktivistInnen - unter ihnen die Europaabgeordnete Feleknaz Uca - mit einer Kundgebung begrüßt wurden (Foto: DIHA)

Am Freitag wird die Initiative um 10.00 Uhr eine Presseversammlung abhalten und gegen 11 Uhr Nelken in den Tigris werfen. Am Nachmittag ist geplant, unter der Beteiligung einer großen Menge nach Istanbul aufzubrechen. Am 19. November soll in Ankara ein ‚Friedensstuhl' aufgebaut werden und am 22. November in Brüssel eine Unterstützungsfeier stattfinden. Am 29. November soll eine Versammlung in Ankara mit Mitgliedern der Europäischen Union stattfinden.
Der Friedensbus brach nach der Erklärung Bîrdals mit der Parole "Es lebe der Friede, für einen zweiseitigen Waffenstillstand" nach Amed auf.
In Ankara wurde der Bus von einer großen Menge erwartet und fuhr weiter nach Amed.
Der Vorsitzende der DEHAP von Merdin, Cemal Veske erklärte, man werde den Bus mit einer großen Menge empfangen und nach Amed geleiten. Auch die Lebenden Schutzschilde aus Merdin, die am Dienstag freigelassen wurden, sagten ihre Unterstützung zu. *(DIHA, 10./11.11., ISKU)*

Konferenz des Kongra-Gel

Vom 26. Oktober bis zum 5. November fand in Kurdistan eine Konferenz des Leitungsrats des Kongra-Gel statt, auf der die zurückliegenden Monate bewertet und neue Aktivität initiiert wurden.
Auf der Konferenz wurden die Isolation Abdullah Öcalans, die Lage der Organisation, die Arbeiten des Neuaufbaus, und die Planung für die aktuelle Phase bewertet.
In der Erklärung im Anschluss an die Versammlung wurde darauf hingewiesen, dass gegen Öcalan und die kurdische Bewegung ein neues Konzept der Isolation und Verleugnung angewandt werde.
Von den USA wurde in der Erklärung gefordert, die Haltung, den Willen der Völker zu ignorieren, aufzugeben. Die Europäischen Union wurde aufgefordert, sich auf der Basis demokratischer Maßstäbe der Lösung der kurdischen Frage anzunähern.
Der Kongra Gel warnte die Türkei, den Iran und Syrien und verlangte von ihnen, sich mit den Lösungsbemühungen Öcalans, und der Selbstverteidigung des kurdischen Volkes auseinander zu setzen. Von der KDP und der PUK wurde gefordert, sich nicht gegen die nationalen Interessen einzusetzen.
Auf der Versammlung wurde die Phase nach der Beendigung des ersten Waffenstillstandes am 1. Juni bewertet, die bisher erreichten Schritte wurden als sehr bedeutsam bezeichnet. In der Erklärung heißt es, die Bedingungen für die Lösung der kurdischen Frage seien besser als je zuvor, alle wurden aufgerufen, die demokratischen Aktionen bis zum 17. Dezember noch zu verstärken. In der Erklärung wird weiter gefordert, in allen Dörfern, Stadtteilen und Städten Räte der Freien BürgerInnen aufzubauen.
(AW, 10.11., ISKU)

Meldungen

Nuriye Kesbirs Auslieferung gestoppt

Der oberste Gerichtshof in Den Haag hat am Morgen des 8. Novembers die Auslieferung der kurdischen Politikerin Nuriye Kesbir in die Türkei gestoppt. Damit stellte sich das Gericht gegen die Entscheidung des niederländischen Justizministers. Der oberste Gerichtshof der Niederlande forderte, dass das Justizministerium der Niederlande Anträge der Vereinten Nationen, von Amnesty International und dem Menschenrechtsverein [der Türkei] prüfen solle.
Der Prozess soll fortgeführt werden, wenn über den Asylantrag Kesbirs entschieden worden ist. Ein Sprecher des Niederländischen Justizministeriums kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen und weiterhin an der geplanten Auslieferung festzuhalten.
Nuriye Kesbir befindet sich weiterhin im Gefängnis von Breda. Ihre Anwälte fordern – gemeinsam mit zahllosen UnterstützerInnen – die Freilassung und die Anerkennung des Asylantrages von Nuriye Kesbir.
(RTV, 8.11., ISKU)

Operation in Cewlik

Die türkische Armee hat in der Umgebung von Çewlik Solxan (Bingöl) mit einer umfangreichen Operation begonnen. Die Operation begann am Abend des 9. Novembers unter der Teilnahme zahlreicher Soldaten und Dorfschützer aus den Dörfern der Umgebung. Augenzeugen berichteten, dass die Armee die Umgebung des Dorfes Hovît umstellt habe und mit den Dorfschützern in die Umgebung von Sêgirê, Cemêl, Kilê Torê und Girê Nîsan aufgebrochen sei.
(DM, 10.11., ISKU)

In Mossul und Hewler 18.000 Unterschriften für Öcalan

Jugendliche in den Städten Mossul und Hewler (Erbil) hatten vergangenen Monat mit einer Unterschriftenkampagne für die Freilassung Abdullah Öcalans begonnen. Wie bekannt wurde, kamen im Rahmen der Kampagne 18.000 Unterschriften zusammen. In einer abgegebenen Erklärung heißt es, man werde in den nächsten Tagen in anderen südkurdischen Städten mit der Kampagne beginnen. *(AW, 10.11., ISKU)*

Studentenproteste gegen Hochschulgesetz

Zu schweren Übergriffen der Polizei kommt es seit Samstag bei Studentenprotesten in Istanbul

Bericht des Anwaltsbüros zu Haftbedingungen und Gesundheitszustand

Zum aktuellen Stand im Fall Öcalan

Seit 6 Jahren befindet sich Abdullah Öcalan in der geschlossenen Haftanstalt Imrali in Isolationshaft. Im nachfolgenden Bericht, verfasst von Öcalans Rechtsanwalt Mahmut Sakar, ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Gesundheit und der Haftbedingungen sowie der Arbeitsbedingungen seiner Rechtsanwälte dokumentiert:

Gesundheitszustand

Die Atemprobleme unseres Mandanten haben sich nicht verbessert. Beim letzten Zusammentreffen, am 27. Oktober 2004, trafen meine Kollegen unseren Mandanten in einer müden Verfassung an. Seine Gesichtsfarbe sei sehr blaß gewesen, das Gesicht eingefallen. Das Sprechen sei ihm schwer gefallen. Ständig habe der Mandant seinen Mundraum von überflüssigen Sekreten gereinigt. Auch sei der Mandant ständig gezwungen gewesen, in kurzen Abständen Wasser zu sich zu nehmen. Desweiteren wurden meine Kollegen Zeugen der ernsten Atemprobleme unseres Mandanten. So haben meine Kollegen ihre Besorgnis über die zunehmende Vergrößerung der wahlnussgroßen Geschwulste, die im April 2004 am Hinterkopf von Abdullah Öcalan festgestellt wurden, und über seinem rapiden Gewichtsverlust zum Ausdruck gebracht. Sämtliche Anträge für die Verbesserung der Haftbedingungen, für eine Untersuchung durch unabhängige Ärzte oder für eine Entsendung einer unabhängigen Ärztekommssion, sind bisher erfolglos geblieben. Bis jetzt wurde uns lediglich über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mitgeteilt, dass die Beschwerden unseres Mandaten nicht lebensgefährlich seien; wobei diese Aussage nur auf einigen begrenzten Gesundheitsuntersuchungen basiert. Weder wurden uns die genauen Untersuchungsergebnisse mitgeteilt, noch wurden diese Untersuchungen mit Hilfe moderner medizinischer Geräte durchgeführt. Auch hat man es bis heute versäumt, diese Gerätschaften auf die Gefängnisinsel zu schaffen. Es liegt auf der Hand, dass die bisherige medizinische Behandlung keine Besserung des Gesundheitszustandes unseres Mandanten gebracht hat.

Isolationshaftbedingungen

Die Zelle Abdullah Öcalans ist über 24 Stunden hinweg beleuchtet. Sämtliche Bereiche der Zelle werden durch Kameras überwacht. So ist im Nebenraum, der bisher als Familienbesuchszimmer genutzt wurde, die Errichtung eines Duschraumes für die Wachmanschaft geplant. Deshalb ist zu befürchten, dass dadurch die ohnehin hohe Luftfeuchtigkeit weiter erhöht wird, was dazu geeignet ist, den Gesundheitszustand unseres Mandanten noch weiter zu beeinträchtigen.

Herr Öcalan teilte uns im letzten Mandantengespräch mit, dass ihm in letzter Zeit keine Briefe ausgehändigt werden. Tageszeitungen würden ihm entweder völlig vorenthalten oder nur sporadisch ausgehändigt. In diesen Zeitungen würden alle die ihn betreffenden Artikel entfernt.
Obwohl uns die Justizbehörden mitgeteilt haben, dass man ein neues Boot zum Übersetzen auf die Insel gekauft habe, ist dieses bis jetzt nicht zum Einsatz gekommen. So kam in der letzten Woche aufgrund schlechter Witterungsbedingungen zum wiederholtem Male kein Mandantenbesuch zustande.

Angriffe auf das Recht der angemessenen Verteidigung

Meldungen türkischer Medien zufolge soll im Oktober auf einer ordentlichen Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates über Abdullah Öcalans Fall diskutiert worden sein. Demnach wurde erklärt, dass man wöchentliche Anwaltsbesuche für nicht nötig befinde und der Kauf eines neuen Bootes für das Übersetzen auf die Insel nicht richtig sei.
In einer Erklärung des Heereskomandanten Yasar Büyükkanit, die dieser am 29. Oktober im Anschluss an die Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates gegenüber den Medien abgab, brachte er seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass Herr Öcalan angeblich bessere Lebensbedingungen habe als zu der Zeit seines Aufenthalts in Syrien. Ähnliche Erklärungen wurden auch von anderen hochgestellten Militärs abgegeben. Demnach würden die Rechtsanwälte für die Kommunikation Öcalans mit der Außenwelt sorgen. In diesen Erklärungen, die allesamt auf uns Rechtsanwälte direkt abzielen, kritisierten die Militärvertreter, dass wir nicht bestraft worden seien, obwohl gegen uns Verfahren eingeleitet wurden. So wäre die Justiz nicht ihrer Aufgabe nachgekommen. Der interessante Aspekt hierbei ist die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft des Militärgerichts des Generalsstabs beim Justitzministerium einen Antrag zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen das "Rechtsbüro des Jahrhunderts" und gegen die darin tätigen Rechtsanwälte gestellt hat. Daraufhin eröffnete die Staatsanwaltsschaft gegen sechs Anwälte unseres Büros ein Untersuchungsverfahren wegen "Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation". Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind derzeit drei Beschwerdeverfahren unseres Mandanten anhängig. Zusätzlich ist in der Türkei ein weiteres Verfahren gegen unseren Mandanten eröffnet worden. Die oben genannten Angriffe und Interventionen haben dazu geführt, dass uns kaum noch eine adäquate Wahrnehmung des Rechtes unseres Mandanten auf eine angemessene Verteidigung möglich ist. Letztendlich werden wir in unserer Berufsausübung massiv behindert.

(AHB/II, 11.11., ISKU)

Weitere Informationen über die Haftbedingungen und den Gesundheitzustand von Abdullah Öcalan sind auf der Webseite der "Internationalen Initiative" **www.freedom-for-ocalan.com** *zu finden.*

Türkei wegen Verstosses gegen Meinungsfreiheit verurteilt

Der Europäische Gerichtshof in Straßburg hat dem Autor eines pro-kurdischen Artikels Recht gegeben, der in der Türkei wegen "Separatismus" inhaftiert worden war. Damit habe die Regierung in Ankara gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit verstoßen, rügten die Straßburger Richter. Sie wiesen die Türkei an, dem jetzt in Deutschland lebenden Mann 5000 Euro Schadenersatz zu zahlen. Der Kläger war im Dezember 1996 von einem so genannten Staatsicherheitsgericht in Istanbul zu einem Jahr und acht Monaten Haft sowie zu einer Geldbuße von rund 850 Euro verurteilt worden. Ihm wurde ein Artikel in der Wochenzeitung "Newroz" vorgeworfen, in der er das Vorgehen der Türkei gegen die kurdische Minderheit kritisierte. Der Gerichtshof in Straßburg wertete diese Strafe als unangemessen. Der Kommentar sei zwar sehr beißend gewesen und habe ein "extrem negatives Bild" von der Türkei gezeichnet. Er habe aber weder zu Gewalt, noch zu Hass, Aufstand oder bewaffnetem Widerstand aufgerufen.
Ein weiteres Urteil sprach der Europäische Gerichtshof in Straßburg gegen die Türkei wegen der Vertreibung von Kurden. Die Richter gaben am Dienstag den Erben eines mittlerweile verstorbenen Mannes Recht, dessen Bauernhof im Südosten der Türkei im April 1992 von Polizisten in Brand gesetzt wurde. Die Flammen vernichteten das Haus und die Ländereien des damals 71-Jährigen, der mit seiner Familie flüchtete. Später forderte er vergeblich Schadensersatz. Nach eigenem Bekunden wurde der Mann daraufhin von Soldaten verprügelt. *(afp, 9.11., ISKU)*

und Ankara. Tausende StudentInnen demonstrieren seit fast einer Woche für eine Auflösung des Hochschulrats YÖK und die Freiheit von Lehre und Forschung. Die Polizei geht mit Schlagstökken, Tränengas und abgerichteten Hunden gegen die Studierenden ein. Diese reagierten mit Brandsätzen und Steinen.
In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten Studenten verschiedener Universitäten und der »Gesellschaft für Meinungsfreiheit und Ausbildungsrechte« anlässlich des 23. Jahrestags der YÖK-Gründung eine »Kasernenhofmentalität« im türkischen Bildungswesen. Seit einem Viertel-jahrhundert habe sich der YÖK wie eine »dunkle Wolke« über die Universitäten gelegt. Reformen seien allein im Interesse des Kapitals geschehen.
Bereits am Donnerstag und Freitag war es an Universitäten in Istanbul und Ankara zu Zusammenstößen zwischen linken und nationalistischen Studentengruppen gekommen. Am Freitag gingen an der Marmara-Universität in Istanbul dutzende StudentInnen mit Stöcken und Steinen aufeinander los, nachdem eine rechte Gruppe auf dem Campus demonstriert hatte.

(jW, ap, 5./10.11.,ISKU)

Quellen:

AW	Azadiya Welat
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
II	Internationale Initiative
AHB	Asrin Hukuk Bürosu
jW	junge Welt

Termine

XII. Hüseyin Celebi Gedicht und Kurzgeschichten Veranstaltung

Die diesjährige Hüseyin Celebi Gedicht und Kurzgeschichten Veranstaltung findet am **20.11.** ab **12 Uhr** im **Audimax** der **Technischen Universität** in **Damstadt** statt. Mit auf dem Programm: Lilith, (Deutsch-Kurdische Musik), Koma Ciya und der Stand Up - Künstler Murat Batgi.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 182
19. November 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Bevölkerung des Irak ist Terror von allen Seiten ausgesetzt

Kurden in Mossul brutal ermordet

In Mossul wurden erneut drei Kurden auf grausame Weise hingerichtet. Pesmergas aus Hewler und Sulemaniya wurden nach Mossul verlegt, um kurdische Einrichtungen zu schützen.
Alle drei Kurden, die von militanten Fundamentalisten entführt worden waren, wurden enthauptet. Die Leichen wurden in der Nähe des Salamkrankenhauses gefunden. Bei eimen der Getöteten handelt es sich um Mistafa Goran Azîz, 45 aus dem Dorf Berderes, die Namen der anderen sind noch nicht bekannt.
In den kurdischen Organisationen der Region wird davon ausgegangen, dass die drei Kurden von der Mossuler Polizei an die Fundamentalisten übergeben worden waren. Gegen die Polizei wurde eine Untersuchung begonnen. Der Leiter der Mossuler Polizei, Muhammed Xeyrî Berhawî, wurde seines Amtes enthoben. Die Vertreter von KDP und PUK haben begonnen, wegen der Zunahme von Morden aktiv zu werden. Sie erklärten, sie werden sich mit aller Härte gegen die Angriffe einsetzen.
Weiter wurde bekannt, dass am Abend des 14. Novembers das Büro der Islamischen Partei Kurdistans und das Haus des Gouverneurs von Mossul, Dured Muhammed Kesmula angezündet wurden. Der Sprecher der KDP, Yunus Rojbeyanî hatte in der vergangenen Woche erklärt, innerhalb der letzten 20 Tage seien etwa 50 Kurden hingerichtet worden.
Militante Fundamentalisten und Baathisten sollen sich nach Informationen frei in der Stadt bewegen und hätten zahlreiche Einrichtungen unter ihre Kontrolle gebracht. Die irakische Armee unterstütze sie dabei, während die amerikanischen Kräfte sich auf eine große Operation vorbereiten würden. Die amerikanische Armee soll ihre Vorbereitungen für eine Operation gleich der von Faludscha in Mossul abgeschlossen haben.

Protest gegen Irak-Krieg
Einige zivilgesellschaftliche Organisationen in der Türkei, unter ihnen auch der IHD und Mazlum-Der bezeichneten die Ereignisse im Irak und den Krieg in Falludscha als Pogrom und verurteilten die Angriffe. Der Vorsitzende von Mazlum-Der; Alhan Bilgen, der Vorsitzende des IHD, Yusuf Alatas, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Hak-Is, Yusuf Engin, der Vertreter der Zeitschrift Genç, Birikim Ali Koçar und der Vertreter der Internationalen Jugendstiftung Fatih Akdag gaben eine gemeinsame Erklärung ab.
Die Erklärung wurde im Gebäude von Mazlum-Der abgehalten und von dem stellvertretenden Vorsitzenden von Mazlum-Der, Ayhan Bilgen, verlesen. Bilgen erklärte, die Grausamkeiten in Falludscha seien Terror des amerikanischen Staates: "In diesem Krieg wird das internationale Recht verletzt, Moscheen, Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen werden bombardiert." MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen hatten berichtet, dass bei dem US-Angriff auf Falludscha mindesten 800 ZivilistInnen getötet wurden.
Dieser Angriff, der unter dem Namen "Kampf dem Terror" geführt wird, bedrohe zunächst den Mittleren Osten, aber auch die gesamte Menschheit. Bilgen kritisierte das Schweigen über diesen Krieg und sagte: "Wir dürfen nicht schweigen und müssen unsere Stimmen erheben. Das Ramadanfest soll dem Volk des Irak Frieden und Freiheit bringen."
Der Vorsitzende des IHD, Yusuf Alatas erklärte, im Irak spiele sich eine menschliche Tragödie ab. "Alle Regeln der Menschlichkeit wurden missachtet. Im Irak findet ein Angriff ohne die Prinzipien der Menschlichkeit statt. Wir wollen, dass es auf der Erde überhaupt keinen Krieg mehr gibt. Wenn aber dennoch ein Krieg stattfindet, müssen die Bedingungen und Bestimmungen der Menschlichkeit eingehalten werden. Im Irak werden diese missachtet."
Der stellvertretende Vorsitzende von Hak-Is, Yusuf Engin, wies auf das Schweigen gegenüber dem Krieg hin und sagte: "Die Politiker der Region befürchten, wenn sie sich gegen den Krieg äußern, wirkt sich das negativ auf ihren Ruf aus. Dann reagiert die USA negativ auf sie, daher schweigen sie."
(AW, 15.11., DIHA 17.11., ISKU)

Vergeltungsaktionen der HPG

Die Volksverteidigungskräfte (HPG) führten in Erinnerung an den Guerilla Riza Çakan (Enwer) zwei Aktionen durch, wobei vier Spezialkräfte und zwei Soldaten getötet wurden. Drei Spezialkräfte und vier Soldaten wurden verletzt.
Die Zentrale für Presse und Außenbeziehungen der HPG gab in einer Erklärung bekannt, dass die Guerilla am 11. November für den Guerilla Riza Çakan, der am 1. November in der Gegend von Hecî Çerkez sein Leben verloren hatte, zwei Gedenkaktionen durchgeführt habe. Die erste Aktion fand dort statt, wo Enwer sein Leben verloren hatte.
Die HPG hatten in der Nacht des 11. November gegen die Soldaten, die zu einer Operation ausgerückt waren, eine Aktion durchgeführt. Zwei Soldaten wurden getötet und vier verletzt. Die andere Aktion fanden in der Region Sert Parwarî statt. Ein Militärkonvoi, bestehend aus acht Fahrzeugen, geriet in einen Hinterhalt der Guerilla. Hierbei wurden vier Spezialkräfte getötet und drei weitere verletzt. Danach rückte die Armee nicht mehr zur Operation aus, sondern zog sich zurück.
Das Pressezentrum der HPG gab weiter bekannt, dass in Gabar die Einheiten der türkischen Armee, die zu einer Operation aufgebrochen waren, in einen Hinterhalt der Guerilla geraten seien. Zahlreiche Soldaten sollen dabei getötet und verletzt worden sein.
(DM, 15.11., ISKU)

Struck für Panzerlieferung

Verteidigungsminister Peter Struck hat bei einem Besuch in Ankara die grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, der Türkei mehrere hundert Kampfpanzer des Typs Leopard-2 aus Bundeswehrbeständen zu liefern. Falls die Türkei eine entsprechende Anfrage stellen sollte, werde er dies unterstützen, sagte Struck am Donnerstag nach einem Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Vecdi Gönül in Ankara. Beide Minister betonten, die Gespräche über das Thema seien noch nicht abgeschlossen. Es habe noch keinen "Handschlag" für das Geschäft gegeben, sagte Gönül. Struck sagte, es müssten «Übergangslösungen» für die Zeit geprüft werden, bis die Türkei in der Lage zu eigener Panzerproduktion sei. Die Türkei bot der EU außerdem militärische Unterstützung ihrer Eingreiftruppen an, auch wenn das Land noch nicht Mitglied der Union sei. *(dpa/afp, 18.11., ISKU)*

Meldungen

Kurdische Frage im italienischen Senat diskutiert
Auf einer Versammlung des italienischen Senats erklärte Veli Büyüksahin Vorstandmitglied der DEHAP, dass Europa eine wichtige Rolle bei der Lösung der kurdischen Frage spielt. Europa solle für den Frieden in der Türkei sowohl von Seiten der türkischen Regierung wie auch von kurdischer Seite einen Waffenstillstand einfordern. *(RTV, 17.11., ISKU)*

Militär verbrennt Wälder
In Dersim kam es nach Beschuss mit Mörsergranaten erneut zu einem Waldbrand. Der Wald des Dorfes Torunoba in der Region Dersim Ovacik wurde mit Mörsergranaten in Brand gesetzt.
(DM, 15.11., ISKU)

Türkischer Sicherheitsrat vernichtet Überwachungsdaten
Der lange von den Militärs beherrschte Nationale Sicherheitsrat der Türkei hat einem Zeitungsbericht zufolge im Rahmen der EU-Reformen Überwachungsdaten über mutmaßliche "Staatsfeinde" vernichtet. Zudem sei das Personal im Generalsekretariat des Rates stark abgebaut worden, berichtete die pro-europäische türkische Tageszeitung "Radikal" am Donnerstag. *(afp, 18.11., ISKU)*

Polizeihaft wird verkürzt
Die türkische Regierung will die gesetzliche Höchstdauer der Polizeihaft verkürzen, um die Folter zu bekämpfen. Nach der neuen Strafprozessordnung müsse die Polizei einen Verdächtigen spätestens 24 Stunden nach der Festnahme einem Haftrichter vorführen. Bisher lag diese Frist beim Verdacht auf schwere Straftaten bei 48 Stunden und konnte per Sondererlaubnis auf vier Tage ausgeweitet werden; künftig soll die Höchstdauer in Ausnahmefällen bei drei Tagen liegen. In der Polizeihaft zwischen der Festnahme und dem ersten Termin beim Haftrichter werden in der Türkei die meisten Folterungen und Misshandlungen verübt, meist um Geständnisse zu erpressen. *(afp, 16.11., ISKU)*

Vier Jahre Haft für Mord durch Folter
Mit dem Urteil des Kassationsgerichtshofes im Fall des Gewerkschafters Süleyman Yeter, der im Gefängnis zu Tode gefoltert wurde, erlangte die verhängte Haftstrafe von 4 Jahren und 2 Monaten Rechtskraft. Yeter war zunächst 1997 wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft einer verbotenen Vereinigung verhaftet und gefoltert worden. Wieder auf

Beitrag Abdullah Öcalans zur Minderheitendebatte in der Türkei

"Drei Identitäten"

Für höchste Aufregung in der politischen Landschaft der Türkei hat der Bericht einer beratenden Kommission des Ministerpräsidenten gesorgt, der sich hauptsächlich mit dem Status von so definierten "Minderheiten" und deren Definition befasste. Dieser Bericht löste eine breite Debatte über den Minderheitenbegriff aus. Die in der Debatte verwendeten Begriffe und Konzepte sind schwer ins Deutsche zu übertragen, da die Verwendung von Begriffen wie "Volk" und "Nation" im Türkischen und in der Türkei zum Teil erheblich vom Deutschen abweicht, die unterschiedlichen Nuancen sind teilweise kaum übersetzbar. Daher sind sie jeweils in Klammern im Original nachgestellt. Öcalan vertritt keinen ethnisch definierten Nationenbegriff, sondern einen eher territorial definierten. Er schlägt vor, von einer "Nation Türkei" zu sprechen, ähnlich der "American Nation", die verschiedene Ethnien umfassen kann.

Öcalan bewertete den Kommissionsbericht überwiegend positiv: "In Hinblick auf die kommende Transformation der Republik handelt es sich um einen wissenschaftlichen, zeitgemäßen Bericht, soweit ich das aus der Presse entnehmen kann. Ich denke, er kommt demokratischen Maßstäben nahe. Er ist ein Dokument, das konsequent die Tür für eine demokratische Weiterentwicklung und Transformation der Republik aufstößt. Ein Stück weit zeigt er auch einen Ausweg."

Seine eigenen Vorschläge weichen jedoch in einigen Punkten von denen des Berichts ab:

"Der Begriff der Zugehörigkeit zur Türkei [Türkiyelilik] unterscheidet sich von meinem Begriff. Die Diskussion über das Türkischsein, die Frage, wie viel türkisch und wie viel kurdisch man ist, führt in einen Sackgasse. Das möchte ich nicht diskutieren. Mein Lösungsvorschlag war ein anderer. Ich möchte in diesem Sinne einen Beitrag leisten. Man muss sich ansehen, wie Mustafa Kemal seinerzeit an die Sache heranging. Als die Republik gegründet wurde, wollten sie sie 'Türkische Republik' [Türkî Cumhuriyet] nennen, aber Mustafa Kemal lehnte das ab. Er setzte den Namen 'Republik Türkei' [Türkiye Cumhuriyeti] durch. Diesen Namen wollte er ganz bewusst, denn er betont den Aspekt der Staatsbürgerschaft [Vatandaslik, Mitbürgerschaft im geographischen Sinne]. Er wollte keine rassische [irk] Definition der Republik. Bei ihm gab es keinen rassischen Nationalismus. Er vertrat einen kulturellen Nationalismus. Für ihn hing die Staatsbürgerschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einer Rasse [irk] oder Ethnie ab. Ohnehin sind Ethnie und Nation [millet, eigl. Nation im religiösen Sinne] Zugehörigkeitsformen. Für die Staatsbürgerschaft musste man nicht unbedingt türkisch sein.

Jetzt kann man natürlich fragen wie man den Ausdruck 'Wie glücklich der, der sich Türke nennt' ["Ne mutlu Türküm diyene"] interpretieren soll. Das rührt von der osmanischen Auffassung von 'begriffsstutzigen Türken' [idraksiz Türkler] her. Man hielt die in Anatolien lebenden Turkmenen für 'begriffsstutzige Türken' und zählte sie nicht zu den Staatsbürgern. Mustafa Kemal verwendete diesen Ausdruck also, um diese falsche Auffassung zu zerstreuen und das Selbstbewusstsein der Mitbürger zu fördern. Das tat er in einem Prozess der natürlichen Assimilation. Unter den damaligen Bedingungen überhöhte er also diese Mitbürger, damit sie sich nicht selbst verachten. Er benutzte diesen Ausdruck gegen eine feudale Auffassung. Dabei konnte keine Rede davon sein, dass man zu Leuten sagte: 'Verleugne deine eigenen Identität, werde zwangsweise Türke', wie es später geschah. In jenem Prozess einer natürlichen Assimilation gab es Kurden, die 'türkisiert' wurden [Türklesen Kürtler] genauso, wie es Türken gab, die 'kurdisiert' wurden [Kürtlesen Türkler].

Kommen wir also zum Nationsbegriff: Ich habe einen zeitgenössischen Nationenbegriff. Ich rede konkret über die Türkei. Ich glaube, dass der Begriff der 'Nation Türkei' [Türkiye ulusu, hier nicht-ethnischer Nationenbegriff, der sich nicht mit dem im Deutschen verwendeten deckt] eher zu einer Lösung führt als der Begriff einer 'Zugehörigkeit zur Türkei [Türkiyelilik]. Die Türkei redet vom französischen Modell, das ist richtig. 'Amerika' wird als geografischer Begriff verwendet, viele Nationen [ulus] leben dort. Der Ausdruck 'American nation' [Amerikan ulusu] umfasst sie alle. Wer in den USA lebt, gehört zur 'American nation'. In Großbritannien gibt es Schotten, Waliser, Iren. Sie alle bezeichnen sich als 'Britische Nation'. In der Schweiz leben vier Völker, es gibt verschiedene Kantone, aber letztlich gibt es eine Nation 'Schweiz'. Auch in der Türkei kann es verschiedene Nationen [ulus] geben, aber es sollte den Begriff der 'Nation Türkei' geben. Professor Baskin Oran sagt dazu: 'Wenn man sie mit Gewalt zusammenpresst, zerspringt sie, das vertieft die Spaltung.' Die Amtssprache der Türkei ist Türkisch. Man sollte Türkisch lernen, aber man sollte auch die anderen Sprachen lernen. Man sollte diese anderen Sprachen auch im Bildungssystem und in der Presse benutzen. Es ist gefährlich zu sagen: 'Jedem Volk [millet] seinen eigenen Staat'. Für jede Ethnie, jede Nationalität einen Staat, eine Föderation, das vertieft die Spaltung. Das führt zu Ergebnissen wie in Tschetschenien und in Palästina.

Wir fördern die demokratische Ganzheit. Wir sagen: In der übergreifenden Identität des Staates können sich alle Kulturen ausdrücken. In der demokratischen Ganzheit haben alle Kulturen die Freiheit, sich auszudrücken. Die übergreifende Identität des Staates drückt eine Zugehörigkeit, die Staatsangehörigkeit aus. Auch die 'Nation Europa' ist so eine übergreifende Identität. 25 Staaten haben die europäische Verfassung unterzeichnet. Der Begriff 'Nation Europa' wurde ausgerufen. Europa ist eine übergreifende Identität. In der Türkei kann es so sein wie in Europa. Die verschiedenen Völker [millet] sind Bestandteil der 'Nation Türkei' [Türkiye ulusu]. Jedes Volk [millet] ist frei im Gebrauch seiner Sprache in Medien und Bildung, fördert seine Kultur.

Ich schlage eine Formel vor: Man geht von drei Identitäten aus. Die erste ist die Nation Europa [Avrupa ulusu], die zweite die Nation Türkei [Türkiye ulusu], die dritte die nationale [kavimsel] Eigenheit jeder ethnischen Identität. Dann kann man sagen: Ich gehöre zur Nation Europa, ich gehöre zur Nation Türkei, aber gleichzeitig bin ich Kurde, Türke oder Tscherkesse und so weiter. In Spanien ist das so. Einer ist Katalane, gehört zur Nation Spanien und ist Europäer. Das gibt es in ganz Europa. So kann es auch in der Türkei sein. Es gibt diese Parole: 'Ja zu Unterschieden, nein zur Abspaltung'. Das gefällt mir. Dieser Begriff kann die Türkei einen. Ich sage ebenfalls: 'Ja zu Unterschieden, nein zur Abspaltung'. Jede Subidentität kann ihre eigenen Symbole verwenden, ihre Sprache verwenden, Bildung betreiben. Es kann auch symbolische Identitäten geben."

Der hier wiedergegebene Text ist ein Auszug aus dem letzten stattgefundenen Gespräch Abdullah Öcalans mit seinen AnwältInnen am 10. November. Das Gespräch in dieser Woche fiel wiedereinmal wegen "schlechten Wetters" aus.

Der Bericht über die weiteren in der vergangenen Woche angesprochenen Themen – u.a. eine Bewertung des Kemalismus und die Diskussion über demokratische Organisierung und Staat – kann auf unserer Webseite nachgelesen werden.

Zur Vertiefung der hier angerissenen Diskussion sei an dieser Stelle noch einmal auf das 2003 im Atlantik-Verlag erschienene zweibändige Werk "Gilgameschs Erben" von Abdullah Öcalan verwiesen. Auch zwei weitere im Gefängnis verfasste Bücher Öcalans – die "Athener Verteidigung" und "Ein Volk verteidigen" – werden in naher Zukunft in deutscher Sprache veröffentlicht.

---

freien Fuß zeigte Yeter 15 Polizeibeamte wegen Folter an. Am 5. März 1999 wurde er erneut verhaftet und verstarb nach 48-stündiger Haft in der Istanbuler Anti-Terror Direktion. Das gerichtsmedizinische Urteil kam zu dem Schluß, dass die Todesursache Folter sei, woraufhin drei Beamte angeklagt wurden. Das geringe Strafmaß wurde damit begründet, dass die Tat nicht einer Person unmittelbar zugeordnet werden konnte. Außerdem wurde den verurteilten Polizisten "gute Führung" zugebilligt.

(RA, 11.11., ISKU)

Schließungsgefahr für Lehrergewerkschaft

Zwar war der Antrag auf Schließung der Lehrergewerkschaft Egitim Sen in erster Instanz vom Arbeitsgericht abgelehnt worden, doch wurde nun dieses Urteil vom Kassationsgerichtshof aufgehoben. Geklagt hatte der Generalstab und der Provinzgouverneur von Ankara, weil die Verankerung des Ziels muttersprachlichen Unterrichts auch in anderen Sprachen als Türkisch in der Satzung der Gewerkschaft gegen die Verfassung verstoße. Mit dem Urteil des Kassationsgerichtshofes wurde das Verfahren an das Arbeitsgericht zur erneuten Beratung zurücküberwiesen.

(RA, 13.11., ISKU)

Erfolg für Bauern von Bergama

1998 hatten Anwälte der Dörfler von Bergama Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erhoben, weil ein gegen den Betrieb der Goldwaschanlage der Gesellschaft Normandie verhängtes Gerichtsurteil nicht vollzogen wurde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kam zu dem Schluß, dass u.a. das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren sowie die Achtung des persönlichen und Familienlebens verletzt worden seien und verurteilte die Türkei zu einer Geldstrafe von insgesamt 30.000 Euro. *(AS, 11.11., ISKU)*

Quellen:

AW Azadiya Welat
DM Denge Mezopotamya
DIHA Dicle Nachrichtenagentur
RTV Roj TV
AS Aksam
RA Radikal

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 183
26. November 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Armee tötet 12jährigen Jungen und seinen Vater

Der schmutzige Krieg kehrt zurück

Bei einer Operation der türkischen Armee am Montag hat die türkische Armee zwei Kurden erschossen. In der türkischen Presse war kurz darauf von zwei bei einem Gefecht getöteten Terroristen die Rede.
Inzwischen belegen jedoch die Aussagen von ZeugInnen sowie eine Untersuchung des Menschenrechtsvereins IHD, dass es sich bei den Toten um den 12-jährigen Ugur Kaymaz und dessen Vater Ahmet Kaymaz handelt und kein Gefecht stattgefunden hat – Vater und Sohn wurden Opfer einer außergerichtlichen Hinrichtung.
Dem Bericht des IHD zufolge starben Ugur und Ahmet Kaymaz am Montag vor ihrem Haus im Turgut-Özal-Viertel in Mardin-Kiziltepe. Die beiden seien unbewaffnet in das Kreuzfeuer der türkischen Armee geraten – ein Gefecht habe, wie ZeugInnen bestätigen, nicht stattgefunden. Auch wurden weder am Fahrzeug der Soldaten noch in der nähren Umgebung Einschüsse oder andere Spuren eines Gefechts gefunden. Dagegen sind bei der Obduktion 13 Gewehrkugeln im Körper von Ugur und 8 Kugeln in der Leiche seines Vaters gefunden worden. Der Inhaber eines benachbarten Geschäfts berichtete darüber hinaus, dass nach den tödlichen Schüssen ein Gewehr neben die Leiche des 12-jährigen Ugur gelegt wurde, um den Anschein eines Gefechts zu erwecken.



5.000 Menschen demonstrieren in Mardin gegen Staatsterror (Foto: DIHA)

Demonstration gegen Staatsterror
Am Donnerstag versammelten sich tausende Menschen vor dem Haus der Familie Kaymaz, um der Toten zu gedenken und gegen den staatlichen Terrorismus und die anhaltenden Militäroperationen zu demonstrieren. Die DemonstrantInnen, unter ihnen der Bürgermeister von Kiziltepe, der Vorsitzende der DEHAP in Mardin, VertreterInnen von Gewerkschaften und anderer ziviler Organisationen und MitschülerInnen des ermordeten Jungen forderten den Rücktritt des Gouverneurs der Provinz Mardin und die Bestrafung der Täter. In Sprechchören hieß es: “Der Staat ist der Mörder – Der Gouverneur ist der Terrorist”.

HPG verurteilen Angriff
Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß, dass die militärischen Operationen der türkischen Armee gegen die Volksverteidigungskräfte HPG erfolglos sind, sie jedoch bei ihren Operationen die Bevölkerung angreifen. In der Erklärung wurde die Hinrichtung von Ahmet Yilmaz und dessen 12-jährigem Sohn Ugur scharf verurteilt. Die HPG erklärte, diese Ereignisse zeigen, dass man die Methoden des schmutzigen Krieges der Vergangenheit wieder aus dem Grab hervor hole. Dieser Angriff, der gegen die Moral und das Recht verstoße, wurde in der türkischen Presse als "In einer Auseinandersetzung wurden zwei Terroristen getötet" verkauft.
Die HPG erklärte, dass die zwei Personen, die im Mardiner Stadtteil Turgut Özal erschossen wurden, nichts mit der Guerilla zu tun hätten. Der 12jährige Ugur Kaymaz und sein Vater Ahmet Kaymaz wurden zum Ziel des Staatsterrors und zum Neubeginn des schmutzigen Krieges. "Die Kräfte der türkischen Armee haben zum Ziel, mit diesem schmutzigen Angriff die Öffentlichkeit zu betrügen und ihre Politik der Zerstörung und des Terrors gegen die Zivilbevölkerung zu verstecken." Die HPG ruft die Bevölkerung auf, Initiativen gegen diesen Angriff, der unschuldige Kinder und Zivilpersonen zum Ziel hat, zu ergreifen.
(MHA/AW, 24./25.11., ISKU)

“Isolation gegen Bevölkerung”

Bei der Konferenz "Die Europäische Union und die KurdInnen" im Europaparlament in Brüssel erklärte Mahmut Sakar, Anwalt Abdullah Öcalans, dass in den Entwicklungen der Türkei die KurdInnen nicht entsprechend bedacht worden sind. Mahmut Sakar sagte, es heiße, Reformen würden umgesetzt, jedoch hätten die KurdInnen davon noch nicht profitiert. Es sei immer noch der Fall, dass die staatliche Gewalt gegen die Bevölkerung nicht wahrgenommen werde. Sakar sprach von der Realität des Krieges in der Türkei. Die kurdische Bevölkerung aber wolle keine Gewalt.
Zu den Haftbedingungen Öcalans sagte Sakar, dass er sich seit sechs Jahren im Gefängnis Imrali in Isolation befindet. Auch die Treffen mit seinen AnwältInnen werden ständig behindert und diese Situation verschlechtere sich ständig. Die Europäische Union müsse diese Situation überprüfen, denn die kurdische Bevölkerung verstehe die Isolation Öcalans wie eine Isolation gegen sie selbst. Öcalan habe große Schritte für den Frieden unternommen. Diese Entwicklungen müssten Beachtung finden. Wenn die Rede von einer stillen Revolution ist, sind dessen Architekten Öcalan und die KurdInnen. Der Kampf für den Frieden ist verbunden mit dem Willen der KurdInnen. Das ist nicht der Wille Washingtons und nicht der Wille Brüssels. Notwendig sei den Weg zu öffnen, damit Öcalan seine historische Rolle spielen kann.
(AW, 24.11., ISKU)

Meldungen

Besuch bei Abdullah Öcalan erneut verhindert
Ungeachtet der Ankündigung, den BesucherInnen Abdullah Öcalans in Zukunft ein funktionierendes Schiff für die Überfahrt nach Imrali zur Verfügung zu stellen, wurde am Mittwoch den AnwältInnen wie schon in der letzten Woche der Besuch verwehrt. Begründung wie immer: “Schlechtes Wetter”.
(DIHA, 25.11., ISKU)

EU-Außenminister für Beitrittsgespräche mit Türkei
Die Außenminister der 25 EU-Staaten haben sich nach einem Bericht der türkischen Zeitung "Hürriyet" auf den Beginn von Beitrittsgesprächen mit der Türkei im kommenden Jahr geeinigt. Bei einem Treffen der Minister am Montag habe Einvernehmen darüber geherrscht, dass die Beitrittsverhandlungen in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres beginnen sollten, berichtete das Blatt am Dienstag. Die Ergebniss des Ministertreffens sollen laut "Hürriyet" am Mittwoch in Den Haag dem türkischen Außenminister Abdullah Gül erläutert werden. Eine offizielle Bestätigung des Zeitungsberichts lag zunächst nicht vor. Formell will die EU bei einem Gipfeltreffen im Dezember über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden.
(AFP, 23.11., ISKU)

10 Monate Haft für Mitarbeit an Internet-Projekt
Der Bauingenieur H. Ertas wurde wegen "Propaganda für den KADEK" zu 10 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Ertas' Anwalt Suna Coskun erklärte, sein Mandant sei während seines Studiums an der Euphrat-Universität als freiwilliger Editor beim Open Directory Project (www.dmoz.org) in der Unterkategorie "Ethnische Gruppen/Kurden" tätig gewesen. In jener Zeit habe er sich für Kurden interessiert und dazu recherchiert. Als "freiwilliger Editor" habe er die eingehenden Vorschläge sortiert, für deren Inhalt könne er jedoch nicht verantwortlich gemacht werden. Dafür sei im internationalen Recht keine Strafe vorgesehen, so Coskun. Es könne keinesfalls als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gewertet werden, deshalb habe er Freispruch beantragt. Das Gericht verurteilte Ertas zu 10 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 416 Millionen Türkischen Lira. Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt.
(MHA, 25.11., ISKU)

Europa ist jetzt verantwortlich

Das Mitglied des Komitees für Wissenschaft und Kunst des KONGRA-GEL Mustafa Karasu erklärte, dass Europa die kurdische Frage nicht richtig verstanden habe. Wenn man die Verleugnung der KurdInnen durch die Türkei geschichtlich betrachtet, könne jedoch die Diskussionen der letzten Zeit über die kurdische Frage im Rahmen der EU positiv bewertet werden. Karasu forderte, dass die EU der Türkei sage, dass sie den KurdInnen ihre demokratischen Rechte, wie ihre Identität, ihre Sprache, ihre Kultur und die Freiheit sich zu organisieren zusichern soll. Bisher sei die kurdische Frage beiseite gelassen worden: "Europa behandelt einige Dinge in einer undeutlichen politischen Sprache. Das sehen wir kritisch. Europa selbst ist jetzt für die kurdischen Frage verantwortlich."
Karasu erinnerte daran, dass das jetzige System im 20. Jahrhundert mit der Zustimmung Europas auf der Basis ihrer Interessen auf der Verleugnung der KurdInnen aufgebaut wurde. Karasu erinnerte daran, dass Europa von sich selbst sage, es sei demokratisch und dass Europa Grundrechte der Völker zum Opfer seiner Politik mache. Dies aber passe nicht zu Europa. "Für uns ist die Haltung Europas zu dem Problem sehr wichtig. Europa betrachte auch ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen. Es will nicht, dass sich die Türkei zu weit entfernt und zeigt daher eine opportunistische Haltung damit die Türkei sich nicht anderen Ländern zuwendet."
Daher macht sie der Türkei einige Mängel zum Vorwurf. Über den Fortschrittsbericht der EU zur Türkei erklärte er, dass es zwischen der Türkei und der Europäischen Union wie auf einem Bazar zugehe. Dieses Geschäft betreffe vor allem die KurdInnen. "Diese Situation schmerzt. Was die Demokratie betrifft ist das eine große Schande. Aber die KurdInnen haben gelernt damit umzugehen, denn für uns ist dies nicht neu. Der Kampf der KurdInnen ist aber an einem Punkt angekommen, wo man sie nicht mehr verleugnen kann. Am Ende werden sie ihre demokratischen Grundrechte bekommen."
Die Türkei wolle die kurdische Frage mit begrenzten Schritten lösen und Europa ist bereit dies zu akzeptieren. Aber die Türkei hält an der Leugnung der kurdischen Identität fest. In der Praxis aber sind Aufweichungen zu erkennen unter Beibehaltung der Politik der Leugnung. Dies sei ein neues Konzept der Türkei. Die Rechte der KurdInnen würden für wirtschaftliche und politische Interessen geopfert.
Zum Einfluss der USA auf die KurdInnen erklärte Karasu: "Der Einfluss der USA ist auf die KurdInnen im Süden groß. Etwas Einfluss hat auch Europa, aber die USA haben wegen der Situation im Irak aufgrund ihrer Kurdenpolitik eine Entwicklung in Gang gesetzt. Der Beitritt der Türkei in die EU ist im Interesse der KurdInnen und des Mittleren Ostens. Die KurdInnen unterstützen die Türkei auf ihrem Weg nach Europa. Es ist für uns sehr wichtig, dass das kurdische Volk seine Freiheit auf der Basis der Demokratisierung der Türkei erreicht. Die USA wollen, dass die Türkei sich unter ihrem Einfluss in die EU begibt. Wenn sie damit keinen Erfolg verzeichnen, werden sie sich bemühen den Betritt zu behindern. Dies muss beachtet werden. Außerdem ist es notwendig, dass die kurdischen PolitikerInnen diese Alternative bewerten und eine eigenständige Politik entwickeln." *(RTV, 24.11., ISKU)*

11. Dezember: Demonstration in Brüssel

Zu der Entscheidung des Europaparlamentes, ob Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden, wird das kurdische Volk seine Bemühungen verstärken. KurdInnen, die erwarten, dass in der Zukunft der Europäischen Union auch die 20 Millionen KurdInnen als TeilnehmerInnen gesehen werden, demonstrieren am 11. Dezember in Brüssel.
Die Kampagne der Konföderation der kurdischen Vereine in Europa, KON KURD, wird unter der Parole "Die KurdInnen wollen Dialog und eine Lösung" geführt. Im Rahmen der Kampagne, die am 1. Dezember beginnen wird, wird am 11. Dezember eine große Demonstration in Brüssel stattfinden. Die Hauptforderung ist, dass auf der Versammlung am 17. Dezember und auch danach auch die KurdInnen als TeilnehmerInnen für die Lösung gesehen werden. Tausende KurdInnen werden sich an der Demonstration beteiligen. Auf der Demonstration soll gegen die Politik der AKP protestiert werden, die die Rechte der KurdInnen in Bezug auf Kultur, Gesellschaft und Politik nicht anerkennen will.
(RTV, 24.11., ISKU)

Türkei macht Rüstungsfirmen Hoffnung

Die Türkei ist für eine deutsche Beteiligung am künftigen Bau eines nationalen Kampfpanzers offen. Nach Verteidigungsminister Vecdi Gönül werde das mit der Entwicklung des Prototyps betraute türkische Firmenkonsortium zu gegebener Zeit auf die deutsche Rüstungsindustrie zukommen.
"Sie werden sich bei den deutschen Herstellern des Leopard ein Bild machen – ob es dabei um eine Lizenzfertigung gehen kann, bleibt dem Konsortium überlassen."
Die Firmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall DeTec hoffen bei der geplanten Panzerentwicklung auf Milliardenaufträge. Das türkische Modell soll allerdings erst ab 2012 ausgeliefert werden. Bis dahin will die Regierung in Ankara die veraltete Panzerflotte durch den Kauf einiger hundert Leopard-II-Panzer aus Bundeswehrbeständen auffrischen.
"Unser Hauptziel ist, Panzer in der Türkei zu bauen, nicht Panzer zu kaufen. Aber das braucht Zeit", sagte er bei einem Besuch in Berlin. Für die Übergangszeit werde der Bedarf noch definiert.
In Deutschland hatten die Grünen wegen der Unterdrückung der Kurden Rüstungsgeschäfte mit Ankara lange abgelehnt. Seit der Empfehlung der EU-Kommission, mit dem Land EU-Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, haben Regierungsmitglieder aber ein Umdenken signalisiert.
Die Türkei forciert derweil ihre Beteiligung an Militäreinsätzen der EU. So werden türkische Einheiten unter dem künftigen EU-Kommando in Bosnien-Herzegowina dienen. Außerdem bestätigte der Verteidigungsminister die Bereitschaft, bei den geplanten europäischen Kampftruppen mitzumachen. *(FTD, 25.11., ISKU)*

Lebende Schutzschilde: "Schluss mit den Morden und der Umweltzerstörung"

Nachdem die Lebenden Schutzschilde aus Colemerg (Hakkari), Adana und Mersin aus dem Gefängnis Bitlis entlassen worden sind, forderten sie ein Ende der Morde und der Umweltzerstörung.
Die Lebenden Schutzschilde fuhren nach Wan und gaben vor dem dortigen DEHAP Gebäude eine Presseerklärung ab. Hesen Iraz sprach im Namen der Gruppe. Sie sagte, das Ziel der Lebenden Schutzschilde sei die Verteidigung des Friedens. Sie seien zunächst nach Berçelan gegangen, um die Schädigungen, die das Giftgas Mensch und Natur antun, zu verhindern. Dann seien sie auf den Katoberg gegangen, um dort die Operationen zu stoppen: "Unser Ziel ist es, die Zerstörung der Natur und die Ermordung von Menschen zu verhindern. Dies ist der Grund warum wir verhaftet wurden". Sie werden um den Krieg zu stoppen ihren Kampf fortsetzen und rief alle auf ihre demokratischen Aktionen zu unterstützen. *(RTV, 24.11., ISKU)*

Kampagne gegen Landminen
Nach dem in diesem Jahr allein in der Region Hakkari 50 Menschen durch die Explosion von Landminen verletzt wurden oder ums Leben kamen, haben AktivistInnen nun eine Kampagne gegen Landminen in den kurdischen Gebieten gestartet.
Ein Sprecher der Kampagne wies anläßlich der Gründung darauf hin, dass die Minen eine stetige Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Statistiken oder Karten, die die tödlichen Minen verzeichnen, existieren nicht oder sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich.
Vertreter der Kampagne kündigten an, mit eigenen Recherchen nach gefährdeten Gebieten zu suchen und diese zu kennzeichnen. Auch sollen Berichte über Vorfälle gesammelt und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.
(BN, 25.11., ISKU)

Bald Abschiebungen in den Irak?
Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl haben Bundesinnenminister Otto Schily in getrennten Briefen aufgefordert, geflohenen Irakern weiter Schutz in Deutschland zu gewähren. Das Bundesamt für Migration, das Schily untersteht, geht seit Ende vergangenen Jahres im großen Stil gegen amtlich anerkannte Flüchtlinge aus dem Irak vor. Nach offizieller Statistik erhielten in Deutschland 8.000 Iraker Asyl oder eine Anerkennung aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Bis Juli wurde in mindestens 4.500 Fällen ein so genanntes Widerrufsverfahren eingeleitet. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor. Laut Bundesamt sind mit dem Sturz Saddam Husseins und dem Regimewechsel im Irak die Fluchtgründe entfallen.
(taz, 22.11., ISKU)

Quellen:

AW	Azadiya Welat
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
BN	Bianet
FTD	Financial Times Deutschland

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 184
3. Dezember 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

“Morde unbekannter Täter” gegen KONGRA-GEL und PYD im Nordirak

Gezielte Hinrichtung in Mossul

Bislang unbekannte Täter haben in den Morgenstunden des 30. November fünf hochrangige Mitgieder des KONGRA-GEL und der Demokratischen Einheitspartei (PYD) ermordet.
Laut den zur Zeit vorliegenden Informationen befanden sich Meysa Baki (mit dem Kodnamen Silan Kubani) – Vorstandsmitglied des KONGRA-GEL, Himmet Tokmak (Fuat) – ein hochrangiger Funktionär der Demokratischen Einheitspartei (PYD), Zekeriya Ibrahim (Zekeriya), Nebo Ali (Cemil) sowie Haci Cumali (Ciwan) in einem PKW auf dem Weg von Mossul nach Sangal, als sie von Unbekannten gestoppt und mit gezielten Schüssen in Kopf und Herz ermordet wurden.
Zuständige der PYD nahmen sofort nach Bekanntwerden des Anschlags Untersuchungen auf. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, die Identität der Täter festzustellen. Allerdings geben Äußerungen eines türkischen Offiziers gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters Anlaß zu Spekulationen über eine türkische Mittäterschaft. Der Offizier, dessen Name nicht veröffentlicht wurde, gab bereits am Tag des Anschlags gegenüber der Agentur Namen und Herkunft der Opfer an und erklärte, dass die Gruppe seit längerer Zeit von türkischen Behörden überwacht worden sei. Den Angriff bezeichnete er als “größten Schlag gegen die PKK in den letzten Jahren.”
Islamische Gruppen aus der Region hatten sich von dem Anschlag distanziert.
Die PYD bezeichnete den Anschlag in einer Erklärung als Angriff auf die demokratische Linie, die von PYD und KONGRA-GEL verfolgt wird. "Dieser blutige Anschlag ist ein Angriff auf alle Menschen. Es ist ein Anschlag gegen die PYD, gegen die Demokratiebemühungen des KONGRA-GEL. Wir verurteilen aufs schärfste diesen grausamen und terroristischen Angriff" so die Erklärung.
(MHA, DIHA, 1.12., ISKU)

Eva Juhnke freigelassen

Nach sieben Jahren Gefängnis ist Eva Juhnke aus der Haft entlassen und am Donnerstag von der Türkei nach Deutschland abgeschoben worden. Um 13 Uhr wurde sie auf dem Hamburger Flughafen von ihrer Familie und vielen FreundInnen empfangen. Bereits am Mittwoch konnte die junge Welt ein Interview mit ihr führen: »Ich bin glücklich, daß ich rauskomme«, sagte sie in einem ersten Telefongespräch, und ergänzte: »Ich möchte aber dran erinnern, daß noch viele Leute drin sind.« Notwendig sei in der Türkei eine »Generalamnestie für alle politischen Gefangenen«. Sie selbst sei von der Verfügung ihrer Freilassung überrascht worden, obwohl sie wegen Gesetzesveränderungen in der Türkei durchaus schon damit gerechnet habe. Ursprünglich 1998 vor einem Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Gefängnis wegen PKK-Mitgliedschaft verurteilt, durchlief sie mehrere Gefängnisse in der Türkei und steht den jüngsten vorgeblichen Verbesserungen der Haftbedingungen im Zuge der türkischen EU-Annäherung skeptisch gegenüber: Die nach wie vor existierenden Probleme würden erst jetzt richtig deutlich, »wo sie verstärkt thematisiert und beobachtet werden«.
(jW, 2.12., ISKU)



Eva Juhnke bei ihrer Ankunft am Hamburger Flughafen

Schwere Angriffe im Iran

Der KONGRA-GEL hat in einer Erklärung die Führung des Iran vor einer weiteren Eskalation gewarnt. In der Erklärung heißt es, dass neun Mitglieder des KONGRA-GEL am Jahrestag der Gründung der PKK dem 27. November ausgeliefert worden seien. "Die Führung des Iran hat ganz bewusst unsere Mitglieder Nurettîn Îbrahîm Oner, Murat Oner, Nursen Polat, Suleyman Urper, Mehmet Aydiner, Abdulcebbar Gungen, Zerdest Ayaz, Îbrahîm Ceylan und Nursevdin Onder am 27. November an die Türkei ausgeliefert. Diese Auslieferung verstößt gegen internationale Rechte." In der Erklärung heißt es: "Das kurdische Volk erwartet eine Lösung auf dem Weg des Friedens und der Demokratie. Diese feindseligen Maßnahmen gegen das Volk bedeuten eine gefährliche Annäherung. Wenn der Iran eine aktive Rolle in der Region spielen will, sollte er sich den KurdInnen nicht feindselig annähern. Er sollte seine Probleme mit dem kurdischen Volk auf dem Weg des Dialoges lösen und sich nicht nach dem türkischen Staat ausrichten. Diese Politik bedeutet, die Probleme zu vertiefen anstatt sie zu lösen und ein Umfeld der Auseinandersetzung zu schaffen. Unsere ganzen Bemühungen zielen darauf ab, Schwierigkeiten auf der Basis von Frieden, Demokratie und freier Einheit unserer Völker zu lösen. Jedoch wenn unsere Forderungen und Bemühungen so missachtet werden, weiß unser Volk sich mit legitimen Mitteln zu verteidigen."
(AW, 30.11., ISKU)

Meldungen

Massengräber werden untersucht

Mitglieder der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments und ParlamentarierInnen der CHP werden das Massengrab in Kulp untersuchen. Wie bekannt wurde, wird eine Delegation in die Region geschickt.
In der Region Amed / Kulp wurden am 8. Oktober 1993 11 Bewohner aus dem Dorf Alacaykoy von Soldaten festgenommen. Von diesem Tag an waren sie verschwunden. In den letzten Wochen wurden die Körper der betroffenen 11 Dorfbewohner in der Nähe des Dorfes Alacakoy in einem Massengrab gefunden.
Die Kommission für Menschenrechte des türkischen Parlamentes hatte die Massengräber lange Zeit ignoriert, musste aber aufgrund der zunehmenden Reaktionen etwas unternehmen. Wie es heißt wird die Delegation morgen nach Amed aufbrechen und einen Bericht über die Ergebnisse veröffentlichen. *(DM, 30.11., ISKU)*

Menschliche Schutzschilde in Izmir gegründet

Auch in Izmir gründete sich die Initiative "Menschliche Schutzschilde". Die Initiative hat das Ziel die militärischen Operationen zu stoppen und die kurdische Frage zu lösen. Am 4. Dezember werden sie sich auf den Weg nach Amed machen.
Die Gruppe, die von Mitgliedern der DEHAP, ESP und SDP gegründet wurde, gab eine Presserklärung im Menschenrechtsverein ab. Ihr Sprecher Hasan Ila erklärte, dass militärische Auseinandersetzungen in Nordkurdistan andauern würden: "Das Umfeld der Chauvinisten will einen neuen Krieg im Land entfachen. Wir als "Menschliche Schutzschilde" Izmir wollen das verhindern."
Ila wies am Ende seiner Rede darauf hin, dass die KurdInnen sich seit sechs Jahren um Frieden bemühten und man mit diesem Ziel nach Amed aufbrechen werde. *(DM, 30.11., ISKU)*

Türkischer Sicherheitsrat öffnet sich erstmals Journalisten

Die auf den angestrebten EU-Beitritt ausgerichteten Reformbemühungen der Türkei haben ein weiteres Tabu fallen lassen. Als Zeichen für neu gefundene Transparenz und Offenheit empfing der einflussreiche Nationale Sicherheitsrat zum ersten Mal in seiner 71-jährigen Geschichte am Dienstag Medienvertreter. "Wir sind keine exekutive Körperschaft, sondern ein Beratungsor-

PKK: Aktionen zum 26. Jahrestag

Der 26. Jahrestag der Gründung der PKK wurde in der Region Sirneq Cizîrê an zwei verschiedenen Orten mit Demonstrationen gefeiert. Hunderte Menschen zündeten Feuer an und riefen Parolen.
In Sêrt wurden an vier verschiedenen Punkten, und in Batman an drei verschiedenen Orten Poster von Abdullah Öcalan getragen und Parolen gerufen.
In Riha wurden im Stadtteil Haleplîbahçe Schüsse in die Luft abgegeben.
In Wan fand eine Demonstation statt. Die Menge rief Parolen für Öcalan und forderte die Jugend auf, in die Berge zu gehen.
In der Region Agirî Bazîd (Dogubeyazid) wurden Parolen für Apo gerufen und auch in vielen Städten in Südwest- und Ostkurdistan fanden Aktionen mit großer Beteiligung statt.
Tausende gingen in den Städten Qamislo, Cizîr, Amude, Hasekî, Dirbesî, Serêkanî, Dêrik, Mahabadê, Suvedik und hunderten anderen Städten und Dörferen die ganze Nacht über auf die Straßen um den Jahrestag der PKK zu feiern.
An vielen Orten wurden Schüsse in die Luft abgegeben. Straßen, Städte und Dörfer wurden mit Postern von Öcalan geschmückt.
Auch in Ostkurdistan (Iran), in Îlam, Kirmansah, Pawa, Ciwanro, Kamyaran, Sîne, Mêrîvan, Saqiz, Bana und vielen kleineren Orten fanden Feiern in den Straßen statt, gleichzeitig wurden die Unterdrückungsmaßnahmen des iranischen Staates kritisiert.
In Russland fand das zweite Mîhrican Keskasor statt. Bei dem Mîhrican, das mit der Unterstützung des Kulturministeriums von Russland organisiert worden war, sprach auch der Vorsitzende der autonomen Kulturföderation der KurdInnen, Tîmûr Seveso.
In der armenischen Hauptstadt Erivan und der georgischen Hauptstadt Tiflis fanden ebenfalls Feiern statt. Auch in Europa, auf dem Balkan und in Skandinavien feierten und demonstrierten nicht nur KurdInnen.
Die HPG Guerilla feierte den 26. Jahrestag in den Bergen Kurdistans im Schnee mit der Parole "Mit dem Vorsitzenden Apo oder gar nicht".
Die Guerillas der Volksverteidigungskräfte HPG feierten den 26 Jahrestag der Gründung der ArbeiterInnenpartei Kurdistans von Dersim bis Amanos von Qandil bis zum Zap bei Schneefall mit einem militärischen Zeremoniell. Mit dieser Initiative brachten sie ihre Verbundenheit mit der PKK, dem Vorsitzenden Abdullah Öcalan und den Gefallenen des Kampfes zum Ausdruck.
Das Presse und Außenbeziehungszentrum der HPG gab in einer Erklärung bekannt, dass die größten Zeremonien in der Militärakademie Mahsum Korkmaz, der Ideologischen Akademie, Hakî Karer und der Freien Frauenakademie Gulnaz Karatas stattfanden.
Die Feiern begannen mit Schweigeminuten für diejenigen Personen die im Freiheitskampf ihr Leben gelassen haben und einer Botschaft der Oberkommandantur der HPG in den verschiedenen Regionen.
Laut der Erklärung wurden die Feierlichkeiten in der Militärakademie Mahsum Korkmaz mit der Parole "Mit dem Vorsitzenden Apo, oder gar nicht" durchgeführt. Die neuen KämpferInnen gaben der Feier mit ihrer Begeisterung und ihrem Jubel viel Energie und drückten ihrer Verbundenheit mit dem Vorsitzenden Apo mit Parolen aus. Bei der Feier waren auch die Leitung der HPG, der Rat der HPG und der Kräfte der YJA Star anwesend.
(DM, 28.11., ISKU)

Friedensinitiative in Dihê

Mitglieder der Demokratischen Plattform aus 22 Städten der Region brachten ihre Forderung nach Frieden in der Region Dihê/Sêrt, wo die PKK am 15. August 1984 ihre erste bewaffnete Aktion durchgeführt hatte, zum Ausdruck.
Der Vertreter der Plattform, Ihsan Babaoglu der die Deklaration "Aufruf zum Frieden" vortrug sagte: "Mit der Entfernung vom Gründungsparadigma der türkischen Republik haben sich die Widersprüche vertieft. Das Verständnis `eine Sprache – eine Nation´ wurde zur Unterdrückung. Dies hat auch die Verleugnung der KurdInnen mit sich gebracht. In unserem Land gibt es den Wunsch nach Frieden. Mit dem Frieden, mit unserer Vielfältigkeit von Nation, Glauben, Gesellschaft und Kultur wird auch ein demokratisches Umfeld ohne Mängel aufgebaut."
Die Mitglieder der Plattform waren aus 22 Städten der Region Sêrt aufgebrochen und bildeten einen Konvoi von etwa 150 Fahrzeugen der nach Dihê fuhr, wobei er auch Eruh passierte. An der Militärstation Basûr, 10 Kilometer vor Sêrt wurde er angehalten. Die Ausweise und Nummernschilder wurden kontrolliert. Der Konvoi wurde mehr als eine Stunde aufgehalten. Die Mitglieder der Plattform brachten ihren Protest zum Ausdruck, woraufhin die Soldaten mit der Durchsuchung aufhörten. Der Konvoi setzte seine Fahrt unter großem Jubel fort und erreichte Dihê mit Friedensrufen. Die Mitglieder der Plattform wurden von dem Vorsitzenden der DEHAP von Dihê, Fevzî Aydin mit Blumen empfangen. Im Anschluss gingen die etwa 7000 Menschen zum Platz der Republik von Dihê.
(DM, 28.11., ISKU)

Reaktionen auf den Mord an Ugur und Ahmet Kaymaz

Die Mörder müssen bestraft werden

Reaktionen auf den Mord an dem 12-jährigen Ugur Kaymaz und seinen Vater Ahmet Kaymaz (siehe Nuce 183) nehmen zu. Von der Kommission für Menschenrechte des türkischen Parlaments ist eine Delegaton nach Qosere gefahren, um die Ereignisse zu untersuchen. Auch die sozialdemokratische CHP sandte eine Delegation nach Qosere.
Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD von Ankara Salih Karaaslan rief das Innenministerium auf, dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen für den Tod von Ugur und Ahmet Kaymaz bestraft werden. Karaaslan gab eine Presseerklärung im Gebäude des Vereins ab und verurteilte den Mord an Ugur Kaymaz und seinem Vater. Karaaslan erklärte, im Land würden zahlreiche Reformen verabschiedet, aber im Osten und Südosten gäbe es noch dieselben Schmerzen wie zu Kriegszeiten: "Die Gegner des Friedens und der Demokratie setzen ohne Rücksicht auf Rechte willkürliche Maßnahmen durch und lassen die Bemühungen um Frieden und Demokratie ins Leere laufen."
Karaaslan erklärte, am 2. Dezember werde er ein Treffen mit einem Vertreter des Innenministeriums haben. Er werde dann vom Innenministerium fordern, dass die Verantwortlichen für die Morde bestraft werden.
Die Sozialistischen Plattform der Unterdrückten in Dîlok machte eine Kundgebung im Balikli Park, um gegen den Mord an Ugur Kaymaz und Ahmet Kaymaz zu protestieren. Sie forderten ebenfalls, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
Am Donnerstag stellten zahlreiche SchriftstellerInnen eine Unterschriftenkampagne vor, in der ebenfalls die Aufklärung der Morde gefordert wird. In der Erklärung der Kampagne fragen die AutorInnen "Leben wir in einem Land, auf dem auf alles im Dunkeln geschossen wird?" und fordern die Öffentlichkeit auf, ihr Schweigen zu den Vorfällen zu brechen.
(DIHA, 2.12. DM, 30.11., ISKU)

gan", unterstrich Generalsekretär Yigit Alpogan am Dienstag vor den Journalisten. "Wir sind zu einer Art 'think tank' geworden."
(afp, 30.11., ISKU)

Angriff auf Journalisten in Kocaeli
In Kocaeli wurde ein Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Dicle Haber von Nationalisten bei Recherchearbeiten an der Universität angegriffen. Linksstehende Studenten waren dort in Auseinandersetzungen mit Nationalisten geraten. *(DIHA, 29.11., ISKU)*

Wahlen in Mossul durch Gewaltwelle in Frage gestellt
Wegen der zunehmenden Gewalt und Kämpfen in Mossul – ebenso wie in Falludscha und Ramadi – wird die Durchführung der Wahlen in Frage gestellt.
Der Befehlshaber der amerikanischen Truppen im Nordirak, Brigadegenera C. Hamm, erklärte, die zunehmenden Gefechte in Mossul würden die für den 30. Januar vorgesehenen Wahlen in Gefahr bringen. "Die Wahlen können unter den jetzigen Sicherheitsbedingungen nicht durchgeführt werden", erklärte er. Die derzeitige Lage in Mossul sei angespannt; er betonte, die irakischen und amerikanischen Verantwortlichen hätten noch viel Arbeit vor sich "Die Zahl irakischer Polizisten sei noch nicht ausreichend um für die nötige Sicherheit zu sorgen. Die Wahlen in dieser Situation durchzuführen, sei schwierig".
Die Sicherheit bei den Wahlen durch die örtlichen Polizeikräfte werde als ein Eckpfeiler angesehen, jedoch würden 75% der Polizisten nicht zum Dienst erscheinen.
Um die Lücke bei dem Sicherheitspersonal schliessen zu können, seien neue irakische Kräfte nötig. Innerhalb des letzten Monats seien ca. 60 Kurden ermordet worden, erklärte er ausserdem. *(MHA, 29.11., ISKU)*

Quellen:

AW	Azadiya Welat
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 185
10. Dezember 2004

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der “Internationalen Initiative”

Büro der Öcalananwälte durchsucht

Am 3. Dezember 2004 wurden in Istanbul die Räumlichkeiten des Asrin Hukuk Büro, das Abdullah Öcalan rechtlich vertritt, von Einheiten des Anti-Terror-Kommandos überfallartig durchsucht. Die Durchsuchung dauerte ca. dreizehn Stunden. Zahlreiche Akten, Unterlagen und Bücher sowie die Computer des Büros wurden beschlagnahmt. Die Polizeiaktion wurde mit den Haftbefehlen begründet, die erst kürzlich gegen zwei der Verteidiger Öcalans, Irfan Dündar und Mahmut Sakar, ergangen waren. Diese Begründung ist mehr als fragwürdig, da die Privatwohnungen der genannten Anwälte von der Durchsuchung ausgespart wurden. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass sich die Aktion insgesamt gegen das Büro richtete. Gleichzeitig ist diese Aktion ein Novum. Selbst in der heißen Phase nach der völkerrechtswidrigen Verschleppung des Kurdenführers am 15. Februar 1999, als es zu tätlichen Übergriffen auf seine Verteidiger kam, gab es kein vergleichbares Beispiel. Bisher wurden jedoch einige Hundert Ermittlungsverfahren gegen die Verteidiger Öcalans eingeleitet. In den letzten Wochen ist der Druck auf die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan spürbar verstärkt worden. Dem waren verschiedene Äußerungen ranghoher türkischer Militärs vorausgegangen, in denen Öcalans Rechtsvertreter als dessen Handlanger bezeichnet wurden, mittels derer Öcalan seine Organisation führe. Abgesehen davon, dass dies aus der Isolationshaft kaum möglich wäre, stören sich die Militärs an der weiterhin ungebrochenen Sympathie der Kurden für Abdullah Öcalan und dem positiven Einfluss, den er nach wie vor auf die Politik des Landes ausübt. Außerdem bemängelten die Militärvertreter, dass bisher sämtliche Verfahren, die gegen die Öcalan-Anwälte eingeleitet wurden, ohne Folgen geblieben seien. Infolgedessen leitete die Staatsanwaltschaft weitere Verfahren gegen die Rechtsanwälte Dogan Erbas, Aysel Tugluk, Okan Yildiz, Bekir Kaya, Devrim Baris Baran und Ayse Batumlu ein. Die "Kampagne" gegen die Rechtsvertreter Öcalans ging sogar so weit, dass der Militärstaatsanwalt beim türkischen Justizministerium die Genehmigung beantragte, die Rechtsanwälte vor einem Militärgericht anklagen zu dürfen.
Im Zusammenhang mit der EU-Beitrittsdebatte in der Türkei erscheint obiges Vorgehen in einem anderen Licht. Nach wie vor bekleiden reformfeindliche Kräfte innerhalb des Staates einflussreiche Positionen. Insbesondere die alte Garde der türkischen Armee kann sich nur schwer mit einem Demokratisierungsprozess des Landes abfinden, in dessen Verlauf sie ihren bisherigen Einfluss und ihre bisherige Macht verlieren würde. Insbesondere die kurdische Frage wird von ihnen als Bedrohung für die Einheit des Landes aufgefasst. Dem liegt eine lange Tradition der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden zugrunde, welche die Militärs als selbsternannte Hüter des Staates aus der türkischen Verfassung ableiten, die auf dem Territorium der Türkei keine andere Ethnie als die der Türken anerkennt. So werden sämtliche Versuche, aus dem maroden Staatsaufbau des Landes eine moderne Demokratie zu formen, als unmittelbare Gefahr für den Fortbestand der Türkei gesehen. Dies schlägt sich auch in einer scharfen EU-kritischen Haltung der Militärs und einiger kemalistischer Eliten nieder. Hierbei scheint ihnen insbesondere die konstruktive Rolle Abdullah Öcalans bei der Suche nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage und der demokratischen Transformation des Landes ein Dorn im Auge zu sein. Die Verschärfung seiner Haftbedingungen, die Ausweitung seiner Isolation und die Diskreditierung seiner Rechtsvertreter sind so nur die logische Konsequenz.
Insbesondere die Kurden der Türkei sehen im Beitrittsprozess zur EU eine Möglichkeit, ihre politischen und kulturellen Rechte zu verwirklichen. Aus diesem Grund unterstützen sie mehrheitlich die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die internationale Öffentlichkeit ist gefordert

Als Internationale Initiative unterstützen wir den EU-Beitritt der Türkei, wenn damit die Lösung der kurdischen Frage und eine wirkliche Demokratisierung des Landes verbunden sind. Jedoch vertreten wir die Auffassung, dass der Beitrittsprozess nicht nur eine Angelegenheit von Brüssel und Ankara ist. Vielmehr ist es nötig, mit zivilgesellschaftlichen Initiativen diesen Prozess zu begleiten. Jeder Protest gegen Menschenrechtsverletzungen und Beschneidung von demokratischen Freiheiten in der Türkei gewinnt im Zusammenhang des Beitrittsprozesses an Gewicht. Die internationale Öffentlichkeit ist gefordert.
Seit Jahren arbeiten wir mit den Verteidigern von Abdullah Öcalan zusammen. Neben ihrer anwaltlichen Beschäftigung haben sie sich stets für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts und für die Demokratisierung des Landes eingesetzt. So begreifen sie sich nicht nur als Anwälte, sondern auch als Menschenrechtsaktivisten, die sich um die weitere Zukunft ihres Landes sorgen. Oftmals übermittelten sie der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit die Lösungsvorschläge und Friedensangebote ihres Mandanten. Das geschah oft unter hohem Risiko. Viele von ihnen sehen sich massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt. Nach jedem Mandantenbesuch müssen sie mit staatlicher Verfolgung rechnen. Unter den jetzigen Bedingungen sind ihnen eine angemessene Ausübung ihres Berufes und eine adäquate Verteidigung ihres Mandanten fast unmöglich. Dies zeigt, dass die Türkei noch weit von Rechtstaatlichkeit entfernt ist. Deshalb bedürfen die Menschenrechtsaktivisten in der Türkei, und somit auch die Öcalananwälte, dem Schutz und der Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit. Diese zu gewähren, dazu laden wir Sie ein. Protestieren sie gegen das illegale Vorgehen der türkischen Behörden!

PROTESTFAX AN:

Mr. Cemil Çiçek, Ministry of Justice, Adalet Bakanligi, 06659 Ankara, TÜRKEI
(Justizminister - korrekte englische Anrede: Dear Minister)
E-Mail: cemilcicek@adalet.gov.tr
Telefax: (00 90) 312 417 7113

KOPIE AN:

Mr Abdullah Gül, Foreign Minister and State Minister for Human Rights, Office of the Prime Minister, Basbakanlik, 06573 Ankara, TÜRKEI (Außenminister - korrekte englische Anrede: Dear Minister)
E-Mail: abdullah.gul@basbakanlik.gov.tr

Botschaft der Republik Türkei, Rungestraße 9, 10179 Berlin
(S. E. Herrn Mehmet Ali Irtemcelik)
Telefax: 030-2759 0915
E-Mail: turk.em.berlin@t-online.de

Meldungen

Kein Anwaltsbesuch bei Öcalan
Die AnwältInnen Okan Yildiz, Bekîr Kaya, Mustafa Eraslan und Turkan Aslan waren am Montagmorgen zur Gendarmeriekaserne Bursa aufgebrochen, um nach Gemlik zu fahren. Erneut waren sie willkürlichen Behinderungen ausgesetzt. Nachdem die AnwältInnen drei Stunden gewartet hatten, sagte man ihnen, dass das Schiff, das sie nach Imrali übersetzen sollte, sei kaputt.
(DM, 8.12., ISKU)

Moskau erwägt PKK-Verbot
Russland will gemeinsam mit der Türkei stärker gegen tschetschenische und kurdische Rebellen vorgehen. Das Außenministerium in Moskau prüfe derzeit, die von der Türkei verbotene PKK auf seine Liste der Terrorgruppen zu setzen, sagte Russlands Verteidigungsminister Sergei Iwanow nach einem Treffen mit seinem türkischen Kollegen Vecdi Gönül in Ankara. Im Gegenzug fordere Russland von Ankara aber weitere Anstrengungen im Kampf gegen Unterstützer tschetschenischer Rebellen. Moskau warf der Türkei lange vor, tschetschenische Rebellen in ihrem Einflussgebiet zu tolerieren. Offiziell unterstützt Ankara den Anspruch Russlands auf territoriale Integrität, viele Muslime im Land heißen den tschetschenischen Unabhängigkeitskampf aber gut. *(afp, 8.12., ISKU)*

Schüler der Mahsum-Korkmaz-Akademie begrüßt
In den kurdischen Bergen begrüßte die Mahsum-Korkamaz-Akademie am Dienstag die Schüler ihrer sechsten Unterrichtseinheit. Die Feier fand mit einer Militärzeremonie statt. Bei der Zeremonie waren auch die Führung der Kommandozentrale der HPG, viele Mitglieder des HPG-Rates, der YJA Star und Mitglieder des Kongra-Gel anwesend.
Bei der Feier sprach der Oberkommandeur der HPG, Doktor Bahoz Erdal, zu den StudentInnen der Unterrichtseinheit Sehît Sevger und wünschte ihnen Erfolg.
Die Militärakademie Mahsum Korkmaz in den kurdischen Bergen unterrichtet Kriegsstrategie, Taktik und Technik der Armee, die Prozesserklärung Abdullah Öcalans und die Strategie der legitimen Selbstverteidigung.
(DM, 7.12., ISKU)

HPG grüßen Menschliche Schutzschilde
Die Kommandantur der Region Mitte der Volksverteidigungskräfte HPG begrüßte die Bemühungen

Dringender Unterstützungsaufruf

Lassen wir die Mutter von Ugur nicht allein!

Während sich weltweit Aktivitäten für Frieden und Menschenrechte ausbreiten, sind wir leider immer noch mit gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Bei diesen Ereignissen werden die grundlegenden Menschrechte vieler Menschen – Frauen, Männer und Kinder – außer Kraft gesetzt und viele verlieren ihr Leben. Ein erneuter Vorfall ereignete sich am 21. November 2004 in der Türkei. Makbule Kaymaz aus dem Ort Kiziltepe in der Provinz Mardin verlor durch die Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte ihren Ehemann und ihren 12jährigen Sohn.

Der LKW-Fahrer Ahmet Kaymaz (31) und sein Sohn Ugur Kaymaz (12) wurden am 21. November in der Turgut-Özal-Straße in der Ortschaft Kiziltepe im Zuge einer Polizeioperation getötet. Nach dem Ereignis wurden aus dem Leichnam des kleinen Ugur 13 und aus dem Leichnam seines Vaters Ahmet 9 Kugeln Munition entfernt.

Laut Erklärungen der türkischen Sicherheitskräfte wurden Ahmet Kaymaz und sein Sohn Ugur Kaymaz zu "Terroristen" erklärt. Demgegenüber zeigen die Untersuchungen des Menschenrechtsvereins IHD, der Menschenrechtskommission des türkischen Parlamentes, verschiedener NGOs und politischer Parteien, dass es sich bei dem Vorfall um eine "extralegale Hinrichtung" handelte.

Makbule Kaymaz, Mutter von 4 Kindern, gab zu dem Vorfall folgendes an: "Ich hatte am Abend gegen 16.30 Uhr das Abendessen vorbereitet. Mein Mann wollte zusammen mit meinem Sohn einige Dinge wie Decken und Schlafzeug zum LKW bringen. Kurz nachdem sie auf die Straße gegangen waren, waren Schüsse zu hören. Wir hatten Angst und liefen zum Hof unserer Nachbarn hinüber. Kurz darauf hörten wir erneut Schüsse. In diesem Moment sah ich, dass mein Sohn Ugur vor dem LKW auf die Knie gesunken war. Den Kopf nach vorne gebeugt saß er da. Es war dunkel, aber ich erkannte ihn an seiner weißen Hose. Ich hatte Angst und ging in das Haus unserer Nachbarn. Darauf hörte ich nochmals Schüsse."

Makbule Kaymaz ist eine der Tausenden von Frauen, die von der Gewaltpolitik des türkischen Staates betroffen ist. Einerseits ist es wichtig, die Verantwortlichen dieses Ereignisses ausfindig zu machen. Die gegenwärtigen Kampagnen gegen Krieg und Gewalt drücken sind ein Ausdruck von öffentlicher Besorgnis. Jedoch sehen wir es auch als unsere Aufgabe, Opfern von Gewalt in jeglicher Hinsicht unsere Solidarität zu zeigen und unsere Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Familie Kaymaz sicherte ihren Lebensunterhalt bislang durch das Einkommen Ahmet Kaymazs als LKW-Fahrer. Durch die Ermordung ihres Ehemannes sind die Witwe Makbule Kaymaz und ihre verbliebenen 3 Kinder zusätzlich zu ihrer Trauer über den schmerzhaften Verlust ihrer Angehörigen auch noch mit ernsten ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert.

Als International Free Women's Foundation wollen wir von Krieg und Gewalt betroffene Frauen nicht allein lassen. In diesem aktuellen Fall rufen wir zu einer internationalen Kampagne in Solidarität mit der kurdische Frau und Mutter Makbule Kaymaz auf. Wir freuen uns über jegliche Unterstützung, sei es in ideeller oder materieller Form. Alle Solidaritätsbekundungen und Spenden zur Sicherung des Lebensunterhalts von Makbule Kaymaz und ihren Kindern werden wir direkt an die Hinterbliebenen weiterleiten. Für Spenden steht die unten angegebene Bankverbindung zur Verfügung.

International Free
Women's Foundation
Willebrordusplein 10A
NL-3037 TC Rotterdam

Postbank Rotterdam: 621 85 45 -
Stichwort: "UGUR"
IBAN: NL84 PSTB 000 621 85 45
BIC: PSTBNL 21

(IFWF, 7.12., ISKU)

HPG: Bilanz Juni-November 2004

Das Presse- und Mitteilungszentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) veröffentlichte eine Bilanz der Gefechte, die in den Monaten Juni bis November stattfanden. In diesem Zeitraum wurden seitens der türkischen Armee 204 Operationen und seitens der iranischen Sicherheitskräfte 5 Operationen gegen die Kräfte der HPG durchgeführt. 70 Operationen wurden in Botan, 43 in Amed, 37 in Dersim, 22 in Erzurum, 20 in Serhat, 12 in Zagros, 3 in Xakurke und 2 in Amanos durchgeführt. Dabei kam es zu 203 Gefechten, wobei die Ergebnisse von 132 Auseinandersetzungen bekannt wurden.

In den Gefechten verloren die türkische und iranische Armee insgesamt 411 Angehörige. Während von der türkischen Armee 27 Offiziere, 345 Soldaten, 15 Polizisten, 5 Dorfschützer, d.h. insgesamt 392 Personen ums Leben kamen, verlor die iranische Armee 19 Soldaten. Im Zuge der Gefechte beschlagnahmten die HPG-Kräfte ein schweres Maschinengewehr (BKC), ein G-3-Gewehr, vier M-16-Gewehre, einen Detektor und eine kugelsichere Weste. Außerdem wurden 38 Militärfahrzeuge zerstört. Auf Seiten der Volksverteidigungskräfte kamen 66 Menschen ums Leben.

In ihrer Erklärung forderten die HPG zugleich die Türkei und die Europäische Union (EU) auf, ihren Beitrag zu einer Lösung der kurdischen Frage zu leisten. Falls die EU und die Türkei mit ihren Beschlüssen auf dem Gipfeltreffen am 17. Dezember 2004 eine Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen und politischen Mitteln nicht zur Grundlage nehmen würden, bedeute dies ein Beharren auf ihrer Verleugnungspolitik, hieß es in der HPG-Erklärung. "Ein derartiger Beschluss wiederum würde bedeuten, daß der Türkei die Erlaubnis zur militärischen Unterdrückung der kurdischen Frage erteilt würde. Unter derartigen Bedingungen wird sich die HPG gezwungen sehen, sich selbst und die Bevölkerung mit einem bewaffneten Aufstand zu verteidigen."

Während in der HPG-Erklärung dargelegt wurde, dass "für das mögliche Entstehen von Gewalt und Chaos der türkische Staat und die EU verantwortlich sein werden", wurde zugleich festgestellt, dass noch Zeit für einen bilateralen Waffenstillstand und einen Dialog bestünde. Die Botschaft lautete: "Wenn ein Ansprechpartner gesucht wird, braucht er nicht an anderer Stelle gesucht zu werden, der einzige Ansprechpartner ist der Vorsitzende Abdullah Öcalan." Es sei wichtig, Schlussfolgerungen aus der Bilanz zu ziehen. "Solange noch Möglichkeiten für eine vernünftige Lösung der kurdischen Frage bestehen, laden wir alle ein, sich logisch und mit gesundem Menschenverstand an die Frage anzunähren." *(MHA, 2.11., ISKU)*

Büro der Öcalananwälte durchsucht (Forts.)

Beitrittsambitionen der Türkei. So scheint die kurdische Frage zu einem Lackmustest für die Aufnahme der Türkei in die EU zu werden. Eine erneute Verschärfung des türkisch-kurdischen Konfliktes, welche die reform- und demokratiefeindlichen Kräfte innerhalb der Türkei forcieren, würde den Beitrittsprozess der Türkei gefährden. Mit extralegalen Hinrichtungen, wie der des zwölfjährigen Ugur Kaymaz und seines Vaters in Mardin/Kiziltepe vor zwei Wochen sowie der des 19-jährigen Hirten Fevzi Can in Semdinli, als auch mit der "Kampagne" gegen die Rechtsanwälte Öcalans soll die kurdische Öffentlichkeit eingeschüchtert und zu unüberlegtem Handeln provoziert werden. Gleiches gilt auch für den KONGRA-GEL. So reagieren die Kurden insbesondere auf Angriffe gegen die Person Abdullah Öcalans sensibel, da dieser auch nach seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung in weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft ein hohes Ansehen genießt. *(II, 6.12., ISKU)*

der "Menschlichen Schutzschilde", und forderte die Jugendlichen, Intellektuellen und demokratischen Einrichtungen auf, deren Arbeit zu unterstützen.

In der Erklärung heißt es, in der jüngsten Geschichte Kurdistans und der Türkei wurden die Probleme mit einer Vernichtungs- und Verleugnungspolitik angegangen. Die Operationen der türkischen Armee sollten die Atmosphäre des Friedens und des einseitigen Waffenstillstandes zerstören. Sie erklärte, man unterstütze die Initiative der lebenden "Menschlichen Schutzschilde" die von Jugendlichen, Intellektuellen und dem demokratischen kurdischen und türkischen Umfeld aufgebaut wurde. *(DM, 8.12., ISKU)*

Verhaftungswelle in Amude

Die syrische Polizei hat am Dienstag viele Wohnungen und Häuser von KurdInnen durchsucht. Die syrische Armee nahm in Amude im Südwesten vier kurdische Jugendliche fest. Man fürchtet um das Leben der Vier.

Im Rahmen einer Amnestie des Staatspräsidenten wurden zeitgleich 112 politische Gefangene der Hizbullah und islamische Milizen freigelassen. Mitglieder syrischer Menschenrechtsorganisationen bewerteten die Freilassung als kleinen Schritt und forderten den Staatspräsidenten auf, alle politischen Gefangenen freizulassen. *(RTV, 8.12., ISKU)*

Türkische Armee beginnt Operation in Merdîn

Die türkische Armee führt seit fast einer Woche Operationen gegen die Volksverteidigungskräfte HPG in Merdîn (Mardin) durch. Nach Augenzeugenberichten dauern die Operationen in Qoser und Omeryan noch an, in Bagok ist sie beendet worden. *(DM, 8.12., ISKU)*

Quellen:

MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RTV	Roj TV
II	Internationale Initiative
IFWF	International Free Women's Foundation

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 186
17. Dezember 2004

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massendemonstrationen vor Entscheidung über Beitrittsverhandlungen

Kurden sagen Ja zum EU-Beitritt

Einen Tag vor dem entscheidenden Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs hat das EU-Parlament am Mittwoch Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit großer Mehrheit unterstützt. In geheimer Abstimmung votierten in Straßburg 407 Europaabgeordnete für einen positiven Beschluss bei dem an diesem Donnerstag begonnenen Gipfeltreffen, 262 waren dagegen. Das Votum des Parlaments ist nicht bindend.
Auch der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen der Regierungsparteien für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen votiert.
Die endgültige Entscheidung wird ihm Rahmen des EU-Gipfels am Freitag fallen.
Schon vor Beginn des Gipfels hatten zehntausende Kurdinnen und Kurden in Brüssel und Amed (Diyarbakir) für die Aufnahme der Türkei in die EU demonstriert. Am Samstag kamen in Brüssel 30.000 Menschen zusammen, um unter dem Motto "Der Weg nach Europa führt über die Lösung der Kurdischen Frage" ihre Zustimmung zum Beitrittsprozess auszudrücken und die Einbeziehung des kurdischen Volkes als Verhandlungspartner zu fordern.
Bereits am Morgen sammelten sich tausende TeilnehmerInnen aus Belgien, Deutschland, Holland und Frankreich. Mit Sprechchören für Abdullah Öcalan begann die Demonstration; an der Spitze die Vorsitzenden des KONGRA-GEL und KON-KURD neben zahlreichen Mitgliedern des Kurdischen Nationalkongress. Auch einige belgische Politiker waren anwesend. M. Sakar vertrat die Anwälte Abdullah Öcalans und stellte eine Grußbotschaft seines Mandanten vor, in der die Bedeutung der Lösung der kurdischen Frage für den EU-Beitritt betont wurde. Öcalan werde als Vertreter des Kampfes für ein freies Leben der KurdInnen mit der erhaltenen Kraft und Unterstützung seine Bemühungen für einen ehrenhaften Frieden und eine Lösung weiterführen. Die Grundlage für eine Lösung sei entweder ein ehrenhafter Frieden oder die Ausweitung des Kampfes für Freiheit, erklärte er.



Demonstration in Amed (Foto: MHA)

Es gebe keine andere Lösung als die Anerkennung der demokratischen Rechte und des Freiheitswillens des kurdischen Volkes; dies gelte für die Türkei im Verlauf der Aufnahme in die EU, aber auch für die anderen Länder, in denen Kurden leben. Er wolle, dass bei der Lösung der Kurdischen Frage sowohl die EU als auch die Vereinten Nationen tätig würden. Die KurdInnen wollten eine einvernehmliche Lösung und kein Blutvergießen.
Unter dem Motto "Ja zu Unterschieden - Nein zu Gegensätzen" fand am Sonntag in Diyarbakir eine Großkundgebung mit etwa 100.000 Teilnehmern statt. Parolen waren auch "Demokratie für die Türkei, Freiheit für die Kurden, Ja zur EU".
Auf dem Podium waren neben dem Vorsitzenden Bekirhan (DEHAP), Vorsitzender Demir (Özgür Parti) und dem Sprecher der Intellektuellen-Initiative für Frieden Akin Birdal ehemalige DEP-Abgeordnete und Mitglieder der Familie Öcalan.
In den Reden spielte der EU-Beitrittsprozess eine große Rolle. Auch hier wurde die EU-Aufnahme unter Einbeziehung der KurdInnen als Gesprächspartner verlangt und eine Lösung der Kurdischen Frage sowie ein zweiseitiger Waffenstillstand gefordert.
Auch im Flüchtlingslager Maxmur im kurdischen Nordirak thematisierten die BewohnerInnen den EU-Beitrittsprozess mit einer Demonstration.
Die Demonstration wurde von der Jugendorganisation TECAK und der Bewegung freier BürgerInnen organisiert und begann am Mittwoch vor dem Gemeindehaus des Lagers. Bei der Demonstration nahmen die Jugendlichen die ersten Reihen der Demonstration ein, sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift "Maxmur ist ein Ergebnis des Krieges der Türkei" und "Wir wollen unsere Grundrechte von der Türkei"
Die Bewohner des Lagers demonstrierten mit Parolen zur Vertretung der Vereinten Nationen, später kamen die Maxmurer im Kulturzentrum zusammen und hörten sich gemeinsam die Rede des Vorsitzenden Abdullah Öcalan zum 17. Dezember an.
Für die Bewegung der Freien BürgerInnen sprach Devrîm Firat. Sie sagte: "Der türkische Staat soll auf der Basis der Anerkennung der kurdischen Identität Mitglied der Europäischen Union werden. So wie unser Volk von Silopi nach Amed marschiert, können auch wir von Maxmur bis in die Türkei marschieren".

(MHA, 11./12.12., RTV, 15.12., afp/ND, 16.12., ISKU)

168.000 Unterschriften für die Vielfalt

Die DEHAP Jugend hat im Rahmen der Kampagne ‚Nein zu Ungleichheit, ja zur Vielfältigkeit' zehntausende Unterschriften gesammelt. Die Jugendlichen brachen mit 168.000 Unterschriften, die nach und nach zusammengekommen waren, von Amed zum türkischen Parlament auf.
Die Mitglieder der DEHAP Jugend von Amed gaben bei ihrem Aufbruch nach Ankara eine Presseerklärung ab. Der Vertreter der Jugendsektion Erkan Tas gab eine Erklärung im Namen der Gruppe ab und sage, man fordere, dass die Grundrechtsparagraphen 3, 42 und 66, die von der Diskussion über eine Veränderung bislang ausgeschlossen sind, geändert werden.
Während der Erklärung wurden Transparente mit der Aufschrift "Lösung durch Dialog mit Öcalan", "Demokratische Lösung für die kurdische Frage", hochgehalten und Parolen gerufen.
Die Gruppe demonstrierte mit Klatschen und Parolen zum DEHAP Gebäude. Dann übernahm die Delegation, die nach Ankara fährt die 168.000 Unterschriften und machte sich auf den Weg. Ihre Ankunft dort wurde für Donnerstag erwartet.

(RTV, 15.12, ISKU)

Meldungen

Weiter Proteste gegen Ermordung von KONGRA-GEL-Mitgliedern
Erneut fanden in Südwestkurdistan zahlreiche Aktionen aus Protest gegen die Morde von Mossul statt. (siehe Nuce 184)
In Serêkaniyê kamen kurdische Jugendliche zusammen, und klebten zahlreiche Plakate an Schulen, Öffentliche Gebäude, Fabriken und in den Stadtteilen. In der Stadt Amude wurde überwiegend von Frauen eine große Veranstaltung organisiert.
Auf der Veranstaltung wurde gesagt, die beste Antwort auf die Angriffe sei die Stärkung des demokratischen Kampfes.
(RTV, 15.12., ISKU)

Bericht über Dorfschützer veröffentlicht
Nach einem Bericht der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) waren Dorfschützer auch 2004 an verbrechen wie Mord, Körperverletzung und Verhinderung der Rückkehr in die Dörfer beteiligt. Im Jahr 2004 sind 10 Personen durch Dorfschützer getötet und 15 weitere verletzt worden.
(RTV, 15.12, ISKU)

Wieder Schließungsantrag gegen Lehrergewerkschaft
Am Freitag begann die Wiederaufnahme des Schließungsverfahrens gegen die Lehrergewerkschaft Egitim Sen, nachdem der Kassationsgerichtshof das Urteil des Ankaraner Arbeitsgerichtes, das den Schließungsantrag der Staatsanwaltschaft abgewiesen hatte, aufhob. Zugleich wurde bekannt, dass gegen den Vorstand der Gesellschaft seitens der Staatsanwaltschaft Ankara Strafantrag mit bis zu drei Jahren Haft wegen der Durchführung einer illegalen Demonstration im Juli gestellt wurde. Diese hatten sich gegen das Verbotsverfahren gerichtet.
(RA, 10.12., ISKU)

Türkei scheidet bei Pisa-Studie schlecht ab
Unter 41 teilnehmenden OECD-Ländern erreicht die erstmals an der Pisa-Studie teilnehmende Türkei im Bereich Mathematik den Rang 36, beim Lesen Rang 34 und bei den Naturwissenschaften Rang 36. Beim Problemlösen erreichten türkische Schüler Rang 36. Neben dem Reformbedarf des türkischen Schulwesens wird wesentlich auch seine unzureichende Finanzierung für das Ergebnis verantwortlich gemacht.
(RA, 8.12., ISKU)

KONGRA-GEL konkretisiert Lösungsvorschläge

Projekt für einen dauerhaften Frieden

Im folgenden dokumentieren wir einige Auszüge aus einem vom Präsidial- und vom Exekutivrat des KONGRA-GEL am 2. Dezember veröffentlichten Lösungsvorschlag. Der Text wurde vom Koordinationsbüro der „Internationalen Initiative" übersetzt und redaktonell bearbeitet. Die vollständige Fassung, die auch einen Liste der 11 dringlichsten Schritte für eine Lösung enthält, ist auf unserer Webseite zu finden.

Wir befinden uns in einer Übergangsphase, die entscheidend für die weitere Zukunft des kurdischen Volkes und des türkischen Staates ist. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Stärke des einen nicht unbedingt die Schwäche des anderen bedeuten muss. Sieg und Niederlage waren immer ein gemeinsames Schicksal. War das Verhältnis zwischen Kurden und Türken entspannt, profitierten beide Völker, lagen sie aber im Konflikt, war der Schaden für sie gleichermaßen beträchtlich. Diese Regel scheint die türkisch-kurdischen Beziehungen zu bestimmen.
Diejenigen, die mit ihren Projekten den Rahmen für eine zukünftige Entwicklung schaffen, werden gewinnen. Diejenigen aber, die sich einer Lösung für die gegenwärtige Situation verschließen, werden verlieren. Die weltweiten Fortschritte in Wissenschaft und Technik erfordern Veränderung. So bringt die US-Intervention in der Region gewisse Resultate mit sich, auf die die Türkei reagieren muss.
Im Zusammenhang mit der Erwägung der Europäischen Union, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, werden ein dauerhafter Frieden und eine gerechte und demokratische Lösung der kurdischen Frage immer dringlicher. In der kurdischen Befreiungsbewegung und dem kurdischen Volk ist der Wille zum Frieden vorhanden. Dieser ist maßgeblich auf Abdullah Öcalan zurückzuführen. Mit seinem Friedensangebot hat er dafür gesorgt, dass der Frieden in greifbare Nähe gerückt ist.
(...)
Die Türkei steht an einem Scheideweg. Sie kann ihre Politik des "weder Krieg noch Frieden" nicht weiter fortsetzen. So hoffen wir, dass die Verantwortlichen der Türkei positiv auf unseren Aufruf zum Frieden reagieren werden. Mit einem stabilen Frieden, hört die kurdische Frage auf, eine Bedrohung für die Einheit des Landes zu sein. Dies würde der Türkei auch die Perspektive eröffnen, eine Schlüsselrolle im Mittleren Osten einzunehmen und so für dessen Staaten zum Vorbild bezüglich politischer und wirtschaftlicher Stabilität werden.
(...)
Schon seit langem pflegt die Türkei enge Beziehungen mit der Europäischen Union. Die Türkei ist Mitglied vieler europäischer Gremien und Anwärter für eine Vollmitgliedschaft in der EU. Sollte die EU den Beitritt der Türkei beschließen, werden auch die Kurden Teil der Union werden.
Jedoch wurde in den bisherigen Verhandlungen die kurdische Identität nicht ausdrücklich benannt. Allenfalls mit allgemeinen Aussagen zum Thema Sprache und Kultur findet sie Erwähnung. Somit hat die EU in verdeckter Form die Verleugnungspolitik der Türkei akzeptiert. Dadurch fühlt sich die Türkei ermutigt, weiterhin Täuschungsmanöver wie die Erlaubnis von kurdischsprachigen TV-Sendungen einmal pro Woche zu unternehmen, ohne auch nur das Wort "kurdisch" zu erwähnen. Auch wenn diesbezüglich der Fortschrittsbericht vom 6. Oktober etwas positiver ausfällt, enthält auch er keinen Ansatz zur Lösung der kurdischen Frage.
Die Probleme liegen keineswegs bei der Umsetzung der Reformen, wie oft betont wird, sondern in dieser geistigen Haltung. Die Türkei versucht lediglich einige politische Reformen umzusetzen, ohne ihre Geisteshaltung und ihre Gesetze zu ändern, um so weiterhin die kurdische Identität zu verleugnen.
Das kurdische Volk wendet sich nicht gegen den Beitritt der Türkei zur EU. Die Kurden können jedoch nicht akzeptieren, dass der Türkei die Erfüllung der politischen Kriterien bescheinigt wird, ohne dass wirklich eine gesetzliche Garantie für die kurdische Sprache, Kultur und Identität existiert. Solange keine Lösung der kurdischen Frage erreicht ist, werden die Kurden ihren legitimen Kampf hierfür fortsetzen. Insofern ist die Haltung der EU zum oben vorgestellten Projekt für Frieden und eine demokratischen Lösung von größter Bedeutung, sobald die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beginnen. Unser Friedensplan soll gleichzeitig dazu dienen, die Türkei für den EU-Beitritt reif zu machen.

Wieder Besuch bei Öcalan möglich

Am 15.12. fand zum ersten Mal seit zwei Wochen wieder ein Gespräch Öcalans mit seinen Anwälten Kaya, Yildiz und Erbas statt. Aus den ersten Pressemeldungen ist noch nicht ersichtlich, ob und wie sich Öcalan zu einem möglichen Aufruf an die HPG zu einer Feuerpause nach dem 17.12. geäußert hat. Am 1.12. hatte er die EU aufgefordert, sich deutlich für einen beidseitigen Waffenstillstand auszusprechen, um einen derartigen Schritt zu ermöglichen.
Öcalan betonte erneut die Bedeutung der neuen Bewegung für die Demokratisierung der Türkei: "Ich betrachte die Geschichte der Republik in drei Abschnitten. Der erste reicht bis in die 1950er Jahre. Das ist die autoritäre Phase. Von den 50ern bis heute ist die Phase des Verfalls und der Ausbreitung der Oligarchie, jetzt aber beginnt die Zeit der Demokratisierung. Bis jetzt hat sich noch keine politische Partei oder Bewegung ausreichend auf diese Phase eingestellt, auch nicht die AKP-Regierung. Ich halte ihre Beteuerungen gegen ethnische, religiöse und regionale Diskriminierung nicht für aufrichtig. In ihrer Partei gibt es Kräfte, die derartige Diskriminierungen vorantreiben. Auch daher fand ich eine Neugründung einer politischen Kraft notwendig. Darin kann es Differenzen und Unterschiedlichkeiten geben, aber für die Demokratisierung sollten alle an einem Strang ziehen."
Während in der Türkei Stimmen laut werden, die in kurdischen Forderungen eine Revision des Vertrages von Lausanne sehen, erinnerte Öcalan an die niemals verwirklichten Rechte, die sich aus diesem Vertrag für alle Völker der Türkei ergeben: "Ich bin kein Gegner des Vertrages von Lausanne, aber er ist bisher chauvinistisch interpretiert worden. Man muss über Artikel 39 diskutierten. Es ist auch bekannt, was Ismet Inönü, der Unterzeichner des Vertrages, erklärte. Inönü erklärte damals, im Namen von Türken und Kurden unterschrieben zu haben. Ich halte mich an den Geist der ersten Zeit der TBMM (Nationalversammlung)."
In Artikel 39 des Vertrags von Lausanne, der 1923 geschlossen wurde, ist u.a. für alle Völker das Recht verankert, ihre Sprache überall und ohne Einschränkung zu verwenden.
Öcalan äußerte sich auch zum Mordanschlag auf fünf führende Vertreter des Kongra-Gel und der Partei der demokratischen Einheit (PYD, Syrien) in Mossul. "Der Anschlag muss sorgfältig aufgeklärt und die Verantwortlichen gefunden werden. Ich kann mir nicht sicher sein, aber es ist möglich, dass das jüngste Abkommen zwischen den USA und der Türkei sowie die beschlossene Zusammenarbeit zwischen Syrien, der Türkei und dem Iran bei dem Anschlag eine Rolle gespielt haben. Es kann sich auch um eine Provokation eines Geheimdienstes eines der Staaten in der Region handeln. Gegen solche Provokationen muss man sich gut in Acht nehmen." *(DIHA, 16.12., ISKU)*

Kurdische Vereine in Deutschland durchsucht

Am 14. Dezember wurden die Räumlichkeiten des Kurdistan Solidaritätszentrums Duisburg, das Mesopotamische Jugendhaus Leverkusen und das Haus des Vorsitzenden des Mesopotamischen Kulturvereins Stuttgart von der Polizei durchgesucht. Konkrete Angaben zu den Gründen der Durchsuchung sind kaum bekannt; in Stuttgart soll die Polizei auf der Suche nach einer Fahne des KONGRA-GEL gewesen sein. Es kam zu mehreren Festnahmen.
(YK, 15.12., ISKU)

Kampagne für die alten Dorfnamen

Der Solidaritätsverein für die Unterdrückten Mazlum-Der hat in Riha (Urfa) eine Kampagne für die Rückbenennung der kurdischen Dörfer ins Kurdische begonnen. Sie stellten beim Gouverneur Anträge zur Rückbenennung und kündigten an, Klagen vor Gericht vorzubereiten. Die Anträge sind Teil der Kampagne ‚Nein zur Vernichtung der Kultur'. In einer Presseerklärung, die aus diesem Anlass abgegeben wurde, wurden alle DorfbewohnerInnen aufgefordert, sich mit eigenen Anträge an der Kampagne zu beteiligen.
(RTV, 15.12., ISKU)

Quellen:

MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
DM	Denge Mezopotamya
RTV	Roj TV
ND	Neues Deutschland
RA	Radikal
YK	Yek-Kom

Werte Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der Nuce ist die letzte in diesem Jahr. Die Redaktion legt zum Jahreswechsel eine kleine Pause ein; die nächste Ausgabe wird am 7. Januar 2005 erscheinen. Wir wünschen allen ein erfolgreiches und vor allem friedliches neues Jahr.

Die Redaktion

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku